

VSG



Vechtaer Studien zur Geographie

Band 7 | 2021

Zora Becker

Die Zukunft der Dorfentwicklung im Lichte neuer Verantwortungsstrukturen und Planungsmethoden



VSG

Vechtaer Studien zur Geographie

Herausgegeben von

A. Bernzen, G. Diersen, J. Halberstadt

Schriftleitung: K.M. Born

Band 7

Zora Becker

Die Zukunft der Dorfentwicklung im
Lichte neuer Verantwortungsstrukturen
und Planungsmethoden

VSG
Vechtaer Studien zur Geographie
Band 7

Zora Becker

Die Zukunft der Dorfentwicklung im Lichte
neuer Verantwortungsstrukturen und
Planungsmethoden

2021

Zuschriften, die die Vechtaer Studien zur Geographie betreffen, sind zu richten an:

Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA)

Universität Vechta

Postfach 1553

D-49364 Vechta

Fax: 04441-1567434

E-Mail: annegret.joachim@uni-vechta.de

Titelfoto: Heidtorstraße in Rehburg-Loeckum

Quelle: Zora Becker, eigene Aufnahme

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen

Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über

<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-945968-08-6

1. Auflage 2021

Vorwort

Drei Jahre lang hat mich diese Dissertation intensiv begleitet. An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei meinen beiden Doktorvätern Prof. Dr. Ulrich Harteisen und apl. Prof. Dr. Karl Martin Born bedanken. Sie waren immer bereit, mit mir auch kritisch zu diskutieren, mich zu bestärken und mich auf dem kurvigen Weg zu begleiten. Neben Lien Lammers, die mir in den drei Jahren eine wichtige Gefährtin und die beste Bürokollegin war, gilt mein Dank allen, die mich in dieser Zeit bestärkt, mit mir diskutiert und natürlich Seite um Seite Korrektur gelesen

gelesen haben. Ein besonderes Dankeschön hierbei an Heidi Becker, Andrea Bohling, Annika Koch und Dörte Themann.

Ich möchte mich zudem bei meinen Interviewpartner*innen und den Teilnehmenden der Fokusgruppen für ihre Gesprächsbereitschaft und den spannenden Austausch bedanken. Ohne ihre Offenheit und Bereitschaft zur Diskussion wäre meine Forschung in dieser Form nicht möglich gewesen. Danke!

Bremen, im Jahr 2020

Zora Becker

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	5
Inhaltsverzeichnis.....	6
Abbildungsverzeichnis.....	9
Tabellenverzeichnis.....	10
Abkürzungsverzeichnis.....	11
1 Einleitung:HintergrundundProblemstellung.....	13
1.1 Die Problematik der Verantwortungsübernahme in ländlichen Räumen - Begriffsdefinitionen.....	16
1.2 Stand der Forschung und Forschungslücke.....	19
1.3 Ziele und Forschungsfragen.....	25
1.4 Aufbau der Arbeit.....	28
2 Der Blick auf die regionale Handlungsebene und die Akteur*innen der Planung.....	30
2.1 Ländliche Räume und die regionale Handlungsebene.....	30
2.2 Akteur*innen der Planung.....	33
2.3 Zentrale Ansätze für die Betrachtung von Planungsprozessen.....	35
2.3.1 Der Blick auf ein sich änderndes Planungsverständnis.....	35
2.3.2 Informelle Planung als Handlungsansatz für die ländliche Entwicklung.....	37
3 Das Förderprogramm der Dorfentwicklung als Instrument zur Gestaltung ländlicher Räume.....	42
3.1 Die Entwicklung der Dorferneuerung als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen.....	42
3.2 Die niedersächsische Programmumsetzung: Von der Dorferneuerung zur Dorfentwicklung.....	48
3.3 Ausgestaltung und Umsetzung der niedersächsischen Dorfentwicklung.....	51
3.4 Partizipation in der Dorfentwicklung.....	55
3.4.1 Die innere und die äußere Dorfentwicklung.....	56
3.4.2 Partizipation im Förderprogramm der niedersächsischen Dorfentwicklung.....	57
3.5 Zwischenfazit.....	61
4 Dorfentwicklung im Lichte von Entscheidungen, Gemeinschaft, Engagement und Selbstgestaltung.....	62
4.1 Die Bedeutung von Partizipation für Entscheidungen.....	62
4.2 Dorfgemeinschaft von gestern bis heute	71
4.3 Bürgerschaftliches Engagement - seine Bedeutung in ländlichen Räumen	74
4.4 Kritische Diskussion über das Leistungsvermögen von bürgerschaftlichem Engagement und Staat.....	77
4.4.1 Kommunale Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben.....	77
4.4.2 Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements - eine kritische Reflexion.....	78
4.5 Die Selbstgestaltung des dörflichen Lebensraumes.....	81
4.6 Zwischenfazit.....	84
5 Dorfentwicklung im Lichte neuer Verantwortungsstrukturen.....	86
5.1 Verantwortung als Begriff und grundlegende Diskussion	86
5.2 Wichtige Aspekte und Unterscheidungen bei der Verantwortungsübernahme durch Akteur*innen.....	89

5.3	Verantwortung in der Dorfentwicklung.....	91
5.4	Zwischenfazit.....	94
6	Methodik.....	97
6.1	Auswahl der Untersuchungsregionen.....	99
6.2	Erhebungsmethode qualitative Interviews.....	100
6.2.1	Das Expert*inneninterview.....	101
6.2.2	Die Leitfadenerstellung.....	103
6.2.3	Die Auswahl der Expert*innen und die Durchführung der Interviews.....	103
6.2.4	Die Transkription.....	104
6.3	Auswertung - die qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz.....	105
6.4	Fokusgruppen.....	109
6.4.1	Begründung der Methodenauswahl.....	110
6.4.2	Ausgestaltung und Durchführung der Fokusgruppen.....	111
6.4.3	Auswertung der Fokusgruppen.....	115
7	Darstellung der Untersuchungsregionen.....	117
7.1	Die Dorfregion Rehburg-Loccum.....	117
7.2	Die Dorfregion von Bierde bis Wittlohe.....	120
7.3	Unterschiede der beiden Dorfregionen.....	123
8	Empirie - Auswertung.....	124
8.1	Auswertung thematische Fokuse und Gemeinschaft.....	124
8.2	Auswertung Dorfentwicklungsplanung und Prozessgestaltung.....	129
8.2.1	Prozesswahrnehmung.....	129
8.2.2	Prozessgestaltung.....	133
8.2.3	Kooperation und Entscheidungsfindung.....	134
8.2.4	Methodische Gestaltung.....	137
8.2.5	Grenzen und Verbesserungsideen.....	142
8.3	Auswertung Rollenverständnisse.....	145
8.4	Auswertung Verantwortung.....	148
8.4.1	Verantwortungsübernahme.....	149
8.4.2	Kooperation.....	153
8.4.3	Bestehende Verantwortungsstrukturen.....	157
8.4.4	Verantwortungsgemeinschaft.....	158
8.4.5	Rahmenbedingungen und Kompetenzen für die Übernahme von Verantwortung durch Bürger*innen.....	160
8.4.6	Die Wahrnehmung von Verantwortung.....	164
8.5	Auswertung Ansprache und Motivation zu Verantwortungsübernahme.....	167
8.6	Auswertung Verstetigung.....	168
8.7	Reflektion über die Perspektiven von IP und FG.....	169
9	Analyse und Diskussion der Ergebnisse.....	171
9.1	Die Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen im Dorfentwicklungsprozess.....	171
9.2	Das Verständnis von Verantwortung und der sich ableitende Handlungsbedarf - Verantwortungsübernahme aus zwei Perspektiven.....	177

9.3	Die Ausgestaltung neuer lokaler Verantwortungsstrukturen im Kontext von Ergänzung und Anpassung des Förderprogramms Dorfentwicklung.....	188
9.4	Implikationen und Empfehlungen zur zukünftigen Ausgestaltung der Dorfentwicklung.....	191
10	Fazit.....	193
10.1	Die niedersächsische Dorfentwicklung im Lichte neuer Verantwortungsstrukturen und Planungsmethoden.....	193
10.2	Ausblick.....	196
11	Literaturverzeichnis.....	199
	Anhang.....	211

Abbildungsverzeichnis	Seite
Abb. 1: Aufgabenfelder öffentlicher Daseinsvorsorge in Deutschland; Einig 2008, S. 18.....	16
Abb. 2: Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung in Vergangenheit und Zukunft; BBSR 2012, S. 37.....	18
Abb. 3: Aufbau des theoretischen Rahmens; eigene Darstellung 2019.....	28
Abb. 4: Das Mehrebenensystem in der Entwicklung ländlicher Räume; Grabski-Kieron 2016, S. 25.....	38
Abb. 5: Kooperation von Akteur*innen; Bieker et al. 2004, S. 41.....	40
Abb. 6: Entwicklungsphasen des niedersächsischen Förderprogramms Dorferneuerung/ Dorfentwicklung von 1945 bis heute; eigene Darstellung 2019.....	42
Abb. 7: Zeitverlauf der Förderprogramme Teil 1; eigene Darstellung 2019.....	49
Abb. 8: Zeitverlauf der Förderprogramme Teil 2; eigene Darstellung 2019.....	50
Abb. 9: Die sechs Prioritäten des ELER 2014 - 2020; DVS Netzwerk Ländliche Räume 2019.....	51
Abb. 10: Phasen der niedersächsischen Dorfentwicklung und Intensität der Beteiligung; eigene Darstellung 2019.....	52
Abb. 11: Organisation der Beteiligung; eigene Darstellung 2019.....	58
Abb. 12: Sieben Partizipationsverständnisse; Klöti und Drilling 2014, S. 21.....	63
Abb. 13: Ladder of Citizen Participation; Arnstein 1969.....	65
Abb. 14: Stufen der Partizipation; Nanz und Fritsche 2012.....	65
Abb. 15: Partizipationspyramide; Rau et al. 2012, S. 181; übersetzt von Sinning 2018, S. 208.....	66
Abb. 16: Stufen des kommunalen Beteiligungsprozesses Kiehlbrei und Magel 2012, S. 329; in Anlehnung an Bischoff et al. 2005.....	67
Abb. 17: Die fünf Qualitätsstufen der Beteiligung; Expert*innengruppe Dezentrale Nachhaltigkeits- strategien und LA 21 2006, S. 2.....	67
Abb. 18: Grundbeziehungen der Verantwortung; Herczeg 2014, S. 3.....	87
Abb. 19: Forschungsdesign; eigene Darstellung 2019.....	98
Abb. 20: Guideline zur Erstellung eines Kategoriensystems; eigene Darstellung 2019 in Anlehnung an Kuckartz 2018, S. 83.....	106
Abb. 21: Phasen der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse; Kuckartz 2018, S. 100.....	107
Abb. 22: Codesystem zur Auswertung der Interviews der Planer*innen; eigene Darstellung 2019.....	109
Abb. 23: Ablaufschema einer Fokusgruppe; eigene Darstellung 2019.....	112
Abb. 24: Codesystem zur Auswertung der Fokusgruppen; eigene Darstellung 2019.....	116
Abb. 25: Die Lage der Untersuchungsregionen in den Landkreisen und Gemeinden in Niedersachsen; Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2017) - verändert nach Becker 2019.....	117
Abb. 26: Dorfregion Rehburg-Loccum; NLG 2017, S.7.....	118
Abb. 27: Verkehrsanbindung der Dorfregion von Bierde bis Wittlohe; Koris 2018, S. 34.....	120
Abb. 28: Partizipationsmodell für die Dorfentwicklung in Niedersachsen; eigene Darstellung 2019 in Anlehnung an Expert*innengruppe Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien und LA 21 (2006) und Kiehlbrei und Magel (2012).....	185

Tabellenverzeichnis	Seite
Tab. 1: Partizipative Methoden der Regionalentwicklung; ARGE Nachhaltige Landentwicklung 2018, S. 12.....	68
Tab. 2: Transkriptionsregeln; eigene Darstellung 2019 in Anlehnung an Gläser und Laudel 2009.....	105
Tab. 3: Dorfregion von Bierde bis Wittlohe mit Gemeinden und Landkreisen; eigene Darstellung 2019 in Anlehnung an Ortschaft Otersen 2018.....	121
Tab. 4: Thematische Vielfalt in der Dorfentwicklung aus Sicht der IP; eigene Darstellung 2019.....	124
Tab. 5: Bandbreite der Methoden und Formate der Planer*innen im Dorfentwicklungsprozess; eigene Darstellung 2019.....	138

Abkürzungsverzeichnis

A 27	Autobahn Nr. 27
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
ArL	Amt für regionale Landesentwicklung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
B 209	Bundesstraße Nr. 209
BauGB	Baugesetzbuch
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMFSFJ	Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
DM	Deutsche Mark
DSL	Digital Subscriber Line / Digitaler Teilnehmeranschluss
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft
Ebd.	ebenda
EFRE	Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ELER-VO	Verordnung über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ESF	Europäischer Sozialfonds
et. al	unter anderem
FG	Fokusgruppe
Ff	folgend
FlurbG	Flurbereinigungsgesetz
GAK	Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes
GG	Grundgesetz
IAF	Instituts für Angewandte Forschung, Entwicklung und Weiterbildung
IKEK	Integriertes kommunales Entwicklungskonzept
ILE	Integrierte Ländliche Entwicklung
ILEK	integriertes ländliches Entwicklungskonzept
IP	interviewte Person/en
L159	Landesstraße Nr. 159
LEADER	Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale
LHO	Niedersächsische Landeshaushaltsordnung
Mio.	Million
MOREMA	Mobilitätsressourcenmanagement Mitte Niedersachsen
Mrd.	Milliarde
NLG	niedersächsische Landesgesellschaft
o.ä.	oder ähnliches
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
PFEIL	Programm für die Entwicklung im ländlichen Raum
PROFIL	Programm zur Förderung im ländlichen Raum

PROLAND	Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes
REK	Regionales Entwicklungskonzept
ROG	Raumordnungsgesetz
S.	Seite
VIP	Vorbereitungs- und Informationsphase
Vol.	Volume
ZILE	Zuwendung zur integrierten ländlichen Entwicklung
ZIP	Zukunftsinvestitionsprogramm

1 Einleitung: Hintergrund und Problemstellung

„Traditionelle Fachwerkhäuser, glückliche Hühner, ein beschauliches Leben im Grünen – dieses Klischee bestimmt noch oft die Vorstellungen vom typisch deutschen Dorf. Doch die Idylle bröckelt: Deutschlands Dörfer verwaisen und vergreisen. Viele Orte kämpfen um ihre Existenz.“ (FRIETSCH 2019)

Die Frage der Entwicklungsmöglichkeiten und Herausforderungen ländlicher Räume hat politische Brisanz und Aktualität. In dem Zitat verdeutlicht sich die Dichotomie zwischen ländlicher Idylle und dem Aussterben von Dörfern. Auch lag die wissenschaftliche, politische und öffentliche Aufmerksamkeit lange Zeit verstärkt auf städtischen Entwicklungen (vgl. KRÄMER 2016, S. 105) und weniger auf den Dörfern. Doch gerade dort besteht ein aktueller Handlungsbedarf. Prägende Themen in ländlichen Räumen sind momentan Schrumpfung und Alterung der Dörfer, verbunden mit dem Verlust von Strukturen der technischen und sozialen Infrastruktur und damit auch eine mögliche Gefährdung der Lebensqualität (vgl. ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 3; MILSTEIN 2018, S. 362). Besonders in kleinen Gemeinden und Dörfern nehmen die Auswirkungen des demografischen Wandels „eine konkrete und deshalb auch im Alltag erfahrbare Gestalt an“ (KRÄMER 2016, S. 150) und verdeutlichen den Bedarf vor Ort zu handeln.

In ländlichen Räumen zeigen sich die Herausforderungen, Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge hinsichtlich der eintretenden Veränderungen durch die demografische Entwicklung (Geburtenrückgang, Alterung, Migration, Abwanderung) und dem damit einhergehenden fortschreitenden Strukturwandel in Bezug auf Handwerk, Gewerbe und lokale Unternehmen sowie auch Landwirtschaft zu gestalten (vgl. TROEGER-WEISS UND WOHLAND 2016, S. 27). Zudem verändert sich die Wirtschaftsstruktur und damit das Arbeitsplatzangebot einhergehend mit der Globalisierung und der entsprechenden wirtschaftlichen Entwicklung

(vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 8). Es zeigt sich ein gesellschaftlicher Wertewandel, wodurch veränderte Ansprüche an Wohnen und Arbeiten entstehen, sich Lebensstile verändern, welche wiederum die Freizeitgestaltung und die Mobilität beeinflussen. Neben diesen genannten Aspekten prägt das berufliche Pendeln vieler Dorfbewohner*innen die Ausgestaltung des sozialen Miteinanders vor Ort. Das Zusammenleben wird zudem durch kommunale Handlungen beeinflusst. Die finanzielle Belastungsfähigkeit vieler Kommunen ist von der wirtschaftlich stagnierenden Situation und den sinkenden Einwohner*innenzahlen betroffen (vgl. KLAEDEN 2017, S. 13), wodurch „eine Reihe von Kommunen (freiwillige) Leistungen nicht länger finanzieren kann“ (TROEGER-WEISS UND WOHLAND 2016, S. 28). Es kommt zu „Unterauslastung und Tragfähigkeitsproblemen“ (ebd., S. 27) der technischen und sozialen Infrastruktur mit Folgen für die Lebensqualität vor Ort. Es kann zu steigenden Infrastrukturkosten für die Bevölkerung oder zur Schließung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen kommen. Von den aufgeworfenen Herausforderungen sind die unterschiedlichen Bereiche Arbeiten, Wohnen sowie die öffentliche und private Versorgung betroffen. Ebenso wirken sich die Herausforderungen auf den kulturellen Bereich, das kirchliche und soziale Leben oder das Vereinswesen aus (vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 8). Es kommt beispielweise zu einem Rückgang der sozialen Infrastruktur und Nachwuchssorgen im Vereinswesen. Darauf aufbauend stellt sich die Frage, wie Dörfer heute noch als Wohn-, Wirtschafts-, und Lebensraum aufrechterhalten werden können (vgl. HARTEISEN 2016, S. 32).

„In der aktuellen Diskussion wird der Bürgerbeteiligung eine zunehmende Bedeutung für die Gestaltung der sich verändernden Rahmenbedingungen (demografischer Wandel, kommunale Finanznot, Engpässe bei der Daseinsvorsorge) zugewiesen.“ (MOSER ET AL. 2016, S. 78)

Es besteht zudem in ländlichen Räumen eine Bereitschaft der Bürger*innen, Verantwortung zu übernehmen (vgl. STEINFÜHRER 2015, S. 13f). Dies verdeutlicht sich u.a. in vielen vor Ort angestoßenen Projekten, wie dem Etablieren von Dorfläden oder Bioenergiedörfern. Die verstärkte Einbindung der Bürger*innen wird gleichzeitig kontrovers diskutiert. An diesen Punkten wird in der Dissertation angeknüpft.

Für die Gestaltung von Handlungsansätzen und zukünftigen Entwicklungsstrategien spielen Förderprogramme in ländlichen Räumen eine große Rolle (vgl. MOSER ET AL. 2016, S. 76). In diesen verdeutlicht sich das Ziel einer Zusammenarbeit u.a. von Politik und Verwaltung, der Bevölkerung und der Wirtschaft. Die Förderung möchte zudem innovative Lösungsideen finden, in dem unterschiedlichste Akteur*innen einbezogen und endogene Potenziale erkannt und genutzt werden (vgl. ebd., S.78).

Die konkrete Förderung im Rahmen der Dorfentwicklung stellt eine dieser möglichen Unterstützungsstrukturen dar, um den aktuellen Entwicklungen entgegenzuwirken und individuell passende Lösungen für die unterschiedlichen Dörfer zu erarbeiten (vgl. NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 2019A; GRABSKI-KIERON 2016, S. 26; AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT 1986, S. 18). Die Dorfentwicklung beinhaltet idealtypisch eine umfassende Planung für Dörfer, mit einem ganzheitlichen Entwicklungskonzept und einem gemeinsamen Handeln von Bürger*innen, Politiker*innen und Behörden (vgl. SCHOLLES 2008, S. 251). Sie unterscheidet sich in den deutschen Bundesländern in ihrer konkreten Ausgestaltung¹. Die niedersächsische Dorfentwicklung wird im Folgenden fokussiert.² Sie „ist ein Schwerpunkt der Landespolitik in Niedersachsen“

¹ Anm.: Das Förderinstrument der Dorfentwicklung findet in anderen Bundesländern oftmals unter dem Namen Dorferneuerung Anwendung. Auch in Niedersachsen hieß das Förderprogramm Dorferneuerung bis es 2012 einhergehend mit inhaltlichen Änderungen in Dorfentwicklung umbenannt wurde.

²Anm.: Wird im Folgenden von der Dorfentwicklung gesprochen ist mit dieser das niedersächsische Förderprogramm zur Dorfentwicklung gemeint.

und „prägend für den niedersächsischen Weg zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume.“ (MEYER 2017)

In der niedersächsischen Dorfentwicklung schließen sich mehrere räumlich beieinander liegende Dörfer zu Dorfregionen zusammen und erarbeiten gemeinsam eine passende Entwicklungsstrategie. Weiterhin stellt die Dorfentwicklung in Niedersachsen als Planungs- und Umsetzungsinstrument die Partizipation der Bewohner*innen vor Ort als wichtigen Aspekt heraus (vgl. MOSER ET AL. 2016; GRABSKI 2008, S. 35). Gemeinsam wird mit ihnen, den kommunalpolitischen Vertreter*innen und der Verwaltung ein Plan für die zukünftige Entwicklung der Dorfregion entworfen und daraus werden konkrete Projekte abgeleitet, die anschließend finanziell gefördert und umgesetzt werden sollen.

Die Bedeutung der Dorfentwicklung in Niedersachsen zeigt sich nicht nur in ihrem langjährigen Bestehen (vgl. HENCKEL ET AL. 2010, S. 116; SCHLOSSER 1999, S. 66; BORGES 1979, S. 57), sondern ebenso in der stattfindenden Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen. Während anfangs vor allem die Landwirtschaft Profiteurin der Förderung war, nahmen nach und nach ökologische und soziale Projekte, einhergehend mit der Partizipation der Bewohner*innen, einen größeren Stellenwert ein (vgl. KARWEIK 2016; SCHRÖTELER VON BRANDT UND SCHMITT 2016, S. 303; TIETZ ET AL. 2016). Einhergehend mit den momentanen Herausforderungen (wie die Aufrechterhaltung der Lebensqualität), vor denen ländliche Räume und ihre Bewohner*innen stehen, verdeutlicht sich ein Handlungsbedarf für das Dorfentwicklungsprogramm in Niedersachsen, dieses unter Beachtung der strukturellen und gesellschaftlichen Veränderungen weiterzuentwickeln (vgl. ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 3; KARWEIK 2016, S. 21; MOSER ET AL. 2016, S. 83; THIEMANN 2016, S. 31).

In der Forschung zeigt sich, dass die innovative und nachhaltige Gestaltung ländlicher Räume vor allem gelingt, wenn Projekte aus der Bevölkerung heraus entstehen und umgesetzt werden. Ein Potenzial

stellt die „in vielen Dorfgemeinschaften vorhandene Bereitschaft, mit neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements auf die Veränderungen in den alltäglichen Lebenswelten zu reagieren“ (KRÄMER 2016, S. 151) dar. Besonders erfolgreich sind Dörfer, in denen möglichst viele engagierte aktive Personen gemeinsam etwas für ihr Dorf erreichen wollen (vgl. KRAMBACH 2013, S. 46; KOCH 2012, S. 111; BMELV 2011, S. 71). Für die Dorfentwicklung stellen sich anlehnend an diesen Forschungsstand die Fragen, welche Bedeutung Dorfgemeinschaften heute tatsächlich noch haben, inwieweit heute überhaupt noch von Gemeinschaften in den Dörfern gesprochen werden kann und weiterführend, in welcher Form die Zusammenarbeit als Gemeinschaft aktiv unterstützt werden könnte. Hervorzuheben ist hier, dass Bürger*innen heute zunehmend selbstbestimmt Verantwortung übernehmen (vgl. STEINFÜHRER 2015, S. 13f).

KRÄMER (2016) betont die großen Chancen für die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung durch entstehende Initiativen bürgerschaftlichen Engagements oder auch gelebten Formen gemeinschaftlicher Verantwortung (vgl. KRÄMER 2016, S. 153). Das gemeinsame Gestalten der Bürger*innen mit den kommunalpolitischen Vertreter*innen und der Verwaltung in der Dorfentwicklung wird in der vorliegenden Dissertation vertiefend unter dem Fokus einer Verantwortungsgemeinschaft untersucht. In Verantwortungsgemeinschaften als Zusammenwirken der Akteur*innen wird ein Potenzial gesehen, die Lebensräume vor Ort zukunftsfähig zu gestalten und Gemeinwohl zu schaffen (vgl. MENSCH 2012, S. 6; RITZINGER 2011, S. 88). Die Ergebnisse der Dissertation sollen somit zur Einschätzung beitragen, wie eine Zusammenarbeit einer Verantwortungsgemeinschaft und eine gemeinsame Gestaltung des Lebensraumes in der niedersächsischen Dorfentwicklung verstärkt thematisiert und umgesetzt werden können.

Hintergrund dieser Fokussierung sind u.a. Wandlungsprozesse des Wohlfahrtsstaates zu einem Gewährleistungsstaat (vgl. STEINFÜHRER 2015; NEU 2011) und damit einhergehend Fragen nach einem

neuen Verantwortungsverständnis, weil der Staat bzw. die Kommunen als bisherige Verantwortliche die freiwilligen Leistungen neben den Pflichtaufgaben kaum mehr in der bekannten Form erbringen können (vgl. MENSCH 2012, S. 6). Das Leitbild des aktivierenden Staates wird hierbei vieldeutig und kontrovers diskutiert, wie u.a. unter der Frage von bürgerschaftlichem Engagement als Bewältigungshilfe (vgl. KERSTEN ET AL. 2012, S. 78). An dieser Stelle zeigt sich ein Spannungsverhältnis. Einerseits besteht eine gewisse Erwartungshaltung gegenüber den Bürger*innen, sich für das Gemeinwesen einzusetzen (vgl. HEIDBRINK 2017b; KLIE ET AL. 2016; DEUTSCHER BUNDESTAG 2002). Es wird über bürgerschaftliches Engagement in der Daseinsvorsorge (vgl. MEYER UND MIGGELBRINK 2017, S. 497; SCHMIED ET AL. 2011, S. 33) und über ein neues Miteinander von Staat, Markt und Zivilgesellschaft debattiert (vgl. NEU 2011, S. 96; JAKOB 2009, S. 6). In ländlichen Räumen zeigt sich zudem schon immer die Notwendigkeit der lokalen Selbsthilfe und der gegenseitigen Unterstützung (vgl. KRAMBACH 2013, S. 9; HENKEL 2012, S. 143), wodurch sich ein Potenzial in der vertiefenden Thematisierung von gemeinsamer Verantwortungsübernahme für die Gestaltung des Lebensraumes in den Dörfern verdeutlicht. Andererseits scheint die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung von Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen voraussetzungsvoll (vgl. SCHRÖDER 2017, S. 3). Den Bürger*innen darf eine Verantwortung nicht *einfach übergestülpt* und dadurch die Komplexität und mögliche Überforderung ausgeblendet werden (vgl. SCHWARZENBERG ET AL. 2017, S. 564). Dies verdeutlicht sich in der bestehenden begrifflichen Unschärfe des Verantwortungsbegriffs und dem damit einhergehenden Nichtwissen über die Verteilung der genauen Verantwortlichkeiten (vgl. BANZHAF 2017, S. 163; HEIDBRINK 2017b). Es braucht Klarheit bezüglich der rechtlichen Rahmung und der Abgrenzung der genauen Aufgaben. Gleichzeitig sollte eine lokale Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen nicht als logische Reaktion auf die Herausforderungen politisch eingefordert werden, sondern als praxisgeeignete Gestaltung des alltäglichen Lebensraumes Beachtung

finden und unterstützt werden (vgl. SCHWARZENBERG ET AL. 2017, S. 564).

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wird im Folgenden untersucht, ob zukünftig neue Verantwortungsstrukturen gebraucht werden, um Dörfer als attraktiven Wohn-, Wirtschafts- und Lebensraum zu gestalten und wie diese im Rahmen der Dorfentwicklung aussehen könnten. Aufbauend auf dem gesellschaftlichen Diskurs über das Zusammenleben und die gemeinsame Gestaltung des Lebensraumes in Dörfern sollen Rahmenbedingungen für neue lokale Verantwortungsstrukturen als Formen des Miteinanders aufgezeigt werden. Die Weiterentwicklung der Dorfentwicklung in Niedersachsen im Hinblick auf das Ziel, Verantwortungsgemeinschaften zu verorten, kann durch neue Denkanstöße in der Planung bereichert werden. Aufbauend steht in der vorliegenden empirischen Forschung die Fachperspektive der Planer*innen der Dorfentwicklung im Fokus. Die Ergebnisse von Expert*inneninterviews finden Ergänzung durch Alltagsansichten der Bewohner*innen. Diese wurden in Form von Fokusgruppen in zwei niedersächsischen Dorfregionen erhoben.

1.1 Die Problematik der Verantwortungsübernahme in ländlichen Räumen – Begriffsdefinitionen

Dörfer bilden in ihrer Vielseitigkeit „differenzierte räumliche, soziale und wirtschaftliche Realitäten ab“ (SCHRÖTELER VON BRANDT 2018, S. 439). Die Notwendigkeit, den Herausforderungen dieser Vielseitigkeit zu begegnen, zeigt sich seit langem in den Diskussionen über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Gewährleistung der Daseinsvorsorge (vgl. MOSE 2018, S. 1330). Da dies von politischer Seite aus zentrale Elemente sind, um ländliche Räume zu gestalten, werden diese Begriffe im Folgenden näher erläutert und die demografische Entwicklung wird eingehend betrachtet.

Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse

Daseinsvorsorge umfasst die Sicherung des öffentlichen flächendeckenden Zugangs der Bürger*innen zu existentiellen Leistungen und Gütern zu sozial verträglichen Preisen und in der akzeptablen Mindestqualität (vgl. KERSTEN ET AL. 2015, S. 8). Inbe-

Abb. 1: Aufgabenfelder öffentlicher Daseinsvorsorge in Deutschland

Technische Dienstleistungen	Soziale Dienstleistungen
Verkehrsinfrastruktur	Kulturelle Versorgung
Verkehrsdienste, wie Schülertransport und öffentlicher Verkehr	Schule und Bildungswesen
Kommunikationsdienstleistungen	Kinderbetreuung
Energieversorgung	Gesundheitswesen und Altenpflege
Wasserwirtschaft, einschließlich Ver- und Entsorgung	Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
Abfallwirtschaft	Katastrophenschutz, Feuerwehr und Rettungswesen
Deichbau	Sonstige soziale Infrastrukturen, wie Sportstätten, Friedhöfe
Wohnungswirtschaft (sozialer Wohnungsbau)	

Quelle: EINIG 2008, S. 18

griffen sind hier technische und soziale Dienstleistungen (vgl. Abb. 1).

Die staatliche Verantwortung für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge wird durch das Raumordnungsgesetz (ROG) bestimmt (vgl. MILSTEIN 2018, S. 362). Es bestehen bindende rechtliche Vorgaben in der Bereitstellung, gleichzeitig besteht jedoch ein Gestaltungsspielraum im Umfang der Leistungen. Im Raumordnungsrecht ist dies aufgeführt, indem die Grundversorgung „in angemessener Weise“ zu gewährleisten ist (ROG §2 Abs. 2 Nr. 3) (vgl. MILSTEIN 2018, S. 366). Grundlegend umfasst die Daseinsvorsorge die Erbringung der Leistungen in Abbildung 1 und auch die Bereitstellung der hierfür benötigten Infrastruktur. Laut Raumordnungsbericht (2012) ist Daseinsvorsorge „die öffentliche Gewährleistung eines Angebots ausgewählter, vom Gesetzgeber als lebensnotwendig eingestufte Güter und Dienstleistungen“ (BBSR 2012, S. 31). Bis heute sind jedoch Grundfragen des Konzeptes nicht geklärt (vgl. MILSTEIN 2018, S. 363), obwohl Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen (vgl. KERSTEN ET AL. 2015, S. 6). Da die Raumordnung keine aktive Raumentwicklung betreibt (vgl. MILSTEIN 2018, S. 369), spielen begleitende informelle Instrumente eine wesentliche Rolle bei der Bewältigung der Aufgabe, die Daseinsvorsorge flächendeckend zu gewährleisten. MILSTEIN (2018) schlussfolgert: „Die hierzu einsetzende wissenschaftliche Debatte fordert zu Recht neue Denkansätze sowie Instrumente“ (MILSTEIN 2018, S. 369).³

Die Debatte um gleichwertige Lebensverhältnisse ist eng mit dem Zugang zu Infrastrukturen der Daseinsvorsorge verknüpft. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist zudem ein zentraler Begriff

³ Anm.: PROF. DR. BERTHOLD VOGEL vom soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) forscht gemeinsam mit PROF. DR. CLAUDIA NEU und PROF. DR. JENS KERSTEN an der Entwicklung eines Konzepts „Sozialer Orte“ zur zukünftigen Sicherung der wirtschaftlichen Versorgung und sozialer Infrastruktur.

in der Raumordnung⁴ und wird in der konkreten Ausgestaltung fachlich intensiv diskutiert.⁵ Im Raumordnungsgesetz (ROG) wird in § 1 Abs. 2 dargestellt:

„Leitvorstellung bei der Erfüllung der Aufgabe nach Absatz 1 ist eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt.“ (ROG § 1 Abs. 2).

Zielsetzung des Grundsatzes der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist es,

„die Lebensbereiche in allen Teilräumen [...] einer größeren räumlichen Einheit mit staatlichen Maßnahmen so zu gestalten, dass die in jedem Teilraum erreichten Lebensverhältnisse von der dortigen Bevölkerung tendenziell als gleichwertig mit den Lebensverhältnissen in anderen Teilräumen angesehen werden.“ (ROSENFELD 2018, S. 838)

Allgemein beinhaltet die Debatte, dass Lebensverhältnisse gleich viel wert sein sollen, aber nicht unbedingt gleich sein müssen. Hierdurch wird die Heterogenität der Räume mitbedacht und unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten werden offengehalten. In Bezug auf die Mindeststandards in der Daseinsvorsorge wird im gleichen Zug debattiert, „wie unterschiedlich Räume und ihre Entwicklung sein dürfen, sodass noch von gleichwertigen Lebensverhältnissen gesprochen werden kann“

⁴ Anm.: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als zentraler Begriff hat zudem verfassungsrechtliche Bedeutung in Bezug auf die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Er orientiert sich am Grundgesetz Artikel 72 Abs. 2: „Auf den Gebieten des Artikels 74 Abs. 1 Nr. 4, 7, 11, 13, 15, 19a, 20, 22, 25 und 26 hat der Bund das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht“

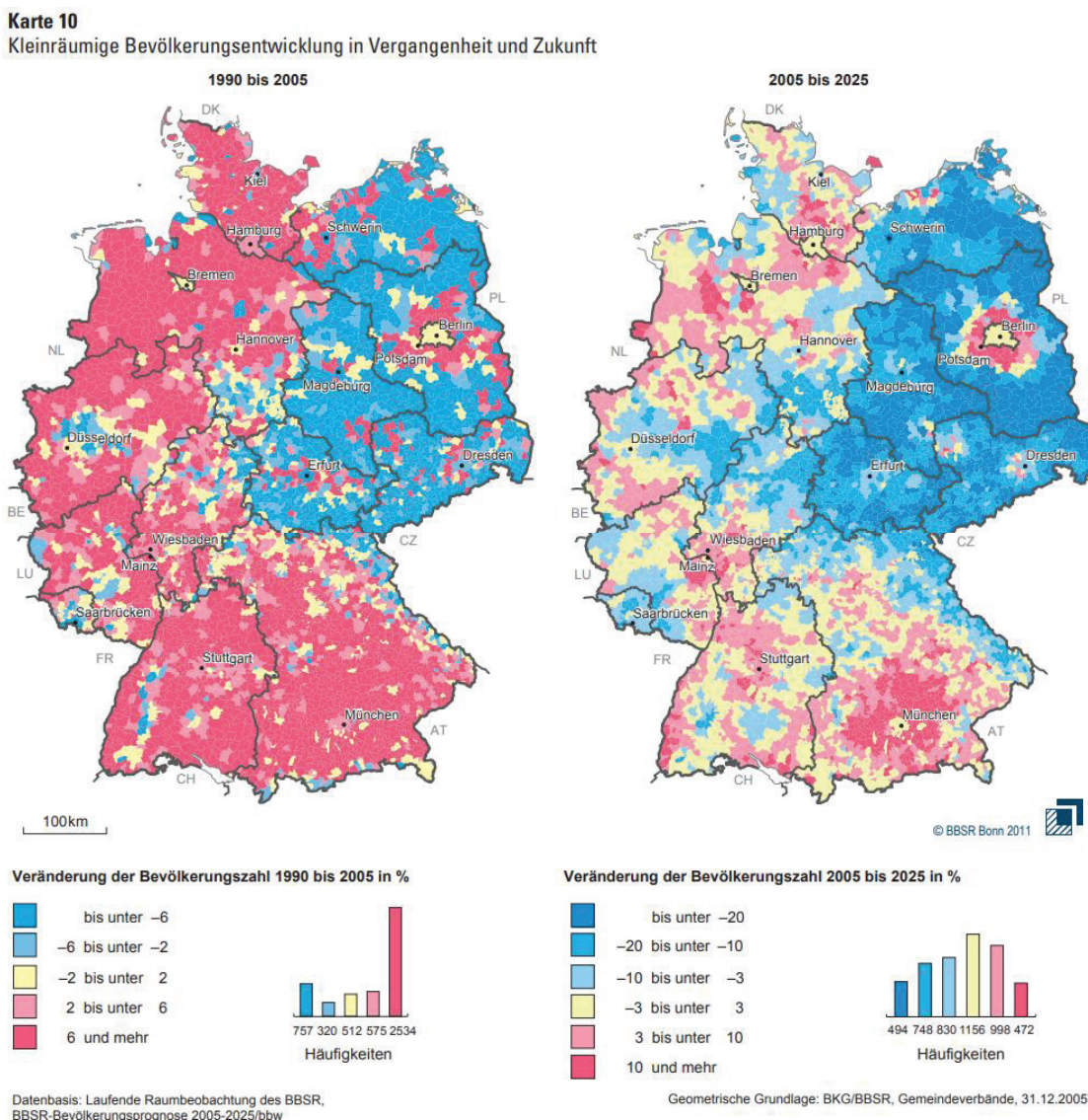
⁵ Anm.: Siehe hierzu unter anderem ROSENFELD 2018, KUHN UND KLINGHOLZ 2013, S. 70 oder SOBOTH 2016, S. 34.

(Soboth 2016, S. 25). Weiterhin werden im Zuge der Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der stärkeren Einbindung der Bürger*innen diskutiert (vgl. Kersten et al. 2012, S. 78).

Die Bedeutung der beiden Themen Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse zeigt sich aus räumlicher Perspektive in der Beeinflussung der gesellschaftlichen Entwicklung durch den demografischen Wandel und die damit einhergehenden räumlichen Disparitäten (vgl. Gans 2018, S. 375). Die Wichtigkeit verdeutlicht sich in der kleinräumigen Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland (vgl. Abb. 2).

In Abbildung 2 zeigen sich die Veränderungen der Bevölkerungszahlen in Deutschland von 1990 bis 2005 sowie eine Prognose bis 2025. Während die Bevölkerungszahlen in vielen Gebieten bis 2005 noch prozentual gestiegen sind, geht die Prognose bis 2025 von einer Schumpfung der Bevölkerungszahl in vielen vor allem ländlichen Gebieten aus, während sich ein Wachstum bzw. Zuzug im städtischen Umland verdeutlicht. Die Unterschiede in der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verschärfen sich zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Damit einher geht die Frage, wie technische und soziale Infrastruktur auch in den schrumpfenden Gebieten aufrecht erhalten werden kann. Diesen Trend der Entwicklung

Abb. 2: Kleinräumige Bevölkerungsentwicklung in Vergangenheit und Zukunft



Quelle: BBSR 2012, S. 37

weist nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Europäische Union auf. Unter anderem aus diesem Grund wurde in der EU-Förderpolitik ein Fokus auf ländliche Räume und deren Entwicklung gelegt.

Der demografische Wandel in Deutschland

„Demografischer Wandel bedeutet die Veränderung der Bevölkerung nach Zahl und Struktur“ (GANS 2018, S. 376) und eine davon beeinflusste Prägung der sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereiche. In der Betrachtung der gesamten Bevölkerungsentwicklung ist die Geburtenrate in Deutschland unter die Sterberate gesunken, wodurch es zu einer Schrumpfung der Einwohner*innenzahlen kommt. Zuwanderung durch internationale Migration wirkte dem Trend in den letzten Jahren etwas entgegen. Gleichzeitig führte Binnenmigration als regionale Wanderungsbewegung zu einer starken Ungleichheit zwischen ländlichen Räumen und Städten, da es zu einer Konzentration der Zuwanderung in Ballungszentren und Städten kam. Zukünftig wird es insgesamt einen Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik geben, einhergehend mit einer steigenden Anzahl älterer und einer zurückgehenden Anzahl jüngerer Menschen (vgl. ebd.).

1.2 Stand der Forschung und Forschungslücke

„Dem demographischen Wandel in all seinen Facetten angemessen zu begegnen, ist eine der zentralen Herausforderungen.“ (ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 4) Hierauf aufbauend steht im Folgenden der Stand der Forschung über die Gestaltung des sozialen Zusammenlebens der Menschen in ländlichen Räumen und die diesbezügliche Bedeutung des Förderprogramms der Dorfentwicklung im Fokus. Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung des Förderprogramms wird hinsichtlich einer gemeinsamen Verantwortung für die Gestaltung der Lebensverhältnisse dargelegt und gleichzeitig die Forschungslücke herausgestellt, dass sich die analytisch-thematische Auseinandersetzung mit Verantwortung noch in den Anfängen der Debatten in Wissenschaft und Praxis befindet.

„Die sich immer schneller vollziehenden Veränderungen der ökonomischen, ökologischen und demographischen Rahmenbedingungen stellen vor allem die ländlichen Regionen zunehmend vor komplexere Aufgaben und rücken die Bedeutung sozialer Faktoren [Hervorhebung der Autorin] noch stärker in den Fokus.“ (ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 3)

In ländlichen Räumen zeigt sich, dass alle Lebensbereiche „Arbeiten, Wohnen, die öffentliche und private Versorgung, der kulturelle Bereich, das kirchliche und soziale Leben, das Vereinswesen etc.“ (MAGEL ET AL. 2007, S. 8) von den Veränderungen betroffen sind. Diese Herausforderungen vom demografischen Wandel bis hin zu gesellschaftlichen Veränderungen der Lebensstile prägen die Debatte (vgl. MITTERER 2013, S. 228) insbesondere in den Disziplinen Geographie, Regionalentwicklung und Raumplanung.

„Ziel einer staatlichen Politik muss die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität auf dem Land sein, um ländliche Räume als Lebensraum attraktiv zu erhalten. Hierzu gehört sowohl die Bereithaltung oder Förderung der technischen, der sozialen und Bildungsinfrastruktur, als auch eines ausreichenden Arbeitsplatzangebots oder die Verbesserung der Qualität des sozialen Zusammenlebens [Hervorhebung der Autorin].“ (MAGEL ET AL. 2009, S. 86)

In der Fokussierung der benannten sozialen Faktoren oder des sozialen Zusammenlebens verdeutlicht sich die Wichtigkeit der betroffenen Menschen vor Ort. Es stellt sich die „Frage nach dem „Wie“ des Zusammenlebens“ (ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 3) in Dörfern und damit einher steht die Forderung im Raum, verstärkt bei den Menschen, ihren „Bedürfnissen, Sehnsüchten und Kompetenzen“ (ebd.) anzusetzen.

Aus der Perspektive der Orts- und Regionalentwicklung wird argumentiert, dass eine nachhaltige Gestaltung auf möglichst kleiner Ebene und bottom-up stattfinden sollte, um langfristig erfolgreiche Veränderungen zu etablieren. Diesbe-

zöglich sind aus der Perspektive der Raumplanung mit dem Ziel einer nachhaltigen Raumentwicklung⁶ Förderprogramme, die die Bürger*innen direkt miteinbeziehen, besonders wirksam. Hier zeigt sich die Bedeutung informeller Planung beispielsweise in den Möglichkeiten der unterschiedlichen Entwicklungskonzepte (REK, IKEK; LEADER etc.) neben der übergeordneten Raumplanung (ROG) für die Umsetzung einer nachhaltigen Raumentwicklung. Das Förderprogramm der Dorferneuerung spielt hierbei durch die bürgernahe Ebene des Dorfes, für den ganzheitlichen Ansatz und die Überzeugung vom gemeinsamen Handeln zwischen Bürger*innen, Verwaltung, kommunalpolitischen Vertreter*innen und Ämtern eine besondere Rolle (vgl. SCHOLLES 2008, S. 251).

Die Dorferneuerung in Niedersachsen kam im Jahr 2018 auf 285 Dorferneuerungsverfahren, die sich in der Förderung befinden. Mit 800 beteiligten Dörfern, verteilt über ganz Niedersachsen zwischen Aurich im Norden und Rosdorf im Süden, wurde ein neuer Höchstwert erreicht. Die vielen profitierenden Dörfer und die hohe Nachfrage – im Jahr 2018 kamen 41 Anträge auf 14 bewilligte Dorfregionen – verdeutlichen die Attraktivität des Programms. Die steigende finanzielle Förderung – 2019 werden vermutlich 40 Millionen Euro für die Vorhaben der Dorferneuerung bereitgestellt – zeigt zudem die Bedeutung des Programms auf (vgl. NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 2019A).

Die Dorferneuerung hat den umfassenden Auftrag, in den Dörfern einen Beitrag für die zukünftige Entwicklung zu leisten, indem Handlungsstrategien und Projektumsetzungen – unter der Abwägung der verschiedenen bestehenden Interessen und Lösung von Konflikten – herausgearbeitet und umge-

⁶ Anm.: Die Raumordnung beruht auf dem Raumordnungsgesetz des Bundes (ROG) sowie den entsprechenden Gesetzen der Länder und beschäftigt sich mit der räumlichen Entwicklung des Landes. Die Leitidee der Raumordnung umfasst „[...] eine nachhaltige Raumentwicklung, welche die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften und großräumigen Ordnung führt.“ (ArL 2003)

setzt werden. Besondere Bedeutung fällt dabei der Bürger*innennähe durch die lokale Handlungsebene zu, die kein anderes Förderprogramm in ländlichen Räumen in dieser Form gewährleistet. Diese Relevanz des Förderprogramms wird nicht nur in Niedersachsen wahrgenommen, sondern spielt in vielen deutschen Bundesländern eine wichtige Rolle. Um die Wirkung des Förderprogramms weiter gewährleisten und ausbauen zu können, bedarf es einer stetigen Weiterentwicklung der Inhalte und der Methoden (vgl. MOSER et al. 2016).

In Modellregionen und Forschungsprojekten in verschiedenen deutschen Bundesländern wurden und werden mögliche Änderungen und Verbesserungen erprobt und diskutiert. Während in den letzten Jahren die Fokussierung der Dorferneuerung auf den Themen der Innenentwicklung, mit der Verdichtung der Ortskerne, Leerstandskatastern, Flächenmanagement und der Förderung von Umnutzung und Abriss lag (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT UND SCHMITT 2016; PETER ET AL. 2013; BOOS-KRÜGER ET AL. 2007), zeigt sich aktuell eine Verschiebung der Fokussierung der Kompetenzen der Bürger*innen und des Zusammenlebens im Dorf (vgl. ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018).

In einer groß angelegten Forschungsstudie, die zwischen 2007 und 2010 veröffentlicht wurde, haben MAGEL ET AL. den Handlungsbedarf für das Dorferneuerungsprogramm in Bayern herausgearbeitet und eine Zukunftsstrategie für 2020 entworfen (vgl. MAGEL ET AL. 2010; MAGEL ET AL. 2009; MAGEL ET AL. 2007). Unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Expert*inneninterviews stellen sie heraus, wie wichtig das Programm für die Entwicklung ländlicher Räume in Bayern ist, wie gut es funktioniert und dass gleichzeitig Forderungen nach der Weiterentwicklung und Verbesserung bestehen (vgl. Magel et al. 2009, S. 69). Aufbauend auf den aktuellen Herausforderungen ländlicher Räume und den zukünftigen Anforderungen analysieren sie Modelldörfer der bayrischen Dorferneuerung, die als gute Beispiele mit neuen funktionalen Ansätzen gelten, um deren Erfahrungswissen einzubinden. Daran anknüpfend stellen sie fest, dass Partizipa-

tion Grundvoraussetzung für die Entwicklung ist (vgl. ebd., S. 71), während als wichtige Punkte der Weiterentwicklung eine stärkere methodische und strategische Ausrichtung festgehalten werden (vgl. ebd., S. 76). Die Ergebnisse zeigen auf, dass Dörfer erfolgreicher sind, wenn sie sich intensiv mit strategischen sowie methodischen und nicht nur thematischen Ansätzen beschäftigt haben. Die strategische Ausrichtung sehen sie unter anderem in der Etablierung von Verantwortungsgemeinschaften zwischen Bürger*innen und Kommune einhergehend mit stärkerer Bürger*inneneinbindung und -aktivierung. Methodisch werden von ihnen die Themen Prozessmanagement, Umsetzungsinstrumente und Capacity Building herausgestellt. In der Annahme, dass Bürger*innen das große Potenzial der Dörfer sind, plädieren sie für ein Politikverständnis, das Bürger*innen gleichwertig in alle Belange miteinbezieht und dadurch eine Atmosphäre entstehen lässt, in der eigenverantwortliches Handeln und Übernahme von Verantwortung gestärkt werden (vgl. ebd., S. 62).

Auch Koch (2012) geht in ihrer wissenschaftlichen Abhandlung auf das Gestalten durch die Bürger*innen in den Dörfern ein. Sie diskutiert im Rahmen ihrer Forschung in nordhessischen Dörfern, dass das „Bestehen einer Dorfgemeinschaft und die Erhaltung des Gemeinwesens als Ziel [...] nicht durch ein staatliches Förderprogramm erreicht werden“ (Koch 2012, S. 111) können. Sie betont hingegen eine aktive Teilhabe, in der die Bewohner*innen die Ziele ihrer Dorfentwicklung selbst gestalten, um eine nachhaltige Entwicklung zu etablieren. Daran anknüpfend stellt sie heraus, dass die nachhaltige Entwicklung nicht mit der Beendigung des Dorfentwicklungsprozesses abgeschlossen sei, sondern fortlaufend und selbstgestaltet durch die Dorfgemeinschaft ist. Als Dorfgemeinschaft versteht sie die im Rahmen ihrer Forschung identifizierten Typen im Dorf: die Beständigen, die Rückkehrer, die Zuzügler, die zugezogenen Eingeheirateten und die Wochenendbewohner. Des Weiteren betont sie, dass alle, sowohl aktive als auch passive Menschen im Dorf, das Dorfleben mitgestalten (vgl. ebd., S.106 ff).

Die Fallstudie von HARTEISEN und EIGNER-THIEL (2016) zu Lebensqualität⁷ und Dorfentwicklung in Niedersachsen zeigt auf, dass sozialen Kontakten eine große Bedeutung beigemessen wird und diese nicht nur zur Lebenszufriedenheit beitragen, sondern auch Basis des gemeinsamen Gestaltens sind. Sie setzen dies in Bezug zum Thema „Tendenzen der dörflichen Entwicklung“ und betonen die Notwendigkeit, soziale Themen hervorzuheben (vgl. HARTEISEN und EIGNER-THIEL 2016, S. 11). Beteiligungsprozesse wären zwar erprobt, doch das Potenzial der Bewohner*innen ist nicht ausgeschöpft. Selbstwirksamkeitserfahrungen der Bürger*innen würden sich in diesem Sinne positiv auf die Motivation, sich weiter aktiv zu beteiligen und in die Gestaltung des Dorfes einzubringen, auswirken (vgl. ebd.). In der Betrachtung dieses Zusammenhangs plädieren sie dafür, die Umsetzung und das Thema langfristige Verstetigung – einhergehend mit unterstützenden Strukturen wie neuen Dorfvereinen o.ä. – in den Fokus der zukünftigen Ausrichtung der Dorfentwicklung zu stellen. Zudem werfen auch sie die Frage auf, ob es aufbauend auf den bisher etablierten und erprobten Beteiligungsansätzen neue Ansätze in der Dorfentwicklung – wie neue Formen lokaler Verantwortungsgemeinschaften – bräuchte (vgl. ebd., S. 12).

Hervorgehend aus der Studie von KURT KRAMBACH (2008) und seinen Ausführungen über Dorfbewegungen (2013) verdeutlicht sich die „zivilgesellschaftliche Kraft der Dorfgemeinschaft“ (KRAMBACH 2013, S. 40) als endogenes Potenzial. In seiner Studie über ostdeutsche Bundesländer stellt KRAMBACH (2008) heraus, dass die Selbstgestaltung, von ihm verstanden als die Zukunftsfähigkeit des Dorfes aus eigener Kraft zu sichern, von der Qualität der Dorfgemeinschaft und deren Fähigkeit, die eigenen

Ressourcen und Potenziale zu nutzen, abhinge (vgl. KRAMBACH 2007, S. 20). In seinen weiteren Ausführungen

⁷ Anm.: Lebensqualität wird hier verstanden als psychologische Konzept, dass zum einen faktische Lebensbedingungen ebenso aber auch individuelle Ressourcen umfasst, die das Lebensgefühl ausmachen. Objekte und subjektive Komponenten sind wichtig für die persönliche Wahrnehmung der Lebensqualität (vgl. Harteisen und Eigner-Thiel 2016, S. 5).

runge geht es um die Themen der Selbstbestimmung, Selbstgestaltung und Selbstorganisation im Dorf als gemeinschaftlich und organisiertes Handeln der Dorfgemeinschaft (vgl. KRAMBACH 2013, S. 46). KRAMBACH stellt heraus: „Selbst planen und selbst verwirklichen sind kennzeichnend für gemeinschaftliche Aktivitäten der Dorfbewohner, um ihr Dorf lebendig und zukunftsfähig zu erhalten“ (ebd., S. 49).

In Bezug auf das Förderprogramm der Dorfentwicklung wurden erste Ansätze dieser Erkenntnisse zur Bedeutung der Kompetenzen der Bürger*innen und des Zusammenlebens aufgenommen. Seit 2015 fördert und evaluiert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft Modellprojekte in Bezug auf „Soziale Dorfentwicklung“, da davon ausgegangen wird, dass es einer „achtsame[n] Neu- und Umgestaltung räumlicher und gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse“ (ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 3) bedürfe. Im Hinblick auf eine höhere soziale Heterogenität in den Dörfern, Pluralität der Lebensstile und Individualisierungstendenzen zeigt sich ein verändertes soziales Engagement in den Dörfern. In der Annahme, dass die Zukunftsfähigkeit der Dörfer auch von der sozialen Einbindung und die Attraktivität des Ortes vom vorhandenen Sozialkapital⁸ abhängig ist, braucht es verschiedenste aktivierende Beteiligungsformen und ein konkretes gemeinsames Handeln in der Dorfentwicklung. Dies soll in den Modellprojekten mit einem Fokus auf soziale Infrastruktur, senioren- bzw. kindergerechten Formen des Wohnens, der attraktiven Gestaltung von Orten der Begegnung und der Pflege von Traditionen und Kulturveranstaltungen fokussiert

und evaluiert werden (vgl. HEINCKE 2016). Das u.a. auf den Ergebnissen der Modellprojekte aufbauende Strategiepapier der ARGE Landentwicklung (2018) stellt heraus, dass sich die soziale Dorfentwicklung „mit dem gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Zusammenleben und Zusammenwirken der Bewohnerinnen und Bewohner von Dörfern und ländlichen Gemeinden“ (ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 6) befasst. Aufbauend auf der Frage nach der Ausgestaltung des Zusammenlebens in den Dörfern steht die Forderung im Raum, verstärkt bei den Menschen anzusetzen (vgl. ebd., S. 3). Es wird davon ausgegangen, dass ein

„tiefgreifender Wandel kommunaler und interkommunaler Entwicklungsprozesse [...] notwendig [ist], der jedoch nicht allein das kommunalpolitische Handeln betrifft. Auch die Begründung eines neuen Verhältnisses zwischen Bürger und Staat im Hinblick auf die Etablierung einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen politischen und GESELLSCHAFTLICHEN AKTEUREN RÜCKT ZUNEHMEND IN DEN FOKUS.“ (ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 3)

Folgend wird für eine inhaltliche, methodische, strategische und instrumentelle Weiterentwicklung und fortwährende Anpassung des Förderinstruments der Dorfentwicklung plädiert. Es wird ein Perspektivwechsel angesprochen, der weg von der Förderung baulicher Maßnahmen und hin zu einer „Unterstützung sozialräumlicher Entwicklungsprozesse“ (ebd., S. 5f) und der Stärkung des sozialen Zusammenlebens strebt. Die Einwohner*innen sollen „noch mehr als bisher in die Mitte“ (ebd., S. 9) geschoben werden, da sie als „Trägerinnen und Träger des Dorf-

⁸ Anm.: Sozialkapital wird hier in Anlehnung an Putnams Definition verstanden: „By ‘social capital’ I mean features of social life - networks, norms, and trust - that enable participants to act together more effectively to pursue shared objectives“ (Putnam 1995 zitiert nach Haug 1997, S. 5). Sozialkapital bezieht sich dabei auf Gegenseitigkeit und Vertrauen, die aus den sozialen Beziehungen und Netzwerken zwischen Individuen entstehen. Erweitert bietet sich das Verständnis von Sozialkapital als Ressource der Regionalentwicklung an (Blume 2018). Sozialkapital lässt sich auf verschiedenen Ebenen betrachten, der Mikro-, der Meso- und der Makroebene. Aus der Mikroperspektive stehen individuelle Vorteile sozialer Beziehungen im Mittelpunkt, während die Mesoperspektive geteilte Werte und Normen umfasst. Aus der Makroperspektive wird Sozialkapital als Koordination von Sozialkapitalnormen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken verstanden, die je nach Region unterschiedlich ausgeprägt sein können. Blume (2018) betont, dass das Sozialkapital (mit den informellen Normenvorstellungen und den Präferenzen für Governance) in Erklärungsmodellen räumlicher Entwicklung Berücksichtigung finden sollte, jedoch noch ein Forschungsbedarf bestehe (Blume 2018, S. 2217). Er sieht in der Makroebene die größte Relevanz für politische Interessen, da sich hier Governance-Präferenzen zeigen, während Sozialkapitalnormen aufgrund ihrer historischen Verwurzelung nur sehr langsam verändert werden können.

lebens“ (ebd.) dieses aktiv gestalten. Hierdurch ist es eine zukünftige Aufgabe der sozialen Dorfentwicklung, einen verstärkten „Beitrag zur Etablierung einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft und zum Aufbau von Sozialkapital“ (ebd., S.10) zu leisten.

In Niedersachsen wird dem Ganzen aktuell Rechnung getragen, indem elf der vierzehn neuen Dorfregionen aus dem Jahr 2018 im Modellprojekt „Soziale Dorfentwicklung“ mitwirken. Sie sollen sich vertiefend mit dem Dorf als sozialem Ort auseinandersetzen (vgl. NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 2019A).

Ansätze und Ideen zu Verantwortung in der Dorfentwicklung

Weiterhin ist die Forschung zur Qualifizierung im Rahmen der niedersächsischen Dorfentwicklung herauszustellen. Die Vorbereitungs- und Informationsphase wurde in die Dorfentwicklung integriert (vgl. KARWEIK 2009) und es wurden die „Dorfmoderation“ und das „Dorfgespräch“ in die Förderkulisse aufgenommen (vgl. KARWEIK 2016). In Konsequenz soll der Qualifizierung der Dorfbewohner*innen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen. Bezüglich der Dorfmoderation findet momentan eine Weiterentwicklung des Moduls unter dem Fokus „Dorf ist nicht gleich Dorf“, statt (vgl. EIGNER-THIEL UND MAUTZ 2017). Ziel ist es, dass die hierdurch qualifizierten Bürger*innen an der Selbstresponsibilisierung ihrer Dorfgemeinschaft mitwirken können (vgl. ebd.). Selbstresponsibilisierung bezieht sich hier auf die Diskussion von STEINFÜHRER (2015), die diese als selbstbestimmte Verantwortungsübernahme der Bürger*innen beispielsweise für Aufgaben der Daseinsvorsorge, aus der Motivation heraus, die Lebensqualität vor Ort zu erhalten, sieht (vgl. STEINFÜHRER 2015, S. 14).

Auch die bisher vorliegenden Evaluationsergebnisse über das niedersächsische Förderprogramm Dorfentwicklung von TIETZ ET AL. (2016) stellen Themen wie die Selbstentwicklungspotenziale der Dörfer in den Fokus. Die Dorfentwicklung wurde in

den letzten Förderperioden laufend evaluiert. Die Ex-Post-Bewertung aus der aktuellen Periode liegt noch nicht vor. Die Ergebnisse der Evaluation von 2007 - 2014 zeigen u.a. auf, dass das Selbstentwicklungspotenzial in den Dörfern abhängig vom politischen Agieren vor Ort sei und schließen damit ab, dass es zukünftig erhöht werden sollte (vgl. TIETZ ET AL. 2016, S. 200).

Im Zusammenspiel der Themen vom gemeinsamen Handeln (vgl. SCHOLLES 2008, S. 251), eigenverantwortlichem Handeln bzw. der Übernahme von Verantwortung durch die Bürger*innen (vgl. MAGEL ET AL. 2009, S. 62), Selbstresponsibilisierung (vgl. STEINFÜHRER 2015, S. 14) und neuen lokalen Verantwortungsgemeinschaften (vgl. HARTEISEN UND EIGNER-THIEL 2016) verdeutlicht sich, dass möglichst alle relevanten Akteur*innen an einem Strang ziehen und sich zusammenschließen sollten, um gemeinsam Lösungen für die bestehenden Probleme zu finden.

Auf einer Tagung der Schader Stiftung (2012) zum Thema „Neue Verantwortung - Die Koproduktion von Gemeinwohl“ wurde der Begriff *neu* in Bezug auf Verantwortungsstrukturen durch die aktuelle Gewichtung von nur gemeinsam zu lösenden, übergreifenden Themen (wie dem Klimawandel) begründet. Ebenso wird argumentiert, dass der Staat bzw. die Kommunen als bisherige Verantwortungsträger teilweise die Leistungen nicht mehr in der bekannten Form erbringen könne (vgl. MENSCH 2012, S. 6). Zudem wird herausgestellt, dass die Verantwortlichkeiten für die Lösung gesellschaftlicher Probleme besser verteilt werden können, wenn es um ein Zusammenwirken aller Akteur*innen geht (vgl. ebd.). Im Fokus der Diskussion steht dabei Verantwortung in Kooperationsbeziehungen mit dem Ziel, Gemeinwohl zu schaffen. Es wird jedoch gleichzeitig verdeutlicht, dass auch, wenn der Begriff der neuen Verantwortung bzw. der Verantwortungsgemeinschaft in Bezug auf das Agieren in ländlichen Räumen immer wieder Anwendung findet, bisher wenige empirische Forschungen und Studien hierzu bestehen und die Debatte sich noch in ihren Anfängen befindet.

Verantwortungsgemeinschaften in ländlichen Räumen werden in Bezug auf die Dorfentwicklung/Dorferneuerung eingefordert (vgl. RITZINGER 2011, S. 88; MAGEL ET AL. 2009, S. 79). RITZINGER (2011) weist darauf hin, dass eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Dorferneuerung vor allem neue methodische Vorgehensweisen benötigt, die lokale Akteur*innen als eine Verantwortungsgemeinschaft in den Dorfentwicklungsprozess einbeziehen (vgl. RITZINGER 2011, S. 88). MAGEL ET AL. (2009) sehen Verantwortungsgemeinschaften zwischen Kommunen und Bürger*innen als zentral an, um den Herausforderungen in Dörfern zu begegnen (MAGEL ET AL. 2009, S. 79). Sie fokussieren hierbei die Erschließung des Sozialkapitals als Aufgabe der Dorferneuerung in Bayern, welches sie als Voraussetzung für einen guten Umgang miteinander und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sehen (vgl. MAGEL ET AL. 2010, S. 23). Verantwortungsgemeinschaften – bestehend aus beispielsweise Bürgermeister*innen, Gemeinderäten, Gemeindeverwaltungen, Bürger*in-nen, Verbänden, Wirtschaft und Fachverwaltungen – sollen gemeinsam Verantwortung vor Ort übernehmen. Um diese zu ermöglichen, halten sie es für notwendig, wenn auch schwierig, dass Zweckgemeinschaften, beratende Fachverwaltungen und Kommunalpolitik Entscheidungsvorbereitungen und -findungen für Bürger*innen öffnen (vgl. ebd.).

Neben diesen bisher abstrakten Forderungen nach Verantwortungsgemeinschaften in der Dorfentwicklung, die nicht näher in ihrer konkreten Ausgestaltung erläutert werden, bestehen einige Praxisbeispiele und Modellprojekte. Sorgende Gemeinschaften werden in der Forschung über das Modellprojekt „Pfleagemix in lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ der katholischen Hochschule Freiburg und des Instituts für Angewandte Forschung, Entwicklung und Weiterbildung (IAF) hinsichtlich wichtiger Aspekte für eine gemeinsame Verantwortung näher betrachtet. Es wird der „Schulterschluss“ zwischen Bürger*innen und Kommune betont, der dazu führe, dass viele Akteur*innen Verantwortung übernehmen. Die Wichtigkeit der Rolle der Bürgermeister*innen wird neben den Schulun-

gen für Verwaltungen herausgestellt, um die Etablierung eines breit angelegten Verständnisses der Thematik und personelle Ressourcen für die Beratung und Förderung des Engagements zu schaffen (vgl. KRICHELDORFF ET AL. 2015, S. 88).

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (2015) hat sich im MORO Modellprojekt „Anpassungsstrategie zur regionalen Daseinsvorsorge“ unter anderem dem Dorf als Selbstverwaltungsebene angenommen. Im Bezug zu sorgenden Gemeinschaften im Bereich Altern und Pflege wird auf dem Dorf das Subsidiaritätsprinzip fokussiert, mit dem Ziel, zwischen der Eigenverantwortung als Erstverantwortung für die eigenen Lebensumstände und der nächsthöheren Ebene, über die Familie hinaus, eine neue Ebene der Selbstverantwortung als Dorfgemeinschaft im Dorf zu schaffen. Letztendlich sollen sich die Dorfgemeinschaften für die Bewirtschaftung des eigenen Lebensraumes im Dorf verantwortlich fühlen und diesen selbstverwalten. Herausgestellt wird, dass es nicht um den Altruismus der Ehrenamtler*innen, sondern um eine „Art aufgeklärtes Selbstinteresse der örtlichen Gemeinschaft“ (EINIG 2015, S. 105) gehe. Für eine erfolgreiche Umsetzung werden Entscheidungsspielräume und ein Vertrauensvorschuss ebenso wie eine weitere, aber flexiblere (sozial-)staatliche Unterstützung als notwendig angesehen (vgl. ebd., S. 105ff).

Neben den Themen Altern und Pflege werden von Seiten der Bundesministerien, hier vom BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (BMELV) (2011), neue Verantwortungsgemeinschaften von Staat, Kommune, Wirtschaft und Bürger*innen im Zusammenhang mit dörflichen Wettbewerben benannt. Der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ wirkt, nach Ansicht des BMELV, idealerweise als Prototyp einer Verantwortungsgemeinschaft, begründet durch die engagierten Bürger*innen und Vereine, die aktiv die Teilnahme am Wettbewerb gestalten und dabei konkret Verantwortung u.a. für gestalterische Aufgaben in ihrem Dorf übernehmen (vgl. BMELV 2011, S. 71).

Forschungslücke

An die bestehenden Diskussionen anknüpfend, stellt sich für die hier vorliegende Arbeit die Frage, inwieweit sich diese Aspekte und Diskussionen auf das Förderinstrument der Dorfentwicklung in Niedersachsen übertragen lassen und wie eine gemeinsame Verantwortungsübernahme nicht nur in einzelnen Projekten, sondern eingebettet in das Förderinstrument, angestoßen und unterstützt werden könnte. In den dargestellten Forschungsergebnissen zur Dorfentwicklung wird für die Fortentwicklung des Förderprogramms eine inhaltliche, strategische und methodische Weiterentwicklung gefordert, ebenso wie in diesem Zusammenhang Verantwortungsgemeinschaften, Partnerschaften, Koordination und Verstetigung angedacht werden. Es zeigt sich zudem, dass sich die analytisch-thematische Auseinandersetzung mit Verantwortung noch in den Anfängen der Debatten in Wissenschaft und Praxis befindet. In Bezug auf die Dorfentwicklung in Niedersachsen hat dieses Thema bisher keine herausragende Bedeutung inne. Aufbauend auf dem dargestellten Stand der Forschung deutet sich an, dass sich das Förderprogramm der Dorfentwicklung auch in Niedersachsen als Rahmen der stärkeren Thematisierung von neuen Verantwortungsstrukturen und Verantwortungsgemeinschaften anbietet. Eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Ausgestaltung von Kooperationen und der gemeinsamen Übernahme von Verantwortung wird in der Forschung als Möglichkeit gesehen, innovative Ideen umzusetzen. Hier sollte eine Überprüfung der Eignung des Förderprogramms erfolgen. Generell zeigt sich ein stetiger Forschungsbedarf bezüglich der Weiterentwicklung des Förderinstruments in Niedersachsen, um die Wirkung der Förderung auch zukünftig gewährleisten zu können. Thematisch verdeutlichen sich die Fragen, wie die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens in den Dörfern eingeschätzt wird, wie oder von wem Verantwortung wahrgenommen wird und wie eine Zusammenarbeit als Verantwortungsgemeinschaft ausgestaltet sein könnte.

Insgesamt zeigt sich, dass das gemeinsame Handeln der Bürger*innen – sei es als Ausbau ihrer Kompetenzen oder als Schaffung von Möglichkeitsräumen – aktuell vor allem aus der Perspektive der Soziologie und Geographie debattiert wird. Auch die Perspektive der Psychologie findet sich teilweise wieder – sei es in Ansätzen zur Lebensqualität oder in der Frage nach Selbsthilfe und Empowerment. Zentrale Akteur*innen der Dorfentwicklung sind jedoch auch die Planer*innen, die vor Ort die Umsetzung des Planungsprozesses beeinflussen. Einhergehend mit der Weiterentwicklung der Dorfentwicklung bedarf es auch einer Anpassung der Planung, insbesondere, wenn es zukünftig um eine vertiefende Thematisierung von einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme politischer und gesellschaftlicher Akteur*innen gehen soll.

1.3 Ziele und Forschungsfragen

In der vorliegenden Arbeit liegt der Fokus auf der Thematisierung und möglichen Entwicklung einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme der Bürger*innen, den kommunal-politischen Akteur*innen und der Verwaltung im Rahmen des Förderprogramms Dorfentwicklung in Niedersachsen. Dabei geht es um die Rolle der Bürger*innen bezüglich ihrer Einstellungen, Verantwortung zu übernehmen und ihr Lebensumfeld zu gestalten, sowie die Möglichkeiten der Planer*innen und der Kommunen, dies im Rahmen der Dorfentwicklung zu unterstützen. Die vorhandene Basis der niedersächsischen Auslegung des Förderinstruments soll mit Blick auf eine Verantwortungsübernahme weiterentwickelt werden, indem bestehende Lücken und Trends sichtbar gemacht und konkrete Forschungsansätze zur weiteren Bearbeitung aufgezeigt werden.

Ziel ist es, Anreize für die Weiterentwicklung des Förderinstruments in Niedersachsen in Bezug auf Fragen nach der Bedeutung der gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens, den Möglichkeiten der Verantwortungsübernahme und der Zusammenarbeit als Verantwortungsgemeinschaft zu geben. Neben den möglichen Vorteilen einer Kooperation

als Verantwortungsgemeinschaft brauchen hierbei auch die Rahmenbedingungen und Grenzen einer solchen eine nähere Betrachtung. Im Fokus stehen die Bedeutung von und die Voraussetzungen für eine neue Struktur der gemeinsamen Verantwortungsübernahme und somit auch das Spektrum der bisherigen methodischen Prozessgestaltung sowie mögliche Veränderungen und Ergänzungen. Der Stand der Forschung zeigt auf, dass die kommunikativen und partizipativen Methoden in der Planung an Bedeutung gewinnen und es diesbezüglich einer methodischen Weiterentwicklung, die diesen Anforderungen gerecht wird, bedarf. Infolgedessen braucht die Dorfentwicklung in Niedersachsen als informelle, räumliche Planung möglicherweise eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen der aktiven und passiven Nutzer*innen. Das Rollenverständnis der Planer*innen und die für sie zukünftig wichtiger werdenden Kompetenzen, die Dorfentwicklung zu begleiten und zu gestalten, stellen somit ebenfalls ein Erkenntnisinteresse dar. Es besteht ein Forschungsdesiderat in den Planungswissenschaften, sich hinsichtlich der Einbindung der Bürger*innen in Planungs- und Umsetzungsprozesse auf lokaler Ebene vertiefend mit der Übernahme von Verantwortung auseinanderzusetzen. Es soll somit ein Beitrag zur fehlenden Auseinandersetzung mit der Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen im Rahmen der Dorfentwicklung geleistet werden. Hierfür sollen Implikationen für eine mögliche Ausgestaltung und Unterstützung einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme im Kontext der Dorfentwicklung in Form eines richtungsweisenden Bezugsrahmens für die Herangehensweise entwickelt werden. Dieser kann als Handreichung für die Planer*innen Anwendung finden.

In der vorliegenden empirischen Forschung wird die Perspektive von Planer*innen hinsichtlich der bisherigen Thematisierung von Verantwortung in der Dorfentwicklung erhoben. Darauf aufbauend werden mögliche Anpassungen der methodischen Begleitung des Förderinstruments bezüglich der Etablierung von Verantwortungsgemeinschaften analysiert. Vertiefend wird dies mit der Perspektive aktiver Bürger*innen - in Form von Fokusgrup-

pendiskussionen zu diesem Thema - zusammengebracht, um die tatsächliche Situation vor Ort aus verschiedenen Perspektiven zu erfassen und Grenzen der Gestaltung durch diese thematisieren zu können.

Das Förderprogramm der Dorfentwicklung in Niedersachsen stellt eine mögliche Unterstützungsstruktur dar, ländliche Räume bei Herausforderungen zu unterstützen. Im Zuge der aktuellen strukturellen wie auch der gesellschaftlichen Veränderungen deutet sich eine kontinuierliche Anpassung des Förderprogramms als zielführend an, um eine geeignete Gestaltung des Lebensraumes zu ermöglichen. Ableitend stellt sich die Frage nach der denkbaren zukünftigen Ausrichtung der Dorfentwicklung als Planungs- und Umsetzungsinstrument.

Die zentrale Fragestellung der Arbeit lautet: ***Inwieweit bedarf die Dorfentwicklung in Niedersachsen einer neuen Ausrichtung in Bezug auf die Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen, ebenso wie neuer lokaler Verantwortungsstrukturen und damit einhergehend neuer Methoden?***

Das Erkenntnisinteresse der Arbeit bezieht sich auf verschiedene inhaltliche, strategische und methodische Aspekte, woraus sich forschungsgeleitet weitere Fragen ergeben. Dabei sind folgende Fragen in Bezug auf die Dorfgemeinschaften, auf die Übernahme von Verantwortung sowie eine Ergänzung/Anpassung der Prozessausgestaltung zentral:

Inwieweit besteht ein zu hebendes bürgerschaftliches Potenzial in der selbstbestimmten Gestaltung des Lebensraumes?

- Welche Bedeutung haben Dorfgemeinschaften hierbei auch heute noch?

Wie kann im Rahmen der Dorfentwicklung eine gemeinsame Verantwortungsübernahme / Verantwortungsgemeinschaft angestoßen und etabliert werden?

- Wie, bei wem und in Bezug auf was wird Verantwortung wahrgenommen?
- Was sind Themen, Bereiche und Prozesse, in denen Bürger*innen Verantwortung übernehmen können?
- Was brauchen Bürger*innen, um Verantwortung zu erkennen und sie zu übernehmen?
- Wie gestaltet sich die Verantwortungsübernahme im Rahmen bestehender Macht- oder Ressourcenverhältnissen sowie auch Interessen?
- Wie kann Verantwortung zukünftig zwischen den Akteur*innen geteilt werden?

Wie kann durch die Prozessgestaltung eine selbstbestimmte Verantwortungsübernahme gefördert werden?

- Inwieweit ist Verantwortung schon ein Thema im Förderprogramm der Dorfentwicklung?
- Wie können neue lokale Verantwortungsstrukturen aussehen?
- Was braucht es an methodischen und strategischen Ergänzungen?

Die Fragen bilden die Grundlage für die weiterführende theoretische Rahmung des Untersuchungsdesigns. In diesem werden, aufbauend auf der Darstellung der Akteur*innen in der Planung und im Handeln, das Förderprogramm sowie die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen näher betrachtet und die Möglichkeiten und Grenzen von bürgerschaftlichem Engagement und Selbstgestaltung des dörflichen Lebensraumes durch die Bürger*innen thematisiert. Die Begrifflichkeit Verantwortung wird vertiefend dargelegt und in Bezug zu Chancen und Grenzen der Verantwortungsübernahme in der Dorfentwicklung gesetzt. Zudem findet eine Verknüpfung der Thematik mit der aktuellen Planungsdiskussion statt. Ableitend aus dieser theoretischen

Einbettung erfolgt die Begründung des empirischen Forschungsdesigns, welches die Durchführung von Expert*inneninterviews mit Planer*innen sowie Fokusgruppendifkussionen mit Bürger*innen in zwei Dorfgregionen umfasst.

Mittels des Einbezugs der Perspektive der Planer*innen und der Bürger*innen soll eine empirische und multiperspektivische Grundlage geschaffen werden, auf die sich das Ansinnen nach einer neuen lokalen Verantwortungsstruktur stützen kann. Entsprechend ist es Ziel der Arbeit, Ansatzpunkte im Dorfentwicklungsprozess zu identifizieren, die bezüglich der Einbindung der Bürger*innen, der Übernahme von Verantwortung sowie der Verstetigung erfolgsversprechend erscheinen. Es wird ein Erkenntnisgewinn angestrebt, wie Bürger*innen und Planer*innen Verantwortungsübernahme wahrnehmen, sie auslegen und ihr letztlich nachkommen. Die Dissertation soll einen Beitrag leisten, das Begriffsverständnis von Verantwortung und Verantwortungsgemeinschaften aus verschiedenen Perspektiven zu erfassen und aufbauend die Möglichkeiten der Ausgestaltung im Rahmen der Dorfentwicklung aufzeigen. Hierzu ist zunächst herauszuarbeiten, ob die Dorfentwicklung überhaupt einen geeigneten Rahmen für die vertiefende Thematisierung und Betrachtung von gemeinsamer Verantwortung darstellt. Zudem wird ein wissenschaftlicher Beitrag zur aktuellen Diskussion um Verantwortungsgemeinschaften sowie die Verknüpfung mit den zivilgesellschaftlichen Potenzialen der selbstbestimmten Gestaltung des Lebensraumes geleistet. Es werden Tendenzen der möglichen zukünftigen Entwicklung und Umsetzung aufgezeigt.

1.4 Aufbau der Arbeit

Abb. 3: Aufbau des theoretischen Rahmens



Quelle: eigene Darstellung 2019

Wie aus der Abbildung ersichtlich wird im Folgenden der theoretische Rahmen der Dissertation geschaffen, um darauf aufbauend das empirische Forschungsdesign zu begründen und darzulegen. Zunächst wird die Charakterisierung ländlicher Räume aufgezeigt und danach die Bedeutung der regionalen Handlungsebene angeschlossen. Regionen werden als Handlungsebene in Bezug auf Planung fokussiert, um sich dem Konstrukt der Dorfregionen annähern zu können. Aufbauend werden die Akteur*innen der Planung und ihre unterschiedlichen Handlungsorientierungen und -ressourcen näher betrachtet, um eine theoretische Basis bezüglich der Personen und ihres Interagierens im Rahmen der Dorfentwicklungsplanung zu erlangen. Die Betrachtung eines kommunikativen Planungsverständnisses und Ansätze von Governance runden dies ab und ermöglichen eine Einbettung des Förderprogramms in das bestehende System der planungsmethodischen Umsetzung.

In der weiterführenden theoretischen Vorarbeit steht das Erkenntnisinteresse der übergeordneten Forschungsfrage im Vordergrund. Anknüpfend

bilden die Betrachtung des Förderprogramms der Dorfentwicklung und die historischen Veränderungen als Reaktion auf gesellschaftliche Neuerungen sowie die aktuelle Ausgestaltung und Umsetzung den Ansatzpunkt für eine abgeleitete Notwendigkeit der thematischen und methodischen Weiterentwicklung. Das Förderinstrument der Dorfentwicklung prägt die Gestaltung ländlicher Räume in Deutschland seit vielen Jahren. Hierbei hat sich die Anpassungsfähigkeit des Förderprogramms an die gesellschaftlichen Veränderungen immer wieder gezeigt. Aufgrund dieser Flexibilität und Anpassungsfähigkeit wird von der Autorin die Eignung des Förderprogramms zur Übernahme von Verantwortung und Entstehung von Verantwortungsgemeinschaften betrachtet und damit einhergehend die Ergänzungen der Prozessgestaltung thematisiert.

Die Auseinandersetzung mit bestehenden Beteiligungsformaten in der Dorfentwicklung sowie grundlegenden Möglichkeiten, von einer erhöhten Partizipation bis hin zu Verantwortungsübernahme, bieten erste Ansätze für einen Analyserahmen, um die qua-

litative Forschung zu erstellen.⁹ Erweiterung findet dieser in der Auseinandersetzung mit bestehenden theoretischen Ansätzen und Diskussionen zu der Bedeutung von Gemeinschaft in Dörfern sowie des Potenzials der Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Akteur*innen vor Ort, bei der gleichzeitigen Beachtung der bestehenden Grenzen des Leistbaren. Dies schließt an die Erkenntnisse von ULRIKE GRABSKI-KIERON (2016) an, dass die Dorfentwick-

⁹ Anm.: In der vorliegenden Dissertation liegt diesbezüglich der Fokus auf der Weiterentwicklung des Planungs- und Umsetzungsprozesses des Förderprogramms hinsichtlich der Etablierung neuer Verantwortungsstrukturen in den Orten und einem entsprechend möglicherweise benötigten erweiterten Planungsverständnis. Dies bedeutet, dass insbesondere die Partizipation der Akteur*innen vor Ort, die stattfindende Kooperation und die Entscheidungsfindung betrachtet werden.

lungsplanung ein Instrument sein möchte, welches die Akteur*innen vor Ort zu eigenverantwortlichen Lösungen von Problemen befähigt (vgl. GRABSKI-KIERON 2016, S. 26).

Insbesondere auch die anschließende Auseinandersetzung mit den Ansätzen und Diskursen zu Verantwortung – unter Berücksichtigung dessen, dass der wissenschaftliche und politische Diskurs über Verantwortungsübernahme und Verantwortungsteilung in Bezug auf ländliche Räume und die Entwicklung von Dörfern noch am Anfang steht – und die Möglichkeiten von gemeinsamer Verantwortungsübernahme bilden die Grundlage für die weiterführende Erstellung und Aufbereitung des Analyserahmens.

2 Der Blick auf die regionale Handlungsebene und die Akteur*innen der Planung

Einleitend in die theoretische Rahmung der Dissertation wird zunächst herausgearbeitet, wie ländliche von städtischen Räumen abgegrenzt werden können und welche Bedeutung dies für die Planung hat. Es wird die Wichtigkeit der regionalen Handlungsebene herausgestellt und der Betrachtungsrahmen der Regionen spezifisch der Dorfregionen definiert. Da im Rahmen des Förderprogramms Dorfentwicklung die Prozessausgestaltung und stattfindende Interaktion Beachtung finden, bedarf es zudem eines zugrundeliegenden Verständnisses, wer die relevanten Akteur*innen des Planungsprozesses sind und wie ihre Interaktion ausgestaltet ist, bzw. beeinflusst wird. Diese Basis wird durch die Darstellungen von FÜRST (2010) in Bezug auf SCHARPF (2006) geschaffen und das erlangte Verständnis in die bestehende Planungsdiskussion eingeordnet.

2.1 Ländliche Räume und die regionale Handlungsebene

Um das Thema Verantwortungsübernahme in ländlichen Räumen fassen zu können, ist zunächst eine Begriffspräzisierung ländlicher Räume notwendig, da diese „eine starke Ausdifferenzierung nach unterschiedlichen Funktionen und die Polarisierung zwischen ökonomisch prosperierenden und strukturschwachen Gebieten“ (Mose 2018, S. 1323) aufweisen. In Deutschland basiert die Raumplanung auf der Unterscheidung städtischer und ländlicher Räume verschiedener Typen. Ebenso unterteilt nicht nur die deutsche, sondern auch die Förderpolitik der Europäischen Union in ländliche und städtische sowie in strukturschwache und strukturstarke Regionen. Einhergehend mit diesen heterogenen ländlichen Räumen zeigen sich differenzierte Bedarfe an die Instrumente der Entwicklungsgestaltung.

Ländliche Räume in Deutschland haben in den letzten Jahren eine andauernde Transformation erlebt, in der der Strukturwandel, der Rückgang der Landwirtschaft, die Industrialisierung der Landnutzung sowie der demografische Wandel eine Hauptrolle

spielten (vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 6). Weiterführend prägen die Faktoren der unterschiedlichen Infrastrukturausstattung sowie der einseitigen Inanspruchnahme der ländlichen Räume als Freizeit- und Erholungsfunktion den Strukturwandel (vgl. Mose 2018, S. 1324). Ausdruck finden diese Einflüsse in der „Ausbildung signifikanter raumstruktureller Disparitäten“ (ebd.).

In der näheren Betrachtung ländlicher Räume zeigen sich unterschiedliche siedlungsstrukturelle Voraussetzungen von dünnbesiedelten bis zu sehr dicht besiedelten Bereichen. Ebenso groß zeigt sich die Heterogenität in Bezug auf die Finanzlage in den Kommunen und das Arbeitsplatzangebot in den ländlichen Räumen. MAGEL ET AL. (2007) fassten in diesem Sinne zusammen:

„Wesentlichen Einfluss auf die individuelle Ausprägung der Teilgebiete des ländlichen Raums haben u. a. die geographische Lage und Verkehrsanbindung, naturräumliche und infrastrukturelle Ausstattung, Bevölkerungs-, Erwerbs-, Wirtschafts- und Unternehmensstruktur sowie die regionale Identität.“ (MAGEL ET AL. 2007, S. 7)

Unter Einbezug dieser Erkenntnisse lässt sich nicht von dem ländlichen Raum, sondern von einer Vielzahl unterschiedlicher ländlicher Räume sprechen (vgl. DANNENBERG ET AL. 2012, S. 55). Zum einen gibt es keine einheitliche Definition von ländlichen Räumen (vgl. HENKEL 2012, S. 263), zum anderen wird neben den bestehenden unterschiedlichen Möglichkeiten der Abgrenzungsversuche diskutiert, ob es diese überhaupt noch geben kann, da sich die Lebensweisen und Lebensformen zwischen Stadt und Land so stark angenähert hätten (vgl. FRANZEN ET AL. 2008, S. 8). Hier lässt sich jedoch festhalten, dass die Abgrenzung ländlicher Räume aktuell nicht nur in landesplanerischen Vorgaben Verwendung findet, sondern auch in der Förderpolitik der Europäischen Union und somit zum jetzigen Zeitpunkt notwendig erscheint (vgl. ebd.). Auch Baumann (2014) spricht

sich in diesem Sinne dafür aus, dass trotz der Folgen der Urbanisierung, die die Grenzen zwischen städtisch und ländlich verschwimmen lassen, die Beobachtungskategorien Stadt und Land beibehalten werden sollten (vgl. BAUMANN 2014, S. 90).

Die genaue Abgrenzung¹⁰ von verschiedenen ländlichen Räumen erfolgt in der Praxis oftmals in Form von Raumtypen, die für das planerische und regionalpolitische Handeln notwendig sind. Für die vorliegende Arbeit werden die Kriterien des Thünen-Instituts aus dem Landatlas¹¹ als aktuelle Differenzierung ländlicher Räume herangezogen. Hier wird davon ausgegangen, „dass dünn besiedelte ländliche Räume und städtische Ballungszentren die beiden Pole der Siedlungsstruktur und Landnutzung darstellen“ (THÜNEN-INSTITUT FÜR LÄNDLICHE RÄUME 2016). In diesem Spannungsfeld werden fünf Merkmale herangezogen, um die unterschiedlichen Grade von Ländlichkeit aufzuzeigen. Diese umfassen die Siedlungsdichte, den Anteil an Ein- und Zweifamilienhäuser, den Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche, die in einem bestimmten Radius lebende Bevölkerung und die Entfernung zum nächsten Oberzentrum (vgl. ebd.).

„Die Ländlichkeit ist tendenziell umso ausgeprägter, je geringer die Siedlungsdichte, je höher

¹⁰ Anm.: Charakterisierungen ländlicher Räume variieren stark. Weitere Möglichkeiten der Abgrenzung bestehen in der OECD Definition in einer Unterteilung des Indikators Einwohner*innendichte (OECD Definition), die jedoch wenig aussagekräftig über die tatsächliche strukturelle und finanzielle Lage erscheint. Es besteht weiter die Möglichkeit, ländliche Räume über die Funktionszuweisungen zwischen Stadt und Land abzugrenzen, u.a. einer ökologischen Funktion, einer Agrarproduktionsfunktion, einer Erholungsfunktion oder auch einer Standortfunktion (vgl. DANNENBERG 2012, S. 56). Ebenso können ländliche Räume unter den Merkmalen einer dörflichen und kleinstädtischen Siedlungsstruktur mit einer nicht so dichten Bebauung, einer aktuellen oder ehemaligen Land- und Forstwirtschaft, die die Landschaft prägen, einer eher geringen Bevölkerungsdichte, strukturellen Problemen in Bezug auf die Infrastruktur und damit unter anderem die Erreichbarkeit und Versorgung sowie wenig zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze vor Ort, definiert werden (vgl. HENKEL 1995, MAGEL ET. AL. 2007, S. 6).

¹¹ Anm.: Der Landatlas ist Teil des Forschungsprojekts Monitoring Ländliche Räume des Thünen-Instituts für Ländliche Räume.

der Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche, je höher der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, je geringer das Bevölkerungspotenzial und je schlechter die Erreichbarkeit großer Zentren ist.“ (KÜPPER 2016)

Die Typisierung ländlicher Räume erfolgt nach der eben genannten Abgrenzung sowie der weiteren Unterteilung anhand der sozioökonomischen Lage der ländlichen Räume.

„Die sozioökonomische Lage ist tendenziell umso besser, je niedriger die Arbeitslosenquote, der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss und der Wohnungsleerstand, je höher die Löhne, das Einkommen, die kommunale Steuerkraft, die Lebenserwartung von Männern und Frauen und je mehr junge Menschen im Saldo zuwandern.“ (OSIGUS ET AL. 2016)

Diese Bereiche stellen auch die betrachteten Indikatoren dar. Durch die Bildung von verschiedenen Typen ländlicher Räume lassen sich konkretere Aussagen und Entwicklungstendenzen in Bezug auf die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen ableiten. Der sozioökonomischen Lage kommt eine wichtige Bedeutung insbesondere bei sehr ländlichen Regionen zu. Zusammenfassend zählen nach der Definition des THÜNEN-INSTITUTS (2016) nicht nur Dörfer, sondern auch viele Klein- und Mittelstädte zu den ländlichen Räumen. 57 Prozent der Bevölkerung in Deutschland lebt dieser Abgrenzung zufolge in ländlichen Räumen, die 91 Prozent der Fläche Deutschlands ausmachen (vgl. THÜNEN-INSTITUT FÜR LÄNDLICHE RÄUME 2016). In der Abgrenzung ländlicher Räume zeigt sich ihre Bedeutung für die deutsche Planungslandschaft und die politischen Förderstrukturen insbesondere bezüglich der mit dem Strukturwandel einhergehenden Probleme.

Förderprogramme verdeutlichen die bestehenden Herausforderungen in ländlichen Räumen und forcieren die Chancen gleichermaßen. In ihnen ist oftmals eine erfolgreiche Kooperation der verschiedenen Akteur*innen und die Umsetzung von bottom-up

Ansätzen gewünscht, die jedoch nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden können. Es braucht auch ein entsprechendes gemeinsames Handeln und Entscheiden, um eine solche Kooperation zu erreichen (vgl. Mose 2018, S. 1332).

Die regionale Handlungsebene

Aufbauend auf der *Theorie der endogenen Regionalentwicklung* (HAHNE 1985) verdeutlicht sich die Bedeutung, die regionalen und lokalen Handlungsebenen mehr in den Blick zu nehmen. ULF HAHNE (1985) stellt heraus, dass Strategien endogener Regionalentwicklung darauf abzielen, die vor Ort vorhandenen Potenziale zu nutzen und dadurch regional bestehende Probleme lösen zu können (vgl. HAHNE 1985, S. 1). Basierend auf den endogenen Potenzialen entscheidet die Region eigenständig über Maßnahmen, Akteur*innen werden zur Umsetzung befähigt und die politischen Vertreter*innen vor Ort tragen die Ansätze in der Kommunalpolitik weiter. „Mit der Stärkung der regionalen Steuerung „von unten“ wird die Erwartung verbunden, die wirtschaftliche, kulturelle und politische Eigenständigkeit der Regionen zu erhöhen.“ (ebd.) Hahne resümiert, dass endogene Entwicklungsmöglichkeiten auch ohne spezifische Programme stattfinden, sie sollten jedoch durch „Ansätze zur Stärkung der regionalen Selbststeuerungskompetenzen“ (ebd., S. 222) unterstützt werden.

„Entscheidend für das Gelingen der Aktivierung regionaler Potenziale und das Eintreten der Bürger für ihre eigene Umwelt wird daher nicht allein die Möglichkeit sein, von öffentlicher Seite aus Entwicklungsanstöße zu fördern, sondern letztlich die in den politischen Ansätzen hervorgehob[ne] praktische Aktion der Bürger „von unten“.“ (ebd.)

Vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden regionalen Disparitäten, der Sicherstellung der Daseinsvorsorge und der Infragestellung des Ziels, gleichwertige Lebensbedingungen erreichen zu können, verdeutlicht sich der Bedeutungsgewinn der Betrachtungsebene der Region und der Dörfer

sowie der Gestaltung dieser durch die Akteur*innen vor Ort.

In der Betrachtung von Herausforderungen, vor denen ländliche Räume stehen, zeigen sich regionale Politik, Förderprogramme und damit stattfindende Planungsprozesse als wichtige Ansatzpunkte zur Gestaltung. Es wird die Ebene der Region spezifisch hier der Dorfregion als politischer Handlungs- bzw. Planungsraum betrachtet. Regionen sind entsprechend als „merkmals- und zweckspezifische Konstrukte“ (SINZ 2018, S. 1975), konkreter als „ein auf institutioneller und räumlicher Nähe basierender Verflechtungszusammenhang und Handlungskontext“ (ebd.) anzusehen. Regionen können unterschiedlich abgegrenzt oder identifiziert werden. BLOTEVOGEL (2005) unterscheidet eine empirisch-analytische Herangehensweise und normativ-programmatische Ansätze (vgl. BLOTEVOGEL 2005). Erstere definiert er als „Analyse- und Beschreibungsregionen“, in denen räumliche Einheiten unter Berücksichtigung bestimmter Merkmale zu möglichst homogenen Regionen zusammengefasst werden, zweite als „Tätigkeits- und Programmregionen“, in denen Regionen aufgrund der bestehenden funktionalen Beziehungen abgegrenzt werden. Nach SINZ (2018) sind Planungsregionen und Aktionsräume von Förderprogrammen als Mischtypen anzusehen, da oftmals sowohl das Ähnlichkeitsprinzip und das Verflochtenheitsprinzip gleichzeitig verfolgt werden (vgl. SINZ 2018, S. 1979). „Die Abgrenzung von Planungsregionen erfolgt in der Regel nach funktionalen Kriterien und berücksichtigt die Verflechtungsbereiche der Zentralen Orte“ (ebd., S. 1982). Weiterhin zählen auch freiwillige kommunale Zusammenschlüsse zu den planungsrelevanten Regionsabgrenzungen. Hierzu gehören vor allem informelle Planungen wie regionale Entwicklungskonzepte, die sich auf solche nicht administrativen Unterteilungen des Raumes beziehen (vgl. ebd.). Die hier betrachteten Regionen sind Dorfregionen und werden durch die Akteur*innen vor Ort (kommunalpolitische Vertreter*innen, Verwaltung, teilweise auch den Bürger*innen) festgesetzt unter Beachtung des Rahmens der bestehenden Förderrichtlinie (vgl. Kapitel 3.3).

2.2 Akteur*innen der Planung

Um sich im Zuge des Forschungsinteresses mit der Gestaltung und Steuerung von Planungsprozessen auseinanderzusetzen, sollte sich zunächst mit den relevanten Akteur*innen, ihren jeweiligen Interessen sowie ihren Strategieoptionen, als Form, wie sie ihre Interessen durchsetzen können, beschäftigt werden (vgl. FÜRST 2010, S. 20). DIETRICH FÜRST (2010, S. 18) stellt als Akteur*innen in der Planung alle am Planungsprozess beteiligten Personen (natürlich und juristisch) heraus und differenziert diese nach ihren Funktionen:

- Planer*innen
- Projektbetreiber*innen/Immobilienbesitzer*innen/ Investor*innen
- Planungsbetroffene
- Fachverwaltungen (Bund, Land, Kommune)
- (Aufsichts- und Genehmigungs-) Behörden
- politische Entscheider*innen
- Gutachter/ intermediäre Akteur*innen
- Medien

Die Planungsbetroffenen als wichtige Gruppe unterteilt er weiter in die direkte Zielgruppe der Planung und diejenigen, die nur indirekt betroffen sind. Ebenso gehören hierzu auch die Fürsprecher*innen, die für die Belange Dritter eintreten (wie Umweltverbände). Aufbauend auf dieser Darstellung differenziert FÜRST (2010) die Beteiligten nach ihrem Verhalten. Natürliche Personen würden sich anders verhalten als kooperative Akteur*innen. Kooperative Akteur*innen versteht er einerseits in organisierter Form als Behörden, Unternehmen, Interessensverbände etc. und andererseits als eher „locker-gekoppelte Netzwerke (z.B. zivilgesellschaftliche Vereinigungen)“ (FÜRST 2010, S. 18), wodurch er auch hier unterschiedliches Verhalten begründet. FÜRST (2010) bezieht sich im Folgenden auf SCHARPF (2006) und den akteurzentrierten Institutionalismus, um das Handeln von Akteur*innen zu erklären. Der akteurzentrierte Institutionalismus versucht zu erklären, welcher Art Akteur*innen sind, wie ihre Stellung zueinander aussieht und die Auswirkungen auf die umgebenden Institutionen

einzubezieh. Der akteurzentrierte Institutionalismus als Forschungsheuristik und Analyserahmen bietet einen Ansatz, um Steuerung und die bestehenden Problematiken auf der Ebene gesellschaftlicher Teilbereiche zu untersuchen. Auch wenn die Dorfentwicklung eher auf der Mikroebene einzuordnen ist, können grundlegende Erklärungen des Ansatzes herangezogen werden.¹²

SCHARPF (2006) stellt heraus, dass das Handeln der Akteur*innen durch die institutionelle Umwelt, ihre Präferenzen und Wahrnehmungen sowie die Handlungsressourcen und das Handeln der anderen Akteur*innen gleichzeitig ermöglicht und begrenzt wird (vgl. SCHARPF 2006, S. 86). Differenzierter sind *Handlungsressourcen* als bestimmte Fähigkeiten und Kompetenzen zu sehen, die Begabungen und materielle Ressourcen umfassen können. Wahrnehmungen „beziehen sich auf akteursspezifische Paradigmen, ihre Umwelt zu analysieren, zu deuten und zu bewerten“ (FÜRST 2010, S. 18). Präferenzen schließlich umfassen Interessen, Betroffenheit und Wertehierarchien der Akteur*innen. Weiterhin spielen *Handlungsorientierungen* eine Rolle, die sich im Spannungsfeld zwischen egozentrisch und gemeinwohlbezogen bewegen können. Sie können zudem als stabil angesehen werden oder sich durch Argumente und Lernprozesse verändern (vgl. SCHARPF 2006, S. 86).¹³ Ebenfalls unter die Präferenzen fallen die *Interaktionsorientierungen*, die zwischen einem kompetitiven und kooperativen Verhältnis der Akteur*innen variieren können. Scharpf sieht die Handlungsressourcen und -orientierungen als

¹² Im Folgenden wird der akteurzentrierte Institutionalismus nicht als Analyserahmen herangezogen und auch nicht ausführlich in seiner Gänze dargestellt – siehe hierfür MAYNTZ und SCHARPF 1995 – sondern es folgt eine Fokussierung auf die Bereiche der Handlungsressourcen und Handlungsorientierungen der Akteur*innen und ableitend die bestehenden Strategieoptionen. Dies wird als zielführend angesehen, um diese Aspekte in Anlehnung an FÜRST (2010) in Bezug auf Planungsprozesse zu setzen und in den Planungsdiskurs einzuordnen.

¹³ Anm.: SCHARPF (2006) weist in Bezug auf die Handlungsorientierungen auf die Bedeutung „sozial konstruierter und institutionell geformter Wahrnehmung“ (SCHARPF 2006, S. 42) hin, und dass der akteurzentrierte Institutionalismus somit von der Annahme rein rational handelnder Akteur*innen abweiche.

handlungsbestimmende Faktoren in seinen Überlegungen.

Bezüglich des institutionellen Kontextes geht FÜRST (2010) in Anlehnung an SCHARPF (2006) spezifisch auf das Agieren von Organisationen und Behörden (als korporative Akteure) ein. Bei Organisationen wird die Regelgebundenheit herausgestellt sowie bei Entscheidungen eine personenunabhängige Kontinuität. Durch oftmals bestehende Hierarchien und rechtliche, politische oder wirtschaftliche Restriktionen werden Organisationen als weniger flexibel im Vergleich zu natürlichen Personen angesehen (vgl. FÜRST 2010, S. 18). Weiterhin werden Behörden und Gebietskörperschaften in ihrem Verhalten von Unternehmen abgegrenzt, da sie als stärker politisch ausgerichtet dargestellt werden, einhergehend mit externen Kontrollen (u.a. durch Medien, Gerichte). Zudem wird ihnen eine enge und territorial begrenzte Interessensdefinition unterstellt, als Beispiel wird das „Kirchturmdenken“ genannt (vgl. ebd.). SCHARPF (2006) stellt weiterhin die komplexe interne Art der Willensbildung der Akteur*innen heraus, die durch den jeweiligen institutionellen Kontext geprägt ist. Die Willensbildung ist abhängig von der Entscheidungsmacht, die unterschiedliche Grade der Konzentration und Zentralisierung aufweisen kann (Einzelentscheidung, kollektives Meinungsbild, hierarchischer Entscheidungsprozess, sowie Einebenen- oder Mehrebenenprozess) (vgl. SCHARPF 2006, S. 101).

Diese Darstellungen der Akteur*innen in der Planung und ihrer unterschiedlichen Möglichkeiten führen zu einer differierenden Strategiefähigkeit (vgl. FÜRST 2010, S. 18). Diese, so fasst FÜRST (2010) zusammen, wird durch Potenziale und Beschränkungen u.a. bei der Willensbildung, den vertretenen Präferenzen, Handlungs- und Interaktionsorientierungen bezüglich kollektiver Belange bedingt. Die Handlungsressourcen beeinflussen hierbei, „welche Machtmittel sie einsetzen können (z. B. Informationsmacht, Tauschressourcen, politische Koalitionsfähigkeit, politische Artikulationsfähigkeit, Vetomacht, formale Autorität)“ (ebd.). Ebenfalls geprägt wird die Strategiefähigkeit durch

Akteur*innenkonstellationen und die Handlungsbereiche mit den jeweiligen institutionellen Regelsystemen (vgl. ebd.). Akteur*innenkonstellationen sind zu verstehen als die betroffenen Akteur*innen mit ihren jeweiligen Strategiemöglichkeiten, den möglichen Ergebnissen der Interaktion und der Präferenzen bezüglich dieser Ergebnisse (vgl. SCHARPF 2006, S. 87). Akteur*innenkonstellationen können also durch die teilnehmenden Akteur*innen und ihre Interaktionsorientierung beschrieben werden (vgl. ebd.) und stellen ein statisches Bild der Handlungssituation dar.

FÜRST (2010) stellt heraus, dass sich die Akteur*innenkonstellationen und auch die Interaktionsbereiche im Laufe eines Planungsprozesses verändern können. Er differenziert insbesondere zwischen der Planerstellung und der Umsetzung und hebt die sich verändernden Regelsysteme hervor (z.B. Bildung von Bürger*inneninitiativen) (vgl. FÜRST 2010, S. 19). Die wachsende Komplexität der Akteur*innenkonstellation – als Folge der sich erhöhende Zahl der beteiligten Akteur*innen, der Ausdehnung räumlicher und sachlicher Interdependenzen sowie Zunahme der „Mehrebenen-Governance“ – wird betont und diesbezüglich die Einbindung von Mediatoren*innen, Moderator*innen und wissenschaftlicher Beratung empfohlen. Diese sollen die verschiedenen Akteur*innen zum gemeinsamen Handeln anregen, den Prozess managen und in Konfliktsituationen beraten (vgl. ebd.). Hier verdeutlicht sich, dass der Anspruch an Planer*innen steigt. Sie müssen sich nicht nur intensiv mit den verschiedenen Akteur*innen, ihren Interessen und Mitteln auseinandersetzen, sondern auch Akteur*innen enger einbinden, Netzwerke organisieren und frühzeitig über anstehende Planungsentscheidungen informieren (vgl. ebd., S. 20).

Die Akteur*innendarstellung und ihr Handeln in Prozessen der Planung, wie FÜRST (2010) sie in Anlehnung an SCHARPF (2006) versteht, wird in die weiterführenden Überlegungen der Arbeit einbezogen und in die bestehende Planungsdiskussion eingeordnet.

2.3 Zentrale Ansätze für die Betrachtung von Planungsprozessen

Planung ist ein übergeordneter Begriff, der „verschiedene Formen der Steuerung bzw. Gestaltung der Raumentwicklung durch die öffentlichen Akteure“ (DANIELZYK und KNIELING 2011, S. 475) umfasst. In der vorliegenden Dissertation liegt der Fokus auf der Ebene des Dorfes und der dortigen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Dorfentwicklung als Förderprogramm und Planungsinstrument weist einige Besonderheiten auf, die im Folgenden dargelegt werden.

„Die Dorfentwicklungsplanung ist die einzige umfassende Planung für das Dorf. Sie stellt ein informelles, ganzheitliches Entwicklungskonzept dar, das keine rechtliche Verbindlichkeit besitzt, sondern Ausdruck der Einigung von Bürgern, Politikern und Behörden auf gemeinsames Handeln ist.“ (SCHOLLES 2008, S. 251)

SCHOLLES (2008) verdeutlicht hierzu verschiedene Aspekte. Zum einen finden die meisten Planungen auf einer größeren als der Dorf- oder Dorfgemeinschaftsebene statt und zum anderen besteht eine Besonderheit in der Form der Zusammenarbeit. Auch BORN (2019) betont, dass Dörfer eine nachgelagerte Stellung in der räumlichen Planung haben (vgl. BORN 2019, S. 20). Explizit Städte und urbane Räume stehen im Mittelpunkt kommunaler Fragestellungen (vgl. ebd.). Auf der kleinräumigen Ebene des Dorfes zeigen sich Berührungspunkte mit „den zwei unteren Stufen der Raumplanung“ (ebd.), der formalen Planung in Form von Bauleitplanung und Flächennutzungsplanung und der informellen Dorfentwicklungsplanung. BORN (2019) konkretisiert hier:

„Regionalpläne bzw. Regionale Raumordnungsprogramme treffen Aussagen zur zukünftigen Entwicklung von Siedlungen, Infrastruktur und Flächennutzung, während kommunal verankerte Pläne neben der Flächennutzung vor allem die bauliche Gestaltung von Dörfern sichern.“ (BORN 2019, S. 20)

Hierauf aufbauend werden im Folgenden die Veränderung des Planungsverständnisses von einer hierarchischen Umsetzung hin zu einer kommunikativen und partizipativen Planung betrachtet und diesbezüglich die heutige Bedeutung von Kooperation und local Governance-Ansätzen für die Dorfentwicklung reflektiert.

2.3.1 Der Blick auf ein sich änderndes Planungsverständnis

„Raumplanung als öffentliche Aufgabe dient der überörtlichen und überfachlichen Koordinierung von Nutzungsansprüchen an den Raum und verfolgt dabei Ordnungs-, Entwicklungs-, Schutz- und Ausgleichsfunktionen. Die großen Trends des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Wandels führen zu einer permanenten Umgestaltung der Felder, auf die Raumplanung direkt oder indirekt, nämlich vermittelt über Fachpolitik oder Kommunalpolitik, Einfluss nimmt.“ (FÜRST und MÄDING 2011, S. 11)

Räumliche Planung wirkt entsprechend systematisch auf die räumliche Entwicklung ein. Als übergeordnete Planungsebenen lassen sich die Raumordnung des Bundes, die Landesplanung und Regionalplanung sowie die Bauleitplanung unterscheiden.

In der Raumplanung spielen Planungsmethoden eine wichtige Rolle, um das Handeln der Akteur*innen zu prägen (vgl. FÜRST und SCHOLLES 2008a, S. 15). Die räumliche Planung unterlag einem stetigen Wandel, der sich insbesondere auf das Kommunikationsverständnis und die verwendeten Methoden ausgewirkt hat. In den Planungswissenschaften zeigt sich seit den 60er-Jahren eine fortlaufende Entwicklung der Kommunikationsmöglichkeiten und damit auch der methodischen Vorgehensweise in der Beteiligung.¹⁴

¹⁴ Anm.: Die Planungsdiskussion vor dem 2. Weltkrieg war wenig kritisch und von der Überzeugung geprägt, dass gesellschaftliche Planung durch die staatliche Hand notwendig sei (Fürst 2008, S. 26). Kommunikative Planungsinstrumente und der Einbezug weiterer Akteur*innen spielten eine eher untergeordnete Rolle, da es eine ausgeprägte staatliche Planung des Raumes gab.

Die darauffolgende Zeit wird als *Planungseuphorie* bezeichnet, da auf die Planung große Hoffnungen in Bezug auf die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gesetzt wurden (vgl. ebd., S. 29). Ab 1974 zeigte sich ein Wandel in der Planung,¹⁵ da sich Grenzen der Planbarkeit in neuen, wichtiger werdenden Themen wie Umwelt, Ökologie und Nachhaltigkeit verdeutlichten (vgl. ebd.). In der Betrachtung der Partizipation in der Planung erlebte die organisierte Beteiligung der Bürger*innen Ende der 1960er und Anfang der 1970er einen neuen Stellenwert, da in vielen gesellschaftlichen Bereichen mehr Demokratie gefordert wurde. Bürger*innen erhielten unter anderem mehr Raum für Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten in Planungsvorhaben (vgl. BISCHOFF ET AL. 2005, S. 27). Seit den 70er-Jahren entwickelte sich die beginnende Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürger*innen weiter und es entstanden viele informelle neue Beteiligungs- und Kommunikationsforen (vgl. ebd., S. 29). Auch im Zuge der Aufwertung von Umweltbelangen in den 1970er- und 1980er-Jahren veränderte sich die Planung dahingehend, dass die Bürger*innen offiziell aufgefordert wurden, zu partizipieren (vgl. FÜRST 2008, S. 31). Von der Einbindung der Bürger*innen erhoffte sich der Staat eine höhere Akzeptanz der Entscheidungen und eine gesteigerte Motivation der Akteur*innen, eigenverantwortlich zu Handeln (vgl. JONUSCHAT 2007, S. 15).¹⁶

¹⁵Anm.: Begründen lässt sich dies unter anderem durch die äußeren Anlässe der Ölkrise und inneren Spannungen, etwa die dass das Planungssystem und die vollzugsorientierte Verwaltung nicht in Einklang zu bringen war (weitere Ausführungen in FÜRST 2008, S. 29).

¹⁶Anm.: Die Öffnung der Planungsverfahren hin zu Partizipation baute auf Rechtsgründen sowie dem Nutzen für die Planung in Form von Konfliktvermeidung und einer politischen Funktion zur Legitimation auf und dient der Gesellschaft als Sichtbarmachung von Handlungsbedarfen (BISCHOFF 2005, 20ff). Nach der ersten Euphorie über partizipative Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen werden heute die Möglichkeiten und Grenzen differenzierter eingeschätzt. Die Beteiligung der Betroffenen an Planungs- und Entwicklungsentscheidungen wird als Notwendigkeit anerkannt, um den Akzeptanzproblemen zu begegnen und schafft Legitimation wie auch Effizienz – je mehr Interessen berücksichtigt werden, desto bedürfnisgerechter und langfristig zufriedenstellender ist die Planung, Identifikation und Eigenverantwortung (vgl. SCHOLLES 2008, S. 171f).

Der Blick auf die ländlichen Räume

Auch in den ländlichen Räumen wirkte sich der rasante Wandel der Strukturen und das sich ändernde Planungsverständnis der 1980er-Jahre aus. Es wurde erkannt, dass die ländliche Entwicklung nicht ausschließlich durch top-down erzwungene Pläne und Programme gestaltet werden kann, sondern kooperative Steuerungsansätze zielführender sind (vgl. BRÖCKLING 2004).

„Das alte Planungsverständnis der allmächtigen staatlichen Planung war überholt. Gleichzeitig setzte sich die Erkenntnis durch, dass langfristige programmatische und großräumige Planungen abgelöst werden mussten von zielorientierten, aber mittelfristigen Handlungskonzepten, deren Zielgebundenheit in durchgeführten überschaubaren Projekten mit Impulswirkung für die Region ablesbar wurde. Public-Private-Partnership-Konzepte und Strategien eigenständiger Regionalentwicklung kennzeichnen diese Phase.“ (BRÖCKLING 2004, S. 10)

In den 80er-Jahren verdeutlichte sich die Ökologisierung und Demokratisierung der räumlichen Planung. In Bezug auf die Planung für die ländliche Entwicklung bedeutete dies, eine ökologische Raumnutzung mit den ökonomischen Leitvorstellungen zu verknüpfen. Zudem kam die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung hinzu, die eine Verknüpfung der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen im Zuge einer langfristigen Perspektive vorsah (vgl. LENDI 2010, S. 146). Die Entwicklung ländlicher Räume wurde in ihren Herausforderungen entsprechend von der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, einem veränderten Planungsverständnis und vom Strukturwandel geprägt.

Planung in ländlichen Räumen muss deshalb heute mit einer Flexibilität, die die verschiedenen Strukturen in ländlichen Räumen berücksichtigt, einhergehen. Ebenso braucht es in den einzelnen Regionen Leitziele, die auf die spezifischen Ausprägungen eingehen und eine starke lokale Handlungsebene. Hierarchische Formen der Steuerung sind überkom-

men und es treten vermehrt informelle und kooperative Ansätze in den Vordergrund (vgl. DANIELZYK und KNIELING 2011, S. 473). In der planungswissenschaftlichen Diskussion wird seit längerem ein neues Planungsparadigma bezüglich informeller und kooperativer Planung benannt (vgl. ebd., S. 474). Eine deutliche Forderung nach Partizipation und Mitbeteiligung hat zum „communicative turn of planning“ geführt (vgl. ebd., 474).

„Planungstheoretisch wandelt sich seit dem „communicative turn of planning“ (Healy 1992) das Selbstverständnis in der Planung von einer vorrangig technokratisch verstandenen Planungswissenschaft hin zu einer kommunikativ geprägten Disziplin, in der Kommunikation in allen Planungsphasen als unerlässlich gilt.“ (SINNING 2018, S. 210)

Das auf eine zentrale Steuerung ausgerichtete Planungsverständnis wurde durch das Bild vom kooperativen und ermöglichenden Staat abgelöst (vgl. BISCHOFF ET AL. 2005, S. 26). Damit änderte sich auch die Rolle der Bürger*innen, die sich heute nicht nur weiträumig einbringen dürfen, sondern auch eine Erwartungshaltung innehaben sich beteiligen zu dürfen. Bis heute wird der Grundgedanke der Partizipation weiterverfolgt und die eingesetzten Methoden werden ausgebaut von einer informierenden Beteiligung zu kooperativen Verfahren (vgl. Kapitel 4.1).

„Heute werden zunehmend Entscheidungen aus dem politisch-administrativen Raum nach außen verlagert, indem Akteure aus verschiedenen Sphären von Markt, Staat und privaten Haushalten in so genannten Governance-Prozessen gemeinsam Entscheidungen aushandeln.“ (BARANEK ET AL. 2005, S. 7)

In der Praxis wie auch in der Forschung wird die Beteiligung der Bewohner*innen als wesentlich für die erfolgreiche Umsetzung von Prozessen und Veränderungen angesehen, insbesondere auch in Bezug auf ländliche Räume (vgl. THÜNEN-INSTITUT FÜR LÄNDLICHE RÄUME 2015; PETER ET AL. 2013).

Für eine erfolgreiche Partizipation von Akteur*innen ist die Einstellung der Planer*innen sowie das Prozessmanagement ausschlaggebend (vgl. FÜRST und SCHOLLES 2008c, S. 171). Für das Selbstverständnis der Planung bedeutet dies, dass das Streben nach dem besten Plan abgelöst wurde durch das Denken in Alternativen. Ebenso zeigt sich die steigende Bedeutung der Prozesshaftigkeit in der Planung. Als Merkmale der neuen Planungskultur werden dabei folgende Stichworte hervorgehoben: kooperativ, moderierend, kommunikativ, informelle Planung, horizontale und netzwerkartige Kooperationsstrukturen, dialogischer Charakter, Flexibilität, informelle Vorgehensweise. Planung versteht sich mehr als Initiatorin, Moderatorin, Managerin (vgl. FÜRST und SCHOLLES 2008b) bzw. anders ausgedrückt, der neue kommunikative oder auch kooperative Planungsansatz geht einher mit einer neuen Rolle der Planung als neutrale Moderation (vgl. Sinning 2018, S. 210). Es geht um eine stärkere Verknüpfung von Planung und Umsetzung. Ableitend verstehen sich Planer*innen heute eher als Berater*innen und Moderator*innen (vgl. FÜRST und SCHOLLES 2008c, S. 164).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die hierarchisch geprägte Planung und Steuerung abgelöst wurde von kommunikativen und kooperativen Ansätzen. Gleichzeitig hat die informelle Planung an Bedeutung gewonnen – dies verdeutlicht sich auch in der politischen Steuerung ländlicher Räume.

2.3.2 Informelle Planung als Handlungsansatz für die ländliche Entwicklung

Die politische Steuerung der Entwicklung ländlicher Räume verfolgt grundlegend Handlungsorientierungen wie die nachhaltige Entwicklung und die Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe und ist gehalten, dem Raumordnungsgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nachzukommen. Zusätzlich ist das staatliche Handeln heute mit einem gewandelten Demokratieverständnis, einer veränderten Planungskultur und regionalen Disparitäten in ländlichen Räumen konfrontiert. Die Politik

in ländlichen und für ländliche Räume in Deutschland hat daher den Auftrag:

„die raumordnerischen Leitvorstellungen und Grundsätze gemäß Paragraphen 1 und 2 ROG im Sinne einer abgestimmten Raumentwicklung sowie die aktuellen Leitbilder der Raumordnung – Wettbewerbsfähigkeit stärken, Daseinsvorsorge sichern, Raumnutzungen steuern und nachhaltig entwickeln und Klimawandel und Energiewende gestalten – auszuarbeiten und umzusetzen.“ (GRABSKI-KIERON 2016, S. 25)

Die Handlungsansätze für ländliche Räume lassen sich dabei eingebettet in das Mehrebenensystem wiederfinden (Abb. 4) mit dem Ziel, Leitbilder, Ziele und Maßnahmen auch über die Ebenen hinweg zusammenzuführen. Die Dorfentwicklung lässt sich auf der untersten der kommunalen Ebene wiederfinden und stellt einen informellen Handlungsansatz dar. Diese politische Einordnung ist dabei vor dem Hintergrund einer Planungskultur zu sehen, die sich

mit einem neuen Steuerungsverständnis in Form von Governance-Ansätzen und damit auch neuen Verantwortungsverständnissen auseinandersetzt. Neben Kooperationen und Partnerschaften spielen akteursgetragene Entscheidungsprozesse, z.B. auf lokaler Ebene, eine Rolle. Die Planung in ländlichen Räumen ist zum jetzigen Zeitpunkt von Aspekten der strategischen Planung gekennzeichnet und gleichzeitig umsetzungsorientiert angelegt.

„Politik für den ländlichen Raum ist im hohen Maße darauf ausgerichtet, sowohl das prozessuale und kooperative Entwicklungs- und Planungsgeschehen als auch das projektorientierte Arbeiten zu unterstützen und mit geeignetem Instrumenteneinsatz zu steuern. Instrumente des Planungs- und Ordnungsrechts, des Anreiz- und Förderrechts sowie kooperative Instrumente informeller Planung und Entwicklung stehen dafür zur Verfügung. Ländliche Raumentwicklung, die sich konzeptionell als „integrierte ländliche Entwicklung“ versteht, baut so auf vielfältigen

Abb. 4: Das Mehrebenensystem in der Entwicklung ländlicher Räume

Formal-rechtliche Instrumente			Instrumente u.a. mit Betonung informeller Handlungsansätze		
Raumordnung/ Strukturpolitik	Agrarstrukturpolitik	Sonstige Fachpolitiken	Raumordnung/ Strukturpolitik	Agrarstrukturpolitik	Sonstige Fachpolitiken
Europa 2020-Strategie Strukturfonds	ELER-VO (2014–2020)	Richtlinien Verordnungen	Territoriale Agenda	LEADER im Rahmen ELER-VO (2014–2020)	z.B. EU-Wasser-rahmenrichtlinie: Flussgebietsmanagement
ROG Städtebau-förderung	GAK (2016–2019)	z.B. Biodiversität-strategie BNatSchG	Leitbilder der Raumordnung/ Modellvorhaben	Bundesinitiative „Ländliche Entwicklung“ mit Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“	z.B. Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW), Förderansatz Regional- und Clustermanagement
Landes-entwicklungs-planung	Länder-programme Förderrichtlinien	Landesrecht/ Natur- und Umweltschutz/ Länderprogramme	<i>Programme, Wettbewerbe, Modellvorhaben auf Bundes- und Länderebene</i>		
Regionale Raumordnungs-pläne	z.B. ländliche Bodenordnung	z.B. Landschafts-rahmenplanung	Städtenetze, regionale Entwicklungskonzepte (REK)	Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte	z.B. Regionalmanagement
Bauleitplanung, sonstige städtebauliche Planung	z.B. land-wirtschaftliche Fachbeiträge	z.B. Landschafts-pläne	z.B. Masterpläne/ Quartiersmanagement	Dorferneuerung und -entwicklung	z.B. Projekte zur Förderung der E-Mobilität oder zum lokalen Klimaschutz
			Europa	Bund	Länder
			Regionen	Kommunen	

Quelle: GRABSKI-KIERON 2016, S. 25

Formen der Koordination und Zusammenarbeit zwischen formal-rechtlichen und informellen Planungs- und Steuerungsinstrumenten auf“ (GRABSKI-KIERON 2016, S. 26)

Das Ziel der Politik für die Entwicklung ländlicher Räume ist, Instrumente zur Verfügung zu stellen, die Akteur*innen vor Ort in der Regional-, Kommunal- oder auch Dorfentwicklung zu einer eigenverantwortlichen Lösung von Problemen befähigen, indem Konzepte hierfür entworfen und umgesetzt werden. Diese Ansätze sind immer mehr von dem Paradigma der governance-geprägten Planungskultur in ländlichen Räumen beeinflusst (vgl. ebd.). SELLE (2005) stellt diesbezüglich heraus: „Pläne alleine bewegen, so eine frühe Erkenntnis nach einer kurzen Phase der Selbstüberschätzung, nichts.“ (SELLE 2005, S. 18). Es ist „inzwischen ein komplexeres Bild von der Wirklichkeit entstanden: Räumliche Entwicklungen sind Ergebnisse des Handelns vieler.“ (ebd.). Durch die real bestehende Vielfalt der Akteur*innen, ihrer Handlungsweisen und der bestehenden Steuerungsformen sei das alte Bild vom Plan, der dem Markt gegenübersteht, zu vereinfacht gewesen. Heute besteht stattdessen die Vorstellung von Governance, „einer Steuerung ohne Zentrum, die darauf gerichtet ist, die Aktivitäten verschiedener Beteiligter auf gemeinsame Aufgaben hinzuführen.“ (SELLE 2005, S. 18)

Governance stellt eine Betrachtungsweise dar (vgl. BENZ und KILPER 2018, S. 859), die die institutionellen Grundlagen und geltenden Regelsysteme ebenso in den Blick nimmt wie die Beziehungen zwischen den Betroffenen und den Entscheidungsträger*innen sowie allen weiteren relevanten Akteur*innen (Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft etc.) (vgl. ebd.). Governance lässt sich im Zusammenhang mit verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen betrachten (vgl. ebd., S. 860), wobei sich in der vorliegenden lokalen Ebene Besonderheiten von Governance in ländlichen Räumen zeigen (vgl. BORN 2017, S. 18). In Bezug auf ländliche Räume kann von einer *Multi-Level-Governance* gesprochen werden. Es besteht eine sektoral- und sektorübergreifende Steuerung über mehrere administrative und politische Entschei-

dungs- und Handlungsebenen hinweg (vgl. ebd.). Generell umfasst eine *Multi-Level-Governance* zumeist Akteur*innen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wobei zu der vertikalen noch eine horizontale *Multi-Level-Governance* hinzukommt in Bezug auf ländliche Räume (vgl. BORN 2017, S. 18; SIEGLER 2016, S. 49). Neben mehreren beteiligten Handlungs- und Entscheidungsebenen: „Einzeldorf - Gesamt-/Samt-/Stadt-Gemeinde - Kreis - Regierungsbezirk - Land“ (vgl. ebd., S. 18), kommt in der Betrachtung der Dorfentwicklung als Förderinstrument noch die (horizontale) Komplexität hinzu, dass geografische Grenzen nicht kongruent sind und unterschiedliche Reichweiten bestehen können. Die hier betrachteten Dorfregionen können über Kommunalgrenzen, Gemeindegrenzen oder Landkreisgrenzen hinweg bestehen. Dies bedeutet eine noch größere Komplexität bezüglich der stattfindenden Kommunikationsprozesse und auch der Übernahme von Verantwortung. Zum anderen besteht eine *doppelte Akteursfragmentierung* (vgl. ebd., S. 20). In ländlichen Räumen verdeutlicht sich eine Vielfalt an Akteur*innen, die in der Steuerung mitwirken oder von ihr betroffen sind. Eine Besonderheit stellen die Tages- und Wochenendpendler dar, die strukturell durch die klassischen Beteiligungsmethoden nicht erreicht werden (vgl. ebd., S. 19). Weiterhin haben viele Akteur*innen in ländlichen Räumen mehrere Funktionen inne, wodurch sie unterschiedliche Rollen einnehmen können. Zusammenfassend spricht BORN (2017) von einer *Multi-Interest-Governance*, in der Akteur*innen mehrere Interessen vertreten können. Diese sollte in der Betrachtung von Governanceprozessen in Dörfern ebenso bedacht werden wie die häufig bestehenden Überschneidungen zwischen den Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements und dem dritten Sektor (vgl. ebd., S. 20). Die Spezifika der *Multi-Level-Governance* zeigen sich in der Betrachtung des Förderprogramms Dorfentwicklung ebenso, wie die doppelte *Akteursfragmentierung*. Durch die Dorfregionen besteht eine Komplexität in der Kooperation, die durch die Vielfalt an Rollen und Interessen verstärkt wird.

In der niedersächsischen Dorfentwicklung zeigt sich die Vielzahl der betroffenen Akteur*innen im Zu-

sammenspiel der unterschiedlichen Interessen. Sie lassen sich in die drei Bereiche Staat, Gesellschaft/ Zivilgesellschaft¹⁷ und private Wirtschaft unterteilen.

Die Abbildung 5 verdeutlicht, dass je nach Akteur*innenkonstellation unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit/Kooperation möglich sind. Die handelnden Akteur*innen sind hier in der Grafik Wirtschaft (W), Kommune/Staat (K) und Bürger*innen/Zivilgesellschaft (B). Hier verdeutlicht sich zudem der Rückbezug (vgl. Kapitel 4.4), dass Staat und Kommunen heute „im Rahmen des veränderten Steuerungsverständnisses nur ein handelnder Akteur unter vielen [sind]“ (SINNING 2018, S. 210), sowie die Bedeutung von Kooperation, da einige Aufgaben allein von der öffentlichen Hand nicht mehr bewältigt werden können (vgl. ebd.). Kooperation zeichnet sich durch „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“, kein Machtungleichgewicht und Entscheidungen, die im Idealfall über Konsens oder

¹⁷ Anm.: Zivilgesellschaft wird hier nach KLEIN (2018) als „Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen, Bewegungen und Verbände verstanden, in denen sich Bürgerinnen und Bürger auf freiwilliger Basis versammeln und auch Einfluss auf politische Meinungsbildung nehmen“ (KLEIN 2018, S. 3002). Zivilgesellschaft ist hier von Markt und Staat abzugrenzen und zeigt sich beispielsweise in den Handlungslogiken und Organisationsformen von Bürger*inneninitiativen, Vereinen oder auch Verbänden (vgl. ebd., S. 3004ff).

Mehrheiten getroffen werden aus. Kooperation ist hierbei nicht als selbstverständlich anzusehen (vgl. BENZ und KILPER 2018, S. 863), sondern braucht spezifische Rahmenbedingungen sowie eine Initiierung und Leitung, z.B. durch Planer*innen.

In Bezug auf die Dorfentwicklung umfassen staatliche Akteur*innen Gemeindeverwaltungen, Gemeinderäte, Bürgermeister*innen, Ämter für regionale Landesentwicklung und diverse Behörden. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind Bürger*innen, Vereine vor Ort und bspw. Kirchengemeinden. In organisierte Form gehören hierzu auch Arbeitskreise der Dorfentwicklung oder Projektgruppen, auf die später noch näher eingegangen wird (vgl. Kapitel 3.3). Als privatwirtschaftliche Akteur*innen sind die Planer*innen zu nennen, die das Förderprogramm begleiten. Weiterhin können Unternehmen vor Ort (Landwirtschaft, Gewerbe etc.), Investor*innen und die Presse eine Rolle spielen. In der Dorfentwicklung haben diese Akteur*innen unterschiedliche Handlungsressourcen und -orientierungen, die die Zusammenarbeit beeinflussen. Weiterhin haben die Akteur*innen verschiedene Handlungsspielräume. Rahmengebend sind hier rechtliche Regelungen und die Ausgestaltung der Partizipation.

Aufbauend ist es Ziel der Forschung das Dorfentwicklungsprogramm in Niedersachsen mit den be-

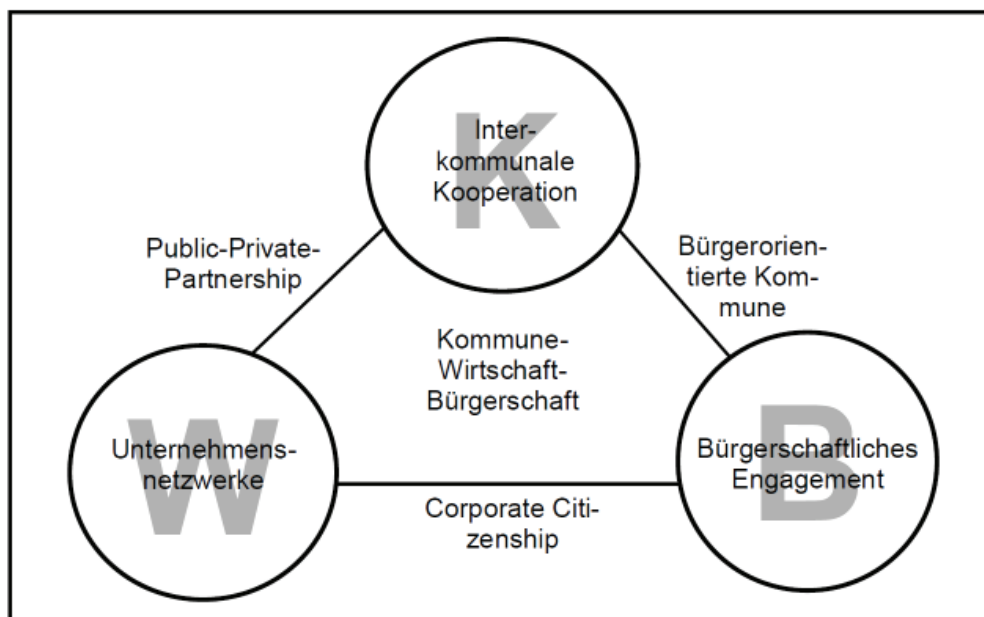


Abb. 5:
Kooperation von
Akteur*innen

Quelle: BIEKER ET AL. 2004, S. 41

stehenden Einflussmöglichkeiten der Akteur*innen und der Ausgestaltung der Beteiligung und Kooperation unter dem Fokus einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme zu betrachten. In der bisherigen theoretischen Einbettung wurde die Bedeutung der regionalen Handlungsebene – konkret die Betrachtungsebene der Dörfer – herausgearbeitet. Das Eintreten der Bürger*innen für ihre eigene Umwelt im Dorf und die aktive Gestaltung verdeutlichen sich als endogene Potenziale. In der Betrachtung des Forschungsgegenstandes zeigten sich für das niedersächsische Förderprogramm Dorfentwicklung Aktionsräume (Dorfregionen), als politische Handlungs- und Planungsräume, die von den Akteur*innen vor Ort festgelegt werden und in denen gemeinsam gehandelt wird. Für den Planungsprozess der Dorfentwicklung wurden mögliche relevante Akteur*innen identifiziert und herausgestellt,

dass ihr Handeln im Zuge der Forschung unter den Aspekten der bestehenden Handlungsressourcen, Handlungsorientierungen und Strategieoptionen betrachtet werden wird. Das Planungsverständnis ist hierbei unter den Aspekten der verwendeten Methoden, des Kommunikationsverständnisses und der Rolle der Planer*innen zu sehen. Die Dorfentwicklungsplanung stellt einen informellen Ansatz dar, in dem Kooperation und akteurgetragene Entscheidungsprozesse eine zentrale Rolle einnehmen. Im Zuge der empirischen Forschung werden diese näher betrachtet und hinsichtlich der neuen Planungskultur (mit den Aspekten flexibel, netzwerkartig, kooperativ, kommunikativ), Governance-Ansätzen und neuer Verantwortungsstrukturen hinterfragt. Zunächst bedarf es jedoch folgend einer ausführlichen Betrachtung des niedersächsischen Förderprogramms Dorfentwicklung.

3 Das Förderprogramm der Dorfentwicklung als Instrument zur Gestaltung ländlicher Räume

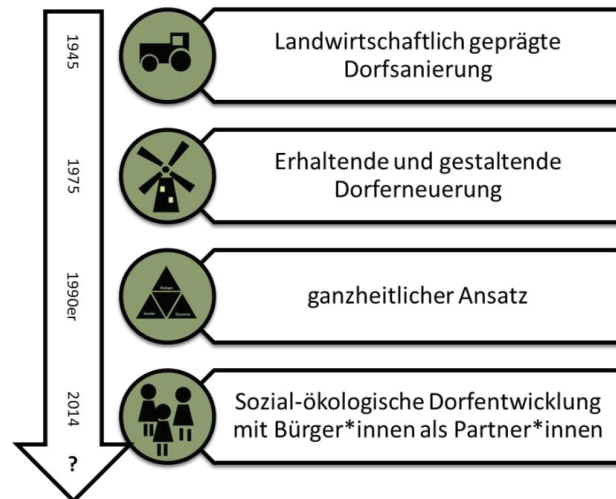
Das Förderprogramm der Dorfentwicklung/Dorferneuerung hat zum Ziel, dem Spektrum der Herausforderungen, vor denen ländliche Räume in Deutschland stehen, zu begegnen. Das Förderprogramm stellt heute ein zentrales Instrument zur Sicherung der Lebensqualität in ländlichen Räumen dar. Retrospektiv trägt es schon seit Jahrzehnten zur aktiven Entwicklung ländlich geprägter Orte bei, insbesondere, da es sich immer wieder den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst hat und durch seine Wandlungsfähigkeit auf die vielfältigen Veränderungen in den Dörfern reagieren konnte. Im Folgenden wird die Entwicklung des Förderprogramms, insbesondere unter dem Fokus des Wandels als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen und die heutige Ausgestaltung betrachtet, da sie die Grundlage für erste Ansätze der möglichen zukünftigen Weiterentwicklung bilden. Im Zusammenhang mit dem bestehenden Forschungsinteresse wird neben der generellen Entwicklung des Förderprogramms in Deutschland die Aufmachung des Instruments in Niedersachsen pointiert, welches seit 2012 im Zuge einer inhaltlichen Neuausrichtung in Dorfentwicklung umbenannt wurde.

3.1 Die Entwicklung der Dorferneuerung als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen

Im Rückblick lassen sich in der Bundesrepublik Deutschland verschiedene, ineinander übergehende Phasen der Dorferneuerung aufzeigen.

„Die Dorferneuerung hat ihren Ursprung in der Flurneuordnung.“ (DEHNE 2010, S. 116) Hierauf aufbauend ist die erste Phase von 1945 bis 1975 durch Verbesserungen der Agrarstruktur geprägt, um dem Ziel der Flurbereinigung, der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, zu entsprechen. Die Landwirtschaft nahm in der Nachkriegszeit eine wichtige Stellung als Nahrungsmittelproduzent ein, so dass die Konzentration der Fördergelder auf

Abb. 6: Entwicklungsphasen des niedersächsischen Förderprogramms Dorferneuerung/ Dorfentwicklung von 1945 bis heute



Quelle: eigene Darstellung 2019

diesen Bereich erfolgte, da die Motorisierung und technische Aufrüstung der Landwirtschaft als zentrale notwendige Maßnahme angesehen wurde (vgl. SCHLOSSER 1999, S. 66). In den Dörfern kam es infolgedessen zu baulich-räumlichen Veränderungen in Form der Ortsauflockerung. In der Schriftenreihe des BML von 1967 wurden in unterschiedlichen Dörfern entsprechende Maßnahmen der damaligen Dorferneuerung ausführlich dargestellt (vgl. BML 1967, 35ff). Als bauliche Ausführungen wurden vermehrt Ortsstraßen ausgebaut und bei zu enger Dorflage Häuser abgerissen, um Platz für im Dorf liegende landwirtschaftliche Betriebe zu schaffen (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT und SCHMITT 2016, S. 303). Weiterhin kam es vermehrt zur Aussiedlung von Höfen als Kernaufgabe der Flurbereinigung (vgl. HENKEL 2012, S. 291). Die Dörfer waren bis zu diesem Zeitpunkt durch landwirtschaftliche Tätigkeiten geprägt und die Landwirt*innen stellten, neben der Kirche und den vielen Vereinen, eine wichtige Konstante für die Dorfgemeinschaft dar (vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 43). Der Zusammenhalt von Nachbar*innen und der Familie spielte eine zentrale Rolle, einhergehend mit großer Nachbarschaftshil-

fe und hoher sozialer Kontrolle (vgl. ebd.). Individuelle Lebensgestaltung spielte eine untergeordnete Rolle in ländlichen Räumen.

In den Dörfern kam es in den Nachkriegsjahren im Zuge des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Expansion zur Entstehung vieler Neubausiedlungen und eines Baubooms, welcher mit umfangreichen Dorfsanierungsmaßnahmen einherging. In der Dorfsanierung wurden vermehrt infrastrukturelle Maßnahmen umgesetzt. Die Dorfbewohner*innen bauten zunehmend moderne Badezimmer ein, was eine notwendige Erneuerung der technischen Infrastruktur wie beispielsweise der Abwasser- und Wasserleitungen mit sich brachte. Viele alte Bausubstanzen wurden abgerissen, um Platz für Neues und Modernes zu schaffen (vgl. HENKEL 2012, S. 290). Die Dorferneuerung in den 1960er und 1970er Jahren erfolgte großteils in Anlehnung an die städtischen Standards und das Städtebauförderungsgesetz von 1971¹⁸. Die Bürger*innen auf den Dörfern orientierten sich immer mehr an der Stadt und wollten ihre, im Vergleich mit den Städten, bestehende Rückständigkeit beheben. In Folge führte dies dazu, dass funktionale Planungsansätze und die Gestaltungsvorbilder vom städtischen in den ländlichen Raum übertragen wurden (vgl. ebd.). Es kam zu einer Flächensanierung, die den Abriss vieler alter Gebäude, entstehende Neubauten und den Ausbau zu einem autogerechten Dorf mit sich brachte. Die infrastrukturellen Erneuerungen der Dörfer führten zu einem Verlust historischer Bausubstanz, da gewachsene Baukultur damals wenig thematisiert wurde (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT und SCHMITT 2016, S. 301). In dieser ersten Phase der Dorferneuerung zeigten sich in den Dörfern ein grundlegender Wandel und eine Veränderung der ländlichen Gesellschaft aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Umgestaltungen. Unter anderem führte der wirtschaftliche Aufschwung zu einem neuen Wohlstand der Gesellschaft und einer Massenmotorisierung, einhergehend mit einer größeren Nachfrage von beispielsweise Freizeitgestaltung im Grünen. Stei-

gende Einkommen und die erhöhte Mobilität führten zu einer wachsenden mobilen Flexibilität im Beruf und der Freizeitgestaltung (vgl. SCHLOSSER 1999, S. 77). Der ländliche Raum war zudem zentral für den Ausbau des Verkehrsnetzes, wie der Bundes- und Landesfernstraßen. Durch die Raumordnung wurde ländlichen Räumen zu dieser Zeit verschiedene Funktionen, als Ausgleich- und Erholungsraum, für die Verdichtungsgebiete der Städte zugewiesen (vgl. ebd.). In den ländlichen Räumen kam es in Folge des Funktionswandels, der sich in der Aufhebung der Konzentration auf die Nahrungsmittelproduktion zeigte, auch zu einem gesellschaftlichen Wandel. Die durch den wirtschaftlichen Aufschwung in den Städten entstandenen Arbeitsplätze führten zu einer Abwanderung von bestimmten Bevölkerungsgruppen, wie Vertriebenen, evakuierten Stadtbewohner*innen und Kriegsflüchtlingen (vgl. ebd., S. 78).

Die Sozialstruktur auf den Dörfern veränderte sich, da die gewerbliche Wirtschaft die landwirtschaftliche Orientierung verdrängte und sich auch das traditionelle Dorfh Handwerk wandelte (vgl. ebd., S. 76). Dies bekräftigt auch BERND VAN DEENEN (1975), der in einer Studie den Wandel der Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern von 1952 bis 1972 untersuchte. Er stellt heraus, dass die Anzahl der Agrarbetriebe sowie die gleichzeitige Vergrößerung der durchschnittlich bewirtschafteten Fläche zu einem Verlust bäuerlichen Charakters führten, während gleichzeitig die Prägung der Dörfer durch die Industrie und der Pendelverkehr zunahm (vgl. VAN DEENEN 1975, S. 379). Zudem wird aufgezeigt, dass sich die Haushalte verkleinerten, da das Zusammenwohnen mehrerer Generationen im ländlichen Haushalt nicht mehr selbstverständlich war, sondern abnahm. In Bezug auf das Zusammenleben spielten Bräuche, Sitten und Nachbarschaft eine weniger zentrale Rolle, ebenso wie die kirchlichen Bindungen (vgl. ebd., S.38ff). Die veränderten Wohn- und Lebensformen und die soziale Umschichtung prägten u.a. durch Umbaumaßnahmen die Dorferneuerung. Die äußeren Rahmenbedingungen wurden hingegen durch die kommunale Neugliederung Westdeutschlands 1972, einhergehend mit einer Zusammenle-

¹⁸ Anm.: In der Städtebauförderung stehen seit 1971 Finanzhilfen durch Bund und Länder bereit, um Investitionen der Stadt- und Gemeindeerneuerung zu unterstützen.

gung der Gemeinden und Gebietsreformen, geprägt. Das Entstehen von Einheitsgemeinden ging mit einem Verlust der politischen und verwaltungsmäßigen Eigenständigkeit einher, die sich bis heute auf die Bewohner*innen in den betroffenen Gemeinden auswirkt. Versorgungsinfrastrukturen wurden auf sogenannte „Zentralorte“¹⁹ konzentriert und diese Wachstumsgebiete wurden auch in der Planung verstärkt fokussiert (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT und SCHMITT 2016, S. 305). Zum einen führte dies in den Dörfern zu einem Standortverlust bezüglich Bildung und Versorgung – konkreter zur Einbuße von Dorfschulen, Verwaltungen und örtlichen Ladengeschäften (vgl. VAN DEENEN 1975). Zum anderen hatten die Dörfer als Betroffene kein Mitspracherecht über die extern bestimmten Veränderungen durch die Planung (vgl. ebd.). Zusammenfassend standen in der ersten Phase der Dorferneuerung zunächst agrarstrukturelle Verbesserungen und anschließend verstärkte infrastrukturelle Maßnahmen im Zentrum der Förderung. Die Dorferneuerung war in dieser Zeit ein Instrument der durchgreifenden Erneuerung, auch um den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit funktional und schnell zu ermöglichen (vgl. PETER ET AL. 2013, S. 50). Gleichzeitig zeigte sich jedoch auch eine gesellschaftliche Entwicklung, die in der zweiten Phase der Dorferneuerung zu einem Umdenken und neuen Ansätzen führte.

In der zweiten Phase der Dorferneuerung nach 1975 entstand das Leitbild der erhaltenden Dorferneuerung. Der Wandel im Verständnis und im Umgang mit der Entwicklung in den Dörfern lässt sich unter anderem auf das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 zurückführen. Durch die Kampagne, sich für das baukulturelle Erbe des ländlichen Raumes einzusetzen und historische Baukultur wahrzunehmen und zu pflegen, wurde ein wichtiges Zeichen zum Umdenken gesetzt (vgl. HENKEL 2012, S. 295). In der

¹⁹ Anm.: Zentralorte weisen eine überörtliche Versorgungsfunktion auf, da sie eine räumliche Konzentration von zentralörtlichen Einrichtungen bieten. Sie stellen die Grundversorgung für ihren umliegenden Nahraum sicher. Je nach ihrer hierarchischen Gliederung (Oberzentren, Mittelzentren, Unterzentren) besteht zudem eine Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen von alltäglichen bis zum gehobenen und spezialisierten Bedarf. (vertiefend siehe u.a. GREIVING 2014)

Politik und auch in der Gesellschaft veränderte sich die Einstellung zum Denkmalschutz, es fand eine Rückbesinnung auf alte Werte und das Entdecken endogener Potenziale statt (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT und SCHMITT 2016, S. 306). Durch staatliche Förderprogramme und neue Gesetze wurde das Erhalten von historischen Kulturlandschaften publik, sodass es allmählich nicht mehr als Hemmnisse gesehen wurde, sondern die positiven Aspekte, wie gesteigerte Attraktivität des Standortes oder Alleinstellungsmerkmale, fokussiert wurden. Dieser Paradigmenwechsel in der Planung wirkte sich auf den Umgang mit ländlichen Räumen aus. Die Dörfer und ihre Bewohner*innen wurden in Abgrenzung zur Stadt als eigenständig wahrgenommen und fanden in der Planung mit ihren speziellen baulichen und sozialen Strukturen Berücksichtigung (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT und SCHMITT 2016, S. 306). Diese Entwicklung schloss sich an die Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes von 1976 an, in dem die Durchführung von Dorferneuerungsmaßnahmen (§37 Abs. 1 FlurbG) gesetzlich verankert wurden. Die Auflockerung der Baudichte in den Dörfern wurde durch das Leitziel einer erhaltenden Dorferneuerung ersetzt (vgl. WEISS 2009, 21ff; MAGEL ET AL. 2007, S. 41). Die Belange ländlicher Räume bekamen verstärkt politische Aufmerksamkeit und korrelierend auch Unterstützung. Die Dorferneuerung wurde 1977 in das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes und der Länder zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes aufgenommen, wodurch bundesweit 260 Mio. DM für Maßnahmen der Dorferneuerung zur Verfügung standen (vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 60). Das Programm hatte zum Ziel, zur wirtschaftlichen Stabilität beizutragen, nachdem es zu einem Einbruch im Wirtschaftswachstum kam (vgl. HENKEL 2012, S. 294; SCHLOSSER 1999, S. 75). Die Notwendigkeit der verstärkten Förderung ländlicher Räume war erkannt worden.

Analog zu diesen Veränderungen im Umgang mit ländlichen Räumen und auch den Bewohner*innen vor Ort zeigte sich in der Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklung eine Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile. Zwischen den jüngeren und älteren Generationen entstanden ver-

mehrt Wertekonflikte. Dörfliche Vertrautheit und Hilfeleistungen wurden als zu große soziale Kontrolle angesehen und stattdessen Freiheiten und Handlungsspielräume gefordert. Ebenso zeigten sich die Tendenzen, in kleineren Familien zusammenzuwohnen, einhergehend mit der Entstehung von Neubausiedlungen in Dorfrandlage und einer Spaltung der Dorfgemeinschaft. Vertiefend wurde dies beispielsweise in der empirischen Untersuchung von HEINRICH BECKER (1997) aufgezeigt. Die dörflichen Lebensverhältnisse von 1972 bis 1993 wurden von ihm unter Einbezug der gesamtgesellschaftlichen Veränderung erforscht, mit dem Fazit, dass in Bezug auf das dörfliche Sozialleben die Individualisierung herausgestellt wird, es keine homogene Dorfgemeinschaft mehr gebe und sich stattdessen die Sozialstruktur heterogenisieren würde (vgl. BECKER 1997, S. 293). VOGT ET AL. (2015) leiteten in Bezug auf BECKER (1997) ab, dass wenn das Dorf nicht mehr der „primäre soziale Referenzrahmen“ sei, es zur Reduktion des dörflichen Gemeinschaftslebens sowie zu weniger Einfluss der dörflich-normativen Kontrolle komme (vgl. VOGT ET AL. 2015, S. 7). Zusätzlich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch den starken Zuzug von jungen Familien und Rentner*innen, die einen Eigenheimwunsch hegten und auf dem Lande günstiges Bauland erwerben konnten (vgl. BECKER 1997, S. 68). In den Dörfern kam es dadurch zu einer Durchmischung der Bevölkerung und vielen neuen Impulsen von außen. Die veränderte Sozialstruktur bzw. die neue soziodemografische Zusammensetzung in den Dörfern prägten weiterhin das Engagement vor Ort und führten zu der Forderung, stärker in Planungsprozesse einbezogen zu werden. In der Dorferneuerung kam es in diesem Zuge zu Anpassungsprozessen an die neuen Rahmenbedingungen und Interessen der Dorfbewohner*innen. Die Bevölkerung wurde als eine Akteurin in der Dorferneuerung erkannt und vermehrt miteinbezogen. Zusammenfassend zeigte sich eine Entwicklung, in der die Eigenständigkeit der Dörfer wahrgenommen und im Zuge der Erhaltung mit erhöhter Förderung bedacht wurde. Durch die stärkere Integration der Bürger*innen in die Gestaltungsprozesse wurde der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen. Das neue Leitbild der erhaltenden Dorferneuerung

und die Beteiligung der Bewohner*innen wurde in den späten 1970er Jahren auch in den Förderrichtlinien der einzelnen Bundesländer verankert (vgl. HENKEL 2012, S. 295).²⁰

Die Dorferneuerung war zu diesem Zeitpunkt zudem durch die aufkommende Natur- und Umweltschutzbewegung in den 1970er und 1980er Jahren geprägt (vgl. SCHLOSSER 1999, S. 98). Der damit einhergehende Wertewandel führte dazu, dass das Thema Ökologisierung einen großen Stellenwert als Leitbild für die Entwicklung erhielt (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT UND SCHMITT 2016, S. 330). Bedeutsam war in diesem Zuge, dass die Thematisierung von Dorfökologie dazu führte, erstmals über das ästhetische Dorfgrün hinaus, auf den verbindende Landschaftsraum zwischen den Dörfern zu schauen. Ebenso hatte die Umweltschutzbewegung starken Einfluss auf die Entwicklung der Beteiligungskultur und die Einstellung, die Belange aller zu bedenken.

Die dritte Phase der Dorferneuerung – die ganzheitliche Dorferneuerung – fokussierte einen integrierenden Planungsansatz in dem vielfältige participatory measures umgesetzt wurden (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT UND SCHMITT 2016, 306f.)

„Mit Hilfe der Dorferneuerung sollen vorhandene soziale, ökonomische oder städtebauliche Probleme, Funktionsschwächen, Mängel und Missstände des Dorfes behoben werden, mit dem Ziel, die allgemeine Lebenssituation der Bewohner und die Umweltsituation zu verbessern. Die Dorferneuerung bezieht sich somit auf alle Bereiche des Dorfes.“ (KÖHLER 1995, S. 21)

Rein bauliche und strukturelle Maßnahmen reichten nicht mehr aus, sondern ökologische und soziale Themen beschäftigten Teile der Dorfbevölkerung. Seit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahren ist die ganzheitliche Dorfförderung von baulichen, sozialen, infrastrukturellen, wirtschaftlichen und

²⁰ Anm.: Ab diesem Zeitpunkt zeigen sich erste Unterschiede im Umgang mit der Dorferneuerung in den verschiedenen Bundesländern. Die Grundausrichtung und die gesellschaftlichen Veränderungen sind jedoch auch in der weiteren Entwicklung vergleichbar.

ökologischen Aspekten geprägt (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT UND SCHMITT 2016, S. 330). In dieser Phase der Dorferneuerung wurde das Leitbild an die gesellschaftlichen und politischen Ansichten angepasst, indem neben der Dorfökologie ortsgestalterische Gesichtspunkte, die Erholungsfunktion und die Dorfgemeinschaft integriert wurden (vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 62). Demgemäß wurde die Beteiligung der Bürger*innen eine Fördervoraussetzung und die Aktivierung der Dorfbewölkerung gewann an Stellenwert. Im Hinblick auf die Planung bedeutete dies eine Erweiterung des integrierenden Ansatzes zu einer Planung, in der die Gestaltungs- und Entwicklungsideen aus der Bevölkerung heraus entstehen. Planer*innen übernahmen im Prozess vermehrt neue Funktionen in Form von Beratung und Begleitung (vgl. HENKEL 2012, S. 296).

Die Dorferneuerung war von einem ganzheitlichen Ansatz geprägt, der sich inhaltlich an die gesellschaftlichen Entwicklungen anpasste, die zu dieser Zeit durch die Thematisierung von Nachhaltigkeit und ersten Anzeichen des demografischen Wandels geprägt waren. In der Forschungsstudie des THÜNEN-INSTITUTS (2015) wird herausgestellt, dass es in den 1990ern zu einer Abschwächung der Zuwanderung aus den Städten ins Umland kam und die Reurbanisierung thematisiert wurde. Zudem rückte zu diesem Zeitpunkt der demografische Wandel verstärkt in den Fokus der wissenschaftlichen Betrachtungen ländlicher Räume (vgl. VOGT ET AL. 2015, S. 8). In Bezug auf die Entwicklung zeigte sich entsprechend der Umgang mit einer rückläufigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung als unerlässlich (vgl. ebd., S. 57). Für die Dorferneuerung bedeutete dies, sich vermehrt mit veränderten Bedarfen der Infrastruktur in Folge des demografischen Wandels auseinanderzusetzen. Themen sind entstehende Leerstände in den Ortskernen, bei gleichzeitiger Flächenversiegelung im Rahmen von Neubaugebieten und Gewerbeflächen. Die Ansprüche an die Standorte stiegen in Bezug auf öffentliche Güter und Versorgungsleistungen, wie DSL (vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 70). Die Heterogenität der Dörfer führte dabei zu unterschiedlichen Herausforderungen. In einigen ländlichen Regionen musste weiterhin Infrastruk-

tur geschaffen werden, während gleichzeitig die zukünftigen Auslastungen, bei möglicherweise geringerem Zuzug mit einzuplanen waren. In Dörfern, die schon stark vom demografischen Wandel betroffen waren, musste hingegen die soziale und technische Infrastruktur an die Bedürfnisse einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung angepasst werden (vgl. VOGT ET AL. 2015, S. 59).

In Bezug auf die Bürger*innenbeteiligung stand die Dorferneuerung vor der Herausforderung, der im Rahmen der Agenda 21²¹ entstandenen Selbstständigkeit der Bürger*innen und den neuen Perspektiven der zukünftigen Entwicklung zu begegnen und diese zu nutzen (vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 71). Verstärkt wurde diese Herausforderung von der Verschiedenheit der Einstellungen der Bewohner*innen. In der Studie des Thünen-Instituts von VOGT ET AL. (2015) wird herausgestellt, dass in den untersuchten Dörfern der Anteil der alteingesessenen Bevölkerung unter 20 Prozent liege, wodurch sich einerseits die Fluktuation der Bewohner*innen in den Dörfern und andererseits die Angst vor Überfremdung und der regelmäßige Austausch mit neuen Eindrücken von außen verdeutliche (vgl. VOGT ET AL. 2015, S. 57). Insgesamt zeigt sich in der Studie, dass sich auch in ländlichen Räumen eine prinzipielle Offenheit sozialer Strukturen etabliert hat (vgl. ebd., S. 59). Die Planung stand hier vor den Herausforderungen, die verschiedenen Ansichten der Menschen vor Ort in den Prozess der Dorferneuerung ebenso wie die zukünftige Perspektive unter der Prämisse der nachhaltigen Entwicklung einzubeziehen. Für die Dorferneuerung bedeutete das Thema Nachhaltigkeit, den ganzheitlichen Ansatz zu vertiefen und Ökonomie, Ökologie und Soziales in seinen Zusammenhängen zu betrachten.

Seit den 2000er Jahren spielen in der Dorferneuerung die Themen Innenentwicklung, Umnutzung und der Umgang mit dem demografischen Wandel eine immer größere Rolle. Innenentwicklung – konkret

²¹ Anm.: Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das von 172 Staaten 1992 in Rio de Janeiro beschlossen wurde und Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung beinhaltet.

die Fokussierung auf die Dorfkerne mit den Themen Leerstand, Umnutzung, Zwischennutzung und Abriss – wird in der Dorferneuerung der Vorzug vor der Außenentwicklung gegeben, um einem Donut-Effekt und damit der Entleerung der Ortsmitte entgegenzuwirken (vgl. SCHRÖTELER VON BRANDT UND SCHMITT 2016; PETER ET AL. 2013). PETER ET AL. (2013) allerdings stellen in ihrer empirischen Forschungsstudie über die Potenziale und Auswirkungen von Innenentwicklung im Rahmen der Dorferneuerung in den Bundesländern Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein heraus, dass eine Sensibilisierung für das Thema Innenentwicklung erfolgte, jedoch immer noch vorwiegend bauliche und investive Maßnahmen durchgeführt würden (vgl. PETER ET AL. 2013, S. 59). Ebenso wird thematisiert, dass für die Zukunft auch in Bezug auf die Innenentwicklung unterschieden werden sollte, inwieweit Aspekte auf der lokalen dörflichen Ebene oder auf übergeordneter Ebene zu diskutieren und umzusetzen sind (vgl. ebd., S. 61). In Bezug auf die demografische Entwicklung in den Dörfern zeigt sich eine verstärkte Diskussion der Thematik, wobei PETER ET AL. (2013) in ihrer Forschungsstudie herausstellen, dass teilweise ein fehlendes Problembewusstsein bei den Akteur*innen bestehe (vgl. PETER ET AL. 2013, S. 52). Deutlich zeigen sich jedoch die Auswirkungen des demografischen Wandels in sinkenden Einwohner*innenzahlen und vermehrtem Leerstand. Heute werden vermehrt Leerstandskataster eingesetzt, um die Situation vor Ort zu erfassen und alternative Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Ebenso wie die äußeren Rahmenbedingungen wandelt sich auch das Sozialleben und der Alltag der Menschen im Dorf. Es zeigt sich bis heute der schleichende Wandel in den Dörfern, von ihrer Funktionenvielfalt hin zu einer rein auf das Wohnen beschränkte Funktion. Bedingt durch die damit einhergehenden hohen Pendlerzahlen kommt es zum Phänomen, weniger Freizeit zu haben und dadurch auch weniger Engagement auszuüben. In einer weiteren Studie des Thünen-Instituts wird die heutige Vielfalt und Differenziertheit des dörflichen Soziallebens dargelegt (vgl. HELMLE und KUCZERA 2015, S.

80). Die bestehenden Strukturen (Wohnen, Arbeit, Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote) werden sehr unterschiedlich genutzt, da diese stark von den individuellen Bedürfnissen und Interessen geprägt sind. Der Alltag heute ist von wenig verfügbarer Zeit neben den unumgänglichen Tätigkeiten geprägt (vgl. ebd.). Dies wirkt sich auch verstärkt auf die Dorferneuerung aus. In den aktuell durchgeführten Dorfentwicklungsverfahren wird immer wieder betont, wie schwierig eine Beteiligung aufgrund des Zeitmangels sei. Zudem wird in der Studie eine „Individualität der Alltagsbewältigungsstrategie“ (ebd.) herausgestellt, insbesondere auch bei dem Wegfall von Infrastrukturen. Die Menschen finden individuelle Lösungen für sich selbst. Diese Individualität prägt das Handeln der Dorfbewohner*innen heute entscheidend und erhöht die Schwierigkeit, gemeinsam Wege zu finden, da es immer schwieriger wird, einen gemeinsamen Nenner für die Lösung von Problemen zu finden – insbesondere auch aufgrund der unterschiedlichen Alltagsbewältigung. Neben diesen Aspekten ist der Prozess der Dorferneuerung verstärkt mit dem Thema neue Medien konfrontiert. Diese spielen nicht nur für den Beteiligungsprozess eine immer größere Rolle, sondern auch in Bezug auf innovative Lösungen durch Digitalisierung. Empirisch wurde der große Einfluss der neuen Medien auf Dorfbewohner*innen von EVERS-WÖLK ET AL. (2015) belegt und dabei herausgestellt, dass die fortschreitende Digitalisierung nahezu alle Lebensbereiche beeinflusst und vielfältig genutzt werde (vgl. EVERS-WÖLK ET AL. 2015, S. 109). In diesem Zusammenhang spielen für die ländlichen Räume der Ausbau des Breitbandinternets sowie ein flächendeckendes mobiles Internet für die uneingeschränkte Nutzung von Smartphones eine wichtige Rolle (vgl. ebd.). Den neuen Medien wird einerseits das Potenzial zugesagt, Möglichkeiten zu schaffen und beispielsweise zur gemeinsamen Gestaltung des Dorflebens beizutragen, andererseits aber auch die Wirkungsfähigkeit auf die Forcierung außerdörflicher Interessen und auf die soziale Differenzierung unterstellt (vgl. ebd., S. 111). Für die Dorfentwicklung zeigt sich jedoch, dass ein großes Potenzial in den neuen Medien gesehen wird, „einen Beitrag zur Dorfentwicklung moderner Prä-

gung zu leisten, indem sie in den kommunalen Planungs- und Umsetzungsprozessen einbezogen werden“ (ebd.).

Zusammenfassend ist in der Phase der ganzheitlichen Dorferneuerung das Thema Nachhaltigkeit zentral, einhergehend mit einer Aktivierung und Gestaltung der Prozesse durch die Menschen vor Ort. Die vorrangig baulichen Tätigkeiten werden durch die Themen Ökologie und Soziales ergänzt sowie durch die Herausforderungen des demografischen Wandels beeinflusst.

Insgesamt zeigen sich in der Debatte um das Förderprogramm der Dorferneuerung auch immer wieder kritische Stimmen. DEHNE (2010) geht beispielsweise davon aus, dass die Dorferneuerung einen Bedeutungsverlust erleidet, insbesondere, da die programmbezogene Dorferneuerung dazu geführt habe, dass vorwiegend Bautätigkeiten umgesetzt werden und die experimentelle und innovative Kraft verschwunden sei. Deshalb fordert er eine Verschiebung der Schwerpunkte weg von den harten Baumaßnahmen hin zu sozialen Komponenten und Strategien (vgl. DEHNE 2010, S. 120). Dieser Gedankengang wird aktuell aufgegriffen im angesprochenen Modell- und Demonstrationsvorhaben „Soziale Dorfentwicklung“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (vgl. Kapitel 1.2).

In der konkreten Ausgestaltung sind die Förderprogramme jedoch Angelegenheit der Länder. Weitere aktuelle Themen wie die Regionalisierung des Förderprogramms oder die Prozessorientierung werden deshalb im Folgenden am konkreten Beispiel näher betrachtet. Hier wird auch die weitere Entwicklung nach dem ganzheitlichen Ansatz der Dorferneuerung aufgegriffen ebenso wie die Frage der zukünftigen Ausgestaltung. Während die grundlegende Entwicklung übergreifend aufgezeigt wurde, soll es im Folgenden speziell um das Bundesland Niedersachsen und die konkrete Ausgestaltung und Entwicklung des dortigen Förderprogramms gehen.

3.2 Die niedersächsische Programmumsetzung: Von der Dorferneuerung zur Dorfentwicklung

In der historischen Betrachtung des Förderprogramms der Dorferneuerung in Niedersachsen zeigt sich eine annähernd identische Entwicklung wie die in der gesamten Bundesrepublik. Da die konkrete Ausgestaltung des Förderprogramms jedoch bei den einzelnen Bundesländern liegt, bestehen insbesondere in Bezug auf aktuelle Entwicklungen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Ziele, auf die in Bezug auf Niedersachsen im Folgenden näher eingegangen wird.

„Die Geschichte der Dorferneuerung in Niedersachsen beginnt mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) des Bundes und der Länder, das einen Programmbereich Dorferneuerung enthält“ (BORGES 1979, S. 57). BORGES (1979) betont, dass bis zu diesem Zeitpunkt in Niedersachsen die Erneuerung der Dörfer eine untergeordnete Rolle spielte und nur in wenigen Flurbereinigungsverfahren erste Ansätze erfolgten (vgl. ebd.). Diese erste Förderrichtlinie für die Dorferneuerung in Niedersachsen vom 01.06.1977 beschränkte die Mittel dabei auf Dörfer, die durch Land- und Forstwirtschaft wesentlich geprägt waren, wobei die „ursprünglichen Nutzungsbestimmungen der Bausubstanz ausschlaggebend“ (ebd.) waren. Als Grundlage der Förderung war ein Dorferneuerungsplan zu erstellen, der vom Gemeinderat beschlossen werden musste (vgl. ebd.). Schon in diesen ersten Förderansätzen für Dörfer war zudem zentral, dass Träger*innen öffentlicher Belange, Dorfbewohner*innen und Antragsberechtigte vor Ort frühzeitig und in geeigneter Weise in den Prozess eingebunden werden sollten. 1980 lief das Zukunftsinvestitionsprogramm und damit die Förderung der Dorferneuerung aus. Sie wurde in den kommenden Jahren nur sekundär im Rahmen der Flurbereinigung und in einem Modellvorhaben umgesetzt. Erst 1984 wurde die Förderung wieder aufgenommen, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), mit dem Ziel, möglichst viele Dörfer mit der Förderung zu erreichen, um die Produktions- und Arbeitsbedin-

gungen in der Land- und Forstwirtschaft zu verbessern und zum Erhalt und zur Anpassung bäuerlicher Landwirtschaft beizutragen (vgl. BUNDESREGIERUNG 1984, S. 5). Förderfähige Maßnahmen umfassten unter anderem die Verbesserung innerörtlicher Verkehrsverhältnisse und die Erhaltung und Gestaltung gegenwärtiger oder ehemaliger land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter und Maßnahmen, die diese Gebäude an zeitgemäßes Wohnen und Arbeiten anpassen konnten (vgl. BUNDESREGIERUNG 1984, S. 23). Ein Vergleich der Anzahl der angesetzten Maßnahmen zwischen Niedersachsen und Gesamtdeutschland veranschaulicht die damalige Bedeutung der Förderung der Dörfer in Niedersachsen. Im Haushaltsjahr 1982 waren 60 Maßnahmen in Niedersachsen mit einem Zuschuss von 3 Mio. geplant. Im Vergleich dazu waren bundesweit 956 Maßnahmen mit einem Zuschuss von 21,1 Mio. angesetzt (vgl. BUNDESREGIERUNG 1984). Diese unterschiedliche Prioritätensetzung stand zudem im Kontrast zu den bestehenden Bedarfen. Mit dem Beginn der Fördermöglichkeiten zeigte sich der Handlungsbedarf in den ländlichen Räumen Niedersachsens an der großen Anzahl eingehender Anträge. Die verfügbaren Mittel waren jedoch bei weitem nicht ausreichend, obwohl neben Geldern aus dem ZIP auch Flurbereinigungsmittel zur Verfügung gestellt wurden (vgl. ebd.).

In den nächsten Jahren gewann die Dorferneuerung eine immer größere Bedeutung für die Kommunen durch die Kombination von Entwicklung und finanzieller Unterstützung, den die Förderung bot. Eine große Änderung gab es in den 1990er Jahren in Bezug auf die Fördermöglichkeiten, da EU-Fördergelder eine immer größere Rolle zu spielen begannen. Seit 1994 findet eine Förderung der ländlichen Entwicklung in Deutschland durch die europäischen Strukturfonds statt. In Niedersachsen wurde ab 1995 das Ziel-5b-Programm umgesetzt. Dieses beruhte auf Geldern aus den drei Strukturfonds der Europäischen Union, den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL), den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF). Ein inhaltlicher Maßnahmenswerpunkt dieses Programms

umfasste dabei die Umsetzung von Maßnahmen der Dorferneuerung in Niedersachsen (vgl. TISSEN und SCHRADER 1998).

Abb. 7: Zeitverlauf der Förderprogramme Teil 1



Quelle: eigene Darstellung 2019

Die zugrunde liegenden Programme weisen eine zeitlich befristete Dauer auf und können dadurch laufend an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. In den Jahren 2000 bis 2006 wurde die Dorferneuerung in Niedersachsen durch das Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes (PROLAND) umgesetzt, wie aus der Grafik (Abb. 7) ersichtlich. Seitdem ist die Förderung mit EU-Mitteln landesweit möglich (vgl. GRAJEWSKI 2008, S. 11). In der Ex-post-Bewertung des Programms durch das THÜNEN-INSTITUT FÜR LÄNDLICHE RÄUME (2008) verdeutlicht sich die gestiegene Relevanz der Förderung ländlicher Räume durch Zahlen. In der Förderperiode 2000 bis 2006 wurden 5.495 Projekte mit förderfähigen Kosten in Höhe von rund 407 Mio. Euro abgeschlossen (vgl. GRAJEWSKI 2008, S. 15). Hierdurch veranschaulicht sich die große Bedeutung der Förderung in Niedersachsen. Der Schwerpunkt der Projekte lag bei PROLAND auf drei thematischen Blöcken: erstens auf der Erhaltung und Gestaltung ehemaliger land- und forstwirtschaftlich genutzter Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter (Arbeiten an Dächern, Fenstern und Fassaden), zweitens auf innerörtlichen Verkehrsverhältnissen (Ausbau, Umgestaltung und Sanierung von Straßen und Plätzen in den Dörfern) und drittens auf kleineren Bau- und Erschließungsmaßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters (vgl. ebd., S. 17). Zudem wird in der Evaluierung die Wichtigkeit der Dorferneuerung in Hinblick auf das Thema Lebensqualität, gemessen an Wohnzufriedenheit und Wohnumfeldqualität, ebenso wie auf die soziokulturelle Situation in den Dörfern dargestellt. Den Verbesserungen der Kommunikations- und Freizeiteinrichtungen kommt

ebenso wie der Wohngebäudeaufwertung durch private Maßnahmen eine große Bedeutung zu. Der Einbezug der Bevölkerung wird dabei besonders herausgestellt.

„Die Dorferneuerung bietet durch den Dorferneuerungsprozess mit Einbeziehung der Bevölkerung die Möglichkeit, neue Impulse in den Dörfern anzustoßen. Von der Auftaktveranstaltung über die Planaufstellung bis hin zur Umsetzung der Projekte ist die Dorfgemeinschaft in diesem Prozess immer wieder aufgefordert, sich aktiv einzubringen. Der soziale Zusammenhalt und die Identifikation mit dem Wohnort werden intensiviert, und Kontakte finden häufiger statt.“ (GRAJEWSKI 2008, S. 35)

Es wird zudem betont, dass die Dorfbevölkerung mittlerweile in Bezug auf die Dorferneuerung sehr wissend ist. In der Evaluierung wird letztendlich geschlussfolgert, dass die Dorferneuerung zu komplexen Wirkungen führt, die in der Evaluation nicht zufriedenstellend dargelegt werden konnten (vgl. ebd., S. 46).

Die umfangreichen Fördermöglichkeiten von PRO-LAND wurden anschließend in der Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) fortgesetzt. Seit 2007 wird die Dorferneuerung in Niedersachsen auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendung zur integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE) durchgeführt, in der die zu erreichenden Ziele sowie Fördertatbestände festgehalten sind. Generell ist für die Förderperiode 2007 bis 2013 und auch 2014 bis 2020 festzuhalten, dass die Europäische Union in der gemeinsamen Agrarpolitik die Entwicklung ländlicher Räume fokussiert und zur Umsetzung den ELER nutzt (vgl. SPÖRING 2008, S. 238). Niedersachsen erhält aus diesem Strukturfonds Gelder für die Umsetzung seines Förderprogramms für die ländlichen Räume. Von 2007 bis 2014 erhielten Niedersachsen und Bremen für ihr gemeinsames Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen (PROFIL) circa 815 Mio. Euro, ergänzt durch Kofi-

finanzierungsmittel seitens des Bundes, der Länder und kommunaler Gebietskörperschaften (vgl. ebd.).

Abb. 8: Zeitverlauf der Förderprogramme Teil 2



Quelle: eigene Darstellung 2019

Im Maßnahmenschwerpunkt drei von PROFIL findet sich die Förderung der Dorferneuerung wieder, mit dem Ziel „durch ein bürgerorientiertes Planungs- und Umsetzungsverfahren die dörflichen Strukturen und ihre Bausubstanz zu sichern“ (TIETZ ET AL. 2016, S. 200). Neben investiven Maßnahmen soll das Selbstentwicklungspotenzial der Dörfer erhöht werden. Zudem wird die Erstellung und Umsetzungsbegleitung von Dorfentwicklungsplänen gefördert. Rückblickend wurden in der Förderperiode rund 11.000 Projekte umgesetzt, die vorrangig durch nationale Mittel gefördert wurden (vgl. ebd., S. 203). Die investiven Projekte betrafen vielfach das Ortsbild, ergänzt durch die Unterstützung dörflicher Gemeinschaftseinrichtungen (vgl. ebd., S. 217). Die Ex-Post-Bewertung stellt zudem heraus, dass sich das Zusammenagieren zwischen der Dorfbevölkerung, der kommunalen Verwaltung und der politischen Vertretung fördernd oder hemmend auf die Partizipation auswirkt – je nach Einstellung, wie Entscheidungen getroffen und Interessen berücksichtigt werden (vgl. ebd., S. 216). Dies wirkt sich auch stark auf das Selbstentwicklungspotenzial aus. Es wird herausgestellt, dass zumeist eine breite Bürger*innenbeteiligung in der Planerstellung erfolgt, die jedoch während der Umsetzung stark abnimmt (vgl. ebd., S. 217). Zudem wird betont, dass die Einzigartigkeit der Verfahren zukünftig mehr Berücksichtigung finden muss, da sich für viele spezielle Situationen das „Standardprogramm der DE-Planerstellung und -umsetzung“ (ebd., S. 217) als nicht zielführend erwiesen hat.

Diese Ansätze wurden teilweise mit aufgenommen in das neue Programm zur Förderung der Entwick-

lung im ländlichen Raum (PFEIL). Seit 2014 stellt PFEIL die aktuelle operationelle Umsetzung der europäischen ELER-Verordnung von Niedersachsen und Bremen dar. Im Rahmen von PFEIL sind sechs Prioritäten aufgeführt, die thematisch gefördert werden können (s. Abb. 9). In der Priorität 6 „Förderung der sozialen Inklusion, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten“ sind dabei die Aspekte Dorfentwicklung sowie Dorfentwicklungspläne wiederzufinden.

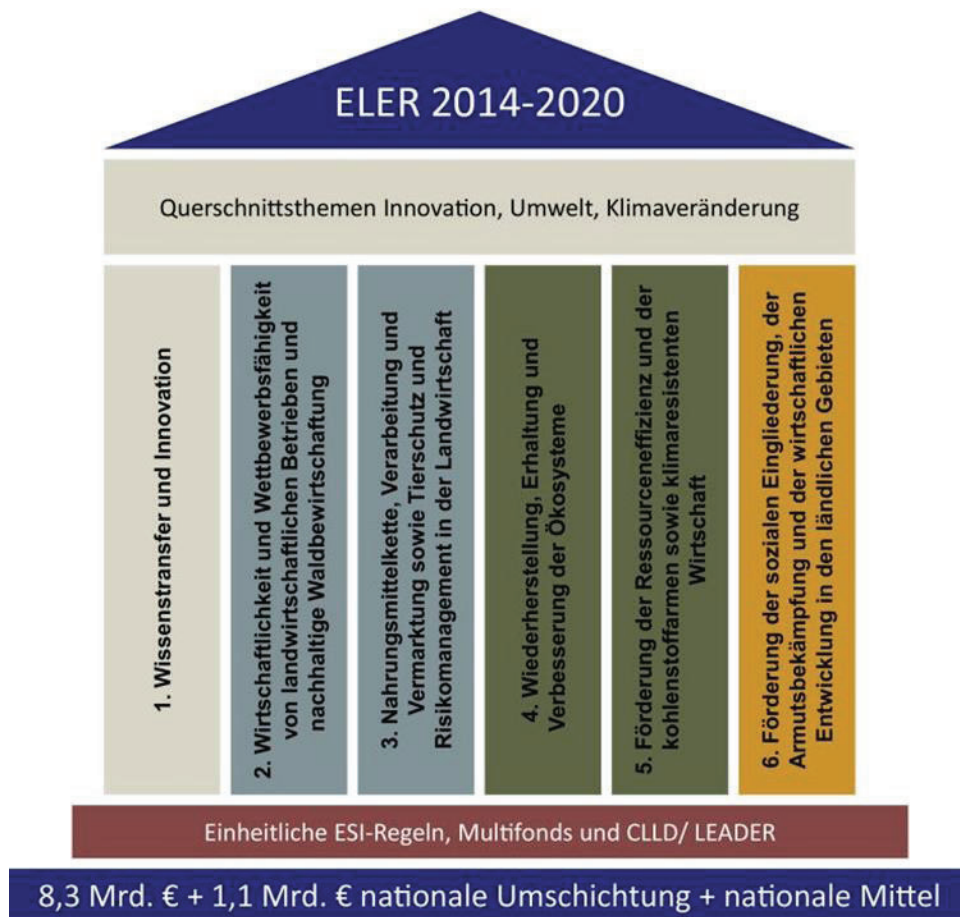
Im Programm PFEIL wird die Verteilung der finanziellen Mittel aus ELER dargestellt. Neu in der jetzigen Förderperiode ist, dass die Priorität 6 deutlich mehr Gelder zur Verfügung gestellt bekommt. Dem darunterfallenden Schwerpunkt Dorfentwicklung stehen 116 Mio. Euro zur Verfügung. In der ZILE Richtlinie ist die konkrete Verwendung dieser zur Verfügung stehenden Gelder anhand von Kriterien festgelegt. Die aktuelle Dorfentwicklung wird dementsprechend momentan auf der Grundlage von PFEIL sowie der ZILE-Richtlinie umgesetzt.

Die Evaluation von PFEIL steht noch aus. In den Evaluationen der vorherigen Förderperioden lässt sich jedoch die Bedeutung der Dorferneuerung durch die steigende Fördersumme und Projektanzahl ebenso ablesen wie die sich verändernden thematischen Fokusse, während sich andere Themen bis heute als relevant vor Ort erweisen.

3.3 Ausgestaltung und Umsetzung der niedersächsischen Dorfentwicklung

In Niedersachsen ist das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für den Bereich der Dorfentwicklung zuständig. Grundlegend können alle Orte mit bis zu 10.000 Einwohner*innen gefördert werden. Damit Dörfer diese Fördergelder beantragen können, müssen sie sich im ersten Schritt für das Dorfentwicklungsprogramm in Niedersachsen bewerben und aufgenommen werden. Da eine intensive Bürger*innenbeteiligung zentraler Bestandteil des heutigen Konzeptes ist, müssen schon vor der Be-

Abb. 9:
Die sechs Prioritäten des ELER 2014 - 2020



Quelle: DVS Netzwerk Ländliche Räume 2019

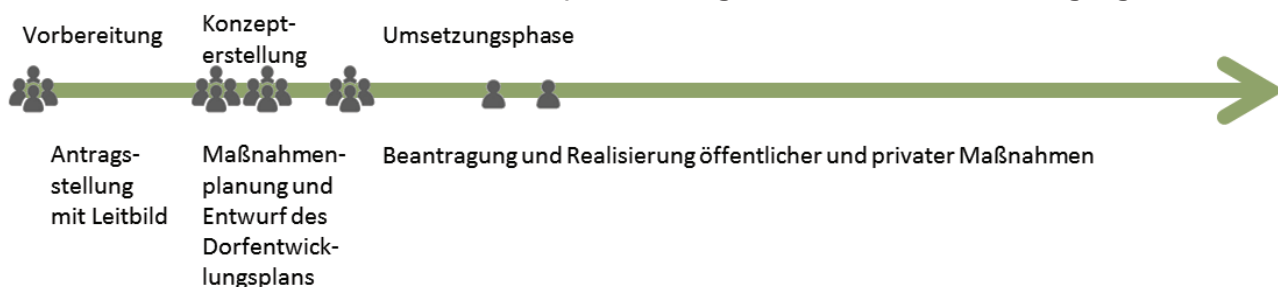
werbung eine Vorbereitungs- und Informationsphase (VIP) sowie ein Bürger*innenbeteiligungsv erfahren stattfinden. Zudem muss die Bewerbung mit mehreren Dörfern gemeinschaftlich erfolgen, denn die Betrachtungsräume sollen über die Ebene des einzelnen Dorfes hinausgehen, sodass nur noch sogenannte Dorfregionen sich für eine Förderung bewerben können. Dorfregionen sind ein Zusammenschluss mehrerer beieinanderliegender Dörfer, die zukünftig eine gemeinsame Entwicklung anstreben. In Zukunft wird so dem interkommunalen Ansatz deutlich mehr Bedeutung beigemessen. Laut des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz haben die Erfahrungen gezeigt, „dass gerade regionale Ansätze zu erfolgreichen Projekten und Initiativen führen“ (NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 2019B). Wird die Dorfregion nach Prüfung des Antrags in das Dorfentwicklungsprogramm des Landes Niedersachsen aufgenommen, können Fördergelder nach ZILE beantragt werden. Jetzt kann zudem ein spezifischer Dorfentwicklungsplan erstellt werden. Diese Phase der Planerstellung umfasst meist acht bis zehn Monate und ist durch eine enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und der moderierenden Begleitung durch ein Planungsbüro gekennzeichnet. Das erarbeitete Konzept muss durch den Gemeinderat beschlossen und vom Amt für regionale Landesentwicklung gewürdigt werden. Ist dieser Plan für die Dorfregion angefertigt, können auf seiner Basis Förderanträge für weitere Maßnahmen gestellt und Mittel bewilligt werden. Diese an die Planerstellung anschließende Umsetzungsphase umfasst einen Förderzeitraum von sieben Jahren (s. Abb. 10). Der Dorfentwicklungsprozess wird als Zeitraum von der

Vorbereitung und Antragstellung bis hin zum offiziellen Abschluss des Verfahrens durch das zuständige Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) definiert.

Neu ist im Rahmen des Dorfentwicklungsprogramms der Förderperiode 2014 - 2020 neben dem Zusammenschluss als Dorfregion, dass sich Dörfer hinsichtlich einer Dorfentwicklungsstrategie positionieren müssen, um den speziellen Situationen vor Ort gerechter werden zu können. Eine einheitliche Gemeindeentwicklung wird als nicht zielführend erachtet, da die ländlichen Räume und Dörfer laut BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT (2014) zu heterogen in ihren Ausprägungen seien (vgl. BMEL 2014, S. 13). Um den verschiedenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der unterschiedlichen Betroffenheit durch den demografischen Wandel gerecht zu werden, sind verschiedene Entwicklungsperspektiven notwendig, die in den drei Handlungsstrategien Entwicklung, Stabilisierung oder Anpassung Anwendung finden. Entwicklungsstrategien sollten Regionen wählen, die gute Entwicklungschancen aufzeigen. Stabilisierungsstrategien sind für Regionen geeignet, die in ihrem Bestand gefestigt werden sollen. Anpassungsstrategien sind letztendlich für Räume ausgelegt, die eine besondere Unterstützung aufgrund ihrer rückläufigen Tendenzen benötigen (vgl. NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 2019b).

Zudem müssen in der aktuellen Förderperiode Ansätze für die Bereiche Dorffinnenentwicklung, Demografie, Klimaschutz, Daseinsvorsorge und Mobilität aufgegriffen werden, um den Fokus stärker auf die

Abb. 10: Phasen der niedersächsischen Dorfentwicklung und Intensität der Beteiligung



Quelle: eigene Darstellung 2019

Herausforderungen des demografischen Wandels zu lenken. Hierdurch soll es zu Veränderungen weg von den investiven Projekten der letzten Förderperiode kommen (vgl. TIETZ ET AL. 2016, S. 218).

Ein Blick in die neue Fassung der ZILE-Richtlinie von 2017 (vgl. ZILE 2017) zeigt auf, welche Maßnahmen aktuell förderfähig sind und welche Voraussetzungen bestehen.²² Grundlegend wird aufgeführt, dass Maßnahmen vor Ort zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur, einer Stärkung der Wirtschaftskraft im nachhaltigen Sinne sowie einer Erhöhung der Lebensqualität beitragen sollten. Weiterhin müssen Belange des Natur- und Umweltschutzes, die Grundsätze der AGENDA 21, Regionale Handlungsstrategien sowie die demografische Entwicklung berücksichtigt werden, damit eine Maßnahme förderfähig ist. Konkret gefördert werden kann:

- „die Erarbeitung von Dorfentwicklungsplänen
- die Dorfmoderation zur Begleitung von Veränderungsprozessen auf örtlicher Ebene
- die Gestaltung von dörflichen Plätzen, Straßen, Wegen, Freiflächen sowie Ortsrändern
- die Schaffung, Erhaltung und der Ausbau dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen und Mehrfunktionshäuser
- die Erhaltung und Gestaltung von Gebäuden einschließlich des Innenausbau und der dazugehörigen Hof-, Garten- und Grünflächen

²²Anm.: Rechtlich beruht ZILE auf dem § 44 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung (LHO), der Verordnung über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den ELER (ELER-VO) und der GAK. Es werden jedoch auch ergänzende Förderungen durch ZILE ermöglicht, die die GAK nicht direkt vorsieht und die somit nicht förderfähig wären. Diese Ergänzungen sind jedoch laut ELER-VO zur Erreichung der angestrebten Ziele erforderlich, weshalb sie in einem eigenständigen Abschnitt konkret benannt werden. Diese Ziele betreffen zum Beispiel die nachhaltige Entwicklung ländlicher Gebiete, die Grundversorgung und die Bewahrung der Dörfer als Wohn-, Sozial- und Kulturraum. In diesem Sinne werden die Dorfentwicklung und die Sicherung beziehungsweise Weiterentwicklung lokaler Basisdienstleistungseinrichtungen gefördert. Weitere Themen betreffen den ländlichen Tourismus, den Erhalt des Kulturerbes, die Pflege und Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft sowie das Flächenmanagement für Klima und Umwelt (vgl. ZILE 2017).

- die Schaffung, Erhaltung, Verbesserung und der Ausbau von Freizeit- und Naherholungseinrichtungen
- die Schaffung, Verbesserung und den Ausbau von Angeboten zur Grundversorgung
- die Umnutzung von Gebäuden land- und forstwirtschaftlicher Betriebe für Wohn-, Arbeits-, Fremdenverkehrs-, Freizeit-, öffentliche oder gemeinschaftliche Zwecke
- die Umnutzung dörflicher Bausubstanz sowie
- der Abriss oder Teilabbriss von Bausubstanz im Innenbereich nach Maßgabe besonderer siedlungsstruktureller oder entwicklungsplanerischer Gründe“ (BMEL 2016).

Eine weitere förderfähige Maßnahme ist ein Regionalmanagement zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung der ländlichen Entwicklungsprozesse. Dadurch soll die Bevölkerung aktiviert, informiert und beraten sowie regionale Entwicklungspotenziale besser erkannt werden. In der aktuellen Förderperiode zeigt sich hier eine besondere Relevanz, da der kommunikative Ansatz intensiviert werden soll.

Je nach Maßnahmenförderung können die notwendigen Zuwendungsvoraussetzungen unterschiedlich aussehen, um die Förderung zu erhalten. Zu den einzelnen förderfähigen Maßnahmen ist in ZILE detailliert aufgeführt, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Der Fördersatz kann dabei bis zu 75 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen. Bei einigen Maßnahmen sind weiterhin Zuschussgrenzwerte aufgeführt. Neben den Maßnahmen ist auch nach den Antragssteller*innen zu unterscheiden, da öffentliche Maßnahmen andere Fördersätze bekommen als eine Antragstellung durch Vereine oder Privatpersonen. Für Privatpersonen, die Maßnahmen durchführen möchten, steht das beauftragte Planungsbüro mit fachkundiger Beratung zur Seite, nicht nur bezüglich der möglichen Sanierungsmaßnahmen und der Höhe der Zuschüsse, sondern auch bei der Förderantragstellung.

Einblick in die laufende Förderperiode

Insgesamt lässt sich in Niedersachsen seit den 1990er Jahren eine fortwährende inhaltliche Veränderung der Förderrichtlinie feststellen. Die aktuellen Trends in ländlichen Räumen lassen sich durch die Schlagwörter allgemeiner Bevölkerungsrückgang, Alterung der Gesellschaft und Binnenwanderung innerhalb der Regionen benennen, wodurch sich die Kluft zwischen Wachstumsregionen und Schrumpfungsregionen vergrößert (vgl. THIEMANN 2016, S. 31). Insbesondere in den Schrumpfungsregionen bedeutet dies die Notwendigkeit, die Siedlungs- und Infrastruktur in den einzelnen Dörfern im Sinne eines Dorfumbaus anzupassen, indem ein Problembewusstsein für die Dorffinnenentwicklung entsteht (vgl. ebd.). Darüber hinaus wird die Wichtigkeit von einem demografiegerechten und sozial ausgerichteten Dorfumbau herausgestellt (vgl. ebd., S. 34). Die „Wiederbelebung des dörflichen Gemeinschaftslebens“ (ebd.) wird ebenso in den Fokus gerückt wie Barrierefreiheit und innovative wirtschaftlich tragfähige Lösungen für technische und soziale Infrastruktur, mit der Betonung, dass ein Umdenken und ein Bewusstseinswandel dafür notwendig seien. In Niedersachsen wurde zudem seit 2000 die integrierte Vorbereitungs- und Informationsphase in die Dorferneuerung integriert, um eine frühzeitige und vorbereitende Einbindung der Akteur*innen zu gewährleisten (vgl. KARWEIK 2009, 29ff). Heute steht in Niedersachsen die ökologisch-soziale Dorfentwicklung statt der baulichen Dorferneuerung im Vordergrund. Das Thema Ökologisierung hat sich gewandelt, sodass heute Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Klimaschutz sowie Klimafolgeanpassungen als neue Themen folgen (vgl. KARWEIK 2016, S. 19). Die neue Dorfentwicklung muss aktuell den schwierigen Spagat zwischen den klassischen Themen und den neu hinzugekommenen bewältigen, ohne Bereiche zu vernachlässigen (vgl. ebd.). Zudem wird herausgestellt, dass dörfliche Entwicklungen in ihrer Vielseitigkeit zu betrachten sind und es keine Universallösungen geben kann. Dies greift auch das förderfähige Modellprojekt der Dorfmoderation auf, in dem Dorfbewohner*innen zu Moderator*innen ausgebildet werden, die anschlie-

ßend in der Lage sein sollen, den Entwicklungsprozess in ihrem Dorf zu unterstützen und mitzugestalten (vgl. Harteisen und Eigner-Thiel 2016; Harteisen 2016). Zudem empfiehlt KARWEIK (2016), etablierte Methoden von LEADER, der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) oder auch aus der Wirtschaft auf die Dorfentwicklung anzuwenden, um Prozessformate situationsgerecht anpassen und effektiv gestalten zu können. So sollen Selbstregulierungskräfte positiv unterstützt und Akteur*innen zu Verantwortlichen werden, wobei die Grenzen der zur Verfügung stehenden Ressourcen Beachtung finden müssen (vgl. KARWEIK 2016, S. 22). KARWEIK betont hierbei:

„Neben dem klassischen Handwerkszeug der Dorf- und Regionalentwicklung dürfen Change-Management, Presencing, Storytelling, imaginatives Denken und weitere Interventionsmethoden und Prozess-Werkzeuge bei den Überlegungen zur Prozessgestaltung einer Dorfentwicklung künftig nicht fehlen. Betroffene können so zu Akteuren und Verantwortlichen werden. Letztlich hängt vielleicht nicht alles, aber vieles, von der Haltung der Hauptakteure ab.“ (KARWEIK 2016, S. 21)

Insgesamt steht die Ex-Post Bewertung von PFEIL noch aus. Es zeigt sich aber in der aktuellen Debatte, dass aufbauend auf der Etablierung von Dorfregionen, einer spezifischen Strategie und einer strategischen Einbettung der investiven Maßnahmen die soziale Komponente mehr in den Mittelpunkt rücken müsste. Der kommunikative Ansatz soll weitergedacht werden. Eingebettet in das Modellprojekt „soziale Dorfentwicklung“ soll zukünftig in elf niedersächsischen Dorfregionen eine Konzentration auf die Innenentwicklung mit der Wahrnehmung des Dorfes als sozialem Ort und mit der Stärkung des Miteinanders erfolgen.

Wie im Stand der Forschung bereits aufgezeigt, fördert das BMEL aktuell das Modell- und Demonstrationsvorhaben für den Bereich „Soziales Dorf“ durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung. Ziel ist es, Dörfer bei der Gestaltung für ein neues soziales

Miteinander der Dorfgemeinschaft zu unterstützen. Unter der sozialen Dorfentwicklung wird aktuell das Bewusstsein für die dörfliche Lebenskultur, die Einbindung aller Menschen sowie der Erhalt des dörflichen Charakters verstanden. Als Schlüsselemente werden dabei das aktive Mitgestalten der Menschen vor Ort, die Selbsthilfe und das ehrenamtliche Engagement gesehen (vgl. ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018). Dies sind wichtige Aspekte, die im Prozess der Dorfentwicklung vermehrt thematisiert werden sollen. Neben dem räumlichen Schaffen von Treffpunkten und Austauschmöglichkeiten stehen die Menschen und ihr gemeinschaftliches Miteinander verstärkt im Fokus.

Hieran anschließend verdeutlicht sich die Ausrichtung der möglichen zukünftigen Entwicklung. Anknüpfend zeigt die niedersächsische Studie von HARTEISEN und EIGNER-THIEL (2016) für die Weiterentwicklung der Dorfentwicklung die Wichtigkeit von vertrauten Menschen und der Gemeinschaft in Bezug auf die Lebensqualität auf. Aufbauend auf der empirischen Forschung wird die Wichtigkeit des Zusammenhalts im Dorf aufgezeigt und die damit einhergehende Attraktivität betont. Zudem stellen sie das Thema Selbstwirksamkeit im Zuge der Mitgestaltungsmöglichkeiten, die die Dorfentwicklung bietet, heraus.

„Auf den Kontext des Dorfes bezogen bedeutet [Selbstwirksamkeitserfahrung] dies: Die Erfahrung, seine Wünsche und Vorstellungen bei der Gestaltung des Dorflebens erfolgreich einbringen zu können, kann sich zukünftig positiv auf die Motivation auswirken, sich weiter an der Dorfentwicklung zu beteiligen.“ (HARTEISEN und EIGNER-THIEL 2016, S. 5)

RITZINGER (2011) weist weiterhin drauf hin, dass eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Förderprogramms vor allem neue methodische Vorgehensweisen benötigt, die lokale Akteur*innen als eine Verantwortungsgemeinschaft in den Dorfentwicklungsprozess einbeziehen (vgl. RITZINGER 2011, S. 88). An diese Forschungsergebnisse anknüpfend deuten sich die Aspekte des regelmäßigen Aus-

tausches der Menschen und das Miteinander als Gemeinschaft als wichtig für die Fragen der Weiterentwicklung des Förderinstruments in Niedersachsen an.

Zusammenfassung

In der Darstellung des Förderprogramms der Dorfentwicklung von 1945 bis heute verdeutlicht sich die Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des Instruments ebenso wie seine bis heute andauernde Bedeutung für die Entwicklung von Dörfern. Aufbauend auf den aktuellen gesellschaftlichen Tendenzen bedeutet dies, dass in der Dorfentwicklung ein Umgang mit der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile, den heutigen Ausprägungen von Engagement (vgl. Kapitel 4.3) ebenso wie der Selbstorganisation (vgl. Kapitel 4.5) gefunden werden müsste. In diesem Zuge steht neben der partizipativen Ausgestaltung des Prozesses auch der methodische Umgang u.a. mit neuen digitalen Medien im Blickpunkt der Veränderungen.

In den aktuellen Diskussionen über die Ausgestaltung des Förderprogramms wird nicht nur der soziale Zusammenhalt, sondern auch der Einbezug der Bevölkerung herausgestellt, denn das Ziel, das Selbstentwicklungspotenzial zu erhöhen, steht in engem Zusammenhang mit der Art des zusammen Agierens und der Ausgestaltung der Partizipation. Aufbauend auf der aktuellen Ausgestaltung des Förderprogramms in Niedersachsen und dem prognostizierten Bedarf eines stärkeren kommunikativen Ansatzes und der sozialen Komponente stehen im Folgenden Partizipation als Ermöglichungsrahmen und die Rolle der Planer*innen hierbei im Fokus.

3.4 Partizipation in der Dorfentwicklung

Für eine erfolgreiche aktuelle und zukünftige Entwicklung des Förderinstruments Dorfentwicklung in Niedersachsen scheint die Ausgestaltung der Partizipationsmöglichkeiten vor Ort substanziell. Darstellend umfasst dies partizipationstheoretische Ansätze bezogen auf die Dorfentwicklung. In der historischen Betrachtung des Förderprogramms

der Dorferneuerung zeigt sich schon seit langem eine intensive Auseinandersetzung mit der Ausgestaltung partizipativer Beteiligungsprozesse. Auf dieser rückblickenden Entwicklung aufbauend wird die Wandlung des Partizipationsverständnisses und die aktuelle Umsetzung von Partizipation sowie ihre Bedeutung in der niedersächsischen Dorfentwicklung aufgezeigt.

3.4.1 Die innere und die äußere Dorfentwicklung

In der Betrachtung des zeitlichen Verlaufs und der Entwicklung der Bedeutung von Partizipation im Rahmen der Dorfentwicklung sticht die Österreicherin NATJA NOWOTNY heraus. Ein Blick über den Zaun nach Österreich ermöglicht das Erkennen von Ansätzen und Zielen partizipativer Beteiligungsprozesse in der Dorfentwicklung, die gleichermaßen für viele ländliche Räume in der deutschen Bundesrepublik gelten. In Österreich wurde frühzeitig ein sehr ähnliches Förderinstrument wie in Deutschland installiert, wodurch es eine gewisse Vorreiterstellung in Bezug auf Ansätze mit weichen Standortfaktoren und umfangreicher Bürger*innenbeteiligung innehat.

NOWOTNY setzte sich in Bezug auf die Dorferneuerung schon vor über 25 Jahren nicht nur für mehr Partizipation ein, sondern auch dafür, die bürgerlichen Belange in Bezug auf das Zusammenleben stärker zu berücksichtigen. Sie kritisierte, dass psychologische, soziale und kulturelle Aspekte in der Dorferneuerung zu kurz kämen und die Fokussierung zu stark auf wirtschaftlichen und strukturellen Faktoren läge (vgl. NOWOTNY 1992, S. 169). Aufbauend auf dieser Kritik liefert sie eine theorie- und praxisorientierte Überlegung zur Unterteilung der österreichischen Dorferneuerung in die ‚Innere Dorferneuerung‘ und die ‚äußere Dorferneuerung‘ (vgl. ebd.). ‚Die äußere Dorferneuerung‘ umfasst nach ihrer Definition die Gestaltung der physischen Umwelt und somit vor allem baulich- und gestalterische Maßnahmen (vgl. ebd.).

„Unter ‚Innerer Dorferneuerung‘ als Prozess versteht man alle Konzepte und Maßnahmen, die sich der Psyche des Menschen und seiner sozialen und kulturellen Umwelt widmen, mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse der Dorfbewohner zu verbessern.“ (ebd.)

Ziel ist ihrer Ansicht nach, durch die Dorferneuerung mit der Fokussierung auf die ‚Innere Dorferneuerung‘ eine Steigerung der zwischenmenschlichen Kommunikation und dadurch eine Zunahme der Bürger*innenbeteiligung und einen sich anschließenden Bewusstseinswandel zu erreichen. Mit der ‚Inneren Dorferneuerung‘ soll eine Stärkung der Dorfgemeinschaft, des sozialen Miteinanders, des aktiven Mitgestaltens, der Bewusstseinsbildung, von Eigenverantwortung, Selbsthilfe, Selbstbewusstsein und Gemeinschaftsidentität entstehen beziehungsweise gefördert werden. An die theoretischen Abgrenzungen schließt NOWOTNY praktische Aussagen über die Umsetzung an, indem sie herausstellt, dass die Bereitstellung von Informationen ebenso relevant sei, wie die Ausrichtung auf bestimmte Zielgruppen und die Schaffung von Treffpunkten. Beides ist ihrer Meinung nach Teil der ‚Inneren Dorferneuerung‘ und stellt die Basis für die von ihr geforderten Offenheit und Toleranz des Gemeinschaftsbewusstseins gegenüber Mitmenschen dar (vgl. ebd.). NOWOTNYS Theorie bezieht dabei den Wandel der Gemeinschaft und der Lebensstile zu einer postmodernen Gesellschaft mit ein, indem sie Bewusstseinswandel und Bürger*innenbeteiligung in den Mittelpunkt rückt, um den neuen Anforderungen und Bedürfnissen gerecht werden zu können. Nowotny entwirft zudem eine Idealvorstellung der zukünftigen Dorferneuerung, in der die Bürger*innenbeteiligung so ausgebaut würde, dass ein Einbezug von der Vorbereitungs- bis zur Entscheidungs- und Durchführungsphase stattfindet (vgl. NOWOTNY 1992, S. 169). WEICHHART (1997) greift NOWOTNYS Konzept auf und überträgt es auf den deutschen Raum. Er stellt heraus, dass durch die umfassende Bürger*innenbeteiligung des Ansatzes Verantwortungsbewusstsein geweckt wird, wodurch ebenfalls die endogenen Kräfte der Interaktionsnetzwerke vor Ort mobilisiert würden. Er zieht

zudem den Rückschluss, dass die aus der ‚Inneren Dorferneuerung‘ entstehenden selbstbewussten und informierten Bürger*innen sich viel kompetenter mit ihrer Lebensraumgestaltung auseinandersetzen können und sich dadurch eine Rückwirkung auch auf die ‚äußere Dorferneuerung‘ ergibt (vgl. WEICHHART 1997, S. 11). Die geäußerte Kritik und die Ansätze zur Weiterentwicklung von Nowotny und Weichhart zeigen sich bis heute in der Entwicklung der Partizipation im Rahmen des Förderprogramms der Dorfentwicklung in Niedersachsen.

3.4.2 Partizipation im Förderprogramm der niedersächsischen Dorfentwicklung

Anknüpfend an die Ansätze Nowotnys zeigt sich, dass die Einbindung der Dorfbewohner*innen im Rahmen der Niedersächsischen Dorferneuerung altbewährt ist, während gleichzeitig die Forderungen in Anlehnung an eine ‚Innere Dorfentwicklung‘ erst aktuell vermehrt Eingang finden. In Niedersachsen ist schon mit der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms, das als Beginn der Auseinandersetzung mit der Dorfentwicklung im Bundesland Niedersachsen angesehen werden kann (vgl. BORGES 1979, S. 57), die rechtzeitige Einbindung der Dorfbewohner*innen neben den Träger*innen öffentlicher Belange und den Antragsberechtigten vermerkt. Ebenso wurde von Anfang an, als Voraussetzung für die Dorferneuerung, die vorhandene Bereitschaft der Bürger*innen und der Gemeinden thematisiert (vgl. SCHLOSSER 1999, S. 84). Die Dorferneuerung hat zudem schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Bürger*innen in Bezug auf private Sanierungsmaßnahmen, die an Baubeständen durchgeführt werden konnten, einbezogen (vgl. ebd.). Diese ersten Ansätze deuten die Entwicklung eines weitgefassten Partizipationsverständnisses an, welches sich kontinuierlich weiterentwickelt hat.

Insgesamt hat sich die Beteiligung an den Prozessen der Gestaltung im Rahmen der Dorferneuerung und der späteren Dorfentwicklung entlang der gesellschaftlichen Veränderungen gewandelt. Auswirkungen auf die Beteiligung im Zuge des Förderprogramms zeigten sich dahingehend, dass es

in Dörfern eine Angleichung an die städtischen Lebenswelten und damit auch an die dortigen Nachrichten, Meinungen und politischen Beteiligungen gab. Durch die wirtschaftliche Lage änderte sich das Arbeitsleben hin zu mehr Freizeit, sodass politische Beteiligung auch vermehrt wahrgenommen werden konnte. Dieser Trend zeigt sich bis heute teilweise rückläufig, zurückführend auf die Individualisierung der Lebensstile und weniger verfügbarer Zeit (vgl. HELMLE und KUCZERA 2015, S. 80). Ebenso führte die Natur- und Umweltschutzbewegung dazu, dass eingefordert wurde, die Belange der Bürger*innen stärker einzubeziehen (vgl. SCHLOSSER 1999, S. 98). Der Veränderung der Gesellschaft mit ihren Individualisierungstendenzen, der Pluralisierung von Lebensstilen (vgl. Kapitel 3.1) und den Forderungen nach mehr Freiheit und Handlungsspielräumen im Alltagsleben wurden auch in der Dorferneuerung Bedeutung beigemessen und dort mit einbezogen. Die durch Zuzug durchmischten Gemeinschaften brachten neue Impulse ein und forderten die Planer*innen in Bezug auf die gleichberechtigte Teilhabe aller Bewohner*innen am Prozess heraus. Einhergehend mit dem integrierenden Planungsansatz wurden Beteiligungsmethoden fokussiert und verstärkt umgesetzt. In den Fördervoraussetzungen wurde die verstärkte Einbindung und Beteiligung festgeschrieben (vgl. ZILE 2017), sodass sie sich immer mehr in Richtung einer Planung entwickelte, in der die Gestaltungs- und Entwicklungsideen aus der Bevölkerung heraus entstehen und anschließend umgesetzt werden. Dies zeigt sich heute deutlich in den rechtlichen Vorgaben zu Bürger*innenbeteiligung durch die ZILE-Richtlinie und den Möglichkeiten der Weiterbildung, um die Menschen vor Ort nicht als Betroffene, sondern als Verantwortliche zu sehen (vgl. KARWEIK 2016, S. 22).

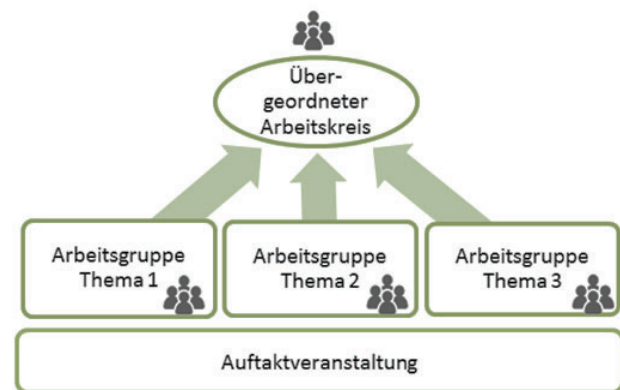
In der Betrachtung der ZILE-Richtlinie 2007 sowie der ZILE-Richtlinie 2017, mit Bezug auf die rechtliche Ausgestaltung zum Thema Bürger*innenbeteiligung in Niedersachsen, zeigt sich eine Fokussierung auf die Begleitung des Prozesses durch eine*n Regionalmanager*in oder Planer*in. Diese*r soll die Bevölkerung informieren, beraten und aktivieren (vgl. ZILE 2007). Zudem sind relevante Akteur*innen

aufgeführt (der landwirtschaftliche Berufsstand, die Gebietskörperschaften, die Einrichtungen der Wirtschaft wie Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer, die Verbraucherverbände, die Umweltverbände, die Träger*innen öffentlicher Belange), die neben der Bevölkerung in geeigneter Weise einzubeziehen sind. Es wird eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bewohner*innen in Bezug auf die Dorfentwicklungsplanung gefordert (vgl. ZILE 2007). Die ZILE-Richtlinie 2017 konkretisiert und vertieft diesen Ansatz. „Bei der Aufstellung von Dorfentwicklungsplänen hat eine umfassende Bürgermitwirkung zu erfolgen. Bei der Prozessgestaltung ist darauf hinzuwirken, dass die Interessen aller Bevölkerungsgruppen ausreichend berücksichtigt werden.“ (ZILE 2017, S. 13)

Partizipation ist für den Prozess der Dorfentwicklung in Niedersachsen vorgeschrieben. Die Zusammenarbeit gestaltet sich entsprechend zwischen einem geförderten Planungsbüro, den Bürger*innen, der Gemeinde als Entscheidungskompetenz und -hoheit sowie der Bewilligungsstelle als übergeordnete Stellung im Hinblick auf den Förderrahmen (vgl. MOSER ET AL. 2016, S. 81). Zu Beginn des Verfahrens gründen sich regulär Arbeitskreise in den Dörfern, die während der Planerstellung mitarbeiten und vereinzelt auch in der Umsetzungsphase bestehen bleiben (s. Abb. 11). In dieser konzeptionellen Phase gibt es einen intensiven Austausch über die wichtigen Themen und die zukünftigen Ziele vor Ort, der in einer Planerstellung mündet. Die Planerstellung wird von einem Planungsbüro moderiert, wodurch eine externe Perspektive miteinbezogen wird. Detaillierter findet der Austausch vor Ort in den gegründeten Arbeitskreisen und einem übergeordneten Arbeitskreis, in dem Vertreter*innen aller Dörfer der Dorfregion und der thematischen Arbeitskreise zusammenkommen, statt. Die Arbeitskreise leisten oftmals die thematische Ausarbeitung und zeichnen sich durch praxisnahe Ansätze wie Ortsbegehungen aus.

Der Prozess der Dorfentwicklung erfordert viele Abstimmungen und Diskussionen, da möglichst viele verschiedene Bevölkerungsgruppen aktiviert

Abb. 11: Organisation der Beteiligung



Quelle: eigene Darstellung 2019

und miteinbezogen werden. Für diesen Austausch und die Erarbeitung erster konkreter Projektvorschläge braucht es einen hohen Zeitbedarf der aktiven haupt- und ehrenamtlichen Anwesenden. Die schriftliche Ausgestaltung des Dorfentwicklungskonzeptes mit ersten Projektskizzen obliegt anschließend dem Planungsbüro. In der darauffolgenden Umsetzungsphase zeigt sich zeitweilig eine Bürger*innenbeteiligung, wenn es beispielsweise um Gemeinschaftsprojekte geht, an denen in Eigenleistung aktiv mitgearbeitet werden kann (vgl. MOSER ET AL. 2016, S. 81).

Die Beteiligungsstrukturen in den Dörfern werden heutzutage stark durch den demografischen Wandel beeinflusst. Zum einen werden die Themen an diese Entwicklung angepasst, zum anderen bedarf es eines besonderen Blicks auf die Belange der schwindenden Bevölkerungsgruppe der Jugend ebenso wie der wachsenden Gruppe der alten und hochaltrigen Bewohner*innen. Die Kinder und Jugendlichen entwickeln sich zu einem immer wichtigeren Stellenwert in der Beteiligung, indem sich das Partizipationsverständnis dahingegen ändert, dass ihnen das Recht und die Fähigkeit zur Teilhabe zuerkannt wird (vgl. KÖDELPELTER UND NITSCHKE 2008, S. 12). Die Chancen einer Mitgestaltung durch Kinder und Jugendliche wurden im Förderinstrument teilweise erkannt und genutzt. Kinder und Jugendliche werden heute als Zukunft des Dorfes wahrgenommen, die möglichst langfristig an das Dorf gebunden werden sollen. Zudem hat sich gezeigt, dass ein attraktiver Standort für Kinder und Jugendliche durch bedarfs-

spezifische Angebote, die mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam zu erarbeiten sind, vorteilhaft ist, um langfristig neue Familien für den Ort zu gewinnen (vgl. ebd.). Die Umsetzung von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ist in den Dorfregionen sehr verschieden ausgeprägt. Beeinflusst wird es zum einen durch die Situation vor Ort mit der vorhandenen Anzahl an Kindern und Jugendlichen sowie durch die Einstellung der Kommune zu diesem Thema und zum anderen durch das beauftragte Planungsbüro. Immer mehr Planer*innen bieten diese spezifische Möglichkeit der Beteiligung an, wenn die Kommune als Auftraggeberin zustimmt – die Ausgestaltung variiert jedoch stark im Inhalt und Umfang. Neben den Kindern und Jugendlichen weisen auch die anderen Dorfbewohner*innen verschiedene Einstellungen auf, die in den Beteiligungsprozess miteinbezogen werden sollten. Um in Konsequenz daraus einen erfolgreichen Prozess zu gestalten, werden heutzutage das Ansprechen von Konflikten, offene Dialoge, das Subsidiaritätsprinzip und Weiterbildungsangebote thematisiert. Diese Themen verdeutlichen sich u.a. in laufenden Modellprojekten und Evaluationsergebnissen bezüglich der niedersächsischen Dorfentwicklung.

Modellprojekte und Evaluationsergebnisse

Die Thematik einer erfolgreichen Prozessgestaltung greift unter anderem KARWEIK (2009) als Vertreter des Referats Integrierte ländliche Entwicklung des Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf. Für die aktuelle Ausgestaltung des Förderprogramms betont KARWEIK, dass sich die Dorfentwicklung erfolgreich von einer durch agrarische und baulich-strukturellen Maßnahmen geprägten Dorferneuerung zu einem partizipativeren und kommunikativeren Ansatz weiterentwickelt hat. Der ganzheitliche Ansatz der heutigen Dorfentwicklung in Niedersachsen umfasst, dass die Dorfbewohner*innen frühzeitig als Partner*innen und auch Verantwortungsträger*innen im Planungsprozess erkannt und involviert werden. Um die Bürger*innen für diese Aufgabe vorzubereiten, wurde das Modellprojekt der Vorbereitungs- und Infor-

mationsphase (VIP) nach erfolgreicher Beendigung als Erfolgsmodell in der Dorfentwicklung verstetigt (vgl. KARWEIK 2009, S. 29). Seither stellen idealerweise die Weiterbildung und Vorbereitung für die frühzeitige Einbindung und Heranführung der Akteur*innen, bezüglich ihrer Rolle im Prozess, den Anfang des Planungsgeschehens dar und ermutigen die Dorfbewohner*innen, ein individuelles Leitbild und konkret Maßnahmen für ihr Dorf zu entwickeln. Im Amtshof Eicklingen werden seit 2006 VIP-Seminare angeboten, um den Prozess der Dorfentwicklung Niedersachsens zu stärken und zu unterstützen (vgl. ebd., S. 31).

Die verschiedenen Dorfstrategien aufgreifend und weiterdenkend betont KARWEIK (2016), dass Universallösungen für Planungsprozesse nicht erfolgversprechend sind und es in Betrachtung der Prozessgestaltung von ILE und LEADER sowie bewährter Methoden aus der Wirtschaft zur Gestaltung von Veränderungsprozessen erfolgsversprechender erscheint, die dortigen Ideen auf das Förderinstrument der Dorfentwicklung zu übertragen. Ziel ist es, eine „situationsgerechte, effektive Gestaltung der Dorfentwicklung“ (KARWEIK 2016, S. 20) zu erreichen, in der die Betroffenen zukünftig nicht nur Akteur*innen sondern auch Verantwortliche sind. Prozessformate müssten hierfür individuell angepasst werden, um Selbstregulierungskräfte zu stärken, zugleich aber auch überschaubar und in den Grenzen der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu bleiben. In der zukünftigen Dorfentwicklung steht seiner Ansicht nach das Dorf als lebendiges System mit der vorhandenen Bereitschaft zu Veränderungen und Anpassung im Mittelpunkt (vgl. KARWEIK 2016, S. 20). MOSER ET AL. (2016) stellen im Rahmen der 7-Länder Evaluation in Bezug auf Niedersachsen zudem heraus, dass

„die Haltung der politisch, kommunalen Ebene wie auch der Verwaltungsebene als entscheidender Faktor identifiziert worden [ist]: Fehlt dort die Offenheit für die Bedürfnisse und Interessen der Dorfebene und ließ sich ein mangelnder Wille zu ernst gemeinter Zusammenarbeit in der Dorfbevölkerung erkennen, führt das zu Rückzug und

Frust [aus der Zusammenarbeit].“ (MOSER ET AL. 2016, S. 82)

Zudem wurde von MOSER ET AL. (2016) herausgearbeitet, dass Kontinuität und Stabilität wichtige Einflussfaktoren für den Erfolg seien. Neben transparenten Entscheidungsstrukturen sei die Haltung der Verwaltung und der Gemeindevertretung bezüglich bereits abgesprochener Offenheit wichtig (vgl. ebd. S. 83). Das Bundesland Hessen ist in der Ausgestaltung des Förderprogramms dahingehend schon weiter gegangen, dass die Arbeitskreise über den gesamten Zeitraum der Förderung bestehen. Durch das Bestehenbleiben des Arbeitskreises bildet sich eine feste Gruppe, die auch nach der Planerstellung aktiv Personen und Gruppen zusammenführt und die Planungsphase mitgestaltet (vgl. MOSER ET AL. 2016, S. 82).

Die Weiterentwicklung von Partizipation im Förderinstrument wird in Niedersachsen zudem aktuell unter dem Aspekt der Qualifizierung Einzelner verstärkt diskutiert. Die Dorfmoderation stellt hierbei zukünftig eine förderfähige Weiterbildungsmöglichkeit für Interessierte dar. An die Veränderungen in der Dorfentwicklung anschließend zeigt sich das Format der Dorfmoderation als geeignet, da es um die Qualifizierung von geeigneten Akteur*innen für die Entwicklung ihrer Dörfer geht. HARTEISEN (2016) sieht das Konzept der Dorfmoderation mit Blick auf die Dorfentwicklung in Niedersachsen als ein wichtiges Qualifizierungsangebot. Mit dem Gedanken, neue Wege für die Sicherung der Lebensqualität in Dörfern zu finden, um „das Dorf als Wohn-, Wirtschafts- und Lebensraum attraktiv zu erhalten“ (HARTEISEN 2016, S. 32) rückte die Qualifizierung der Dorfbewohner*innen seiner Ansicht nach in den Fokus. Sich auf die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Dorf 2020“ stützend stellt HARTEISEN (2016) heraus, dass Weiterbildung vor Ort gewünscht wird, insbesondere von Personen, die schon Fähigkeiten im Bereich der Prozessgestaltung haben. Zudem würden Fortbildungen im Bereich der Moderation zu mehr Selbstsicherheit führen, um die Rolle als Moderator*in im Dorfentwicklungsprozess zu übernehmen. Konkret umfasst das Qualifizierungs-

angebot „Dorfmoderation“ verschiedene Module, in denen die Teilnehmer*innen die Besonderheiten des eigenen Dorfes erkennen lernen, sich über aktuelle Herausforderungen austauschen sowie mögliche Konflikte und das Finden von Lösungen thematisieren. Ziel ist es, dass die Qualifizierung einzelner Dorfbewohner*innen dazu führt, dass diese in der Lage sind, Entwicklungsprozesse in ihren eigenen Dörfern gemeinsam mit der Dorfgemeinschaft zu gestalten und zu moderieren. Das erstmals 2012/13 im Landkreis Göttingen angebotene Konzept wurde als Fördertatbestand im Programm PFEIL für die Förderperiode 2014-2020 verankert und soll aktuell weiterentwickelt werden (vgl. HARTEISEN 2016, 31ff). In einer Pilotstudie wurden hierzu erste Ergebnisse festgehalten in denen die Vielgestaltigkeit der Dörfer im Mittelpunkt steht, mit dem Ziel, in der nächsten Zeit ein Ausbildungsmodul zu entwickeln, welches die differenzierte Wahrnehmung und Analyse der Dörfer aufgreift (vgl. EIGNER-THIEL und MAUTZ 2017). HARTEISEN (2016) vertritt unter Berücksichtigung der Forschungen zur Dorfmoderation die Ansicht, dass Dorfbewohner*innen eine steigende Bereitschaft zeigen, sich für ihr Dorf und die Erhaltung der Lebensqualität zu engagieren. Dieses Potenzial könne durch die Dorfmoderation oder andere Angebote, die Fähigkeiten zur Gestaltung von Prozessen im Dorf vermitteln, gehoben werden (vgl. HARTEISEN 2016, 31ff).

Zusammenfassend zeigt sich eine fortwährende Entfaltung und Wandlung des partizipativen Elements im Förderinstrument. Die Rolle der Dorfbevölkerung wird zentraler, sodass das Zusammenspiel der verschiedenen Akteur*innen, wie der kommunalen Verwaltung, der politischen Vertretung und der bürgerschaftlich Engagierten, verstärkt thematisiert werden sollte. Da den Darstellungen die Bedeutung von Partizipation in informellen Planungsprozessen und Entscheidungsprozessen zu Grunde liegt, werden in Kapitel 4.1 Modelle der Partizipation aufgezeigt, die die verschiedenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Bürger*innen und der staatlichen Institutionen verdeutlichen.

3.5 Zwischenfazit

Im Kapitel 3 wurde das Förderprogramm der Dorfentwicklung gesamtheitlich betrachtet und seine Relevanz als Instrument zur Sicherung der Lebensqualität herausgestellt. Die konkrete Förderung im Rahmen der Dorfentwicklung stellt eine Unterstützungsstruktur dar, in der spezifische und passgenaue Lösungen für die unterschiedlichen Dörfer erarbeitet werden. Ziel des Kapitels war es zudem die Basis, auf der im Rahmen des Förderprogramms gehandelt werden kann, umfassend abzubilden.

Im Zeitverlauf der verschiedenen Phasen verdeutlicht sich die Anpassungsfähigkeit des Förderprogramms an gesellschaftliche Veränderungen. Auf dieser aufbauend trägt es seit vielen Jahren zur aktiven Entwicklung ländlich geprägter Orte bei. Weiterhin verdeutlicht sich die thematische Wandlung der Dorfentwicklung: zum einen in den vorgegebenen Themen Dorffinnenentwicklung, Demografie und Klimaschutz und zum anderen in den Modellprojekten, die eine soziale Ausrichtung fokussieren. Hieran anschließend konkretisiert sich die Bedeutung der Partizipation der Bürger*innen und der methodischen Begleitung des Planungsprozesses durch die Planer*innen.

In der detaillierten Darstellung der niedersächsischen Dorfentwicklung veranschaulicht sich der Handlungsrahmen. Neben der Einbettung in die europäische Förderstruktur zeigt sich die ZILE-Richtlinie als rechtliche Handlungsbasis. Zentrale Akteur*innen wie die Ämter für regionale Landesentwicklung, die Kommunen, die Bürger*innen und die Planer*innen wurden herausgestellt und in den Kontext von Partizipation gesetzt. Es verdeutlicht sich die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und die Ausgestaltung dieser. In den bestehenden Modellprojekten wird diesbezüglich ein Handlungsbedarf benannt, der in dieser Arbeit unter der Betrachtung einer inhaltlichen, strategischen und methodischen Weiterentwicklung des Förderprogramms aufgegriffen wird. Aufbauend auf den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, den Ergebnissen der Evaluationen des Förderinstruments und der aufgezeigten Anpassungsfähigkeit verdeutlicht sich die notwendige Weiterentwicklung der niedersächsischen Dorfentwicklung. Thematisch umfasst diese eine Fokussierung des sozialen Miteinanders, der darauf aufbauenden selbstständigen Gestaltung durch die Bürger*innen und der gemeinsamen Verantwortungsübernahme. Hier präzisiert sich das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit, mit der zentralen Forschungsfrage, inwieweit die Dorfentwicklung einer neuen Ausrichtung diesbezüglich bedarf und wie dies ausgestaltet sein könnte.

4 Dorfentwicklung im Lichte von Entscheidungen, Gemeinschaft, Engagement und Selbstgestaltung

In der Ausgestaltung des Förderprogramms der Dorfentwicklung in Niedersachsen deutet sich die Wichtigkeit des Mitwirkens der Menschen vor Ort, die den Lebensraum gestalten, an. Übergeordnet zeigt sich generell eine Entwicklung, in der die Bürger*innen gehört werden wollen und Einfluss auf Planungen fordern (vgl. SINNING 2018, S. 219). Beteiligung kann hierbei in verschiedenen Ausprägungen verstanden werden. Hieran anknüpfend sollen unterschiedliche Partizipationsverständnisse und die von diesen abhängigen Entscheidungsprozesse (vgl. Kapitel 4.1) näher betrachtet werden, um die Partizipation in der Dorfentwicklung sowie eine mögliche Weiterentwicklung einschätzen zu können. Hierfür ist zudem das Rollenverständnis der Planer*innen ebenso wie der Bürger*innen prägend. Im Hinblick auf die Bürger*innen wird sich aus diesem Grund mit der heutigen Bedeutung von Gemeinschaft in Dörfern (vgl. Kapitel 4.2) auseinandergesetzt. Das Engagement (vgl. Kapitel 4.3) bildet hierbei die Grundlage für das gestaltende und gemeinschaftsstärkende Potenzial der Bürger*innen (vgl. Kapitel 4.5). Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen weist eine lange Tradition auf, ist heute jedoch ebenso wie die Dorfentwicklung von den gesellschaftlichen Veränderungen betroffen. Es folgt eine kritische Diskussion, was Bürger*innen leisten können und wo Grenzen bzw. staatliche Zuständigkeitsbereiche liegen (vgl. Kapitel 4.4). Die Rolle des Engagements im Rahmen der Dorfentwicklung wird herausgestellt, um darauf aufbauend die Potenziale der Bevölkerung als Gestalter*innen präzisieren zu können.

4.1 Die Bedeutung von Partizipation für Entscheidungen

Das Thema Partizipation wird in verschiedenen Fachrichtungen betrachtet und diskutiert. Die Grafik von KLÖTI und DRILLING (2014) zeigt unterschiedliche Verständnisse von Partizipation in öffentlichen Räumen aus sieben Disziplinen und ver-

deutlicht wichtige Ziele und Unterschiede (s. Abb. 12) (vgl. KLÖTI und DRILLING 2014, S. 21).

In der hier vorliegenden Dissertation steht die Perspektive der Planung in Bezug auf Partizipation im Vordergrund. Verknüpfungen zu weiteren Disziplinen lassen sich in der Praxis jedoch oftmals vorfinden – für die vorliegende Arbeit sind dies z.B. Verknüpfungen mit den Disziplinen Politik und Verwaltung, aber auch Austausch und Unterstützung können eine Rolle spielen. Das Thema der Bedeutung von Partizipation ist in der Planung hierbei nicht neu. Neben großen Planungsvorhaben gibt es heute Förderprogramme wie LEADER, „Regionen aktiv“ oder auch die Dorfentwicklung, die auf einer aktiven Einbindung der Bürger*innen aufbauen (vgl. NEU 2011, S. 96). In der hier vorliegenden Arbeit wird aus einer praxisorientierten Sicht Partizipation in Bezug auf Planungsprozesse, spezieller auf die Dorfentwicklung, verortet.

Die Bedeutung von Partizipation in der Dorfentwicklung lässt sich auf die mit ihr einhergehenden Chancen zurückführen, die vermehrt erkannt wurden. Durch das Nutzen von lokalem Wissen und den Vor-Ort-Kenntnissen der Beteiligten können neue Ideen und Lösungen entwickelt und kostengünstige Alternativen aufgezeigt werden (vgl. SENATSWERLTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN 2012, S. 59). Hier zeigt sich die Bedeutung dessen, dass Bürger*innen ihren Lebensraum selbstständig gestalten. Zusammenzuarbeiten ist, ebenso wie Entscheidungen mitzutreffen zu können, wichtig, um Konfliktpotenziale frühzeitig zu erkennen und die verschiedenen Ansprüche an die Planung zu integrieren. Dies kann sich anschließend in einer Akzeptanz der Planung und gegenseitigem Vertrauen widerspiegeln (vgl. SINNING 2018, S. 213). Gleichzeitig bestehen in einer solchen Einbindung die Chancen, Fähigkeiten zu erwerben wie die eigene Meinung zu äußern, Ideen einzubringen, andere Meinungen zu akzeptieren, Argumente auszutauschen und Kom-

Abb. 12: Sieben Partizipationsverständnisse



Quelle: Klöti und Drilling 2014, S. 21

promise zu finden (vgl. ebd.). Ebenso gehören dazu auch Rücksicht auf Minderheiten und das bessere Einschätzen von Verwaltungsstrukturen und politischen Entscheidungswegen (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2012, S. 59). In der Umsetzung der Zusammenarbeit ist entsprechend die Frage, wie partizipiert werden kann und wie entschieden wird. In der Theorie zeigt sich hier eine Unterteilung in Varianten der Entscheidungsfindung und Grade von Partizipation.

Die Begrifflichkeit von Partizipation verdeutlicht SELLE (2010) aus einer planungstheoretischen Sicht: „Partizipation heißt Teilhabe, Beteiligung, Teilnahme, Mitwirken“ (SELLE 2010, S. 357). In der Betrachtung von Partizipation in Planungsprozessen zeigt sich eine Bandbreite an Verständnissen und Umsetzungen, wobei grundlegend zwischen ei-

nem engen und einem weiter gefasstem Partizipationsbegriff unterschieden werden kann. Ersterer umfasst die Teilhabe der Öffentlichkeit an raumbezogenen Planungsprozessen in Form von Anregungen und Einwänden, eher weniger jedoch von Mitwirken und Entscheidungsfindungen (vgl. ebd.). Der weite Partizipationsbegriff umfasst hingegen die bestehende Vielfalt von Einflussnahmen auf Prozesse und eine kommunikative Gestaltung zwischen den verschiedenen Akteur*innen (vgl. ebd.). Ebenso zählen auch gesetzlich geregelte, formelle Beteiligungsangebote wie die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Möglichkeit der Stellungnahme zur Partizipation (vgl. BauGB § 3 Abs. 1 und 2).

In der Dorfentwicklung spielt der weitgefaste Partizipationsbegriff eine wichtige Rolle. Die Dorfentwicklungsplanung gehört zur informellen Planung,

die im Gegensatz zur formellen Planung keinen verbindlichen Status erreicht. Sie ist jedoch nicht als freiwillige Zusatzleistung zur formellen Planung zu betrachten, sondern als wesentliche Vorbereitung und Ergänzung dieser (vgl. PAHL-WEBER 2010, S. 227). Partizipation spielt in der informellen Planung eine große Rolle, in Form von dialogorientierten Verfahren, vielen Verhandlungen und Konsensentscheidungen, wodurch der Grad des Zusammenwirkens der Akteur*innen im Gegensatz zu anderen Planungsverfahren sehr hoch ist.

„Die Verhandlungsergebnisse entfalten keine formelle Verbindlichkeit. Vielmehr wird mit informellen Verfahren auf die Überzeugungswirkung und die Veränderung in den Köpfen der Beteiligten gesetzt.“ (PAHL-WEBER 2010, S. 228) Diese Ansätze von Pahl-Weber (2010) lassen sich auch im Prozess der Dorfentwicklung wiederfinden. Die nicht vorhandene Verbindlichkeit ist hierbei ein kritischer Punkt in der Praxis, da es dazu führen kann, dass alle Beteiligungsformate „umsonst“ waren, wenn die Entscheidungsträger*innen nicht mitziehen.

Modelle der Entscheidungsfindung

Unter Einbeziehung der aktuellen Literatur bestehen verschiedene Ansätze, wie Partizipation ausgestaltet und entsprechend auch klassifiziert werden kann (vgl. KLÖTI und DRILLING 2014; NANZ und FRITSCH 2012; SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN 2012; BISCHOFF ET AL. 2005; ARNSTEIN 1969). Der Grad der Beteiligung kann vom passiven Informieren bis hin zum aktiven Kooperieren oder der Selbstmobilisierung reichen. In der Betrachtung von Planungsprozessen und dem Grad der Beteiligung geht es um die Frage, wie letztendlich Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. Grundlegend sind zwei Modelle der Entscheidungsfindung beispielsweise nach SELLE (2011) zu unterscheiden (vgl. SELLE 2011, S. 128). Im Modell der hierarchischen Abstimmung existiert eine interne Abstimmung über ein Thema mit den Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Investor*innen, das erst nach ersten Festlegungen der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Es findet eine

Information der Bürger*innen statt, eigene Ideen können nicht eingebracht werden und über das Ob und Wie wurde schon entschieden. Spricht sich die Öffentlichkeit gegen das Projekt aus, wird es von den Verantwortlichen verteidigt und durchgesetzt oder notfalls abgebrochen. Im Modell der kooperativen Abstimmung werden die Bürger*innen hingegen von Beginn an eingebunden und die Phasen offen und transparent gestaltet. Zu Beginn des Prozesses müssen die relevanten Akteur*innen identifiziert und zu einer Zusammenarbeit bewogen werden, beispielweise durch Partizipationsmethoden (u.a. Arbeitsgruppen, Zielgruppenbeteiligung, Zukunftskonferenzen, Perspektivenwerkstatt (vgl. BISCHOFF ET AL. 2005)). Gemeinsam sollen die Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft beraten, welche Projekte umgesetzt werden sollen, um letztendlich eine Konsens- oder Mehrheitsentscheidung zu treffen (vgl. REHBERG und HOFFMANN 2014).

In der Dorferneuerung hat sich das Modell der kooperativen Abstimmung etabliert. Partizipation in der Dorferneuerung ist dabei auf verschiedenen Ebenen möglich. Zu Beginn des Prozesses stehen die Planung und Konzeption, konkret die Aufstellung des Dorferneuerungsplans, im Fokus. Im späteren Verlauf des Prozesses erfolgen teilweise Möglichkeiten der Partizipation in Bezug auf die Entscheidungsfindung von Projekten, ihre Finanzierung und Umsetzung (vgl. Kapitel 3.4.2).

Stufenmodelle der Partizipation

Ein kooperatives Planungsverständnis (vgl. Kapitel 2.3) geht davon aus, dass die Planung von Freiräumen und Entwicklungsansätzen nicht durch rein raumplanerische Gestaltung allen Ansprüchen gerecht werden kann, sondern die Beteiligung der Menschen vor Ort mit ihren „Alltagserfahrungen“ braucht (vgl. KLÖTI und DRILLING 2014, S. 33). Die einseitige Kommunikation zwischen den Expert*innen und der Bevölkerung wird heute oftmals überwunden und ein aktiver Austausch zwischen allen relevanten Akteur*innen aus Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft angestrebt, um gemeinsam die zukünftige Planung zu gestalten (vgl. ebd.). Die Frage

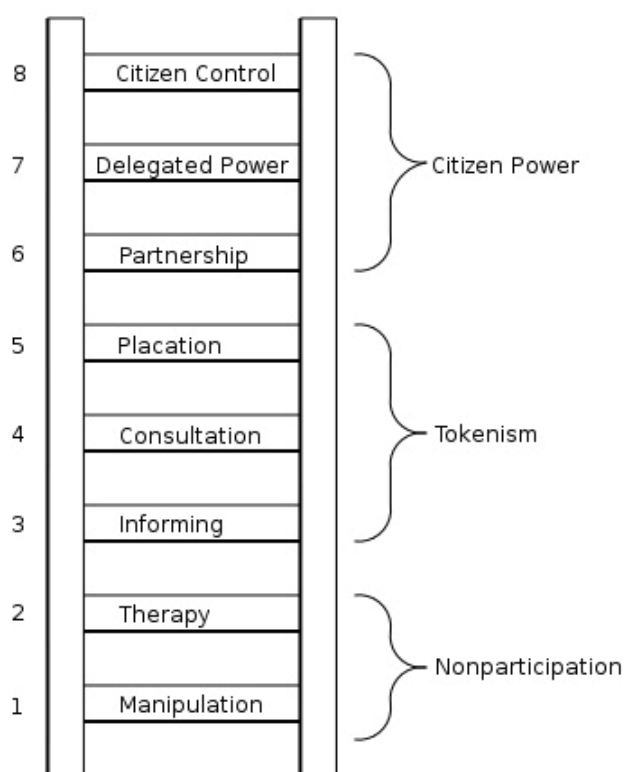
der Legitimation von Partizipationsprozessen kann schließlich unterschiedlich ausgestaltet sein. Da die Entscheidungsmacht bei den politischen Gremien liegt, werden oftmals politische Vertreter*innen in den vorherigen Austausch einbezogen, um die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zu den erarbeiteten Ergebnissen zu erhöhen. Eine andere Möglichkeit stellt das Abgeben der Entscheidungsmacht oder die Möglichkeit mitzuentcheiden dar.

Diese verschiedenen Ebenen bzw. die Tiefe der Partizipation in Planungsprozessen werden in der Literatur häufig in Form von Modellen dargestellt (vgl. Nanz und Fritsche 2012; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2012; Arnstein 1969).

Arnstein mit ihrem Modell „Ladder of Citizen Participation“ (Abb. 13) leistete einen wichtigen Beitrag zur Erarbeitung von Modellen, die die Beteiligungstiefe in Partizipationsprozessen aufzeigen.

Ausgehend von ihrer Aussage – „There is a critical difference between going through the empty ritual

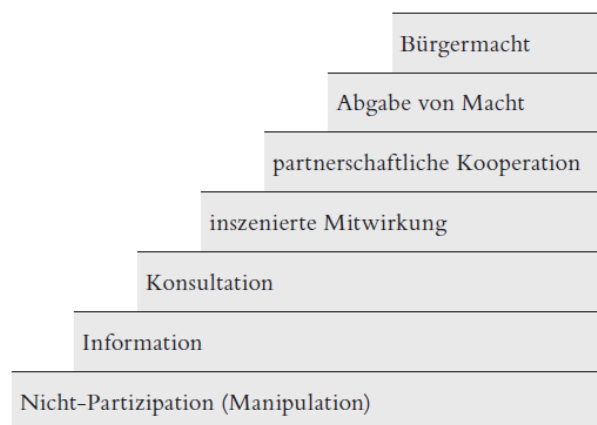
Abb. 13: Ladder of Citizen Participation



Quelle: Arnstein 1969

of participation and having the real power needed to affect the outcome of the process“ (Arnstein 1969, S. 216) – zeigt sich die Bedeutung der Qualität der stattfindenden Partizipation. Nanz und Fritsche (2012) haben Arnsteins Beteiligungsleiter aufgegriffen und modifiziert (Abb. 14).

Abb. 14: Stufen der Partizipation



Quelle: Nanz und Fritsche 2012

Sie bietet einen guten Überblick über verschiedene Partizipationsmöglichkeiten – der Schwerpunkt liegt jedoch „auf den von Verwaltung und Politik eingeräumten Beteiligungsmöglichkeiten“ (Nanz und Fritsche 2012, S. 24). In der Stufung kann grundlegend zusammengefasst werden, dass bei der Information Interessierte und Betroffene eingeladen werden, sich über ein geplantes Vorhaben zu informieren, während bei der Stufe Mitwirkung darüber hinaus Stellung zu den vorgelegten Planungen genommen werden kann. Bürger*innen erhalten die Möglichkeit, Ideen für die Umsetzung einzubringen, können jedoch nicht über Inhalte entscheiden. Bei der partnerschaftlichen Kooperation können sie hingegen bei der Entwicklung von Vorhaben mitwirken. Gemeinsam mit den Verantwortlichen können Ziele ausgehandelt und deren Ausführung und Umsetzung geplant werden. Bei der Macht durch Bürger*innen geben beispielsweise alle Anwohner*innen, Verwaltung und andere ihre Stimme ab und treffen damit eine verbindliche, gemeinsame und von vielen legitimierte Entscheidung.

Bischoff et al. (2005) verdeutlichen in ihrer Unterteilung in die drei Bereiche Informieren, Beteiligen,

Kooperieren noch einmal deutlich die Unterschiede zwischen einer Beteiligung und einer Kooperation. Während die Beteiligung „zentrale Entscheidungsprozesse an der Dritte teilhaben“ (BISCHOFF ET AL. 2005, S. 172) umfasst, sei eine Kooperation ein „Aushandlungs- und Entscheidungsprozess zwischen zahlreichen Akteuren“ (ebd.).

Auch RAU, SCHWEIZER-RIES und HILDEBRAND (2012) haben ein Modell über die Grade der Einbeziehung, die den Graden der Mitwirkung gegenübergestellt werden, etabliert (s. Abb. 15) (vgl. RAU ET AL. 2012).

Die Partizipationspyramide (Abb. 15) verdeutlicht die Grade der Einbeziehung differenziert und beachtet hierbei sowohl die formellen wie auch die informellen Mitwirkungsmöglichkeiten. Die unterschiedlichen Rollen zwischen den Beteiligten und den Beteiligten werden veranschaulicht.

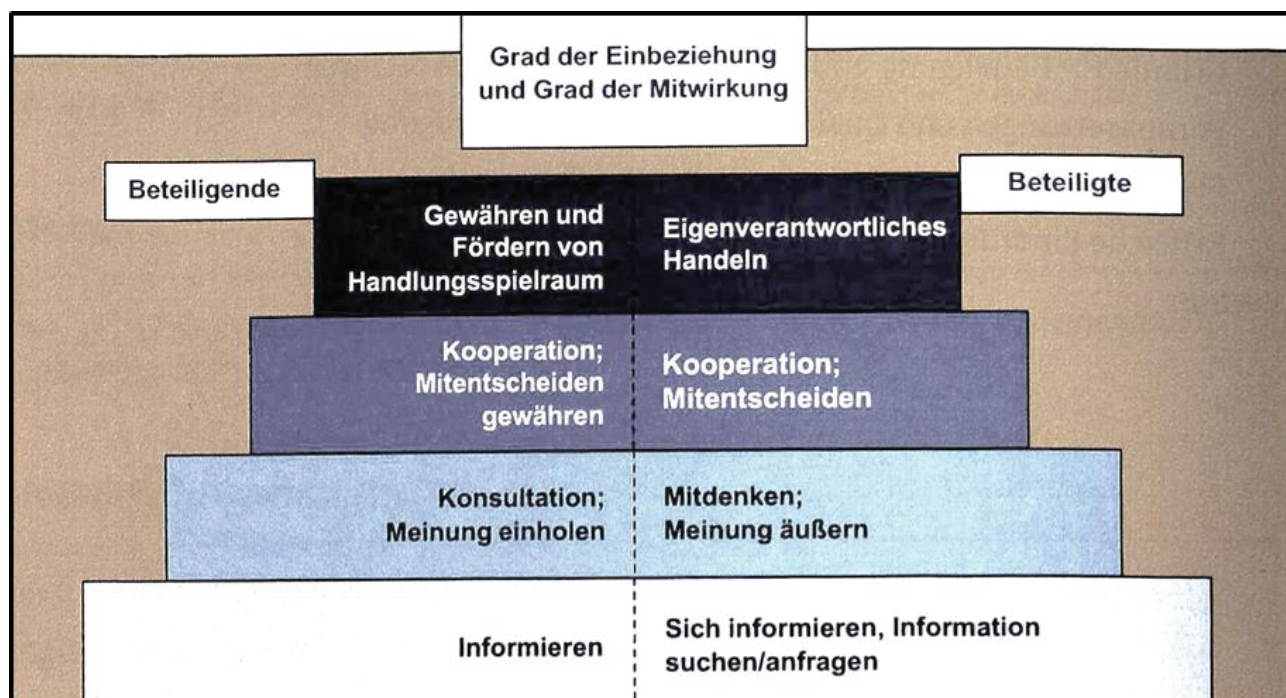
Die verschiedenen Modelle verdeutlichen die unterschiedlichen Akzente, die in der Ausgestaltung von Partizipation gesetzt werden können. In Bezug auf die Dorfentwicklung zeigt sich Partizipation in der informellen Bürger*innenbeteiligung und auf

der Ebene der Gemeinde. Kooperation spielt eine große Rolle, da die letztendliche Legitimation der Entscheidung bei den politischen Gremien verbleibt. Bisher besteht keine Einordnung der stattfindenden Partizipation in ländlichen Räumen in Bezug auf das Förderprogramm der Dorfentwicklung in Niedersachsen. Um sich einer solchen annähern zu können, wird im Folgenden ein Blick auf die Einordnung von Partizipation in der Ländlichen Entwicklung in Deutschland am Beispiel Bayerns geworfen. Dort bestehen erste Forschungen diesbezüglich.

In Bezug auf den Raum der Bundesrepublik Deutschland haben KIEHLBREI und MAGEL (2012) eine Darstellung der Beteiligung in der ländlichen Entwicklung in Bayern vorgenommen. Ihr Modell lehnt sich an die Gedanken von BISCHOFF ET AL. (2005) an und umfasst die vier Stufen: Information, Dialog, Kooperation und Verantwortungsübernahme (s. Abb. 16).

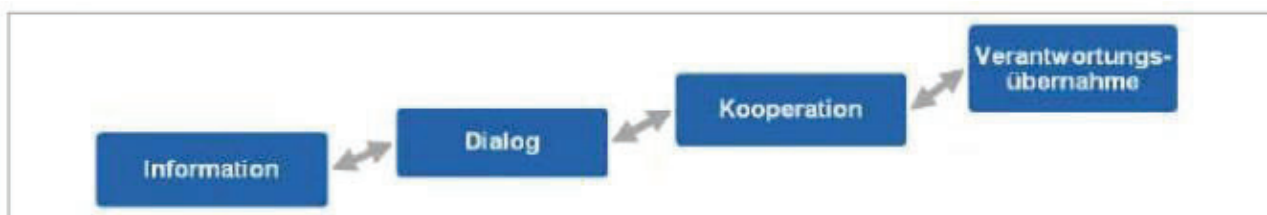
KIEHLBREI und MAGEL (2012) stellen in den Ergebnissen der Forschungsarbeit „Nachhaltige und effiziente Beteiligungs- und Prozessstrukturen in der ländlichen Entwicklung“ die Bürger*innen als Träger*innen des Prozesses und als entscheidenden

Abb. 15: Partizipationspyramide



Quelle: Rau et al. 2012, S. 181; übersetzt von Sinning 2018, S. 208

Abb. 16: Stufen des kommunalen Beteiligungsprozesses



Quelle: Kiehlbrei und Magel 2012, S. 329; in Anlehnung an Bischoff et al. 2005

des Element heraus, mit denen als gleichwertige Partner*innen zusammengearbeitet werden soll. Zudem sollen alle relevanten Akteur*innen nicht nur eingebunden werden, sondern geteilte Verantwortung übernehmen. Hierfür wird die Wichtigkeit des individuellen Nutzens von ihnen pointiert. In Konsequenz daraus sollen Beteiligungsmethoden in der bestehenden Vielfalt und Bannbreite genutzt werden. Diese sind dabei zudem nach den Zielen der Stufen Information, Dialog, Kooperation und Verantwortungsübernahme zu differenzieren (vgl. KIEHLBREI UND MAGEL 2012, S. 328).

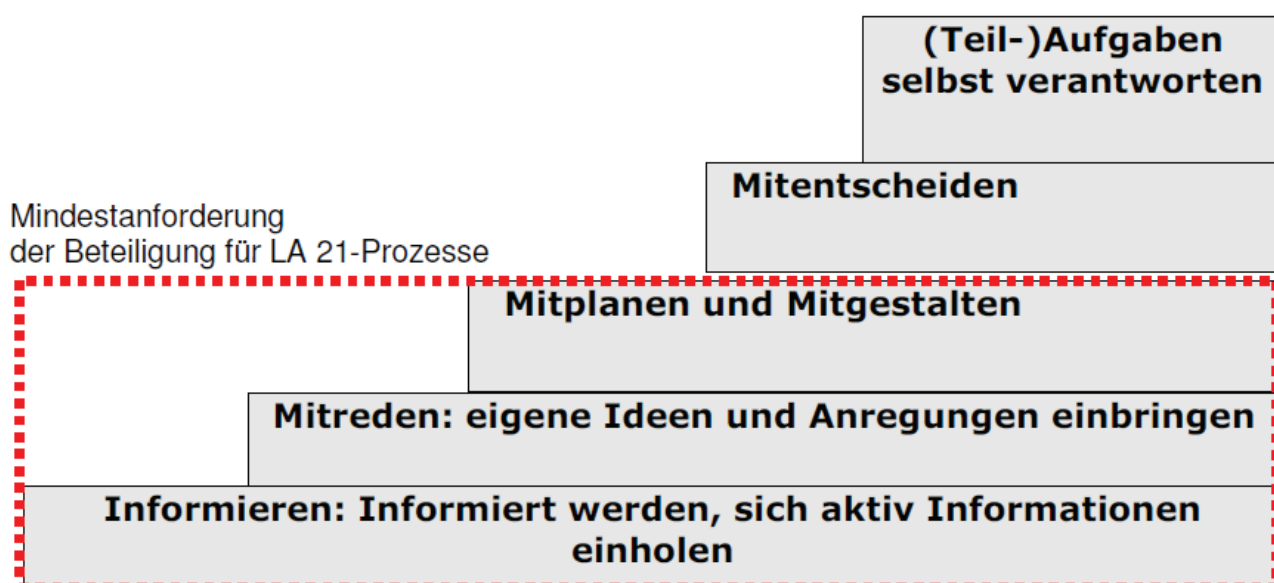
In der Betrachtung von Beteiligung und Verantwortungsübernahme in ländlichen Räumen über das Bundesland Bayern hinaus bietet sich ein Blick über die Grenze nach Österreich an. Im Förderprogramm der Dorferneuerung in Österreich findet ein fünfstufiges Modell Anwendung, welches im Zuge der Loka-

len Agenda 21 und der Nachhaltigkeitsdebatte von der EXPERT*INNENGRUPPE DEZENTRALE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN UND LA 21 (2006) entwickelt wurde. Das österreichische Dorferneuerungsprogramm weist von den Grundsätzen her große Ähnlichkeiten deutschen Programm auf.²³

In der ersten Stufe findet eine Information der Bürger*innen über Vorhaben statt, während in der zweiten Stufe, dem Mitreden, Bürger*innen ihre

²³ Anm.: Zwischen der deutschen und der österreichischen Dorferneuerung bestehen einige Unterschiede, wie die Gründung von Dorferneuerungsvereinen in Österreich, jedoch auch viele Gemeinsamkeiten, insbesondere in Bezug auf die Leitbildentwicklung und die Einbindung der Menschen vor Ort. Da die Grundgedanken und Ziele der Dorferneuerung als Instrument für die Entwicklung ländlicher Räume in beiden Ländern ähnlich sind, insbesondere hinsichtlich ihres Partizipationsansatzes, zeigt sich das österreichische Partizipationsmodell als teilweise übertragbar und interessant für die Dorfentwicklung in Niedersachsen.

Abb. 17: Die fünf Qualitätsstufen der Beteiligung



Quelle: Expert*innengruppe Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien und LA 21 2006, S. 2

Ideen einbringen und ihre Position darlegen können. In der dritten Stufe, dem Mitplanen und Mitgestalten, können darüber hinaus die Umsetzungsschritte der Planung mitgestaltet werden, während die Legitimation beispielweise vom Gemeinderat erfolgt. Anschließend bleibt die Partizipation auch während der Umsetzungsphase erhalten. In der vierten Stufe können Bürger*innen mitentscheiden. Es findet eine partnerschaftliche Entscheidungsfindung statt, die beispielsweise zeitlich und inhaltlich genau abgegrenzt ist und eine Mitentscheidung ermöglicht, oder es besteht im Vorfeld die Zusage der Entscheidungsträger*innen, ein entstehendes Ergebnis zu akzeptieren (vgl. ebd., S. 3). Die letzte Stufe würde umfassen, dass Teilaufgabe an Bürger*innen delegiert würden durch die Politik. Projekte werden eigenständig ausgearbeitet und umgesetzt, wobei eine Abstimmung mit den politischen Gremien erfolgt. Bei der Umsetzung und auch weiterführend liegt die organisatorische und finanzielle Verantwortung bei den Bürger*innen (Beispiel: selbstverwalteter Jugendtreff) (vgl. ebd.).

Aufbauend auf den dargestellten Modellen und der folgenden empirischen Ergebnisse soll im Zuge der Forschung ein Modell für die Dorfentwicklung in Niedersachsen entstehen, wie der Partizipationsprozess im Förderprogramm der Dorfentwicklung grafisch ausgestaltet ist (vgl. Kapitel 9.2).

Die Bedeutung der Planer*innen für Partizipation im Prozess

In Bezug auf das Förderprogramm der Dorfentwicklung zeigt sich die Beeinflussung des Planungsprozesses und der Ausgestaltung der Beteiligung durch die beauftragten Planer*innen. Da verschiedene

Planungsbüros die Dorfregionen in Niedersachsen betreuen, wird auch die konkrete Partizipation - aufbauend auf den Vorgaben der Richtlinie - individuell ausgestaltet. Die konkrete Umsetzung kann weiterhin durch die Abhängigkeit der Planer*innen von ihren Auftraggeber*innen (der Kommune) beeinflusst werden. Diese gestalten den Prozess durch die Beeinflussung des finanziellen und inhaltlichen Rahmens mit.

In der Dorfentwicklung spielen für die Planer*innen Planungsmethoden eine wichtige Rolle, um das Handeln der Akteur*innen zu prägen sowie einen transparenten und kommunikativen Austausch zu schaffen (vgl. FÜRST und SCHOLLES 2008a, S. 15). In der Betrachtung von Formen, Verfahren und Methoden der Beteiligung lassen sich laut SINNING (2018) drei verschiedene Ebenen unterscheiden: Beteiligungsformen, Beteiligungsmethoden und kommunikative Grundsituationen (vgl. SINNING 2018, S. 213). Grundlegend bestehen gesetzlich vorgeschriebene und formale Beteiligungsinstrumente in der Planung und der Umsetzung von Projekten, die durch Mitgestaltungs- und Beteiligungsformate ergänzt werden können. Durch diese informellen Methoden können Potenziale freigesetzt, Kompetenzen gebündelt und Ideen generiert werden (vgl. BISCHOFF ET AL. 2005). Die kommunikativen Instrumente, die in der Planung eingesetzt werden, sind weiterhin nach den oben dargestellten Graden des Mitwirkens zu unterscheiden (Information, Beteiligung, Kooperation, Entscheidung/Macht), wobei auch Überschneidungen auftreten können. In der Praxis finden oftmals Instrumente parallel oder aufeinander aufbauend Anwendung (vgl. SINNING 2018, S. 215). In Tabelle 1 sind einige partizipative Methoden, die häufig verwendet werden, aufgeführt.

Tab. 1: Partizipative Methoden der Regionalentwicklung

World-Café-Methode	Bürgerversammlungen	Open-Space- Konferenz	Akt. Befragungen
Dorfspaziergänge	Runde Tische	Zukunftswerkstatt	Partizipative Wettbewerbe
Planspiele	Fish-Bowl-Diskussion	Zukunftskonferenz	Planungszellen

Quelle: ARGE Nachhaltige Landentwicklung 2018, S. 12

In der Dorfentwicklung besteht das Ziel, dass möglichst viele Akteur*innen:

„vor dem Hintergrund der gemeinsamen Analyse der örtlichen Situation soziale Aufgaben identifizieren, sich Verantwortung für diese zuschreiben und in Abstimmung miteinander an der Erfüllung dieser Aufgaben arbeiten.“ (ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018, S. 11)

Auf dieses Ziel arbeiten die Planer*innen in der Dorfentwicklung mit Hilfe der verschiedenen partizipativen Methoden hin. Die notwendigen Bausteine sind hierbei in verschiedene Bereiche gegliedert. Zum einen sollte es laut der ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG (2018) eine Partizipation der Bürger*innen geben, konkret die Gründung von Projektteams und Einbindung von Schlüsselpersonen. Weiterhin sollte eine Kompetenz- und Wissensvermittlung stattfinden, um die Herausforderungen und Probleme analysieren und bewältigen zu können. Zum andern braucht es ein professionelles Prozess- bzw. Projektmanagement und passende Planungs- und Umsetzungsinstrumente (vgl. ebd., S. 12). BORN (2019, S.22) konkretisiert hier, dass durch partizipative Methoden, wie moderierte Diskussionsformate die Planer*innen zusammen mit den Akteur*innen vor Ort versuchen würden, Handlungsfelder zu identifizieren und eine Vision eines zukünftigen Zustandes aufbauend auf der erkannten Leistungsfähigkeit des Ortes zu entwerfen. Weiterführend sollen die partizipativen Methoden die Arbeitsgruppen zu einem selbstständigen Arbeiten anleiten, um langfristig eine Implementierung und Realisierung von Projekten (vgl. ebd.) zu schaffen. Es verdeutlicht sich noch einmal die Relevanz der Planer*innen in der Dorfentwicklung.

Einhergehend mit dem Wandel des Planungsverständnisses zu einer kooperativen und kommunikativen Planung besteht die Rolle der Planer*innen in der Dorfentwicklung in der Moderation und dem Anstoßen einer Kooperation. In der Betrachtung von Kooperationen im Rahmen des Förderprogramms der niedersächsischen Dorfentwicklung zeigen sich verschiedenen Formen der

Akteurs*innenkonstellationen. Es besteht eine übergeordnete Strategierunde oder Lenkungsgruppe in der zumeist kommunalpolitische Vertreter*innen, die Verwaltung, Bürger*innen als Vertretung der Arbeitskreise und die Planer*innen zusammen kommen. Hier werden die Ausrichtung des Dorfentwicklungsplanes und mögliche Maßnahmen besprochen. Zudem bestehen Arbeitsgemeinschaften, die themenorientiert innerhalb einer festgelegten Zeitspanne ein bestimmtes Ziel verfolgen. Beide Formen der Zusammenarbeit werden durch das Planungsbüro begleitet und unterstützt. Hierbei ist für die Planer*innen zu beachten aus welchen Gründen zusammengearbeitet wird und wie die Zusammensetzung der Akteur*innen ausgestaltet ist. Beides hat einen „wesentlichen Einfluss auf die Qualität der Zusammenarbeit“ (BORN 2017, S. 29). In der Unterstützung der Zusammenarbeit ist es insbesondere für die Planer*innen relevant zu bedenken, dass die Gefahr einer Marginalisierung besteht, da bestimmte Gruppen nicht beteiligt oder berücksichtigt werden. Dies sollte in der methodischen Ausgestaltung des Dorfentwicklungsprozesses ebenso Beachtung finden, wie ein Bewusstsein über ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der Entscheidungs- und Handlungsprozesse im Dorf. Hierbei ist nicht nur die Zusammensetzung der Akteur*innenkonstellation, sondern auch die doppelte Akteursfragmentierung zu beachten. Es zeigen sich Herausforderungen in der Prozessgestaltung durch eine Multi-Level-Governance ebenso wie durch verschiedene bestehende Interessen.

In der näheren Betrachtung der Gefahr der Marginalisierung verdeutlicht sich Einfluss der Planer*innen auf die Einbindung von spezifischen Zielgruppen. Zentral für den Prozess ist, wer vor Ort wie angesprochen wird, da sich in der Betrachtung der Gruppen, die sich oftmals beteiligen und derer, die eher nicht vertreten sind, die Grenzen von Partizipationsmöglichkeiten verdeutlichen. Die Beteiligung ist oftmals sozial selektiv, so dass Migrant*innen, Kinder/Jugendliche, Ältere und untere Einkommenschichten nicht erreicht werden und teilweise auch höher gebildete Personen aufgrund von wenig Zeit wegfallen (vgl. BISCHOFF ET AL. 2005). Planer*innen

haben die Möglichkeit, spezifische, nach Zielgruppen ausgerichtete Versuche zu unternehmen, die genannten Bewohner*innengruppen mit einzubeziehen oder dies zu unterlassen (vgl. ebd., S. 34). Grenzen von Partizipation zeigen sich hier, wenn die Ausgestaltung des Prozesses an zeitliche, personelle und finanzielle Barrieren stößt. Einhergehend mit diesen Aspekten stellt sich die Frage nach der Repräsentativität und Legitimität der erzielten Ergebnisse eines Partizipationsprozesses. Weitere Schwierigkeiten bestehen durch eine hohe Fluktuation bei den Beteiligten aufgrund der Freiwilligkeit der Veranstaltungen, oder wenn es zu einer Instrumentalisierung des Prozesses durch gut organisierte Interessengruppen kommt. Planer*innen müssen hierfür ein Bewusstsein haben und bei Bedarf entsprechend interagieren. Bei der Herausforderung für die Planer*innen, möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu erreichen, muss bedacht werden, dass nicht alle die gleichen Möglichkeiten oder auch Interessen haben, sich zu beteiligen. Im Folgenden Zitat wird dies zwar in Bezug auf Stadtentwicklung aufgegriffen, ist jedoch auch übertragbar auf ländliche Räume: „Geordnete Bürgerbeteiligungen, methodisch sauber moderiert, grenzen die Bevölkerungsgruppen aus, die sich gar nicht, ungeordnet, lautstark und/oder anarchisch äußern“ (SENATSV ERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT 2012, S. 63ff).

Auch das Thema Motivation wird durch die Planer*innen beeinflusst. Für das Förderprogramm der Dorfentwicklung bezieht sich dies auf die Aktivierung und erste Information sowie die aufrechterhaltende Motivation der Teilnehmenden über die Dauer des Prozesses. KIEHLBREI UND MAGEL (2012) stellen für die Motivation in Entwicklungsprozessen die Wichtigkeit des individuellen Nutzens heraus, der erkannt und kommuniziert werden sollte. Zudem wird der Information über den Start des Prozesses eine große Bedeutung beigemessen, da dort nicht nur die aktiven Bewohner*innen sondern auch die Inaktiven, die oftmals die große „schweigende Mehrheit“ darstellen, mit zu bedenken und bestmöglich einzubeziehen sind (vgl. KIEHLBREI UND MAGEL 2012, S. 328). In der Dorfentwicklung zeigen sich zudem

Besonderheiten ländlicher Räume, die im Partizipationsprozess von den Planer*innen bedacht werden sollten. Einerseits stehen weniger potenziell interessierte Beteiligte zur Verfügung, andererseits sind in der Dorfentwicklung zumeist alle Bürger*innen von den strukturellen und demografischen Veränderungen betroffen, wodurch möglicherweise die Bereitschaft, sich zu beteiligen und das Lebensumfeld zu verbessern, steigt.

Neben den dargestellten Themen, die besonders stark durch die Methoden und das Auftreten der Planer*innen beeinflusst werden können, stellt sich die Frage nach dem Danach, synonym für das, was passiert, wenn die Planer*innen nicht mehr da sind. Das Thema der Langfristigkeit findet immer mehr Beachtung in der Dorfentwicklung. Um einen Beteiligungsprozess zu verstetigen, sollten die Bürger*innen die Erfahrung machen, dass sie mit ihrem Engagement etwas bewirken können und ernst genommen werden. Wichtig ist, dass ihnen eine Begründung gegeben wird, ob und in welchem Maße ihre Vorschläge Eingang in die Planung gefunden haben. Je mehr Transparenz bei der Durchführung der Planung erzielt werden kann, umso akzeptierter und weniger angreifbar wird diese später sein (vgl. REHBERG UND HOFFMANN 2014, S. 230; BISCHOFF ET AL. 2005, S. 34). KIEHLBREI UND MAGEL (2012) zeigen weiterhin auf, dass die Akteur*inneneinbindung systematisch erfolgen sollte, um alle relevanten Akteur*innen einzubeziehen. Neben dem Nutzen von lokalem Wissen, um von vorhandenen Potenzialen und Erfahrungen zu profitieren, sollten bestehende Strukturen in den Prozess einbezogen werden (vgl. ebd., S. 328).

Zusammenfassung

Zusammenfassend zeugt die Entwicklung des Förderprogramms der Dorfentwicklung nicht nur von seiner Anpassungsfähigkeit, sondern auch von einer frühen Einbindung der Bevölkerung durch Partizipation. Aufbauend auf den dargestellten aktuellen Forschungen sollte dies bezüglich der zukünftigen Prozessgestaltung mitbedacht werden. In der Betrachtung der Modelle der Partizipation zeigen sich

noch Steigerungspotenziale in der Dorfentwicklung, die gehoben werden könnten.

Im Zusammenhang mit der Bedeutung von Partizipation in der Dorfentwicklung zeigen sich differenzierter auch die damit verknüpften Möglichkeiten. Das Förderprogramm der Dorfentwicklung gestaltet die Einbindung und Beteiligung der Bürger*innen und prägt hierdurch die Gestaltung des Lebensraumes in den Dörfern. Ableitend verdeutlicht sich die Notwendigkeit der partizipatorischen Weiterentwicklung auch hinsichtlich der Frage nach dem Potenzial der Selbstgestaltung durch die Bürger*innen und den hierfür vorhandenen Ermöglichungsräumen und Grenzen.

Es stellt sich für die weiterführende Forschung die Frage, wie die Dorfentwicklung in Niedersachsen bezüglich der Partizipationsumsetzung eingeordnet werden kann und welche für die Arbeit anknüpfungsfähigen Aspekte sich hinsichtlich der Etablierung einer Struktur der gemeinsamen Verantwortungsübernahme finden lassen.

4.2 Dorfgemeinschaft von gestern bis heute

Bevor die gemeinsame Gestaltung vertiefend betrachtet wird (vgl. Kapitel 4.5), soll zunächst der Frage nachgegangen werden, inwieweit heute noch von Dorfgemeinschaften gesprochen und ableitend ihr Potenzial genutzt werden kann. Den Ansätzen des gemeinsamen Gestaltens liegt die Auffassung zugrunde, dass eine gemeinsame Basis in den Dörfern besteht.

Das Leben in ländlichen Räumen wird oftmals mit einem tradierten Verständnis von Dorfgemeinschaft und Zusammenhalt assoziiert (vgl. FRANZEN ET AL. 2008, S. 11). In der Berichterstattung über Dorfgemeinschaften stehen sich die Phänomene gegenüber, dass das Landleben u.a. in Zeitschriften, Tele-novelas und Lebensmittelverpackungen idealisiert wird, während in journalistischen und teilweise auch wissenschaftlichen Publikationen oftmals ein Unverständnis für das freiwillige Leben auf dem Dorf vorherrscht, so dass Begrifflichkeiten wie Land-

flucht, Verödung und Überalterung der Dörfer verwendet werden (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, 16f). In der wissenschaftlichen Betrachtung der heutigen Dorfgemeinschaft lässt sich beides abgeschwächt wiederfinden. Die Dörfer und ihre Bewohner*innen stehen vor großen Herausforderungen einhergehend mit dem demografischen Wandel. Die Zusammensetzung der Gemeinschaft wandelt sich durch Prozesse der Abwanderung der Jugend, der steigenden Lebenserwartung, der Geburtenrückgänge und der Zuwanderung. Gleichzeitig hat die lokale Gemeinschaft oftmals noch immer eine große Relevanz vor Ort (vgl. KRAMBACH 2013, S. 9; HENKEL 2012, S. 143). Die lokale Gemeinschaft wird als Merkmal von Dörfern gesehen - begrenzt durch den meist überschaubaren Raum (vgl. KRAMBACH 2013, S. 9). Neben der räumlichen Abgrenzung wird Dörfern oftmals eine soziale Gemeinschaft, die durch Nachbarschaftsbeziehungen, Kontaktdichte und weitere räumlich überschaubare Sozialbeziehungen geprägt ist, nachgesagt (vgl. ebd.). Der Begriff der Dorfgemeinschaft wird in aktuellen Publikationen kontrovers diskutiert. Dorfgemeinschaften haben sich aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Im Folgenden wird aufgezeigt, inwieweit heute noch von Dorfgemeinschaften gesprochen werden kann unter Einbeziehung der demografischen, sozialstrukturellen und sozialräumlichen Veränderungsprozessen in ländlichen Räumen.

Wandlungsprozesse von Dörfern und ihren Gemeinschaften

Im historischen Kontext waren Dörfer von Bauerntum, gegenseitiger Abhängigkeit, sozialem Zusammenhalt und sozialer Kontrolle geprägt (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 55; TROSSBACH UND ZIMMERMANN 2006, 286ff). Mit den Prozessen der Industrialisierung und generellen Modernisierung kam es zu großen Veränderungen der jahrzehntelang bestehenden, homogenen und stabilen Sozialstrukturen (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 18). TROSSBACH UND ZIMMERMANN (2006) sprechen diesbezüglich von einem allmählichen Bedeutungsverlust der Nachbarschaftshilfe nach 1950 und dem

Bedeutungszuwachs von frei gewählten Freundschaften (vgl. TROSSBACH und ZIMMERMANN 2006, S. 256). Es kam zum Abbau sozialer und wirtschaftlicher Abhängigkeit, einhergehend mit zwischenmenschlicher Distanz und mehr Privatsphäre (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 56). Die prägenden Sozialstrukturen, wie enge soziale Netzwerke und intensive Beziehungen mit der Bereitschaft gesellschaftlicher Reziprozität und Verpflichtungen zu erfüllen, blieben auf den Dörfern oftmals trotzdem bis zum Ende der 1970er Jahre erhalten (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 18; TROSSBACH und ZIMMERMANN 2006, S. 287). Grundlegend führte die Entwicklung zudem zu einer Auflösung der Polarität zwischen Stadt und Land, so dass sich Lebensweisen und Meinungstrends annäherten, beispielsweise in Bezug auf die Anzahl der Kinder pro Kopf, den Anstieg der Singlehaushalte oder Scheidungsrate (vgl. WIESINGER und MACHOLD 2001, S. 19). Damit einhergehend verändern sich die Arbeits- und Freizeitkultur ebenso wie die Wohnbedürfnisse in ländlichen Räumen (vgl. ebd.). VOGELGESANG ET AL. (2018) sprechen davon, dass Dörfer in vielen Lebensbereichen wie Arbeit, Einkauf und Nachrichtenkonsum den spezifischen Charakter als Dorf verlieren würden (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 10). Durch die Urbanisierung verändern sich im Dorf zudem „die Formen und Bedingungen sozialer Integration und die Art der Teilnahme an öffentlichen Diskursen und Kommunikationsprozessen“ (BAUM 2014, S. 129).

RICHTER (2019) stellt heraus, dass die „Stadt- und Regionalforschung [...] von einer Nivellierung der Unterschiede“ zwischen Stadt und Land ausgehe, wodurch „eine sozialräumliche Differenzierung obsolet erscheint“ (RICHTER 2019, S. 129). RICHTER (2019) spricht weiterhin von einer „Entgrenzung dörflicher Lebenswelten“ (ebd.), sieht gleichzeitig jedoch Unterschiede in der „gesellschaftlichen Formation“ im Vergleich zu Städten (vgl. ebd.). In Bezug auf peripher gelegene Dörfer und solche in der Nähe von Speckgürteln werden hingegen die großen Unterschiede vor allem von Land- und Agrarsoziolog*innen betont (vgl. RICHTER 2019, S. 129).

Der geschichtliche Rückblick verdeutlicht die Veränderung der dörflichen Sozialstruktur und die Angleichung der Lebensumstände zwischen Städten und ländlichen Räumen (vgl. KOCH 2012, S. 27). Gleichzeitig sind Dörfer aber auch abhängiger von städtischen Zentren geworden (vgl. ebd., S. 33). Dörfer gewinnen durch ihren Landschaftsbezug, die Partizipationsdichte und die Überschaubarkeit wieder an Attraktivität. Zudem konnte durch die Motorisierung das Stadt- und Landleben kombiniert werden. Rückblickend siedelten sich neben Umsiedler*innen und Geflüchteten, auch ehemalige Städter*innen als neue Sozialgruppen in Dörfern an und trugen dazu bei, alte dörfliche Sozialformen zu revidieren (vgl. TROSSBACH und ZIMMERMANN 2006, S. 287). Dorfgemeinschaften befinden sich heute oftmals im Spannungsfeld zwischen Individualität – insbesondere auch der Zugezogenen – und dem Erhalt von Traditionen (vgl. KOCH 2012, S. 114).

Dörfer lassen sich heute durch Pluralität, Optionen und Freiheit kennzeichnen. Wichtig für die Dorfbewohner*innen ist die Freiheit, dass heute Optionen bestehen, wegzuziehen oder sich aus (fast) allem herauszuhalten – im Gegensatz zur früheren Alternativlosigkeit (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 10). Die dörfliche Sozialstruktur ist heute entsprechend nicht mehr homogen geprägt, es kommt zu Individualisierungstendenzen und einer Pluralisierung von Lebensstilen und Lebensformen und die Lebensweisen werden stadähnlicher (vgl. FRANZEN ET AL. 2008, S. 11). Das Leben von Dörfern hat sich aufgrund unterschiedlicher Ursachen stark gewandelt, so dass kein einheitliches gemeinschaftliches Dorf mehr besteht (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 109). Dies spiegelt sich in der hohen Wandermobilität wider, die dazu führt, dass sich nicht mehr alle untereinander kennen ebenso wie zur Verringerung der Begegnungsmöglichkeiten durch gruppenbezogene Segmentierungen (vgl. ebd.). Auch die große Anzahl an Berufspendler*innen führten dazu, dass die „Orientierung am dörflichen Sozialgefüge“ abnimmt, da sich der soziale Bezugskreis geografisch ausweitete (vgl. RICHTER 2019, S. 133). Gleichfalls werden die Dorfgemeinschaften durch den Niedergang bzw. die schwierige Situation der

Landwirt*innen, Kirchen, Schulen und Vereine geprägt, die ehemals wichtige Treiber darstellten (vgl. RENKER 2018, S. 18). Dem wird entgegengestellt, dass viele dörfliche Gemeinden eine gute soziale Integration aufweisen und über „eine Vielzahl von gemeinschafts- und zugehörigkeitsstiftenden Angeboten und Strukturen, die von lokalen Brauchformen über unterschiedliche Vereine bis zu kirchlichen Institutionen reichen“ (VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 16), verfügen. Ebenso wird betont, dass direkte Sozialbeziehungen der Bewohner*innen untereinander Dörfer auch heute noch prägen (vgl. KOCH 2012, S. 114). VOGT ET AL. (2015) betonen in ihrer Studie, dass Bekanntschaften und Freundschaften am Wohnort als wichtige Aspekte benannt werden, ebenso wie der gute soziale Zusammenhalt aufgezeigt wird (vgl. VOGT ET AL. 2015, S. 37). Sie sehen das Dorf dabei als einen von mehreren Teillebensräumen der Menschen vor Ort (vgl. ebd.). Auch die BBSR Studie (2011) „Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden“ stellt heraus, dass die Menschen in ländlichen Räumen eine wesentlich höhere Kontaktdichte und mehr Freundschaften am Wohnort als in den Städten aufweisen (vgl. BBSR 2011, S. 12).

Einige Autor*innen formulieren, dass die ehemals wichtigen engen zwischenmenschlichen Beziehungen, die fehlende Anonymität, die Hilfsbereitschaft und nachbarschaftliche Hilfe, die eine Funktionsfähigkeit der sozialen Gemeinschaft garantierten, heutzutage keine große Rolle mehr spielen (vgl. WIESINGER UND MACHOLD 2001, S. 19ff). Andere stellen dem entgegen, dass es trotz der großen Veränderungen in den Dörfern in mehrfacher Hinsicht gemeinschaftsprägende Tendenzen gebe und die „spezifische Intensität der sozialen Kontakte“ (KRAMBACH 2013, S. 10) nicht nur durch die räumliche Nähe, sondern auch durch Nachbarschaftlichkeit, Verwandtschaftsbeziehungen und die Kirchengemeinde weiterhin bestehe. Ebenso wird jedoch betont, dass die individuelle Grundhaltung heute oft die persönliche Selbstverwirklichung über das gemeinnützige soziale Engagement stelle (vgl. WIESINGER UND MACHOLD 2001, S. 19). Dies, einhergehend mit immer weniger Zeit, die für kollektive

Aufgaben zur Verfügung steht, wirkt sich auf das Engagement und damit auf die Gemeinschaft aus. Das soziale Leben findet oftmals außerhalb der engen Beziehungsgeflechte in Dörfern statt (vgl. ebd., S. 21) (vgl. Kapitel 4.3). Um den Zusammenhalt einer Gemeinschaft bei diesen Entwicklungen noch zu gewährleisten, kommen sozialen, kulturellen und ökonomischen Infrastruktureinrichtungen eine große Bedeutung zu (vgl. WIESINGER UND MACHOLD 2001, S. 19ff). Es müssen geeignete Räume geschaffen werden – Thiem (2009) stellt dies am Beispiel des Ortes Glasin in Mecklenburg Vorpommern heraus – , um soziale Nähe, Integration, gemeinschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen zu erhalten und zu pflegen, und so den Individualisierungstendenzen zu begegnen (vgl. THIEM 2009, S. 190ff).

In der Diskussion um diese Entwicklung kommen auch die Themen „mediale Vernetzung“ und „Globalisierung“ immer wieder zur Sprache. Es wird ein großer Einfluss dieser auf die sozialen Beziehungen in dörflichen Gemeinschaften gesehen (vgl. WIESINGER UND MACHOLD 2001, S. 19). Der THÜNEN-REPORT (2015) zeigt beispielsweise auf, dass die neuen digitalen Medien zu ambivalenten Wirkungsmöglichkeiten führen können. EVERS-WÖLK ET AL. (2015) sprechen diesbezüglich von der stärkeren Verankerung des Lebens außerhalb des Dorfes bis hin zur Intensivierung der gemeinsamen Gestaltung des Lebens vor Ort (vgl. EVERS-WÖLK ET AL. 2015, S. 111). Potenziale in der Digitalisierung werden in Hinblick auf die Kontaktaufnahme in den Vereinen und der Organisation von Aufgaben vor Ort gesehen.

Dorfgemeinschaften heute

Während einige Autor*innen an dem Begriff der Dorfgemeinschaft festhalten, obwohl gleichzeitig die Schwierigkeiten und die Komplexität mit ihm anerkannt wird (vgl. HENKEL 2012, S. 143), sehen andere in ihm eine Imagination, eine Wunschvorstellung oder einen nostalgischen Rückblick (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 109ff). Gemeinschaft wird nicht als im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung verloren gegangenen angesehen, sondern die Form von

Gemeinschaft habe sich währenddessen gewandelt. In diesem Sinne argumentieren VOGELGESANG ET AL. (2018), die heutigen dörflichen Gemeinschaften trügen den Verschiebungen und Veränderungen des sozialen Raumes Rechnung und ließen sich als Vergemeinschaftung bzw. durch das Konzept der posttraditionalen Gemeinschaft fassen (vgl. ebd., S. 108). Hiermit ist gemeint, dass ein neues vergemeinschaftendes Potenzial entsteht, das sich nicht mehr auf einer Gemeinschaftsform aufgrund ähnlicher sozialer Lage, sondern auf gemeinsamen Lebenszielen oder ästhetischen Ausdruckformen und Interessen begründet. (vgl. ebd.). Auch RICHTER (2019) betont die Veränderungsprozesse und stellt den demografischen, den sozialstrukturellen und den sozialräumlichen Wandel als prägend für Gemeinschaften in ländlichen Räumen heraus (vgl. Richter 2019, S. 129). KRAMBACHS (2013) Argumentationen schließen hier an. Er sieht gemeinschaftsprägende Tendenzen in den Dörfern aus einem bestehenden gemeinsamen Interesse heraus, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und in den begrenzten vorhandenen Existenzbedingungen begründet (vgl. KRAMBACH 2013, S. 10ff). Auch THIEM (2009) sieht den Begriff der Dorfgemeinschaft differenziert und stellt heraus, dass es verschiedene Gemeinschaften in einem Dorf geben kann, denen sich die Menschen verbunden fühlen, wie Zweckgemeinschaften, Arbeitsgemeinschaften oder auch Gemeinschaften unter Nachbar*innen (vgl. THIEM 2009, S. 190). Für sie stellt die Dorfgemeinschaft eine diesen kleineren Gemeinschaften übergeordnete Ebene dar, zu der sich viele, aber bei weitem nicht alle, zugehörig fühlen. Auch VOGELGESANG ET AL. (2018) verweisen auf eine Pluralisierung und gleichzeitige Parzellierung von dörflichen Gemeinschaftsformen, die temporär oder dauerhaft bestehen können. Dadurch würden zudem neuen Sozial- und Solidaritätsbeziehungen einerseits und eine Verringerung der Wahrnehmung der dörflichen Gemeinschaft als Ganzes bzw. als gelebte Gemeinschaft andererseits entstehen (vgl. VOGELGESANG ET AL. 2018, S. 109ff). DÜNCKMANN (2019) stellt heraus, dass Dorfgemeinschaften heute nicht mehr als etwas „Unveränderliches“ angesehen werden können, sondern sich mit den Normen und Werten ändern würden (vgl. DÜNCK-

MANN 2019, S. 149). Am Beispiel der Dörfer als politische Orte zeigt DÜNCKMANN (2019) dies anhand der Entstehung neuer politischer Netzwerke im Ort auf, die sich nicht unbedingt an bestehende Regeln und Strukturen halten würden, sondern alternative Möglichkeiten des Dorflebens und bestehende Belange verfolgen (vgl. ebd.).

Zusammenführend lässt sich festhalten, dass sich Dorfgemeinschaften stark verändert haben und heute nicht mehr von dem traditionellen Verständnis auszugehen ist. Jedes Dorf und seine Gemeinschaft sind zudem einzigartig. Es bestehen große Unterschiede in der Ausprägung der Gemeinschaften, wobei für eine bestehende Dorfgemeinschaft die Art und Ausgestaltung sozialer Prozesse wie auch bestehende Netzwerkstrukturen relevant sind (vgl. HENKEL 2012, S. 120). Dorfgemeinschaften unterscheiden sich entsprechend – je nach vorhandenen unterschiedlich starken Beziehungen zwischen den Bewohner*innen. Positiv beeinflusst werden diese Ausprägungen unter anderem durch ein vorhandenes bürgerschaftliches Engagement, viele soziale Aktivitäten, aktive Dorfvereine und vorhandene Selbstorganisation, hier gemeint als Möglichkeit für Dorfbewohner*innen, innerhalb eines Dorfes Projekte und Aufgaben lenken, gestalten und organisieren zu können (vgl. KRAMBACH 2013, S. 10) (vgl. Kapitel 4.5). Ebenso wichtig sind die individuellen Möglichkeiten einer Person, überhaupt Teilhabe an den sozialen Netzwerken und Beziehungen zu haben (vgl. WIESINGER und MACHOLD 2001, S. 8).

4.3 Bürgerschaftliches Engagement – seine Bedeutung in ländlichen Räumen

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft.“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002, S. 2) Mit Blick auf die Dörfer konkretisiert sich dies in Bezug auf die Gemeinschaften im Dorf und die Gestaltung des Lebensumfeldes. Diese Aspekte werden im Folgenden aufgegriffen und anschließend wird die Bedeutung von Engagement für das Förderprogramm der Dorfentwicklung aufgezeigt.

Im alltäglichen Sprachgebrauch lässt sich Engagement als „ein Tätigwerden von Menschen für eigene und/oder fremde Belange“ (EVERS ET AL. 2015, S. 3) verstehen. Es zeigt sich die Verwendung vielfältiger Synonyme zum bürgerschaftlichen Engagement, die zusammen das weite Feld der verschiedenen Verständnisse und Funktionen aufzeigen. Es besteht eine parallele Verwendung verschiedener Begrifflichkeiten, wie bürgerschaftlichem, ehrenamtlichem, zivilgesellschaftlichem, gemeinwohlorientiertem oder freiwilligem Engagement (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 2002, S. 32). Rückblickend zeigt sich eine Wandlung der Begrifflichkeiten vom Ehrenamt, welches beispielsweise mit „Amtlichkeit, Staatsnähe, Patrimonität und gesellschaftlichem Ansehen“ (EVERS ET AL. 2015, S. 3) verbunden wurde, hin zu einer neuen Betrachtung von Engagement, die den gesellschaftlichen Wertewandel miteinbezieht. Während in den 1990ern Engagement mit seiner Bedeutung „für die Stärkung der Demokratie, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Daseinsvorsorge insgesamt“ (ebd., S. 4) in den Fokus rückte, zeigt sich aktuell eine Pluralisierung des Engagements. Engagement findet sich schwerpunktmäßig in gesellschaftlichen Bereichen von Sport über Religion, Freizeit, Kultur, Sozialem bis hin zur Politik wieder. Bürgerschaftliches Engagement wird in Deutschland regelmäßig über den Freiwilligen Survey dargestellt, der das Ziel einer aktuellen Bestandsaufnahme verfolgt. Dort zeigt sich mit 45,5 Prozent (Stand 2014), dass sich viele in ländlichen Räumen lebenden Menschen freiwillig engagieren und auch das Engagementpotenzial noch nicht ausgeschöpft ist, da sich ebenso viele Menschen vorstellen könnten, sich zukünftig zu engagieren (vgl. SIMONSON ET AL. 2014, S. 16). Zudem besteht oftmals ein Mehrfachengagement (vgl. RÜCKERT-JOHN 2005, S. 30). Es zeigt sich jedoch eine Wandlung dahingehend, dass Engagement weniger umfänglich erbracht wird, weniger Leistungsaufgaben übernommen werden (Vereinsvorsitz etc.) und gleichzeitig die Vielfalt des Engagements steigt. Zudem verschwimmt teilweise die klare Abgrenzung zwischen unentgeltlichem Engagement und Erwerbsarbeit, während gleichzeitig das Engagement durch die Digitalisierung und Delokalisierung der Gesellschaft

ebenso wie durch die zugewanderten Menschen, die eigene Vorstellungen von Engagement einbringen, geprägt wird (vgl. EVERS ET AL. 2015, S. 4; SIMONSON ET AL. 2014, S. 18; RÜCKERT-JOHN 2005, S. 30). Engagement konstituiert sich heute nicht mehr in einem selbstlosen Handeln, sondern in einem Geben und Nehmen und in dem Wunsch nach Selbstverwirklichung, also altruistischen Motiven (vgl. BERGOLD und MÖRCHEN 2010, S. 7). Es zeigen sich zunehmend Selbstorganisation und Selbstbestimmung ebenso wie eine Verknüpfung mit professionellen Tätigkeiten in vielfältigen Bereichen.

Engagement in seinen neuen Ausprägungen, bedingt durch die gesamtgesellschaftlichen Prozesse des Wandels, wird mit den verbindenden Elementen der Identifizierung mit dem Lebensraum vor Ort und dem dortigen sozialen Miteinander ebenso wie mit dem Erhalt der Qualität der Lebensbedingungen assoziiert (vgl. WEGNER und KLIE 2018, S. 564). Dies zeigt sich auch in der Wichtigkeit von Engagement für ländliche Räume. Dort verdeutlicht sich die Breite und die Bedeutung u.a. in den Themen, wie ältere Menschen weiterhin an der Gesellschaft teilhaben können, Mobilität für alle, Erhaltung der Infrastruktur, gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen oder dem Dazugehören von Zugewanderten.

Bürgerschaftliches Engagement wird durch freiwillige Mitverantwortung im und für den öffentlichen Raum charakterisiert. Es wird hervorgehoben, dass es nicht auf materiellen Gewinn gerichtet ist und wichtige Impulse für das gesellschaftliche Miteinander setzt. Bürgerschaftliches Engagement entsteht oft gemeinschaftlich beziehungsweise kooperativ und kann zu Innovationen und Problemlösungen führen (vgl. SIMONSON ET AL. 2014, S. 28; DEUTSCHER BUNDESTAG 2002, S. 38). Weiterhin wird herausgestellt, dass durch bürgerschaftliches Engagement Vertrauen, Zuverlässigkeit und eine Verbundenheit der Gemeinschaft hervorgebracht wird (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 2002, S. 2). Diese Charakteristika von bürgerschaftlichem Engagement verdeutlichen die Bedeutung für die Entwicklung ländlicher Räume u.a. bezüglich der Gestaltung des Dorflebens. Auch in der geschichtlichen Entwicklung zeigt sich die

Wichtigkeit des Ehrenamts für Dörfer. Die lange Tradition des Ehrenamts und der Freiwilligenarbeit beruht auf ihrer Notwendigkeit, um Dienstleistungen, kulturelle Angebote oder andere Infrastrukturen ausreichend zur Verfügung zu haben. Insbesondere in Form von Vereinen wurden so wichtige Funktionen übernommen, die dörfliche Strukturen stärken (vgl. RÜCKERT-JOHN 2005, S. 25). Vereine und das damit zusammenhängende Engagement haben und hatten für Dörfer eine wichtige kulturelle und soziale Bedeutung (vgl. ebd., S. 26). Das Engagement hat sich historisch betrachtet in den Dörfern stark gewandelt, spielt in seiner heutigen neuen Ausprägung jedoch eine ebenso wichtige Rolle. Veränderungen zeigen sich beispielsweise im Vereinsleben. Dies berücksichtigt heute die Individualisierungsprozesse der Bewohner*innen und zeichnet sich durch die Spezialisierung auf bestimmte Freizeitbeschäftigungen und die unverbindliche Beteiligung aus (vgl. ebd., S. 28). Durch diese Veränderungen präsentieren Vereine heute nicht mehr die Gesamtheit der Dorfgemeinschaft, sondern nur bestimmte Ausschnitte. Das Engagement unterliegt einem Formenwandel, in dem sich auch die Motivationsaspekte verändert haben (vgl. ebd.). Die eigenen Interessen und die Vielfalt an Wahlmöglichkeiten sind heute ebenso zentral wie die Reziprozität von Geben und Nehmen (vgl. ebd.). Als wichtige Ressource von Engagement wird immer wieder die Zeit betont, die hierfür notwendig ist und damit einhergehend auch die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Familie und Engagement (vgl. KLIE ET AL. 2016, S. 15). Engagement ist anders ausgedrückt abhängig von den „Einstellungen, Motivationen, [...] Ressourcen und Restriktionen“ (MEYER UND MIGGELBRINK 2017, S. 498) der handelnden Personen.

Bürgerschaftliches Engagement stellt in ländlichen Räumen ein wichtiges Element des Zusammenlebens dar. Der aktuelle Engagementbericht über die Entwicklung des Engagements in der Bundesrepublik Deutschland präzisiert dies, indem bürgerschaftlich getragene Aktivitäten in peripheren ländlichen Regionen sogar als existenziell bezeichnet werden (vgl. KLIE ET AL. 2016, S. 40). Es wird herausgestellt, dass mit dem Wegfallen von kommerziellen Angebo-

ten und Versorgungsstrukturen die Gemeinschaft und selbstorganisierte Angebote immer wichtiger würden (vgl. ebd.). Durch bürgerschaftliches Engagement wird Sozialkapital vor Ort geschaffen und gleichzeitig finden gesellschaftliche Lernprozesse, aufbauend auf den Erfahrungen der aktiven Personen, statt (vgl. RÜCKERT-JOHN 2005, S. 29). Bürgerschaftliches Engagement führt somit nicht nur zu einem Zusammenhalt der Gemeinschaft, sondern darüber hinaus zu Wertschätzung und Teilhabe der aktiven Personen. Engagement hat bis heute eine große Bedeutung für die Gestaltung des alltäglichen Lebens und des Lebensraumes und wird in diesem Sinne als erforderlich gesehen (vgl. KRÄMER 2011, S. 6). Bürger*innen möchten sich durch ihr Engagement verwirklichen können, wodurch sich der Gestaltungswille der Bürger*innen, die ihr Anliegen selbstbestimmt in die Hand nehmen, verdeutlicht (vgl. BERGOLD UND MÖRCHEN 2010, S. 7).

In Bezug auf das Förderprogramm der Dorfentwicklung zeigt sich eine Unterscheidung des erbrachten Engagements in ländlichen Räumen hinsichtlich des Institutionalierungsgrades - anders ausgedrückt, ob eine Einbettung in Vereinsstrukturen besteht oder es außerhalb dieser stattfindet. Engagement in Strukturen von Förderprogrammen wie der Dorfentwicklung entsprechen hier einem eher projektorientierten Engagement mit einer durch den Prozess vorgegebenen oder entstehenden Struktur. Doch besteht Engagement auch ohne einen konstitutionellen Rahmen und lässt sich in Form von informellem Engagement wiederfinden. Dies findet außerhalb von Organisationen statt und umfasst beispielsweise Netzwerke aus Nachbar*innen oder Bekannten oder gelegentlichsbezogene Projektaufgaben (vgl. ALSCHER ET AL. 2009, S. 12). Im Prozess des Förderprogramms können dabei bestehende Strukturen ebenso wie informelles Engagement eingebunden werden.

Im Hinblick auf das Förderprogramm der Dorfentwicklung zeigt sich eine Verbindung zwischen dem vorhandenen bürgerschaftlichen Engagement in den Dörfern und der partizipativen Prozessgestaltung. Eine Bedeutung wird den sehr engagierten

Personen nachgesagt, die als „Zugpferde“, „Leitwölfe“ oder „Pioniere“ tätig sind (vgl. DAMM ET AL. 2017, S. 34). Sie können gegebenenfalls einen Zugang zu weiterem Engagement darstellen, in dem sie die anderen Dorfbewohner*innen motivieren. Sie können eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Projekten und den Absprachen mit kommunalen Instanzen spielen, andererseits können sie einen Prozess auch dominieren und dadurch andere Personen sowie die Vielfalt der Ideen und Meinungen hemmen. Durch den Prozess der Dorfentwicklung besteht eine neue Struktur, in der sich projekt- und prozessorientiert für den Ort und engagiert werden kann, wobei Doppelstrukturen durch die Einbindung von Vorhandenem vermieden werden sollte. Die Bereitschaft, sich für die Gestaltung des Lebensraumes vor Ort einzusetzen, ist für einen erfolgreichen Dorfentwicklungsprozess zentral.

Im zuletzt erschienenen zweiten Engagementbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wird die Begrifflichkeit des bürgerschaftlichen Engagements durch das Konzept der Vielfalt des Engagements ersetzt und im Zuge dessen inhaltlich erweitert, um alle Erscheinungsformen des Engagements in Bezug auf die gesellschaftliche Übernahme von Verantwortung zu integrieren (vgl. KLIE ET AL. 2016, S. 12). Die Vielfalt des Engagements wird hierbei im Spannungsfeld zwischen:

- Freiwilligenarbeit und Mitsprache
- Bewahrung und Innovation
- informellem und organisiertem Engagement
- Geselligkeit und Zweckorientierung
- selbstorganisiertem und professionellem Handeln
- sowie „Wir für andere“ und „Wir für uns“ diskutiert (vgl. ebd., S. 13).

Im Forschungsinteresse dieser Arbeit wird die Vielfalt des Engagements als anknüpfungsfähig gesehen. Dieses weite Begriffsverständnis ermöglicht es, die verschiedenen im Rahmen der Dorfentwicklung eingebetteten Formen des Engagements (projekt- oder prozessorientiert; als Vereinsvertreter*in

oder Privatperson etc.) durch die unterschiedlichen Akteur*innen einzubeziehen und den Fokus auf die mögliche Übernahme von Verantwortung durch Bürger*innen zu legen. Es wird jedoch herausgestellt, dass Engagement nicht als eine politische Bewältigungsstrategie für Herausforderungen ländlicher Räume verstanden werden soll, sondern fallspezifisch und lokal, als „gemeinschaftliche [...] Gestaltung von Alltag“ (SCHWARZENBERG ET AL. 2017, S. 563) betrachtet.

4.4 Kritische Diskussion über das Leistungsvermögen von bürgerschaftlichem Engagement und Staat

In der Diskussion um die Vielfalt des Engagements sowie das damit einhergehende zivilgesellschaftliche Potenzial der Bürger*innen verdeutlichen sich die Möglichkeiten der Bewohner*innen, den Lebensraum vor Ort aktiv mitzugestalten. Im gleichen Zuge bedarf es der Beachtung der Grenzen des Leistbaren durch die Bürger*innen und der Notwendigkeit der staatlichen Gewährleistung bestimmter Funktionen und Bereiche.

4.4.1 Kommunale Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben

In der Betrachtung aus der rechtlichen Perspektive zeigen sich Pflicht- und freiwillige Aufgaben der Gemeinde. „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ (GG Art. 28 Abs. 2 Satz 1) Der Art. 28 GG garantiert die Selbstverwaltung der Gemeinden in Deutschland, einhergehend mit eigenen Zuständigkeiten und Finanzen. Die Gemeinden sind auf der untersten Ebene des Verwaltungsaufbaus, nach dem Bund und den Ländern, im föderalistischen System Deutschlands angesiedelt (vgl. PÖTZSCH 2009, S. 174). Es bestehen Pflichtaufgaben, die von den Gemeinden zu erfüllen sind und durch freiwillige Aufgaben nach eigenem Ermessen und bestehender finanzieller Lage ergänzt werden können. Pflichtaufgaben unterteilen sich in Aufgaben mit Weisung, was bedeutet, dass staatliche Vorgaben

bestehen und Aufgaben ohne Weisung, bei denen die Ausführung den Gemeinden überlassen bleibt (vgl. ebd.). Diese Aufgaben können auch an private Unternehmen übertragen werden. Pflichtaufgaben mit Weisung sind beispielsweise die Auszahlung von Sozialhilfe und Wohngeld, die Bereitstellung von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz, die Durchführung von Gemeindewahlen, während Pflichtaufgaben ohne Weisung unter anderem die Müllabfuhr, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser und den Bau von Kindergärten und Schulen umfassen.

„Aufgaben, die die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde übersteigen, übernimmt der Landkreis. So unterhalten Landkreise Schulen, Krankenhäuser und Kreisstraßen. Sie sind ferner zuständig für die Müllbeseitigung und den öffentlichen Personennahverkehr.“ (PÖTZSCH 2009, S. 177)

„Kommunen haben ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, die Daseinsvorsorge sicherzustellen und ein lebenswertes Umfeld zu gestalten“ (KLAEDEN 2017, S. 13). Im Zuge der engen finanziellen Haushaltslage vieler Gemeinden werden vermehrt nur noch Pflichtaufgaben wahrgenommen und freiwillige Aufgaben hintenangestellt. Diese sind jedoch neben der Basisinfrastruktur wichtig für die Lebensqualität vor Ort. KLAEDEN (2017) bezeichnet die freiwilligen Aufgaben sogar als das „Herzstück der Kommunalpolitik“ und zeigt auf, dass bei geringen finanziellen Spielräumen gerade die Leistungen von Beratungsstellen, Jugendeinrichtungen, kulturellen Stätten wie Museen, Bibliotheken und Freizeitangeboten, wie Freibäder und Tierparks, schlecht dastehen würden (vgl. ebd.).

In der Betrachtung des Lebens in ländlichen Räumen spielt bürgerschaftliches Engagement, insbesondere bei den freiwilligen Leistungen der Gemeinde, eine wichtige Rolle. Bürger*innen wirken dabei besonders häufig in Vereinen oder gemeinwohlorientierten Einrichtungen mit, sie übernehmen in vielfältigen Formen Verantwortung für das Gemeinwesen, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und generieren Sozialkapital (vgl. JAKOB 2009, S. 3).

Durch das erbrachte Engagement können Gemeinden bei der Erbringung freiwilliger Leistungen unterstützt werden, da der kommunale Haushalt nicht so stark belastet wird.

„Die Kommunen stehen dabei vor der Herausforderung, die Motivation und Einsatzbereitschaft der Ehrenamtlichen zu bewahren, neue Zielgruppen anzusprechen und die internen Strukturen so zu gestalten, dass sie den aktuellen Aufgabenstellungen gerecht werden.“ (KLAEDEN 2017, S. 28)

4.4.2 Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements – eine kritische Reflexion

In Folge der verstärkten Auseinandersetzung mit der Thematik der Unterstützung der Gemeinden durch die Bürger*innen hat das bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit von Seiten des Staates bekommen (vgl. NEU 2011, S. 96; JAKOB 2009; ROHLAND 2005). Im Zuge der Diskussionen um den strukturellen und gesellschaftlichen Wandel in ländlichen Räumen stellen MEYER und MIGGELBRINK (2017) heraus, dass „die Entdeckung einer breiten Palette von Formen des Engagements Einzelner [...] für eine Gemeinschaft“ (MEYER und MIGGELBRINK 2017, S. 497) in Bezug auf Leistungen, die durch den Staat und den Markt nicht mehr in ihrer vollen Funktion erbracht werden können, immer mehr in den Fokus rückt. Sie bezeichnen das Engagement hieran anschließend als „Substitut“ (ebd.) und stellen die Themen Daseinsvorsorge und den „alltäglichen Lebensvollzug von Menschen“ (ebd.) in den Mittelpunkt der Diskussion darüber, was Engagement dahingehend leisten kann. MEYER und MIGGELBRINK (2017) betonen, dass Engagement aus regionalpolitischer Perspektive teilweise zur Aufrechterhaltung staatlich gestützter Dienstleistungen beiträgt, z.B. beim Thema ÖPNV zur Erhaltung der Daseinsvorsorge (vgl. ebd.). Durch die Förderung von Engagement erhoffen sich die Kommunen beispielsweise eine finanzielle Entlastung, durch die Übernahme von Aufgaben durch die Bürger*innen und gleichzeitig auch mehr direktdemokratische Beteiligung, um die Politik vor Ort zu

legitimieren und die Wahlbeteiligung und das Interesse zu erhöhen (vgl. JAKOV 2009, S. 4). Die erfolgte größere Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements werden jedoch gleichzeitig von einigen Autor*innen kritisch gesehen.

NEU (2011) betont den Eigennutzen aus Perspektive der staatlichen Ebene bezüglich eines neuen Miteinanders von Staat, Markt und Bürger*innen, der zu finden versucht wird (vgl. NEU 2011, S. 96). Auch JAKOV (2009) blickt skeptisch auf die enorme gesellschaftliche und politische Bedeutung, die dem bürgerschaftlichen Engagement, im Zusammenhang mit der Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme wie der Versorgung und Pflege älterer Menschen im Zuge des demografischen Wandels zugesprochen wird. JAKOV (2009) befürchtet, dass Bürger*innen zum reinen „Lückenbüßer“ für Dinge, die die Kommune nicht mehr alleine leisten kann, werden könnten (vgl. JAKOV 2009, S. 6). GLÜCK (2008) stellt heraus, dass Engagement nicht als ökonomische Größe betrachtet und nicht als Ersatz für staatliches Handeln gesehen werden darf, sondern als Kernelement eines lebendigen Gemeinwesens (vgl. GLÜCK 2008, S. 89).

„Nirgendwo sind sich Bürger und Politik so nahe wie auf der kommunalen Ebene, in der eigenen Gemeinde, der Stadt und dem Landkreis. Dies ist der unmittelbare Lebensraum der Menschen, hier entscheidet und konkretisiert sich ihre Lebensqualität.“ (GLÜCK 2008, S. 89)

Umso wichtiger zeigt sich die Thematisierung, was an Engagement von den Bewohner*innen in Bezug auf die Gestaltung ihres Lebensraumes vor Ort erbracht werden kann und wo sich Grenzen manifestieren.

Neben diesen kritischen Aspekten wird ein Nehmen und Geben verstärkt thematisiert – mehr Engagement von Seiten der Bürger*innen muss auch zu einer höheren Mitsprache führen. NEU (2011) stellt heraus, dass ein stärkeres Mitentscheiden der Bürger*innen etabliert werden müsse (vgl. NEU

2011, S. 96). „Mitwirken darf sich nicht alleine auf das „Abnicken“ bereits bestehender Planungen beschränken, sondern muss verantwortungsvoll Entscheidungs- und Umsetzungsmöglichkeiten in die Hände der Bürger übergeben.“ (NEU 2011, S. 106) Auch JAKOV (2009) sieht den Aspekt der politischen Beteiligung in Form von Mitsprache und Mitwirken oftmals nicht ausreichend erfüllt (vgl. JAKOV 2009, S. 6). ROHLAND (2005) stellt heraus, dass Bürger*innen bereit sind, Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen, als Gegenleistung jedoch mehr Einfluss bei der Entscheidungsfindung fordern. Es sei hier Aufgabe der Politik und Verwaltung, ausreichende Partizipation zu ermöglichen und Transparenz zu schaffen (vgl. ROHLAND 2005, S. 286). Dies verdeutlicht die Bedeutung, die Engagement heutzutage zugeschrieben wird. Im Rahmen dieser Dissertation wird Engagement in Bezug auf die gelebte Praxis in Dörfern und dem Umgang mit Herausforderungen betrachtet.

SCHWARZENBERG ET AL. (2017) untersuchten diesbezüglich u.a. „die soziale Aushandlung von Verantwortlichkeiten zwischen kommunal-hauptamtlichen und ehrenamtlichen Akteuren“ (SCHWARZENBERG ET AL. 2017, S. 563). Sie differenzieren auf der Grundlage ihrer empirischen Forschung zwischen den Dimensionen der „gesellschaftspolitischen Anspruchsartikulation“ und der Dimension „alltäglicher Praxis“ (ebd., S. 564). Sie stellen heraus, dass „abstrahierte gesellschaftspolitische Anspruchsartikulationen“ keine große Rolle für das Engagement der Menschen in Dörfern spielen, sondern individuelle Beweggründe und Ziele, wie: etwas bewahren oder dem Gemeinschaftssinn dienen zu wollen (vgl. ebd., S. 572 / 574). Demzufolge wird Engagement von den Menschen vor Ort nicht als Strategie verstanden, um den Herausforderungen zu begegnen, sondern es findet eher eine Selbstresponsibilisierung statt (vgl. ebd., S. 575). Verantwortungsverlagerungen von ehemals kommunal unterstützten Aufgaben zu ehrenamtlichen Tätigkeiten (oftmals durch Vereine übernommen) werden in ihrer Forschung als fallspezifische, „wenig konkretisierte“ Aushandlungen wahrgenommen, die hingenommen und wenig problematisiert werden (vgl. ebd., S. 572).

Eine schleichende Ausdehnung von Engagement wird in den Fallbeispielen unhinterfragt hingenommen. Vereine organisieren mehr gemeinschaftliche Aktionen, wobei die Aushandlung zwischen ehrenamtlichen und kommunalen Aufgaben anlassbezogen ausgehandelt wird (vgl. ebd., S. 570). Es wird herausgestellt, dass primär das freiwillige, intrinsisch motivierte Handeln im Vordergrund steht und erst sekundär die strukturellen Lücken und Probleme verortet werden, die eher „die Rahmenbedingungen schaffen, dass eben solche Verantwortungsverlagerungen als alternativlos verhandelt werden“ (ebd., S. 571).

Diese empirischen Ergebnisse verdeutlichen die Bedeutung von Engagement in ländlichen Räumen, zeigen gleichzeitig jedoch die Grenzen auf, einen gesellschaftspolitischen Anspruch an ehrenamtliche Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen zu formulieren. Einblicke in die Forschung zeigen, dass Bürger*innen im Rahmen einer alltäglichen Praxis Engagement erbringen und Verantwortung aufgrund einer intrinsischen Motivation übernommen wird. Die Ergebnisse verdeutlichen zudem, dass zum einen bei der bestehenden lokalen Verantwortungsübernahme die Komplexität bestimmter Aufgaben oder eine mögliche Überforderung mehr Beachtung finden müsste, und zum anderen sollte bei noch folgender Verantwortungsübernahme Engagement nicht als eine Bewältigungsstrategie für Herausforderungen ländlicher Räume verstanden, sondern fallspezifisch betrachtet und als „gemeinschaftlichen Gestaltung von Alltag“ (ebd., S. 563) gehandhabt werden.

In der Praxis zeigt sich, dass die knappen finanziellen Mittel bei vielen Gemeinden dazu führen, dass bestimmte Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden. Welche Elemente einer Grundversorgung weiterhin bereitgestellt werden müssen, ist laut KERSTEN ET AL. (2015) eine gesellschaftliche Aufgabe ohne eine einfache Lösung, die diskutiert werden muss (vgl. KERSTEN ET AL. 2015, S. 15). Doch unabhängig davon, wie die Antwort auf diese Frage ausfallen mag, zeigt sich in den Dörfern, dass in Bereichen, aus denen der Staat sich zurück zieht – sei es

der Nahverkehr, die geschlossene Schule oder der Lebensmittelladen – Bürger*innen (aus der Not heraus) an innovativen Alternativen arbeiten.

Gleichzeitig ist bei vielen Menschen in ländlichen Räumen der Grundgedanke verankert, dass der Staat sich um die Daseinsvorsorge kümmert und die Versorgung auch zukünftig aufrechterhalten wird. Aufbauend auf den empirischen Forschungen in Galenbeck²⁴ stellt NEU (2011) heraus, dass dies einer staatlichen Forderung nach lokaler Verantwortungsübernahme oder mehr Engagement durch Bürger*innen entgegenstehe und zu einem Unverständnis in der Bevölkerung führe (vgl. NEU 2011, S. 105). Insbesondere für die Mittelschicht sei dies schwer vermittelbar, aufgrund von sozialen Abstiegsängsten einerseits und Zeitmangel aufgrund langer Arbeitstage und dem Pendeln andererseits, so dass hier wenig Engagement zu erwarten sei (ebd.). Dies wird unter anderem durch die Studie in Galenbeck (2009) an der Bereitschaft, sich in ein Dorfladenprojekt einzubringen, festgemacht. NEU (2011) weist letztendlich darauf hin, dass Forderungen und Hoffnungen „realistisch“ bleiben sollten (vgl. ebd., S.106).

In der Betrachtung des rechtlichen Rahmens zeigt sich, dass einige Bereiche, wie die Pflichtaufgaben, von der Gemeinde übernommen werden müssen, bei anderen Bereichen, wie den freiwilligen Aufgaben, ist dies nicht so eindeutig. Zu sehen ist hier, dass vielfältig schon Projekte und auch langfristige Aufgaben (wie Dorfläden, Bürgerbusse, Cafés, Jugendtreffs etc.) durch Engagement und Vereine übernommen werden, die dazu beitragen, die Qualität der Lebensverhältnisse vor Ort zu erhalten. Bei großen personellen, finanziellen oder materiellen Bedarfen für Aufgaben zeigen sich jedoch schnell Grenzen, die auch eingehalten werden sollten, um Frust, Überforderung und Überlastung bei den Engagierten zu vermeiden. Bürgerschaftliches Engagement kann ebenso wie Verantwortungsübernahme für Aufgaben nicht von außen erzwungen werden, sondern beruht auf einer freiwilligen Basis. Es ist jedoch mög-

²⁴ Anm.: Galenbeck liegt in Mecklenburg-Vorpommern

lich, passende Rahmenbedingungen zu schaffen, um solche Prozesse anzuregen und umzusetzen (vgl. JAKOB 2009, S. 3). Ein neues Aufgabenverständnis für Bürger*innen kann entsprechend durchaus zweckerfüllend sein, die Verantwortung für die tatsächliche Erledigung der entsprechenden Aufgaben sollte jedoch bei der Gemeinde verbleiben. Diese kann dabei durchaus die Rolle einer Vermittlerin oder Moderatorin einnehmen (vgl. JAKOB 2009, S. 25).

Für das Förderprogramm Dorfentwicklung bedeutet dies, sich mit den neuen Denkweisen und den damit einhergehenden Bedeutungen auseinander zu setzen. Planer*innen können den Bürger*innen vermitteln, dass nicht jedes Dorf alle infrastrukturellen Einrichtungen haben kann, sondern alternativ über gemeinsame Nutzungen mit Nachbardörfern nachgedacht werden soll. Ebenso bedeutet dies aber auch, sich mit den tatsächlichen Bedarfen vor Ort und mit der Frage, was möglicherweise durch das praktische bürgerschaftliche Engagement der Dorfgemeinschaft selbst erbracht werden könnte und welche Unterstützung hierfür notwendig wäre, auseinanderzusetzen. Bezüglich der Grundversorgung besteht gleichzeitig jedoch ein gewisser beständiger Rahmen durch die rechtlichen Pflichten der Gemeinden.

Ausgehend von den dargestellten Erkenntnissen deutet sich auch für die Dorfentwicklung an, dass lokale Verantwortungsübernahme nicht als gesellschaftspolitischer Anspruch formuliert werden sollte, sondern fallspezifisch auf den Gegebenheiten vor Ort aufzubauen ist. Neben der Fokussierung auf die Möglichkeiten einer bottom-up entstehenden Bereitschaft der Bürger*innen, Verantwortung für die gemeinschaftliche Gestaltung des Lebensraumes zu übernehmen, bedürfen die konkreten Aufgaben oder Bereiche hinsichtlich ihrer Komplexität und der damit einhergehenden Überforderung einer starken Berücksichtigung. Damit einher lässt sich ableiten, dass Verantwortungsübernahme der Bürger*innen nicht als Bewältigungsstrategie für die bestehenden Herausforderungen, sondern als projektorientierte Unterstützungsmöglichkeit eine nähere Betrachtung finden sollte.

4.5 Die Selbstgestaltung des dörflichen Lebensraumes

In der Ausprägung des Engagements in ländlichen Räumen (Kapitel 4.3), der auch heute noch bestehenden Bedeutung von Gemeinschaft dort (Kapitel 4.2) und der partizipativen Entwicklung des Förderprogramms Dorfentwicklung (Kapitel 3.4) verdeutlicht sich die Bedeutsamkeit der Bürger*innen und ihrem Gestaltungsinteresse für den Lebensraum, der im Folgenden näher betrachtet werden soll. KRAMBACH (2013) spricht in diesem Zusammenhang von der „zivilgesellschaftlichen Kraft“ des Dorfes und fordert eine Unterstützung und stärkere Wahrnehmung dieser (vgl. KRAMBACH 2013, S. 11). Mit Blick auf den strukturellen Wandel in ländlichen Räumen scheint das zielgerichtete gemeinsame Agieren der Bürger*innen und das soziale Miteinander wichtig, um die Lebensqualität zu erhalten und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Dies zeigt sich beispielsweise in der Pilotstudie „WohnLokal“ (vgl. WOLTER und KAISER 2018), in der u.a. gemeinsame Aktivitäten und erbrachte Eigenleistungen als Gelingensfaktoren identifiziert wurden, die die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls unterstützen. Zur Thematik des Mehrgenerationenwohnens wurde in Form von Positivbeispielen die Offenheit allen Generationen gegenüber als ebenso zentral herausgearbeitet wie die Nutzung bestehender Netzwerke und die Einbindung vorhandener Kompetenzen (vgl. ebd.). Auch HARTEISEN und EIGNER-THIEL (2016) stellen in ihren Forschungserkenntnissen heraus, dass die Bewohner*innen aktives Mitgestalten als gute Möglichkeit sehen, zur Lebensqualität vor Ort beizutragen (vgl. HARTEISEN und EIGNER-THIEL 2016, S. 12). Zudem stellt dies eine Basis für ein gemeinsames Gestalten im Dorf dar (vgl. ebd.). In Bezug auf das Förderinstrument Dorfentwicklung wird die Bedeutung der Dorfgemeinschaft auch in aktuellen Forschungen immer wieder hervorgehoben (vgl. EIGNER-THIEL und MAUTZ 2017; KARWEIK 2016; MAGEL ET AL. 2009). Zum Beispiel wird die Relevanz von Sozialkapital und die Notwendigkeit, die Bürger*innen gleichwertig in den Prozess der Dorfentwicklungsplanung mit einzubeziehen und ein

eigenverantwortliches Handeln zu fördern, herausgestellt (vgl. MAGEL ET AL. 2009, S. 62).

Das Bestehen von einem gemeinsamen Gestaltungswillen /-potenzial aufgrund gleicher Interessen ist für die ländlichen Räume zentral, um das vorhandene Sozialkapital zu erschließen und zu nutzen. Die Zukunftsfähigkeit der Dörfer hängt von den Menschen und der „zivilgesellschaftlichen Kraft“ des jeweiligen Dorfes ab (vgl. KRAMBACH 2013, S. 15). Sozialkapital ist eine zentrale Ressource der Gesellschaft und wird immer wieder als gesellschaftliche Bindekraft herausgestellt, deren Relevanz sich insbesondere in Bezug auf den bestehenden Trend der Individualisierung zeigt. Sozialkapital spielt eine wichtige Rolle in Hinblick auf das Thema Vertrauen und ein besseres gemeinsames Handeln und Kooperieren in Netzwerken, um die Zukunft des Dorfes erfolgreich gemeinsam zu gestalten. Die Verfügbarkeit von Sozialkapital impliziert zudem eine gesteigerte Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Dörfern (vgl. DRILLING und SCHNUR 2012, S. 19). Folglich zeigt sich, dass Dorfgemeinschaft auch heute noch ein wichtiger Faktor bei der Gestaltung ist, wobei sie in ihrer neuen Ausprägung und Vielfältigkeit wahrgenommen und entsprechend geeignet einbezogen werden muss.

Unter der Berücksichtigung der empirischen Forschungen von KRAMBACH²⁵ (2013) zeigt sich, dass Dorfgemeinschaften durch bürgerschaftliches Engagement zur Verbesserung der dörflichen Lebensverhältnisse beitragen können und im Zuge eines Förderprozesses in der Lage sind, immaterielle und materielle Werte zu schaffen, die die ursprünglich eingesetzten Fördermittel bei weitem übersteigen (vgl. KRAMBACH 2013, S. 5). KRAMBACH (2007) geht von der Annahme aus, dass alle Grundelemente – eine ausgewogene Wohnbevölkerung, die lokale Infrastruktur, die Dorfökonomie, die lokale Identität, das dörfliche Gemeinschaftsleben – gestaltet

²⁵ Anm.: Krambach ist bekannt für seine Versuche, auch in Deutschland eine Dorfbewegung anzustoßen und herauszustellen, wie durch bürgerschaftliches Engagement die dörflichen Lebensverhältnisse selbstgestaltet werden können, durch die entstehende Organisation der eigenen Kräfte des Dorfes.

werden können. Er unterscheidet jedoch gleichzeitig in harte und weiche Faktoren und die damit einhergehenden unterschiedlichen Möglichkeiten der Beeinflussung. Hierauf aufbauend sieht er die Bandbreite des Handlungsspielraums von Bürger*innen, die dörflichen Lebensverhältnisse zukunftsfähig zu gestalten. Weiterführend differenziert KRAMBACH (2007) nach den regionalen Gegebenheiten, wie der sozialen und demografischen Struktur, der Wirtschafts- und Infrastruktur und der „Reproduktion der Dorfgemeinschaft“ (ebd., S.15), die die „Lebendigkeit und Zukunftsfähigkeit“ (ebd., S.19) eines Dorfes prägen würden. Schließlich stellt KRAMBACH (2007) die Chance für Dorfgemeinschaften heraus, die Entwicklungen im Dorf durch bürgerschaftliches Engagement, konkreter: materielle Eigenleistungen oder soziale und kultureller Aktivitäten, selbst zu gestalten (vgl. KRAMBACH 2007, S. 19). Krambach (2013) expliziert hierzu die besondere Bedeutung und das bestehende Potenzial der Selbstorganisation in den Dörfern. Hierzu zählt er die **Selbstbestimmung**, als Möglichkeit, über die Geschicke des Dorfes zu bestimmen, Pläne zu entwerfen und Ideen zu diskutieren, und die **Selbstgestaltung** als Umsetzung von etwas aus eigener Kraft, durch freiwilliges gestaltendes Engagement. Ergänzt wird dies durch die eigene **lokale Organisation**, in der Bürger*innen die lokalen Akteur*innen zusammenbringen und koordinieren (vgl. Krambach 2013, S. 46). Die zukünftige Entwicklung des Dorfes als Dorfgemeinschaft eigenständig in die Hand zu nehmen, bedarf teilweise anfangs einer Unterstützung oder eines Anstoßes von außen, wie beispielsweise dem Aufstellen von Entwicklungsstrategien für die Region (vgl. ebd., S. 5). Gleichzeitig betont KRAMBACH (2013) die Wichtigkeit von bottom-up Strukturen, die im Prozess der Selbstorganisation entstehen sollten (vgl. ebd., S. 54ff). Hierfür braucht es seiner Ansicht nach, einen Staat, der es zulässt, dass die Bürger*innen Aufgaben übernehmen und der Freiräume schafft (vgl. ebd.). Gleichzeitig brauche es für die Etablierung von Selbstorganisation Menschen vor Ort als Initiator*innen – da dies nicht durch externe Personen dauerhaft ersetzt werden könne – ebenso wie potenzielle Teilnehmer*innen (vgl. ebd., S. 62). Krambach stellt zudem heraus, dass die

Ausgestaltung der Dorfgemeinschaft zentral für die Freisetzung des zivilgesellschaftlichen Potenzials zur Selbstgestaltung des dörflichen Lebensraumes ist. In diesem Sinne ist eine Stärkung der Gemeinschaft wichtig, die laut KRAMBACH (2007) durch ein verstärktes Miteinander der Generationen, durch Aktivitätsformen für Jugend und ältere Menschen sowie gemeinsame Aktionen zur Dorfentwicklung und eigenständige Organisation erreicht werden könnte (vgl. ebd., S. 15).

Die „zivilgesellschaftliche Kraft“ (KRAMBACH 2013, S. 11) und die Selbstorganisation von Dörfern (vgl. ebd., S. 46ff) stellen endogene Potenziale dar, welche sich unter anderem auch in der Mitverantwortung der Bewohner*innen zur Erhaltung der Lebensqualität vor Ort zeigen (vgl. HARTEISEN und EIGNER-THIEL 2016, S. 12). HARTEISEN und EIGNER-THIEL (2016) betonen in diesem Zusammenhang, dass das zivilgesellschaftliche Potenzial einer stärkeren Beachtung in der Dorfentwicklung bedarf (vgl. ebd.). Um das zivilgesellschaftliche Potenzial der Dorfgemeinschaft zur gemeinsamen Gestaltung verstärkt in das Förderprogramm Dorfentwicklung einzubinden, ist die Ausgestaltung der Partizipation ausschlaggebend (vgl. Kapitel 4.1). KARWEIK (2016) spricht in diesem Zusammenhang von einem sich wandelnden Verständnis auf Seiten der Planer*innen und der Politik bezüglich der Fähigkeiten und der Bedeutung der Bürger*innen. Es wird eine Entwicklung angestoßen, die Menschen vor Ort nicht als zu beteiligende Personen, sondern als Partner*innen wahrzunehmen (vgl. KARWEIK 2016).

In empirischen Forschungen zeigen sich die Fähigkeiten zur Selbstbestimmung als bedeutsam für die Bürger*innen in ländlichen Räumen (vgl. STEINFÜHRER 2015; KRAMBACH 2013; MAGEL ET AL. 2009). STEINFÜHRER (2015) spricht diesbezüglich von einer Selbstresponsibilisierung. Diese ist für sie ein Prozess, in dem es um die steigende Bereitschaft der Dorfbewohner*innen geht, selbstbestimmt Verantwortung für die Dorfentwicklung (z.B. bestimmte Felder der Daseinsvorsorge) zu übernehmen. Die Aktivierung der Bürger*innen erfolgt hierbei nicht top-down initiiert, sondern aus einem Eigeninter-

esse heraus, die Lebensqualität zu erhalten und die bestehende Situation des Dorfes zu verbessern (vgl. STEINFÜHRER 2015, S. 14). Für die Dorfentwicklung und die Ausgestaltung der dortigen Partizipationsprozesse zeigen sich durch Selbstresponsibilisierung neue Potenziale hinsichtlich Motivation und Aktivierung der Bürger*innen, einhergehend mit zu schaffenden Möglichkeitsräumen. Auch für die Verstetigung von Strukturen bietet der Ansatz eine Perspektive.

Zudem stellt Empowerment eine Möglichkeit dar, das endogene Potenzial der dörflichen Selbstgestaltung durch die Bürger*innen vor Ort anzuregen und zu etablieren. Das Konzept Empowerment (u.a. vgl. HERRIGER 2014; LENZ und STARK 2002) umfasst die Fähigkeit, die bestehenden Interessen „selbstbestimmt und eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen und zu gestalten“ (HILL 2008, S. 17). Durch Empowerment sollen die Handlungs- und Möglichkeitsspielräume erweitert sowie die Fähigkeiten zur Selbstbestimmung und die eigenen Stärken entdeckt und genutzt werden. Empowerment findet auf der Ebene der Individuen in Form von Stärkung des Selbstbewusstseins, Kommunikation und auf der sozialen Gruppen- oder Netzwerkebene in Form von gegenseitiger Unterstützung statt. Die gestalterischen Aspekte und das aktive Handeln der Menschen stehen hierbei im Vordergrund. Gleichzeitig wird das traditionelle Verhältnis aller beteiligten Personen dahingehend in Frage gestellt, dass es um Kooperation und das gemeinsame Finden von Lösungswegen und weniger um die Lösungsvorschläge der externen Expert*innen geht (vgl. LENZ 2009, S. 342).²⁶ Empowerment zeigt sich in einigen Dörfern in der Umsetzung innovativer endogener Projekte und der erfolgreichen Zusammenarbeit der Menschen vor Ort. Methodisch steht die Ressourcenaktivierung im Vordergrund. Für diese sind die veränderten Bedarfe, die vorhandenen Ressourcen und das sensible Miteinbeziehen der Interessen zentral.

²⁶ Anm.: Der Ansatz des Empowerment kommt aus der Psychologie und den Gesundheitswissenschaften bzw. auch aus der Entwicklungstheorie, lässt sich als Ansatz aber auch auf die Selbstgestaltung in Dörfern übertragen und mit Partizipation verknüpfen.

In der Betrachtung der Selbstgestaltung der dörflichen Lebensverhältnisse spielen die Ansätze der Selbstresponsibilisierung und des Empowerments ebenso wie die Selbstorganisation in den Dörfern eine wichtige Rolle. Sie zeigen zudem auf, dass Bürger*innen eine Mitverantwortung für die Gestaltung und Qualität des Lebensraumes übernehmen können bzw. dort ein noch teilweise ungenutztes Potenzial besteht, welches verstärkt gehoben werden könnte.

4.6 Zwischenfazit

Aufbauend auf den Darstellungen der Partizipationsmodelle und -möglichkeiten sowie deren Bedeutung für Entscheidungsprozesse wird dies nun in den Kontext der Dorfentwicklung gesetzt. Die Diskurse der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für ländliche Räume und der Gemeinschaft werden in den Zusammenhang mit den Handlungsmöglichkeiten der Bürger*innen eingeordnet, um dies anschließend mit der Selbstgestaltung der Bürger*innen zu verknüpfen.

In der theoretischen Rahmung zeigt sich die Bedeutung der partizipativen Ausgestaltung der Dorfentwicklung. Je nach Einbindungsgrad der Bürger*innen wird die Gestaltung des Lebensraumes durch diese geprägt. Die Ansätze zur Partizipation werden bezüglich der Ausgestaltung der Zusammenarbeit im Spannungsfeld zwischen Einbeziehung und Mitwirkung – also der Ermöglichung der Beteiligung und der Wahrnehmung der Möglichkeiten – im Zuge der Forschung betrachtet und eine mögliche zukünftige Ausgestaltung diskutiert. Hierfür verdeutlicht sich zum einen, dass die Planer*innen einer näheren Betrachtung bedürfen. Durch die Wahl der Methoden beeinflussen sie den Ablauf des Dorfentwicklungsprozess ebenso wie die Einbindung der Bürger*innen und die Zusammenarbeit. Sie stellen eine Schlüsselfigur für die Weiterentwicklung des Förderinstruments dar, aufgrund ihres Einflusses auf die Inhalte und Methoden. Die Perspektive der Planer*innen wird im Zuge der empirischen Forschung entsprechend zentral miteinbezogen. Zum anderen verdeutlicht sich die Relevanz der Bürger*innen für die

Ausgestaltung der Dorfentwicklung. In der näheren Betrachtung der Interaktion in den Orten veranschaulichen sich die Bedeutung von Gemeinschaft für das Handeln im Dorf, die Vielfalt des Engagements und die damit einhergehenden Potenziale in der selbstbestimmten Gestaltung.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass sich das Verständnis von Dorfgemeinschaften in der heutigen Zeit verändert hat, verdeutlicht sich gleichzeitig die Bedeutung der Beziehungen und des Austausches der Bewohner*innen untereinander. Der Wert der Gemeinschaft zeigt sich gekoppelt an ein vorhandenes bürgerschaftliches Engagement, der Motivation der Bewohner*innen sich einzubringen, sowie an der vorhandenen Selbstorganisation und Selbstgestaltung des Lebensraumes. Bürgerschaftliches Engagement als Mitverantwortung der Bürger*innen im und für den öffentlichen Raum ist ein zentraler Bestandteil des Zusammenlebens und prägt auch die Dorfentwicklung. Ein Interesse der Bewohner*innen, selbstbestimmt Verantwortung zu übernehmen, stellt ein zu hebendes endogenes Potenzial dar, wenn es unterstützt und ermöglicht wird. Es ist herauszustellen, dass der dargestellte Gestaltungswille der Bevölkerung in der Dorfentwicklung einen projektorientierten Rahmen finden könnte. Hieran wird im Zuge der Forschung angesetzt. Es wird zudem basierend auf der theoretischen Vorarbeit vertiefend aufgegriffen, inwieweit bestehende Strukturen und Netzwerke im Dorf eingebunden werden und welche Möglichkeiten bisher genutzt werden, um die Selbstgestaltung des dörflichen Lebensraumes durch Fortbildungen, Austausch und Unterstützung zu stärken. Dies ist besonders zentral, wenn im Sinne des Empowermentansatzes davon ausgegangen wird, dass Ideen und Lösungen von den Menschen vor Ort und nicht von externen Expert*innen zielführend sind. Hier wird in vielen Dorfregionen ein noch zu hebendes Potenzial vermutet, vor allem auch in Bezug auf eine Selbstgestaltung und Selbstorganisation.

Neben der Schaffung von Rahmenbedingungen und Ermöglichung solcher Entwicklungen, bedarf es gleichzeitig der Beachtung der Grenzen des Leist-

baren der einzelnen Personen. Eine Beachtung der Grenzen ist zentral und findet im Rahmen der vorliegenden Forschung in der Pointierung Anwendung, dass es nicht um die Bewältigung aller Herausforderungen, sondern um die gemeinsame Gestaltung des Alltags geht. Dies bedeutet, dass Mitverantwortung für die Gestaltung des Lebensraumes aufbauend auf den spezifischen Situationen vor Ort und nicht als formulierter Anspruch von Seiten der Politik oder des Staates verstanden wird. Engagement ist in diesem Zusammenhang nicht als eine Strategie zu sehen, sondern als intrinsische Motivation der Bürger*innen, Gemeinschaft und Gemeinwohl zu

schaffen, und soll in diesem Verständnis Beachtung in der Dorfentwicklung finden.

In der Auseinandersetzung mit den bestehenden Beteiligungsformaten in der Dorfentwicklung und der methodischen Begleitung durch die Planer*innen zeigen sich erste Ansätze für einen Analyserahmen der empirischen Forschung. Dieser findet Ergänzung in den Fragen, in welcher Form die Zusammenarbeit als Gemeinschaft aktiv unterstützt und bürgerschaftliche Potenziale in der selbstbestimmten Gestaltung des Lebensraumes gehoben werden können.

5 Dorfentwicklung im Lichte neuer Verantwortungsstrukturen

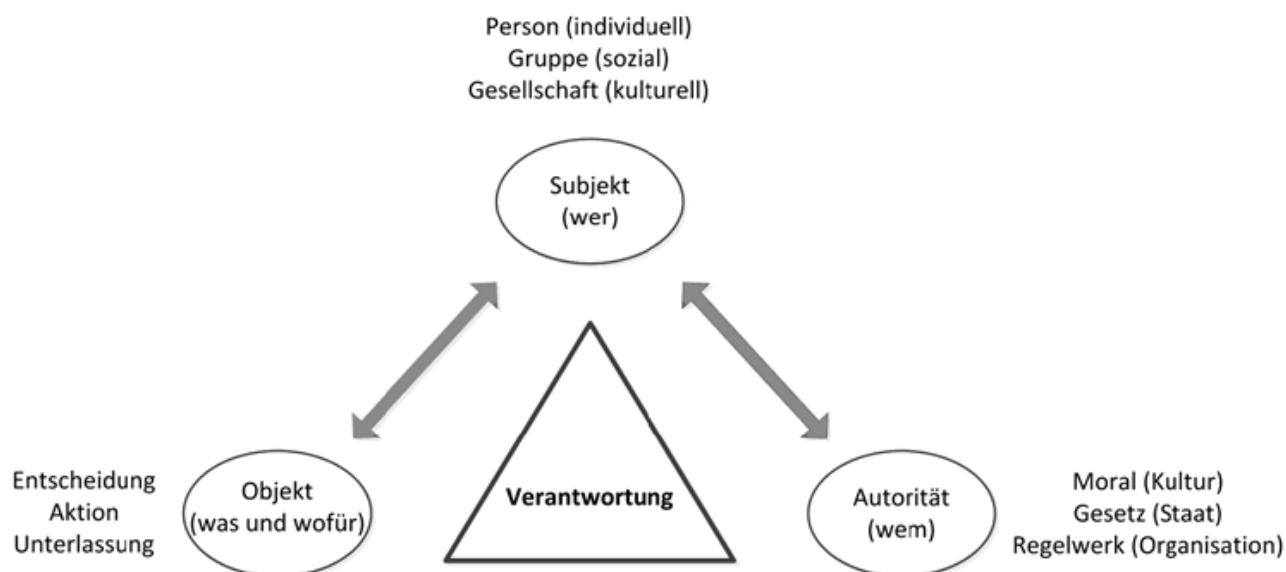
Die Entwicklung ländlicher Räume wird heutzutage von Bürger*innen vor Ort beeinflusst und gestaltet, aufbauend auf der kommunalen Politik. Bei der Gestaltung des Lebensraumes ist die Auseinandersetzung mit dem Thema Verantwortungsübernahme für die zukünftige Entwicklung bedeutend. Die Diskussion um bestehende Erwartungen seitens der Dorfbewohner*innen und die tatsächliche Leistungserfüllung durch den Staat (vgl. Kapitel 4.4) hat gezeigt, dass den Bürger*innen eine wichtige Rolle zukommt. Sie übernehmen teilweise Verantwortung für bestimmte Aufgaben, während gleichzeitig Grenzen bezüglich der zu tragenden Konsequenzen bestehen. Das eigenständige Gestalten der Menschen vor Ort zur Erhaltung der Lebensqualität zeigt sich unter anderem in Form einer selbstbestimmten Verantwortungsübernahme in den Dörfern. Im Hinblick auf die „zivilgesellschaftliche Kraft“ (KRAMBACH 2013, S. 11), die den Dorfgemeinschaften nachgesagt wird (vgl. Kapitel 4.5,) und auf die Debatten um die Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Kapitel 4.4) sowie die notwendige vom Staat zu gewährleistende Grundversorgung zeigt sich die gemeinsame Übernahme von Verantwortung als aktuelles Diskussionsfeld. Der beginnende wissenschaftliche und politische Diskurs über Verantwortungsteilung in der Dorfentwicklung öffnet eine neue Perspektive auf die Gestaltung des Lebens in ländlichen Räumen. Hierfür wird zunächst Verantwortung als Begriff näher betrachtet und in die theoretische Diskussion eingeführt. Die historische Perspektive aus der Philosophie und den Rechtswissenschaften ermöglicht ein grundlegendes Verständnis von Verantwortung, welches anschließend auf die heutige Situation in den Dörfern und den Bereich der Planung übertragen wird. Die Bedingungen, die eine Verantwortungsübernahme bedarf, werden herausgearbeitet. Anschließend wird die Bedeutung von Verantwortungsübernahme in Bezugnahme auf das Förderprogramm der Dorfentwicklung pointiert.

5.1 Verantwortung als Begriff und grundlegende Diskussion

Der Begriff Verantwortung hat in der Geschichte eine lange Tradition. Im Laufe der Zeit hat sich das Verständnis und der Umgang mit Verantwortung stark verändert. Das Interesse, insbesondere einzelner Philosoph*innen, an dem Begriff der Verantwortung lässt sich bis in die Antike und das Mittelalter zurückführen. Bis heute besteht eine anhaltende Auseinandersetzung verschiedener Philosoph*innen mit der Verantwortung des Menschen (vgl. SAUVE MEYER und HAUSE 2017, S. 105). Die in den Anfängen sehr theologisch und philosophisch ausgerichteten Überlegungen über Verantwortung bezogen sich zunächst auf einen engen Kreis von Vordenker*innen. Erst im 19. Jahrhundert verbreitete sich der Terminus der Verantwortung in der Masse der Bevölkerung (vgl. BAYERTZ und BECK 2017, S. 133). Zudem fand zu diesem Zeitpunkt eine inhaltliche Wandlung der Begrifflichkeit statt. Das klassische Modell der Verantwortung (s. Abb. 18) geht von einem Ereignis aus, für das es eine*n Verursacher*in gibt, der/die verantwortlich ist und entsprechend auch zur Verantwortung gezogen werden kann, um eine Wiederholung der Ergebnisse zu verhindern (vgl. ebd., S. 136). Dieser Ansatz, der davon aussagt, dass es ein Objekt, ein Subjekt, ein Normensystem und eine Instanz gibt, ist bis heute in gewisser Weise gültig, jedoch laut der Philosophen BAYERTZ und BECK (2017) nicht mehr allgemeingültig (vgl. ebd.).

Neuartige Probleme aufgrund stattfindender starker struktureller Veränderungen der Gesellschaft machen einen erweiterten Verantwortungsbegriff nötig (vgl. BAYERTZ und BECK 2017, S. 133). Durch die Etablierung des modernen Kapitalismus kam es zu weitreichenden politischen Neuerungen sowie zu ökonomischen und sozialen Veränderungen, insbesondere durch die Industrialisierung, so dass Verantwortung nicht mehr als lineare Beziehung zwischen Handlungen von einzelnen Individuen und

Abb. 18: Grundbeziehungen der Verantwortung



Quelle: Herczeg 2014, S. 3

deren Folgen betrachtet werden konnte (vgl. ebd., 138f). Die Regulierung des menschlichen Handelns unter diesen neuen Bedingungen mit seinen weitreichenden Handlungsverflechtungen brauchte ein komplexeres Verantwortungsverständnis. In den Rechtswissenschaften wurde daraufhin eine Unterscheidung zwischen Verantwortung im Sinne von Haftung für etwas und Schuld etabliert (vgl. ebd., S. 141), um u.a. den Risiken, die die moderne Technik in Betrieben mit sich brachte, zu begegnen. Für die Betreiber*innen einer entsprechenden Anlage bedeutet dies beispielsweise, dass sie haften müssen, da sie den Nutzen aus dem Betrieb haben.²⁷ Der Umgang mit eingetretenen Schäden war hiermit rechtlich geregelt und der Verantwortungsbegriff aus rechtlicher Perspektive „entmoralisiert“ (ebd.). In Bezug auf die Frage, wie in der Zukunft liegende, mögliche negative Ereignisse unterbunden werden können, wurde eine Vorsorgeverantwortung thematisiert und etabliert. Die Verpflichtung vorzusorgen, so dass Folgeabschätzungen bedacht werden und Schäden nicht eintreten, ist eine neue Perspektive in Bezug auf die Übernahme von Verantwortung (vgl. ebd.). Diese spiegelt sich auch in der aktuellen Diskussion um das Leitbild der Nachhaltigkeit wider.

²⁷ Anm.: Mehr zu Verantwortung aus rechtswissenschaftlicher Perspektive bei BAYERTZ und BECK 2017.

Diese Veränderungen des Verantwortungsbegriffes wurden durch viele herausragende Persönlichkeiten geprägt, wobei insbesondere MAX WEBER und HANS JONAS eine wichtige Rolle einnahmen und große Bekanntheit erlangten. WEBER (1919) führte eine bedeutende Veränderung ein, als er zu einer Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik aufrief. Mit der Verantwortungsethik greift er das Thema Vorsorge auf, in dem er dort die Maxime „für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen“ sieht (WEBER 2006, S. 237), während bei der Gesinnungsethik seiner Ansicht nach, nicht die handelnde Person, sondern die Welt beziehungsweise der Wille Gottes verantwortlich ist. Für Politiker*innen, die im öffentlichen Raum handeln, braucht es seiner Ansicht nach zukünftig eine Verantwortungsethik, wobei Weber diesen Grundgedanken nicht nur auf die Politik bezieht, sondern verallgemeinert. WEBER (1919) betont laut BAYERTZ und BECK (2017) somit nicht nur die Vorsorgeverantwortung, sondern die Verantwortungsethik als „Konzeption moralischen Denkens“ (BAYERTZ und BECK 2017, S. 145).

Im Hinblick auf die entstehenden immer komplexeren Handlungszusammenhänge hat HANS JONAS (1979) den Diskurs um Verantwortung in Richtung einer Mitverantwortung geprägt (vgl. JONAS 1979). Diese wird neben der bestehenden individuellen

Verantwortung des klassischen Verantwortungsmodells als zentral angesehen (FRITSCHKE und SCHÖNE 2013, S. 138). HANS JONAS ist vornehmlich für seinen Imperativ der Verantwortung bekannt. Er stellt heraus, dass einhergehend mit dem technologischen Zeitalter eine neue Ethik von Nöten sei. Die neuen großen technologischen Möglichkeiten führen zu Handlungen und neuartigen Folgen, die nach neuen Dimensionen der Verantwortung verlangen (vgl. JONAS 1979, S. 26). Die Gefahren, die mit diesen neuen Handlungen einhergehen, können durch das alte Wertesystem nicht ausreichend abgedeckt werden, da sie Auswirkungen auf die ganze Erde und auch nachfolgende Generationen haben (vgl. ebd., S. 33). Auf diesen Aussagen aufbauend, entwickelt Jonas eine neue Ethik, in der bei Handlungen nicht nur die unmittelbaren Auswirkungen, sondern auch die zukünftigen mitbeachtet werden müssen. „Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“ (ebd., S. 36)²⁸ Nach diesem neuen Imperativ der Verantwortung darf es moralisch nicht vertretbar sein, eine Technologie zu verwenden, wenn diese die Zukunft der Menschheit gefährdet (vgl. ebd.).

Die Gedanken von JONAS (1979) schließen dabei an den Diskurs über die ökologische Krise und die Begrenzung vorhandener Ressourcen an, durch den der Begriff der Verantwortung eine globale Dimension bekommt und verstärkt in den Mittelpunkt ethischer Diskussionen rückte (vgl. BANZHAF 2017, S. 150). Der Begriff der Vorsorgeverantwortung und das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung sowie die Generationengerechtigkeit prägen den Begriff der Verantwortung im weiteren Verlauf (vgl. ebd., S. 152). Dies zeigt sich unter anderem politisch seit 1994 durch den Artikel 20a des Grundgesetzes: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen [...]“ (§20a GG). Doch nicht nur in Bezug

²⁸ Anm.: Die Ausführungen von JONAS (1979) sind hierbei vom kategorischen Imperativ abgeleitet, der von IMMANUEL KANT (1785) als Grundprinzip der Ethik formuliert wurde: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ (KANT und WEISCHÉDEL 2014, S. 51).

auf Nationalstaaten zeigt sich hier ein Umdenken, sondern auch in der noch jungen Debatte um globale Verantwortung und die Frage nach ihrer moralischen Notwendigkeit (vgl. HAHN 2017, S. 525).

Die Wandlung der Begrifflichkeit um Verantwortung und seine Auslegungsmöglichkeiten verdeutlichen sich an den vorausgegangenen Darstellungen. Außerhalb des feststehenden Rechtsbegriffs ist die Frage, wer für was die Verantwortung trägt, nicht so einfach zu beantworten. Diese Komplexität zeigt sich unter anderem in der Debatte, ob nur Individuen oder auch Gruppen Verantwortung für Handlungen zugeschrieben werden kann.

„Verantwortungsvolle‘ Aufgaben sind keine Routineaufgaben, sondern beziehen sich auf die Bewältigung unvorhersehbarer mehrdimensionaler Probleme, für die keine Standardlösungen existieren.“ (BAYERTZ und BECK 2017, S. 141) Hieran anknüpfend besteht eine Diskussion um die Unterscheidung zwischen individueller und kollektiver Verantwortung. Individuelle Verantwortung umfasst grundlegend, dass nur Personen, die eigenständige und menschliche Individuen sind, überhaupt Verantwortung übernehmen können (vgl. GERHARDT 2017, S. 433). Kollektive Verantwortung beschäftigt sich mit den Fragen der Verantwortung von Regierungen und Unternehmen, unter anderem durch die CSR-Debatte²⁹, kann genauso aber auch als Verantwortung von einzelnen Akteur*innen im Kontext eines „irreduziblen kollektiven Momentes“ gesehen werden (vgl. ISAACS 2017, S. 453). Dies bedeutet, dass einzelne Akteur*innen, die in einer Gruppe handeln, auf einer partizipatorischen Absicht beruhend agieren und somit am Ende gemeinsam gehandelt wird. Die Akteur*innen haben deshalb alle eine Teilverantwortung für das kollektive Handeln und nicht nur für ihren eigenen Anteil (vgl. ebd., S. 463). Bezüglich der Verantwortungszuschreibung an kollektive Akteur*innen werden verschiedene Standpunkte vertreten – sie ist im Spannungsfeld mit der individuellen Verantwortung zu sehen (vgl. ebd., S. 473).

²⁹ Anm.: Corporate social responsibility (CSR) umfasst ein verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln über die gesetzlichen bestehenden Vorgaben hinaus, in Bezug auf ökologische, soziale und ökonomische Aspekte.

Diese Frage nach individueller oder kollektiver Verantwortung ist auch bei der Betrachtung von Kooperationen von Akteur*innen bedeutsam. Es stehen sich die kollektivistische und die individualistische Theorie gegenüber. Die kollektivistische Theorie geht davon aus, dass auch Kooperationsbündnisse verantwortlich für Handlungen sein könnten, die als Gruppen ausgeführt werden (vgl. BRATU 2017, S. 479). Dem wird entgegnet, dass Gruppen als eigenständige mentale Wesen gesehen werden müssten, um ihnen Handlungsfähigkeit zuzuschreiben (vgl. ISAACS 2017, S. 459). Die individualistische Theorie stellt entsprechend heraus, dass nur Personen im eigentlichen Sinne Verantwortung zugeschrieben werden kann und gemeinsames Handeln von Gruppen von deren Mitgliedern erfolgt und nicht von der Gruppe (vgl. BRATU 2017, S. 479). Im Alltag wird lebensweltlichen Gruppen jedoch durchaus Verantwortung und Handlungsfähigkeit zugeschrieben, da es bedeutend schwieriger ist, wenn statt der ganzen Gruppe nur einzelne Mitglieder zur Verantwortung gezogen werden sollen. Bei der Verantwortungsübernahme können folglich Unklarheiten entstehen (vgl. ebd., S. 496). In Bezug auf die hier vorliegende Arbeit wird der Fokus auf die individuelle Verantwortung gesetzt, da sich vornehmlich Einzelpersonen mit ihren individuellen Interessen in die Dorfentwicklung einbringen und eine Freiwilligkeit sich zu engagieren besteht. Es verdeutlicht sich die Komplexität der Begrifflichkeit u.a. in der Frage der zeitlichen Ebene – besteht eine prospektive oder eine retrospektive Perspektive – und der Frage, wie eine Mitverantwortung von Individuen oder Gruppen ausgestaltet sein kann.

Verantwortung kann zusammenfassend als eine ethische Grundhaltung gesehen werden, die Kooperationsbereitschaft umfasst, um gemeinsam etwas „Gutes“ zu schaffen (vgl. BANZHAF 2017, S. 163). Anknüpfend an die Möglichkeiten von freiwilligem bürgerschaftlichem Engagement und die dargestellte umfassende Debatte um Verantwortung zeigt sich die Bedeutung von Grenzen bei der Verantwortungsübernahme. Verantwortungsübernahme spielt immer dann eine Rolle, wenn die Möglichkeit besteht, Einfluss auf etwas zu nehmen. Dies kann zu einer

Überlastung führen, weshalb Zuständigkeiten klar geregelt sein sollten und eine „Reflexion der Grenzen menschlicher Verantwortungsfähigkeit“ (ebd.) notwendig ist. Dem Ansatz, Verantwortung für die Zukunft der ganzen Erde, der zukünftigen Generationen und der Natur zu übernehmen (JONAS 1979), wird entgegengestellt, dass dies die Möglichkeiten der Menschen überschreite und sich der Diskurs dahin verschoben hat, dass Kategorien für unterschiedliche Verantwortlichkeiten der Menschen gebildet wurden (vgl. GERHARDT 2017, S. 448). Durch die so entstandene segmentierte Verantwortung sind Informationen, Abstimmungen und Kooperationen wichtig – teilweise leisten dies Ethikräte (vgl. ebd., S. 449). Insgesamt sollte bei den Fragen der Grenzen die genauere Situation vor Ort betrachtet sowie differenziert darlegt werden, um was für eine Verantwortungsübernahme es sich handelt.

Um die Komplexität und Ungenauigkeit von Verantwortung besser fassen zu können, werden im Folgenden wichtige Aspekte für die Übernahme von Verantwortung herausgearbeitet und anschließend auf die Dorfentwicklung und die dortigen Akteur*innen übertragen.

5.2 Wichtige Aspekte und Unterscheidungen bei der Verantwortungsübernahme durch Akteur*innen

In der vertiefenden Betrachtung von Verantwortungsübernahme werden verschiedene Bedingungen und Unterscheidungen deutlich.

„Akteure sind nicht verantwortlich, sondern werden nach Maßgabe von Normen und Regeln, aufgrund bestimmter Rollen und Aufgaben, durch ihre Zugehörigkeit zu einer Organisation oder Korporation oder als Bürger eines politischen Gemeinwesens verantwortlich gemacht“ (HEIDBRINK 2017a, 10ff).

Akteur*innen sind heutzutage entsprechend nicht per se verantwortlich, sondern es ist zwischen verschiedenen Formen von Verantwortung zu unterscheiden.

„Der ethische Sinn von Verantwortung (responsibility) besteht darin, dass Akteure aufgrund moralischer Prinzipien für die Folgen ihres Handelns einstehen. Der rechtliche Sinn von Verantwortung (liability) liegt darin, dass Akteure nach Maßgabe von Gesetzen und Regeln für ihre Handlungen sanktioniert werden können. Der soziale Sinn von Verantwortung (accountability) ist dadurch gekennzeichnet, dass Akteure sich aufgrund von bestehenden Zuständigkeiten oder persönlicher Bereitschaft um die Erfüllung von Aufgaben kümmern.“ (HEIDBRINK 2017a, S.19)

Grundlegend lassen sich in Bezug auf die Definition von Verantwortlichkeiten unter anderem die Zurechnung von Handlungen und die Zuständigkeit für Rollen und Aufgaben von Personen unterscheiden.

Zurechnungsverantwortung umfasst vor allem rechtliche und Handlungsverantwortung. Zurechnungsfähigkeit als eine Definition von Verantwortung besteht schon lange (vgl. ebd., S. 8), ist heute jedoch unter einem anderen Blickwinkel zu sehen. In vielen Situationen ist kein direkter Bezug mehr zwischen einem Subjekt und einer Handlung und damit eine Zurechnungsverantwortung herzustellen. Dies umfasst beispielsweise Prozesse, die von Akteur*innen verursacht wurden, aber nicht auf sie zurückzuführen sind. Ebenso kann es auch um koordinierte Handlungen (von Kollektiven/Organisationen) gehen, die zu Schadenfolgen führen, die weder beabsichtigt waren noch in Kauf genommen wurden (vgl. ebd., S. 20). Die Zurechnung hat sich entsprechend teilweise vom Subjekt der Handlung gelöst. In Bezug auf die Pflichtaufgaben und die freiwilligen Aufgaben der Kommunen zeigt sich von staatlicher Seite aus eine Zurechnungsverantwortung für Handlungsfolgen aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung (vgl. §28 Abs. 2 GG). Verantwortung wird den zuständigen Akteur*innen zugerechnet und übertragen. Die Zurechnung von Handlungsfolgen ist zumeist retrospektiv ausgerichtet, es wird festgestellt, inwieweit es zu einer Verletzung von Erwartungsansprüchen kam. Agiert wird aus einer Beobachterperspektive, zum Beispiel im Rahmen

einer „etablierten rechtlichen Praxis“ (HEIDBRINK 2017a, S. 13).

Zuständigkeitsverantwortung hingegen wird vorgefunden bzw. übernommen und findet sich in den Verantwortungsarten der Rollen- und Aufgabenverantwortung (accountability) sowie der moralischen Verantwortung (responsibility) wieder. Eine Zuständigkeitsverantwortung kann sich durch die Übernahme von bestimmten Aufgaben oder Rollen durch die Dorfbewohner*innen zeigen. Sie basiert auf der freiwilligen Übernahme und agiert prospektiv, indem es um die Erfüllung „unbestimmter Erwartungswünsche“ (ebd., S. 11) für die Zukunft geht. Nach HEIDBRINK (2017) stellt sie eine notwendige Ergänzung zur Zurechnungsverantwortung dar, insbesondere in den Bereichen, „wo keine präzisen Regelungen oder externe Vorgaben bestehen“ (ebd.). Eine wichtige Rolle spielt sie in den Bereichen von freiwilligem Engagement und freiwilliger Selbstbindung, wobei hier eine „Teilnahmeperspektive“ (ebd., S. 13) einhergehend mit eigenen Zielen bei der Verantwortungsübernahme eingenommen wird. Beide zusammen ergänzen sich seiner Ansicht nach wechselseitig und sind nicht kategorial trennbar (vgl. ebd., S. 12ff.). Verantwortung kann zusammenfassend auf der einen Seite jemandem zugerechnet oder übertragen, auf der anderen Seite aber auch vorgefunden und übernommen werden. Zu unterscheiden sind entsprechend eine passive und eine aktive Verantwortung.

Weiterhin bestehen Voraussetzungen, damit Verantwortung als Zurechnungsverantwortung oder freiwillige Zuständigkeitsverantwortung von Akteur*innen übernommen werden kann (vgl. HEIDBRINK 2017a, 23ff). Die konditionalen Bedingungen sind die Freiheit des Handelns, die Kausalität – also effektiv Einfluss auf Folgen haben zu können, – die Absichtlichkeit und das Wissen um Konsequenzen (vgl. ebd.). Dies wird ergänzt durch die generischen Bedingungen. Diese umfassen die Ausbildung von Fähigkeiten zur Verantwortung, die Verantwortungskompetenzen und die Verantwortungsübernahme (vgl. ebd., S.25). Die Ausbildung der Fähigkeiten zur Verantwortung ist abhängig vom Vorhanden-

sein ethischer Werte, sozialer Einstellungen und auch politischer Orientierungen. Genauso sind aber auch der eigene Antrieb, die Identifikation mit den Zielen und das Bewusstsein und die Kontrolle über Handlungen notwendig. Für Verantwortungskompetenzen werden hingegen Klugheit, situative Reflexivität, das Können, soziale Pflichten der Fürsorge und Solidarität zu übernehmen und an politischen Prozessen zu partizipieren, benötigt. Weitere wichtige Aspekte sind laut HEIDBRINK (2017) Flexibilität, Mobilität, Selbststeuerung, Belastbarkeit, Zuverlässigkeit, Vertrauenswürdigkeit sowie das Bildungsniveau (vgl. ebd., S. 25ff). Die Verantwortungsübernahme hängt letztendlich nicht nur mit vorhandenen Fähigkeiten und Kompetenzen zusammen, sondern es ist laut HEIDBRINK (2017) ebenfalls wichtig zu untersuchen, aus welchen Gründen Verantwortungsübernahme oftmals abgelehnt wird (vgl. ebd., S. 26). Gründe sind hierfür seiner Ansicht nach, die Unwissenheit, wer haftet und welchen Einfluss das Handeln hätte. Um dies zu verändern, müssen laut HEIDBRINK (2017) Mitverantwortlichkeiten thematisiert und die Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Für Gruppen ist zudem wichtig, nicht nur Anreize, sondern Rahmenregelungen und Strukturen zu schaffen, die eine faire Teilung und Verteilung von Verantwortlichkeiten ermöglichen (vgl. ebd. S. 25ff). Die Vieldeutigkeit führt zudem dazu, dass es insgesamt wichtig ist aufzuführen, wer in einer bestimmten Situation wofür, gegenüber wem und warum verantwortlich ist (vgl. BANZHAF 2017, S. 163).

5.3 Verantwortung in der Dorfentwicklung

Weiterführend wird im Folgenden der Verantwortungsbegriff in Bezug auf die Dorfentwicklung konkretisiert. Unter Berücksichtigung der dargestellten Inhalte zu Verantwortung zeigt sich, dass es grundsätzlich unterschiedliche Interpretationen vom inhaltlichen Verständnis von Verantwortung – je nach Disziplin oder auch Akteur*in – gibt. Grundsätzlich kann in der praktischen Anwendung zwischen einem engen oder weiten Verantwortungsverständnis unterschieden werden. Ersteres betrifft die Verantwortungsübernahme der Verursacher*innen: „Verantwortung lässt sich grundsätzlich definieren

als das Entstehen eines Akteurs für die Folgen seiner Handlungen in Relation zu einer geltenden Norm.“ (HEIDBRINK 2017a, S. 5) Ein weites Verantwortungsverständnis hingegen bezieht die Mitverantwortung und Zukunftsaussichten stärker mit ein. In der hier vorliegenden Forschungsarbeit steht das Thema, gemeinsame Verantwortung auf der lokalen Ebene des Dorfes zu übernehmen, im Mittelpunkt. Dieser Fokus wird konkretisiert mit Blick auf den Kontext der Dorfentwicklung als Planungs- und Implementierungsinstrument. Daraus folgt, dass nicht das klassische Modell von Verantwortung (siehe auch Abb. 18) anzuwenden ist, sondern die Mitverantwortung für das Gemeinwesen und die Verantwortung für die gemeinsame Gestaltung der Entwicklung des Dorfes thematisiert werden. Zudem ist die individuelle Verantwortung zentral, da sich vornehmlich interessierte Einzelpersonen in den Prozess einbringen und eine freiwillige Teilnahme besteht. Die Verantwortung für die angestrebte zukünftige Entwicklung im Rahmen des Förderinstruments wird hauptsächlich gemeinsam von Bürger*innen in ihren verschiedenen Funktionen und Rollen, den kommunalpolitischen Vertreter*innen, der Verwaltung und den Planer*innen getragen. Die stattfindende Partizipation und Kooperationen sind somit substantiell.

Grundlegend zeigt sich in Bezug auf die Pflichtaufgaben und die freiwilligen Aufgaben der Kommunen von staatlicher Seite aus eine Zurechnungsverantwortung, da „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ (§28 Abs. 2 GG) zu gewährleisten sind. Wird aufgrund der engen finanziellen Haushaltslage nach neuen innovativen Lösungen gesucht, um gemeinsam mit allen Betroffenen einen Weg zur Erhaltung des Dorfes als attraktivem Wohn- und Lebensraum zu finden, zeigt sich die Notwendigkeit, geeignete Handlungs- und Entscheidungsspielräume zu erarbeiten. Eine damit einhergehende Verantwortungsabgabe der Kommunen schafft Diskussionsbedarf. Eine Zuständigkeitsverantwortung durch die Übernahme von bestimmten Aufgaben oder Rollen durch Mitglieder des Ortes spielt in diesem Sinne besonders in den Bereichen, in denen keine präzisen Regelungen oder externen Vorgaben bestehen, wie dem

freiwilligen Engagement, eine wichtige ergänzende Rolle (vgl. HEIDBRINK 2017a, S.11).

Diesbezüglich bietet sich eine Anlehnung an das Verantwortungsverständnis der Philosophin und Politologin IRIS YOUNG (2013) an. Ihre zukunftsorientierte Theorie und weit gefasste Definition von Verantwortung geht von der Frage aus, wer zu welchen Veränderungen wie beitragen kann und nicht davon, wer etwas verursacht hat (vgl. YOUNG 2013, 329ff). In Bezug auf die gemeinsame Verantwortungsübernahme für die zukünftige Gestaltung des Lebensraums Dorf geht es um die Entwicklung einer gemeinsamen Perspektive und wer hier in welcher Form etwas beitragen kann und muss. Bei dem Ansatz von YOUNG (2013) wird die individuelle Verantwortung der einzelnen Personen mit dem Prinzip der Verbundenheit verknüpft. YOUNG (2013) erläutert dies am globalen Beispiel der Textilfabriken. Jeder ist ihrer Ansicht nach verantwortlich, gegen Ungerechtigkeit vorzugehen, indem auf die sozialen Strukturen eingewirkt wird, die diese hervorrufen. Der Ansatz lässt sich auf die lokale Ebene übertragen. Es haben alle eine Teilverantwortung, die sich dadurch definiert, welche Möglichkeits- und Handlungsspielräume ein Gruppenmitglied hat, welche Privilegien bestehen und auch am Interesse, die bestehenden Ungerechtigkeiten zu unterbinden, nicht aber am Anteil der Person am entstandenen Schaden (vgl. YOUNG 2013, 329ff). Dieser Ansatz zu Verantwortung bietet sich in Bezug auf die Dorfentwicklung an, da er die wichtigen Faktoren Einwirkung, Ressourcen und Motivation beinhaltet, die die Kooperation der Akteur*innen beeinflusst und zudem die zukünftige Entwicklung als Perspektive aufgreift. Es findet eine Erweiterung der individuellen Verantwortung hin zu einer Teilverantwortung statt, ohne als Kollektiv agieren zu müssen.

In der hier vorliegenden Dissertation zur Dorfentwicklung geht es unter anderem um die Frage, was Verantwortung für die in den Prozess involvierten Akteur*innen bedeutet und bei wem Verantwortung in Bezug auf konkrete Aufgaben und Bereiche gesehen wird. Die freiwillige Zuständigkeitsverantwortung aufgreifend zeigt sich in der Praxis,

dass Ortsansässige durch ihr Engagement schon in vielfältigen Formen soziale Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, indem sie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen, Sozialkapital generieren oder auch Leistungen der Daseinsvorsorge erfüllen. Auf der lokalen Ebene des Dorfes wird somit eine Mitverantwortung für das Gemeinwesen (vgl. HARTEISEN 2016, S. 12) nicht nur thematisiert, sondern oftmals schon gelebt. Die durch die Bürger*innen selbstgewählte Verantwortungsübernahme lässt sich in Dörfern in Form von vielfältigem bürgerschaftlichem Engagement und Vereinsstrukturen finden. Ein etabliertes Beispiel sind Freiwillige Feuerwehren (vgl. STEINFÜHRER 2015). Die Bürger*innen engagieren sich hier und übernehmen gleichzeitig eine soziale Verantwortung für das Gemeinwesen, die aus finanziellen Gründen von der Kommune nicht mehr bereitgestellt werden kann (vgl. STEINFÜHRER 2015, S. 9). Weitere prägnante Beispiele lassen sich in der Pflege finden, wie zum Beispiel in Bezug auf sorgende Gemeinschaften³⁰ und eine gemeinsame Verantwortungsübernahme (vgl. KRICHELDORFF ET AL. 2015). Auch Dorfläden stellen nicht nur eine Form von bürgerschaftlichem Engagement dar, sondern eine Verantwortungsübernahme für die Nahversorgung der Mitglieder des Dorfes. Verantwortungsübernahme zeigt sich in diesen Beispielen in verschiedenen Dimensionen. Zum einen besteht eine Verantwortung für einzelne Aufgaben, die von Einzelpersonen übernommen werden – wie der Verkauf im Dorfladen. Zum anderen besteht eine gemeinsame Verantwortungsübernahme der Gruppe gegenüber allen Personen des Dorfes, indem bspw. eine Nahversorgungsmöglichkeit vor Ort geschaffen wurde.

Es zeigt sich, dass bei der Übernahme von Verantwortung differenziert werden muss. Verantwortung kann von verschiedenen Akteur*innen allein oder gemeinsam und aus den unterschiedlichsten Gründen übernommen werden. Ein wichtiger Aspekt ist die Freiwilligkeit der Verantwortungsüber-

³⁰ Anm.: Corporate social responsibility (CSR) umfasst ein verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln über die gesetzlichen bestehenden Vorgaben hinaus, in Bezug auf ökologische, soziale und ökonomische Aspekte.

nahme durch Bürger*innen, wodurch die Themen Motivation und Interesse an Bedeutung gewinnen. Wichtig ist hierbei, dass es nicht um Übertragung von Verantwortung durch andere geht, sondern um eine selbstbestimmte Übernahme, die u.a. in der Überzeugung, sich selbst zu helfen, und Empowerment begründet liegt. STEINFÜHRER (2015) geht diesbezüglich im Bereich bürgerschaftliches Engagement in der Daseinsvorsorge näher auf die Selbstresponsibilisierung ein (vgl. STEINFÜHRER 2015, S. 16). Sie stellt heraus, dass die Aktivierung bei Bürger*innen nicht von oben erfolgt, sondern aus einem Eigeninteresse heraus, die Lebensqualität zu erhalten und die bestehende Situation des Dorfes zu verbessern (vgl. ebd., S. 14). Neben der Selbstresponsibilisierung kann auch der gesehene immaterielle oder materielle Nutzen ausschlaggebend für die Bereitschaft, sich einzubringen, sein (vgl. KIEHLBREI und MAGEL 2012, S. 328). KIEHLBREI und MAGEL (2012) stellen diesbezüglich die Wichtigkeit der Einstellung der Bürger*innen sowie der kommunalpolitischen Vertreter*innen, der Verwaltung und auch der Planer*innen heraus: „Selbstverpflichtung, Selbstverantwortung und Selbstständigkeit sowie ein Bekenntnis zu Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung sollten zu Leitmotiven aller am Prozess beteiligten Akteure werden.“ (ebd.) Sie betonen zudem, dass es hierfür notwendig sei, die Abgabe von Verantwortung durch politische Entscheidungsträger*innen und gleichzeitig die Bereitschaft zur Annahme durch Bürger*innen anzusprechen, zu fördern und umzusetzen (vgl. ebd.).

Mit Blick auf die erläuterten konditionalen und generischen Bedingungen (vgl. Kapitel 5.2) ist jedoch nicht jede*r in der Lage, gleichermaßen Verantwortung zu übernehmen. Diese Voraussetzungen zeigen sich in der Praxis oftmals durch sogenannte „Zugpferde“ (vgl. DAMM ET AL. 2017, S. 34) – besonders engagierte Personen, die diese Kompetenzen besitzen, Projekte anstoßen und andere ermuntern, mitzuwirken. Gleichermäßen bedeutet dies jedoch auch, dass Fortbildungsmaßnahmen (vgl. EIGNER-THIEL und MAUTZ 2017; KARWEIK 2016) für die zukünftige Thematisierung und Übernahme von Verantwortung relevant sind, insbesondere im Zuge

der Begeisterung von bisher nicht so engagierten Ortsansässigen.

In Bezug auf die Verantwortungsübernahme im Rahmen der Dorfentwicklung zeigt sich bei den am Planungsprozess teilnehmenden Personen ein Interesse und eine erste Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung für die Gestaltung ihres Lebensraumes zu übernehmen. Sie entwickeln Projektideen aufbauend auf den endogenen Potenzialen vor Ort sowie eine langfristige Perspektive der Entwicklungsmöglichkeiten und -grenzen (vgl. MAGEL ET AL. 2007, S. 71). Es werden gemeinsam Handlungsfelder identifiziert und Arbeitskreise gebildet (vgl. BRAKE und KLEIN 1997). Das Förderprogramm sieht vor, dass die Kommune dabei im idealtypischen Ablauf mit den Ortsansässigen kooperiert und die entstehenden Ideen und Vorschläge mit aufnimmt. Bei der Betrachtung der Zusammenarbeit oder auch der möglichen zukünftigen Kooperation spielen die verschiedenen, in den Prozess eingebundenen Personen mit ihrer Einstellung zu Verantwortungsübernahme eine wichtige Rolle.

Die Verantwortung der Planer*innen

Neben den Bürger*innen haben ebenso die Planer*innen eine wichtige Rolle im Förderprogramm der Dorfentwicklung inne. Die Planer*innen, die den Prozess der Dorfentwicklung moderierend und beratend begleiten, können die Zusammenarbeit der Akteur*innen vor Ort beeinflussen. Zum einen gestalten sie den Rahmen des Austauschs, in dem die verschiedenen Interessen thematisiert werden, zum anderen haben sie die Rolle von Mediator*innen bei Konfliktsituationen inne. Sie können unterstützend wirken beim Austausch zwischen Kommune und Bevölkerung und stellen eine wichtige Koordinationsstelle dar, wenn es um den Austausch zwischen den verschiedenen Dörfern geht. Es besteht die Annahme, dass ihr eigenes Verantwortungsverständnis dahingehend relevant ist, dass es die Auslegung ihrer Aufgabe und dadurch die Umsetzung der Dorfentwicklungsplanung beeinflusst. Demgemäß wird in der empirischen Forschung das Verantwortungsverständnis der Planer*innen erhoben und

in einen Zusammenhang mit der Prozessgestaltung gebracht.

Grundlegend lässt sich, die Disziplin der Planung betreffend, ein gesellschaftliches Verantwortungsverständnis in Bezug auf die Umsetzung übergeordneter Ziele, wie die nachhaltige Entwicklung (§ 1 Abs. 2 ROG), gleichwertige Lebensverhältnisse und die Daseinsvorsorge, festhalten (vgl. LENDI 2010, S. 147). Ebenso ist die Folgeethik für Planer*innen besonders wichtig, da eine große Zeitspanne zwischen ihrer Planung, der Umsetzung und der letztendlichen Wirkung liegen kann (vgl. CLEMENS 2004, S. 207). Diese ist zentral für Handlungen und Entscheidungsfindung der Planer*innen, da sie andere Personen beeinflussen, die Planer*innen die Zukunft jedoch nicht vorwegnehmen können. Im Zuge der Folgeethik werden verschiedene Handlungsmöglichkeiten bedacht und die Entscheidung wird schließlich auf der Abschätzung der möglichen Konsequenzen getroffen (vgl. ebd.). Gemäß hierzu sind die Planer*innen in der Dorfentwicklung für die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben durch die ZILE-Richtlinie verantwortlich und rüsten die Antragssteller*innen mit Empfehlungen aus. Zudem können sie die Prozessgestaltung und die tatsächliche Einbindung der Bürger*innen sowie die Themensetzung beeinflussen. Ihre Rolle bezüglich des Zusammenspiels und der Kooperation von Bürger*innen und Kommune im Rahmen der Dorfentwicklung wird im Rahmen der Forschung vertiefend untersucht.

Zusammenfassend wird in der vorliegenden Forschungsarbeit von einer Zurechnungsverantwortung der Kommune ausgegangen, die von einer Zuständigkeitsverantwortung der Bürger*innen ergänzt werden kann. Ausgehend von einem weiten Verantwortungsverständnis ist die Zukunftsperspektive ebenso wie die Mitverantwortung der Bürger*innen für die gemeinsame Gestaltung der zukünftigen Entwicklung zentral. Das Zusammenspiel und die Kooperation der kommunalpolitischen Vertreter*innen, der Bürger*innen und der Verwaltung werden als wichtig angenommen und eine gemeinsame Verantwortungsübernahme unter der Perspektive, wer zu welchen Veränderun-

gen wie beitragen kann, untersucht. Hierfür wird zudem angenommen, dass das Rollenverständnis der Akteur*innen wichtig ist, in Bezug auf bestehende Ressourcen, Motivation und Möglichkeiten der Einwirkung. Für die Übernahme von Verantwortung wurden zudem die generischen und konditionalen Bedingungen als ebenso wichtig herausgestellt wie die Offenlegung der Haftung und die Frage nach der tatsächlichen Wirksamkeit. Hierfür spielen auch der gesehene immaterielle oder materielle Nutzen und eine selbstbestimmte Übernahme eine Rolle. Die Freiwilligkeit bei der Übernahme von Verantwortung durch Bürger*innen scheint zentral, wodurch der Thematisierung von Grenzen eine besondere Bedeutung zukommt.

5.4 Zwischenfazit

Die Zielsetzung des Kapitel 5 aufgreifend verdeutlichen sich die verschiedenen betrachteten Ebenen in der Darstellung von Verantwortung: die historische Entwicklung, verschiedene mögliche Verständnis sowie die Übertragung auf die Dorfentwicklung. Im Folgenden werden die dargestellten Teilaspekte zu Verantwortung nun noch einmal in Bezug auf die zu erhebenden Aspekte im Zuge des Forschungsinteresses zusammengeführt. Anschließend wird die Annäherung an eine gemeinsame Verantwortungsübernahme mit den theoretischen Ausführungen zum Handeln der beteiligten Akteure im Rahmen der Dorfentwicklung, der Ausgestaltung der Partizipation und Kooperation und der Bedeutung der Selbstgestaltung durch die Bürger*innen zusammengebracht.

In Kapitel 5 verdeutlicht sich, dass die Übernahme von Verantwortung als Mitverantwortung aller Akteur*innen vor Ort für die Gestaltung des Lebensumfeldes eine zentrale Rolle spielt, in der Dorfentwicklung jedoch bisher wenig fokussiert und thematisiert wird. Die Bedeutung zeigt sich beispielsweise in dem Interesse der Bürger*innen, sich mit der Gestaltung des Lebensumfeldes auseinanderzusetzen und hierfür die notwendigen Möglichkeiten und Unterstützung zu bekommen. Ebenso veranschaulicht sich eine Verantwortungsübernah-

me, wenn Bürger*innen im Rahmen der Dorfentwicklung aktiv Projekte anstoßen und umsetzen. Bezüglich der Ausgestaltung, wie Bürger*innen Verantwortung übernehmen und in welcher Form dies angestoßen und unterstützt werden kann, besteht ein Forschungsbedarf. In der theoretischen Auseinandersetzung konkretisiert sich, dass sich der Diskurs von Mitverantwortung für die Gestaltung des Lebensumfeldes in ländlichen Räumen noch in den Anfängen befindet. Der Begriff Verantwortung geht mit einer Vieldeutigkeit einher, u.a. mit unterschiedlichen Verständnissen von ethischer, juristischer oder soziologischer Verantwortungsübernahme. Für die vorliegende Arbeit wird Verantwortung als individuelle Teilverantwortung im Sinne einer Mitverantwortung für das Gemeinwesen definiert. Da die Verantwortungsverständnisse der Akteur*innen vor Ort individuell unterschiedlich ausgestaltet sein und auf unterschiedlichen Motivationen beruhen können, zeigt sich eine Erhebung der Wahrnehmung von Verantwortung der verschiedenen Akteur*innen in den Dörfern als sinnvoll. Das Verständnis von Verantwortung und die wahrgenommene Bedeutung einer Mitverantwortung werden folgend erhoben, um anschließend Möglichkeiten der Sensibilisierung aufzugreifen. Um aufbauend problem- und projektbezogen über die Ausgestaltung der gemeinsamen Verantwortungsübernahme kommunizieren zu können, deutet sich ein gemeinsames Verständnis von Verantwortung als Basis der Dorfregionen als zielführend an. Hierfür ist zudem relevant wie die Verantwortungsstrukturen in den Dörfern bisher ausgestaltet sind, insbesondere im Zusammenspiel der Zurechnungsverantwortung und der ergänzenden Zuständigkeitsverantwortung. Eine Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen geht hierbei mit Rahmenbedingungen einher, die in Bezug auf die Dorfentwicklung und in Anlehnung an die theoretischen Erkenntnisse über die konditionalen und generischen Bedingungen bei der Übernahme von Verantwortung erfasst werden sollen. Weiterführend stellt sich die Frage, inwiefern schon Verantwortungsgemeinschaften in Dorfregionen bestehen und welchen Mehrwert sie haben. Möglichkeiten der Etablierung von Verantwortungsgemeinschaften sind hierbei genauso entscheidend wie die Ausge-

staltung der Zusammenarbeit und Kooperation der Akteur*innen.

Die betrachteten Ansätze zur Verantwortung werden in den Analyserahmen für die empirische Forschung aufgenommen, um das Verantwortungsverständnis, die Verantwortungsübernahme und Möglichkeiten von Verantwortungsgemeinschaften sowie Handlungsmotivationen zu erfassen.

Eine vertiefende Auseinandersetzung mit einer gemeinsamen Verantwortung der Akteur*innen für die Gestaltung des Lebensumfeldes und deren Ausgestaltung bettet sich zudem in das in der theoretischen Vorarbeit aufgegriffene Handeln der beteiligten Akteure im Rahmen informeller Planung, die Ausgestaltung der Partizipation und Entscheidungsfindung vor Ort sowie das vorhandene Engagement und die Motivation der Bürger*innen ein. Die Bewerbung und anschließende Durchführung von Dorfentwicklung wird als Ansatz gesehen, dass ein Wille zum gemeinsamen Handeln besteht (vgl. SCHOLLES 2008, S. 251). Dies braucht jedoch darüber hinaus eine Bereitschaft zu Veränderungen, welche sich u.a. durch die Haltung der kommunalpolitischen Ebene bezüglich der Ernsthaftigkeit der Zusammenarbeit verdeutlicht. Die Einbindung der Bürger*innen in transparente Entscheidungsfindungen von kommunaler Seite ist zentral für eine gelingende Kooperation. Die Planer*innen können diese methodisch mitgestalten, durch die Einbindung und Beteiligung der Bürger*innen. Sie können hierfür an dem Potenzial der Selbstorganisation und Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen ansetzen und eine eigenständige Lösungsfindung unterstützen, indem sie das Ermöglichen ebenso wie bestehende Grenzen thematisieren. Es verdeutlicht sich das Potenzial einer selbstbestimmten Mitverantwortung der Bürger*innen für die Gestaltung ihres Lebensraumes. Auf dieser aufbauend werden in der vorliegenden Forschung anknüpfungsfähige Aspekte für Strukturen der gemeinsamen Verantwortungsübernahme erhoben.

In der empirischen Forschung wird das Förderprogramm der niedersächsischen Dorfentwicklung als

Handlungs- und Aktionsrahmen herangezogen. Einschätzungen zur stattfindenden Partizipation und der Ausgestaltung des Dorfentwicklungsprozesses sollen erfasst und darauf aufbauend mögliche Ausgestaltungen gemeinsamer Verantwortungsstrukturen abgeleitet werden. Hierfür braucht es ein Bild der Wahrnehmung von Verantwortung und der Übernahme von Mitverantwortung der verschiedenen Akteur*innen vor Ort. Weiterhin soll in Anlehnung an die theoretischen Darstellungen der Bedingungen von Verantwortungsübernahme, diese in Bezug auf die Bürger*innen im Rahmen des Dorfentwicklungsprozesses überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die mögliche Ausgestaltung und Etablierung von Verantwortungsgemeinschaften soll aufbauend auf der Frage, welche Bedeutung Gemeinschaft und das Miteinander heute tatsächlich noch haben und wie die bestehenden Kooperationen ausgestaltet sind, erfasst werden. Ziel ist es, herauszu-

arbeiten, inwieweit die Dorfentwicklung einer neuen Ausrichtung in Bezug auf die Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen, ebenso wie auf neue lokale Verantwortungsstrukturen und damit einhergehende methodische Anpassungen bedarf. Hierfür steht die Perspektive der Planung im Fokus, ergänzt durch die Alltagsperspektive der Bürger*innen. Aufbauend auf den Darstellungen und theoretischen Erläuterungen wird ein Analyserahmen entworfen, der thematische Fokuse der Dorfentwicklung, der Gemeinschaft und des Miteinanders im Dorf sowie die Prozessgestaltung der Dorfentwicklung mit der methodischen Umsetzung und der stattfindenden Kooperation und Ausgestaltung der Entscheidungsfindung umfasst. Zentral sind weiterhin die Verantwortungswahrnehmung, die Verantwortungsübernahme und die unterschiedlichen Rollenverständnisse, die aufgegriffen werden.

6 Methodik

In der hier vorliegenden Dissertation steht die Weiterentwicklung des Förderprogramms Dorftentwicklung in Niedersachsen im Fokus der Forschung. Für die Erhebung der zukünftigen Entwicklung des Planungsinstruments wurde ein qualitativer Forschungsansatz gewählt. Die Bedeutung der qualitativen Forschung in der Geographie und Planung ist in den letzten Jahren erkannt worden und findet vermehrt Anwendung (vgl. ROTHFUSS und DÖRFLER 2013, S. 7).

Die Grundlage einer qualitativen Forschung zeigt sich in der paradigmatischen Verortung dieser sowie der Auseinandersetzung mit Gütekriterien, um die Qualität der Forschungsergebnisse zu gewährleisten.

„Qualitative Forschung hat den Anspruch, Lebenswelten «von innen heraus» aus der Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben. Damit will sie zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeit(en) beitragen und auf Abläufe, Deutungsmuster und Strukturmerkmale aufmerksam machen.“ (FLICK ET AL. 2010, S. 14)

Qualitative Forschung möchte für das Neue und Unbekannte offen sein oder auch das Unbekannte im scheinbar Bekannten finden (vgl. ebd. S. 14). Sie eignet sich für die vorliegende Forschung im Besonderen, da sie den Zugang auf die bestehenden komplexen Zusammenhänge über zwei verschiedene Perspektiven und ein exploratives Vorgehen ermöglicht. Zudem zeichnet sich qualitative Forschung durch eine Orientierung am Alltagswissen und Alltagsgeschehen aus (vgl. ebd. S. 24). Es ist durch sie möglich, ein differenziertes, genau beschriebenes Bild aus der Perspektive der interviewten Person zu rekonstruieren und die „subjektiven und sozialen Konstruktionen ihrer Welt“ zu berücksichtigen (vgl. ebd., S.17). Im Mittelpunkt des Interesses steht „die Sicht der Menschen in einer bestimmten sozialen Welt, deren Interessen, deren Absichten, deren Deutungen, deren Art zu kommunizieren.“ (REICHERTZ 2016, S. 114) Qualitative Forschung orientiert sich

am Besonderen, oftmals an Einzelfällen oder kleinen Fallzahlen (vgl. GLÄSER und LAUDEL 2010, S. 26), setzt am Individuellen an, mit dem Ziel, die volle Komplexität des Gegenstandes zu erfassen und zu verstehen (vgl. MAYRING 2015, S. 20). Sie lässt Raum für einen subjektiven bzw. differierten Sinn und hat den Forschungsauftrag des Verstehens (vgl. HELFFERICH 2011, S. 21). Unter Berücksichtigung dieser Darstellungen wird im Folgenden das Forschungsdesign dargelegt (Abb. 19).

Zusammenfassend wurden in der vorliegenden empirischen Forschung 14 Expert*inneninterviews mit 13 Planer*innen und einer*m Expert*in aus dem Bereich der Dorftentwicklung in Niedersachsen sowie Fokusgruppen in zwei ausgewählten Untersuchungsregionen durchgeführt. Die vorliegende Forschung konzentriert sich auf das Bundesland Niedersachsen mit den dort bestehenden Vorgaben bezüglich des Förderprogramms. Aus diesem Grund beschränken sich die Interviews vorwiegend auf Planungsbüros innerhalb Niedersachsens, die in der Dorftentwicklung tätig sind. Die 13 Planer*innen kamen aus zehn niedersächsischen Planungsbüros sowie einem von außerhalb, welches einbezogen wurde, da es für seine innovativen Ansätze in der Dorftentwicklung bekannt ist. Ein weiteres Expert*inneninterview ermöglichte einen umfassenden Überblick über das Planungsgeschehen sowie die Pilotprojekte in der niedersächsische Dorftentwicklung und wurde aus diesen Gründen ergänzt. Daran anschließend folgt die Auswahl der Dorfregionen als Untersuchungsstandorte im niedersächsischen Raum. Die Untersuchung der Dorftentwicklung in Niedersachsen begründet sich durch die bestehende Forschungslücke sowie einen guten Feldzugang aufgrund vorhandener Vernetzungen und Kontakte.

In Zuge der Forschung fand eine Methodentriangulation statt. Methodentriangulation bedeutet, dass der Forschungsgegenstand von zwei unterschiedlichen Perspektiven aus betrachtet wird, indem verschiedene methodische Zugänge gewählt werden (vgl. FLICK 2011, S. 11). Vorliegend fand eine Triangu-

Abb. 19: Forschungsdesign



Quelle: eigene Darstellung 2019

lation zweier verschiedener qualitativer Erhebungsmethoden statt: es wurden Expert*inneninterviews und Fokusgruppen durchgeführt. Die Triangulation soll einer Erkenntniserweiterung dienen, da an unterschiedlichen Ebenen angesetzt wird (vgl. ebd., S. 41f). Zudem sollen mit Hilfe der ausgewählten Erhebungsinstrumente unterschiedliche Perspektiven aufgegriffen werden, bedingt durch die Auswahl der Personen. Im Expert*inneninterview steht die Berufsgruppe der Planer*innen im Mittelpunkt, in den Fokusgruppen hingegen aktive Bürger*innen aus den Dorfregionen. Alle erhobenen Daten wurden

anschließend mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Kapitel 6.3) ausgewertet. Hierfür wurde ein theoriebasiertes Kategoriensystem entworfen und induktiv erweitert.

Gütekriterien qualitativer Forschung

In der qualitativen Forschung existieren verschiedene Strategien, um die Qualität des Forschungsprozesses und der Ergebnisse zu gewährleisten. Anders als in der quantitativen Forschung mit den klassischen Gütekriterien Reliabilität, Validität und

Objektivität, besteht in der qualitativen Forschung keine Einigung über qualitätssichernde Strategien (vgl. REICHERTZ 2016, S. 82; STEINKE 2010, S. 321).³¹ Die quantitativen Kriterien werden als nicht geeignet für die Bewertung qualitativer Forschungen angesehen, da sie auf anderen „Methodologien, Wissenschafts- und Erkenntnistheorien basieren“ (STEINKE 2010, S. 322).

In der qualitativen Forschung ist die Standardisierung begrenzt, weshalb eine Überprüfbarkeit nicht zielführend ist. Stattdessen ist für die Güte der qualitativen Forschung die intersubjektive Nachvollziehbarkeit zentral (vgl. REICHERTZ 2016, S. 82; STEINKE 2010, S. 324). Diese kann durch die genaue Dokumentation des Forschungsprozesses, konkreter die Darlegung des zugrundeliegenden Vorverständnisses, der Erhebungsmethoden, der Transkriptionsregeln, der verwendeten Daten und der Auswertungsmethoden, erreicht werden (vgl. STEINKE 2010, S. 326). Zudem sollte der ganze Forschungsprozess nach der Frage der Angemessenheit beurteilt werden (vgl. ebd., S. 327). Für die vorliegende Forschung wurde im Genaueren gefragt, ob die qualitative Vorgehensweise in Bezug auf die Fragestellung und die ausgewählte Methodik angemessen ist. In Bezug auf die Transkripte stellte sich die Frage nach der Lesbarkeit und Interpretierbarkeit in Hinblick auf die verwendeten Regeln. Die geeignete Auswahl der Untersuchungsfälle wurde in der Samplingstrategie hinterfragt. Abschließend war in Anlehnung an STEINKE (2010) die Angemessenheit

³¹ Anm.: Aus postmoderner Sicht wird generell gegen jedwede Art von Qualitätskriterien argumentiert, da es u.a. laut STEINKE (2010) nicht möglich sei, Kriterien auf ein festes Bezugssystem zu beziehen, ebenso wie aus einer sozial-konstruktivistischen Sicht „die Annahme, die Welt sei sozial konstruiert, nicht mit Standards für die Bewertung von Erkenntnisansprüchen vereinbar ist, da damit die Grundlage des sozialen Konstruktivismus verlassen werden“ (STEINKE 2010, S. 321). Weiterhin wird angeführt, dass Fragen nach Reliabilität und Validität obsolet werden, wenn der Graben zwischen der beobachteten Realität und der beobachtenden Person durch das Verfassen von Texten in Ich-Form überwunden wird (vgl. STEINKE 2010, S. 321). Diesen Positionen steht entgegen, dass ohne Bewertungskriterien Beliebigkeit und Willkürlichkeit in der qualitativen Forschung entstehen kann (vgl. STEINKE 2010, S. 322). Steinke plädiert dafür, breite Kernkriterien zu formulieren, die bei Bedarf auf die jeweilige Forschung zugeschnitten, konkretisiert oder auch modifiziert werden können.

der Bewertungskriterien und das Zusammenpassen von Erhebungs- und Auswertungsmethodik zu beurteilen. Mit der Beantwortung dieser Fragen konnte die richtige Indikation des Forschungsprozesses dargelegt und begründet werden.

6.1 Auswahl der Untersuchungsregionen

Für die Durchführung der Fokusgruppen bedurfte es einer Auswahl der Untersuchungsregionen, in denen diese Anwendung finden sollten. In Niedersachsen befinden sich 285 Dorfentwicklungsverfahren in der Förderung (vgl. NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 2019a). Aufgrund der Änderung der ZILE-Richtlinie (vom 01.01.2017) beschränkte sich die Auswahl der Dörfer auf die, die in der Fortschreibung des Förderprogramms als Dorfregion aufgenommen worden waren. Dies waren 19 Dorfregionen im Jahr 2016, zwölf Dorfregionen 2017 und 14 Dorfregionen 2018. Die Dorfregionen aus dem Jahr 2018 fielen aus der Auswahl heraus, da ihr Prozess für den Beginn dieser Arbeit zu spät startete. Um die verschiedenen Phasen des Dorfentwicklungsprozesses in die Forschung mit einbeziehen zu können, wurde festgelegt, dass die Untersuchungsregionen sich in verschiedenen Prozessphasen befinden sollen. Aus diesem Grund wurde es als zielführend erachtet, eine Dorfregion mit dem Verfahrensstart 2016 und eine mit dem Jahr 2017 auszuwählen. Weiterhin sollten unterschiedliche strukturelle und wirtschaftliche Ausgangslagen in den Untersuchungsregionen vorherrschen, um die Vielfältigkeit der möglichen Rahmenbedingungen mit einbeziehen zu können. Die in der Theorie aufgezeigte Heterogenität der Dörfer geht mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für die jeweiligen Planungsprozesse einher. Jede Dorfregion ist dabei in ihrer konkreten Ausgestaltung als unterschiedlich anzusehen und in ihren Besonderheiten zu betrachten. Eine Unterscheidungskriterium stellt die Strategie, die eine Region verfolgen möchte und welche die strukturellen Gegebenheiten vor Ort mit einbezieht, dar. Durch die Auswahl der zwei Dorfregionen wurde dementsprechend versucht, die Heterogenität in die Analyse miteinzubeziehen.

Für die konkrete Auswahl der Fallbeispiele, auf der Basis der eben genannten Bedingungen, wurde eine multiperspektivische Strategie verfolgt. Es wurden die Expert*innenmeinungen der interviewten Planer*innen berücksichtigt. Diese fungierten zum einen als Türöffner für die Regionen und ermöglichten weiterhin eine erste Einschätzung der bestehenden Thematisierung und Übernahme von Verantwortung in den denkbaren Regionen. Des Weiteren wurden die Regionen von der Forscherin vorab beichtigt. Als Untersuchungsregionen wurden letztendlich die Dorfregion von Bierde bis Wittlohe sowie die Dorfregion Rehburg-Loccum ausgewählt (siehe Kapitel 7). Durch die Planer*innen wurde der Feldzugang erleichtert. Personen für die Teilnahme an Fokusgruppen zu motivieren ist aufwendig und teilweise erfolglos aufgrund des großen Abstimmungsbedarfes. Der Zugang über die Planer*innen ermöglichte es, ein niedrigschwelliges und unkompliziertes Angebot für die Bürger*innen zu schaffen und eine Vertrauensbasis aufzubauen.

Methodisch wurde sich in den Untersuchungsregionen für die Durchführung von Fokusgruppen entschieden, diese sollten die Expert*inneninterviews mit Planer*innen ergänzen. Beide Methoden werden im Folgenden vorgestellt, ihre Auswahl wird begründet und die Vorgehensweise explizit und transparent dargelegt.

6.2 Erhebungsmethode qualitative Interviews

In der genaueren Betrachtung der Methodik der Interviewführung ist zwischen unterschiedlichen Formen an qualitativen Interviews zu unterscheiden. Die Auswahl wird durch das bestehende inhaltliche Forschungsinteresse beeinflusst (vgl. HELFFERICH 2011, S. 9). Das Forschungsinteresse der Dissertation beachtend, wurde sich für die Durchführung von Expert*inneninterview und die Nutzung eines Leitfadens für eine bessere Vergleichbarkeit der Interviews entschieden. Das Expert*inneninterview eignet sich, da hierdurch die verschiedenen Perspektiven der Planer*innen, die Dorfregionen in Niedersachsen betreuen, erfasst werden können. Neben dem Fachwissen können auch Einschätzungen

der Situationen vor Ort und Zukunftsvisionen abgefragt werden. Die Expert*inneninterviews werden in Anlehnung an BOGNER ET AL. (2014) verstanden, die die „Rekonstruktion subjektiver Deutungen und Interpretationen“ sowie die „Informationsgewinnung“ (in Anlehnung an GLÄSER und LAUDEL 2004) fokussieren (vgl. BOGNER ET AL. 2014, S. 2).

Bei der Durchführung von Interviews findet immer eine soziale Interaktion zwischen der interviewenden und der interviewten Person statt (vgl. MIEG und NÄF 2006, S. 6). Interviews zu geben, erfordert deshalb intellektuelle, kognitive und soziale Kompetenz, da sich den Erinnerungen bzw. der Wahrnehmung der eigenen Einschätzungen und eigenen Entscheidungen zugewendet werden muss, um diese neutral zu betrachten und im Hinblick auf die Erzählabsicht sowie die gestellte Frage zu sortieren, nach der Wichtigkeit zu bewerten und in sprachlich angemessene Form des Erzählens zu bringen (vgl. REICHERTZ 2016, S. 186). Vor dem Hintergrund des Bewusstseins über die sozialen Interaktionen wurde die Durchführung der Interviews genau dargestellt und an die Auswahl der Interviewpartner*innen angepasst. Um die Problematik der sozialen Interaktion auf den Wissensaustausch zu begrenzen, wurde sich im Vorhinein ausführlich Wissen zur Thematik durch Literatur- und Dokumentenrecherche angeeignet, die Auswahl der Expert*innen sorgfältig getroffen, ein Interviewleitfaden entwickelt und die Durchführung der Interviews genau dokumentiert.

Bei der Durchführung der Interviews wurde die Freiwilligkeit und die Anonymisierung (vgl. BOGNER ET AL. 2014, S. 89) herausgestellt. Für die vorliegende Forschung wird im Folgenden die Form der Interviews begründet, das Expert*innenwissen expliziert und das Sampling sowie die Anzahl der Interviews dokumentiert. Die Kontaktaufnahme sowie die Situation bei der Durchführung der Interviews werden dargelegt. Ebenso ergänzen die Betrachtung des Leitfadens sowie die aufgestellten Transkriptionsregeln die Dokumentation des Forschungsprozesses.

6.2.1 Das Expert*inneninterview

Für die Beantwortung der Forschungsfragen eignen sich Expert*inneninterview, da das Wissen der Planer*innen, ihre Erfahrungen und ihre Einschätzungen zur Thematik der Weiterentwicklung der Dorfentwicklung so erfasst und die Forschungsfrage aus der Perspektive der Planung beantwortet werden können. Zudem ermöglicht eine Leitfadenorientierung ein Zusammenbringen der verschiedenen Interviewergebnisse und gleichzeitig eine Offenheit Neuem gegenüber. Der genaue Forschungsprozess wird im Folgenden detailliert aufgezeigt und die eigene Position als Interviewerin reflektiert.

Das Expert*inneninterview lässt sich laut BOGNER ET AL. (2014) im Vergleich zu anderen Interviewformen nicht über die methodisch korrekte Durchführung definieren, sondern über die Expert*innen als Feld des Erkenntnisinteresses (vgl. BOGNER ET AL. 2014, S. 9). Expert*innen sind heute divers und ubiquitär vorhanden und beeinflussen die gegenwärtige Wissensgesellschaft maßgeblich. Unser Handeln beruht oftmals auf der „wissenschaftlichen Expertise“ und ist dadurch als abhängig von spezifischen Expert*innen statt als eher initiativ einzuschätzen (vgl. ebd., S. 10). Eine intensivere Auseinandersetzung mit den verschiedenen Rollen, zum einen den Expert*innenrollen und zum anderen der eigenen Rolle als Interviewer*in, ermöglicht die Erstellung eines geeigneten Leitfadens und eine angemessene Interviewsituation. „Experte´ beschreibt die spezifische Rolle des Interviewpartners als Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen Sachverhalte. Experteninterviews sind eine Methode, dieses Wissen zu erschließen.“ (GLÄSER und LAUDEL 2010, S. 12) BOGNER ET AL. (2014) stellen heraus, dass der Status als Expert*in über die Zuschreibung im Rahmen des bestehenden Forschungsinteresses und der bestehenden gesellschaftlichen Ansichten erfolgt (vgl. BOGNER ET AL. 2014, S. 11). Expert*innen verfügen nicht nur über ein spezifisches Wissen, sondern es ist auch die „soziale Wirkmächtigkeit“ von Bedeutung (vgl. ebd., S.13). Dies bedeutet, dass neben den bestehenden Wissensbeständen und Einschätzungen der

Expert*innen ihr Einfluss auf andere Akteur*innen und Strukturen, in denen diese handeln können, von Relevanz sind (vgl. ebd.). Weiterhin haben Expert*innen eine hohe Praxisrelevanz, da sie in der Lage sind, ihre eigenen Orientierungen einzubringen und dadurch, in Bezug auf einen definierten Bereich, mitzubestimmen, „aus welcher Perspektive und mithilfe welcher Begrifflichkeiten in der Gesellschaft über bestimmte Probleme nachgedacht wird“ (ebd., S. 15).

Für die vorliegende Forschung besteht das Ziel, Prozesswissen zu erfassen, welches persönliche Erfahrungen und Kenntnisse über Prozessabläufe und Interaktionen beteiligter Personen umfasst (vgl. ebd., S. 18). Aus diesem Grund stellen die Expert*inneninterviews die zentrale Methode im Forschungsdesign dar, die durch die Durchführung von Fokusgruppen ergänzt wird. Es wird das Ziel verfolgt, sich „Erklärungen, Begründungen und Zusammenhänge des Forschungsvorhabens“ (ebd., S. 22) durch die Expert*inneninterviews zu erarbeiten.

Expert*innen zeichnen sich oftmals durch eine „besondere, mitunter sogar exklusive Stellung“ (GLÄSER und LAUDEL 2010, S. 12) aus, wodurch sie über besonderes zu erschließendes Wissen verfügen. In einem Expert*inneninterview kann entsprechend vorausgesetzt werden, dass in Bezug auf das Umfeld der Expert*innen ein Wissensvorsprung besteht sowie ein privilegierter Zugang zu spezifischen Informationen über Personengruppen und Entscheidungsprozesse. Im Gegenzug setzt ein solches Interview jedoch auch ein gewisses Vorwissen bei den Interviewer*innen voraus, um zum einen angemessene Fragen stellen und zum anderen angemessen kommunizieren zu können. In einem Expert*inneninterview entsteht ein Kommunikationsprozess zwischen interviewender und interviewter Person. Dieser muss sich an bestimmte Regeln halten wie z.B., dass die befragte Person nicht antworten muss, es eine feste und anerkannte Rollenverteilung zwischen interviewender und interviewter Person gibt, sowie dass die fragenstellende Person den Dialog in Fokussierung auf ein bestimmtes Ziel führt (vgl. GLÄSER und LAUDEL 2010, S. 112).

Zudem muss das Erkenntnisinteresse in Fragen übersetzt werden, die dem kulturellen Kontext der Interviewpartner*innen angemessen sind (vgl. ebd.). Die Aussagen der Expert*innen hängen laut BOGNER ET AL. (2014) von den Zuschreibungen bezüglich der fachlichen Kompetenz der Interviewer*innen, den Folgen, die aus dem Interview erwartet werden, sowie der eigenen normativen Bewertung des Themas ab (vgl. ebd., S. 51). Dies unterscheidet sich bei der Person, die interviewt wird und zieht verschiedene Interaktionen mit sich bezüglich der möglichen Steuerung und Strukturierung des Interviews durch die Interviewer*in (vgl. ebd., S. 53). Ebenso spielt die Wahrnehmung der Interviewer*in bezüglich Alter, Habitus etc. eine Rolle bei den Aussagen der interviewten Person.

In Bezug auf die vorliegende Forschung, ist sich die Interviewerin dieser Zuschreibungen bewusst. Reflexiv lässt sich in Bezug auf die durchgeführten Interviews feststellen, dass großes Interesse an der Thematik und der wissenschaftlichen Betrachtung im Rahmen einer Promotion bestand. Der Interviewerin wurden fachliche Kenntnisse zugesprochen und auf diesen aufgebaut. Durch die Zusage der Anonymisierung wurde offen über die Regionen gesprochen und über viele Beispiele berichtet. Bei allen Interviews entstand eine angenehme Atmosphäre des Austausches und ein starkes gegenseitiges Interesse, welches sich unter anderem in vielen Nachfragen der interviewten Personen vor oder nach dem aufgezeichneten Interview verdeutlichte.

In der hier vorliegenden Forschung wurde sich für die Konzeption eines Leitfadens entschieden. Leitfadeninterviews bewähren sich mehrheitlich, wenn zur Erreichung des Forschungsziels in einem Interview verschiedene Themen angesprochen und auch „einzelne, genau bestimmbare Informationen erhoben werden“ (GLÄSER und LAUDEL 2010, S. 111) sollen. Der Einsatz eines Leitfadens bedarf theoretischer Vorüberlegungen und einer umfangreichen Literatur- und Dokumentenanalyse, um wichtige Begriffe und Konzepte des Forschungsfeldes zu beherrschen und ein sensibilisierendes Konzept als Entwicklungsgrundlage für den Leitfaden zu entwerfen (vgl. MAYER 2013, S. 43). Forschungsziele

und -fragen sollte immer präsent sein und bei der Leitfadenerstellung im Blick behalten werden. Für die Strukturierung des Leitfadens ist es zunächst zielführend, die verschiedenen Dimensionen der Forschungsthematik zu verdeutlichen (vgl. BOGNER ET AL. 2014, S. 27).

In der vorliegenden Forschung wurde das Thema Dorfentwicklung in Niedersachsen als Ausgangspunkt identifiziert. Aufbauend auf der übergeordneten Forschungsfrage zeigten sich die drei Themenblöcke als relevant: „thematische Fokusse in der Dorfentwicklung“, „Methodik“ und „Verantwortung“. Diesen wurden weitere Themen für Nachfragen zugeordnet, die sich durch den Stand der Forschung und den zugrundeliegenden theoretischen Forschungsrahmen begründen lassen.³²

In Anlehnung an die in Kapitel 3 dargestellte Entwicklung des Förderprogramms hinsichtlich der Partizipation und dem veränderten Stellenwert der Bürger*innen, sowie der aktuellen Forschung zum Wert von Gemeinschaft, soll durch die Expert*inneninterviews die Relevanz der Gemeinschaft und das Potenzial des gemeinsamen Gestaltens der Bewohner*innen erfasst werden. Ebenso soll die mögliche zukünftige thematische Entwicklung eruiert werden. In Bezug auf die Entwicklung der Planung (vgl. Kapitel 2.3) und der Beteiligung an der Dorfentwicklung (vgl. Kapitel 3.3) wird deutlich, dass es bisher keine Operationalisierung von den in der Dorfentwicklung verwendeten Methoden gibt. Die Expert*inneninterviews haben das Ziel, nach einer Anpassung des methodischen Prozesses, hinsichtlich der Fokussierung auf die stärkere Einbindung der Bürger*innen und die Übernahme von Verantwortung zu fragen. Es soll eine Ergänzung der Methodik unter Einbeziehung der Verantwortungsthematik aus den Vorschlägen und Erkenntnissen der Expert*innen abgeleitet werden. Ebenso soll das Thema Verantwortung fokussiert werden. Das Begriffsverständnis von Verantwortung wird erfragt, da es einerseits als trivial wahrgenommen wird und jede*r etwas damit assoziiert, andererseits jedoch Forschungsbedarf insbesondere an der Wahr-

³² Siehe Anhang A1: Konzept der Dimensionen

nehmung und dem Begriffsverständnis aus den verschiedenen Perspektiven heraus besteht. Die Ausgestaltung und Wahrnehmung von Verantwortungsstrukturen in Dorfregionen wird fokussiert, da hier eine Forschungslücke (vgl. Kapitel 1.2) identifiziert wurde. In den Expert*inneninterviews soll insbesondere der Bezug von Verantwortung im Verhältnis zu den Rollen der Akteur*innen, der Aufgabenverteilung und der Zusammenarbeit erfragt werden. Auf dieser Darstellung der Ist-Situation von Verantwortungsstrukturen in den Dorfregionen aufbauend, soll der Begriff Verantwortungsgemeinschaft erfasst werden.

Leitfragen ermöglichen es, das Erkenntnisinteresse zu strukturieren. Die Entwicklung eines Leitfadens gestattet, die theoretischen Vorüberlegungen hinreichend zu berücksichtigen und das Prinzip der Offenheit zu gewährleisten. Diesem wird Folge geleistet, indem die Formulierungen der Fragen ermöglichen, dass die Interviewten nach ihrem Wissen und ihren Interessen antworten können (vgl. GLÄSER und LAUDEL 2010, S. 121). Die Offenheit ist besonders wichtig, um das Interview keinesfalls zu einem Frage-Antwort-Dialog zu verkürzen, während die theoretischen Vorüberlegungen eine Fokussierung ermöglichen und ein weitreichendes Informationsinteresse über Nebensächlichkeiten verhindern (vgl. MAYER 2013, S. 43).

6.2.2 Die Leitfadenerstellung

Die Erstellung des Leitfadens wurde in Anlehnung an das SPSS-Prinzip von CORNELIA HELFFERICH (2009) vorgenommen (vgl. HELFFERICH 2011, S. 182). Nach den vier Aspekten Sammeln, Prüfen, Sortieren und Subsumieren wurde ein Leitfaden entworfen, der das aufgearbeitete theoretische Vorwissen sowie die „implizierten Erwartungen an die von den Interviewten zu produzierenden Erzählungen“ (ebd. S. 182) bewusst immer wieder wahrnimmt und einbezieht. Aufbauend auf einer großen generierten Sammlung an Fragen, wurden diese auf ihre Relevanz und Offenheit geprüft sowie Faktenfragen aussortiert. Die Offenheit der Fragen gewährleistet einen Erzählfluss der interviewten Personen. Es

entstand ein Leitfaden,³³ der nach Themenblöcken strukturiert und jeweils durch eine Erzählaufforderung eingeleitet wurde.

- Der erste Block dient als „Informations- und Aufwärmphase“. Er umfasst Themen wie den Datenschutz, die Anonymisierung, das Thema des Interviews und den eignen Hintergrund als Forscherin.
- Der zweite Block („Einstieg“) bietet mit einer Erzählaufforderung einen thematischen Einstieg für die Interviewpartner*innen und soll sie in die aktive Rolle als Erzähler*in versetzen.
- Der dritte und vierte Block fokussieren die inhaltliche Schwerpunktsetzung auf die Themen Prozesswahrnehmung und gemeinsame Verantwortungsübernahme.

Nach der Fertigstellung des Leitfadens wurde ein Pretest durchgeführt, um den Leitfaden hinsichtlich seiner Verständlichkeit zu testen und bei Bedarf anzupassen (u.a. vgl. BOGNER ET AL. 2014, S. 34; MEYER 2013, S. 45). Der Pretest wurde mit einer außenstehenden Person durchgeführt und anschließend sprachlich leicht verändert. Zudem wurde der Leitfaden nach den ersten zwei Interviews mit Expert*innen sprachlich angepasst. Da der Leitfaden als vorläufige Annahme gehandhabt wurden (vgl. MAYER 2013, S. 46), war eine bedarfsgeleitete Anpassung des Leitfadens möglich und zielführend.

6.2.3 Die Auswahl der Expert*innen und die Durchführung der Interviews

Die Auswahl der Expert*innen sollte sich an der Forschungsfrage sowie vorhandener zeitlicher und personeller Ressourcen orientieren (vgl. BOGNER ET AL. 2014, S. 34). Aus diesem Grund wurde ein Zeitfenster von drei Monaten für die Durchführung gesetzt. Fokus der Untersuchung war es, die Perspektive der Planer*innen auf die Forschungsthematik genauer zu erfassen. In diesem Zuge wurden nur Expert*innen ausgewählt, die Dorfentwicklungsmaßnahmen betreuen. Da sich die Richtlinien in den einzelnen Bundesländern teilweise stark un-

³³ Siehe Anhang A2: Leitfaden Expert*inneninterviews

terscheiden, wurde sich auf den niedersächsischen Raum begrenzt. Im Zuge des Samplings wurden über eine Internetrecherche geeignete Planungsbüros eruiert und die dortigen Kontaktpersonen ermittelt. Im Zuge der Interviewphase wurden nach dem Schneeballprinzip weitere Personen durch Empfehlungen befragter Personen identifiziert (vgl. ebd., S. 35). Insgesamt wurden 13 Planer*innen aus elf Büros interviewt. Ein Großteil der in Niedersachsen im Bereich Dorfentwicklung agierenden Planungsbüros war durch diese vertreten. Ein Planungsbüro befand sich außerhalb Niedersachsens. Durch die innovativen Ansätze dieses Büros (auch) in der Dorfentwicklung wurde sich ein Mehrwert für das niedersächsische Programm erhofft. Ergänzend wurde zudem ein Interview mit einer Person geführt, die durch ihre Tätigkeit einen übergeordneten Blick auf die Dorfentwicklung in Niedersachsen und die Ausgestaltung durch die Planer*innen sowie die zukünftige Ausrichtung des Förderprogramms ermöglichte. Die Anzahl der Interviews begründet sich zum einen durch das gesetzte Zeitfenster, zum anderen trat eine inhaltliche Sättigung auf – es kamen kaum neue Informationen hinzu.

Alle Expert*innen wurden telefonisch angefragt und stimmten mit einer Ausnahme zu, wobei hier auf eine geeignetere Interviewperson verwiesen und der Kontakt hergestellt wurde. Zwei weitere Büros wurden leider nicht erreicht bzw. eine Rückmeldung blieb aus. Als Zugangsbarrieren (vgl. ebd., S. 38) wurden hier wenig verfügbare Zeit oder kein Interesse am Forschungsprojekt festgestellt. Alle Interviews wurden persönlich und vor Ort an den jeweiligen Arbeitsplätzen der zu interviewenden Person geführt. So wurde der zeitliche Aufwand für die Interviewten möglichst geringgehalten und die Gesprächsgestaltung in einer natürlichen Atmosphäre ermöglicht. Einige Interviewpartner*innen fragten vorab, ob sie sich vorbereiten müssten oder einen Leitfaden zur Verfügung gestellt bekommen würden. Nach der Versicherung durch die Interviewerin, dass keine Vorbereitung notwendig wäre, waren alle damit einverstanden, das Interview ohne vorherige Sichtung der Fragen zu bestreiten. Dies war wichtig, um die Assoziationen zum Begriff Verant-

wortung in der Dorfentwicklung zu erfragen, ohne dass die interviewten Personen die weiteren Nachfragen kannten und sich möglicherweise an diesen hätten orientieren wollen. Die Dokumentation der Interviews erfolgte mit Hilfe eines digitalen Aufnahmegepärs. Die Interviewteilnehmer*innen bekamen eine schriftliche Anonymisierungszusage und Datenschutzerklärung der Interviewerin vorgelegt und unterschrieben im Gegenzug eine Einwilligungserklärung für die Verwendung und Veröffentlichung des Materials im Rahmen der Dissertation in anonymisierter Form. Die Interviews dauerten im Schnitt circa 50 Minuten. Nach jedem Interview wurde ein kurzes Interviewprotokoll angefertigt, um Rahmenbedingungen, Besonderheiten und die Gesprächssituation zu protokollieren. Die Audioskripte wurden vollständig transkribiert.

6.2.4 Die Transkription

Für Transkriptionen von qualitativen Interviews gibt es bislang keine allgemein akzeptierten Regeln (vgl. GLÄSER und LAUDEL 2010, S. 193), zudem diese auch vom Erkenntnisinteresse abhängig sind. In Anlehnung an bestehende Vorschläge zu Transkriptionsregeln (vgl. ROSENTHAL 2015; GLÄSER und LAUDEL 2010) wurden im Folgenden eigene Regeln aufgestellt, dokumentiert und im Forschungsprozess konsistent angewandt. GLÄSER und LAUDEL (2009) betonen (Tab. 2), dass die Genauigkeit der Transkription vom Untersuchungsziel abhängt (vgl. GLÄSER und LAUDEL 2010, S. 193). Insbesondere ist zu unterscheiden, ob das inhaltlich Gesagte im Vordergrund steht oder auch relevant ist, wie etwas gesagt wird. Da für die hier durchgeführte Untersuchung der Inhalt im Vordergrund steht, werden Pausen, Lachen, Stottern und paraverbale Äußerungen wie „ähm“ nur festgehalten, wenn es für das inhaltliche Verständnis notwendig erscheint, da sie einer Aussage eine andere Bedeutung geben würden. Es wird eine Standardorthografie festgehalten und „keine literarische Umschrift“ (ebd., S. 194) verwendet, um die Leserlichkeit der Transkripte zu erhöhen.

Um die Anonymisierung der Transkripte zu gewährleisten, wurde mit Codes gearbeitet. IP 1-14 sind

Tab. 2: Transkriptionsregeln

((lachen))	Nicht verbale Äußerungen
„“	Besonderheiten bei Antworten
(00:14-00:25)	Unterbrechungen des Gesprächs
()	Unverständliche Passagen; Länge der Klammer entspricht Dauer der Äußerungen
-	Abbruch eines Wortes oder einer Äußerung
Fett	besonders laute Betonung

Quelle: eigene Darstellung 2019 in Anlehnung an GLÄSER und LAUDEL 2009

die interviewten Personen – ortsbezogene Darstellungen oder benannte Personen in den Transkripten wurden durch fiktive Namen ersetzt. In den Fokusgruppen wurde dies ebenso gehandhabt, wie die Codes FG1 und FG2, die zur Unterscheidung der beiden Regionen verwendet wurden.

6.3 Auswertung – die qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz

Die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse angelehnt an KUCKARTZ (2018) ist eine „kategorienbasierte Methode zur systematischen Analyse qualitativer Daten“ (KUCKARTZ 2018, S. 6) und wird als angemessen für die Auswertung der vorliegenden empirischen Daten erachtet. Ziel der Analyse ist es, herauszufinden:

- inwieweit sich die Dorfentwicklung in Niedersachsen verstärkt mit dem Thema gemeinsame Verantwortungsübernahme auseinandersetzen müsste,
- inwieweit es eine stärkere Fokussierung auf die Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Dorfgemeinschaft und eine Verantwortungsübernahme dieser braucht,
- was Verantwortung aus den verschiedenen Perspektiven definiert (in der Praxis),
- wie Verantwortungsstrukturen bisher ausgestaltet sind,
- wer relevante Akteur*innen in der Dorfentwicklung sind und wie ihre Verantwortung aussieht,
- was der Mehrwert von neuen Verantwortungs-

strukturen ist und wie diese konkret ausgestaltet sein könnten,

- welche Rolle Planungsmethoden für die Unterstützung von Verantwortungsstrukturen spielen und wie sich der Planungs- und Umsetzungsprozess hierfür verändern müsste und
- welche Bedeutung Verantwortungsgemeinschaften als Kooperationsformen spielen könnten.

Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen das Verständnis von und der Umgang mit Verantwortung, die Überprüfung eines vermuteten Mehrwerts sowie die Frage, wie gemeinsam Verantwortung übernommen werden könnte.

Die qualitative Inhaltsanalyse eignet sich in diesem Forschungsdesign als Auswertungsmethode, da sie eine systematische und gleichzeitig umfassende Auswertung, sowohl der Interview-Transkripte als auch der Fokusgruppen-Transkripte ermöglicht (vgl. ebd., S. 98). Sie ist vorrangig auf die inhaltlichen Aussagen ausgerichtet und agiert theoriegeleitet, was dem Untersuchungsziel entspricht. Aufgrund der vorher festgelegten, klaren Interpretationsregeln ist eine Überprüfung und Nachvollziehbarkeit möglich. Des Weiteren ist die qualitative Inhaltsanalyse eine schlussfolgernde Methode, die Textteile nicht isoliert, sondern als eingebettet in den Sinnzusammenhang und die Gesamteinschätzung des Textes sieht, wodurch interpretative Rückschlüsse auf Aspekte der transkribierten Kommunikation, wie Wirkungen oder Absichten, möglich sind.

Im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse werden die zu analysierenden Texte systematisch reduziert und entsprechend des Untersuchungsziels strukturiert. Hierzu bedarf es eines Kategoriensystems. Dieses kann a-priori aus der Theorie und dem bestehenden Vorwissen heraus, oder induktiv am empirischen Material gebildet werden. Bei einem deduktiven Kategoriensystem kann eine induktive Ergänzung stattfinden, wenn sich am Material zeigt, dass Kategorien nicht trennscharf genug sind oder Kategorien fehlen (vgl. ebd., S. 71). Ebenso ist es möglich, eine Mischform der Kategorienbildung zu wählen. Hierbei wird mit einer überschaubaren Anzahl A-priori-Kategorien begonnen, die aus den Forschungsfragen und der Theorie abgeleitet werden. Diese ersten Kategorien können als Suchraster für die Texte verwendet werden, um anschließend anhand der entsprechenden Textteile induktiv Subkategorien als Ergänzung zu bilden. Bei Bedarf können neue Hauptkategorien gebildet werden (vgl. ebd., S. 95). Diese Möglichkeit fand in der vorliegenden Forschung Verwendung. Der theoriebasierte Interviewleitfaden wurde als Ausgangspunkt für die Erstellung eines deduktiven Kategoriensystems genommen, welches anschließend unmittelbar am Material weiterentwickelt wurde (vgl. ebd., S. 72).

KUCKARTZ (2018) bezieht sich bei der Kategorienbildung im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse

mit der Paraphrasierung und Zusammenfassung auf MAYRING (2015). Weiterhin bezieht er die Ansätze der Grounded Theory (dazu u.a. vgl. STRAUSS und CORBIN 2010 und GLASER und STRAUSS 1998) mit ein. Er selbst plädiert für die Freiheit, unterschiedliche Wege zu wählen und präsentiert eine Guideline (Abb. 20) (vgl. KUCKARTZ 2018, S. 83)

Aufbauend auf der Forschungsfrage wurde zunächst das Ziel der Kategorienbildung bestimmt. Das zentrale Ziel der vorliegenden Forschung besteht in der Fokussierung der gemeinsamen Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen, die kommunalpolitische Vertretung und die Verwaltung vor Ort, unter Einbezug der Perspektiven der Planung und der aktiven Bürger*innen. Es soll aufgezeigt werden, ob sich die Dorfentwicklung in Niedersachsen verstärkt mit der Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Dorfgemeinschaft und der gemeinsamen Verantwortungsübernahme auseinandersetzen sollte. Von Interesse sind auch die Wahrnehmung und das Verständnis von Verantwortung der verschiedenen Akteur*innen, ebenso wie die bisherige Ausgestaltung von Verantwortungsstrukturen in den Dorfgemeinschaften. Als Resultat der Forschung wird angestrebt, aufzuzeigen, was der Mehrwert anderer Verantwortungsstrukturen, bzw. von einer Verantwortungs-gemeinschaft wäre und wie diese konkret ausgestaltet sein könnten. Ebenso soll herausgearbeitet werden,

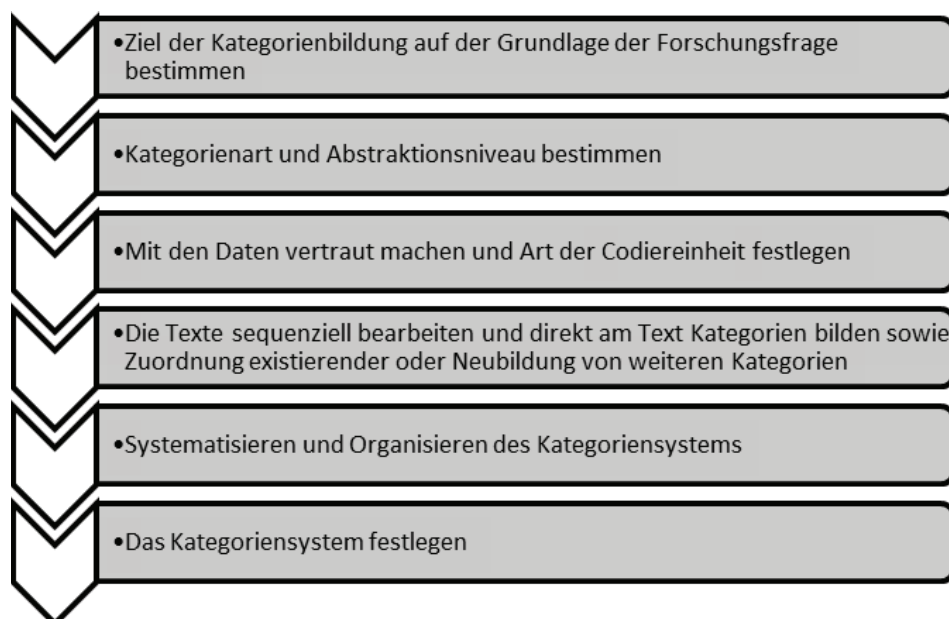


Abb. 20:
Guideline zur Erstellung
eines Kategoriensystems

Quelle: eigene Darstellung 2019 in Anlehnung an KUCKARTZ 2018, S. 83

welche Rolle Planungsmethoden für die Unterstützung von Verantwortungsstrukturen spielen und wie sich der Planungs- und Umsetzungsprozess hierfür verändern müsste.

Zu Beginn der Kategorienbildung wurden a-priori Kategorien gebildet, die nach den ersten Codier-Probendurchläufen durch induktiv gebildete Subkategorien ergänzt wurden. Für die Analyse wurden zunächst folgende A-priori-Kategorien herangezogen: Thematische Fokusse der Dorffentwicklung, Gemeinschaft des Dorfes, Prozessgestaltung/Partizipation, Verantwortungswahrnehmung, Verantwortungsübernahme, Rollenverständnis.

Zu Beginn der Auswertung wird sich ein Überblick über das vorliegende Material – hier die vollständig transkribierten Interviews – verschafft. Als Methode wurde zunächst die initiiierende Textarbeit gewählt, die ein Lesen des kompletten Transkriptes beinhaltet, um den subjektiven Sinn zu erfassen (vgl. ebd., S. 56). Erste Eindrücke wurden in Stichpunkten für jedes Transkript festgehalten. Nach der ersten Durchsicht wurden die Transkripte sequenziell bearbeitet und nach den bisher bestehenden A-priori Kategorien codiert. Als Codiereinheiten wurden zudem nicht einzelne Wörter sondern Sinneinheiten als zielführend angesehen. An den jeweiligen Textstellen wurde überprüft, ob es einer induktiven Bildung von Subkategorien bedarf. Auch die Bildung ganz neuer Kategorien war möglich. Die entwickelten Kategorien wurden systematisiert und organisiert, indem die Differenziertheit bestimmt wurde. Das Kategoriensystem wurde festgelegt und noch einmal am Material auf seine Sättigung überprüft. Wichtig ist die Vollständigkeit des Kategoriensystems und die trennscharfe Abgrenzung zu anderen Kategorien sowie die Kohärenz und Plausibilität des Kategoriensystems als Ganzes (vgl. ebd., S. 70f). Als Abstraktionsniveau ist festzuhalten, dass so nah an den Formulierungen der Akteur*innen geblieben wird, wie es sich in der Zusammenführung der Daten aller Interviews und Fokusgruppen anbietet.

Für die vorliegende Dissertation wurde konkret die inhaltlich strukturierende, qualitative Inhaltsanaly-

se (vgl. ebd., S. 97) herangezogen (Abb. 21), da sich diese nicht nur auf verschiedene Interviewformen, sondern auch gut auf Fokusgruppen anwenden lässt (vgl. ebd., S. 98). Sie stellt ein mehrstufiges Verfahren der oben erläuterten Kategorienbildung und Codierung dar, in der das ausdifferenzierte Kategoriensystem immer wieder am Material überprüft wird, bis die Vollständigkeit und trennscharfe Abgrenzung der einzelnen Kategorien gewährleistet ist.

Abb. 21: Phasen der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse



Quelle: KUCKARTZ 2018, S. 100

Während der Überprüfung des Kategoriensystems am Material können zudem schon erste Hinweise zur späteren Analyse und Visualisierung entstehen. Neben den Ergebnissen der einzelnen Hauptkategorien und der Subkategorien, die vorgestellt werden, erfolgt in der späteren Auswertung eine Analyse der Zusammenhänge der Subkategorien mit ihrer Hauptkategorie. Hierauf aufbauend werden zudem die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Hauptkategorien analysiert (vgl. ebd., S. 117ff). Erste Hinweise wurden notiert.

Auf Grundlage der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse wurde das Kategoriensystem in drei Durchläufen am Material überprüft und verändert, bis es als vollständig und mit klarer Abgrenzung der einzelnen Kategorien eingeschätzt wurde. Zunächst wurden die A-priori-Kategorien, die sich aus dem

verwendeten Interviewleitfaden sowie dem theoretischen Rahmen der Dissertation begründeten, herangezogen.

Exkurs: die theoriebasierte Begründung der A-priori-Kategorien

Die Kategorie **Neue Themen und Ideen** wurde erstellt, um die thematische Weiterentwicklung des Förderprogramms der Dorfentwicklung in Niedersachsen zu untersuchen. Aufbauend auf der Entwicklung der Partizipation und auch der thematischen Schwerpunktsetzung des Förderprogramms in den letzten Jahren (vgl. Kapitel 3) wird von einigen Autor*innen eine neue Ausrichtung bzw. Weiterentwicklung gefordert, insbesondere hinsichtlich der Prozessorientierung und sozialer Komponenten und Strategien (vgl. DEHNE 2010, S. 120; KARWEIK 2009, S. 29). Ziel dieser Verschiebung ist es, die innovative und experimentelle Kraft des Förderprogramms, insbesondere hervorgerufen durch die Bürger*innen, zu stärken. In diesem Sinne wird die **Gemeinschaft des Dorfes** mit ihrem Potenzial der Selbstgestaltung des Lebensraumes als weitere Kategorie herangezogen. Nicht nur KRAMBACH (2010) stellt heraus, wie wichtig diese Potenziale der Menschen vor Ort sind, auch NOWOTNY (1992) betont, dass eine Stärkung der Dorfgemeinschaft, des sozialen Miteinanders und des eigenverantwortlichen Aktivwerdens stärker gefördert werden sollten. Da die Ausgestaltung von Dorfgemeinschaften wissenschaftlich unterschiedliche Definitionen umfasst, wird die Kategorie zudem herangezogen, um die Rolle der Gemeinschaft und die Bedeutung, die ihr beigemessen wird, zu erfassen. In der Forschungsfrage wird die Weiterentwicklung der Planungsmethode aufgegriffen. Unter der Kategorie **Prozesswahrnehmung/Partizipation** wird erhoben, welche Methoden bisher von den Planer*innen eingesetzt werden im Rahmen der Dorfentwicklung. Zudem werden die Wahrnehmung des Prozesses sowie Ideen zu Veränderungen und Grenzen in Bezug auf bestehende Herausforderungen und den Rahmen der Dorfentwicklung aufgegriffen. Die Notwendigkeit der methodischen Weiterentwicklung zeigt sich nicht nur, wenn neue Themen wie Verantwortung verstärkt

etabliert werden sollen, sondern auch in der Entwicklung der Partizipation im Förderprogramm (vgl. Kapitel 3) und den Möglichkeiten, die dort gesehen werden (vgl. SELLE 2010, S. 358). Dies aufgreifend wird auch die bestehende Partizipation in die Kategorie mit eingebunden und der Entscheidungsprozess sowie die bestehenden Handlungs- und Möglichkeitsräume, die im Prozess gesehen werden, reflektiert. Der Fokus der Dissertation liegt auf dem Thema Verantwortung. Um dieses zu fassen, wurde u.a. die Kategorie **Verantwortungswahrnehmung** herangezogen. Das Ansinnen der Kategorie ist es die Eigenverantwortung und die Verantwortung, die bei anderen gesehen wird, zu erfassen, um anschließend ein Begriffsverständnis abzuleiten. Die fehlende Unterscheidung bei der Wahrnehmung von Verantwortung von Bürger*innen und der Kommune wird u.a. von STEINFÜHRER (2015) thematisiert. In der Kategorie **Verantwortungsübernahme** geht es darum, wie Verantwortung übernommen wird und wer sie übernimmt. Um Verantwortung übernehmen zu können, spielen die Kompetenzen eine große Rolle (vgl. HEIDBRINK 2017b) und der Ausbau dieser durch Bildungsmaßnahmen und Entwicklung von Fähigkeiten (vgl. HARTEISEN und EIGNER-THIEL 2016; MAGEL ET AL. 2010). Die Thematisierung dieser soll ebenfalls mit der Kategorie erfasst werden. Da die Frage nach veränderten Verantwortungsstrukturen beantwortet werden soll, werden bestehende Verantwortungsstrukturen erhoben. Für die zukünftige Ausgestaltung von Verantwortungsstrukturen wurde in Anlehnung an die Erfahrungen aus der Planung vermutet, dass die Ansprache und Motivation der Bürger*innen, Mitverantwortung zu übernehmen (vgl. STEINFÜHRER 2015, S. 14), und die Verstetigung eine relevante Rolle spielen, sodass die bestehenden Ansätze ebenso wie die Ideen dazu in die Kategorien aufgenommen werden. Zudem hat sich in der Theorie der Begriff der Verantwortungsgemeinschaft gezeigt, als Möglichkeit gemeinsam Verantwortung zu übernehmen (vgl. KIEHLBREI und MAGEL 2012, S. 327; RITZINGER 2011, S. 88). Durch den Einbezug dieser in die Kategorie Verantwortungsübernahme soll die Zusammenarbeit und die gemeinsame Verantwortungsübernahme aufge-

zeigt bzw. ein Begriffsverständnis erhoben werden. Weiterführend ist für die Übernahme von Verantwortung das eigene Rollenverständnis relevant. Da die Planer*innen den Prozess stark beeinflussen (vgl. SELLE 2014), wird ihre Selbstbild in der Kategorie **Rollenverständnis als Planer*innen** erfasst, ebenso wie ihre Einschätzung der Rollen weiterer Akteur*innen.

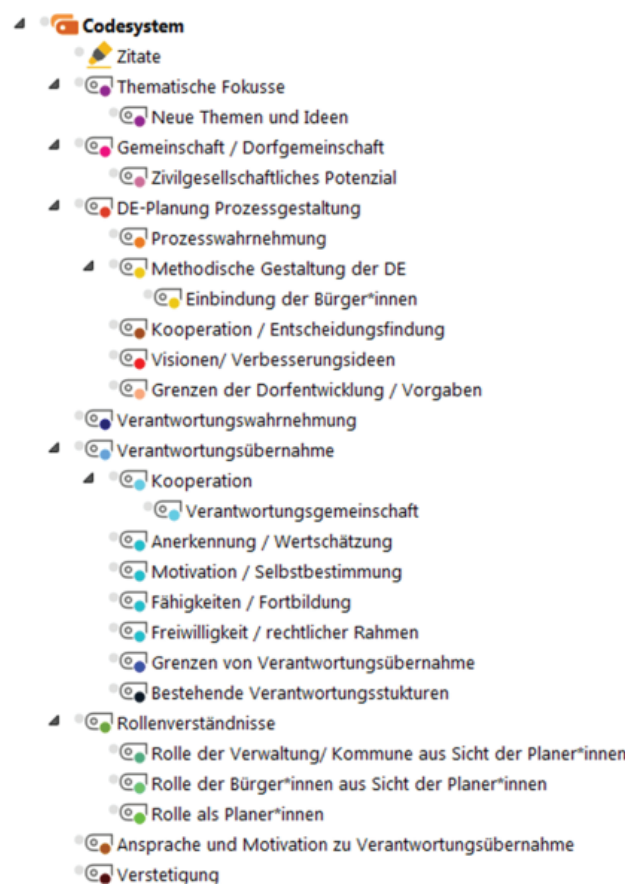
Weiterführende Auswertung

Nach dem Lesen der vollständigen Transkripte wurden in einem ersten Codier-Durchlauf circa 20 Prozent der Interviews nach den A-priori-Kategorien codiert, um einen Überblick über das Material zu bekommen. Der Entwurf des Kategoriensystems wurde angepasst, indem weitere Hauptkategorien ergänzt wurden. Zudem wurden die codierten Textabschnitte der jeweiligen Hauptkategorien näher analysiert und induktive Subkategorien gebildet. Dieses vorläufige Kategoriensystem wurde wieder an einem Teil des Materials in Bezug auf seine Sättigung sowie die trennscharfe Abgrenzung der Kategorien untereinander getestet. Nach einer weiteren Anpassung des Kategoriensystems fand ein neuer Materialdurchlauf statt. (s. Abb. 22). Das fertig gestellte Kategoriensystem umfasst eine inhaltliche Beschreibung jeder Kategorie, ihre Anwendung sowie die Abgrenzung zu anderen Kategorien³⁴ (vgl. KUCKARTZ 2018, S. 67).

Die Transkription und Analyse der vorliegenden Daten erfolgte computergestützt durch die Analysesoftware MAXQDA³⁵. Diese ermöglichte, Code-Memos und Kommentare zur Unterstützung bei der Kategoriererstellung und Auswertung zu nutzen. Vorteil der Softwarenutzung war, dass bei der Neusortierung des Kategoriensystems die Codes mit den jeweils codierten Textstellen verbunden blieben und so systematisiert und zusammengefasst werden können, ohne dass die Verknüpfung mit dem Ursprungstext verschwand (vgl. KUCKARTZ 2018, S. 178). Zudem war es möglich über das Analysetool

des Programms sogenannte summery grids zu erstellen, in denen die Inhalte der einzelnen Codes in eigenen Worten zusammengefasst wurden. In der Auswertung und Darstellung der Ergebnisse wurden diese als Ausgangsbasis genutzt und ermöglichten es, durch ihre Verknüpfung mit dem Originaltext im Transkript jederzeit auch auf die Ursprungsquelle zurückzugreifen.

Abb. 22: Codesystem zur Auswertung der Interviews der Planer*innen



Quelle: eigene Darstellung 2019

6.4 Fokusgruppen

Die vorliegende Arbeit legt den Schwerpunkt auf einen qualitativen Forschungsansatz, da individuelle Erklärungsmuster, Meinungen und alltagsweltliche Vorstellungen erfasst werden sollen (vgl. MARG 2013, S. 72). Grundsätzlich lässt sich die qualitative Methode der Fokusgruppen dadurch charakterisieren, dass mehrere Personen zu einer moderierten Diskussionsrunde mit einem vorgegebenen Thema eingeladen werden, mit dem Ziel, untereinander zu

³⁴ Siehe Anhang A3: Kategorien und Codes: ihre Anwendung und Abgrenzung

³⁵ Verwendet wurde MAXQDA Plus 2018

interagieren (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 50). Fokusgruppen eignen sich durch ihre spezifische Perspektive, insbesondere wenn die dynamische Interaktion der Teilnehmenden im Mittelpunkt steht (vgl. ebd., S. 19). Der stattfindende Austausch während der Diskussion ermöglicht es, einen Zugang zu Motiven, Werthaltungen und Wünschen zu bekommen (vgl. ebd., S. 22). Das zentrale Element einer Fokusgruppe zeigt sich in der Kombination eines durch die forschende Person eingebrachten Themas mit der folgenden Interaktion in der Gruppe.

Fokusgruppendifkussionen fanden ursprünglich vor allem im Bereich der Marktforschung im US-amerikanischen Raum Anwendung. Erst allmählich etablierten sie sich vermehrt in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Merton und Kendall (1946) wandten die Methodik im Rahmen der Forschung über Propagandafilme an (vgl. MERTON und KENDALL 1946), was aber nicht zum großen Durchbruch der Methodik führte. In den 50er Jahren diskutierten Pollock (1955) und Mangold (1960) Fokusgruppen als Methode in Deutschland (vgl. MANGOLD 1960; BÖHM und POLLOCK 1955), sie etablierte sich jedoch zunächst nicht. Erst mit Blick auf die Beliebtheit bei der Durchführung von Fokusgruppen in den USA wurde auch in Deutschland ein neuer Fokus auf die Weiterentwicklung der Methode gelegt. Heute kann von den Fokusgruppen als erprobtes und häufig angewendetes Instrument gesprochen werden (vgl. MARK 2013, S. 75). Im Folgenden wird sich auf die praxisnahen und an die akademische Methodenforschung angelehnten Ausführungen von KÜHN und KOSCHEL (2018) bezogen. Diese zeigen zunächst die sprachlichen und inhaltlichen Abgrenzungsschwierigkeiten der verschiedenen Ausprägungen der Methodik auf. Fokusgruppen, bzw. focus groups, Gruppendiskussionen oder Gruppeninterviews werden in der Literatur unterschiedlich definiert und systematisiert³⁶ (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 49). In

³⁶ Anm.: LAMNEK (2005) definiert Gruppendiskussion als „eine Erhebungsmethode, die Daten durch die Interaktionen der Gruppenmitglieder gewinnt, wobei die Thematik durch das Interesse des Forschers bestimmt wird“ (LAMNEK 2005, S. 27). MARK (2012) vertritt die Ansicht, dass die Unterscheidung im deutschen Sprachraum teilweise streng gehandhabt wird und Gruppendiskussionen Realgruppen ohne strenge Themenvorgabe bezeichnen,

Anlehnung an KÜHN und KOSCHEL (2018) fanden im Rahmen der vorliegenden Forschung Fokusgruppen statt, in denen eine durch die Forscherin gesetzte Thematik im Mittelpunkt stand, die durch einen inhaltlichen Input anmoderiert wurde und dadurch zur Diskussion anregte (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018). Die Teilnehmenden der Diskussion waren sich zudem über ihren Wohnort und ihr Engagement in der Dorfontwicklung bekannt. Das Ziel der Forschung ist die inhaltliche Auswertung der Meinungsvielfalt zu einem vorgegebenen Thema.

6.4.1 Begründung der Methodenauswahl

Fokusgruppen eignen sich als Methode besonders für Forschungsfragen, in denen der Gruppenprozess sowie der gegebene inhaltliche Input ergebnisrelevant sind. Für das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Forschung verdeutlicht sich die Relevanz des Gruppenprozesses in der notwendigen Anpassung der Dörfer an den Wandel und der Bedeutung von Engagement und Verantwortungsübernahme der Bürger*innen. Im Diskussionsprozess der Gruppe entsteht ein Austausch über Informationen und Meinungen der Betroffenen bezüglich ihrer Beweggründe zum Handeln. Die Methode ermöglicht es, eine offene Gesprächsatmosphäre zu schaffen und realitätsnahe Ergebnisse zu erzeugen (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 96). Zudem besteht eine Flexibilität in der Methodik, diese bezüglich des Inhalts und Zwecks an das Forschungsinteresse anzupassen (vgl. BÜRKI 2000, S. 101). Durch einen Informations-

während Fokusgruppen sich fremde Gruppen mit starker Themenfokussierung seien (vgl. MARK 2013, S. 95). BOHNSACK und PRZYBORSKI (2007) unterscheiden zwischen dem amerikanischen und deutschen Verständnis der Methode und versuchen, dadurch focus groups und Gruppendiskussionen voneinander abzugrenzen. Sie sehen zudem Gruppendiskussionen als Prozess, in dem die Themen möglichst selbst gesetzt werden und die Diskussionsleitung sich zurücknimmt. Entsprechend sieht ihre Wahl der Auswertungsmethode auch eine reflektierende Interpretation vor, in der die Diskursorganisation rekonstruiert und nicht nur der Inhalt interpretiert wird (vgl. BOHNSACK 2007). Laut BÜRKI (2000) in Anlehnung an KRUEGER (1994) und MORGAN (1997) sind Fokusgruppen „[...] eine Forschungsmethode, bei der Diskussionsgruppen, die anhand bestimmter Kriterien zusammengestellt werden, durch einen Informationsinput zur Diskussion über ein bestimmtes Thema angeregt und durch einen Moderator betreut werden.“ (BÜRKI 2000, S. 100)

input, der durch die Moderation in die Fokusgruppe eingebracht wird, findet die Diskussion problemzentriert statt. Zudem eignen sich Fokusgruppen für explorative Forschungen. In Bezug auf das Thema Verantwortung bestehen große Wissenslücken hinsichtlich wissenschaftlich fundierter Aussagen über Wahrnehmung und Übernahme von Verantwortung durch Bewohner*innen für ihren Lebensraum in den Dörfern. Die Methodik der Fokusgruppe ermöglicht durch den Austausch untereinander einen offenen Zugang zu den Forschungsfragen und ein breiteres Verständnis der Argumente. Neben der Erhebung von Daten sowie durch den Input und Austausch findet gleichzeitig eine Sensibilisierung für das Thema Verantwortungsübernahme im Lebensraum Dorf statt.

Die Erhebungsmethodik der Fokusgruppe als Ergänzung zur Methode der Expert*inneninterviews ist für das Erkenntnisinteresse der Dissertation zielführend, da durch die Form des Austausches die Interaktion und Reaktionen erfasst werden können. Eine ausschließliche Betrachtung von individuellen Positionen – durch beispielsweise die alleinige Verwendung von Expert*inneninterviews – kann zu einer verzerrten Realitätsdarstellung führen (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 44). Fokusgruppen beugen diesem durch ihre Interaktion vor. Durch eine Fokusgruppendifkussion kann ein „Raum gemeinsamer Erfahrungen“ entstehen (vgl. MARG 2013, S. 73), wodurch sich der explorative Charakter der Methode verdeutlicht.

Aus einer kritischen Perspektive auf die Methode der Fokusgruppe ist anzumerken, dass in Gruppen Aussagen provoziert werden könnten, die so eigentlich nicht das Denken und Verhalten der einzelnen Personen bestimmen (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 247). In diesem Zuge wird in der Literatur diskutiert, ob die Meinungen Einzelner durch die Gruppe verzerrt werden oder durch die Gruppe und die Interaktion erst wirklich dargestellt werden können (vgl. ebd., S. 42 ff). Die eine Position vertritt die Ansicht, dass die Teilnehmenden durch die Gruppe andere Meinungen vertreten und Entscheidungen treffen, als es autonom geschehen würde. Die andere Seite

argumentiert hingegen, dass es aus einer sozialpsychologischen Perspektive heraus genau umgekehrt wäre, denn auch im Alltag leben Menschen in Gruppen, die ihren sozialen Kontext beeinflussen, und ihr Handeln und Entscheiden wird hierdurch geprägt. In der vorliegenden Arbeit zeigt sich diese Bedeutung durch das Engagement im Rahmen der Dorfentwicklung, welches als Interaktion in der Gruppe stattfindet. Laut KÜHN und KOSCHEL (2018) ist es sogar sehr wichtig, dass die Interaktion in die Forschung miteinbezogen wird (vgl. ebd., S. 42), beispielsweise in Form von Fokusgruppen. Auch stellt MARK (2012) aufbauend darauf, dass sich das Alltagsbewusstsein erst durch Prozesse von Kommunikation und Interaktion miteinander herausbildet, die These auf, dass in einer Gruppe Meinungen einfacher geäußert werden können, da sie auf die Aussagen der anderen reagieren können (vgl. MARG 2013, S. 72). Diesbezüglich spielen in der vorliegenden Forschung interne Hierarchien und Machtaspekte eine Rolle, über die ein Bewusstsein bestehen sollte, ebenso wie eine Berücksichtigung bei der Auswahl der Fokusgruppenteilnehmenden. Für das Ansinnen nach Erkenntnissen über Bedingungen und Möglichkeiten von Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen zeigt sich das Durchführen einer Fokusgruppe mit der damit einhergehenden Interaktion und dem Meinungsaustausch der Teilnehmenden als zielführend.

6.4.2 Ausgestaltung und Durchführung der Fokusgruppen

In der Planung und Durchführung von Fokusgruppen werden drei Phasen durchlaufen (s. Abb. 23). Zu Beginn werden die Untersuchungseinheiten ausgewählt, um anschließend die Daten zu gewinnen und diese in der dritten Phase auszuwerten.

Nach der Methode der Fokusgruppen sollte jede Forschung entsprechend ihres Untersuchungsziels sowie der vorhandenen Budgets- und Zeitvorgaben strukturiert werden. Hierfür bestehen keine allgemeingültigen Regeln, sondern Orientierungsvorschläge (vgl. BÜRKI 2000, S. 105). Diese beziehen sich auf die Zusammensetzung der Gruppe bezüglich der Anzahl der Teilnehmenden und der Anzahl



Abb.23:
Ablaufschema einer
Fokusgruppe

Quelle: eigene Darstellung 2019

der durchzuführenden Gruppen (vgl. ebd.). Die Anzahl der Gruppendiskussionen ist hierbei nicht unbedingt im Vorfeld festzulegen, es ist ebenso möglich immer weitere durchzuführen bis keine grundlegenden neuen Erkenntnisse mehr generiert werden können (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 74). Die Gruppengröße ist relevant, um den Balanceakt zwischen ausreichender Zeit für die Formulierung der eigenen Meinung der Teilnehmenden und der Abbildung der Meinungsvielfalt zu schaffen (vgl. BÜRKI 2000, S. 105).

Im Rahmen der vorliegenden Forschung wurden zwei Dorfregionen als Fallbeispiele ausgewählt. In diesen wurde je eine Fokusgruppendiskussion erfolgreich durchgeführt. Das Ziel war den partizipativen Prozess der Dorfentwicklung und die Rolle der Bürger*innen in diesem aus der Perspektive der Beteiligten zu erfassen. Die Wahrnehmung von Verantwortungsverteilung und die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme aus der Perspektive der Bürger*innen im Rahmen der Dorfentwicklung sollte herausgearbeitet werden.

Festlegung der Gruppen und Rekrutierung der Teilnehmenden

Durch die qualitative Ausprägung der Methodik war eine Zufallsauswahl der Stichprobe nicht notwendig. Da die subjektive Rekonstruktion von Erfahrungen oder Alltag im Fokus stand, war eine

bewusste Auswahl der Teilnehmenden hinsichtlich der größtmöglichen Informationsgewinnung angebracht. Zudem ist oftmals eine sorgfältige Auswahl der Teilnehmer*innen für den Erfolg der Diskussion sogar zwingend erforderlich, da je nach Thema und Forschungsfrage einzelne nicht geeignete Teilnehmende ausreichen, um die Daten für die Auswertung unbrauchbar zu machen – das gilt auch für den Fall, dass sich die Dynamik der Gruppe in eine nicht gewollte Richtung entwickelt (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 56). Dies bedeutet, dass eine Auswahlstrategie Anwendung fand, die explizit nach bestimmten Typen bei den Teilnehmenden sucht.

In Anlehnung an das Erkenntnisinteresse der Forschung wurde eine bewusste Auswahlstrategie der Teilnehmenden verfolgt. In der hier vorliegenden Untersuchung stellten Geschlecht, Alter und Bildungsstand kein Anforderungsprofil dar, sondern es wurde eine Gruppengruppenzusammenstellung aus in der Dorfregion schon länger aktiven Bürger*innen eingeladen. Es wurden bewusst Personen ausgewählt, die in unterschiedlichen Arbeitsgruppen im Rahmen der Dorfentwicklung aktiv sind, sich jedoch regelmäßig in einer sogenannten Strategierunde austauschen.

Diese potenziellen Teilnehmer*innen wurden angesprochen und konnten sich für oder gegen die Teilnahme entscheiden. Für die Rekrutierung der Teilnehmenden in Rehburg-Loccum erfolgte eine

direkte Ansprache durch die Kontaktierung über den Bürgermeister vor Ort. Nach Absprache mit der Forscherin wurden die ausgewählten Personen vom Bürgermeister zu der Fokusgruppe eingeladen, wodurch ein Vertrauensvorschluss und Seriosität gewährleistet waren. In der Dorfregion von Bierde bis Wittlohe erfolgte die Ansprache der potenziellen Teilnehmer*innen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Planer*innen vor Ort. Diese warben während einer Veranstaltung für die Beteiligung an der Fokusgruppe. Ebenfalls diente die vorhandene Facebook-Seite der Dorfregion als Informationsplattform. Anschließende Telefongespräche zwischen der Forscherin und potenziellen Teilnehmenden führten zu Zusagen.

Fokusgruppen können, je nach Forschungsinteresse, homogen oder heterogen aufgestellt sein. „Weder Homogenität noch Heterogenität eignen sich [...] als ausschließliche Leitbilder bei der Festlegung von Kriterien für die Stichprobe. Stattdessen geht es bei jeder Studie um das richtige Spannungsverhältnis zwischen Homogenität und Heterogenität.“ (KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 69) Für die vorliegende Forschung war bei der Gruppenzusammenstellung wichtig, dass alle eine Betroffenheit mit der Thematik aufwiesen, eine Bezugnahme auf gleiche Erfahrungsräume möglich war und eine ähnliche Wissensbasis bestand, um eine möglichst konstruktive Diskussion anzustoßen. Grundlegend ist bei Fokusgruppen zudem zu unterscheiden, ob eine Gruppe aus untereinander fremden Personen besteht oder eine „Realgruppe“ darstellt (vgl. ebd., S. 67). Realgruppen bestehen, wenn die Teilnehmenden auch außerhalb der initiierten Diskussion eine feste Gruppe bilden. Bei Realgruppen ist zu beachten, dass schon vor Beginn der Diskussion Rollen bestehen wodurch die Kommunikations- und Interaktionsmuster beeinflusst werden.³⁷

³⁷Anm.: KÜHN und KOSCHEL (2018) stellen heraus, dass dadurch auch Rückschlüsse auf gesellschaftliche Strukturen möglich sind (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 67). Gegen Realgruppen spricht hingegen, dass dort getätigte Aussagen Konsequenzen nach sich ziehen können und somit Äußerungen zurückgehalten werden. Auch können bei Realgruppen persönliche Konflikte bestehen, die unbeab-

Die Teilnehmenden in Rehburg-Loccum stellten eine heterogene Gruppe dar, da alle in der Strategierunde der Dorfregion aktiv waren und aus verschiedenen Dörfern und Ehrenamtsbereichen kamen. Die geschlechtergemischte Gruppe umfasste acht Personen – vier Frauen und vier Männer. Die Teilnehmenden sind sich entsprechend bekannt, unter anderem durch ihren Wohnort und ihr Engagement in den Dörfern. Alle Teilnehmenden sind von der Forschungsthematik betroffen und haben durch die Strategierunde eine ähnliche Wissensbasis. Aus diesem Grund wurden sie für die Diskussion ausgewählt. Zudem wurde sich von ihnen eine besonders konstruktive Debatte erhofft. Die Problematiken von Realgruppen sind der Forscherin bewusst und spiegeln sich im Leitfaden wider, um ihnen bei Bedarf begegnen zu können. Auch die Fokusgruppe in von Bierde bis Wittlohe war heterogen zusammengestellt. Die Fokusgruppe wurde mit sechs angemeldeten Personen geplant, von denen fünf erschienen. Die vier Männer und eine Frau kamen aus verschiedenen Orten der Dorfregion. Mit Blick auf die bestehenden Unterschiede in den einzelnen Dörfern der Dorfregionen wurde der konkrete Wohnort bei der Rekrutierung der Teilnehmenden dahingehend beachtet, dass eine Varianz angestrebt wurde. Dies war insbesondere wichtig, da die Dorfregion sich über zwei Landkreise erstreckt und beide vertreten sein sollten und es auch waren. So konnte die Besonderheit der bestehenden kommunalen Grenzen mit einbezogen werden.

Bei der Zusammensetzung von heterogenen Gruppen, wie in der vorliegenden Forschung, waren Aspekte wie Hierarchieebenen zu beachten, da diese die Verteilung der Redezeit sowie die Sprache (u.a. Verwendung von Fachbegriffen) erheblich beeinflussen können. Die Vorstellungsrunde zu Beginn bot einen Überblick über die Positionen der Teilnehmenden, die so in den späteren Diskussionsverlauf miteinbezogen werden konnten.

sichtigt berührt werden, oder dass bestimmte Dinge nicht ausgesprochen werden, da sie als selbstverständlich gelten (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 67; LAMNECK 2005, S. 107ff).

Die Räumlichkeiten und die Moderation der Fokusgruppen

Neben der Gruppenkonstellation spielen die Auswahl des Ortes und die Moderation eine wichtige Rolle für das Erlangen guter Ergebnisse. Vertraute Räumlichkeiten senken die Befangenheit, beeinflussen die Atmosphäre und somit letztendlich die Kommunikation. Beides kann gleichfalls durch die Moderation beeinflusst werden. In der vorliegenden Forschung zeigt sich eine räumliche Beschränkung der Fokusgruppen auf zwei Untersuchungsregionen. Es standen in beiden Dorfgemeinschaften Räumlichkeiten vor Ort zur Verfügung, die den Teilnehmenden bekannt waren und einen kurzen Anfahrtsweg ermöglichten.

Beide Fokusgruppen wurden von der Forscherin moderiert und durch eine weitere externe Person protokolliert. Das Vorgehen orientierte sich hierbei an Kühn und Koschel (2018). Für die Gruppendiskussionen waren die Fähigkeiten der Moderation, den Balanceakt zwischen Zielorientierung und der Bereitschaft der Teilnehmenden, sich auf Neues einzulassen, zentral. Die Gesprächsführung hatte zum Ziel, eine konstruktive Diskussion zu ermöglichen und zu befördern. Diese Fähigkeiten für eine gelungene Moderation gehen über „das Ablesen und Einwerfen von Fragen“ (KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 139) hinaus und umfassen eine Prozesskompetenz, die das Zeitmanagement, eine inhaltliche Fokussierung und Sensibilität für die Atmosphäre im Blick behalten und bei Bedarf beeinflussen kann. Während der Diskussion waren für die Moderation analytisches Denken – um Inhalte zusammenzufassen, die Diskussion lenken und konkret nachfragen zu können – und die Prozessorientierung – um die verschiedenen Phasen der Diskussion bedenken zu können – wichtig.

Bei der Moderatorin herrschte ein Bewusstsein darüber, dass der erste Eindruck beim Erscheinen der Teilnehmenden wichtig ist und die Stimmung beeinflusst. Ebenso war es als Moderatorin wichtig, den Teilnehmenden Respekt zu zollen insbesondere bezüglich der Vertraulichkeit und der Verwendung der

Ergebnisse sowie sich unparteiisch und offen zu verhalten. Die Gruppendiskussion begann deshalb mit einer Einführung durch die Moderatorin. In dieser sollten Aspekte wie der Datenschutz, die Art untereinander zu kommunizieren und auch die Aufzeichnung der Diskussion per Tonband oder Videokamera angesprochen werden. Aus diesen Gründen wurden zu Beginn der Fokusgruppen die Teilnehmenden begrüßt, es folgte eine Vorstellung der Moderatorin, die Erläuterung der Rahmenbedingungen, die Aufforderung, sich an den bereitgestellten Getränken und Keksen zu bedienen und der Bitte, die Handys auszuschalten. Zudem wurden die weiteren Diskussionsregeln angesprochen. Konkret wurde betont, dass das Ziel eine selbstständige Diskussion ist und dass es keine richtigen oder falschen Antworten gibt, sondern unterschiedliche Ansichten bestehen können und einander zugehört werden sollte. Weiterhin wurde die Notwendigkeit der Aufnahme der Diskussion durch ein Diktiergerät erläutert und eine Einverständniserklärung hierzu verteilt, die es zu unterschreiben galt. Ziel war es, hierdurch eine angenehme Atmosphäre zu schaffen. Weiterhin wurde eine kurze Vorstellungsrunde angeregt, da diese als Warm-up gut geeignet ist, um eine produktive Diskussionsatmosphäre zu schaffen (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 100).

Der Leitfaden für die Fokusgruppendiskussionen unterstützte die Moderation darin, bestimmte Schlüsselwörter zunächst zu vermeiden, um das Vokabular der Teilnehmenden zu erfassen (vgl. MARG 2013, S. 96). Zudem hatte der Leitfaden die Aufgabe, die zu erforschenden inhaltliche Aspekte in den Vordergrund der Diskussion zu stellen sowie die verschiedenen Phasen der Diskussion im Blick zu behalten und zu steuern. Im Rahmen des Leitfadens wurden im Vorhinein Themenblöcke und ein Ablaufplan entworfen³⁸.

1. Begrüßung und Vorstellung
2. Darlegung der Diskussionsregeln
3. Kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmenden
4. Inhaltlicher Input von der Moderatorin zu „Dorfentwicklung und Partizipation“

³⁸ Siehe Anhang A4: Leitfaden Fokusgruppen

5. Erster Diskussionsblock zu „Themen der Dorfentwicklung und Engagement“
6. Zweiter Diskussionsblock zu „(Übernahme von) Verantwortung“
7. Abschluss der Diskussion

Um die Diskussion möglichst inspirierend und angenehm zu gestalten, bot sich für die vorliegende Forschung ein Input an. Dieser diente als Informationsbasis für die Teilnehmenden, um sie für die anschließende Diskussion zu stimulieren (vgl. BÜRKÜ 2000, S. 106). Der verwendete Leitfaden wurde weiterhin als Rahmung verstanden, der die Offenheit der Diskussion nicht unterbinden sollte und entsprechend flexibel gehandhabt wurde (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 94). Er stellte eine Sicherheit für die Moderatorin dar und erleichterte in der späteren Auswertung die Vergleichbarkeit der durchgeführten Fokusgruppendifkussionen.

Die Rahmung der Diskussion orientierte sich hierbei an LAMNEK (2005), der in seinen Ausführungen verschiedene Phasen einer moderierten Gruppendiskussion aufzeigt und ihre Bedeutung erläutert (vgl. LAMNEK 2005, S. 42). Durch die Verwendung des Leitfadens konnte die erste Phase der Fremdheit und Orientierung zu Beginn der Diskussion mit Bedacht gesteuert werden. In dieser wird in den Antworten oftmals auf eine soziale Erwünschtheit geachtet (vgl. ebd.). Um eine Gruppe zum Diskutieren zu bringen, eignen sich erzählgenerierende oder projektive Fragen (vgl. KÜHN und KOSCHEL 2018, S. 100). Eine Annäherung an das Thema fand durch eine lebensweltlich orientierte Einstiegsfrage statt, woraufhin alle Teilnehmenden eigene Erfahrungen schildern konnten. Eine Fokusgruppendifkussion ist hierbei nicht als Selbstläufer zu sehen, sondern muss oftmals durch die Moderation gelenkt werden, wenn beispielsweise ein neues Thema eingeführt, Teilnehmende zu Äußerungen animiert oder Themennähe eingefordert wurde. Auch Aufforderungen zum Zuhören und aufeinander eingehen gehörten dazu (vgl. MARG 2013, S. 109). In den durchgeführten Fokusgruppen waren sich die Teilnehmenden bekannt und konnten sich gegenseitig teilweise schon gut einschätzen. Sie waren jedoch noch nicht

in dieser ausgewählten Konstellation zusammengekommen, um die vorgegebene Thematik in solch einer Form zu diskutieren. Aus diesem Grund gab es die Phase der Fremdheit und Orientierung in einer abgeschwächten Form. In der anschließenden Phase der Vertrautheit entwickelt sich, laut Lamnek, ein vertiefendes Gefühl für die anderen Personen in der Diskussion, es entsteht gegenseitige Wertschätzung und eine offener Kommunikation miteinander (vgl. ebd.). Dies war in beiden Gruppendiskussionen der Fall. In der letzten Phase der Konformität bildet sich laut Lamnek, aus einem Bedürfnis nach Homogenität und Zustimmung heraus, eine harmonische einheitliche Gruppenmeinung und es folgt ein Ausklingen der Diskussion (vgl. LAMNEK 2005, S. 42). In beiden Gruppen zeigte sich der Abschluss, in dem die thematische Diskussion abebbte und sich anderen Themen außerhalb des Forschungsinteresses zugewandt wurde. Zum Ende einer Gruppendiskussion wurde der Gruppe zurückgespiegelt, was diskutiert wurde, um Ungereimtheiten aufzudecken und der Gruppe die Ergebnisse noch einmal zu verdeutlichen.

Pretests sind für Fokusgruppen in der wissenschaftlichen Forschung notwendig, um zu prüfen, ob der Leitfaden, der Input, die Gruppenkonstellation und das Moderationsverhalten zum Ziel der Forschung passen (vgl. BÜRKÜ 2000, S. 108). Für die hier vorliegende Forschung wurden der Leitfaden und der Input vorab mit zwei externen Personen besprochen. Nach der ersten Fokusgruppe wurden die Gruppenkonstellation und das Moderationsverhalten rekapituliert und für die folgende Gruppendiskussion angepasst. Konkret wurde die Vorstellungsphase der Teilnehmenden zeitlich und inhaltlich klarer vorgegeben und es wurden leichte sprachliche Änderungen an den Fragestellungen vorgenommen.

6.4.3 Auswertung der Fokusgruppen

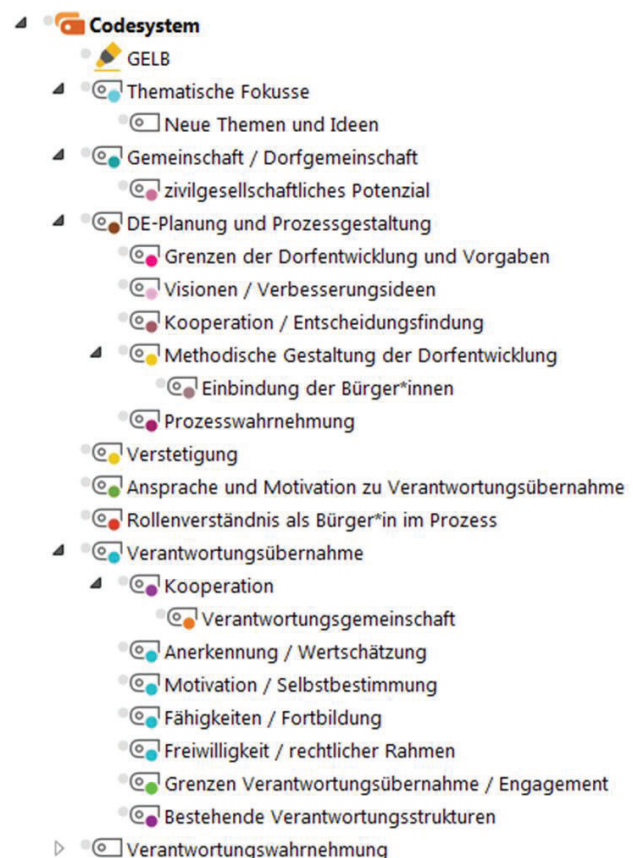
Für Fokusgruppen als Erhebungsmethodik bestehen verschiedene Auswertungsverfahren, je nach Fachdisziplin und Forschungsziel. Zumeist findet eine Auswertung auf der Grundlage von transkribierten

digitalen Aufnahmen oder Videoaufnahmen statt. Ebenso können aber auch in die Gruppendiskussion eingebettete Methoden ausgewertet werden, wie erstellte Plakate oder beschriftete Moderationskarten.³⁹ Die Auswertung kann explizit die Beziehungsebene und somit die Interaktion der Teilnehmenden oder die Inhaltsebene bezüglich einzelner Aussagen und des Gruppenoutputs in den Fokus rücken. Für die hier vorliegende Untersuchung wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach KUCKARTZ (2018) als geeignet eingestuft. Sie basiert auf der Auswertung von Text, der bei Fokusgruppen durch die Transkription der aufgenommenen Diskussion entstand. Für die inhaltliche Ebene bietet sich eine Inhaltsanalyse als Auswertungsmethode an, da der soziale Kontext und der Inhalt über die Sprache zum Ausdruck gebracht werden. Weiterhin eignet sich die Inhaltanalyse für die vorliegende Forschung, da sie ermöglicht die Ergebnisse aus den Expert*inneninterviews und den Fokusgruppen zusammenzuführen. In der Auswertung der Fokusgruppen fand das gleiche Kategoriensystem wie bei den Fokusgruppen Verwendung, nach dem es induktiv am Material überprüft worden war (siehe Abb. 24).

Eine Veränderung des Kategoriensystems war, dass einige Kategorien sich in den Fokusgruppen nicht widerspiegeln. Die Kategorie Rollenverständnis reduzierte sich auf die Wahrnehmung der eigenen Rolle und die der anderen Bürger*innen. Die Rollen der Planer*innen und die der Kommune und Verwaltung wurden nicht umfassend reflektiert und fielen hierdurch als Kategorie heraus. Weiterhin wurde die Kategorie Grenzen der Verantwortungsübernahme in der Auswertung der Fokusgruppen erweitert zu Grenzen von Verantwortungsübernahme und Enga-

³⁹Anm.: Laut STINE MARK (2013) bestehen generell sehr unterschiedliche Ansichten, ob Beobachtungsprotokolle ausreichen, Transkripte erstellt werden sollten oder sogar eine sequenzielle Analyse notwendig ist. Die Diskussion basiert dabei nicht auf der Beliebigkeit, sondern auf der „spezifische[n] Schule der qualitativen Forschung mit ihrer eigenen Geschichte, ihren jeweiligen Routinen und herausragenden Vertretern. Auf diesem Feld ringen die Inhaltsanalyse, die grounded theory, die Narrationsanalyse und die objektive Hermeneutik um Anerkennung.“ (MARK 2013, S. 76) BÜRKI stellt heraus, dass noch „kein zufriedenstellendes standardisiertes Verfahren für die Auswertung von Fokusgruppen vorliegt.“ (BÜRKI 2000, S. 112)

Abb. 24: Codesystem zur Auswertung der Fokusgruppen



Quelle: eigene Darstellung 2019

gement, da die Bürger*innen diesbezüglich den Fokus setzten.

Die folgende Auswertung der Fokusgruppen mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse baut auf den verschiedenen Kategorien des Codesystems auf und wird mit den Ergebnissen der Expert*inneninterviews zusammengeführt. Die inhaltliche Ebene steht hierbei im Vordergrund, wodurch der Diskussionsverlauf in den Fokusgruppen eine untergeordnete Rolle spielt. In der Auswertung werden die Ansichten der Teilnehmenden aus den beiden Fokusgruppen zusammenfassend dargelegt, bei konträren Meinungen innerhalb der Gruppe wird dies expliziert.

7 Darstellung der Untersuchungsregionen

Abb. 25: Die Lage der Untersuchungsregionen in den Landkreisen und Gemeinden in Niedersachsen



Quelle: NIEDERSÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2017) - verändert nach BECKER 2019

Im Folgenden werden die beiden Dorfregionen *Rehburg-Loccum* (roter Kreis) und *von Bierde bis Wittlohe* (orangener Kreis) näher betrachtet und ihre Besonderheiten herausgestellt. Ziel der Regionsdarstellung ist es, die äußeren Rahmenbedingungen, das Thema Dorfgemeinschaft sowie die Prozessumsetzung aufzuzeigen, da diese Perspektiven für die Interpretation der Ergebnisse der Fokusgruppen Relevanz haben. Hierfür werden die beiden veröffentlichten Dorfentwicklungspläne von *Rehburg-Loccum* und von *Bierde bis Wittlohe* herangezogen.

7.1 Die Dorfregion Rehburg-Loccum

Die Dorfregion Rehburg-Loccum (s. Abb. 26) umfasst die Ortsteile Bad Rehburg, Loccum, Münchshagen, Rehburg und Winzlar. Sie wurde 2016 in die Verbunddorferneuerung aufgenommen. Das Leitmotiv der Dorfregion „5 Dörfer - 1 Stadt“ verdeutlicht die politische Besonderheit der Dorfregion, die Ortsteile besitzen seit 1974 gemeinsames Stadtrecht (vgl. TRÄNKNER UND ORTLAND 2018, S. 5). Geografisch liegt Rehburg-Loccum im Landkreis Nienburg/Weser in Niedersachsen.

Abb. 26: Dorfregion Rehburg-Loccum



Quelle: NLG 2017, S.7

Rahmenbedingungen und Ausgangslage der Dorfregion:

„Die Stadt Rehburg-Loccum ist eine gut aufgestellte Kommune mit hoher Wohn- und Lebensqualität, einem attraktiven Arbeitsplatzangebot und in weiten Teilen leistungsfähiger, öffentlicher und privater Infrastruktur. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune ist grundsätzlich sichergestellt.“ (TRÄNKERN UND ORTLAND, 2018, S. 18)

Diese positive Ausgangslage soll erhalten bleiben, obwohl sich auch in Rehburg-Loccum die Schwierigkeiten der demografischen Entwicklung abzeichnen. In der Dorfregion wird entsprechend eine Stabilisierungsstrategie verfolgt, ergänzt durch entwicklungsstrategische Ansätze in bestimmten Bereichen, wie dem Tourismus (vgl. ebd., S. 18).

Die Stärken der Region zeigen sich in der naturräumlichen Ausstattung mit der Weser und dem Steinhuder Meer und vielfältigen touristischen Angeboten. Als touristische Leuchttürme lassen sich das Kloster Loccum, der Dino-Park und die ökologische Schutzstation Steinhuder Meer bezeichnen.

Die Region hat ein Alleinstellungsmerkmal durch die Einrichtungen der ländlichen Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene (vgl. ebd., S. 8), hierzu zählt weiterhin auch die Akademie Loccum der Evangelischen Heimvolkshochschule Loccum (vgl. ebd.). Neben diesen Angeboten für verschiedene Zielgruppen bestehen weitere „zahlreiche Möglichkeiten zur aktiven Freizeitgestaltung“ (ebd., S. 71). Die Stadt Rehburg-Loccum kann mit einer starken, zukunftsfähigen ländlichen Wirtschaft aufwarten (vgl. ebd., S. 65), die sich vorwiegend in den Bereichen produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen zeigt und zu einem guten Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot vor Ort führt (vgl. ebd., S. 79). Nachteilig wird nur die schlechte Anbindung an die Autobahn (A2) bewertet. In der Betrachtung der Fläche der Dorfregion ist knapp die Hälfte als landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen, es gibt einige (auch große) landwirtschaftliche Betriebe. Die Stadt Rehburg-Loccum ist ein Grundzentrum mit vielen zentralen Einrichtungen in den einzelnen Orten, wie u.a. Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen, eine weiterführende Schule, Arztpraxen, Apotheken und Supermärkten. Besonders gut aufgestellt ist Rehburg-Loccum in der medizinischen Versorgung und entsprechenden Dienstleistungen

(vgl. ebd., S. 86). Neben Allgemeinmediziner*innen gibt es Fachärzt*innen, Alten- und Pflegeheime in den Ortschaften der Dorfregion.

Die Bevölkerungsentwicklung in der Dorfregion ist stabil, nachdem sie in der Vergangenheit eher gefallen war (vgl. ebd., S. 29). Während in der Wanderungsentwicklung bei jungen Menschen ein Defizit besteht, zeigt sich bei den über 65-Jährigen ein Gewinn, was auf eine Altersruhesitzwanderung hindeutet (vgl. ebd., S. 30). Insgesamt liegt Rehburg-Loccum schon heute über dem niedersachsenweiten Durchschnittsalter (vgl. ebd., S. 32). Aus diesem Grund möchte sich die Dorfregion verstärkt mit alternativen Wohnformen auseinandersetzen, die insbesondere älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen (vgl. ebd., S. 57).

Die Dorfregion ist sehr erfahren in der Zusammenarbeit, durch die bestehende politische Konstruktion. Zudem besteht ein enger Austausch mit den Bürger*innen und viel Kenntnis in Beteiligungsverfahren vor Ort durch die Einbindung in umfangreiche und vielfältige Vorhaben der Dorf-, Stadt- und Regionalentwicklung. Dies umfasst u.a. das „ILEK Mitte Niedersachsen, MOREMA, Dorferneuerungen in Loccum, Münchehagen und Winzlar, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Rehburg, Soziale Stadt in Bad Rehburg, Rehburg-Loccum 2030“ (ebd., S. 9).

Weiterhin wurden durch das Mitwirken an den verschiedenen Prozessen „ein gemeinsames Entwicklungsbewusstsein und ein „Wir-Gefühl“ [...]“ (ebd., S. 11) aufgebaut, an dem mit der Dorfentwicklung angesetzt werden kann. Ebenfalls bestehen aus früheren Dorferneuerungsverfahren noch ehemalige Arbeitskreise in einzelnen Ortsteilen, die sich verstetigt haben und auch an der aktuellen Verbunddorfentwicklung mitwirken (vgl. ebd., S. 33).

Der Zusammenhalt der Menschen in der Region verdeutlicht sich durch die Fokussierung auf alle Generationen, eine Willkommenskultur für Geflüchtete und ein strukturiertes Ehrenamt als Teilziele im Handlungsfeld Dorfgemeinschaft (vgl. ebd., S. 21). Die Dorfregion ist durch ein reges Vereinsleben ge-

prägt, wobei der besondere Stolz der Bürger*innen auf dem Bürgerbus der Region liegt (vgl. ebd., S. 32). Das Vereinsleben vor Ort steht vor dem Umbruch, da es im Zuge des demografischen Wandels durch geringe Mitgliederzahlen, fehlende Vorstandsmitglieder, das Rekrutieren von Nachwuchs und die Gestaltung einer sehr breiten Vereinslandschaft herausgefordert wird (vgl. ebd., S. 33). Um dem zu begegnen wird das Thema strukturiertes Ehrenamt fokussiert, mit dem Ziel „professionelle hauptamtliche Unterstützungsstrukturen“ (ebd., S.40) zu etablieren und das Ehrenamt vor Ort besser zu koordinieren (vgl. ebd.).

Prozessumsetzung aus der Dorfentwicklungsbe-trachtung heraus

Rehburg-Loccum wurde 2016 in die Verbunddorfentwicklung aufgenommen. Mit der Erstellung eines Dorfentwicklungsplans und dem begleitenden Beteiligungsprozess wurde die niedersächsische Landesgesellschaft (NLG) beauftragt. Die Akteur*innen vor Ort haben die wesentlichen Inhalte des Dorfentwicklungsplans gemeinsam erarbeitet (vgl. ebd., S. 11). Neben einem Auftakt mit den Räten der Ortsteile und einer großen öffentlichen Auftaktveranstaltung wurden Arbeitskreise und eine Lenkungsgruppe implementiert. Die Lenkungsgruppe hat hierbei als informelles Gremium auf der übergeordneten Ebene die strategische Umsetzung überblickt und erste Ergebnisse des Prozesses kritisch diskutiert (vgl. ebd., S. 12). In der Lenkungsgruppe waren neben dem Bürgermeister der Stadt Rehburg-Loccum und einem Vertreter der Stadtverwaltung alle Ortsbürgermeister*innen der Dorfregion und Bürger*innen als Vertreter*innen der verschiedenen thematischen Arbeitskreise vertreten. In den Arbeitskreisen wurden verschiedene Themen durch Bürger*innen und lokale Expert*innen behandelt, deren Ergebnisse durch die gewählten Vertreter*innen in der Lenkungsgruppe präsentiert und diskutiert wurden (vgl. ebd., S.13). Workshops für spezifische Zielgruppen, wie Jugendliche und Landwirte, ergänzten die thematischen Beteiligungsmöglichkeiten (vgl. ebd., S.11).

Zum Zeitpunkt der empirischen Erhebung vor Ort waren die Beteiligungsverfahren der Dorfentwicklungsplanung abgeschlossen, der Plan war fertiggestellt und bewilligt worden und die Umsetzungsphase hatte begonnen.

7.2 Die Dorfregion von Bierde bis Wittlohe

Zu der niedersächsischen Dorfregion von *Bierde bis Wittlohe* (s. Abb. 27/Tab. 3) gehören die Ortschaften Wittlohe und Otersen im Landkreis Verden sowie Klein Häuslingen, Groß Häuslingen, Altenwahlen, Kirchwahlen, Böhme und Bierde im Landkreis Heidekreis. Während Bierde, Böhme, Alten- und Kirchwahlen die Gemeinde Böhme bilden, umfasst die Gemeinde Häuslingen Groß Häuslingen und Klein Häuslingen mit einem Teil von Ludwigslust. Beide Gemeinden sind Teil der Samtgemeinde Rethem (Aller). Otersen und Wittlohe gehören hingegen zur Gemeinde Kirchlinteln.

Die acht Dörfer sind durch die Landstraße L 159 miteinander verbunden und liegen optisch in einer Reihe. Die nächstgelegenen Städte sind Verden

(Aller), Nienburg (Weser) und Walsrode. In diesen Ausführungen zeigt sich die politische Besonderheit der Dorfregion bezüglich der Zuständigkeiten der kommunalpolitischen Vertreter*innen und der Verwaltungen. Der Dorfentwicklungsplan musste beispielsweise von den Räten der drei Gemeinden verabschiedet werden. Weiterhin kommt ortsübergreifenden Projekten eine große Bedeutung zu, da diese bisher über die Landkreisgrenze hinweg wenig stattfanden. Die jeweiligen Dörfer haben sich räumlich zu ihren Gemeinden, denen sie angehören, hin orientiert und eher weniger zu den anliegenden Nachbardörfern anderer Gemeinden. Die genannten Städte stellen die nächstgelegenen Mittelzentren (Verden, Walsrode) bzw. Grundzentren (Rethem, Kirchlinteln) als Bezugspunkte für die Einkäufe des täglichen Bedarfs und die ärztliche Versorgung dar.

Rahmenbedingungen und Ausgangslage der Dorfregion

Die Dorfregion von Bierde bis Wittlohe weist seit den 1990 Jahren einen leichten Bevölkerungszu-

Abb. 27: Verkehrsanbindung der Dorfregion von Bierde bis Wittlohe



Quelle: KORIS 2018, S. 34

Tab. 3: Dorfregion von Bierde bis Wittlohe mit Gemeinden und Landkreisen

Dörfer	Gemeinde	Landkreis
Bierde	Gemeinde Böhme	Heidekreis
Böhme		
Altenwahlingen		
Kirchwahlingen		
Groß Häuslingen	Gemeinde Häuslingen	
Klein Häuslingen mit einem Teil von Ludwigslust		
Otersen	Gemeinde Kirchlinteln	Verden
Wittlohe		

Quelle: eigene Darstellung 2019 in Anlehnung an Ortschaft Otersen 2018

wachs auf. Diesem positiven Trend der Vergangenheit ist jedoch die Tendenz der Geburtendefizite und Wanderungsverluste der Landkreise Verden und Heidekreis als Zukunftsprognose entgegen zu stellen. Schon heute ist die Dorfregion mit ihren 2.407 Einwohner*innen (Stand 2017) von einer Überalterung – mehr als ein Fünftel sind über 65 Jahre alt – und dem Fortzug junger Menschen u.a. wegen nicht zur Verfügung stehendem Wohnraum in der Region geprägt (vgl. KIRSCH ET AL. 2018, S. 18). Da ein Wachstum der Bevölkerungsgruppe der über 65-Jährigen prognostiziert wird, ist davon auszugehen, dass Leistungsträger*innen im Handwerk und Dienstleistungssektor wegfallen werden (vgl. ebd., S. 19).

Naturräumlich zeigt sich ein vielfältiger Landschaftsraum, mit ausgewiesenen Natur- und Landschaftsschutzgebieten, die den überwiegenden Teil der Dorfregion umfassen. Aus diesen Gründen zeigt sich eine Bedeutung in den Bereichen Tourismus und Naherholung, wobei auf Mängel in der Infrastruktur – wie fehlende Einkehrmöglichkeiten und nicht ausreichend ausgebaute Radwege – verwiesen werden muss (vgl. ebd., S. 29). Dies ist insbesondere aufgrund des ansonsten gut ausgebauten (Fern-)Radwegnetzes anzugehen.

Durch die Landstraße (L159), die Nähe der Bundesstraße (B 209) und der Autobahn (A 27) besteht eine gute Verkehrsanbindung, gleichzeitig jedoch auch eine hohe innerörtliche Verkehrsbelastung. Es fehlen in allen Orten gesicherte Übergänge für Fußgänger*innen und in einigen Teilen ein begleitender Radweg (vgl. ebd., S. 32). Die Dorfregion ist zudem nicht an das Regionalbahnnetz angebunden, weist zwar einen ÖPNV in allen Orten auf, der allerdings hauptsächlich auf den Schüler*innenverkehr ausgerichtet ist (vgl. ebd., S. 35).

Die Dorfregion von Bierde bis Wittlohe ist stark durch die Landwirtschaft geprägt. In allen Ortschaften bestehen landwirtschaftliche Betriebe, es liegen Schwerpunkte im Spargelanbau sowie in der Pferdezucht und einigen Reitsportvereinen (vgl. ebd., S. 36). Zudem gibt es drei Biogasanlagen, einige kleinere Gewerbe- und Handwerksbetriebe, Dienstleistungsunternehmen sowie sechs Hofläden und einen Dorfladen. Aufgrund der wenigen ansässigen Wirtschaftsbetriebe weist die Region einen hohen Pendleranteil auf. Die Hofläden und der Dorfladen in Otersen stellen die vorhandene Nahversorgung vor Ort dar. Der eigeninitiierte Dorfladen agiert als wirtschaftlicher Verein mit 160 Mitgliedern und umfasst „einen Verkaufsbereich für Lebensmittel,

eine Bäckerei, einen Getränkehandel, einen Service-Point für Radler, eine Tourist-Infothek sowie ein Mehrgenerationen-Dorfcafé mit Sommerterrasse“ (ebd., S. 39). Gesundheitseinrichtungen sind in den Orten der Dorfregion nicht vorhanden, diese lassen sich – ebenso wie Supermärkte, Waren und Dienstleistungen der Grundversorgung – in Rethem und Kirchlinteln finden (vgl. ebd., S. 39). In der Dorfregion bestehen verschiedene Betreuungsangebote für Senior*innen die eine bedarfsgerechte Unterstützung im Alltag ermöglichen (u.a. Fahrdienst zum Arzt, Einkaufsunterstützung, Seniorennachmittage). Die Betreuung von Kindern wird durch eine Kindertagesstätte und zwei Kindergärten gewährleistet, jedoch aufgrund der teilweise fehlenden Ganztagsbetreuung als unzureichend angesehen (vgl. ebd., S. 40). In der Dorfregion gibt es keine Schule, die Schulen befinden sich in den benachbarten Orten bzw. weiterführende Schulen in Walsrode und Verden. Zudem ist die Breitbandversorgung in der Dorfregion als unterdurchschnittlich anzusehen (vgl. ebd., S. 42). Erneuerbare Energien und Klimaschutz haben hingegen einen besonderen Stellenwert in der Region und zeigen sich in vielen großen und kleinen Projekten, wie beispielsweise der Solar-Allerfähre (vgl. ebd., S. 52).

In der Dorfregion besteht ein aktives, ausgeprägtes Vereinsleben mit vielen Sport- und Schützenvereinen und freiwilligen Feuerwehren etc. (vgl. ebd., S. 8). Es besteht jedoch kein Raum mehr für größere öffentliche Veranstaltungen, da die Gaststätten sich im Umbruch befinden und viele schließen mussten (vgl. ebd., S. 43). In diesem Zuge steigt die Bedeutung der vorhandenen Dorfgemeinschaftshäuser und -plätze in den einzelnen Orten (vgl. ebd., S.43). In der Dorfregion besteht zudem die regionaltypische Bausubstanz mit Wohnwirtschaftsgebäuden in Fachwerkkonstruktion und Ziegelgebäuden „mit Gesimsen und glasierten Steinen oder Zierfachwerk“ (ebd., S.46).

In der Darstellung des aktiven Vereinslebens ebenso wie der Zusammenarbeit im Dorfladen Otersen verdeutlicht sich die Bedeutung der Gemeinschaft in den Orten und der Gestaltung einer lebenswerten

Region. Durch die Beteiligung in der LEADER-Region Aller-Leine-Tal und teilweise schon abgeschlossener Dorferneuerungsverfahren, – wie bspw. Otersen in den 1990ern – sind die Bewohner*innen ebenso wie die kommunalpolitischen Vertreter*innen und die Verwaltungen erfahren im Umgang mit Fördermitteln und der Gestaltung von Prozessen.

Zusammenfassend zeigen sich in der Dorfregion Stärken und Schwächen in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Ökologie, Baukultur und soziokultureller Art. Schwächen werden von den Bewohner*innen vor allem in der mangelhaften Breitbandversorgung, dem schlechten Mobilfunkempfang, dem Fortzug junger Menschen, wenigen freien Bauplätzen, unzureichendem ÖPNV, fehlender Nahversorgung und wenigen Raststätten gesehen. Stärken zeigen sich im Besonderen im soziokulturellen Bereich. Die ausgeprägte Vereinskultur, das ehrenamtliche Engagement, die intakte Dorfgemeinschaft, Treffpunkte für Vereins-/Gemeinschaftsleben und die grenzübergreifende Zusammenarbeit der Orte werden betont und ergänzen die Aspekte Naherholung/sanfter Tourismus, vielfältige Landschaft und vielfältige Freizeitangebote (vgl. ebd., S. 56). Auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestärken diese Besonderheit der Orte und stellen neben dem Vereinsleben das „Gemeinschaftsleben u.a. Zusammenhalt und Dorfgemeinschaft“ und die vielen Veranstaltungen (Dorf-, Ernte-, Schützenfeste) als wichtige Faktoren heraus (vgl. ebd., S. 57). Den Angeboten im kulturellen und sozialen Bereich wird eine große Bedeutung beigegeben (vgl. ebd.).

Prozessumsetzung aus der Betrachtung der Dorfentwicklung heraus

Die drei Gemeinden Böhme, Häuslingen und Kirchlinteln verfassten gemeinsam in einer ersten Zusammenarbeit mit den Bürger*innen (Zukunftskonferenz und Planungswerkstatt) den Antrag zur Aufnahme ins Dorfentwicklungsprogramm, der im Mai 2017 erfolgreich war. Der Planungsprozess startete im November 2017 mit der Erstellung des Dorfentwicklungsplans. Dieser wurde durch die Pla-

nungsbüros Stadtlandschaft und KoRis – Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung, begleitet (vgl. ebd., S. 11).

Die Entwicklungsstrategie der Dorfregion baut auf der Ausgangslage der Orte und der Analyse der Stärken und Schwächen auf. Neben den Pflichtthemen „Demografie“, „Innenentwicklung“ und „Klimaschutz/Klimafolgeanpassung“ ist der Bereich „Ehrenamtliches Engagement/Inklusion“ ein bedeutsames Thema für die Dorfregion (vgl. ebd., S. 58). Handlungsfelder zeigen sich in den Bereichen Ortsbild/Wohnen, Versorgung, Landschaft-/Erholungsraum und Zusammenleben. Für die Umsetzung der Strategie werden einzelne Projekte in den verschiedenen Handlungsfeldern benannt. Das Leitbild der Dorfregion zeichnet sich durch den wesentlichen Gedanken „Weg vom ‚Die‘ – hin zum ‚Wir!‘“ und dem Motto „Gemeinsam für eine lebenswerte Dorfregion: Generationengerechter Wohn- und Arbeitsort“, aus (vgl. ebd., S. 59). Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der Finanzsituation der Gemeinden und der Gemeinsamkeiten in den Ortschaften soll bei neuen Angeboten, die entwickelt werden, über eine interkommunale Kooperation nachgedacht werden, um eine dauerhafte Tragfähigkeit zu gewährleisten. Die Dorfregion verfolgt insgesamt eine Stabilisierungsstrategie (vgl. ebd., S. 59).

Im Dorfentwicklungsprozess fand eine intensive Bürger*innenbeteiligung in Form zielgruppen- und themenspezifischer Veranstaltungen sowie eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange statt (vgl. ebd., S. 11). Es wurden Themenarbeitsgruppen zur Bearbeitung überörtlicher Projektideen und Dorf- arbeitsgruppen zu ortsspezifischen Projektansätzen gegründet sowie eine spezielle Jugendbeteiligung durchgeführt (vgl. ebd., S. 12). Zudem wurde eine Strategierunde als dorfübergreifendes Gremium initiiert, die aus den Bürgermeister*innen der (Samt-) Gemeinden, Ortsvorsteher*innen, Rats- und Verwaltungsmitgliedern, Sprecher*innen der Dorf- und Themen-AGs, weiteren Multiplikator*innen aus den acht Orten sowie Vertreter*innen des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg, Geschäfts-

stelle Verden besteht (vgl. ebd., S. 13). Die Strategierunde begleitet den ganzen Prozess und die Umsetzung und ist dafür zuständig, das Vorgehen und die Inhalte aufeinander abzustimmen.

Zum Zeitpunkt der empirischen Erhebung vor Ort waren die Beteiligungsverfahren größtenteils abgeschlossen, der Dorfentwicklungsplan wurde gerade von den Planungsbüros erstellt und einige Monate später bewilligt.

7.3 Unterschiede der beiden Dorfregionen

Im Folgenden werden die beiden Dorfregionen Rehburg-Loccum und von Bierde bis Wittlohe noch einmal einander gegenübergestellt, um ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu verdeutlichen.

Zusammenfassend ist Rehburg-Loccum selbst Grundzentrum während von Bierde bis Wittlohe keine entsprechenden Einrichtungen aufweisen kann. Zudem zeigt sich in Rehburg-Loccum eine gute wirtschaftliche Lage während von Bierde bis Wittlohe als Pendlerregion anzusehen ist. Rehburg-Loccum verfolgt entsprechend eine grundsätzliche Stabilisierungsstrategie ergänzt durch eine Entwicklungsstrategie in bestimmten Bereichen, während von Bierde bis Wittlohe eine reine Stabilisierung anstrebt. Als prägende Unterschiede der beiden Dorfregionen lassen sich die räumliche Zusammensetzung, einhergehend mit unterschiedlichen politischen Zuständigkeiten, benennen. Die Zusammenarbeit der kommunalpolitischen Vertreter*innen und der Verwaltungen bauen in Rehburg-Loccum auf großen Erfahrungen auf, während in von Bierde bis Wittlohe keine Erfahrungen in der Zusammenarbeit bestehen. Beide Dorfregionen sind jedoch wiederum sehr Prozess bewandert u.a. in der Bürger*innenbeteiligung, durch führe Projekterfahrungen. Zudem liegt in beiden Regionen ein Fokus auf den Bewohner*innen, dem Vereinsleben und dem bestehenden Engagement. Die Dorfregionen wurden durch unterschiedliche Planungsbüros betreut und befanden sich im Zeitraum der Forschung in unterschiedlichen Verfahrensabschnitten des Dorfentwicklungsprozesses.

8 Empirie - Auswertung

Die im Folgenden dargelegte Auswertung unterteilt sich in die verschiedenen übergeordneten Kategorien der qualitativen Inhaltsanalyse. Die Unterkategorien werden differenziert innerhalb der jeweiligen Kategorie dargestellt. Zunächst wird die Perspektive der Planer*innen aus den Expert*inneninterviews unterschieden nach den interviewten Personen (IP) 1 bis 14, aufgegriffen. Anschließend werden die Ergebnisse der beiden Fokusgruppendifkussionen (FG) eins und zwei thematisch angeschlossen, um letztendlich (vgl. Kapitel 8.7) beide Perspektiven zusammenzubringen und zu diskutieren.

Die IP rekrutieren sich aus 13 Planer*innen aus zehn niedersächsischen Planungsbüros und einem nicht niedersächsischen Büro. Eine weitere IP wurde als Expert*in für die niedersächsische Dorfentwicklung mit umfassenden Einblicken in die Ausgestaltung des Prozesses hinzugezogen. Die Ansichten der IP werden im Folgenden sich ergänzend dargestellt. Ist der berufliche Hintergrund und die damit einhergehende Position der IP für die Interpretation der Aussage zentral, wird dies expliziert aufgezeigt. Die Ansichten der FG werden als ergänzende Perspektive hinzugezogen und zusammenfassend dargestellt. Bestehen differenzierte Auffassung oder sich entgegengesetzte Positionen innerhalb einer

FG oder auch im Vergleich der beiden FG, wird dies aufgezeigt.

8.1 Auswertung thematische Fokusse und Gemeinschaft

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Die Auswertung der wahrgenommenen relevanten Themen, die im Rahmen der Dorfentwicklung in Niedersachsen bearbeitet werden, generieren sich aus den Antworten der IP und werden durch die Ansichten der FG erweitert. In den Darstellungen aller IP zeigt sich die Breite der Fördermöglichkeiten im öffentlichen und privaten Bereich, die in ihrer Vielfalt auch genutzt werden (s. Tab. 4). Aufbauend auf den drei Pflichtthemen Demografie, Klimafolgeanpassung/Klimaschutz und Innenentwicklung werden viele Projekte oder Bereiche als Querschnittsthemen verstanden und umgesetzt (IP 1/13/14).

Das Planungsinstrument wird von den IP als dynamisch angesehen, wodurch sich die thematischen Fokusse in den Regionen im Laufe der Umsetzungsphase auch ändern können.

Tab. 4: Thematische Vielfalt in der Dorfentwicklung aus Sicht der IP

Innenentwicklung	Ärztliche Grundversorgung	Wegeverbindungen
Demografie	Mobile Anbieter	Mehrgenerationenwohnen
Klimaschutz	Jugend	Arbeitsplätze
Daseinsvorsorge	Wirtschaft	Familienfreundlichkeit
Umweltschutz	ÖPVN	Umnutzung
Private Sanierungen	Nachbarschaftshilfe	Revitalisierung
Radwege	Bäcker	Abriss
Dorfladen	Sporthalle	Tagespflege
Mehrzweckhalle	Straßensanierung	betreutes Wohnen
Tourismus	Treffpunkte	Gemeinschaftswohnen
Leerstand	Mountainbike Strecke	Freibadsanierung
Dorfregion-App	Mehrfunktionshaus	Dorfgemeinschaftshaus
Energetische Sanierung	Mitfahrrerbänke	

Quelle: eigene Darstellung 2019

„[...] wir müssen ständig draufschauen und gucken: Passt das überhaupt noch, was wir uns damals für Ziele gegeben haben, passen die Handlungsfelder noch. Und dann auch einfach mal zu sagen: Ok, wir müssen vielleicht in diese Richtung noch mal weiter denken oder in die andere Richtung mal gucken und da haben wir dann auch gesehen, dass es einfach immer wieder neue Herausforderungen gibt, auf die man dann reagieren muss und, dass das einfach so ein dynamisches Planungsinstrument ist, wo man diese Sachen mit berücksichtigen kann.“ (IP14)

„Heute geht es eigentlich um Zukunftsfragen, die, sagen wir mal alle Parameter des Lebens im ländlichen Raum berühren und das war anfänglich überhaupt nicht der Fall.“ (IP12)

Neben der benannten Vielfalt differenzieren die IP die Themen nach den Interessen der Gemeinde und der Bürger*innen (IP9) sowie zwischen von außen gesetzten Pflichtthemen (wie Klimaschutz) und eigenen Themen (IP14). Sie betonen neben den privaten Sanierungsinteressen (IP5), die „sozialen Themen“ (IP2/4/9/12) und „das Gemeinschaftliche“ (IP13) als wichtig für die Bürger*innen.

„[...] die Gemeinden [...] bei denen geht es darum, dass etwas energetisch saniert wird oder so was in der Art, aber bei der Bevölkerung geht es darum, dass etwas geschaffen wird.“ (IP9)

„Es sind vor allem die sozialen Themen, Dorfgemeinschaftshäuser, aber auch viel betreutes Wohnen, Tagespflege.“ (IP9)

„[...] dieser Part des sozialen Lebens, der soziale Part ist wesentlich stärker als vor 20 Jahren.“ (P12)

„Also das ist eigentlich das, das sieht man auch, wenn man sich unsere Leitbilder, die wir mit den Dorfregionen entwickelt haben [ansieht], das Gemeinschaftliche ist da eigentlich schon das zentrale Element [...]“ (IP13)

Nach konkreten Nachfragen werden als Beispiele für soziale Themen oder das Gemeinschaftliche betreffend u.a. Dorfgemeinschaftshäuser (IP9) und Gemeinschaftsorte (Dorfläden, Bäcker, Sporthalle, Plätze) als Treffpunkte (IP13/14), neue Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaftsformate (IP4), nachbarschaftliches Miteinander, eine Dorfregion-App für die Terminkoordination (P4), Mitfahrerbänke, die Gründung von Bürger*innenvereinen (P5) oder die Verbindung der Bedürfnisse von Jung und Alt, um einen Wohlfühlraum und eine Bleibperspektive zu schaffen (IP2/12), genannt. Als wichtig für die Dorfgemeinschaft werden darüber hinaus Freizeitangebote, Wanderwege oder Mehrfunktionshäuser angesprochen (IP5). Aus den Antworten der IP zu Nachfragen bezüglich Themen und Projekten, die auf ein soziales Miteinander abzielen, bzw. die Gemeinschaft und das Zusammenleben vor Ort stärken, verdeutlicht sich, dass die Thematisierung dieser u.a. von der politischen Steuerungskultur abhängig sei (IP3/13). In Bezug auf den Dorfentwicklungsprozess wird herausgestellt, dass es für Gemeinschaftsprojekte wichtig sei, Ideen der Bürger*innen nicht abzutun, sondern eine Atmosphäre zu schaffen, in der alle sich äußern und austauschen mögen (IP 8/9). Ebenso wird thematisiert, dass neben der Projektumsetzung auch die Nutzung des Geschaffenen durch das Dorf zentral sei und sich hierfür ein Bewusstsein in den Dörfern entwickeln müsse, hinter solchen Projekten zu stehen (IP11). Wahrgenommen wird von den IP zudem, dass sich der Dorfentwicklungsprozess positiv auf die Gemeinschaften vor Ort auswirke (IP12). Dorfentwicklung kann ein Katalysator sein, sich für das Dorf einzusetzen (IP3). Zudem können es gute Projekte schaffen, z.B. Trägerverein, Kirchengemeinde und Bürger*innen zusammenzubringen und aktiv etwas für den Ort zu gestalten (IP3). Aus einer kleinen Gruppe kann zudem eine große aktive Dorfgemeinschaft entstehen (IP1), wobei kleine Schritte und schnelle Erfolge als wichtig angesehen werden, um sich „danach beim Grillen auf die Schulter zu klopfen“ (IP1) – dadurch verfestigt sich eine Gemeinschaft und es wird ein Mehrwert von den Bürger*innen wahrgenommen (P13/14). Es wird zudem das Potenzial von Multi-

pplikator-Effekten gesehen, indem erfolgreiche Projekte Bürger*innen animieren, aktiv weitere Dinge für den Ort zu gestalten (IP3). Aufbauend auf der Motivation, die die Einzelnen dazu bringt, sich an den Arbeitsgruppen und Bürgerversammlungen zu beteiligen (IP8/9), sind diese Menschen auch oft Multiplikator*innen, die die Informationen und das Engagement verbreiten (IP12). Im Prozess der Dorfentwicklung zeigt sich laut einzelner IP, dass das Lebensumfeld nur gemeinsam gestaltet werden kann (IP8/9) und zudem dem Zuhören eine große Bedeutung nachgesagt wird, da eine Gemeinschaft durch diesen Prozess entstehen kann (IP2). Nach dem Planungsprozess wurde ein dreiviertel Jahr intensiv zusammengearbeitet, es wurde sich besser kennengelernt und dadurch entstand eine Gemeinschaft. Auch die Verwaltung wird als ganz anders miteingebunden erlebt (IP13/14).

Alle IP stellen die Bürger*innen mit ihren Ideen in den Mittelpunkt.

„Heute sind die Menschen im ländlichen Raum eigentlich die Akteure, die mit eingebunden werden [...]“ (IP12)

Demgegenüber wird die Einschränkung betont, dass von kommunaler Seite aus noch nicht verinnerlicht wurde, was alles theoretisch möglich ist (IP11). Und auch die Bewohner*innen würden zunächst den finanziellen Aspekt der Förderung und damit oftmals Infrastrukturprojekte in den Fokus rücken, bevor auch andere nichtinvestive Maßnahmen und die zu stärkende Gemeinschaft in den Blickpunkt geraten (IP13/14). Auch werden von den IP die Unterschiede in den Dörfern unterstrichen.

„Wir wissen, dass der ländliche Raum nicht der ländliche Raum ist, sondern die ländlichen Räume mit ganz unterschiedlichen Charakteren mit ganz unterschiedlichen Wahrnehmungen auch der Menschen, die dort leben«. (IP12)

Dies zeigt sich besonders in der Wahrnehmung der Gemeinschaft über das einzelne Dorf hinaus. In einigen Dörfern arbeiten die Dorfgemeinschaften über-

örtlich gut zusammen (IP6). Ein aktives Vereinsleben wird als wichtige Stütze der Gemeinschaft für ein gesellschaftliches Leben und als Treffpunkt benannt (IP12). In diesem Zuge wird auch ein erstes Umdenken in Dörfern aufgeführt, in denen aufgrund der demografischen Entwicklung Vereine oder Feste zusammengelegt werden (IP5/6). Andere IP betonen, dass den Dorfbewohner*innen bewusster geworden ist, dass es auch um die Gemeinschaft mit mehreren Dörfern geht und sie gemeinsam etwas erarbeiten müssen. Dies geht damit einher, anderen Dörfern etwas zu ermöglichen oder selbst etwas aufzugeben, um im Ganzen eine Verbesserung zu schaffen (IP6). Es wird betont, dass Bürger*innen ein starkes Interesse an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes haben und sich (im Dorfentwicklungsprozess) Gedanken machen, wie eine aktive Dorfgemeinschaft erhalten werden kann und wie die Dörfer für alle Generationen interessant und lebenswert gestaltet werden können (IP3). Auch gehört dazu die Auseinandersetzung mit sich selbst als Dorfregion (IP4). Die Bürger*innen werden diesbezüglich von den IP in der Verantwortung gesehen, das Dorfleben aktiv zu gestalten (IP11/13/14) und sich mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten einzubringen (IP1). Ob in den Dörfern Themen in der übergreifenden Dorfregion gedacht und umgesetzt werden, variiert stark.

In der Darstellung der gemeinschaftsstärkenden Themen wird ein endogenes Potenzial des gemeinsamen Gestaltens gesehen. 13 IP sprechen das Thema gemeinsames Gestalten an, aus dem ein Lern- und Erfahrungsprozess hervorgehen kann, der neue Projekte für die Gemeinschaft anstößt (IP4/7) oder/und einen Selbsthilfeprozess entstehen lässt.

„Wenn kreative Leute in den Dörfern, wenn die ihr Potenzial entdecken, manchmal braucht man nur ganz kleine Anschläge, dann setzt so ein Selbsthilfeprozess ein. Das ist so. Die Leute lernen, miteinander zu reden und nicht übereinander zu reden. Und die lernen auch, Projekte selbstständig zu händeln. Und in der Abfolge ist es heute ja auch so, dass nach Planungsprozessen die Arbeitskreise ja auch in der Regel weiter machen.“ (IP1)

Um die Potenziale nutzen zu können, wird die Wichtigkeit von Treffpunkten und Austauschmöglichkeiten betont, die ein Gefühl der gegenseitigen Unterstützung und Stärkung ermöglichen (IP12). Nachhaltigkeit bei bestimmten Themen werde dabei laut einer IP nur dadurch erreicht, dass die Menschen „die Themen mittragen, mitleben und mitgestalten“ (IP2). Eine Dorfgemeinschaft sei in diesem Sinne auch eine Verantwortungsgemeinschaft (IP2).

Einige IP sehen sich selbst hier in der Rolle, auf die Bürger*innen einzuwirken und sie zu unterstützen. Durch die verstärkte Thematisierung von Soft Skills – wie wertschätzende Kommunikation, strukturiertes Arbeiten, Projektorganisation und darauf aufbauende Kompetenzen für die Umsetzung von Projekten – sollen die Themen Dorfgemeinschaft und Sozialraum in den Fokus rücken. Eine einseitige materielle Verwirklichung schränkt den Blick ein und begrenzt das Handeln (IP2). Andere wollen die vielen nichtinvestiven Ideen der Bürger*innen stärken und ein entsprechendes Handlungsfeld Gemeinschaft schaffen, welches auch in der Umsetzungsphase bei der Projektverwirklichung und Strukturfindung unterstützt und begleitet wird (IP13/14). Auch neue Beteiligungsformate, die die Menschen enger zusammenbringen, werden als Potenzial für neue kreative Lösungsideen ohne große finanzielle Notwendigkeiten gesehen (IP13/14).

Neben der wahrgenommenen Bedeutung von Gemeinschaft, verdeutlicht sich in einigen Dörfern ein thematischer Veränderungsprozess hin zu mehr nichtinvestiven Maßnahmen und Themen, die die Gemeinschaft betreffen. Aufgrund der Unterschiedlichkeit in den Dörfern wird ein großes Potenzial in diesem Handlungsbereich gesehen. Gleichzeitig wird herausgestellt, dass es Begleitung und Anstoß durch Planer*innen in der Umsetzungsphase bräuchte.

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

In den beiden untersuchten Dorfgemeinschaften benennen die Teilnehmer*innen der Fokusgruppe Rehburg-

Loccum (FG1) und die der Fokusgruppe von Bierde bis Wittlohe (FG2) die Themen Nahversorgung, Mobilität und Wohnen als Entwicklungsschwerpunkte. Weiterhin spielen die Themen sanfter Tourismus, in Bezug auf das Steinhuder Meer (FG1) und den Fahrradtourismus (FG2) eine wichtige Rolle. Das Thema Wohnen wird vielseitig dargelegt. Während in der FG2 herausgestellt wird, dass teilweise in den Orten kein Leerstand und kein freies Bauland bestehe und ableitend eine Schwierigkeit gesehen wird, junge Leute in den Ortschaften zu halten, beschäftigt auch FG1 das Thema, junge Menschen in die Orte zu holen oder dort zu halten – jedoch eher unter dem Aspekt, ein gutes Wohnumfeld zu schaffen.

„Wir wissen schon, dass hier nicht jeder Arbeit findet, aber als Wohnort kommen doch einige junge Familien zurück, weil es sich lohnt, hier zu leben, weil die Kinder hier gut aufgehoben sind, weil wir ein gutes Miteinander haben.“ (FG1)

„Wohnungsvermietung an Jüngere als Thema, die erste eigene Wohnung, das müsste so ein Bauthema sein. Da gibt es Projekte mit Jung und Alt zusammenwohnen. [...] Solche Gedankenspiele kommen in Otersen, weil es gibt kein Bauland und kein Leerstand.“ (FG2)

Auch das Thema, älteren Menschen möglichst lange ein Leben in den Orten zu ermöglichen, spielt für beide Dorfgemeinschaften eine wichtige Rolle. In diesem Zuge werden Ideen (FG2) und konkrete Projekte (FG1) genannt, in denen Vorschläge entwickelt werden, wie junge und alte Menschen zukünftig zusammenwohnen können. Generell wird von allen die gute Qualität des Lebensumfeldes betont. Vereine stellen hierfür einen wichtigen Faktor dar. Die Bandbreite der Angebote wird in beiden Diskussionsgruppen aufgegriffen und der Zusammenschluss von Vereinen diskutiert.

„Und für alle Orte durch den demografischen Wandel müssen wir auch sehr aufpassen und teilweise gibt es das auch schon, zum Beispiel der Kulturverein, der Fußballverein, die schließen sich schon mit anderen Orten, die kriegen ja die

Mannschaften nicht mehr so voll wie gehabt, dass die sich schon zusammenschließen.“ (FG1)

„Auch zwangsweise müssen die mit den anderen zusammenkommen, weil es irgendwann im Fußballverein die Sparte nicht mehr gibt, weil sie nicht genug Leute haben. Die müssen zwangsweise auch in die anderen Orte ausweichen und das ist vielleicht ja auch gar nicht schlecht.“ (FG1)

„Also ich glaube, dass in ein paar Jahren nicht mehr jedes Dorf in der Dorfregion einen eigenen Schützenverein hat. Wo ich dann denke, warum tun sich Schützenvereine nicht einfach zusammen und feiern Schützenfeste im Wechsel ein Jahr in der Ortschaft, ein Jahr in der Ortschaft, ein Jahr in der Ortschaft. Dann kann man dem Schießsport weiter nachgehen, man hat mehr Leute, bekommt so ein Zelt leichter voll.“ (FG2)

Die hierbei gesehenen Potenziale vor Ort werden weiterführend, auch im Zusammenhang mit ortsübergreifenden Projekten und einer besseren Vernetzung der Dörfer untereinander, debattiert. In der FG2 wird die bestehende Landkreisgrenze in der Dorfregion gleichzeitig als bisherige große Barriere im Austausch der Bewohner*innen und die Überwindung dieser als großes Potenzial gesehen. Hier wird auch dem Dorfentwicklungsprozess eine zentrale Bedeutung beigemessen.

„Ich denke, es gab von den Teilnehmern her auch eine Entwicklungsphase. Am Anfang waren die Themen sehr ortsbezogen, die vielleicht für alle interessant waren, aber die Teilnehmer waren immer sehr fokussiert auf den eignen Ort und die Maßnahmen auch. Und im Laufe der Zeit wurde das Ganze regionaler, so dass, es gab ein gewisses Umdenken, es gab auch für die Teilnehmer eine Entwicklungsphase, anders zu denken. Und das betrifft die anderen ja auch.“ (FG2)

In der FG1 zeigt sich hingegen, dass ortsübergreifende Themen schon teilweise umgesetzt werden und schon lange eine enge Zusammenarbeit der Orte besteht.

„Obwohl wir auch andere Projekte in der Stadt haben, in der gesamten Stadt, wie den Bürgerbus zum Beispiel, was ortsübergreifend ist. Da gibt es andere gute Beispiele, da gibt es Fördervereine von den Jugend- und Kinderfeuerwehren, die stadtübergreifend also alle Ortsteile betreffen.“ (FG1)

Vernetzung wird diesbezüglich eher infrastrukturell diskutiert, beispielweise in Form von Radwegeausbau als Verbindung zwischen den Ortschaften.

Neben den Vereinen und der ortsübergreifenden Perspektive wird der gesellige Austausch (Feste, Hochzeiten, Geburtstage) und die Problematik der kürzlich geschlossenen Gastronomie in der FG2 herausgestellt. Diese Herausforderung wurde vor Ort selbst in die Hand genommen. Aufbauend auf den Aussagen, dass es viele Engagierte und einige sehr stark Engagierte in der Dorfregion gäbe und zudem Erfahrungen durch gemeinsame Projekte - wie einen selbstständig betriebenen Dorfladen - bestehen würden, verdeutlicht sich die Tatkraft der Bewohner*innen der Region. Zudem werden Projekte, die die Gemeinschaft der Orte zusammenwachsen lässt, als „hochinteressant“ und „unterstützenswert“ (FG2) angesehen. Herausbildend zeigt sich eine gemeinsame Auseinandersetzung der Orte mit der Frage, was aus der geschlossenen Gastronomie entstehen soll, und in welcher Form eine neue Lokation zum Vorteil aller Bewohner*innen gestaltet und unterhalten werden könnte.

In solch großen Projekten zeigen sich gleichzeitig die Grenzen des Engagements und des Leistbaren. Zudem wird unter den Teilnehmenden in FG2 diskutiert, inwieweit immer die gleichen Leute die Richtung vorgeben und wenig Platz für andere Persönlichkeiten und neue Ideen bestehe. Im ähnlichen Kontext wird auch für die Einbindung der Jugend in die Dorfgemeinschaft argumentiert. Es kristallisiert sich heraus, dass für diese ebenso Perspektiven geschaffen werden müssen, wie ihnen mehr Raum zu geben und Vertrauen entgegen zu bringen sei (FG2).

Die Teilnehmer*innen der FG1 sehen auch Potenziale in kleinen Projekten. Sie stellen heraus, dass jede einzelne Aktivität zum Dorfleben dazu zähle und auch kleine Aktionen das Dorfleben ausmachen würden, weil es dort einen Austausch gibt und daraus neue Ideen entstehen können (FG1). In Bezug auf größere Veränderungen/Projekte wird in den genannten Beispielen zumeist eine konkrete aktive und umsetzende Person benannt, die dabei oftmals auf großen Widerstand stößt und erst mit einigem Abstand werden der Erfolg und der Vorteil von Veränderungen wahrgenommen. Dargestellte Beispiele sind die Abschaffung des Schützenfestes und Implementierung eines eigenverantwortlich organisierten Dorffestes in einem der Orte sowie die Schaffung eines neuen Baugebietes mit Wohnkonzepten für junge und ältere Menschen.

„Ich bin diejenige, die als Ortsbürgermeisterin in die Geschichte eingeht und das Schützenfest abgeschafft hat. Mittlerweile haben wir unser zweites Dorffest gefeiert, haben die Tradition des Schützenfestes integriert, aber alles andere drum herum erneuert und anders gestaltet und haben sämtliche Vereine miteingebunden und so weiter. Und beim ersten Mal haben alle gesagt, macht mal, es bleibt das erste und letzte, es wird sowieso nichts. Jetzt haben wir unser Zweites gefeiert und wir feiern nur alle zwei Jahre und das war noch besser als das Erste. [...] Also das sind so Dinge, jetzt stehen alle dahinter, aber was glauben Sie was ich mir habe anhören müssen.“ (FG1)

Für die Bürger*innen, die im Dorfentwicklungsprozess beteiligt sind, stellen die Menschen vor Ort und das Wohnumfeld ein zentrales Thema dar. Sie stellen die Vereine und das Zusammenleben ebenso heraus wie die stattfindenden Feste und das gemeinsame Miteinander. In der Auseinandersetzung mit ortübergreifenden Themen, Veränderungen etablierter Feste oder Vereinsstrukturen werden große endogene Potenziale wahrgenommen, die das Miteinander und das Umfeld beleben können. Es wird herausgestellt, dass die, die sich am Dorfentwicklungsprozess beteiligen, auch die sind, die aktiv

vor Ort sind (FG1). Sowohl die Planer*innen als auch die Teilnehmer*innen der Fokusgruppen stellen die Bedeutung der Gemeinschaft vor Ort sowie die Stärkung dieser und die Gestaltung des Umfeldes heraus. Die Planer*innen sehen einen thematischen Veränderungsprozess hin zu mehr nichtinvestiven Maßnahmen und Themen, die die Gemeinschaft betreffen. Gleichzeitig wird betont, dass es Begleitung und Anstoß durch Planer*innen in der Umsetzungsphase bräuchte, um diese Themen noch zu verfestigen und das dort gesehene Potenzial zu stärken. Es deutet sich eine enge Verknüpfung mit der Ausgestaltung des Prozesses und den verwendeten Methoden der Planung an, auf die nachfolgend eingegangen wird.

8.2. Auswertung Dorfentwicklungsplanung und Prozessgestaltung

Einführend folgt die Prozesswahrnehmung, konkreter die wahrgenommenen Stärken und sich herausstellenden Schwächen des Prozesses, aus der Perspektive der IP sowie ergänzend der FG. Aufbauend wird detaillierter auf die Kooperation der Akteur*innen im Rahmen der Dorfentwicklung sowie die methodische Ausgestaltung des Prozesses eingegangen.

8.2.1 Prozesswahrnehmung

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

„Es ging darum, dass man das Dorf attraktiver machen will im äußeren Erscheinungsbild. Dazu gehörten die Straßen, die Plätze, die Modernisierung und Verbesserung der ortbildprägenden Gebäude und dergleichen. Das ist heute auch noch so, aber heute steht der Mensch mehr im Mittelpunkt. Heute sind die Menschen im ländlichen Raum eigentlich die Akteure, die mit eingebunden werden. Denn sie sind letztlich diejenigen, die das Leben im Dorf prägen sollen, weiterentwickeln sollen und für sich einen Wohlfühlraum entwickeln sollen. Und dazu sind eigentlich die Instrumente der Dorferneuerung, der Dorfent-

wicklung immer noch hervorragend. Es gibt kaum andere Instrumente, die so was mit unterstützen könnten.“ (IP12)

Das Zitat hebt den Aspekt, die Bürger*innen im Mittelpunkt des Förderprogramms zu sehen, hervor. Dieser Fokus verdeutlicht sich in allen geführten Interviews. Im Zuge der stattfindenden Partizipation wird von den Planer*innen die Nähe zu den Bürger*innen betont.

„Es zeichnet tatsächlich aus, dass es sehr nah am Bürger ist und dass die Menschen, die mitarbeiten, wirklich wissen, warum sie es tun, wofür sie es tun. Was wir nach unserer Einschätzung bei vielen anderen Programmen, wenn es so auf eine regionale Ebene geht, nicht mehr unbedingt haben, wo ja Bürgerbeteiligung auch immer gefragt ist. Das ist es bei der Dorfentwicklung eben tatsächlich so, wenn wir in Bürgerveranstaltungen reingehen, die Bürger ganz klar wissen, es geht hier um mein Dorf und ich tue hier etwas für meine Zukunft.“ (IP6)

Neben der Zugänglichkeit des Prozesses wird betont, dass die Bürger*innen mit ihren Ideen ernst genommen werden und wirklich mitwirken können (IP7). Im Vergleich zu anderen Planungsinstrumenten wird von einigen IP herausgestellt, dass nirgendwo die Bürger*innenbeteiligung so stark eingefordert (IP12) und umgesetzt werde (IP6/7). Der Wert positiver Erfahrungen wird angesprochen - u.a. hinsichtlich wirklicher Veränderungen, die bewirkt werden können (IP6) und der Realisierung kleinerer Projekte innerhalb von relativ kurzer Zeit (IP1). Hier werden auch die kleinräumigen und kleinteiligen Fördermöglichkeiten für private und öffentliche Maßnahmen betont und die Besonderheit, dass auch kleine Beträge förderfähig sind (IP5), herausgestellt. Es besteht das Ziel, Bürger*innen während des Prozesses in die Lage zu versetzen, selbstständig zu planen und unmittelbar anschließend auch umzusetzen (IP2).

Der Ansatz, eine Gesamtstrategie für die Dorfregion zu entwerfen, wird unterstrichen und die Wich-

tigkeit herausgestellt, dass bei jedem Projekt die zukünftige Nutzung und das Potenzial mit Unterstützung der Kommune und Verwaltung (Bestandsanalyse etc.) abgewogen werden (IP6). Die Einbindung von Fachleuten für bestimmte Themen - neben den Planer*innen im Prozess - wird gelobt (IP2). Ebenso wird betont, dass die Erfolgsaussichten der Projekte groß seien, weil die erarbeiteten Ergebnisse im Prozess von verschiedenen Ebenen reflektiert und die Bewertungsunterlagen der Ämter mitbedacht werden (IP2/8/9).

„Dann ein weiterer Vorteil, dadurch das die Landesverwaltung, sprich die Ämter für regionale Landesentwicklung, jetzt die Prozesse begleiten, die Landkreise die Prozesse begleiten und die Gemeinden die Prozesse begleiten, da ist in den Dörfern und Dorfregionen ein sehr schöner Zusammenhang zwischen den verschiedenen Planungsebenen vorhanden. Die gemeindliche Planungsebene, die regionale Planungsebene über den Landkreis und die überregionale Planungsebene Land kommt quasi im Dorf in dem Moment zusammen und steht dem Dorf zur Verfügung, durch die Einbindung in den Prozess. [...] Und dadurch ist auch gewährleistet, in der Regel gewährleistet, dass die Ergebnisse, die erarbeitet werden, auch schon von den verschiedenen Ebenen reflektiert sind. Was auch eine größere Erfolgsaussicht sozusagen ermöglicht oder bedingt, so dass die meisten Projekte meiner Erfahrung nach tatsächlich dann auch so oder annähernd so, wie sie gedacht werden, von den Menschen, umgesetzt werden können.“ (IP2)

Weiterhin werden von vier Planer*innen die über 40-jährige Erfahrung (IP2/12) und die Veränderungen (IP1/11) des Planungsinstruments betont. Die Dorfentwicklung habe in der Betrachtung des Zeitgeschehens gezeigt, dass sie flexibel reagieren könne (IP1). Es wird herausgestellt, dass sich das Instrument bewährt (IP12) und angepasst hätte (IP5).

„Heute ist es die Dorfentwicklung, heute geht es eigentlich um Zukunftsfragen, die sagen wir mal alle Parameter des Lebens im ländlichen Raum

berühren und das war anfänglich überhaupt nicht der Fall.“ (IP12)

„Inhaltlich finde ich es sehr gut, dass es sich entwickelt hat, aus dieser doch eher gestalterischen und sehr strengen Schiene heraus oder eben auch weiter zu einem sozial ausgerichteten Programm. [...] und eben gerade für die öffentliche Hand denke ich, ist es eine gute Weiterentwicklung, dass es in die soziale Richtung geht, in eine gemeinschaftliche Richtung, in eine Öffnung der Förderungen in die Basisdienstleistungen hinein und so weiter. Ich glaube, das ist schon auch eine gute Entwicklung. Das hat vorher eindeutig gefehlt, weil Dorfentwicklung natürlich nicht gestalterisch zu lösen ist. Und ich glaube da ist Niedersachsen mittlerweile ganz gut aufgestellt.“ (IP5)

Dem entgegenstehend sehen einige Planer*innen hier noch Entwicklungsbedarf. Es brauche eine stärkere Thematisierung, da viele Akteur*innen bei der Aufnahme in das Förderprogramm zunächst „Dollarscheine vor Augen“ (IP14) hätten und dadurch das Infrastrukturelle klar im Vordergrund steht und aufgepasst werden muss, dass kleine Projekte und andere Ideen nicht untergehen (IP13/14). Weiterhin werden mehr weiche Förderansätze für den soziokulturellen Bereich gefordert (IP3). Die teilweise schwierige finanzielle Lage der Kommunen wird als Hemmnis für kleine gemeinschaftliche Projekte gesehen, da eher die Pflichtaufgaben im Fokus stünden (IP4). Die Umgestaltung öffentlicher Räume (oftmals Straßenräume) für die „gesellschaftlich-soziale Mitte“ werde oftmals benannt, aber noch nicht wirklich in dieser Form realisiert (IP11). „Gemeinschaftsarbeit“ und Umgestaltung um einen „Wohlfühlfaktor“ für die Gemeinschaft zu schaffen, müsste noch viel stärker unterstützt werden (IP11).

Es wird die steigende Bedeutung der Evaluierung von den Planer*innen thematisiert. Dargestellt als ständiger Lernprozess wird formuliert, dass immer wieder überprüft werde, was von den gesetzten Themen noch zielführend sei (IP1), inwieweit Bewohner*innen langfristig mitwirken und auch

qualifiziert werden (IP1/2/8/9). Die Ausgestaltung des Prozesses wird als von den Planer*innen abhängig gesehen. Es gebe einen „Pflichtteil“ und einen „Kürteil“ im Leistungsbild, dessen Inhalt den Planer*innen überlassen bleibe (IP1). Es wird formuliert, dass unterschiedliche Intensitätslevel in den Orten bestehen, die wohl auch mit den Multiplikator*innen vor Ort und deren Weiterreichung von Informationen zusammenhängen (IP3).

Der Zeitraum des Förderprogramms sowie die Aufteilung zwischen Planungs- und Umsetzungsphase werden von den meisten Planer*innen grundsätzlich als positiv wahrgenommen. Einer stellt heraus, dass eine ganz kurze Planerstellungsphase von wenigen Tagen den Vorteil hätte, einen ganz intensiven Austausch zu schaffen. Das Entwickeln und Entwerfen würde zu einem Event und Spektakel werden und schnelle gemeinsame Entscheidungen einfordern, die nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner umfassen, sondern mit Mut und Reibung und der Entwicklung durch das Kollektiv alternative Umsetzungsvorschläge ermöglichen (IP10). Dies würde jedoch einem komplett anderen Arbeitsprozess entsprechen, als dem, der bisher in der Dorfentwicklung in Niedersachsen umgesetzt wird. In Bezug auf die aktuelle Handhabung wird von einigen Planer*innen die Planerstellungsphase als zu kurz für bestimmte Themen wie die Auseinandersetzung mit sozialem Neid (IP12) wahrgenommen.

Als einschränkend werden die formellen Vorgaben von fast allen Planer*innen benannt. Konkreter werden die zu erfüllenden Rahmenbedingungen (IP13/14), lange und komplexe Formulare (IP5), der bürokratische Aufwand – insbesondere für die privaten Antragssteller*innen (IP6) – und lange schriftliche Entwicklungspläne (IP7) aufgeführt. Weiterhin werden Schwachpunkte darin gesehen, dass die Ämter für regionale Landesentwicklung keine einheitliche Linie fahren würden (IP8/9).

„Man hat im Grund genommen eine Richtlinie, aber man hat von Amtsbezirk zu Amtsbezirk unterschiedliche Auslegungen. [...] Dann würden wir uns wirklich oftmals wünschen, dass es so eine

einheitliche Linie gibt, wo man sagen kann, so ist es und so ist es. Aber gut, da ist dann eben noch der einzelne Sachbearbeiter, der da steht und die Möglichkeit hat zu sagen, ich lege das aber in die Richtung aus.“ (IP9)

Bezüglich der neu etablierten Dorfregionen stellen zwei Planer*innen heraus, es müsse sich erst noch herausstellen, wie groß eine solche Region sein darf und gleichzeitig sehen sie eine Herausforderung darin bei großen Regionen „eine gemeinsame Klammer“ (IP8) der zukünftigen Entwicklung zu finden (IP8/9). Diesbezüglich betonen beide IP auch ein Ungleichgewicht zwischen Regionen mit einem gemeinsamen und einheitlichen politischen Gremium und solchen, in denen es keine zentrale Struktur gäbe.

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

In den Fokusgruppen dreht sich die Wahrnehmung des Prozesses vor allem um die Bürger*innen selbst, ihr Engagement und ihre Einbindung. In beiden Fokusgruppendifkussionen wird herausgestellt, dass im Prozess viel Beteiligung stattfindet und von den Bürger*innen gute Ideen erarbeitet werden, die langfristige Mitarbeit jedoch oftmals nicht erreicht wird.

„Am Anfang waren viele da, die Zukunftswerkstatt hieß das glaube ich [...] und jetzt wo es an die aktive Selbstbeteiligung geht und nicht nur, ja wir haben es aufgeschrieben, nun macht mal, sondern man muss selber was machen, da kamen auch welche zu mir, du verfolgst das dann für uns, du machst das und das und das. [...] Die Leute, sieht man auch heute bei den letzten Sitzungen, es wurden immer weniger Leute, die an den Sachen teilgenommen haben.“ (FG2)

Es wird thematisiert, dass eine Beteiligung eher vorhanden sei, wenn die Bewohner*innen von den Themen direkt betroffen sind (FG2). Mit ähnlicher Argumentation stellen die Teilnehmer*innen der FG1 temporär absehbare Projekte, um Personen einzubinden, heraus.

Während in der FG2 herausgestellt wird, dass es geschafft wurde, eine Mischung zwischen bislang sehr aktiven und neuen Beteiligten, die sich bisher nicht so eingebracht haben, zu erreichen, wird in der FG1 die Verpflichtung der Bürger*innenbeteiligung angesprochen. Es besteht Uneinigkeit in der Gruppe über die Position der Gemeinde zum Nutzen des intensiven Partizipationsprozesses.

„Und das war auch die Schwierigkeit bei dieser Bürgerbeteiligung, sie hatte von Anfang an den Beigeschmack, es war so eine Verpflichtung, die Bürger zu beteiligen, wenn man sie nicht beteiligt hätte, wäre der Dorfentwicklungsplan vermutlich auch irgendwann durchgegangen, aber nein, es war ja nun verpflichtender Bestandteil.“ (FG1)

Insbesondere ein*e Teilnehmer*in sieht die Partizipation sehr kritisch, während die anderen dem nicht zustimmen. Insgesamt wird in Bezug auf den Beteiligungsprozess wahrgenommen, dass das Interesse der Bevölkerung geweckt wurde und einige Bürger*innen auch aktiv dabeigeblichen sind und Koordinierungsaufgaben übernommen haben. Zudem besteht eine gewisse Prozess Erfahrung vor Ort, da einzelne Ortschaften schon in der Förderung der Dorferneuerung waren. In einem dieser Orte gründete und etablierte sich ein Verein, der sich bis heute mit der Dorfgestaltung auseinandersetzt und wieder in den Prozess eingebunden ist (FG1).

In der FG2 wird bezüglich der Beteiligung herausgestellt, dass es viel Eigeninitiative insbesondere von einzelnen Personen bedürfe, die vorbildlich aktiv agieren. Die Bedeutung von Einzelpersonen wird hier geschlussfolgert. Als problematisch wird zudem gesehen, dass in der Dorfentwicklung das Engagement der Bürger*innen fest von den Kommunen mit eingeplant sei und es so wahrgenommen wird, dass die Bürger*innen mit anfassen müssen. Dies wird insbesondere im Kontext der Besonderheit von Ottersen deutlich, wo sehr viele ehrenamtliche - auch große Projekte (Dorfläden, Fähre, Café) - bestehen und Grenzen bei den Ressourcen und bestehenden Strukturen der Bewohner*innen vor Ort gesehen werden (FG2).

„Ehrenamt ist ja mit eingeplant in der Dorfentwicklung, dass immer irgendwo Leute mit anfasen bei Dingen.“ (FG2)

„Und wir haben in Otersen eine bisschen spezielle Situation, weil sich sehr viele Leute engagieren und sich bestimmte Leute auch sehr stark engagieren und wenn man nicht deren Meinung ist, dann darf man sich nicht mit engagieren. Das ist ein bisschen schwierig manchmal.“ (FG2)

„Es braucht immer Leute, die das am Laufen halten. Und irgendwann ist dann auch mal gut mit Ehrenamt und dann kann man das halt nicht mehr stemmen. Das sind auch die Bedenken der Kritiker gewesen, dass wir ehrenamtlich ein Dorfladen betreiben, eine Solarfähre, ein Aller-Café und viele Vereine“ (FG2)

Für die Teilnehmer*innen der FG2 hat der grenzübergreifende Austausch und das Kennenlernen eine große Relevanz. Intensiverer Austausch wird als erster Schritt wahrgenommen, um sich kennen zu lernen, bevor dies anschließend in konkreten Projekten münden würde. Durch den Dorfentwicklungsprozess würden die Menschen zusammengebracht werden. Konkret wird dies unter anderem in Bezug auf das Dorfladenfest in Otersen, welches zum Fest der Dorfregion umgewandelt wurde, so dass alle Ortschaften mit ihren Vereinen und Aktionen dort vertreten waren. Aufbauend auf dem Erfolg des Festes wurde das anstehende Kinderfest ebenfalls für alle geöffnet und in allen Orten der Dorfregion beworben (FG2).

In Bezug auf die Prozessgestaltung durch die jeweiligen Planer*innen wird in der FG1 darüber debattiert, dass der Prozess als weitläufig und teilweise unübersichtlich wahrgenommen wurde. Viele Informationen seien nicht bei allen angekommen und der Prozess sei dadurch nicht so greifbar gewesen (FG1). Auch in der FG2 wird thematisiert, dass das Planungsbüro die einzelnen Themen hätte noch kleinschrittiger herunterbrechen und dadurch verständlicher machen können. Positiv wird hingegen von der FG2 die Einbindung junger Erwachsener ge-

sehen, die durch den teilweise persönlichen Kontakt der zuständigen Planer*in aus der Schulzeit ein gutes Standing in dem Prozess hatten (FG2).

Reflektierend zeigt sich aus Sicht der Planer*innen und der Fokusgruppenteilnehmer*innen eine grundlegend positive Wahrnehmung des Förderinstruments. Alle stellen die Beteiligung, die Interessen der vor Ort lebenden Menschen und die Gestaltung ihres Lebensraumes in den Mittelpunkt. Kritisch werden von den IP vor allem die formalen Vorgaben und Rahmenbedingungen gesehen, während die FG über die begrenzt vorhandenen, aber eingeforderten Ressourcen der im Prozess Engagierten debattierten.

8.2.2 Prozessgestaltung

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Die Betrachtung der Prozessgestaltung gibt anschließend an die Prozesswahrnehmung noch einmal einen Überblick über die Ausgestaltung und Einbettung der Dorfentwicklung.

Die Dorfentwicklungsplanung findet auf einer informellen Ebene statt, so dass keine zwingende Umsetzung besteht (IP2). Es wird jedoch das Ziel betont, dass es nicht nur eine Absichtserklärung sei und die Gemeinde am Ende doch macht was sie möchte (IP8/9). Der Prozess sei geeignet, um zu schauen, was die Dorfregion braucht (IP4) und ist identitätsstiftend (IP4). Zudem wird es als positiv und wichtig dargestellt, dass alle Akteur*innen zusammenarbeiten und sich einbringen würden, Bürger*innen ebenso wie die Politik (IP13/14) und bei Bedarf die Wirtschaft (IP4). Bürger*innen sollten dabei in ihrer Multifunktionalität wahrgenommen und entsprechend ihrer Kompetenzen eingebunden werden (IP4).

„Und da muss man gucken, wie man deren Kompetenzen abholt und einbindet und mitbekommt. Funktioniert mal besser, mal weniger gut.“ (IP4)

Die Freiwilligkeit und die Motivation werden als zentrale Elemente des Prozesses herausgestellt (IP2). Kommunikation wird hervorgehoben, die im Prozess erlernt werden müsse, so dass alle sich gegenseitig zuhören und respektieren würden und Gesagtes nicht abgetan werden dürfe (IP12). Neue Formen der Beteiligung ebenso wie Bewusstseinsarbeit, Wertschätzung und Achtsamkeit werden hier von einer IP gewünscht (IP2). Von einer anderen IP wird nicht nur das Kommunizieren, sondern darauf aufbauend das Erlernen von Selbstständigkeit, beispielsweise durch Arbeitsaufgaben im Prozess oder Qualifikationen, herausgestellt (IP13).

In der Umsetzungsphase wird kritisiert, dass die Partizipation zurückgehe, da der Arbeitskreis nicht immer offiziell weiter mit eingebunden werde (IP11). Die Intensität würde nachlassen und es wird herausgestellt, dass es weitere Begleitung durch die Planer*innen braucht, bis sich für die Projekte tragende Strukturen entwickelt haben. Hierbei wird der Spielraum, den die Planer*innen haben, als viel zu eng angesehen (IP13/14). Die Kommunen haben bisher zu wenig Verständnis dafür, dass Umsetzungsbegleitung nicht nur eine Beratung für private Antragssteller*innen sein sollte und Spielräume bestünden, die die Kommunen viel mehr nutzen sollten. Hier wurde auch von offizieller Seite die Umsetzungsbegleitung noch nicht zu Ende gedacht (IP13/14).

„Und das ist, glaube ich, bei viele Kommunen noch nicht so drin. Es hat auch lange gedauert, bis die diesen Sprung von der Dorferneuerung zur Dorfentwicklung bemerkt haben und genau das gleiche ist es auch, dass die bemerken, die Umsetzungsbegleitung ist nicht nur dafür da, private Maßnahmen zu beraten, Strukturen am Laufen zu halten, sondern das meint auch, dass man aktiv da noch mehr machen kann. Und ich glaube, das fehlt einfach im Moment so ein bisschen in der Umsetzungsbegleitung, ist noch nicht zu Ende gedacht. Das was die in der Dorfentwicklung angefangen haben, zieht sich noch nicht so wirklich in die Umsetzungsbegleitung. Und das ist, glaube ich, manchmal noch so ein Knackpunkt [...] und ich

glaube, es ist wichtig, die Leute darüber zu informieren, was habt ihr denn für Möglichkeiten. Da kann ich mir vorstellen, also ich merke das auf alle Fälle, dass sich da viele Kommunen und Verwaltungen, teilweise auch die Politik, sich noch ein bisschen schwertut so direkt vor Ort.“ (IP14)

Die Neuerung, als Verbunddorfgemeinschaft zu agieren, wird als positiv wahrgenommen und herausgestellt, Verwaltungen könnten so teilweise besser arbeiten und hätten mehr Ressourcen zur Verfügung (IP11). Es wird zudem betont, dass die umgesetzten Maßnahmen im Rahmen der Dorfentwicklung oftmals günstiger seien als geplant, da mit der Kostenschätzung argumentiert werden müsse (IP8/9) und die sei für viele Akteur*innen vor Ort nicht vorstellbar.

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

Die Prozessgestaltung wird in den Fokusgruppen wenig thematisiert, anders als die Prozesswahrnehmung. Auf dieser prozessbetrachtenden Ebene wird nur dargelegt, dass Planer*innen nicht alles leisten könnten und die Bürger*innen eine große Verantwortung bezüglich der Aktivierung aller, der Informationsverteilung und der Organisation tragen (FG2). Zudem wird in der FG2 die Besonderheit herausgestellt, dass sich auch junge Erwachsene in den Prozess einbringen würden, die zwar nicht mehr direkt in den Orten der Dorfgemeinschaft, sondern in den Nachbarorten wohnen, jedoch der Heimatbezug so groß sei und nur der knappe Wohnraum zu einem Umzug geführt habe (FG2).

8.2.3 Kooperation und Entscheidungsfindung

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

In der Betrachtung der Kooperationen im Prozess der Dorfentwicklung zeigen sich verschiedene wichtige Aspekte, die von den IP benannt werden und die im Zusammenhang mit der Thematisierung von Verantwortungsübernahme und der Zusammenarbeit noch einmal aufgegriffen werden.

Zum einen wird herausgestellt, dass die Kooperationen in jeder Dorfregion unterschiedlich ausgestaltet sind, zum anderen werden übergreifende Aspekte benannt, die für ein funktionierendes Zusammenspiel als wichtig wahrgenommen werden. Die beteiligten Akteur*innen und ihre Funktionen ähneln sich in den Regionen. Kooperation wird von allen IP zwischen den Räten, der Verwaltung, den Planer*innen und den Bürger*innen gesehen. Da Dorfentwicklung ein informeller Prozess (IP2) ist, besteht keine Verpflichtung, die Themen der Bürger*innen umzusetzen. Bezüglich der Projekte liegt die Entscheidung bei den jeweiligen Räten (IP3). Aus diesem Grund wird von den Planer*innen angestrebt, dass in den übergeordneten Koordinierungsgremien der Dorfentwicklung Ratsmitglieder vertreten sind, damit diese dort die Ergebnisse mittragen und sie zudem rückgekoppelt werden (IP6). Bei politischen Vertreter*innen von Parteien wird betont, dass klar kommuniziert werden muss, dass ein freier und nicht zensierter Prozess angestrebt wird, was nicht immer einfach sei (IP12). Auch die Einbindung von Verwaltungsmitarbeiter*innen (IP8/9) wird als positiv für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten angesehen. Wird sich gegen etwas entschieden, für das sich aber die Bürger*innen eingesetzt haben, besteht oftmals Unzufriedenheit (IP12) und das Engagement kann erlöschen (IP7). Dem wird versucht durch die vorherige Absprache entgegen zu wirken. Wenn Vertreter*innen der Räte mit im Gremium sitzen, stimmen sie meistens den Vorschlägen von dort auch zu (IP6). Die Entscheidungsmacht für die Projekte der Dorfentwicklung bei den Räten zu wissen, wird als schwerer Lernprozess für die Bürger*innen angesehen (IP12).

„[...] für jemanden, der aus der Praxis kommt und damit ganz wenig konfrontiert ist, ist das ganz schwer. Der sagt sich, ich opfere meine Zeit und jetzt wird das alles nichts und wir hatten das doch anders besprochen, wir wollten es doch anders haben und jetzt entscheidet der Gemeinderat in die andere Richtung. Dann gibt es ab und an schon Konflikte.“ (IP12)

Die Beeinflussung der Entscheidung wird dementsprechend auch mit Skepsis gesehen (IP3), da die Koordinierungsrunde nur einen empfehlenden Charakter hat. Es wird jedoch der Anspruch formuliert, Entscheidungen möglichst einvernehmlich zu treffen (IP2). Differenziert wird zudem zwischen Projekten, die durch öffentliche Gelder finanziert werden und entsprechend eines Einbeziehens der höheren Ebene bedürfen und nichtinvestiven Maßnahmen, in denen eher ein partnerschaftlicher Austausch umgesetzt werden kann (IP6). Bei unterschiedlichen Vorstellungen zwischen Verwaltung und Bürger*innen sollte diskutiert und ein Kompromiss gefunden werden, während die Verwaltungen ohne eigene konkrete Pläne die Bürger*innen unterstützen sollten (IP11). Es wird die Wichtigkeit von Kommunikation für die Zusammenarbeit betont (IP6), insbesondere auch der wertschätzenden Kommunikation, da die Planungszeit als zu kurz für die Auseinandersetzung mit großen Konfliktthemen gesehen wird (IP3). In der Umsetzungsphase soll weiter kooperiert werden – das wird bisher vernachlässigt (IP13/14). Die Misere der Kommunen, Geld für die Umsetzungsbegleitung auszugeben, wird als negativ für die Kooperation angesehen (IP11).

Es wird das Ziel formuliert, in der Kooperation eine gemeinsame konzeptionelle Grundlage zu schaffen (IP13/14). Das Zusammenspiel ändere sich dabei im Laufe des Prozesses (IP12). Kommunen würden aus dem Dorfentwicklungsprozess lernen, mit den Bürger*innen zusammenzuarbeiten (IP11). Einzelne IP berichten von einem Austausch auf Augenhöhe (IP3/8/9) oder einem auch später in der Umsetzungsphase noch zugestandenen Mitspracherecht (IP13/14). Es wird herausgestellt, dass das Steuerungsverständnis der politisch Aktiven zentral sei und beeinflussen würde, ob es zum Delegieren, Durchgreifen, einem partnerschaftlichen oder traditionellen Austausch komme (IP3).

„Also es ist für mich eine Frage des Steuerungsverständnisses der politisch Aktiven, da gibt es Katholische, es gibt die managementorientierten Bürgermeister, die sagen, ich delegiere meine Sachen, will aber das es läuft. [...] [Beispiel 1], da

gibt es dann schon ein sehr tradiertes Rollenverständnis und da würde ich sagen, da ist es eben nicht auf gleicher Augenhöhe, sondern da wird eben durchgegriffen. Und im [...] [Beispiel 2] ist es ein sehr ausgeglichenes Verhältnis der Ortsbürgermeister zueinander. Sie sind sehr partnerschaftlich. Und im [...] [Beispiel 3], glaube ich, ist es eher so, dass man so eine abwartende Haltung hat gegenüber dem Prozess und eher ein bisschen misstrauisch ist in Teilen.“ (IP3)

Als Schwierigkeiten bezüglich Kooperationen im Rahmen der Dorfentwicklung wird u.a. die Angst vor zu viel Dynamik und damit einhergehende Wunschlisten der Bevölkerung an die Verwaltung genannt, im gleichen Zuge jedoch angemerkt, dass dieses ungerechtfertigt sei und Dynamik als etwas Positives vermittelt werden sollte (IP14). Ebenso soll betont werden, dass keine Parallelstrukturen zu den bestehenden politischen Ebenen geschaffen werden sollten (IP14).

„Wo wir ein bisschen Knatsch sehen, Politiker denken, wir schaffen da Parallelstrukturen oder es entwickeln sich Parallelstrukturen. Und sagen, wir sind doch eigentlich die gewählten Vertreter des Volkes, so ungefähr und jetzt gibt es da welche, die wollen halt auch was machen und Verantwortung übernehmen. Und ich glaube, das ist halt ganz wichtig, [...] muss es aber auch ganz klar mit der Politik kommuniziert werden, dass man sagt, wir schaffen keine Parallelstruktur. Ihr bleibt natürlich die gewählten Vertreter, aber nutzt einfach das, was da ist. Und das auch einfach ganz transparent zu formulieren. Und ich glaube, das ist wichtig, die Politik da von Anfang an mit abzuholen, wenn man sagt, man macht so was und versucht die Leute zu begeistern, Verantwortung für ihr Dorf zu übernehmen, dass es nicht darum geht, dass die euren Platz streitig machen wollen oder die nachher sagen, wo geht es hin, sondern das die auch einfach das nutzen, was vor Ort ist. Und ich glaube, da muss man teilweise noch ein bisschen dran arbeiten.“ (IP14)

Neben dieser vermittelnden Aufgabe sehen sich die Planer*innen ebenfalls in der Rolle, die Politik und Verwaltung aufzufordern, im Koordinierungsgremium dabei zu sein, sollte dies nicht von ihnen selbst angestrebt werden (IP6). Es wird als Balanceakt gesehen, zwischen den Bedürfnissen der Bürger*innen und der Kommune, als Auftraggeberin der Planer*innen, zu vermitteln (IP12).

Weitere Zusammenarbeiten werden aufgrund thematischer Interessen benannt, beispielsweise zwischen Vertreter*innen der Kirche und des Naturschutzes sowie weiteren Bürger*innen (IP3) oder auch in der Kooperation der einzelnen Orte der Dorfregionen (IP4). In Bezug auf den Förderprozess wird weiterhin herausgestellt, dass bestehende Strukturen und Vorarbeiten genutzt werden sollten oder alternativ etwas Neues gewagt werden sollte bezüglich der Rekrutierung neuer Akteur*innen und der Schaffung von Möglichkeitsräumen (IP2).

Vieles in der Zusammenarbeit wird als abhängig von Einzelpersonen gesehen (IP13/14). Nicht der Arbeitskreis als Institution würde den Ort weiterbringen, sondern die einzelnen handelnden Bürger*innen vor Ort (IP11). Multifunktionale Persönlichkeiten spielen hierbei eine wichtige Rolle im Prozess und dem Austausch (IP3) und es wird auch die Bedeutung von Netzwerken und Beziehungen noch einmal betont (IP4). Es wird herausgestellt, dass die Bürger*innen die Projekte voranbringen würden (IP8/9) und diese Arbeit gewürdigt werden sollte von Seiten der Räte, indem die Projekte unterstützt werden.

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

In der Darstellung der Kooperation der Bürger*innen mit den kommunalpolitischen Vertreter*innen und auch der Verwaltung zeigen sich deutliche Unterschiede in den beiden Fokusgruppen. In der FG1 wird herausgestellt, dass durch die Bürger*innen gesetzte Entwicklungsschwerpunkte in den Orten sehr ähnlich zu den Vorstellungen der Politik und der Strategierunde sind. Zum heutigen Zeitpunkt sieht

die Strategierunde sich selbst und die Politik in der Rolle, den Bürger*innen zu verdeutlichen, dass ihre Ideen aufgegriffen und umgesetzt werden. Zudem wird in der Diskussion deutlich, dass nicht nur das Planungsbüro, sondern auch die Verwaltung bei Fragen bezüglich der bestehenden Fördermöglichkeiten zur Verfügung steht. Die Verwaltung spielt in der FG1 eine wichtige Rolle als kontinuierliche Ansprechpartnerin, unter anderem da das Planungsbüro zwischen der Planerstellungsphase und der Umsetzungsphase gewechselt hat. Neben Bürger*innen werden auch explizit Vereine hervorgehoben, die dort Informationen erhalten könnten. Insgesamt wird der Austausch, insbesondere der Strategierunde mit der Politik und Verwaltung, als positiv dargestellt – auch weil viele Strategierundenmitglieder gleichzeitig Gemeinderatsmitglieder sind (FG1).

In der FG2 wird die Zusammenarbeit bezüglich der Dorfentwicklung stark durch die politische Struktur geprägt. Es wird zwischen der Einheitsgemeinde, zu der Otersen und Wittlohe gehören und der Samtgemeinde Reethem sowie den ganz kleinen Gemeinden wie Häuslingen unterschieden. In der Diskussion verdeutlicht sich, dass auch den Anwesenden die politische Struktur aller Ortschaften nicht immer ganz geläufig ist. Es wird jedoch festgestellt, dass alle Gemeinden ihre Zustimmung signalisieren, sich aber bisher unterschiedlich eingebracht hätten. Es wird als einfacher angesehen, Projekte umzusetzen, wenn es vor Ort einen zuständigen Gemeinderat gibt, allerdings wird auch hier wieder festgehalten, dass die Gemeinderatsmitglieder unterschiedlich gut in die Orte eingebunden sind. Teilweise wird von Gemeinderäten noch Bedarf gesehen, sich stärker einzubringen, allerdings gleichzeitig benannt, dass es von dort bisher auch noch keine öffentlichen Projektanträge gibt. Weiterhin wird darüber debattiert, dass die Politik und die Strategierunde grundsätzlich gut eingebunden gewesen sind, wobei differenziert wird, dass sich die meisten Personen kennen würden, weil „es sind eh immer die Gleichen“ (FG2). Zudem wird herausgestellt, dass sich einige Posten wie Ratsmitglied und Vereinsvorsitzende* von ein und derselben Person besetzt sind. Hieraus wird abgeleitet, dass die Projektumsetzung dadurch

erleichtert würde, weil die Entscheider*innen die Projektantragsteller*innen und ihre Vorarbeit gut einschätzen könnten. Gleichzeitig wird aber auch die Schwierigkeit in anderen Gemeinderäten betont, wenn sie dort „noch verschiedene politische Akteure dazusitzen haben, die sich dann auch nicht immer grün sind. Schon eine sehr spezielle Situation, was die Planung da betrifft.“ (FG2) Zusammenfassend verdeutlicht sich die Komplexität einer Dorfregion über Landes- und Gemeindegrenzen hinweg. Gleichzeitig wird es bisher jedoch als umsetzbar und während der Planungsphase erfolgreich wahrgenommen.

Die Darstellungen und Sichtweisen der IP und die Fokusgruppen verdeutlichen die Unterschiede in der Kooperation je nach Dorfregion, den bestehenden Rahmenbedingungen und den einzelnen Persönlichkeiten vor Ort. Es verdeutlichen sich hochgesteckte Ziele von Seiten der IP bezüglich der Einbindung der Bürger*innen ebenso wie Erwartungen der FG an die kommunalpolitischen Vertreter*innen, deren Erfüllung sich teilweise als schwierig und zu komplex erweist.

8.2.4 Methodische Gestaltung

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Aufbauend auf der Frage nach der methodischen Gestaltung des Planungsprozesses wurde von den IP eine Vielfalt an Moderationsmethoden und Veranstaltungsformaten genannt (s. Tab. 5).

Es verdeutlicht sich, dass die Planer*innen einen breiten Kenntnisstand über bestehende Methoden haben und diesen in der Beteiligung der Dorfentwicklung auch nutzen. Es steht der ganze „Modellbaukasten der Moderation“ (IP3) zur Verfügung, wobei zielgerichtet zwischen Groß- und Kleingruppenmethoden unterschieden wird (IP3). Die großen öffentlichen Veranstaltungen sind für den Austausch von Informationen geeignet, während die kleineren Formate zum Diskutieren wären (IP4). Die Beteiligungsformate werden als ein Mix zwischen Vorträgen und selbstständigem Arbeiten in Klein-

Tab. 5: Bandbreite der Methoden und Formate der Planer*innen im Dorfentwicklungsprozess

Kärtchen-Abfrage	Inputvorträge	Aktivierungs- und
Bierdeckel Abfrage	Fachvorträge	Informationsphase
Fragebögen	Projektsteckbriefe	große öffentliche
Online Beteiligung (interaktive Karte)	Baulücken- und Leerstandkataster	Infoveranstaltungen
Stammtische zum Austausch	Beispielprojekte aufzeigen	Bildung von Arbeitsgruppen
Dorfbegehungen	Beispielprojekte besuchen	Bildung von Koordinierungsgruppe
Stellungnahmen auslegen	Beratung zu privater Sanierung	Planungswerkstatt
	Open Space Konferenzen	World Café

Quelle: eigen Darstellung 2019

gruppen gesehen (IP6). Fast alle IP sprechen von einer übergeordneten Koordinierungsgruppe (Strategierunde, Planungsbeirat, Lenkungsgruppe etc.) und untergeordneten thematischen Arbeitsgruppen (für alle Interessierten) sowie ortsbezogenen Arbeitsgruppen. Gruppen, die sich zu bestimmten Projekten gründen, arbeiten oftmals selbstständig, von den Planer*innen unabhängig und wählen Sprecher*innen oder Botschafter*innen, die ihre Interessen in den übergeordneten Gremien vertreten (IP4/7/12/13/14). Die übergeordneten Koordinierungsgremien umfassen zumeist Vertreter*innen der verschiedenen Ortschaften, der Politik, der Verwaltung sowie Sprecher*innen der verschiedenen Themengruppen. Diese Form der Beteiligung wird von einer IP jedoch auch kritisch gesehen und in Frage gestellt, inwieweit es nicht vielleicht ganz neue Ansätze brauche und Räume zur Entfaltung geschaffen werden müssen (IP2).

Bezüglich der bestehenden Formate wird hervorgehoben, dass es wichtig wäre, in jedem Ort der Dorfregion den direkten Kontakt zu suchen, um die Bürger*innen zu erreichen und dass ein überörtliches Agieren nicht ausreicht (IP6). In Bezug auf die Veranstaltungsformate werden neue Varianten betont. Dorfbegehungen werden in Form einer gemeinsamen Busreise oder Fahrradtour als geeignet benannt, um alle Orte der Dorfregion kennenzulernen und ein Gefühl für die Projektideen zu entwickeln (besonders bei Modernisierungen von Dorfgemeinschaftshäusern) (IP7). In „Frontalveranstaltungen“ werden die Barrieren kritisiert, die zwischen der Politik „da vorne“ und den Bürger*innen „da hin-

ten“ bestünden und es wird stattdessen ein interaktives Austauschformat angestrebt (IP1). Konkret wird die Durchführung einer Frühstücksmesse dargestellt mit Satire, Theater, vielen moderierten Stationen zu verschiedenen Themen und „Fingerfood“, um Familien und Kinder mit einzubeziehen (IP1). Es wird betont, dass die heutige digitale Kultur mit einbezogen werden sollte (IP3). Die online Beteiligung reicht dabei von interaktiven Karten der Orte, die bearbeitet werden können (IP3) bis hin zu Facebook-Seiten (IP6), Instagram bzw. generell den sozialen Medien (IP10) oder auch Online-Fragebögen (IP4). Zudem sollen möglichst viele Kanäle bespielt werden zwischen sozialen Medien und Postwurf-sendungen, um alle Dialoggruppen anzusprechen (IP10). Für diese Vorbereitungs- und Aktivierungsphase sollte sich ausreichend Zeit genommen werden (IP10).

Kreative Beispiele – von den Planer*innen eingebracht – werden als Möglichkeit gesehen, neue Denkanstöße zu erzeugen oder durch einen Besuch vor Ort zu zeigen, dass innovative Lösungen möglich sind, auch wenn sie zunächst nicht die offensichtlichsten sind (IP9).

„Wir haben ein schönes Beispiel [...], da war eine Straße vorhanden und es ging um einen Fußweg. Und da zeigt man, dass da einfach ein Teil der Scheune weggenommen wurde und da wurde ein Fußweg durchgelegt. Und das ist dann für die immer, wenn man das zeigt, sie glauben vielleicht viele Dinge gehen nicht, aber wenn man das dann zeigt, sehen sie: oh. Natürlich gehen viele Dinge,

sie gehen vielleicht nicht gleich, aber man kann viel bewegen, wenn man es möchte.“ (IP9)

Transparenz wird von den IP betont und beispielsweise durch das Auslegen der Stellungnahmen in den ersten Sitzungen geschaffen, damit alle die gleiche Informationsbasis haben (IP8). Eine IP stellt heraus, dass sie zu Beginn von Sitzungen fragt, was es Neues gibt vor Ort, um einen Überblick zu behalten und zu realisieren, ob die Teilnehmenden als Multiplikator*innen fungieren und die Informationen „beim Tee oder Stammtisch oder an der Theke irgendwo“ weitertragen (IP12). Auch IP 11 sieht die Teilnehmenden als Multiplikator*innen für die anderen Bewohner*innen in den Orten. Ebenso wird aufgeführt, dass gerade Betroffenheit von bestimmten Themen zu einer Aktivierung der Menschen führe und diese auch durch gewünschte „Mundpropaganda“ von den entsprechenden Themen erfahren (IP9). Auch spielt Kommunikation und Transparenz eine wichtige Rolle bei der Aktivierung und neuen Denkanstößen.

„Die Aufmerksamkeit zu bekommen über Dinge nachzudenken, [...] und diese Denkweise, das macht die Gemeinde schon, davon müssen wir wegkommen. Zu sagen, wir sind alle ein Teil der Gemeinde, wir sind alle ein Teil der Gesellschaft und die Verantwortung dafür tragen wir alle.“ (IP12)

Am Beispiel des „verstopften Gullys“ oder die „Bäume zu gießen“ wird dies deutlich. Mit der bildhaften Darstellung der Lage wird darauf hingewiesen, dass alle hierfür eine Verantwortung haben und nicht nur die Gemeinde. Es wird dabei von der IP herausgestellt, den Bürger*innen gegenüber zu betonen, dass sie können und dürfen, aber nicht müssen (IP12). Selbstständiges Arbeiten wird unterstrichen. Hier sehen sich die IP in der Rolle zu erklären, worum es geht und die Bürger*innen anzuleiten und sie anschließend selbstständig arbeiten zu lassen (IP8/9). Projekte sollten hierbei möglichst niederschwellig angesetzt werden, von den Planer*innen nicht alleine gelassen werden (IP4), sondern stattdessen sollten diese beratend zur Verfügung stehen.

Es wird befürwortet, als Planer*in kreativ bei den Methoden zu sein (IP3). Als kreatives Beispiel wurde über die Möglichkeit, einen Dorfentwicklungsplan zu malen, berichtet. Dies fand bisher nicht in der direkten Dorfentwicklungsplanung Anwendung, wird aber als Potenzial gesehen.

„[...]war halt auch ein kommunikativer Prozess, allerdings haben die nichts auf Karten geschrieben, sondern die haben ihre Zukunft gemalt. Und das waren mal Aspekte, wo man mal gemerkt hat, zumindest in den Orten wo ich war, das hat bei denen irgendwas ausgelöst. Die haben, die saßen da nicht und haben was aufgeschrieben, sondern die haben gemalt und die waren da ganz anders bei. Die haben sich unterhalten, [...] da war dann der alte Ortsrat, der an einem Tisch saß, die alte Eminenz und [...] selbst die haben nachher ihre Sachen herausgeholt, die Stifte und die haben auch gute Bilder gemalt. [...] Also wir versuchen, es ging ja nicht darum, dass sie nachher einen schön gemalten Plan haben, sondern es ging einfach darum, dass die Leute über die Methode einfach ins Gespräch kamen, weil es einfach mal was Neues war.“ (IP13)

Den kreativen Methoden wird gleichzeitig entgegengestellt,

„[...] dass man da auch nicht zu spleenig werden kann in den Dörfern. Also was vielleicht in einer Großstadt wie Berlin funktioniert, mit so Design Thinktanks, das funktioniert häufig nicht in den Dörfern.“ (IP3).

Die Vielfalt der methodischen Vorgehensweisen wird geschätzt und gleichzeitig wird gesehen, dass die Anschlussfähigkeit dieser vor Ort abhängig von den Akteur*innen sowie von der Frage, „Wie stark ausgeprägt ist das intellektuelle, soziale Kapital in der Dorfregion?“ sei (IP3).

Auch zielgruppenspezifische Formate spielen eine wichtige Rolle in der methodischen Gestaltung. 8 IP sprechen explizit von der Beteiligung der Jugend und entsprechenden passenden methodischen Forma-

ten, die sie nutzen würden. Die IP haben dabei verschiedene Varianten entwickelt, diese Zielgruppe zu erreichen. Die einen bauen auf Jugendzukunftswerkstätten, die in Kooperation mit den Schulen stattfinden (IP3/5) und betonten, dass mit den Vertrauenspersonen der Jugendlichen zusammengearbeitet werden muss (IP3). Auch der Konfirmandenunterricht und die Zusammenarbeit mit dem Pfarrer wird genutzt, um Jugendliche in der „Smartphone- und Internetzeit“ zu motivieren (IP12). Als konkretes Beispiel wird eine Online-Befragung mit einer anschließenden Jugendveranstaltung benannt (IP6). Andere sprechen allgemeiner von zielgerichteten Workshops (IP13/14) oder zielgruppenspezifischen Vorgehen (IP4). Weiterhin wird herausgestellt, dass alternative Veranstaltungsformate generell dazu führen könnten, dass eher jüngere Leute Interesse zeigen und sich einbringen (IP1). Kritisch wird gesehen, dass Jugendbeteiligung meist nur eine Forderung bleibe, da es nicht genug Raum dafür gebe (IP6).

5 IP führen darüber hinaus die zielgruppenspezifische Einbindung von älteren Menschen an. Es wird von spezifischen Workshops für Senior*innen (IP13/14) und einem Arbeitskreis für Senior*innen, der von ihnen gegründet wird gesprochen. Dieser soll sich damit beschäftigen, wie Bewusstseinsarbeit für eine selbstverständliche Altenbetreuung geschaffen werden könnte (IP5). Ebenso wird der Besuch eines Senior*innennachmittags durch die Planer*innen angesprochen, um auch deren Ansichten in den Prozess einfließen zu lassen (IP9). Eine IP betont bezüglich der Zielgruppeneinbindung, dass das Vorgehen vom Honorar und den bestehenden Ressourcen abhängig sei (IP4). Eine andere IP sieht grundlegend in der methodischen Gestaltung keine vorgegebenen Grenzen, diese würden sich nur im bürokratischen Aufwand zeigen (IP5). Weitere wichtige Partner*innen für die Planer*innen in der Prozessgestaltung sind Fachleute von Klimaschutzagenturen (IP6), Landwirtschaft oder Windenergie (IP12), die mit einbezogen werden in den Arbeitskreisen. Auch die Kooperation mit anderen Planungsbüros, zum Beispiel für Moderationsaspekte (IP7) oder feste langfristige

Ansprechpartner*innen im Bauamt (IP8/9) werden benannt. Für bestimmte Projekte werden auch die Vereine vor Ort als Partner*innen mit einbezogen (IP5). Teilweise gibt es vor Ort schon Zusammenschlüsse von Vereinen und Arbeitsgruppen, die gut koordiniert sind und zudem besteht ein Austausch mit der Politik. Diese können als gute Basis genutzt und in den Prozess miteinbezogen werden (IP6).

Auch werden von den Planer*innen verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit in Gestalt eines Kommunikationsmix verfolgt (IP3).

„[...] eine konsequente Öffentlichkeitsarbeit, die dann auch nicht bei der Verwaltung liegt, sondern auch wirklich beim Dorfentwicklungsplaner und die sich dann nicht nur auf Zeitungsartikel beschränkt, sondern cross-medial [ist].“ (IP14)

Es wird weiterhin zwischen der Planerstellungphase und der Umsetzungsbegleitung unterschieden. Einige sehen die Bearbeitung bestimmter Themen erst in der Umsetzungsphase, da dort mehr Zeit dafür zur Verfügung stünde (IP6). Zudem sehen einige IP die Weiterführung der Arbeitskreise – zumindest aber des übergeordneten Koordinierungsgremiums – als wichtig an, um weiterhin einen überörtlichen Austausch zu haben (IP6). Ebenso wird es als wichtig erachtet, die Leute in der Umsetzungsphase weiter aktiv zu beteiligen, hier fehlt jedoch bisher das Durchführen (IP13/14).

In der spezifischeren Betrachtung der Partizipationsstrategien zeigt sich die Wichtigkeit der Ansprache und Motivation, die 9 IP konkret benennen und herausstellen. Es wird eingebracht, dass die tatsächliche Beteiligung abhängig vom Dorf sei, es aber eigentlich immer eine Information und Aufforderung zum Aktivwerden brauche (IP5). Die Bürger*innen werden zu den Arbeitskreisen eingeladen, indem sie direkt angesprochen werden oder auf Infoveranstaltungen oder Bürger*innenveranstaltungen ihr Interesse bekunden und sich in entsprechende Listen eintragen (IP5). Im Prozess müssten die Bürger*innen zudem inspiriert und ihre Ideen ernst genommen und respektiert werden, um gemein-

same Projekte zu verwirklichen (IP8/9). Dabei ergab sich im Laufe der Zeit die Veränderung, dass die Planer*innen nicht mehr so stark lenken und Themen vorgeben, sondern diese von den Arbeitsgruppen selbstständig bearbeitet und im Plenum vorgestellt werden. Anschließend werde demokratisch über Ideen und Projekte abgestimmt (IP12). Hier ist es wichtig, den Bürger*innen zu vermitteln, auch visionär zu denken und die Eigenverantwortung zu betonen – unter anderem, indem die „richtigen Leute“ gefunden werden, die entsprechenden Fähigkeiten haben (IP13/14). Im Zuge dieser Entwicklung spielt auch die Schulung interessierter Bürger*innen eine große Rolle, um ein besseres Verständnis für Planungsperspektiven und Fachsprachen zu schaffen und Moderationstechniken zu vermitteln (IP12). Als neu wird zudem aufgezeigt, dass in der heutigen Planerstellungsphase wenig konzeptionell gearbeitet werde, sondern stattdessen erst in der Umsetzungsphase mit den Arbeitsgruppen zusammen konkrete Projekte entwickelt werden sollen (IP8/9).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

In der FG2 wird herausgestellt, dass es einerseits eine Online-Einbindung über eine Facebook-Seite und Terminabsprachen über Doodle gibt, andererseits aber auch die Bekanntmachungskästen in den einzelnen Orten genutzt werden. Diese Mischung wird von den Teilnehmenden als positiv bewertet. Ebenso wird die Einbindung des Dorfladennetzwerks als Vermittler und die Nutzung des dort bestehenden E-Mail-Verteilers als zielführend angesehen, um viele Personen zu erreichen. Kritisch wird angemerkt, dass vor allem zu Beginn die Informationen nicht weit genug gestreut wurden und die ersten Veranstaltungen nicht allen interessierten Personen bekannt waren. Auch die direkte Ansprache von Personen, die in übergeordnete Kompetenzteams passen würden, wird thematisiert. Intensiv wird zudem die Entwicklung der Beteiligung diskutiert. Die wenigen Rückmeldungen bei Terminabsprachen, weil sich niemand festlegen wolle, werden ebenso wie die Beteiligung der sowieso immer Aktiven kri-

tisch beleuchtet. Positiv in Bezug auf den Prozess werden die innovativen Methoden der Planerin benannt und Ansätze, wie man solle zunächst nicht an das Geld denken, sondern Wünsche äußern und sich die Zukunft in den Dörfern vorstellen. Es wird benannt, dass die Hemmungen, sich einzubringen, dadurch gesunken seien. Das Planungsbüro wird insgesamt als kompetent und unterstützend dargestellt. Positiv wird auch der Austausch innerhalb der Dorfregion angesehen. Neben dem Kennenlernen werden die Vernetzung und die gemeinsame Durchführung von Veranstaltungen immer wieder thematisiert.

In der FG1 werden verschiedene Formate der Partizipation wie Zukunftswerkstätte, Dorfgespräche, monatliche Arbeitskreistreffen und große Infoveranstaltungen genannt. Es wird betont, dass die Bürger*innen explizit eingeladen waren, eigene Ideen einzubringen. Die Teilnehmenden der FG1 sehen sich durch ihre Ämter als Ortsbürgermeister*innen oder als Gemeinderatsmitglieder verpflichtet, sich aktiv in die Dorfentwicklung einzubringen. Zudem sehen sie sich in der Position, interessierte Personen aus der Planungsphase aktiv anzusprechen und diese auch in der Umsetzung wieder einzubinden. Falls das Interesse verloren geht, wird nach der Ursache geforscht. Insgesamt wird der Planungsprozess als sehr komprimiert wahrgenommen. Hierbei wird es als positiv gesehen, dass dadurch so viele Bürger*innen dabeigeblichen sind.

Zusammenfassend verdeutlicht sich aus der Sicht der IP eine Vielfalt an möglichen Methoden, wobei die Angewendeten sich in den Dorfregionen ähneln und kreative Methoden eher vorsichtig ausprobiert werden. Für die IP steht weiterhin das selbstständige Arbeiten der Bürger*innen im Fokus. In der einen FG werden die Planer*innen zunächst als Dienstleistende angesehen, die die Menschen vor Ort ansprechen und einbeziehen. In der anderen FG sehen sich die Aktiven schon von Beginn an selbst in der Position, eine Mitarbeit anzustoßen. Der Prozess wird zudem von den FG auf die Planerstellungsphase und die dortige Beteiligung fokussiert.

8.2.5 Grenzen und Verbesserungsideen

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

In Bezug auf das Förderprogramm der Dorfentwicklung werden in der Prozessumsetzung Grenzen wahrgenommen und von den IP thematisiert. Es werden bürokratische Hürden benannt. Fünf IP sprechen von komplexen Antragsformularen (IP5), der Schwierigkeiten im Vergaberecht (IP5) – für das teilweise ein extra Büro beauftragt wird, was sich wiederum nicht alle Kommunen leisten können (IP6) – der Problematik der Stichtagregelung (IP8/9) und dem teilweise generell hohen Verwaltungsaufwand (IP1). Dies wird besonders als schwierig angesehen, da es ein schnell agierendes Planungsinstrument ausbremst.

„Aber sehr wohl hören wir immer wieder auch in den Gemeinden, wir haben ein EU-Controlling-Apparat der wächst, dann haben wir das Vergaberecht was bitter und erbarmungslos zuschlägt, was viele kleine Kommunen auch an die personellen Kapazitäten stoßen lässt und das ist immer nachteilig für ein Planungsinstrument, was eigentlich von Schnelligkeit und schneller Umsetzung lebt. Das sind dann im Prinzip Bremsklötze, die da auf die Schiene gesetzt werden, die dann vielleicht irgendwann einer Heilung bedürfen.“ (IP1)

In Bezug auf die Planerstellungphase wird dies noch nicht als Problem wahrgenommen, sondern erst in der Umsetzung, wenn die Motivation der Beteiligten erhalten werden soll (IP5). Zudem wird die Umsetzungsphase als nicht ausreichend gefördert angesehen und ein größeres Engagement der Kommunen, dies zu ändern, eingefordert (IP11).

Die Planer*innen stellen heraus, dass die Ämter für regionale Landesentwicklung die Richtlinie unterschiedlich interpretieren (IP4/8/9), wodurch einerseits die Planer*innen betroffen sind, die mit verschiedenen Ämtern für regionale Landesent-

wicklung⁴⁰ zusammenarbeiten und andererseits kreative Projekte, die nicht ganz der Norm entsprechen, nicht gefördert werden können (IP4). Es wird herausgestellt, dass Projekte an das Ranking angepasst werden, damit sie eine Förderung erhalten (IP1), während kreative, innovative und eher weiche Maßnahmen es schwer haben über die Dorfentwicklung gefördert zu werden (IP4).

„So Image, Öffentlichkeitsarbeit, Internetseite für die Bürger, Dorfregion-App, da sind wir, glaube ich, auf Grenzen gestoßen. [...] Eher so weichere Maßnahmen. Wieder das Typische, nicht dieses harte Investive, einen Platz umnutzen und gestalten, das können sie alle wunderbar, das machen sie seit dreißig Jahren, aber tatsächlich so ein bisschen so kreativere Geschichten, bisschen innovativere Geschichten, da kann man glücklich sein, wenn man eine LEADER-Region hat, die nicht per se alle Dorfentwicklungsgeschichten ausschließt.“ (IP4)

Auch das Thema Klimafolgenanpassung wird von einer IP als schwierig zu fassen benannt, insgesamt stelle es eine Herausforderung für die Planer*innen und die Bürger*innen dar, welche Projekte geeignet und förderfähig sind (IP9). Weiterhin wird die schwierige finanzielle Situation einiger Gemeinden (IP4) herausgestellt und darauf aufbauend als Konsequenz gesehen, dass Projekte nicht umgesetzt werden können. Dies wird insbesondere als problematisch angesehen, wenn Bürger*innen Erwartungen an die Dorfentwicklung knüpfen (IP1), die nicht erfüllt werden können oder von Seiten der Politik nicht gewollt werden.

„[...] da gab es einen unglaublich guten Auftakt und da hat es so einen Knackpunkt gegeben, ging auch mit einem Förderprojekt einher, wo die Dorfregion oder das Dorf wirklich was wollte und in der Politik ist das abgeschmettert worden und danach gab es einen riesigen Bruch.“ (IP6)

⁴⁰ Anm.: Es gibt in Niedersachsen vier Ämter für regionale Landesentwicklung

Auch die Thematik der Dorfregionen wird vereinzelt (IP8/9) aufgegriffen. Sind in einer Dorfregion viele verschiedene Mitgliedsgemeinden mit verschiedenen Interessen vertreten, werden Grenzen dahingehend wahrgenommen, die „ganz große Klammer“ zu finden und anschließend auch umzusetzen und nicht nur die eigenen Interessen zu verfolgen (IP9). Hier wird auch beanstandet, dass der Raum zwischen den Dörfern in der Richtlinie keine Beachtung fände, dies jedoch für Dorfregionen von Relevanz sei (IP8).

Neben den gesehenen Schwierigkeiten wurde in den Interviews auch nach Visionen und Veränderungsvorschlägen gefragt. Grundlegend wird das Förderprogramm der Dorfentwicklung von allen IP als sehr positiv wahrgenommen und herausgestellt, dass es in der bestehenden Form erhalten bleiben sollte. Während eine IP davon spricht, dass sich in den letzten Jahren viel veränderte hätte und sich dies erst etablieren müsse bevor neue Veränderungen eingeführt werden, sehen andere IP an einigen Stellen Anpassungsbedarfe. Bezüglich der Prozessgestaltung werden verschiedene Vorschläge eingebracht. In der Planerstellungphase sieht ein IP den Bedarf diese zeitlich zu verlängern (IP12) wohingegen zwei andere von einer Verdichtung des Prozesses sprechen, um die Intensität zu erhöhen (IP2/10).

Konkret wird von einem IP am Beispiel eines innovativen Beteiligungsprozesses außerhalb Niedersachsens die Möglichkeit aufgezeigt, in sehr kurzer Zeit das Entwickeln und Entwerfen zusammenzubringen und dadurch mit allen Bürger*innen gemeinsam ein hohes „Energielevel und Reibung“ zwischen den Akteur*innen zu schaffen, um anschließend ein Verständnis für „den mutigen Vorschlag“ der Planer*innen zu ermöglichen (IP10).

„Am eindrucklichsten wäre die Beschreibung, normalerweise finden Beteiligungsprozesse am Abend alle paar Wochen für 2-3 Stunden statt. Und dazwischen geht ganz viel Energie verloren. [...] Und wir versuchen das Ganze so zu komprimieren, dass man das Ganze in drei Tagen schafft. Also diesen Energielevel zu halten und so viel wie möglich Menschen abzuholen und am Ende fin-

det ein Durchbruch statt und das alles live vor den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist der Unterschied. [...] die Bürger sind unmittelbar dabei bei der Ausarbeitung. Eigentlich ein Planungsprozess in live sichtbar machen.“ (IP10).

„Und diese eine Entscheidung, warum wir das umgestellt haben, ist, weil ich einen größeren gemeinsamen Nenner nur in einem Kollektiv entwickeln kann. [...] weil man auch unmittelbar die Interaktion spürt, was ist wirklich machbar und es ist in der Regel mehr machbar als gedacht. Es braucht Reibung, nicht das Sammeln und dann nach Hause fahren, sondern diese Reibung zwischen sammeln, zuhören, Vorschläge aufbereiten, wieder reiben, sammeln, Vorschläge aufbereiten und am Ende ist es dann so gut durch ein Sieb durchgelaufen, dass das Kondensat, was da raus kommt, [...] die drei vier Zutaten sind es, die man braucht für diese Lösung und das geht nur in ständiger Reiberei.“ (IP10)

Hierbei wird herausgestellt, dass durch das live Erleben des Prozesses vor Ort oder online durch Kameras ein größeres Verständnis geschaffen würde, da alle eher in der Lage wären, eine Hubschrauberperspektive einzunehmen und große Transparenz herrsche (IP10).

„Es ist Kunst und gleichzeitig ist es so, dass fast niemand sagen kann, meine Überlegungen wurden nicht berücksichtigt. Und wenn man das gut macht, sind sehr viele Menschen bereit zu sagen, ich habe es mir anders vorgestellt, aber ich versteh jetzt, warum es in die Richtung geht. Weil die mitbekommen, warum es zu Entscheidungen kommt, mitbekommen, warum welche Entscheidungen wie getroffen werden. Das ist meiner Meinung nach das Um und Auf von einem guten Beteiligungsprozess. Es ist eine Bewusstseinsveränderung im Kopf.“ (IP10)

„Die unterschiedlichen Interessen, die unterschiedlichen Ideen, die kommen und sobald eine spannende neue Idee aufgetaucht ist, kann man das dann durch den Vorteil, dass man unmittel-

bar mit Verwaltung und Politik zu tun hat, gleich diese Idee auf den Prüfstand geben. Das ist ein super Vorschlag, und fragt den Bürgermeister, ist das überhaupt machbar? Und der muss sofort reagieren. Und dadurch ist eine Dynamik im Raum, die Dynamik forciert die schnelle Entscheidung“ (IP10)

Die Ansatzpunkte des dargestellten Beispiels werden als übertragbar auf den Dorfentwicklungsprozess angesehen und es wird herausgestellt, dass es einer kreativen Änderung nicht nur in diese Richtung bedürfe.

„Also vom Gefühl her würde ich sagen, es braucht mehr kreative Freaks. Mehr Kreative, mehr Künstler, mehr Spinner müssten irgendwie ein Teil davon werden, entweder auf Beratungsebene oder auf Förderebene verpflichtend. Das Heranholen von anderen, das ist oft sehr sehr sehr fade und sehr technisch und sehr wenig perspektivisch nach vorne gerichtet. Es wird nicht gefragt, was hätte ich gerne, sondern was geht und was geht nicht.“ (IP10)

Auch andere IP fordern teilweise eine Prozessveränderung, allerdings vor allem hinsichtlich der Umsetzungsphase. Die Gestaltung der Betreuung durch die Planer*innen in der Umsetzungsphase sollte über die Beratung privater Antragssteller*innen hinaus gehen (IP12/13/14). Insbesondere in Bezug auf die Motivation und Einbindung der Bürger*innen wird dies als notwendig erachtet. Es wird der Bedarf einer Koordinationsrolle gesehen (IP4), bis sich eine eigenständige tragende Struktur etabliert habe (IP13). Hier werden Schnittstellen zu Dorfmoderator*innen und zur Qualifizierung der Bürger*innen gesehen (IP4/14). Generell wird in der Veränderung der Umsetzungsbegleitung ein großes Potenzial wahrgenommen und eingefordert, die Finanzierung dieser durch die Ämter für regionale Landesentwicklung festzuschreiben (IP13/14).

Die Wichtigkeit, hier Veränderungen einzuführen, wird von fünf IP auch in Verbindung mit nichtinvestiven Maßnahmen, bzw. Themen der Gemein-

schaft, die aus der Bevölkerung kamen, gesehen (IP 2/3/5/13/14). Hier könnte vertiefend den Fragen nachgegangen werden – Wie erhalten wir die Dorfgemeinschaft? – und – Wie können die Dörfer für alle Generationen interessant gestaltet werden? –, für die während der Planungsphase die Zeit fehle (IP3). Auch können Softskills und weiche Faktoren wie Nachbarschaftshilfe, Begegnungsräume und Kommunikation untereinander dort verstärkt thematisiert werden (IP2). Generell wird von einer IP eine Prozessveränderung hinsichtlich der verstärkten Umsetzung von gewaltfreier und wertschätzender Kommunikation, mehr Change-Management sowie dem Öffnen von Räumen für Verantwortungsübernahme gefordert (IP2). Von anderen IP (13/14) wird in der Umsetzungsphase das Potenzial gesehen, ein Handlungsfeld Gemeinschaft zu etablieren und dort gemeinsam mit den Bürger*innen nichtinvestive Maßnahmen umzusetzen.

Generell wird von einigen IP eine flexiblere Handhabung gewünscht, in der weniger einschränkende Rahmenbedingungen bestehen (IP14), die Möglichkeit experimentelle und kreative Methoden zu verwenden (IP14) oder Vorarbeiten durch Wettbewerbe oder andere Pilotprojekte besser einzubinden und den Prozess entsprechend verkürzen zu können (IP13). Auch die finanzielle Entschädigung für sich stark engagierende Bürger*innen, z.B. Dorfmoderator*innen, wird angesprochen (IP11/12), ebenso wie die Möglichkeit, ein kleines Budget zur freien Verfügung für die Bürger*innen bereit zu stellen (IP3/10). Weiterhin werden auch neue Formen der Einbindung der Bewohner*innen angesprochen, z.B. ohne feste Bindung (IP2), um das Engagement zu erhöhen und zu erhalten. Ein Bedarf wird hierbei auch im Abbau der Bürokratie gesehen, insbesondere in der Vereinfachung der Vergabeverfahren bei geringen Förderbeträgen (IP1/6). Als weitere Bereiche werden noch die Dorfregionen benannt, die bezüglich der gemeinsamen und übergreifenden Planumsetzung ernster genommen werden sollten (IP4) sowie die Vereinheitlichung der Anforderungen und Umsetzung bei den verschiedenen Ämtern für regionale Landesentwicklung (IP3).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

Aufbauend auf der Einschätzung des Prozessverlaufs der Dorfentwicklung wurde nach Grenzen und Hindernissen sowie nach Veränderungsideen bezüglich des Förderinstruments gefragt. In der FG2 verdeutlicht sich hier, dass die Planungsphase gerade erst abgeschlossen ist und die Umsetzungsphase noch nicht begonnen hat. Die Planerstellungsphase wird grundlegend positiv bewertet – einzig zu viele Termine pro Woche, den Überblick über die vielen verschiedenen Gruppen zu behalten und wenig Rückmeldungen auf Terminabsprachen, werden kritisch gesehen. Hier wird angemerkt, dass die Kommunikation vom Planungsbüro noch einfacher und zugänglicher gestaltet werden könnte und weniger Austausch per E-Mail die Einbindung der älteren Menschen fördern würde.

In der FG1 verdeutlicht sich der spätere Zeitpunkt in der Förderperiode. Es wird reflektiert, dass die Menschen vor Ort zunächst euphorisch wären und dann irgendwann nur noch der „harte Kern, der sich immer so findet“ (FG1) übriggeblieben sei. Zudem wird herausgestellt, dass die Zeit zwischen Projektidee und Realisierung groß und dies den Bürger*innen und besonders den Jugendlichen gegenüber teilweise schwer vermittelbar sei.

„[Zu Beginn] da kamen wahnsinnig viele Ideen, kleine Ideen, die aber den Bürgern wichtig sind. Das ist aus meiner Sicht mittlerweile schon wieder so ein bisschen verpufft. Also aus meiner Sicht muss jetzt endlich mal was passieren.“ (FG1)

„Es ist alles verständlich, aber es dauert für die Leute einfach zu lange, bis was passiert.“ (FG1)

Diesbezüglich werden das Amt, konkret die Stichtagregelung und die Hürden der Bürokratie, spezifisch das Vergaberecht, kritisiert bis hin zu der Aussage, „Also, die Bürger sollen mitgenommen, sollen aktiviert werden, aber die Programme sind nicht darauf ausgelegt, das ist ein ganz klarer Kritikpunkt.“ (FG1) Es wird betont, dass es einer schnelleren Um-

setzung der Projekte bedürfe, um möglichst viele Leute langfristig einzubinden. Ebenso wird herausgestellt, dass auch die Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, um den Bürger*innen immer wieder zu verdeutlichen, dass ihre Ideen umgesetzt werden. Bezüglich der zeitnahen Umsetzungsschwierigkeiten wird weiterhin die Problematik herausgestellt, Personen zu finden, die motiviert sind und bestimmte Kompetenzen mitbringen – wie Pläne erstellen, eine strukturierte Dokumentation vorlegen oder Finanzplanungen aufstellen. Im gleichen Zuge wird in der FG1 auch kontrovers über Ehrenamtliche und Generationsunterschiede diskutiert. Während die einen herausstellen, dass die Selbstverständlichkeit des Engagements heute nicht mehr vorhanden sei und es deshalb schwer sei, passende Menschen für die Ehrenamtskoordination oder Dorfmoderation zu finden, betonen die anderen, dass die jungen Menschen nicht ausreichend eingebunden und ernst genommen werden.

Insgesamt wird von der FG1 ein Bedarf gesehen, die Bürger*innen in der Umsetzungsphase neu zu aktivieren und zu versuchen, mehr Verständnis und Geduld für die Dauer der Projektumsetzung zu schaffen. In der FG2 verdeutlicht sich, dass sich die Dorfregion noch in der Planerstellungsphase befindet und deshalb vieles noch nicht vertiefend reflektiert wurde, bzw. unklar ist, wie sich der Prozess weiter entwickeln wird. Die IP stellen wie die FG1 die Hürden der Bürokratie heraus und sehen ein großes Potenzial in der Stärkung der weiteren Beteiligung in der Umsetzungsphase.

8.3 Auswertung der Rollenverständnisse

In der Betrachtung der Rollenverständnisse bedarf es in der Auswertung einer Differenzierung. Die Planer*innen sprechen ausführlich über ihre eigene Rolle und ihre Aufgaben in der Dorfentwicklung. Einige der IP gehen auch weiterführend auf die Rolle der Bürger*innen, der Kommune und Verwaltung sowie der Ämter für regionale Landesentwicklung ein. Die Bürger*innen nehmen insbesondere Bezug auf ihre eigene Rolle, bzw. die verschiedenen Rollen, die sie gleichzeitig innehaben.

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Zunächst ist die Bedeutung vom Rollenverständnis herauszustellen. Wird in Veranstaltungen über die Dorfentwicklung und wie sie im Folgenden umgesetzt werden soll, gesprochen, werden diesbezüglich auch die verschiedenen Rollen der Akteur*innen aufgegriffen. Dies ist wichtig, um Differenzen und Erwartungen zu klären und Befürchtungen zu begegnen (IP3). Auch kann so ein Gefälle zwischen den verschiedenen Rollen verringert werden, wenn verdeutlicht wird, dass jede Stimme gehört wird und sich möglichst auf gleicher Ebene begegnet werden soll (IP7). Weiterführend kann in einer Verantwortungsgemeinschaft nur zufriedenstellend agiert werden, wenn jede Person ihre Rolle kennt und diese ausfüllt (IP3).

„Wenn wir in Veranstaltungen erklären, was Dorfentwicklung ist, wie der Prozess organisiert ist, dann diskutieren wir auch die Rollen. Oder stellen die Rollen vor. Weil natürlich sich viele nichts unter einem Dorfentwicklungsprozess vorstellen können erstmal, bestimmte Erwartungen haben, was geliefert werden müsste oder Angst haben, was sie selbst machen müssten oder so. Und im Prinzip geht es darum, wenn man über Verantwortungsgemeinschaft spricht, dass jeder seine Rolle kennt und auch leben kann, in gewisser Weise“ (IP3)

Die eigene Rolle als Planer*in

In der offenen Erzählaufforderung nach dem eigenen Rollenverständnis der IP und ihren Aufgaben werden viele Eigenschaften und Ausprägungen genannt. Planer*innen bezeichnen sich selbst als Begleiter*innen, Moderator*innen, Impulsgeber*innen und Initiator*innen (IP3/4). Sie nehmen weiterhin Bezug auf ihre fachliche Expertise (IP3). Die vorhandene Außenperspektive wird hervorgehoben, da sie hierdurch einerseits „den Finger in die Wunde legen können“ bezüglich schon lange vor Ort diskutierter Themen (IP4) oder auch unangenehme Fragen stellen können (IP8/9/10),

weil sie nicht in dem Sozialraum integriert sind. Andererseits besteht aber auch immer eine Abhängigkeit von den Auftraggeber*innen – es muss sich regelmäßig mit der Kommune abgestimmt werden (IP2/3).

Hervorgehoben wird, dass zur Rolle der Planer*innen gehöre, alle Interessen in der Planung zu vertreten (IP8/9) und vor allem den Bürger*innen zuzuhören (IP2) und ihnen die Inhalte verständlich darzulegen (IP6/12). Ziel ist, eine gute Beteiligung vor Ort zu schaffen, in der sich viele Zielgruppen wiederfinden und Personen, die sich zurückziehen, die Möglichkeit geboten wird, sich irgendwann wieder einzubringen (IP13/14). Es ist ihre Verantwortung, dass sich alle äußern können und die unterschiedlichen Interessen Berücksichtigung finden (IP6/7). Zu ihren Aufgaben gehört nicht nur die Initiierung der Arbeitskreise und übergeordneten Gremien/Strategierunden, sondern auch die Organisation und Begleitung dieser sowie die Koordinierung der Ergebnisse (IP12). Ziel der Planer*innen ist es, am Ende die bearbeiteten Handlungsfelder zu verknüpfen, die Stärken der Region herauszustellen und ein Konzept zu erstellen (IP12/13). IP1 stellt heraus, es gibt den „Pflichtteil und dann gibt es eben noch den Kürteil“ (IP1) – der eine ist fest im Anforderungsprofil an die Planer*innen verankert, der andere kreativ gestaltbar im Aushandlungsprozess mit den Auftraggeber*innen.

Es obliegt den Planer*innen, die verschiedenen Aufgaben von Verwaltung, kommunalpolitischen Vertreter*innen, den Bürger*innen und den weiteren möglicherweise eingebundenen Akteur*innen im Dorfentwicklungsprozess zu verdeutlichen und die Hemmschwelle zur Beteiligung zu senken (IP6). Ebenso können von ihnen Bürger*innen vor Ort identifiziert werden, die einen Teil der Koordinierung im Prozess übernehmen, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit Dorfmoderator*innen (IP8/9). Zudem sollten Planer*innen die Ideen der Bürger*innen hinsichtlich der Umsetzbarkeit prüfen (IP8/9). Generell sind sie für Fragen, was gefördert werden kann, was für Bedingungen bestehen und für den Austausch mit den Ämtern für regionale Lan-

desentwicklung über die Auslegung der Richtlinie zuständig (IP8/9).

Planer*innen sehen in dem vorhandenen Beratungsansatz ihre Verantwortung für den Dorfentwicklungsprozess (IP3). Entsprechend sollte zu Beginn des Dorfentwicklungsprozesses verdeutlicht werden, was die Aufgaben von Politik, Verwaltung und Bürger*innen sind. Bürger*innen wollen ernst genommen werden, die politischen Vertreter*innen dürfen im Rat nicht ausschließlich ihre eigenen Vorstellungen stellen und einfließen lassen, denn dann würden sie den Unmut der Bürger*innen spüren, die sich zurück ziehen würden (IP6). Hierfür bedarf es laut IP6 einer Sensibilisierung der Gemeinden dafür, wie wichtig die Beteiligung ist. Planer*innen haben entsprechend die Aufgabe, zwischen Bürger*innen, der Gemeinde und der Verwaltung moderierend als Mittler*innen tätig zu sein, insbesondere wenn Konflikte bestehen (IP7/8/9/12). Weiterhin können sie die Kommunikationsart der beteiligten Akteur*innen thematisieren und so einen gegenseitigen Respekt fördern (IP12). Bestandteil der Kommunikation ist es, herauszustellen, dass durch die Arbeitskreise und die übergeordnete Strategierunde keine Parallelstrukturen zur Politik entstehen sollen, sondern unterstützende Strukturen für die Ortsräte und die Politik vor Ort (IP13/14). Transparenz zu schaffen, ist hier relevant (IP8/9). Sind die Planer*innen auch in der Umsetzungsphase weiter in den Prozess eingebunden, besteht ihre Verantwortung nun darin, die Kommune und Verwaltung sowie die privaten Antragsteller*innen mit Fachwissen zur korrekten Antragsstellung zu unterstützen (IP5).

Grenzen bezüglich der Aufgaben, die sie übernehmen können, sehen die Planer*innen in der konkreten Formulierung der Förderanträge. Sie können nur unterstützend tätig sein und dies nicht komplett übernehmen (IP4). Auch die formalen Aufgaben der Kommune müssen bei dieser verbleiben und können laut IP8 und IP9 nicht durch die Planer*innen übernommen werden (IP8/9). Beim Vergaberecht sehen sich die meisten Planer*innen nicht in der Lage, dieses zu übernehmen und verweisen bei Bedarf auf externe Expert*innenbüros (u.a. IP5).

Die Rolle der Bürger*innen aus Sicht der Planer*innen

Im Fokus der Rollenverständnisse stand das eigene Bild als Planer*in, einige IP (IP 3/4/12/13/14) bezogen sich jedoch auch direkt auf die Rolle der Bürger*innen. Verantwortung wird bei den Bürger*innen bezüglich der aktiven Mitarbeit in den Arbeitskreisen, der Wahl zur/m Sprecher*in, der Unterbreitung von Vorschlägen und der Vorstellung der Ergebnisse in großen Runden (z.B. übergeordnetem Gremium) gesehen. Das selbstständige Arbeiten wird thematisiert und die Rolle als Multiplikator*innen den eher nicht so aktiven Bürger*innen gegenüber. Die IP sehen die Bürger*innen im Dorfentwicklungsprozess bezüglich Koordinierung, Ideen anstoßen und der Akquise von weiteren aktiven Bürger*innen in einer selbstverantwortlichen Rolle. Die Bürger*innen könnten im Zuge der Dorfentwicklung zudem die Befähigung hierzu erlernen. Sie bekommen ein entsprechendes „Rüstzeug“ (IP3) von den Planer*innen bereitgestellt. Es wird jedoch auch hervorgehoben, dass kaum eine Person ein „Normalbürger“ (IP4) sei, sondern viele als Vereinsvorsitzende, Gewerbetreibende, Universitätsprofessor*innen oder in einer anderweitigen Funktion eingebunden sind. Dies sollte laut IP4 im Dorfentwicklungsprozess Beachtung finden, indem die Personen entsprechend ihrer Position und ihren jeweiligen Kompetenzen miteingebunden werden.

Die Rolle der Gemeinde- und Verwaltungsvertreter*innen aus Sicht der Planer*innen

IP3 stellt heraus, dass die Gemeinden der Dorffregionen die wirtschaftliche und politische Verantwortung für den Dorfentwicklungsprozess tragen würden (IP3). Sie entscheiden in den Räten über die finanziellen Mittel für Projekte und müssen „Neiddebatten“ mit anderen Gemeindeteilen, die nicht zur Dorffregion gehören, vermeiden (IP3). Zudem ist es die Aufgabe der Gemeinden und der jeweiligen Fachverwaltungen, mit den Planer*innen zu kooperieren und notwendige Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Unterstützung sollte erfolgen bei der

Öffentlichkeitsarbeit und benötigten Daten zu Bestandsanalysen und Wirtschaftlichkeitskonzepten, die weitergereicht werden (IP3/6). Die Gemeinde ist gleichzeitig auch Auftraggeberin der Planer*innen und bestimmt zudem die Inhalte vor allem in der weiterführenden Umsetzungsphase mit (IP13/14). Es wird der Bedarf gesehen, den Gemeinden die Wichtigkeit der weiteren Einbindung der Planer*innen und der weiterführenden aktiven Beteiligung der Bürger*innen in den Jahren der Umsetzung zu erläutern und darin zu investieren (IP13/14). Dies würde sich auch positiv auf die Politik vor Ort auswirken. Dort wird der „größte Druck“ darin gesehen, dass die politischen Vertreter*innen beweisen müssen, die Beteiligung und Umsetzung der Ideen der Bürger*innen ernst zu nehmen (IP10).

Auch wird hervorgehoben, dass die Gemeinden verantwortungsvoll handeln müssen und auch „ein Bürgermeister hebt ja die Hand zum Wohle seines Dorfes“ (IP1) ebenso wie auch die Verwaltung als Dienstleisterin der Menschen vor Ort gesehen wird (IP11). Zwänge im Handeln werden hier hinsichtlich beschränkter Haushaltsmittel gesehen und gleichzeitig werden alternative Lösungen in der Splittung von Maßnahmen zu kleineren Einheiten oder der Umsetzung in Selbsthilfeaktionen aus der Bevölkerung heraus thematisiert (IP1). Es wird betont, dass die Verwaltung nicht „oberster Bedenkenträger“ gegenüber der Ideen der Bürger*innen sein dürfe, sondern Unterstützung und Beratung anbieten sollte (IP11). Als problematisch wird diesbezüglich benannt, „Verwaltung verwaltet und gestaltet nicht“ (IP10), wodurch die Zugänglichkeit und die Veränderung im Verhalten als schwierig herausgestellt werden (IP10).

Weiterhin wird eine offizielle Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung des Prozesses bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung gesehen (IP3). Ihnen wird eine wichtige Rolle zugeschrieben, indem sie beispielsweise darauf achten und es einfordern können, dass Gemeinden Freiräume schaffen und die Bürger*innen so die Möglichkeit bekommen, Verantwortung zu übernehmen (IP2). Über die Richtlinie der Förderung haben sie einen

Gestaltungsspielraum und werden von den Gemeinden und Bürger*innen in ihrer Rolle auch anerkannt (IP2).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

In beiden Fokusgruppen wird das Thema des eigenen Rollenverständnis nicht explizit diskutiert, sondern im Kontext mit den Themen Engagement und Kooperation gestreift. In der FG1 verdeutlicht sich, dass viele Bürger*innen, die sich in der Dorfentwicklung engagieren auch gleichzeitig Ratsmitglieder sind oder andere weitere Funktionen innehaben. Durch diese verschiedenen und miteinander verbundenen Rollen wird eine gewisse Verpflichtung formuliert, „am Ball zu bleiben“ (FG1) und aktiv in der Strategierunde mitzuwirken. Weiterhin beinhaltet die Rolle von Ortsbürgermeister*innen, sich verantwortlich für die Bewohner*innen der jeweiligen Orte zu fühlen ebenso wie für den Anstoß der Beteiligung vor Ort zu sorgen (FG1).

In der FG2 wird ähnliches angesprochen. Auch hier sind die Mitglieder der Strategierunde gleichzeitig die Kommunal- oder Gemeinderatsmitglieder und wohnen zudem vor Ort. Kritisch wird angemerkt, dass alle „sich im eigenen Saft drehen“ (FG2), positiv wird der vereinfachte und schnelle Austausch genannt, insbesondere, dass sie eher keine sich „fremden Personen“ (FG1) sind. Zusammenfassend finden die Teilnehmenden der Fokusgruppe FG1 und FG2 es eher schade, dass sich wenig neue Bewohner*innen einbringen und die schon aktiven im Zweifelsfall die Verantwortung übernehmen und als Sprecher*in fungieren.

Die Notwendigkeit, sich mit der eigenen Rolle und der anderer Beteiligter zu beschäftigen, wird deutlich. Für die Bürger*innen kann dies dazu führen, ihre Aufgabe besser einzuschätzen und den gemeinsamen Austausch zu vereinfachen. Für die Planer*innen ist dies zudem wichtig, um geeignete Methoden anzuwenden und Kooperationen vor Ort erfolgreich mitgestalten oder unterstützen zu können.

8.4 Auswertung Verantwortung

Dieses Kapitel gliedert sich in die Unterkategorien Verantwortungsübernahme, Kooperation, bestehende Verantwortungsstrukturen, Verantwortungsgemeinschaften und die Kompetenzen für die Übernahme von Verantwortung durch die Bürger*innen. Bei den Kompetenzen findet wiederum eine Differenzierung der Themen Anerkennung und Wertschätzung, Motivation und Selbstbestimmung, eigene bestehende Kompetenzen und Fortbildungen, Freiwilligkeit und rechtlicher Rahmen sowie bestehender Grenzen bei der Verantwortungsübernahme statt. Bei der Betrachtung der Fokusgruppen stehen hierbei insbesondere die Grenzen des Ehrenamtes und der Verantwortungsübernahme im Blickfeld. Schließlich wird die Verantwortungswahrnehmung aufgegriffen.

8.4.1 Verantwortungsübernahme

In der Betrachtung von Akteur*innen, die Verantwortung übernehmen, verdeutlicht sich die Vielfalt der am Prozess Beteiligten. Verantwortung wird bei Einzelakteur*innen aus einer individuellen Motivation heraus gesehen. Diese kann dazu führen, dass in den Orten der Prozess angestoßen wird, sich für die Dorfentwicklung zu bewerben und dadurch werden viele Menschen aktiviert (IP6). Die Basis dafür ist, dass erkannt wird, „dass ich verantwortlich bin für das was ich tue, aber auch für das was ich nicht tue“ (IP2). Jede/r Bürger*in muss entsprechend die Eigenverantwortung für ihr/sein Handeln erkennen und schlussfolgernd bei Änderungsbedarfen selbst Verantwortung übernehmen und aktiv werden (IP1). IP11 betont diesbezüglich, dass Bürger*innen die Verantwortung haben, ihr Dorfleben zu gestalten und dies sei die wichtigste Verantwortung (IP11).

Diese Verantwortung kann auch geweckt oder wieder aktiviert werden durch die direkte Ansprache. Als Beispiel führt eine IP auf, dass in einem Ort ehemalige Feuerwehrmänner, die schon von Berufswegen viel Verantwortung für die Region hatten, als Busfahrer für den Bürgerbus gewonnen werden konnten, in dem der Bürgermeister diese direkt ansprach

(IP5). Auch werden bestimmte Typen von Personen herausgestellt, die viel Verantwortung übernehmen – wie Vereinsvorsitzende, Pastor*innen, Ratsmitglieder oder Bürger*innen in anderen offiziellen Funktionen – und schnell bereit sind, im Rahmen der Dorfentwicklung noch mehr Verantwortung zu übernehmen (IP5). Als problematisch wird gesehen, dass die, die sich nicht an der Dorfentwicklung beteiligen, auch danach eher keine Verantwortung für Belange vor Ort übernehmen (IP5). Diesbezüglich betonen IP13 und 14 auch noch einmal, Verantwortung auf möglichst „mehreren Schultern zu verteilen“ (IP14), um die Belastung jedes Einzelnen gering zu halten und mehr den Blick auf die Dorfgemeinschaft zu richten, so dass nicht immer dieselben Menschen die Verantwortung übernehmen (IP13/14).

Bezüglich der Übernahme von Verantwortung wird herausgestellt, dass Personen mit der Übernahme von Verantwortung auch ihre Ängste diesbezüglich verlernen (IP7). Zudem wird ein Vorteil in der Verantwortungsübernahme für kleine Projekte, die schneller zu Erfolgen und zu weiteren Projekten führen würden, betont. Eine Überforderung wird laut IP darin gesehen: „Viele träumen gleich von dem großen Ganzen.“ (IP1)

Einige Planer*innen legen den Fokus auf die Verantwortung, die während des Dorfentwicklungsprozesses übernommen und teilweise auch durch diesen angestoßen wird. Der Dorfentwicklungsprozess wird als eine Möglichkeit für Neubürger*innen benannt, sich einzubringen und die anderen Dorfbewohner*innen besser kennenzulernen und Mitverantwortung für ihren neuen Lebensort zu übernehmen, obwohl sie noch nicht verwurzelt sind (IP5). IP7 stellt heraus, dass Personen, die in der Dorfentwicklung mitgewirkt haben, sich auch danach weiter engagieren und Verantwortung übernehmen würden. Beispielhaft wird auf eine Gruppe von Frauen, die zur Mitarbeit motiviert wurden und jetzt Teil des Ortsrates sind, eingegangen. Begründet durch das gewonnene Selbstvertrauen, während der Teilnahme am Dorfentwicklungsprozess und in den Projektgruppen, entwickelte sich ein selbstständiges

Arbeiten (IP7). Im Dorfentwicklungsprozess kann durch die Planer*innen hierzu „das Rüstzeug“ (IP3) bereitgestellt werden, so dass die Bürger*innen anschließend befähigt sind, selbstverantwortlich zu handeln und Eigenmotivation verspüren (IP3). Die Dorfentwicklung wird in diesem Zusammenhang als ein stetiger Lernprozess gesehen, in dem die Beteiligten einerseits qualifiziert werden und andererseits im Umgang mit Projektentwicklung die Eigenbeteiligung in der Umsetzung kennen lernen (IP1).

„[...] wenn kreative Leute in den Dörfern, wenn die ihr Potenzial entdecken, manchmal braucht man nur ganz kleine Anstöße, dann setzt so ein Selbsthilfeprozess ein. Das ist so. Die Leute lernen, miteinander zu reden und nicht übereinander zu reden. Und die lernen auch Projekte selbstständig zu händeln. Und in der Abfolge ist es heute ja auch so, dass nach Planungsprozessen die Arbeitskreise ja auch in der Regel weiter machen oder sie qualifizieren sich [...] weiter.“ (IP1)

„Machen wir in der Planung, aber auch in der Umsetzungsphase. [...] Für alle ist es ein Lernprozess. Und wie gesagt, das ist ein ständiges Lernen.“ (IP1)

Zudem ist es neben der Befähigung für die Verantwortungsübernahme notwendig, Anknüpfungspunkte zu finden, wo die Akteur*innen wirksam werden können (IP3). Hierzu zählt auch, dass die Kommunen Bewegungsfreiheit ermöglichen müssen, gleichzeitig aber weiter die wirtschaftliche Verantwortung für den Prozess tragen (IP3).

„Das ist glaube ich so dieses Thema Befähigung von Dorfakteuren und ihnen zu vermitteln, dass sie eine selbstverantwortliche Rolle in diesem Prozess haben und das ist, finde ich, relativ wichtig. Es geht nicht darum, dass wir sozusagen uns gegenseitig abhängig machen in dem Prozess, sondern dass die wissen, wir haben es in der eigenen Hand, wir wollen das Entwickeln und sie kriegen dann eigentlich das Rüstzeug dafür. Das würde für mich Verantwortung seitens der Dörfer bedeuten. Und seitens der Kommunen, der Be-

auftragung der Kommunen, die ja meistens nicht deckungsgleich sind mit diesen Dorfregionen, sondern nur in Ausnahmefällen wie in Rehburg-Loccum, geht es dann eher darum, dass sie den Orten genügend Bewegungsfreiheiten geben müssen und klar die wirtschaftliche Verantwortung für den Prozess tragen, aber auch eine politische Verantwortung, weil sozusagen über die Arbeit in den Räten und Ausschüssen natürlich diese Dorfentwicklungsthemen einige von vielen sind, die da eine Rolle spielen. Und dann noch geguckt werden muss, wie steht dieser Prozess im Kontext zu anderen Vorhaben, die wir planen und welche Mittel setzen wir dafür ein.“ (IP3)

Auch IP2 betont das Geben von Freiräumen mit einer gleichzeitig angebotenen Unterstützung und weist darauf hin, dass während des Dorfentwicklungsprozesses methodisch Achtsamkeit und Wertschätzung gestärkt werden kann, es zudem aber einer fortwährenden Thematisierung bedürfe (IP2). Oftmals treten Bürger*innen besonders geeint auf, wenn sie eine Maßnahme gegen den Ortsrat oder die Gemeinde durchsetzen wollen (IP7). Hier wird herausgestellt, dass sich die Gemeinde mehr als Dienstleisterin für die Bürger*innen, die sie unterstützen solle, sehen müsse (IP11).

„Die Verwaltung muss natürlich mit ihren öffentlichen Maßnahmen mitziehen. Und die Verwaltung muss vor allen Dingen erkennen, dass sie Dienstleister ist für die Leute im Dorf.“ (IP11)

Die Vorteile der Förderung und des Engagements sollten verstärkt wahrgenommen und es sollte nicht gegen die Bürger*innen entschieden werden (IP7). Wenn Maßnahmen aus dem Dorf heraus entstehen, fänden sich laut IP11 immer eher Freiwillige, die mitgestalten (IP11).

„[...] und dann ist das ein Ding, das steht dann im Dorferneuerungsplan, aber es findet sich niemand. Es ist vielleicht auch noch gar nicht so der Bedarf da. Aber bei den Dingen, die sozusagen aus dem Dorf herauskommen, da ist es wichtig, dass die Umsetzungsbegleitung sagt: Und jetzt ver-

suchen wir hier mal Fördermittel [...] zu erhalten, das bringt die ganze Sache dann weiter.“(IP11)

Die Verantwortung bei den politischen Akteur*innen wird in den Entscheidungen der Räte und Ausschüsse, der Bereitstellung von Ressourcen, dem Austausch mit Fachverwaltungen, der Verhinderung von Neiddebatten mit anderen Dörfern und der Bereitstellung von finanziellen Mitteln gesehen (IP3). Gemeinsam mit den Planer*innen und der Kommune werden die Veranstaltungen und die ersten Arbeitskreise im Dorfentwicklungsprozess organisiert. Die Verantwortung für die Themen hat der jeweilige Ort, so dass die beteiligten Bürger*innen als Multiplikator*innen fungieren und die Verantwortung haben, in ihrem Ort über die Ergebnisse zu berichten (IP5). In einigen wenigen Dorfregionen wird herausgestellt, dass die Bürger*innen sich direkt zu Beginn selbstbefähigt fühlen und vieles selbstständig anstoßen. Anders sieht es aus, wenn es in den Orten schon einmal eine Dorferneuerung gab. Bürger*innen stoßen dann eher Projekt selbstständig an, ehrenamtliche Kräfte werden früher geweckt und die Beteiligten sind durch gemeinsame Projekte als Gruppe zusammengewachsen (IP7).

„Ja der Anstoß kam von den Bürgern. Also weil sie gesagt haben, nur so können wir was erreichen. Also, die sind schon sehr weit. Und das Interessante ist ja, die hatten alle schon Dorferneuerung. Und ich bin wirklich der Überzeugung, dass das da jetzt so läuft, da sie alle schon mal eine örtliche Dorferneuerung hatten und da schon mal bestimmte, ja ehrenamtliche Kräfte geweckt worden sind, bestimmte Projekte entstanden sind und darüber jetzt das noch mal auf einer anderen Ebene weiter geht.“ (IP7)

Konkret kann im Dorfentwicklungsprozess Verantwortung in den Themengruppen und der Prozessgestaltung durch die Bürger*innen übernommen werden. Als Beispiel werden Multifunktionshäuser sowie die Gestaltung des Austausches der verschiedenen Akteur*innen genannt, wie den Vereinen, die es nutzen möchten, den Architekt*innen, der Kommune und den Bürger*innen bezüglich

des jeweiligen Bedarfes (IP1). Von Belangen ist schon eine Verantwortungsübernahme durch die selbstständige Arbeit in den Themengruppen, die Vorstellung von Ergebnissen, die demokratischen Entscheidungen über Themen oder die Wahl zur Sprecher*in der Gruppe (IP12). Auch wird Verantwortung für das Ziel und die richtungsweisende Entwicklung der Orte durch die Bürger*innen übernommen, indem diese formuliert und in Form von Projekten anschließend bearbeitet werden (IP11). Ebenso können einzelne aktive Bürger*innen Eigeninitiative zeigen und Verantwortung übernehmen, in dem jemand ein „Grillabend gemacht hat für seine Bürgerinnen und Bürger, für seine Nachbarn, für seinen Ort“ (IP14) und dieser als Plattform des Austausches über die Entwicklung des Dorfes genutzt wird (IP14). Ebenso kann auch im Rahmen der Dorfentwicklung Verantwortung für konkrete kleine oder große Projekte übernommen werden, die organisiert, für die Förderanträge geschrieben und die anschließend auch umgesetzt werden. Hierfür können weitere Dorfbewohner*innen motiviert werden und Unterstützung von der Verwaltung (z.B. Projektzustimmung und Teilfinanzierung) und den Planer*innen angefordert werden (IP12). Auch die Gründung eines Dorfvereins kann eine Form der Verantwortungsübernahme darstellen, um anschließend als Verein selbstständig Förderanträge stellen zu können (IP6). Ebenso kann die Etablierung von Dorfläden als Verantwortungsübernahme bezüglich der Nahversorgung des Ortes gewertet werden. Im angeführten Beispiel hat sich die Verantwortung verschoben, nachdem es der Gemeinde nicht gelungen war, einen ALDI-Markt anzusiedeln. Es entstand in Eigenregie der Bevölkerung ein Dorfladen (IP6).

Verantwortungsübernahme wird auch in Bezug auf die Zusammenarbeit als Dorfregion gesehen. IP4 fasst dazu eine konkrete Erkenntnis zusammen: „nicht jeder kann den Dorfladen [haben]. Das funktioniert nicht in jedem Dorf. Nicht jeder kann die riesen fette Mehrzweckhalle haben“ (IP4) und deshalb müsse zusammengearbeitet und gemeinsam Verantwortung durch Kompromissfindung übernommen werden (IP4).

Die Verantwortung der Planer*innen wird in der Prüfung von Projekten sowie der Kommunikation – „was geht da eigentlich oder was geht dann irgendwann auch nicht mehr“ – gesehen (IP8/9). Es ist zudem in der Verantwortung der Planer*innen, die Interessen der Bürger*innen und der Kommune zu vertreten. Ebenso besteht die Notwendigkeit, Projekte und Maßnahmen einschätzen zu können und das bestmögliche Ergebnis für die öffentlichen und privaten Maßnahmen bezüglich der Förderung herauszuholen (IP8/9). Kritisch wird gesehen, wenn die Verantwortungen der Kommune zu stark auf die Planer*innen verlagert werden (Vergabe und Einhaltung der Formalie) (IP8/9). Hier zeigt sich die Wichtigkeit von Führungspersönlichkeiten vor Ort, die einen Überblick haben, organisieren und delegieren können (IP12). Verantwortungsübernahme sollte laut IP13 und 14 schlussendlich klar differenziert werden zwischen der formellen Verantwortung der kommunalpolitischen Vertreter*innen und der Verwaltung sowie der informellen Verantwortung der Bürger*innen, die nicht mit Sanktionen verbunden sein darf, sondern stattdessen unterstützt werden sollte (IP14).

„Vielleicht kann man es auch so sehen zwischen formeller und informeller Verantwortung, also Verwaltung hat für den Prozess, [...] für die Umsetzungsbegleitung natürlich die formelle Verantwortung. Das ist so. Die bezahlen das, die sind Projektträger. Aber [...], die nicht in Gänze die Verantwortung für den Prozess übernehmen können. Soll sie ja eigentlich auch nicht, weil das soll ja eigentlich auch heruntergebrochen werden auf die Bürgerinnen und Bürger. Das nenne ich informelle Verantwortung. Die haben ja keine Sanktionen zu befürchten. [...] Und ich glaube da, das sehen wir auch immer wieder, wichtig ist auch, die, die sich ehrenamtlich engagieren, nicht zu überfordern.“ (IP14)

Die Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

In den Fokusgruppen wird das Thema Verantwortungsübernahme vielseitig diskutiert, sowohl an-

hand von Beispielen wie auch spezifischen Personen. Für die FG1 übernimmt beispielsweise eine Ortsvorsteherin Verantwortung, die in der Fokusgruppe mitwirkt. Sie initiierte ein Dorffest für alle in ihrem Ort, das das alljährlich stattfindende Schützenfest ablöste. Dem anfänglichen Widerstand wurde entgegengesetzt, dass es etwas Neues bräuchte, da das Schützenfest nicht mehr die gewünschten Besucher*innen anlocke. Heute sind alle Vereine in das Dorffest eingebunden, organisieren es abwechselnd und es wird von allen im Ort gut angenommen. Ein weiteres Beispiel, das im Laufe der Diskussion genannt wird, war eine Aufräumaktion des Ortes, die sich als jährliches Event etabliert hat. Hier werden nicht nur Menschen gebraucht, die bei der „Müllsammelaktion“ helfen, sondern auch Landwirt*innen, die einen „Trecker und Anhänger haben“ (FG1). Auch wird die Initiierung und Aufrechterhaltung des Senior*innenbeirats im Bereich der Verantwortungsübernahme benannt, ebenso wie die Eröffnung eines Tanzcafés und einer Senior*innengruppe, die im Kindergarten hilft (FG1). Auch wird die Schaffung von neuem Wohnraum im Rahmen von Verantwortung für den Fortbestand des Ortes dargelegt (FG1). Ortsübergreifende Verantwortungsübernahme wird in der Jugendfeuerwehr und dem Bürgerbus gesehen (FG1). Ebenso werden auch Ortsverschönerungen, die in Eigenleistung erbracht und umgesetzt werden, positiv hervorgehoben (FG1). In der FG2 werden zudem niederschwellige Projekte ohne Kosten als wichtige Verantwortungsübernahme angesprochen und die Einrichtung und Betreuung einer Facebook-Seite hervorgehoben (FG2).

Als Personen, die eine wichtige Rolle bei der Übernahme von Verantwortung innehaben, werden Ratsmitglieder, Ortsbürgermeister*innen, Kümmerer*innen, freiwillige Feuerwehr und Vereinsvorsitzende – unter anderem aufgrund ihres Amtes – gesehen (FG1). Sie werden auch als tragende Säulen der Dörfer und der Aktivitäten genannt, viele von ihnen sind auch im Prozess der Dorfentwicklung aktiv. In der FG2 wird spezifisch auf den Dorfentwicklungsprozess eingegangen und die Sprecher*innen der Arbeitskreise werden in Bezug

auf die Übernahme von Verantwortung hervorgehoben (FG2). Die Strategierunde wird in der Verantwortung gesehen, den Überblick zu behalten und es wird herausgestellt, dass die einzelnen Mitglieder bei interessanten Projekten die Initiative ergreifen und die Verantwortung für die Weiterführung dieser übernehmen würden (FG2). Es wird betont, dass gerade Personen, die mehrere Funktionen und Rollen besetzen, viel Verantwortung übernehmen. Generell wird herausgestellt, dass es eigentlich immer wen brauche, „der die Initiative ergreift“, andere einbezieht und ein gutes Team zusammenstellt, um ein Projekt erfolgreich umzusetzen (FG2). Verantwortungsübernahme wird gleichzeitig differenziert betrachtet und es wird betont, „es beginnt im Kleinen“ und endet bei den Bürgermeister*innen (FG2).

„[...] Verantwortung zu übernehmen, um ein gutes Zusammenleben im Dorf zu schaffen, da gib es viele Aspekte aus meiner Sicht.“ (FG2)

Beispielhaft kann Verantwortung „im Kleinen“ die Zusage zur Nachbarschaftshilfe oder die Übernahme von einem Vereinsvorsitz umfassen (FG2). Selbst eine aktive Mitgliedschaft im Verein trägt zur Schaffung eines aktiven Dorflebens bei und ist eine Form der Verantwortungsübernahme (FG2). Übergeordnet wird durch die Dorfentwicklung eine Verantwortungsübernahme für die Region gesehen.

„Also wir haben ja das Dorfentwicklungsprogramm beantragt, weil wir ja auch weiter kommen wollen in unserer Region. Das ist ja der Hauptgrund gewesen. Stillstand ist Rückschritt. Wir wollen auf jeden Fall mindestens den Standard halten, den wir jetzt haben und eventuell sogar etwas verbessern“ (FG1)

Eine Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme wird bei Personen gesehen, die motiviert sind und im Ort etwas verändern wollen (FG1). Bei temporären Projekten ist dabei eine größere Verantwortungsübernahme zu sehen, wobei einige sich auch einen Unterstützerkreis für ihr Amt aufgebaut haben, auf diese Weise Dinge delegieren können und langfris-

tig eine Bereitschaft schaffen, Ämter zu übernehmen (FG1).

Dahingehend wird in der FG2 debattiert, inwieweit Aufgaben verteilt werden müssen, so dass alle in irgendeiner Form Verantwortung übernehmen und/oder wo eventuelle Grenzen bestehen (FG2).

„Wenn man Verantwortung auf zu viele verteilt, dann hat am Ende keiner mehr Verantwortung. Das ist ein Erfahrungswert.“ (FG2)

Dies wird gleichzeitig auch abhängig von der Projektgröße gesehen (FG2). Grundlegend wird in der Diskussion jedoch festgehalten, dass alle Dörfer vor den gleichen Problemen und Herausforderungen stehen und ein Bedarf an einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme gesehen wird (FG2).

Die Übernahme von Verantwortung wird von den IP und in den FG vor allem in Form verschiedener Beispiele verbildlicht. Die Verantwortungsübernahme wird hierbei von den IP differenziert nach den unterschiedlichen Akteur*innen bewertet und auch in den FG werden bestimmte Akteur*innen diesbezüglich besonders hervorgehoben.

8.4.2 Kooperation

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Die Auswertung der wahrgenommenen Kooperation in Bezug auf Verantwortungsteilung und die Zusammenarbeit generieren sich vor allem aus der Darstellung der relevanten Akteur*innen und ihrer Aufgaben, bzw. der bestehenden Möglichkeiten.

In der Zusammenarbeit der Dorfentwicklung können die Planer*innen das gemeinsame Gestalten anstoßen und die verschiedenen Gruppen in den Prozess integrieren (IP3), sie können Personen identifizieren, die den Überblick haben und Kompetenzen koordinieren können (IP14). Ebenso können sie Personen mit Bedenken von außen ermuntern, Verantwortung zu übernehmen und die Menschen vor Ort begeistern

(IP14). Im Zusammenspiel der Akteur*innen sind die Planer*innen als eher objektiv anzusehen (vertreten beide Seiten), die als Außenstehende auch kritische Aspekte ansprechen dürfen (IP8/9). Sie haben die wichtige Aufgabe für den reibungslosen Ablauf im Rahmen der Dorfentwicklung zuständig zu sein und das Organisatorische umzusetzen (IP13). Die inhaltliche Gestaltung und das Zusammenspiel liegen in der Verantwortung der Bürger*innen und der kommunalpolitischen Vertreter*innen (IP13). Eine IP stellt hier in der Darstellung verschiedener Partnerschaften einen Bezug zur Wirtschaft her (IP4). In Bezug auf die Kooperation im Rahmen der Dorfentwicklung wird noch einmal die Wichtigkeit betont, der Politik zu spiegeln, dass keine Parallelstrukturen geschaffen werden sollen, sondern es um gegenseitige Unterstützung und eine transparente Zusammenarbeit gehen soll (IP1 /13/14).

Im Zuge der Dorfentwicklung haben in einigen Dorfregionen Bürger*innen, die noch nicht fest im Dorf verwurzelt sind, zum ersten Mal direkt Kontakt mit den kommunalpolitischen Vertreter*innen, den Bürgermeister*innen und auch den Anwohner*innen. Im Zuge dessen besteht die Chance, sich neu in den Ort einzubringen und auch Verantwortung zu übernehmen (IP5). Die Zusammenarbeit der Bürger*innen untereinander, auch mit den weiteren Akteur*innen, gestaltet sich dabei je nach Ort ganz unterschiedlich. Eine IP legt dar, dass aus der Sicht der Bürger*innen ein Bedarf bestehe, sich auch ohne die kommunalpolitischen Vertreter*innen auszutauschen, da es teilweise Vorbehalte gebe, sie würden sich nicht auf Augenhöhe bewegen und sich dann freier äußern können (IP7). Dem stellt sich jedoch entgegen, dass sich, wenn Bürger*innen es schaffen, ein gemeinsames Standing zu finden und sich regelmäßig mit den kommunalpolitischen Vertreter*innen auszutauschen, der Respekt angleicht und eher auf Augenhöhe kommuniziert wird (IP7). Die Relevanz auf der gleichen Ebene miteinander zu kommunizieren, verdeutlicht auch IP1.

„Und wenn ich mich nicht auf Augenhöhe unterhalten kann, dann funktioniert so eine Planung, auch so ein Planungsinstrument nicht. Dann ist

das sehr kurzlebig, weil die Leute merken, die versprechen uns nur. Das darf nicht passieren und es sollte auch nicht passieren.“ (IP1)

Eine gute Basis kann der Austausch am Stammtisch darstellen, wenn die richtigen Akteur*innen nebeneinander sitzen, da alle die gleiche Sprache sprechen (IP4). Es zeigt sich die Wichtigkeit von Beziehungen in Bezug auf gute Zusammenarbeit (IP4), ebenso aber auch auf die vorhandenen Ressourcen der Akteur*innen (IP3), von der finanziellen Ausstattung der Gemeinde bis hin zur Engagementbereitschaft der Bürger*innen.

Im Zuge des Dorfentwicklungsprozesses werden Arbeitskreise installiert, in denen es nicht immer, aber oft gelingt, dass diese sich verantwortlich fühlen für die Gestaltung des Dorfes und sich als wichtiges Gremium sehen (IP7). Um dies zu erhalten, sollten die Arbeitskreise von der Kommune nicht übergangen werden (IP7). Die Zusammenarbeit ist abhängig von dem politischen Willen der Gemeinde (IP3), denn die Entscheidung, ob Projekte umgesetzt werden, liegt letztendlich bei den Räten (IP7), so dass immer eine leichte Hierarchie im Verhältnis mit den Arbeitskreisen besteht (IP8/9). Die IP stellen heraus, dass bei den Gemeinden und Kommunen oftmals ein Interesse besteht, die Bürger*innen zu unterstützen, da auch sie von den Fördergeldern profitieren (IP7). Zudem wollen die Bürger*innen oftmals von sich aus Verantwortung übernehmen und Veränderungen schaffen (IP2) und werden durch die Zustimmung zu den Projekten auch darin bestärkt. Dies animiert „zum weiter machen“ (IP7). Diesbezüglich wird von einer IP noch einmal betont, dass die Verantwortung am intensivsten bei den politisch handelnden Akteur*innen läge – auch in Bezug auf die Dorfentwicklung – und diese die Bürger*innen einbeziehen können, um mit ihnen gemeinsam etwas zu gestalten (IP10). Differenziert werden kann hier zwischen der formellen Verantwortung der Gemeinde und Verwaltung und der informellen Verantwortung der Bürger*innen (IP13/14).

Das Planungsverständnis zwischen Kommune und den Arbeitskreisen wird heute anders angesehen

als früher, die Arbeitskreise wurden zuvor wenig eingebunden und die Politik traf über sie hinweg Entscheidungen (IP1). Wandlungen werden dahingehend thematisiert, dass die Räte heute eng in die Prozessgestaltung eingebunden werden (IP7).

„[...] ich mache die Erfahrung, je früher ich alle Entscheider an einen Tisch bringen, desto einfacher ist es, nachher auch Projekte umzusetzen.“ (IP1)

Das Zusammenspiel bei einer engen Einbindung der Ortsräte wird als überwiegend gut bezeichnet und kann auch so ausgestaltet sein, dass die Gemeinde die Bürger*innen einlädt, ihre Projektplanung vorzustellen, diese mit ihnen zusammen bespricht und anpasst (IP7/8/9). Heute wird in vielen Fällen in einem übergeordneten Gremium zusammengearbeitet, wie einem Planungsbeirat oder einer Strategierunde, und die dort getroffenen Entscheidungen finden meist Zustimmung in den Räten, da diese Vertreter*innen in den Beiräten haben (IP6). Hierbei ist darauf zu achten, inwieweit die jeweilige Gemeindeverfassung es zulässt, etwas abzugeben und Prozesse offen zu gestalten, z.B. in dem diese Beiräte den Gemeinderat unterstützen und beraten dürfen, oder ob es sogar möglich ist, klassische Entscheidungskompetenzen des Rates abzugeben (IP2).

„Erste Ansätze sind teilweise da, wenn sich so Beiräte organisieren, die den Gemeinderat unterstützen und begleiten. Ob da auch noch weiter tatsächlich klassische Entscheidungskompetenz des Rates abgegeben wird oder es mehr eine Vorbereitung und Unterstützung ist, wie gesagt, es gibt Modelle, wo es bis zu Haushaltsentscheidungen gehen kann, die Beteiligung. [...] Aber es gibt es da im Moment keine Vorgabe oder, von der Landespolitik auch nicht, keine Vorgabe, so etwas zu fokussieren oder flächendeckend zu etablieren, aber es sind Spielvarianten, die durchaus entstehen können aus offenen Prozessen.“ (IP2)

Als gut funktionierendes Beispiel wird hier genannt, wenn der/die Bürgermeister*in vor Ort zusammen mit der Verwaltung die Organisation mitgestaltet

und in den Arbeitskreisen mitwirkt. Dadurch wird eher gewährleistet, dass alle gehört werden und somit alle auf dem gleichen Stand sind (IP5). Dabei werden die Varianten, wer den Posten des/r Sprecher*in bekleidet, Bürgermeister*in oder Bürger*in, beide als gute Möglichkeit angesehen (IP5). Auch IP13 und 14 stellen heraus, dass ein guter Austausch der Arbeitskreise mit dem Ortsrat über den derzeitigen Stand vorteilhaft sei und damit einhergehen könnte, dass die Bürger*innengruppen von der Politik mitgetragen werden und Anerkennung von dort erfahren (IP13/14). Ein weiteres Beispiel geht auf einen Arbeitskreis ein, der an Mitgliedern verlor, aber diejenigen, die weiter aktiv dabei waren, die Meinung vieler Dorfbewohner*innen vertraten. Hier stellt der Arbeitskreis eher ein Abstimmungsgremium dar, das die Meinungen und Interessen der Dorfbewohner*innen im täglichen Dorfalltag aus Gesprächen erfährt und diese anschließend im Arbeitskreis zusammenträgt (IP11). Ergänzend stellt eine IP die Beteiligten als Multiplikator*innen heraus, die zudem die besprochenen Inhalte wieder zurück in den Ort tragen (IP5). Darüber können ebenso Personen motiviert werden, doch mitzuwirken. Gute Zusammenarbeit zeigt sich auch, wenn sich aus den Arbeitskreisen ein Bürger*innenverein oder ein Zusammenschluss bildet, der nicht nur in der Umsetzungsphase bestehen bleibt, sondern auch über die Förderperiode hinaus Bestand hat und weiterhin vom Gemeinderat eingebunden und von den Ausschüssen angehört wird (IP8/9).

„Und in dem Fall natürlich optimal, wo auch diese Gruppe weiter eingebunden wird vom Gemeinderat und auch gehört wird von den Ausschüssen dann. Ob man das jetzt in jedem, das ist bisher natürlich in wenigen Fällen tatsächlich so, aber ich könnte mir vorstellen, dass sich das weiter entwickelt an der Stelle.“ (IP8)

Beispielhaft wurde ebenfalls angeführt, wenn aus früheren Dorferneuerungsprozessen aus der Zusammenarbeit gute Erfahrungen hervorgingen, diese wieder aufgegriffen oder weitergeführt werden - unabhängig von der Aufnahme in das Förderprogramm (IP8/9). Anerkennend zeigt sich eine Ge-

meinde gegenüber der geleisteten Zusammenarbeit mit den Bürger*innen, wenn sie die Bereitschaft signalisiert, ein Projekt auch dann zu finanzieren, wenn es über die Dorfentwicklungsförderung nicht möglich ist. So kann die Zusammenarbeit der verschiedenen Vereine und das Engagement der Bürger*innen wertgeschätzt werden (IP11).

Auch werden Forderungen geäußert, dass die Gemeinde und Verwaltung auf inhaltlicher Ebene mehr Verantwortung abgeben und den Bürger*innen ein Mitspracherecht einräumen sollte, insbesondere auch in der Umsetzungsphase (IP13/14).

„Ja ich meine, es wird bei vielen Maßnahmen schon gefordert, dass man die Bürgerinnen und Bürger beteiligt, aber dass die Verwaltung jetzt nicht sagt, wir haben da ein Projekt und wir drücken das jetzt durch, sondern, dass man eben dann, wenn man sagt, wir machen Dorfentwicklung, dann auch die Bürger noch mal miteinbezieht [...]. Aber das ist für mich auch so auf inhaltlicher Ebene Verantwortung abzugeben, dass man eben auch die Bedürfnisse, die man im Planungsprozess abfragt, eben auch in der Umsetzung weiterhin berücksichtigt, also dass man diese Verantwortung oder das Mitspracherecht auch mal abgibt.“ (IP13)

Als weiterer wichtiger Aspekt der Zusammenarbeit wird von mehreren IP das Geben von Freiräumen thematisiert. Zum einen wird die Gründung eines Dorfvereines genannt, der anfänglich Unterstützung durch die Kommune erfuhr, diese jedoch anschließend erst bei der konkreten Förderung wieder mithinzugezogen wurde (IP6). Die Eigendynamik, die im Dorf entstehen konnte und die so ermöglichte „Spielwiese“ wird als positiv herausgestellt, gleichzeitig aber betont, dass es notwendig sei, dass die Kommune an die Bürger*innen „Signale sendet“, bei Fragen oder benötigter Unterstützung da zu sein (IP6). Weiterhin wird in der Verbindung von Freiräumen und gleichzeitiger Unterstützung u.a. die Chance für Nachbarschaftsnetzwerke in Kombination mit externer Hilfe gesehen, so dass Senior*innen lange vor Ort wohnen bleiben können (IP2). Diese

Zusammenarbeit wird zudem als Lernprozess gesehen, in dem unter anderem erkannt werden muss, wo die Grenzen des ehrenamtlichen Engagements in der Verantwortungsübernahme vor Ort liegen und ab wann es eine wirtschaftliche Aktivität darstelle (IP4).

„Und dieses Zusammenspiel, wo sind Grenzen vom ehrenamtlichen Engagement, Verantwortung für den Ort zu übernehmen und wo wird es schon eine wirtschaftliche Aktivität. Das ist ein Lernprozess.“ (IP4)

Nicht alles könne über das Ehrenamt bewerkstelligt werden (IP4).

Die Kooperation der Vereine auch im Rahmen der Dorfentwicklung wird als Potenzial wahrgenommen. Unter dem Aspekt der „Nachwuchsproblematiken“ (IP5) wird jedoch kritisch angemerkt, dass oftmals kein gemeinsames Veranstaltungsmanagement bestehe (IP1). Die Digitalisierung wird als weiteres Potenzial bezüglich der Kooperation herausgestellt, da die Netzwerkgestaltung und der gemeinsame Austausch auch online ermöglicht würde. Gleichzeitig sei Vorsicht vor einer politischen Aufladung der Themen geboten (IP1).

Anschließend bleibt festzuhalten, dass dort, wo gut zusammengearbeitet wird, die Angebote oftmals bedarfsgerechter sind (IP5) und auch alternative Lösungen eher diskutiert werden, wenn keine Finanzierung von außen oder staatliche Gelder zur Verfügung stehen. Hier werden Überlegungen zum Sponsoring, zur Übernahme von Aktivitäten und zur Unterstützung bedacht. Wichtig sei jedoch, dass die Gemeinde ihre Unterstützung in der Zustimmung zur Umsetzung der Ideen signalisiere (IP12).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

Kooperation in Bezug auf die Zusammenarbeit und Verantwortungsteilung thematisieren die Teilnehmenden der Fokusgruppen sehr unterschiedlich. In der FG1 sind die Orte der Dorfregion zusammen

eine kleine Stadt, wodurch „alles recht unkompliziert“ sei, da sich die Leute kennen würden, miteinander aufgewachsen seien, viele „per du“ sind und „alles kurze Wege“ wären (FG1). Zudem wurde schon in einigen Projekten zusammengearbeitet und es besteht eine gute Basis, auf der aufgebaut werden kann. Die öffentliche Verwaltung wird als Ansprechpartnerin wahrgenommen und kann bei Fragen und auch zur Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen aufgesucht werden (FG1).

In der FG2 hat sich ein neuer Zusammenschluss der Orte durch die Dorfregion ergeben, der zwei Landkreise und drei Gemeindegrenzen umfasst. Hierdurch ist auch eine neue politische Zusammenarbeit entstanden. Langfristige Kooperationen werden als zielführend angesehen, werden jedoch auch abhängig von der Qualität der Zusammenarbeit in den nächsten Jahren gesehen (FG2). Grundlegend wird eine Bereitschaft der Kooperation signalisiert und gezeigt. Einige Beteiligte bringen sich mehr, andere aufgrund der bisher noch nicht erfolgten Antragsstellung für die Projekte in den Orten weniger ein. Die gegründete Strategierunde wird als „pragmatisch“ agierend dargestellt (FG2). Als hilfreich wird gesehen, wenn von politischer Seite z.B. von den Ortsbürgermeister*innen oder Gemeinderatsmitgliedern, Unterstützung signalisiert wird und die Einladungen zu Veranstaltungen durch sie erfolgt (FG2). Grundsätzlich wird die Notwendigkeit einer treibenden Kraft gesehen, um Kooperationen zu erhalten (FG2). Als weiterer wichtiger Kooperationsakteur wird zudem das Planungsbüro benannt, welches Kompetenzen zur Verfügung stelle (FG2). Ebenfalls fließt das Thema Jugend mit ein (FG2). Die jungen Dorfbewohner*innen sollen miteinbezogen und ihnen sollte Eigeninitiative ermöglicht werden, um sie langsam in das Vereinsleben einzubinden. Das Dorfleben wird eng mit dem Vereinsleben verbunden gesehen und definiert sich oftmals darüber. Eine Einbindung der Jugendlichen ins Vereinsleben wird als Möglichkeit gesehen, sie ins gemeinschaftliche Dorfleben zu integrieren (FG2).

Die IP zeigen klare Vorstellungen auf, wie eine erfolgreiche Kooperation ausgestaltet sein könnte

und müsste. Für die Praxis verdeutlichen sie die Unterschiede je nach Dorfregion und Größe der Abhängigkeit von der politischen Handhabung. Dies bestätigt sich auch in den FG. Zudem zeigt sich dort, dass die Kooperationen durch die Länge des Bestehens und Erfahrungen beeinflusst werden.

8.4.3 Bestehende Verantwortungsstrukturen

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Mit den bestehenden Verantwortungsstrukturen soll erfasst werden, in welchen Formen in den Dorfregionen bisher schon zusammengearbeitet wird und wie möglicherweise eine gemeinsame Verantwortungsübernahme ausgestaltet ist. In Bezug auf die bestehenden Verantwortungsstrukturen, die die IP in den Dorfregionen wahrgenommen haben, werden vor allem konkrete Beispiele angeführt – ergänzt durch strukturelle Überlegungen. Gemeinsame Aktionen, wie jährliche Aufräumaktionen oder Pflanzaktionen, die sich über die Jahre etabliert haben, werden von einer IP als „gelebte Strukturen der Verantwortung“ benannt (IP4). Eine jährliche Kirmes, die immer von den jungen, noch unverheirateten Männern des Ortes organisiert wird, wird als Beispiel für weitergegebene Verantwortung bezüglich der Organisation sowie Verantwortung für die Gestaltung des Dorflebens herausgestellt, die sich auch in der Anerkennung widerspiegelt, dass alle zu dem Fest kommen, auch wenn die gespielte Musikrichtung nicht allen entspricht (IP11). Ein eigenständig geführter Dorfladen wird als Netzwerk dargestellt, in dem jede beteiligte Person für eine bestimmte Aufgabe Verantwortung trägt und dieses würde nur im stetigen Zusammenspiel funktionieren (IP2). Weiterhin werden Dorfentwicklungsvereine benannt, die sich aus mobilisierten Bürger*innen gründeten, da ein Bedarf diesbezüglich gesehen wird und die Kommune keine finanzielle Unterstützung ermöglicht. Hier wird eine Verantwortungsverlagerung deutlich – es werden eigenständig Förderanträge gestellt und es wird aktiv agiert (IP6). Ebenso bilden sich aus dem Dorfentwicklungsprozess heraus neue Netzwerke und Strukturen wie fortgeführte Lenkungsgruppen,

die auch weiterhin Verantwortung für die Entwicklung des Ortes übernehmen und über die Förderperiode hinaus aktiv Projekte umsetzen und Vernetzung betreiben (IP13/14). Ein IP nennt beispielhaft die Entstehung eines Netzwerkes, in welches kreative Neubürger*innen integriert sind. Diese haben ein leerstehendes Gebäude umgenutzt und nach anfänglicher Skepsis der Bürger*innen im Dorf ist es der IP gelungen, die verschiedenen Gruppen zusammenzuführen. Unter anderem wurden bei den Baumaßnahmen für die Umnutzung Handwerker*innen aus dem Ort eingebunden und so entstanden erste Kontakte (IP11). Netzwerke als Verantwortungsstrukturen werden weiterführend als wichtig herausgestellt. Die IP betont gleichzeitig jedoch die Schwierigkeit, ohne Ansatzpunkt von außen ein Netzwerk zu installieren und plädiert dafür, auf bestehende Netzwerke in den Orten zurückzugreifen und diese verstärkt in die Dorfentwicklung einzubeziehen (IP11).

„Aber wenn ich da [in der Dorfentwicklung] anfangen soll, ein Netzwerk aufzubauen, wie soll ich das denn machen? [...] Aber wenn schon was da ist und ich engagierte Leute habe, dann ist das natürlich etwas, wo man im Rahmen der Dorferneuerung unbedingt aufsatteln muss und die unheimlich unterstützen muss.“ (IP11)

Auf einer übergeordneten Ebene werden Strukturen von Verantwortung im verantwortungsvollen Handeln von Kommune und Bürgermeister*innen gesehen (IP1) und im Zusammenspiel mit den Bewohner*innen vor Ort, indem die Projektgruppen von der Politik unterstützt und angehört werden und der Ortsrat stetig über den Stand der Dinge dort informiert bleibt (IP13/14).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

Bestehende, fest etablierte Verantwortungsstrukturen werden von beiden Fokusgruppen anhand von konkreten Beispielen benannt. In einer Dorfregion fährt ein Bürgerbus sechs Mal täglich zwischen den Orten der Dorfregion, der vor allem Familien und

älteren Menschen die Fahrt u.a. zum Einkaufen ermöglicht (FG1). Weiterhin wird die Zusammenarbeit von Vereinen nach anfänglichen Schwierigkeiten als positiv herausgehoben, hier am Beispiel der Verschönerung des Ortsbildes (FG1). In einer zweiten Dorfregion wurde in Eigeninitiative ein Dorfladen mit einem angeschlossenen Café mitaufgebaut und von den Bürger*innen in Eigenleistung betrieben. Zudem wurden Bewohner*innen aus den umliegenden Orten als Verkäufer*innen eingestellt, was zu einer stärkeren Vernetzung und einer gemeinsamen Verantwortungsstruktur bezüglich der Einkaufsmöglichkeiten in der Region geführt hat (FG2). Weitere Strukturen, die sich etabliert haben, sind die Durchführung eines Dorffests zu dem alle Vereine und Bürger*innen aus den umliegenden Orten der Dorfregion eingeladen werden, eine Solarfähre, die durch Ehrenamtliche betrieben wird sowie die Gestaltung einer Facebook-Seite durch die Bürger*innen, die von Ortsbeauftragten mit Informationen über bestehende Veranstaltungen und Angebote aus den verschiedenen Orten aktuell bestückt wird (FG2). Auch die Dorfjugend weist hier eine eigene Verantwortungsstruktur auf, in dem sie mitbestimmt und Erntefeste sowie Fußballturniere organisiert. Angemerkt wird allerdings, dass die Vernetzung zwischen den Orten noch intensiviert und weiter ausgebaut werden könnte (FG2).

8.4.4 Verantwortungsgemeinschaft

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Eine Möglichkeit lokaler Verantwortungsstrukturen sind Verantwortungsgemeinschaften. In der Ausgestaltung von Verantwortungsgemeinschaften werden verschiedene Ansichten der Ausprägung ebenso wie Strategien zur Aufrechterhaltung durch die IP thematisiert.

„[...] Verantwortungsgemeinschaft, dass man für ein Thema was besteht, von verschiedenen Seiten jeder in seiner Rolle daran arbeitet, dass es Wirklichkeit werden kann“ (IP3)

Es verdeutlicht sich die Wichtigkeit des eigenen Rollenverständnisses sowie das der anderen Beteiligten. Auch die Beteiligung und Zusammenarbeit über die verschiedenen Ebenen hinweg bezüglich des bestehenden Verantwortungsverständnisses wird hervorgehoben. Es braucht konkret ein Wollen der Kommune und das Begreifen der Sinnzusammenhänge bei den Bürger*innen. Die Verantwortung für die Gemeinschaft sollte sichtbar werden, u.a. durch das Dokumentieren, Veröffentlichen und eine Anerkennung der Leistungen (IP3). Ein wichtiger Punkt wird im Aufbau von Vertrauen und dem Abbau von Barrieren gesehen.

„Und nur wenn Vertrauen aufgebaut und Barrieren abgebaut werden zwischen Bürgerschaft und Politik, zwischen Bürgerschaft und Planung, zwischen Planung und Politik und Verwaltung, dann ist eigentlich die Basis geschaffen für einen gemeinsamen Weg, der eine Zeit andauern kann.“ (IP10)

Zudem wird herausgestellt, dass alle Menschen als gleichberechtigt angesehen werden müssen, um dies zu schaffen und eine permanente Beteiligungskultur zu etablieren (IP10). Die Kontinuität wird dabei als sehr wichtig erachtet, um Projekte gemeinsam gestalten und umsetzen zu können (IP12). Kurzfristig sind hingegen Erfolge wichtig, um die Gemeinschaft zu festigen und einen Mehrwert zu erkennen, der zu einem Bewusstsein über die eigene Verantwortung führt (IP13/14). Es werden Aktionsgemeinschaften benannt, die sich aus dem intensiven Prozess zwischen der Dorfgemeinschaft, Gemeinde und Verwaltung ergeben und die durch Erfolge aufrecht erhalten bleiben (IP13/14). Auch werden Verantwortungsgemeinschaften projektbezogen dargestellt. Ein Hof wird umgebaut zum Dorftreffpunkt und die Gemeinde trägt die Kosten und beantragt die Förderung. Den Bedarf des Dorftreffpunkts zu thematisieren und ihn anschließend mit Leben zu füllen, ist jedoch die Aufgabe der Bürger*innen, sie organisieren und setzen das dahinterstehende Konzept um (IP12). Auch Dorfgemeinschaftshäuser werden in einer ähnlichen Zusammenarbeit der Akteur*innen betrachtet, mit der Betonung auf die

Freiräume in der Organisation, die erst eine wirkliche Verantwortungsübernahme der Bürger*innen ermöglichen (IP2).

Parallel dazu wird das Ungleichgewicht zwischen dem ehrenamtlichen Engagement und Honorierung von Verwaltung und Politik geäußert.

„Die Bürgerschaft darf Ideen einbringen, sie darf unterstützen, mitgehen, sie darf das eine oder andere übernehmen, sie dürfen auch die Hauptmotoren sein, dass etwas passiert, aber die, die es bezahlt bekommen, sind die, die die Förderung organisieren müssen, die Rahmenbedingungen checken müssen.“ (IP10)

Ein weiteres Beispiel zeigt einen Arbeitskreis, der sich in Richtung einer Verantwortungsgemeinschaft entwickelt. Zunächst wird auf ein Signal des Bürgermeisters gewartet, bis selbstständig weiter agiert und gearbeitet wird. Für die Mitglieder des Arbeitskreises ist es wichtig, wie weit der Bürgermeister ihre Interessen unterstützt, sie selbstverantwortlich agieren lässt und sie als Verantwortungsgemeinschaft sieht. Die Übernahme der Verantwortung muss den Bürger*innen hier bewusst sein, ansonsten schrecken sie vor Entscheidungen zurück oder verhalten sich abwartend (IP6).

Auf einer abstrakteren Ebene wird die Dorfgemeinschaft als eine Verantwortungsgemeinschaft angesehen, zu der im Rahmen der Dorfentwicklung auch die Planer*innen, die Gemeinde und das zuständige Amt für regionale Landesentwicklung gehören (IP2). Differenziert wird anschließend nach der jeweiligen Perspektive. Es kann kleinere Verantwortungsgemeinschaften geben, die sich projektbezogen etabliert haben und sich aus dem „Pool der Verantwortungsübernehmern“ der übergeordneten Verantwortungsgemeinschaft speisen (IP2). Auch andere IP sprechen von einem „Pool an Menschen“, der sich aus der Dorfentwicklung herausbildet und auch im Anschluss an die Förderungsmaßnahme bestehen bleibt. Die Gemeinde nutzt bei Bedarf diese Vernetzung und lässt die Personen zu bestimmten Themen Stellung beziehen (IP8/9). Die Bedeutung

dessen zeigt sich, wenn etwas Erfolgreiches von vielen mitentschieden und umgesetzt wurde.

„[...] dann erkennen sich viele darin wieder und fühlen sich verbunden. Die Akzeptanz ist einfach riesengroß, als wenn drei Leute am Tisch entschieden haben, so machen wir es jetzt.“ (IP8)

Um Verantwortungsgemeinschaften aufrecht zu erhalten, braucht es zum einen „Meinungsbildner, die sich den Hut aufsetzen“ und sich auch im Prozess neu hervortun (IP2), gleichzeitig kann für die Zukunft auch über neue Denkmodelle, wie ein Budget für Verantwortungsgemeinschaft, nachgedacht werden (IP2).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

Verantwortungsgemeinschaften wurden direkt nur von der FG2 thematisiert in Bezug auf ein neues Kultur- und Veranstaltungszentrum. Als positiv wird die Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen herausgestellt – konkret zwischen den Dorf- und Vereinsgemeinschaften, den Bürger*innen sowie der Gemeinde und den Ratsabgeordneten. Weiterhin wird ein Bedarf gesehen, (aufgrund der Schließung des einzigen großen Gasthofes) Bürger*innen in Versammlungen frühzeitig zu informieren, sie mit einzubeziehen und ihnen letztendlich auch zwischen mehreren Möglichkeiten eine Wahl zu lassen. Die baulichen Umsetzungsvarianten wurden von einem Architekten anschaulich aufbereitet und alle politischen Fraktionen hatten die Möglichkeit, sich öffentlich zu dem Projekt zu äußern. Die Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortungsübernahme wird als zentral angesehen, da die Gemeinde die finanziellen Mittel freigeben müsse, die Umsetzung aber im Dorf liege (FG2).

„Und das war schon ein Zusammenspiel von allen Beteiligten, dass man versucht hat, die Bürger frühzeitig mitzunehmen und zu informieren. Weil sonst immer Gerüchte entstehen, die teilweise aus der Luft gegriffen sind. Deshalb ist es wichtig, dass man frühzeitig informiert und die Leute

irgendwo abholt. Und das war jetzt zum Beispiel, [...] wie geht es nach der Schließung mit dem Niedersachsenhof weiter. [...] Und dann wurde auf der Bürgerversammlung vorgestellt, was die Dorf- und Vereinsgemeinschaft bisher gemacht hat, was für Optionen auf dem Tisch liegen, welche Gespräche geführt worden sind. Da war der Bürgermeister auch da, der es seitens der Gemeinde dargestellt hat, dass sie verstehen, dass da ein Bedarf ist in Otersen und sie es seitens der Gemeinde begleiten wollen. Dann konnten die örtlichen Ratsmitglieder da was zu sagen, jeder halt, wie er seine Meinung so sieht. Und wie jeder mit seiner Fraktion das so unterstützen möchte, umsetzen muss es letztendlich das Dorf, aber dass wir halt die finanziellen Mittel dafür freigeben aus der Gemeinde.“ (FG2)

Verantwortungsgemeinschaften sind vereinzelt schon ein Begriff für die IP und die Bürger*innen. Ihre Ausgestaltung wird eng im Zusammenhang mit den integrierten Akteur*innen und der stattfindenden Zusammenarbeit gesehen und dargelegt.

8.4.5 Rahmenbedingungen und Kompetenzen für die Übernahme von Verantwortung durch Bürger*innen

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Die Darstellung der Rahmenbedingungen für die Übernahme von Verantwortung durch Bürger*innen lehnt sich im Folgenden an die Unterteilung des Kategoriensystems an. Es folgt entsprechend eine Differenzierung zwischen den Kategorien Anerkennung und Wertschätzung, Motivation und Selbstbestimmung. Weitere Kategorien sind die Darstellung von Kompetenzen und Fortbildung, Freiwilligkeit und rechtlichem Rahmen sowie abschließend den bestehenden Grenzen.

Neun IP sprechen in Bezug auf die Frage nach wichtigen Aspekten für eine Übernahme von Verantwortung durch Bürger*innen von Anerkennung und Wertschätzung, die insbesondere

die Gemeinde ihnen entgegenbringen müsse (IP 1/2/4/6/7/10/11/13/14). Als konkrete Beispiele werden ausgeführt, Erfolge zu feiern, im Rat nicht gegen die Vorschläge der Bürger*innen zu stimmen, Aufgaben offiziell zu übertragen oder ein kleines eigenes Budget zur Verfügung zu stellen. Weiteres könnte die Einladung der Bürger*innen zu Evaluierungsgesprächen und ein verbales oder physisches Dankeschön umfassen oder auch einfach, als Bürgermeister*in Interesse zu signalisieren.

Sechs IP haben zudem das Thema Motivation herausgestellt (IP2/4/7/11/13/14). Es wird die Wichtigkeit artikuliert, Erfolge zu schaffen und diese zu feiern, da dies weiterführend zu neuen Ideen und Aktionen führe. Auch wird die aufgewendete Zeit benannt, die Beachtung finden sollte, ebenso wie die Notwendigkeit, den richtigen Ton bei der Motivation als Planer*in und das richtige Thema zu finden (IP4). Für die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, werden Freiräume als wichtig angesehen, so dass vor allem kreative Menschen mit ihren Ideen nicht eingeschränkt werden und das Anbieten von Unterstützung wird betont (IP2). Neben diesen Aspekten wird auch der Möglichkeit, Erfahrungen zu machen und dass Ideen angenommen sowie ernst genommen werden und sich anschließend in der Planung wiederfinden, Bedeutung beigemessen, da dies zu fortgeführtem Engagement führen würde (IP7). IP 14 stellt heraus, dass es das Gefühl brauche, verantwortlich zu sein, ohne dass es auf einen „einstürzen“ könne, wenn etwas nicht funktioniere.

„Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass die das Gefühl haben, die machen was für ihr Dorf, sind aber nicht so für verantwortlich, dass nachher alles auf die einstürzt, wenn es mal nicht funktioniert. Und dass ist dann einfach auch zu sagen, gut versucht es, ihr bekommt Unterstützung, ihr habt die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, ihr müsst es aber nicht.“ (IP14)

Weiterführend wird von ihnen die Unterstützung durch die Kommune als wichtig angesehen, ebenso wie die Möglichkeit, sich ausprobieren zu dürfen. Sie

sehen zudem eine Chance in projektorientierter und temporärer Verantwortungsübernahme im Kontrast zu Vereinsvorsitzen oder ähnlichem. IP 7 sieht eine finanzielle Entschädigung für die aktive Teilnahme an den Arbeitskreisen als Anreizmöglichkeit, um der aktuellen Entwicklung des Engagementverhaltens entgegenzuwirken (IP7).

Sieben IP gehen in ihrer Argumentation zudem auf das Thema Selbstbestimmung verknüpft mit Motivation ein. Hierfür wird die Notwendigkeit eines guten Klimas gesehen, in dem der Mut besteht, Verantwortung zu übernehmen und nicht abzuwarten bis die Gemeinde handelt (IP2). Zum einen wird hierbei die Kommune in der Rolle gesehen, den Bürger*innen zu signalisieren, dass sie sich aus bestimmten Prozessen zurückziehe und noch unterstützend zur Seite steht und dadurch eine Eigendynamik oder auch Spielwiese ermöglicht (IP6). Zum anderen wird herausgestellt, dass es Menschen braucht, die aktiv und selbstständig agieren und koordinieren oder „den Stein dann ins Rollen bringen“, wie Kümmerer oder Dorfmoderator*innen (IP13). Es wird von einem Selbsthilfeprozess gesprochen, der einsetze und in dem erlernt wird, miteinander zu kommunizieren und zu handeln, was zu Selbstbestimmung führe (IP1). Es wird die Hilfe zur Selbsthilfe genannt, die auch durch methodische Ansätze der Planer*innen in der Dorfentwicklung bestärkt werden könne (IP4).

„[...] ich finde ja auch immer, diese Hilfe zur Selbsthilfe ist ein ganz wichtiges Motto, also auch diese Leute in die Selbstständigkeit zu kriegen, als Planer nicht alles zu übernehmen, sondern sie schrittweise [dahinzubringen], das funktioniert nicht von hier auf gleich. Sondern wieder der methodische Ansatz, Projektgruppen tragen sich selbstständig, versuchen erstmal, so weit wie möglich selbst zu kommen.“ (IP4)

Die Dorfentwicklung wird in diesem Zusammenhang auch als Chance begriffen, bei der schon im Zuge der Bewerbung Engagement und Eigeninitiative geweckt wird (IP6) und Menschen im weiteren Prozess in ihrer Selbstständigkeit gefördert und aufgebaut werden können.

Hilfe zur Selbsthilfe wird als Ziel angesehen, um die Menschen in ihrer Selbstständigkeit zu fördern - gestützt durch die Planer*innen, die den Projektgruppen helfen sich zu organisieren bis diese sich selbstständig tragen können (IP4).

Qualifizierung spielt für viele Planer*innen eine zentrale Rolle bei der Frage, welche Kompetenzen die Bürger*innen brauchen, um Verantwortung übernehmen zu können. Qualifizierungsbedarf wird gesehen, um die Dorfentwicklungsprozesse in die Hände der Bürger*innen zu legen, einhergehend mit dem Anstoßen und Umsetzen von Projekten (IP3). Auch brauche es bestimmte Fähigkeiten bei der Antragsstellung für Projekte, wie Fachwissen und Vorstellungskraft, wie es mal aussehen soll, und die Einschätzung des Vergaberechts (IP5). Auch im Prozess selbst werden zudem Kompetenzen erlernt, wie Kommunikation und selbstständiges Handeln (IP1). Weiter bräuchte es Personen mit bestimmten Kompetenzen (wie Bürgermeister*innen oder andere angesehenen Personen), bei denen „die Fäden zusammenlaufen“, die eine Ansprechperson darstellen und von denen sich andere mitgenommen fühlen (IP8/9). Als Planer*in sei es zudem wichtig zu schauen, wer von den beteiligten Personen geeignete Führungsqualitäten hat, so dass diese Person beispielsweise Zuständigkeiten an geeignete Personen verteilen kann (IP12). Entsprechend sollten die Fähigkeiten der verschiedenen Beteiligten herausgestellt und geeignete Personen während des Dorfentwicklungsprozess aufgebaut werden, um letztendlich das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein zu fördern (IP13).

„Also, wenn man solche Leute von vornherein hat oder die im Prozess aufbaut, dann funktioniert es, glaube ich, gut. Und das ist so ein Erfolgsfaktor, glaube ich, den man halt aufbauen muss. Diese Leute zu schulen und als Dorfmoderatoren und dieses Selbstverständnis oder dieses Selbstbewusstsein, dann ich bin zwar nicht Ortsbürgermeister, aber ich darf trotzdem die Leute zusammenbringen und das muss dann halt von oben auch akzeptiert werden und von unten unterstützt.“ (IP13)

10 IP gehen zudem auf den Ansatz der Dorfmoderation in Niedersachsen ein. Er wird von allen als gute Chance der Weiterbildung für Dorfbewohner*innen angesehen, die Anmeldungen dafür sind jedoch noch gering. Etwaige Grenzen der Dorfmoderation werden darin gesehen, dass die Moderator*innen nicht die gleiche Neutralität wie Planer*innen hätten und es für sie schwieriger sei „wem auf die Füße zu treten“ (IP8/9). Auch wird aufgeführt, dass vor allem auf Seiten der Räte noch Argwohn bestünde, wie die genaue Rollenverteilung aussehe (IP1). Auch die finanzielle Honorierung der Dorfmoderatoren*innen wird von IP 12 in Bezug auf die Anreizsetzung thematisiert.

Da die Dorfentwicklung ein informelles Planungsinstrument ist, geht dies schlussfolgernd rechtlich mit einer Freiwilligkeit einher (IP2). Gleichzeitig wird auch von zwei IP die Wichtigkeit der Freiwilligkeit für Bürger*innen in den Vordergrund gehoben. Die Freiheit, sich auch wieder aus einer Verantwortung zurück ziehen zu dürfen, sollte als Möglichkeit bestehen und nicht als Zwang gesehen werden (13/14). Es wird erklärend hinzugefügt, dass es keine Sanktionen für die Bürger*innen geben dürfe, damit Bürger*innen keine Angst hätten, dass etwas auf sie einstürzen könne oder eine Überforderung bestehe (IP13/14).

Bezüglich der Übernahme von Verantwortung werden von den Planer*innen auch Grenzen gesehen. Zum einen bestehen diese bei der Erreichung bestimmter Zielgruppen wie jungen Familien, vor allem wenn beide Erziehungsberechtigten berufstätig sind (IP4). Zum anderen bestehen auch bei sehr aktiven Personen wie den Bürgermeister*innen (IP5) oder den ausgebildeten Dorfmoderatoren*innen Belastungsgrenzen (IP4). Die Grenzen sollten respektiert werden, da es schwer ist, „das große Ganze“ umzusetzen, und in „kleineren Schritten“ gedacht werden müsse (IP1). Grenzen werden zudem bezüglich der verschiedenen Personen und ihrer Positionen gesehen, in Bezug darauf, ob diese eine formelle oder informelle Verantwortungsposition innehätten und ob entsprechend eine Vergütung bestünde (IP14). Das Erkennen von Grenzen - was kann Eh-

renamt leisten und was nicht – würde einen weiteren Lernprozess darstellen (IP4). Zudem sind die Grenzen abhängig vom politischen Willen der Gemeinde und den Ressourcen der Akteur*innen (IP4).

Rahmenbedingungen und Kompetenzen für die Übernahme von Verantwortung durch die Bürger*innen aus Sicht der Fokusgruppen

In Bezug auf die Übernahme von Verantwortung thematisiert die FG2 Anerkennung und Wertschätzung, die ihrer Ansicht nach eng gekoppelt sind mit dem Entgegenbringen von Vertrauen. Am Beispiel der Jugendeinbindung wird die Notwendigkeit von Vertrauen in die Eigeninitiative angesprochen, bei gleichzeitiger Bereitstellung von Unterstützung bei Bedarf.

Auch das Thema Motivation wird von der FG2 aufgegriffen. Ihrer Meinung nach steigt die Motivation der Bürger*innen, wenn neue Ideen ausprobiert und umgesetzt werden können und die Gemeinde wie auch die Bürger*innen, die schon lange aktiv dabei sind, diese positiv unterstützen und es letztendlich Erfolg hat. Die Wichtigkeit „selbst Hand anzulegen“ wird betont (FG2). Interesse wird laut FG2 besonders durch konkrete Projekte geweckt, die zeitlich überschaubar sind und über eine direkte Betroffenheit die Akteur*innen motivieren. Erfolge, die zu Bestätigung, Freude und Spaß führen, sind ein Mittel, Motivation aufrecht zu erhalten. Erfolge dienen den weiteren Projekten, dem Ort und führen zudem zu mehr Engagement.

Auch eine Auseinandersetzung mit dem wirklich Notwendigen und Wichtigem für sich und das Dorf wird hervorgehoben. Die Bereitschaft, Zeit zu investieren, würde somit gesteigert werden. Das Thema Selbstbestimmung erhält besondere Aufmerksamkeit, wenn es um die Einbindung und Mitwirkung von Jugendlichen geht. Sie müssen Fehler machen dürfen, um langfristig aktiv am Dorfleben teilzuhaben (FG2).

In der FG2 wird die freiwillige Mitarbeit bei der Umsetzung von Projekten als zentral angesehen. Es

brauche nicht nur ein „Alphatier“, das Projekte anstößt, sondern auch Freiwillige, die diese langfristig mittragen. Gleichzeitig wird in der Freiwilligkeit das Problem der Unverbindlichkeit thematisiert. Menschen langfristig zu begeistern und zu motivieren, wird teilweise als eine große Herausforderung gesehen und stellt die Planer*innen vor eine große Aufgabe. Auch werden nicht immer geeignete Personen für bestimmte Aufgabenbereiche gefunden oder sie wollen keine verantwortungsvollen Aufgaben übernehmen. Insbesondere für die Koordination des Ehrenamtes brauche es geeignete Personen, die diese Tätigkeiten achten und wertschätzen und nach außen vertreten (FG2). Ebenso braucht es dies bei der Vereinsführung, da es hier unter anderem um hohe Baugelder und Verschuldung gehen kann. Auch für das Stellen von Förderanträgen werden bestimmte Kenntnisse benötigt und es wird ein Vorteil darin gesehen, wenn auf vorherrschende gute Strukturen zurückgegriffen werden kann. In Betrachtung der notwendigen Fähigkeiten der Akteur*innen wird auch die Jugend wieder thematisiert. Sie sollte langsam an Aufgaben wie Kassenwart*in im Verein, Anleiter*in im Sport etc. herangeführt werden. Sie sollten entsprechende Kenntnisse vermittelt bekommen, um sie aktiv ins Dorfleben zu integrieren und sie nicht zu verschrecken (FG2).

Grenzen des Ehrenamts und der Verantwortungsübernahme aus Sicht der Bürger*innen

Grenzen, die bei der Übernahme von Verantwortung sichtbar werden, werden von beiden Fokusgruppen angesprochen. Eine Differenz wird zwischen einer zu Beginn gezeigten, großen Teilnahmebereitschaft gesehen und schlussendlich weniger Aktiven, die mitwirken und Zeit investieren. Im gleichen Zuge wird darauf aufmerksam gemacht, dass es „immer dieselben Leute“ seien, die Verantwortung übernehmen (FG1). Ähnliche Phänomene sieht die FG2 und versucht diese mit der Angst vor Verantwortung und eigenständigem Treffen von Entscheidungen zu erklären (FG2). Ebenso wird die Problematik angesprochen, dass ältere Engagierte nach und nach Verantwortung an Jüngere abgeben sollten

(FG1), sich neuen Ideen gegenüber öffnen müssten und ihre Argumentation „das haben wir schon immer so gemacht“ überdenken und ablegen sollten (FG2). Ein ähnliches Szenario zeigt sich in der „speziellen Situation“ in Otersen, wo besonders viele Bewohner*innen sehr aktiv sind und große Projekte umsetzen, gleichzeitig aber wenig Spielraum für andere Meinungen und neue Ansätze zulassen (FG2). Auf der Situation aufbauend wird auch die Frage debattiert, wann Ehrenamt einer Sättigung unterliegt. Einige aktive Personen vor Ort möchten immer neue Projekte initiieren, andere sehen dies als problematisch, da die bestehenden Projekte ebenfalls weitergeführt und betreut werden müssen (FG2).

Schwierigkeiten und Probleme ergeben sich auch, wenn einzelne Dorfbewohner*innen die Entwicklungen im Ort boykottieren aufgrund der direkten Betroffenheit, z.B. dass in Sichtweite neu gebaut wird. Sie zu überzeugen und in die Planung einzubeziehen und mögliche Alternativen aufzuzeigen, kostet sehr viel Energie und bedarf eines großen Aufwands (FG1). Hier werden zudem Barrieren, die noch „in den Köpfen“ einzelner Dorfbewohner*innen vorherrschen, thematisiert in Bezug auf die Gestaltung des Vereinslebens und die Bereitschaft, Vereine aus Dörfern zusammenzulegen (FG2). Auch werden Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten in der Umsetzung von Projekten genannt, wenn die regionalen Politiker*innen mit den politischen Akteur*innen in den Orten sich „nicht grün“ sind (FG2), sowie auch der Zeitraum, den die Verwaltung und das Amt für regionale Landesentwicklung von der Genehmigung bis zur Umsetzung brauchen. Dies sei vielen Bürger*innen nur schwer begreiflich zu machen (FG1).

Die Themen bürgerschaftliches Engagement und bestehende Grenzen wurden von den Bürger*innen hervorgehoben. Es bestand ein großer Gesprächsbedarf, der von der Wichtigkeit zeugt, Grenzen in der Mitverantwortung der Dorfentwicklung zu thematisieren und zu achten.

8.4.6 Die Wahrnehmung von Verantwortung

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Ableitend soll die Einschätzung von der Übernahme von Verantwortung und dazu mögliche Definitionen von Verantwortung aus Sicht der Planer*innen aufgegriffen werden. Den Einschätzungen liegt oftmals zugrunde, dass unterschiedliche Verantwortlichkeiten je nach Akteur*innengruppe gesehen werden.

„[...] die formelle Verantwortung hat die Verwaltung, die Politik auch, die nachher dann auch die Projekte bei Infrastrukturmaßnahmen beschließen muss, auch im Haushaltsplan. [...] Wobei man den Verantwortungsprozess ganz klar davon trennen muss, was hat die Verwaltung für Verantwortung und was haben die Bürgerinnen und Bürger für Verantwortung.“ (IP14)

Mit Blick auf das Zitat verdeutlichen sich unterschiedliche Verantwortlichkeiten je nach Position oder Aufgabe, die eine Person innehat. Vier Planer*innen stellen heraus, dass die größte Verantwortung bei den politisch handelnden Personen läge (IP10) und die Bürgermeister*innen die Aufgabe hätten, verantwortungsvoll zum Wohle des Dorfes zu agieren (IP1), ihnen hierbei partiell jedoch zu viel Verantwortung zukommen würde (IP5). Von zwei IP wird eine Kopplung zwischen der Finanzkraft der Kommune und der Motivation und Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme gesehen (IP4/12) – unter anderem ob Grundleistungen bereitgestellt werden können oder auch Zusatzleistungen gewährt werden (IP12).

Anknüpfend an diese formelle Verantwortung sehen die Akteur*innen die Möglichkeit, Bürger*innen mit einzubinden (IP10), sie als Träger*innen der lokalen Entwicklung (IP3) mit in die Verantwortung zu bringen. Es wird die Bedingung formuliert, dass die Kommune sich demgegenüber aufgeschlossen zeigt (IP4) und den Bürger*innen signalisiert, dass sie bereit sei, Verantwortung auch abzugeben (IP2). Eine IP lässt einfließen, dass auch die Wirtschaft in die-

sem Zuge Verantwortung übernehmen könnte (IP4). Weiteren Einschätzungen liegt die Auffassung zu Grunde, dass Verantwortungsübernahme durch die Bürger*innen erstmal wieder erlernt werden müsse (IP2/4). Es sollte von ihnen nicht darauf gehofft werden, dass etwaige Bürgermeister*innen oder andere Personen etwas regeln. Eine IP betont, dass zudem junge Menschen immer weniger Verantwortung übernehmen würden, vor allem in Bezug auf die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben - dies spiegelt sich auch in der Dorfentwicklung wider (IP5). Weitere IP stellen heraus, dass die Mehrheit der Dorfbewohner*innen keine Verantwortung für das Leben im Dorf übernehmen - nicht einmal vor Ort einkaufen - würde (IP11) und nur fünf Prozent der Einwohner*innen, die zumeist dieselben sind, Verantwortung übernehmen (IP5). Andere IP schätzen die Lage differenzierter ein und stellen heraus, dass „manche mehr andere weniger“ Verantwortung übernehmen, das Zusammenspiel der verschiedenen Gruppen dennoch gut funktionieren würde (IP4). Auch sprechen sie davon, dass viele Bürger*innen sich ihrer Verantwortung nicht bewusst seien, sich diese erst im Zusammenschluss der Dörfer zu einer Dorfregion und der Zusammenarbeit entwickeln würde (IP6) und darüber eine Wirkungs- und Entscheidungsebene entdeckt werden könne (IP3).

„Interviewerin: Ist es schon im Verständnis vieler Bürger angekommen, dass sie eine Mitverantwortung haben für ihr Leben im Dorf?“

P12: Sagen wir mal so, Dörfer wo wir Dorferneuerungen durchgeführt haben, wo wir sie kommunizieren, da ist das einfach so. Wir haben in Nordfriesland weit über 150 Dörfer drin, noch lange nicht alle, aber die, die es sind, da ist das so. Das kann man schon sagen ist da so.“ (IP12)

In Konsequenz aus dieser Aussage verdeutlicht sich für die Planer*in ein Zusammenspiel der Durchführung von Dorfentwicklungsprozessen und einer gelebten Mitverantwortung in den Orten, wenn diese von ihnen kommuniziert wird. Die Dorfebene sei hier auch eine überschaubare Handlungsebene, auf der

es für Bürger*innen theoretisch einfacher sei, Verantwortung zu übernehmen (IP4). Zudem wird die Verantwortung in Bezug auf den Dorfentwicklungsprozess als absehbar eingeschätzt, da es vor allem darum ginge, sich einzubringen und Sprecher*innen für die Arbeitsgruppen zu wählen (IP5). Auch fließt mit ein, dass dort, wo Menschen Verantwortung übernahmen, Ängste verloren gingen (IP7). Es verdeutlicht sich der wahrgenommene Handlungsbedarf, das Thema Verantwortungsbewusstsein und gemeinsame Verantwortungsübernahme verstärkt in der Dorfentwicklung zu thematisieren.

Anschließend an diese verschiedenen Einschätzungen zur Mitverantwortung stellt sich aus Sicht der Planer*innen die Frage nach möglichen Definitionen von Verantwortung hierzu. Über die Hälfte der IP beziehen sich auf die Mitverantwortung, die die Bürger*innen in den Dörfern für ihr Lebensumfeld und die Gestaltung haben (IP1/2/3/4/6/11/12/13/14).

„Es geht letztendlich um diese Verantwortung, für sein Dorf, die Dorfregion Verantwortung übernehmen und gute Sachen umzusetzen.“ (IP4)

„Ja also die Verantwortung tatsächlich selber, selber Hand an zu legen, also als Bürger selber Hand anzulegen und wirklich selber die Möglichkeit zu haben, wenn ich hier eben möchte und es mir gut gehen soll, dann muss ich selber was dafür tun.“ (IP6)

„Verantwortung zu haben über den Raum, den ich belebe. Verantwortung zu haben gegenüber Menschen, die diesen Raum mitbeleben.“ (IP12)

IP1 betont, dass jede im Dorf lebende Person Verantwortung übernehmen und sich mit ihren möglichen Mitteln einbringen müsse, anstelle zu sagen „alles ist schlecht“ (IP1). Es wird die Eigenverantwortung ebenso gesehen wie „[...] dass oft ein Bewusstsein vorhanden ist und irgendwann der Punkt kommt, wo es wahrgenommen wird und dann Handlungen, wie das Anstoßen von Projekten [...]“ folgen (IP1). Eine weitere IP spricht von der eigenen „Verantwortungs-

sphäre“, die jede in der Dorfentwicklung beteiligte Person hätte und die ein stetiger Diskussionspunkt sei (IP3). Ebenso differenziert IP2 Verantwortung in verschiedene Größenordnungen und Ebenen.

„Und dann muss man auch sagen wo fängt Verantwortung an und wo hört sie auf? Wir denken bei Verantwortungsübernahme immer an das Große erstmal. Da ist ein Problem, wer übernimmt die Verantwortung für die Lösung und, dass die Lösung funktioniert. Und das ist immer so overhead denken. Und der Nachbarschaftsladen [...], da gibt es ein Netzwerk von Leuten, die quasi im Dorfladen verkaufen und Kasse machen oder beraten auch da. Da hat jeder in dem Moment Verantwortung, für das Beratungsgespräch und Verantwortung, dass die Kasse stimmt am Ende. Das ist auch Verantwortungsübernahme. Und da geht es ganz ganz weit runter [...] das ist auch Verantwortung übernehmen.“ (IP2)

Neben diesen genannten Aussagen zum Verständnis von Verantwortung und Verantwortungsübernahme der Bürger*innen stellen einige IP auch sich selbst als Planer*innen und die eigene Verantwortung in den Fokus ihrer Überlegungen. IP 11 stellt heraus, dass die Bürger*innen selbst für ihre Dorfentwicklung verantwortlich seien und die Rolle der Planer*innen in der Unterstützung von außen liege. Die Planer*innen werden von IP 8 und 9 besonders für die Beratung und die Gestaltung des Förderprogrammrahmens als verantwortlich gesehen. Neben dieser formellen Verantwortung in Bezug auf ihren beruflichen Auftrag wird auch ein informeller Aspekt gesehen.

„der Planer [...] hat ja auch eine gewisse informelle Verantwortung, in dem Sinne dass er versucht, die Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen, dass die auch Verantwortung übernehmen halt für gewisse Sachen, für kleinere Projekte, für Strukturen, die die vielleicht aufbauen.“ (IP14)

Hier anschließend sei es auch in der Verantwortung der Planer*innen, geeignete Beispiele der Verantwortungsübernahme zur Dorfentwicklung

anzuführen und diese zu visualisieren, um einen niederschweligen Zugang für die Bürger*innen zu schaffen (IP12).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

Verantwortung bedeutet für die FG1 unter anderem Mitmenschen wie Nachbar*innen wahrzunehmen, aufeinander Rücksicht zu nehmen, sich gegenseitig zu unterstützen und aufeinander zu achten (FG1). Verantwortung wird auch in der Organisation und Mitgestaltung von dem Bürgerbus, dem Senior*innenbeirat, der Jugendpflege, den Dorfvereinen und dem Gemeinderat gesehen. In Bezug auf die Entwicklung des Dorfentwicklungsprozesses sehen sich die Beteiligten der Diskussionsrunde besonders in der Verantwortung, den Bürger*innen zuzuhören und sie ernst zu nehmen mit ihren Belangen, Wünschen und Ideen. Begründen lässt sich dies mit den Rollen der Teilnehmenden als Gemeinderatsmitglieder, Ortsbürgermeister*innen, Kümmerer*innen oder ihrer Stellung im ehrenamtlichen Engagement (FG1). Durch die Besetzung und Ausführung des jeweiligen Amtes, sehen sie eine Verpflichtung, Verantwortung für das Dorf und die Gemeinschaft zu übernehmen solange sie dieses innehaben (FG1).

In der FG2 wird Verantwortung als Verantwortung für das eigene Handeln, auch gegenüber anderer Dorfbewohner*innen im Ort, definiert. Das Kümmeren, um die Nachbar*innen, die Nachbarskinder und das Schaffen eines gemeinsamen Miteinanders wird hierdurch herausgestellt (FG2). Das Dorfleben wird im Kontrast zum Stadtleben als nicht so anonym gesehen, sondern eher als Zweckgemeinschaft, in der sich unterstützt wird (FG2). Es wird zudem eine Verantwortung für die kommende Generation hervorgehoben und dahingehend argumentiert, dass das Dorfleben erhalten bleiben müsse. Beispielhaft wird das Vereinsleben hervorgehoben, um das Treffen der Gemeinschaft dort weiterhin zu ermöglichen (FG2).

8.5 Auswertung Ansprache und Motivation zu Verantwortungsübernahme

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Aufbauend auf den dargestellten Einschätzungen und Wahrnehmungen von Verantwortung und den bestehenden Strukturen zu Verantwortungsübernahme wurde in den Interviews nach einer möglichen Ansprache und Motivation der Akteur*innen bezüglich der Übernahme von Verantwortung gefragt. Acht Planer*innen benannten konkrete Methoden und Techniken (IP2/3/4/5/6/7/13/14).

- Gute Praxisbeispiele plastisch aufzeigen
- Dorfmoderation kann zu Verantwortungsaktivierung führen
- Unterstützung anbieten als Planer*in und als Gemeinde
- Bewusstseinsarbeit leisten als Planer*in
- Aktive Einbindung der Jugend – weckt Bewusstsein für Verantwortung
- Politische Vertreter*innen von Anfang an einbeziehen
- Leute begeistern
- Vorhandenes im Ort nutzen
- Keinem dem Platz streitig machen
- Verschiedene Möglichkeiten aufzeigen
- Freiwilligkeit betonen
- Eigene Verantwortung regelmäßig in Erinnerung rufen

Ebenso wird auch von einigen IP die Gemeinde in der Rolle gesehen, aktivierend zu wirken. Hierbei werden das Geben und Nehmen zwischen den Akteur*innen betont ebenso wie das Schaffen von Freiräumen als Gemeinde. Sie sollte den Bürger*innen Wertschätzung und Achtsamkeit entgegenbringen (IP2/14). Weiterhin wird herausgestellt, dass vor allem das Zusammenspiel einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme oftmals noch erarbeitet werden müsse und Methoden hierbei nur ein Angebot der Planer*innen darstellen können (IP4).

„Methoden können wir immer anbieten, wenn sie nicht angenommen werden wollen, können wir uns da auch zu Tode moderieren und so eine Veranstaltung durchführen. Wir sind manchmal erstaunt, manchmal läuft es, da kommt man mit einer Methode an, die wird begeistert aufgenommen und dann macht man es ähnlich, angepasst bei jemanden anderen und null Resonanz, also wenig.“ (IP4)

Ebenso wird dargestellt, dass erfolgreiche Projekte eine aktivierende Wirkung haben und die Beteiligten dann weiter machen wollen (IP7). Die Dorfentwicklung wird zudem nicht als notwendig für Verantwortungsübernahme angesehen, aber als Katalysator hierfür wahrgenommen, denn es brauche ein Thema, das die Leute interessiert (IP3).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

Auch in beiden Fokusgruppendifkussionen wurde die Ansprache und Aktivierung der Bewohner*innen, sich für die Gestaltung des Dorflebens einzusetzen und sich in den Dorfentwicklungsprozess einzubringen, debattiert. Herauszustellen sind temporäre Projekte mit einem absehbaren Ende des Engagements. Auch das Interesse zu wecken wird benannt, beispielsweise durch den Austausch bei Aktionen und einem anschließenden gemeinsamen Abschluss, wodurch neue Ideen entstehen können (FG1). Es wird herausgestellt, wie wichtig es ist, Personen direkt anzusprechen (und nicht nur das Internet und die Zeitung zu nutzen), mit einem konkreten Termin aufzuwarten und die Personen beispielsweise aufzufordern, beim nächsten Treffen weitere Interessierte mitzubringen. Hierbei kann ein „Memory Effekt“ in der Aktivierung von Bürger*innen entstehen (FG1). Es wird der Vorteil in parallel oder zuvor stattfindenden anderen Förderprogrammen gesehen, durch die möglicherweise Bürger*innen schon aktiviert wurden und sich jetzt wieder einbringen würden (FG1). Auch in der FG2 wird die direkte Ansprache als wichtig erachtet, insbesondere wenn bestimmte Kompetenzen für Aufgaben relevant sind. Erfolge von anderen werden als Motivation gesehen,

sich selbst einzubringen und es wird das Entstehen von Eigendynamiken, durch eine eigene Idee weitere Bürger*innen zu begeistern und „ins Boot geholt“ zu holen, herausgestellt (FG2).

In der FG1 wurden niederschwellige Zugänge thematisiert, z.B. die Sensibilisierung der Bewohner*innen, wie sie schon in ihrem Alltag etwas für das Dorf tun können (FG1). Die Möglichkeit in etwas „hineinzuschnuppern“ und zu schauen, wie es funktioniert, wird ebenso wie die Abhängigkeit von Anerkennung für die langfristige Aktivierung genannt (FG1). Herausgestellt wird zudem, dass es „mehr Trubel“ um Projekte und Erfolge geben müsste, um eine größere Aufmerksamkeit in den Orten zu erlangen und dadurch Bürger*innen nicht nur zu informieren, sondern auch dazu zu motivieren sich einzubringen (FG1).

8.6 Auswertung Verstedtigung

Auswertung der Expert*inneninterviews: Die Sichtweise der Planer*innen

Neun der IP äußern sich im Rahmen der Interviews zudem zum Thema Verstedtigung von Strukturen, die aus der Dorfentwicklung heraus entstanden sind. Dorfvereine werden als Zusammenschluss genannt, der oftmals auch die Förderperiode überdauere, ebenso wie Planungsbeiräte immer öfter erhalten werden (IP6). Der weiterführende Austausch der Planungsbeiräte spiegelt sich auch in den Wünschen aus der Evaluierung wider (IP6). Weiterführend können auch Arbeitskreise oder Projektgruppen über die Förderperiode hinaus bestehen – teilweise bilden sie neue Bürger*innenvereine – und werden anschließend oftmals in den Gemeinderäten weiter eingebunden und von den Ausschüssen angehört (IP8/9). Als weitere Möglichkeit der Verstedtigung wird das Schaffen einer Personalstelle in der Kommune, z.B. im Bauamt, die für Dorfentwicklungsaufgaben zuständig ist, genannt (IP8/9). Verstedtigung bestehe zudem oftmals bei großen Leuchtturmprojekten aufgrund der großen Eigendynamik und des Stolzes, dies entwickelt zu haben. Hier sei das Eigeninteresse der Bürger*innen oft sehr hoch, es

langfristig weiterzuführen (IP8/9). IP 13 und 14 stellen heraus, dass Verstedtigung bisher nicht offiziell gefordert sei, sie es aber als sinnvoll erachten, die Bürger*innen zu fragen, wie sie sich die Struktur nach Auslaufen der Förderperiode vorstellen würden, um diese Gedanken rechtzeitig anstoßen zu können. Zudem überlegen sie, ob es sinnvoll wäre, den Bürger*innen Vorschläge aufzuzeigen und inwieweit eine Verstedtigung schon in der Umsetzungsphase mitgedacht werden muss. Weiterhin sehen sie aber auch in interaktiven Onlineplattformen oder aktiven WhatsApp-Gruppen, die entstehen können, Möglichkeiten der zukünftigen Verstedtigung (IP13/14).

„Also hauptsächlich ist es eben der Arbeitskreis, der dann am Leben bleibt, projektorientiert die Projekte, wenn man sagt, da treffen wir uns. Gestern hatten wir auch ein Gespräch, da ging es genau auch um die Vereinsgründung, ob sich ein Verein gründen soll, der quasi die Dorfentwicklung am Laufen halten, naja am Laufen halten vielleicht nicht, aber der halt weiter Ideen reinbringt, wo man dann weiter gemeinsam diskutiert.“ (IP14)

„Es gibt auch niederschwelliger Möglichkeiten, wie zum Beispiel, das ist dann zwar auch wieder projektorientiert, aber dass sich aus dem Arbeitskreis heraus, hat sich eine WhatsApp Gruppe gegründet und seitdem wird alles, was irgendwie geplant werden muss, über diese Gruppe gemacht. Also das ist dann quasi ein digitaler Arbeitskreis und da gibt es natürlich auch Möglichkeiten.“ (IP13)

Ein weiterer wichtiger Punkt bezüglich der Verstedtigung wird in der Selbstständigkeit gesehen, die im Prozess erlernt werden müsse (IP1/7/12). Konkret wird das selbstständige Initiieren von Projekten, das Entdecken der eigenen Potenziale und die Qualifizierung, z.B. als Dorfmoderator*in, benannt. Es wird von verschiedenen IP die Wichtigkeit betont, dass eine Person mit Führungsqualität selbst auch die Initiative ergreift. Auch der Anstoß von außen durch die Planer*innen wird hier aufgegriffen.

Planer*innen können diese benötigten Personen während des Prozesses identifizieren und ansprechen oder auch langsam aufbauen und qualifizieren (IP13/14). Die Strukturen müssen dabei oft extern angestoßen und so lange begleitet werden, bis sie sich etabliert haben (IP13/14). Es gibt für das Thema Verstetigung zudem keine festen Einflussgrößen oder Parameter, sondern eine **freiwillige Fortsetzung, in der sich über die Förderperiode eine gute Zusammenarbeit entwickelt hat und diese erhalten und fortgeführt werden soll (IP 8/9).** Erfolgreich sind langfristige Zusammenarbeit und die Etablierung von Strukturen, wenn Konflikte rechtzeitig angesprochen und thematisiert werden (IP12) und Ziele bestehen, so dass allen Beteiligten bewusst ist, was zu tun ist (IP8/9).

Auswertung der Fokusgruppen: Die Sichtweise der Bürger*innen

Verstetigung wird in dem Austausch der FG1 vor allem in dem Erhalt eines Arbeitskreises aus einer vorherigen Dorferneuerung thematisiert, die bis heute „am Ball geblieben“ seien (FG1). Ebenso hat sich in einem weiteren Entwicklungsprogramm ein Senior*innenbeirat etabliert, der ebenfalls über den Prozess hinaus Bestand hat (FG1). In der Diskussion der FG1 wird die Verstetigung von entstehenden Eigendynamiken in der Umsetzung von jährlichen Aktionen, wie gemeinsames Müllsammeln, Bäume pflanzen o.ä., dargelegt (FG1). Verstetigung wird in der zukünftigen Zusammenarbeit oder auch Zusammenlegung von Vereinen gesehen (FG1), während Potenziale der Langfristigkeit und Verstetigung in der FG2 in der Schaffung eines gemeinsamen neuen Kultur- und Veranstaltungszentrums gesehen werden (FG2). Konkret in Bezug auf die Dorfentwicklung wird der Wunsch geäußert, dass die Strategierunde auch über den Zeitraum der Förderung hinaus Bestand haben sollte, dies aber noch nicht absehbar sei und von dem Erfolg der Zusammenarbeit abhängig angesehen werde (FG2). Verstetigung steht für die FG2 in einem engen Zusammenhang mit den erreichten Erfolgen und einer treibenden Kraft (z.B. von politischer Seite aus der/die Ortsvorsteher*in), die die Zusammenarbeit aufrechterhält (FG2).

8.7 Reflektion über die Perspektiven von IP und FG

Die Expert*inneninterviews mit den Planer*innen stellen den Kern der empirischen Forschung dar und werden durch die Alltagsperspektive der Bürger*innen erweitert. Mit Blick auf die Auswertung zeigt sich, dass sich die Aussagen in Teilen ergänzen. Sowohl die Planer*innen als auch die Teilnehmer*innen der Fokusgruppen stellen die Bedeutung der Gemeinschaft vor Ort sowie die Stärkung dieser und die Gestaltung des Umfeldes heraus. Ebenso zeigt sich aus Sicht der Planer*innen und der Fokusgruppenteilnehmer*innen eine grundlegend positive Wahrnehmung des Förderinstruments. Alle stellen die Beteiligung und die Interessen der vor Ort lebenden Menschen und die Gestaltung ihres Lebensraumes in den Mittelpunkt. Unterschiedliche Schwerpunkte zeigen sich hingegen bei bestehenden und wahrgenommenen Grenzen. Kritisch werden von den IP vor allem die formalen Vorgaben und Rahmenbedingungen gesehen, während die FG über die begrenzt vorhandenen, aber eingeforderten Ressourcen der im Prozess Engagierten debattieren. Weiterhin verdeutlicht sich die Fachperspektive der Planer*innen in einem differenzierten Bild von ihrem eigenen Rollenverständnis sowie das der anderen Akteur*innen, während dies in den Fokusgruppen eher ein Randthema bleibt.

In der Wahrnehmung von Verantwortung verdeutlicht sich, dass sowohl die Planer*innen wie auch die Bürger*innen eine differenzierte Einschätzung diesbezüglich darlegen. Die Planer*innen stellen heraus, dass die wirtschaftliche und formelle Verantwortung bei der Kommune und Verwaltung liege, diese jedoch die Bürger*innen in unterschiedlicher Intensität einbinden können. Die Bürger*innen stellen ihre Eigenermächtigung heraus, Veränderung mitgestalten zu wollen. Wie die Planer*innen, sehen auch die Bürger*innen eine Eigenverantwortung in der Gestaltung ihres Dorflebens. Gleichzeitig betonen sie jedoch klare Grenzen im schon bestehenden Engagement und in der Verantwortungszuschreibungen sich in der Dorfentwicklung einbringen zu sollen. Während die Bürger*innen ihre Verantwor-

tung in einen Zusammenhang mit ihrem Alltag und ihrem direkten Lebensumfeld stellen, können die Planer*innen einen neutralen Blick von außen einnehmen. Ihre Fachperspektive verdeutlicht sich auch in der Einschätzung der Rahmenbedingungen und Kompetenzen bei der Verantwortungsübernahme durch die Bürger*innen.

Grundsätzlich zeigen sich bei allen Planer*innen ähnliche Ansichten, die sich in Beispielen und konkreten Auslegungen ergänzen oder auch leicht unterscheiden. Es bestehen keine weitreichenden Gegensätze in den Auslegungen und Darstellungen. In den beiden Fokusgruppen verdeutlicht sich hingegen die Diversität der Dorfregionen. Während die FG1 die Einstellungen des Gemeinderates und der Kommune vertreten, war der Prozess in FG2 stark durch einen der Ortsteile und die dort sehr aktiven Bürger*innen dominiert. Ebenso werden beide Dorfregionen vom

politischen Konstrukt geprägt. In der Betrachtung der Dorfregionen als räumliche Einheiten der Förderung zeigt sich ihre Unterschiedlichkeit. In Bezug auf die theoretischen Überlegungen von Sinz (2018, S. 1979) verdeutlicht sich für die Dorfregionen, dass diese teilweise aufgrund funktionaler Beziehungen oder aufgrund ihrer Homogenität in dieser Form abgegrenzt wurden. In den Dorfregionen FG1 verbildlicht sich dies in der Zusammengehörigkeit mit gemeinsamem Stadtrecht als politisch homogene Einheit und in der FG2 als funktionaler Zusammenschluss der Randregionen von zwei Landkreisen (über eine Landkreisgrenze hinweg). In der FG1 verdeutlicht sich zudem in den Diskussionen das langfristige Zusammenarbeiten und sich gegenseitig einschätzen können. In der FG2 zeigen sich gleichzeitig Möglichkeiten und Unsicherheiten im Handeln und bezüglich einer möglichen Zusammenarbeit.

9 Analyse und Diskussion der Ergebnisse

Aufbauend auf der Auswertung werden in der folgenden Analyse der theoretische Hintergrund mit den empirischen Ergebnissen verknüpft. Hinsichtlich der Frage, wo der thematische Schwerpunkt des Förderprogramms liegt werden die Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen und die Bedeutung von Partizipation in der Dorfentwicklung dargelegt. Ableitend aus den aktuellen Entwicklungen werden die Wahrnehmung und eine Übernahme von Verantwortung sowie ein hier bestehender Handlungsbedarf aufgegriffen und umfassend erläutert. Die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der niedersächsischen Dorfentwicklung in Bezug auf die Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen, neuer lokaler Verantwortungsstrukturen und Planungsmethoden, wird anhand der Beantwortung der Forschungsfrage aufgezeigt. Unter Einbeziehung der Ansätze zur Ausgestaltung neuer lokaler Verantwortungsstrukturen werden Ergänzungen und Anpassungen des Dorfentwicklungsprozesses diskutiert. Daraus ergeben sich Implikationen und Empfehlungen für Planer*innen hinsichtlich der Ausgestaltung von Verantwortungsgemeinschaften und notwendiger Rahmenbedingungen.

9.1 Die Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen im Dorfentwicklungsprozess

Im Zuge der theoretischen Erläuterungen des Förderprogramms Dorfentwicklung hat sich gezeigt, dass die Bürger*innen (und ihr Sozialraum) (vgl. ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG 2018; MOSER ET AL. 2016; TIETZ ET AL. 2016) gegenwärtig im Mittelpunkt stehen. In der vorliegenden empirischen Forschung bestätigt sich dies, indem sich grundsätzliche Bestrebungen verdeutlichen die Bürger*innen einzubinden. In der konkreten Umsetzung stellt es sich jedoch differenziert dar. In der Betrachtung der thematischen Ausgestaltung des Förderprogramms und der Frage nach einer inhaltlichen Neuausrichtung hinsichtlich der Fokussierung auf die Gemeinschaft vor Ort zeigen sich die inter-

viewten Planer*innen (IP) überwiegend zufrieden mit den vielfältigen thematischen Möglichkeiten, die die Förderrichtlinie bietet. Gleichzeitig wird dargelegt, dass diese aus unterschiedlichen Gründen nicht immer genutzt werden. Als Gründe benennen sie die finanziellen Interessen der Bürger*innen, die zu Beginn oftmals im Fokus stehen und ihre Vorstellungen einengen. Liegen erste bauliche Projektentwürfe vor, werden ein breiteres Themenspektrum und nichtinvestive Maßnahmen vermehrt wahrgenommen und in Betracht gezogen. Weiterhin führen die IP als Ursache die Kommunen an, die als Auftraggeber*innen Einfluss auf die Themensetzung haben. Sie stellen heraus, dass die Kommunen teilweise ebenfalls auf die finanziellen Aspekte fokussiert seien und sich zudem eine Unterstützung bei ihren freiwilligen Aufgaben erhoffen. Daraus folgt, dass ihnen Potenziale, die von den Planer*innen im soziokulturellen Bereich sowie in kleinen gesellschaftlichen Projekten gesehen werden, nicht immer bewusst sind. Die mögliche Unterstützung dieser Projekte durch die Dorfentwicklung wird noch nicht umfassend wahrgenommen. Zuletzt führen die Planer*innen die verschiedenen Ämter für regionale Landesentwicklung an, die unterschiedliche Entscheidungen, bezüglich der Bewilligung von ungewöhnlichen und querschnittsorientierten Projekten treffen. Es zeigt sich, dass keine einheitliche Handhabung besteht, wodurch Entscheidungen partiell schwer nachvollzogen werden können.

Insgesamt nehmen die Planer*innen eine thematische Entwicklung in der Praxis wahr, die sich von den ausschließlich baulichen und gestalterischen Maßnahmen entfernt. Gleichzeitig wird von ihnen ein großer Bedarf in einem gemeinsamen Gestalten und dem Stärken der Gemeinschaft gesehen. Die Förderrichtlinie weist hierfür einige Möglichkeiten auf, die aus den dargelegten Gründen jedoch in der Praxis nicht immer genutzt werden. Hier verdeutlicht sich, dass die Planer*innen in einer möglichen zukünftigen inhaltlichen Fokussierung der Förderrichtlinie auf gemeinschaftsstärkende Themen, ein endogenes Potenzial des gemeinsamen Ge-

staltens sehen, das bisher nicht umfassend genutzt wird.

Das gemeinschaftliche Miteinander als endogene Potenzial

Aufbauend auf den theoretischen Ansätzen von KRAMBACH (2013) in denen hervorgehoben wird, dass die Zukunftsfähigkeit der Dörfer von den Menschen vor Ort und der Dorfgemeinschaft sowie ihrer zivilgesellschaftlichen Kraft abhängt (vgl. KRAMBACH 2013, S. 15), wurde dieses Thema in der Forschung durch die Fragen aufgegriffen, welche Bedeutung das gemeinschaftliche Miteinander heute noch hat und ob ein Potenzial in der selbstbestimmten Gestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen gesehen wird. Die IP heben hervor, dass den Bürger*innen Themen, die das soziale Miteinander betreffen und die Gemeinschaft unterstützen, heutzutage besonders wichtig sind. Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse, verdeutlicht sich eine Relevanz des gemeinschaftlichen Miteinanders. In den Diskussionen der Fokusgruppen wird dies aus der Perspektive der Bürger*innen bestätigt. Ein gutes Lebensumfeld wird gekoppelt an ein gutes Miteinander benannt. Die Qualität des Lebensumfeldes wird über bestehende Vereinsstrukturen, erste Ansätze zu dorfübergreifenden Projekten und einen geselligen Austausch definiert. In den Fokusgruppen wird in der Darstellung der bestehenden Gemeinschaft zwischen den Personen, die Interesse haben, ihren Ort zu gestalten und dem gesamten Ort als räumliche Gemeinschaft differenziert. Zudem wird sich darüber Gedanken gemacht, wie eine aktive Dorfgemeinschaft erhalten werden kann. Die IP verdeutlichen hier, dass aus dem Dorfentwicklungsprozess heraus eine Gemeinschaft entsteht, die von der engen Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum hinweg geprägt ist und sich die Dorfentwicklung gleichzeitig positiv auf die gesamte Dorfgemeinschaft auswirkt. Sie stellen heraus, dass aus einer kleinen aktiven Gruppe eine ganze aktive Dorfgemeinschaft entstehen könne. Weiterhin führen die Dorfregionen dazu, dass teilweise eine Wahrnehmung der Gemeinschaft über das eigene Dorf hinaus entsteht und die Dorfge-

meinschaften überörtlich anfangen zusammenzuarbeiten.⁴¹ In diesen Ergebnissen verdeutlichen sich, in Anlehnung an die theoretischen Ausführungen von THIEM (2009, S. 190), verschiedene Ebenen bei den Gemeinschaften – eine übergeordnete Kooperation der Dörfer, eine räumlich definierte Dorfgemeinschaft in den einzelnen Orten und kleinere dieser untergeordneten Interessens- oder Zweckgemeinschaften. Es bestehen entsprechend verschiedene Gemeinschaften in einem Dorf. Dies schließt an die theoretischen Erläuterungen (vgl. Kapitel 4.2) von u.a. Vogelgesang et al. (2018, S. 108) an, in denen dargelegt wird, dass Gemeinschaftsformen einem Wandel unterliegen und sich heutige Gemeinschaften aufgrund ähnlicher Interessen oder gemeinsamer Lebensziele zusammenfinden würden. Darüber hinaus verdeutlichen sich in den Ergebnissen der Forschung, dass sich gemeinschaftsprägende Tendenzen durch begrenzt vorhandene Ressourcen vor Ort und ein Ansinnen das Lebensumfeld aktiv zu gestalten begründen. Insgesamt verdeutlicht sich in den FG und bei den IP die Bedeutung und der Wert, die Gemeinschaften im Dorf auch heute noch nachgesagt werden, wobei gleichzeitig die bestehende Vielfältigkeit in der Ausdifferenzierung beachtet werden sollte. Weiterhin wird nicht nur das Interesse von Personen etwas vor Ort zu gestalten von den FG hervorgehoben, sondern ebenso die Nutzung geschaffener Möglichkeiten (wie Café, Dorfgemeinschaftshaus, Treffpunkte, etc.). In den Fokusgruppen zeigt sich, dass jede Idee und Aktion als wichtig wahrgenommen werden, da durch diese alle Personen das Dorfleben inspirieren und mitgestalten können. In den durchgeführten Fokusgruppen wurde die Wertschätzung des sozialen Miteinanders deutlich. Es stellt für die Teilnehmer*innen einen zentralen Grund für ihre Vielfalt des Engagements dar. Nach-

⁴¹ Anm.: Gleichzeitig wird von den IP jedoch auch die Schwierigkeit einiger Dörfer betont, sich als Dorfregion wahrzunehmen und Herausforderungen in einem größeren räumlichen Zusammenhang zu begegnen. Bürger*innen denken laut der IP vorwiegend im räumlichen Kontext ihres Dorfes und der Gestaltung ihres Alltags. Es werden jedoch Änderungen wahrgenommen, so dass es in einige Regionen schon ein Denken als Dorfregion gibt. Das Thema der Dorfregionen wird hier nicht vertiefend behandelt, da diese Zusammenschlüsse erst seit sehr kurzer Zeit bestehen und von Seiten der IP erst wenige Kenntnisse und Erfahrungswerte vorliegen.

folgend wird zudem aufgegriffen, wie vor Ort gemeinschaftlich gehandelt wird und sich die Dorfentwicklung hier einfügen lässt.

Bürger*innen als Gestalter*innen ihres Lebensraumes

In den theoretischen Vorüberlegungen verdeutlichte sich das Potenzial und die Bedeutung der Selbstorganisation der Bewohner*innen für die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung der Dörfer in den theoretischen Ansätzen von KRAMBACH (2013) (vgl. Kapitel 4.5). Auch in der empirischen Forschung hat sich die Bedeutung der Gemeinschaften und des Miteinanders im Ort hervorgetan. Bei Krambachs Ansätzen bietet es sich an, sie in bestehende Förderprozesse einzubetten. Dies wird im Folgenden in Bezug auf die Dorfentwicklung umgesetzt. Zusammenfassend verdeutlichen sich in der Betrachtung der partizipatorischen Ansätze des Förderprogramms die Möglichkeiten der Selbstbestimmung, Selbstgestaltung und lokalen Organisation in der gleichzeitigen Betrachtung benötigter Unterstützung von außen und bottom-up erfolgter Initiative, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

Aufbauend auf dem Stand der Forschung zur Dorfentwicklung (vgl. ARGE Nachhaltige Landentwicklung 2018; KARWEIK 2016; TIETZ ET AL. 2016; KIEHLBREI UND MAGEL 2012; RITZINGER 2011; GRAJEWSKI 2008) verdeutlicht sich auch in der niedersächsischen Dorfentwicklung, dass den Ansätzen der Partizipation die Auffassung zu Grunde liegt, dass die Bürger*innen ein Interesse haben, sich einzubringen und ihren Lebensraum selbst zu gestalten. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Forschung zeigt sich die Wichtigkeit der Bürger*innen für die Umsetzung des Förderprogramms, ebenso wie ihre Funktion als Gestalter*innen des Dorflebens. Die IP stellen hier heraus, dass die Bürger*innen ihre Eigenverantwortung für das persönliche (Nicht)Handeln selbst erkennen müssen. Das entsprechende Handeln und die Verantwortung für die Gestaltung des Dorflebens wird hierbei von den IP nicht nur im Materiellen bei der Infrastruktur gesehen, sondern auch in immateriellen Aspekten

des Zusammenlebens. In der Praxis zeigt sich, dass schon bei vielen Bürger*innen ein Interesse besteht den Lebensraum aktiv zu gestalten. Gleichzeitig wird das gemeinsame Agieren in den Dörfern von den IP und den Teilnehmer*innen der Fokusgruppen differenziert dargestellt. Zum einen besteht eine enge Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Netzwerken und Vereinen. Auf der anderen Seite wird herausgestellt, dass die für die Dörfer wichtigen Aufgaben, von nur wenigen Bürger*innen wahrgenommen werden. Konkret stoßen oftmals die immer gleichen Personen Projekte an, koordinieren oder übernehmen Verantwortung.

Für die IP stellt die Dorfentwicklung eine mögliche Form des gemeinsamen Gestaltens in den Dörfern dar, wo die Zusammenarbeit angestoßen und geformt werden kann. Dies zeigt sich darin, dass die Bedeutung der Menschen vor Ort von den Planer*innen erkannt wurde und entsprechend Beachtung findet in der Ausgestaltung des Planungsprozesses. Weiterhin ist die Erkenntnis herauszustellen, dass der Erfolg des Förderprogramms zum großen Anteil von den Bürger*innen abhängig ist. Dies spiegelt sich unter anderem in dem Versuch der Planer*innen wider, möglichst viele verschiedene Akteur*innengruppen in die Dorfentwicklung einzubinden und sie in ein eigenständiges Arbeiten zu überführen. Hierfür benutzen sie eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden, stellen gleichzeitig jedoch heraus, dass einige Gruppen sehr schwer erreichbar seien.

Zum Potenzial der Selbstorganisation zeigt sich in der niedersächsischen Dorfentwicklung eine steigende Bedeutung der Selbstgestaltung durch die Bürger*innen. Die IP stellen in den Expert*inneninterviews heraus, dass die Akteur*innen vor Ort gemeinsam über den Dorfentwicklungsplan bestimmen. Zudem werden Arbeitsgruppen und Projekte in einzelnen Dorfgemeinschaften selbstständig gestaltet. Die eigenständige Umsetzung wurde zudem von den IP als endogenes Potenzial erkannt, das es zu unterstützen und fördern gilt. Ebenso wird die Stärkung der Gemeinschaft und des Miteinanders gesehen, um die endogenen Potenziale der Selbstgestaltung freisetzen zu können. Eine

eigene lokale Organisation im Sinne KRAMBACHS (2013, S. 46) besteht im Rahmen der Dorfentwicklung bisher eher weniger. Die Planer*innen stellen wichtige Akteur*innen der Koordinierung dar, die auch die Kooperation vor Ort mitprägen. Möglichkeiten für eine lokale, eigenständige Organisation zeigen sich in der Diskussion Prozesse zu versteigen. Hier wäre eine Selbstorganisation durch die Bürger*innen in Kooperation mit den kommunalpolitischen Vertreter*innen denkbar und zielführend. Konkret könnte dies die Gründung von Dorfvereinen oder die langfristige Etablierung der Strategierunden sein. Ableitend verdeutlicht sich ein noch zu hebendes Potenzial in der Unterstützung der Selbstgestaltung und Ermöglichung von Selbstorganisation im Rahmen der Dorfentwicklung. Hierbei ist auf von den IP genannte Fortbildungsmöglichkeiten, wie der „Dorfmoderation“ aufzubauen, die bisher eher zögerlich genutzt werden.

Aufbauend auf dem Potenzial der Selbstgestaltung durch die Bürger*innen zeigen sich Überschneidungen zu STEINFÜHRERS Ansätzen der Selbstresponsibilisierung (2015) - im Zuge dessen sie bei Bürger*innen eine steigende Bereitschaft verdeutlicht selbstbestimmt, aus einem Eigeninteresse heraus, Verantwortung für die Gestaltung des Lebensumfelds zu übernehmen - und den theoretischen Ansätzen des Empowerments (vgl. HILL 2008; LENZ und STARK 2002). In Anlehnung an das Konzept des Empowerments verdeutlicht sich in den Ergebnissen der Forschung die Ressourcenaktivierung neben den Fähigkeiten zur Selbstbestimmung und der Entdeckung der eigenen Stärken (vgl. Kapitel 4.5). Die IP stellen in den Ergebnissen der empirischen Forschung die Hilfe zur Selbsthilfe heraus, die sich in den Dörfern zeigt. Sie sehen hier gleichzeitig eine Möglichkeit daran anzusetzen und es im Rahmen des Planungsprozesses zu nutzen, zu unterstützen und zu fördern. Konkret werden von ihnen benannt, dass sie dazu beitragen können das Selbstbewusstsein von den Beteiligten zu erhöhen und ihnen neue Kompetenzen der Kommunikation und Zusammenarbeit zu vermitteln. Das Interesse der Bürger*innen, etwas vor Ort zu gestalten, wird von den IP hierbei als zentrale Ressource angesehen, um

die Orte zukunftsfähig zu entwickeln und die dörflichen Lebensverhältnisse zu verbessern. Hier veranschaulichen sich die Auslegungen von KRAMBACH (2013, S. 5), dass die Bürger*innen in der Lage sind, materielle und immaterielle Werte zu schaffen, die die eingesetzten finanziellen Fördermittel übersteigen können.

Forderungen und bestehende Motivation: eine kritische Betrachtung

Die Betrachtung der Selbstorganisation der Bürger*innen geht mit einer stärkeren Fokussierung der Dorfentwicklung auf das gemeinsame Gestalten einher. In Anlehnung an den Stand der Forschung von HARTEISEN und EIGNER-THIEL (2016, S. 12) und STEINFÜHRER (2015, S. 14), die grundsätzlich eine stärkere Einbindung des zivilgesellschaftlichen Potenziales bzw. eine selbstbestimmte Verantwortungsübernahme (Selbstresponsibilisierung) bei der Entwicklung von Dörfern fordern, zeigen sich auch in der niedersächsischen Dorfentwicklung inhaltliche Bewegungen in diese Richtungen. Gleichzeitig muss eine Eigenermächtigung der Bürger*innen, zwischen ihrer bestehenden intrinsischen Motivation Unterstützung zu leisten und den Erwartungen der Planer*innen Herausforderungen so besser begegnen zu können, kritisch betrachtet werden. Die Bedeutungen der Eigenermächtigung und des Eigeninteresses haben sich auch in den Forschungsergebnissen zur Dorfentwicklung in Niedersachsen verdeutlicht. In der Betrachtung der gelebten Praxis zeigt sich, dass die Dorfentwicklung zwar als Möglichkeit angesehen wird Herausforderungen zu begegnen, für die Menschen vor Ort aber vorrangig individuelle Beweggründe eine Rolle für ihr Engagement spielen. Für die Dorfentwicklung in Niedersachsen äußert sich dies, in dem Bürger*innen für sich und die anderen Bewohner*innen vor Ort spezifische Lösungen (bspw. Bürgerbus, Wohnprojekte etc.) für eine gemeinsame Gestaltung des Alltags und des Lebensumfeldes suchen. Dies zeigt sich anschlussfähig an die Forschung von SCHWARZENBERG ET AL. (2017), die u.a. herausstellen, dass Engagierte ihr Handeln nicht als Bewältigung von Herausforderungen sehen, sondern dieses eher als

Selbstresponsibilisierung vor Ort stattfindet. Die im Zuge der vorliegenden Forschung interviewten Planer*innen sehen das Instrument der Dorfentwicklung dem entgegenstehend als zentral an, um den Herausforderungen in den Dörfern auf lokaler Ebene begegnen zu können. Sie betonen die kommunale Ebene, für die die finanziellen Mittel eine große Bedeutung hätten. Hier verdeutlichen sich unterschiedliche Perspektiven, die von den Bürger*innen und den Planer*innen in den Fokus gestellt werden. In der empirischen Forschung verdeutlicht sich hierbei zudem die Frage inwieweit Planer*innen und auch kommunalpolitische Vertreter*innen von den Bürger*innen erwarten dürfen Verantwortung vor Ort zu übernehmen, um den Herausforderungen zu begegnen. In den Fokusgruppen zeigt sich hier, dass einige Bürger*innen ein großes Interesse haben sich aktiv einzubringen und ihre Ressourcen zur Verfügung zu stellen, sich jedoch auch viele andere Bürger*innen nicht einbringen. Die Kommunikation über die stattfindende Partizipation und ihre anschließende Umsetzung werden hier als zentral angesehen. In den Fokusgruppen verdeutlicht sich, dass Bürger*innenbeteiligung nicht als Pflicht dargestellt (FG1), sondern Unterstützung und ein ehrliches Interesse der Kommunen an den Ideen und Projekten der Bürger*innen gezeigt werden sollte (FG2). Den Planer*innen ist diesbezüglich bewusst, dass eine umfassende Unterstützung der Bürger*innen notwendig ist, um ein eigenständiges projektorientiertes Arbeiten zu erreichen. Ebenso wird auch die Komplexität im Zusammenhang mit der Übernahme von Aufgaben gesehen – die IP stellen heraus, dass nicht jede Person in der Lage ist jede Aufgabe zu übernehmen, sondern es bestimmter Kompetenzen benötigt. Gleichzeitig sehen sie bei den Bürger*innen oftmals intrinsische Motivationen sich einzubringen und das Förderprogramm inhaltlich mitzugestalten. Ableitend braucht es ein Aufgreifen dieser Motivation, um gemeinsam die zukünftige Entwicklung zu gestalten. Ansätze der Selbstresponsibilisierung, um u.a. den Lebensraum vor Ort zu gestalten, sollten wahrgenommen und unterstützt werden. Da das Ansinnen nach einer Bewältigung der Herausforderungen der Dörfer schnell überfordernd wirken kann, braucht es eher passende Strategien vor Ort,

die auf den intrinsischen Motivationen und der bestehenden Selbstresponsibilisierung aufbauen, um gemeinsam (mit den Planer*innen und den kommunalpolitischen Vertreter*innen) den Lebensraum Schritt für Schritt zu gestalten. Eine spezifische Betrachtung einzelner Aufgaben und Projekte hinsichtlich der Motivation und der möglichen Einbindung der Bürger*innen wird der Komplexität der Gestaltung des Lebensraumes dabei eher gerecht, als ein politischer Anspruch von außen. Hier schließt sich die Frage an, wie mit Dörfern in denen wenig Engagementbereitschaft besteht verfahren werden sollte und welche Potenziale dort vorhanden sind. Dies wird im Ausblick noch einmal reflektiert und aufgegriffen.

Das Förderprogramm wird von den IP als dynamisches Planungsinstrument dargestellt, welches entsprechend in der Lage ist, sich an die gesellschaftlichen Bedarfe anzupassen. Dies schließt an die historische Betrachtung des Förderprogramms und seine erfolgreichen Veränderungen im Blick auf gesellschaftliche Anpassungsprozesse an (vgl. Kapitel 3.1). In Bezug auf die aktuelle Situation verdeutlicht sich der Bedarf einer Stärkung der Gemeinschaft und des sozialen Miteinanders. In den Expert*inneninterviews wird die Selbstgestaltung durch die Bürger*innen herausgestellt und als Konsequenz daraus betont, dass die Ideen ernst zu nehmen seien und eine entsprechende Wohlfühlatmosphäre zu schaffen sei. Die IP sehen ableitend ein Potenzial in einem neuen Handlungsfeld „Gemeinschaft vor Ort“, indem nichtinvestive Ideen der Bürger*innen umgesetzt und eine Zusammenarbeit der Menschen vor Ort (als Lern- und Erfahrungsprozess) gestärkt werden könnte. Dies schließt an die Erkenntnisse der IP an, dass das Lebensumfeld idealerweise gemeinsam gestaltet wird und viele Bürger*innen hieran ein starkes Interesse hätten. Gleichzeitig ist zu bedenken, wie zugänglich die Planung für alle Bürger*innen vor Ort ist und welche Bedeutung Planer*innen hier in der Einbindung der verschiedenen Bewohner*innengruppen haben.

Partizipation und Engagement: Bürger*innen im Fokus der Dorfentwicklung

In der Betrachtung der Partizipation in der Dorfentwicklung verdeutlicht sich, dass die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen und dies im Förderprogramm sowohl offiziell eingefordert (vgl. ZILE-Richtlinie), wie auch in der Praxis umgesetzt wird. Das informelle Planungsinstrument ist laut der IP bürgernah gestaltet, sodass ein niederschwelliger Zugang besteht. Bezüglich der dargestellten empirischen Ergebnisse verdeutlicht sich in der Betrachtung der Partizipation das Ziel der Planer*innen, die Bürger*innen in die Lage zu versetzen, selbständig zu planen und Projekte umzusetzen zu können. Ein Indiz sind die dargelegten Soft Skills (u.a. wertschätzende Kommunikation, strukturiertes Arbeiten, Projektorganisation), die die Planer*innen den Bürger*innen vermitteln möchten, damit sie in ihrer Rolle als Bürger*innen mitgestalten können. Das Potenzial der Selbstgestaltung der Bürger*innen ist erkannt worden und wird von den Planer*innen unterstützt.

Aus der Sicht der Bürger*innen verdeutlicht sich in den empirischen Ergebnissen, dass für die Dorfentwicklung die Motivation sich einzubringen eine wichtige Rolle spielt, da ihr Engagement die Ausgestaltung der Partizipation stark prägt. Dies schließt an die Überlegungen zu bürgerschaftlichem Engagement (vgl. Kapitel 4.3) hinsichtlich der Möglichkeiten des Engagements im Rahmen der Dorfentwicklung ebenso wie an bestehende Grenzen (vgl. Kapitel 4.4) an. Im Rahmen der Dorfentwicklung ist ein projektorientiertes Engagement möglich, dessen Struktur durch die Ausgestaltung des Partizipationsprozesses, wie z.B. die Zusammenarbeit in thematischen Arbeitsgruppen, geprägt ist. Die IP stellen zudem in den Ergebnissen heraus, dass bestehendes (informelles) Engagement in Form von Netzwerken vor Ort zukünftig noch stärker einbezogen werden sollte. Die FG stellen weiterhin ein Interesse heraus, die Möglichkeit zu haben sich temporär absehbar einbringen zu können. Denn in den Fokusgruppen verdeutlicht sich ein Engagementverhalten, das einerseits durch wenig verfügbare

Zeit und andererseits einem Mitbestimmen wollen geprägt ist. Zum einen werden in den FG Grenzen in der Anzahl der Beteiligten und der Dauer des Engagements wahrgenommen. Dies zeigt sich darin, dass sich prozentual wenig Menschen in den Orten beteiligen und dies oftmals dieselben aktiven Personen sind. Zum anderen verdeutlicht sich in den Forschungsergebnissen eine Gemeinwohlorientierung in der steigenden Bedeutung des Miteinanders und des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, wodurch – neben dem individuellen Nutzen – eine Motivation besteht sich einzubringen. Es wird sich aus Sicht der Engagierten mit dem Ort insofern identifiziert, dass ein gesellschaftliches Miteinander (für die nachfolgenden Generationen) ebenso wie die Qualität der Lebensbedingungen erhalten werden soll. Hierzu gehören neben dem Vereinsleben Treffpunkte und eine Nahversorgung.

In der näheren Betrachtung der Einbindung der Bürger*innen in die Dorfentwicklung, verdeutlicht sich, dass eine Erwartungshaltung der Bürger*innen entsteht, dass die kommunalpolitischen Vertreter*innen die vorgeschlagenen und ausgearbeiteten Projekte unterstützen und die Bürger*innen hierbei mitentscheiden dürfen. Gleichzeitig wird von den IP herausgestellt, dass die Dorfentwicklung ein informelles Planungsinstrument ist, wodurch kein verpflichtendes Umsetzen besteht. Die gegründeten Koordinierungsrunden haben einen empfehlenden Charakter, während die Entscheidungsmacht bei den jeweiligen Räten liegt. Hier zeigt sich die Bedeutung von Kooperation vor Ort, um die gewünschte Einbindung der Bürger*innen erreichen zu können.

Das tatsächliche kooperative Verhältnis vor Ort gestaltet sich laut der IP in den verschiedenen Dorfregionen divers. Die bestehende Zusammenarbeit in den Dorfregionen (IST-Situation) wird sehr differenziert zwischen Konflikten, wertschätzender Kommunikation und tatsächlicher Transparenz gesehen. Anknüpfend lässt sich festhalten, dass die Zusammenarbeit zudem vom gelebten Steuerungsverständnis vor Ort abhängig ist. Vertiefend wird dies in Bezug auf die Verteilung von Verantwort-

tung, die Mitentscheidungsmöglichkeiten als Ziel der angestrebten Kooperationen (vgl. Kapitel 9.2) und die Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Akteur*innen (vgl. Kapitel 9.3) noch einmal aufgegriffen. Insgesamt zeigt sich ein Handlungsbedarf, den Wert des Miteinanders und der Gemeinschaft verstärkt in den Prozess der Dorfentwicklung aufzunehmen. Es wurde das endogene Potenzial der Selbstgestaltung der Bürger*innen als mögliche inhaltliche Weiterentwicklung des Förderprogramms erkannt. Aufbauend darauf verdeutlicht sich die Bedeutung der Zusammenarbeit, um eine gemeinsame Gestaltung in Absprache zwischen Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen zu ermöglichen. Hieran schließt sich zudem die Möglichkeit einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme an, die im Folgenden (Kapitel 9.2) aufgegriffen wird.

9.2 Das Verständnis von Verantwortung und der sich ableitende Handlungsbedarf – Verantwortungsübernahme aus zwei Perspektiven

Der theoretische Ansatz zu Verantwortung von HEIDBRINK (2017) verdeutlicht aus philosophischer Perspektive, dass Akteur*innen heutzutage nicht per se verantwortlich sind, sondern verschiedenen Formen differenziert werden müssen (vgl. HEIDBRINK 2017, S. 21). Weiterhin bestehen unterschiedliche Interpretationen vom inhaltlichen Verständnis von Verantwortung je nach Akteur*in und Disziplin. Zu differenzieren sind ein enges Verantwortungsverständnis – als Verantwortungsübernahme der Verursacher*innen – und ein weites Verantwortungsverständnis – als gemeinsame Mitverantwortung für die zukünftige Gestaltung (vgl. Kapitel 5.1). Um eine Verantwortungsübernahme im Rahmen der Dorfentwicklung untersuchen zu können, bedarf es zunächst einer Betrachtung des Verständnisses von Verantwortung und der wahrgenommenen Bedeutung einer Mitverantwortung aus Sicht der verschiedenen Akteur*innen.

Zur Betrachtung einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme in der Dorfentwicklung zeigt sich

in der empirischen Forschung ein differenziertes Bild, wie Verantwortung aus den verschiedenen Perspektiven (der Fachperspektiver der Planer*innen und der Alltagsperspektive der Bürger*innen) definiert wird. Betreffend der Frage was für ein Verantwortungsverständnis vorliegt verdeutlicht sich bei den Bürger*innen, sich vorwiegend für ihre Mitmenschen und weiterführend auch für die Mitgestaltung des Dorflebens verantwortlich zu fühlen. Sie benennen Verantwortung für das eigene Handeln. In Bezug auf die Bewohner*innen vor Ort wird davon gesprochen, aufeinander Rücksicht zu nehmen, aufeinander zu achten und sich zu unterstützen. Ebenfalls fühlen sich die Bürger*innen verantwortlich, ein gutes Miteinander zu schaffen und das Dorfleben (u.a. die Vereine), für sich und die nächste Generation zu erhalten. Die Planer*innen stellen heraus, dass sie die Verantwortung der Bürger*innen darin sehen ihr Lebensumfeld und die Dörfer zu gestalten. In Bezug auf die Dorfentwicklung sehen die Planer*innen bei allen Akteur*innen vor Ort eine gemeinsame Verantwortung. Ableitend aus ihren eigenen Erfahrungen mit dem Förderprogramm berichten sie, dass Bürger*innen im Rahmen des Dorfentwicklungsprozesses vermehrt anfangen sich für die Entwicklung der Orte verantwortlich zu fühlen und teilweise eine gelebte Mitverantwortung entsteht. Insgesamt fordern sie, dass sich alle Akteur*innen vor Ort nach den jeweiligen Möglichkeiten und Ressourcen einbringen sollten. Mitverantwortung kann ihrer Ansicht nach hierbei schon in der Übernahme ganz einfacher Aufgaben gesehen werden und nicht nur im großen Ganzen. Als Konsequenz aus diesen Aussagen wird die Eigenverantwortung jeder einzelnen Person betont. Weiterhin stellen die Planer*innen heraus, dass oft nicht genau zu sagen ist, wo insbesondere informelle Verantwortung anfängt und wo sie aufhört. Sie bezeichnen dies ableitend als eine Verantwortungssphäre, die immer wieder zwischen den Akteur*innen neu ausdiskutiert werden muss. Neben der Verantwortung, die bei allen Akteur*innen gesehen wird und die besonders die Mitverantwortung durch bürgerschaftliches Engagement umfasst, wird von den IP ein formelles Verantwortungsverständnis benannt. Dieses wird vorwiegend bei den politisch handelnden Akteur*innen

gesehen und deutlich von dem vorherigen informellen Verständnis abgegrenzt.

Aufbauend auf den Erkenntnissen zu den weiten Verantwortungsverständnissen der Bürger*innen und der Planer*innen aus der empirischen Forschung zeigen sich verschiedene Formen von Verantwortung. In Anlehnung an die Zurechnungsfähigkeit nach HEIDBRINK (2017, S. 10) wird von den IP eine offizielle Verantwortung der kommunalpolitischen Vertreter*innen und der Verwaltung von einer freiwilligen Verantwortung der Bürger*innen abgegrenzt. Die von HEIDBRINK (2017) benannte Zuständigkeitsverantwortung findet sich in der Dorfentwicklung in der Selbstverpflichtung für bestimmte Funktionen und der freiwilligen Verantwortungsübernahme für Aufgaben wieder. Die Verantwortung der verschiedenen Akteur*innen wird in den empirischen Ergebnissen von den IP differenziert eingeschätzt. Politisch handelnden Personen – vor allem Bürgermeister*innen – wird eine große formelle Verantwortung nachgesagt, die von einigen IP auch kritisch gesehen wird in Bezug auf bestehende Überforderungen einzelner, vor allem ehrenamtlicher Personen. Die formellen Verantwortungsträger*innen (Ratsmitglieder / Verwaltung etc.) werden durch ihre Position, die sie innehaben, in der Rolle gesehen, Bürger*innen aktiv einbinden zu können.

Verantwortungsübernahme und -verteilung in den Dörfern

In den theoretischen Überlegungen von YOUNG (2013, S. 329ff) zu Verantwortungsübernahme und Verantwortungsteilung verdeutlicht sich der Fokus auf die Frage wer zu welchen Veränderungen wie beitragen kann, anstatt wer etwas verursacht hat. Diese Perspektive, in der die individuelle Verantwortung als Teilverantwortung herausgestellt wird, um gemeinsam eine zukünftige Entwicklung zu gestalten, verdeutlicht sich auch in der Dorfentwicklung. Hierfür wird im Folgenden zunächst aufgezeigt wer bisher für was Verantwortung übernimmt in den Dörfern. An eine allgemeine Verantwortung, die vor Ort gesehen wird, anknüpfend, wird die Verantwor-

tung im Dorfentwicklungsprozess spezifiziert. Laut YOUNG (2013, S. 329ff) spielen für die Übernahme von Verantwortung vorhandene Ressourcen und Fähigkeiten der einzelnen Personen ebenso wie ihre Motivation eine zentrale Rolle. Handlungs- und Möglichkeitsräume prägen zudem die Teilverantwortung, die Personen übernehmen können. Die Ergebnisse der empirischen Forschung haben gezeigt, dass der Dorfentwicklungsprozess von den Planer*innen als Möglichkeit angesehen wird Verantwortungsübernahme und -verteilung zu diskutieren und einen geeigneten Handlungsraum darstellen kann. Die IP konkretisieren dies indem sie herausstellen, dass in der Zusammenarbeit im gesamten Förderprogramm Mitverantwortung erkannt und übernommen werden kann. Konkret zeigen sich Möglichkeiten von der Themensetzung zu Beginn des Prozesses, bis hin zur eigenständigen Umsetzung von Projekten im Prozessverlauf und der Verstetigung über die Förderperiode hinaus.

Aufbauend zeigt sich in Bezug auf die Frage wer bisher für was Verantwortung übernimmt in den Dörfern ein diverses Bild. In den Fokusgruppen wird die Übernahme von Verantwortung überwiegend an Beispielen diskutiert und an einzelnen Personen festgemacht. Schlüsselpersonen, die meist mehrere wichtige Funktionen und Rollen innehaben werden als Personen, die besonders viel Verantwortung übernehmen, herausgestellt. Dieser Aussage schließen sich auch die Planer*innen an. Sie betonen, dass es bestimmte Personentypen gibt, die viel Verantwortung übernehmen und oftmals offizielle Ämter und Funktionen bekleiden. In den Fokusgruppen wird weiterhin gesehen, dass es für eine gemeinsame Verantwortungsübernahme eine Person braucht, die die Initiative ergreift und koordinierend wirkt. Zudem wird differenziert darüber debattiert, dass eine Verteilung der Verantwortung auf verschiedene Schultern benötigt wird, aber gleichzeitig nicht zu viele beteiligt sein dürfen, da sonst keiner mehr die Verantwortung trägt. Auch die Planer*innen schließen sich daran an, dass alle gemeinsam vor Ort eine Mitverantwortung haben und diese auf mehr Schultern als bisher verteilt werden sollte. Hieran lässt sich mit dem Verantwor-

tungsverständnis von Young (2013) ansetzen, dass Handlungs- und Möglichkeitsräume ebenso wie Ressourcen, Fähigkeiten und Motivationen zentral sind und zu einer vermehrten Übernahme von Verantwortung führen könnten. Die empirische Forschung hat gezeigt, dass die IP diesbezüglich Potenziale in der Übernahme von Verantwortung für kleine Projekte durch Bürger*innen sehen, da hier nicht so schnell eine Überforderung drohe. In den Fokusgruppen verdeutlicht sich thematisch eine differenzierte Wahrnehmung was Verantwortungsübernahme ihrer Ansicht nach umfassen kann. Mitverantwortung kann sich in der Bandbreite vom Warenauspacken im Dorfladen als kleinste Ebene bis hin zur Position als Bürgermeister*in auf hoher Ebene zeigen. In den Beispielen werden besonders die Nachbarschaftshilfe und die Vereinslandschaft – vom Mitglied bis zum Engagement im Vorstand – betont. Diese Aspekte zeigen sich in den Fokusgruppen als sehr prägend für das gesellschaftliche Leben.

Der Ansatz von Young (2013), welche Akteur*innen zu bestimmten Projekten etwas beitragen können, lässt sich zudem in der Empirie auch konkret in Bezug auf den Dorfentwicklungsprozess nachvollziehen. Die Planer*innen haben in den Expert*inneninterviews Beispiele und Bereiche in denen Verantwortung in Bezug auf den Dorfentwicklungsprozess übernommen werden kann differenziert nach den unterschiedlichen Akteur*innen dargelegt. Zusammenfassend haben die politischen Akteur*innen die Verantwortung für die Entscheidungen, die Ressourcen und die finanziellen Mittel. Bei den Bürger*innen hingegen wird die Verantwortung in der Themensetzung und der Rolle als Multiplikator*innen gesehen. Sie kennen die tatsächlichen Bedarfe vor Ort und können so relevante Themen benennen. Darüber hinaus können sie die Informationen aus dem Prozess an ihre Nachbar*innen, Freunde und Bekannte weitertragen und einen Austausch über die offiziellen Dorfentwicklungstreffen hinaus schaffen. Die Planer*innen benennen konkret, dass Verantwortung kleinteilig durch Einzelne oder gemeinsam übernommen werden kann, indem thematische Schwerpunkte gesetzt, Ergebnisse öffentlich vorgestellt, Anträge

geschrieben, weitere Personen motiviert oder Projekte umgesetzt werden. Hier verdeutlicht sich die Teilverantwortung in der gemeinsamen Projektgestaltung. In den Themengruppen kann zudem eine Prozessgestaltung übernommen werden und sich eine Person zur Sprecher*in wählen lassen. Im größeren Rahmen kann Verantwortung durch die Gründung eines Dorfvereins übernommen werden.

Aus den Ergebnissen der Fokusgruppen lässt sich eine Verantwortungsübernahme u.a. in Bezug auf zukünftige Projekte ableiten. In der Dorfentwicklung konkretisiert sich dies in der Prozessgestaltung und -organisation (Arbeitsgruppen, Strategierunde, Austauschformate) sowie in der Entwicklung und Umsetzung von konkreten Projekten. Hierbei hat sich in den Forschungsergebnissen die Unterstützung als relevant gezeigt, um eine Überforderung der Bürger*innen zu verhindern. In der Zusammenarbeit braucht es entsprechend, wie von BANZHAF (2017, S. 163) aufgegriffen, eine Thematisierung der Grenzen von Verantwortungsübernahme. Diesbezüglich betonen einige IP noch einmal, dass zwischen formeller und informeller Verantwortung klar unterschieden werden muss. Auf der einen Seite werden die politischen Vertreter*innen gesehen, die für ihre Leistungen finanziell entschädigt werden und zumeist ausreichend qualifiziert sind. Auf der anderen Seite steht die informelle Verantwortung, die hingegen nicht mit Sanktionen einhergehen darf. Hier wird stattdessen die benötigte Unterstützung betont und die Befähigung der Bürger*innen zur Übernahme von Verantwortung hervorgehoben. Folglich zeigen sich an dieser Stelle zukünftige Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung des Förderprogramms. Die Planer*innen fordern von den Kommunen mehr Freiräume und Bewegungsfreiheit für die Bürger*innen, um eine informelle Verantwortungsübernahme zu ermöglichen. Dies schließt sich an die Überlegungen Youngs (2013) zur Notwendigkeit von Möglichkeits- und Handlungsspielräumen an. Gleichzeitig verdeutlichen die empirischen Ergebnisse jedoch, dass die wirtschaftliche Verantwortung weiterhin durch die Kommunen getragen werden müsse. Die IP stellen heraus, dass Kommunen sich als Dienstleistende für ihre

Bürger*innen sehen sollten und schlussfolgern, dass diese unterstützt und in Entscheidungsprozessen nicht übergangen werden dürften. In der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen benennen die Planer*innen eine wertschätzende Kommunikation und ein sich langsam aufbauendes Vertrauen als wichtig. Zudem sprechen die Planer*innen davon, den Bürger*innen Rüstzeug für das selbstverantwortliche Handeln bereitzustellen.

Handlungsbedarfe und die Verantwortung der Planer*innen

Anhand der Auswertung der Expert*inneninterviews verdeutlicht sich, dass Verantwortung zwar in verschiedenen Zusammenhängen benannt wird, aber bisher keinen zentralen Teil im niedersächsischen Dorfentwicklungsprozesses einnimmt und nicht vertiefend ausgearbeitet und instrumentalisiert wird. Diesbezüglich wurde eine Forschungslücke hinsichtlich einer vertiefenden Auseinandersetzung mit neuen Verantwortungsstrukturen in der Dorfentwicklung herausgearbeitet (vgl. Kapitel 1.4). Die Planer*innen nehmen in den Forschungsergebnissen einen Handlungsbedarf wahr, im Dorfentwicklungsprozess verstärkt eine gemeinsame Verantwortungsübernahme für die Gestaltung des Lebensraumes zu thematisieren. Der Bedarf wird durch die gesehene Notwendigkeit gemeinsam zu Handeln und durch ungenutzte Potenziale begründet (vgl. Kapitel 9.1). Hervorgehoben werden hierbei die lokale Ebene und der räumliche Bezug. Hinsichtlich des Förderprogramms wird in beiden Fokusgruppen eine gemeinsame Verantwortung für die Dorfregion gesehen. Es besteht der Wunsch, dass sich diese übergreifende Zusammenarbeit auch in zukünftigen Projekten widerspiegelt. Auch die Planer*innen sprechen von einer Verantwortung als Dorfregion. Sie sehen in dieser die Erkenntnis, dass nicht jedes Dorf jede Infrastruktureinrichtung erhalten kann. Die Dorfebene wird als eine überschaubare Handlungsebene eingeschätzt, in der Verantwortung in einem absehbaren Rahmen übernommen werden kann. Mitverantwortung wird diesbezüglich als eine Wirkungsebene dargestellt, die entdeckt werden soll. Der Dorfentwicklungsprozess kann

hierzu beitragen. Die Ausgestaltung in den verschiedenen Dorfregionen – ob eher die Dörfer einzeln agieren oder als Region zusammengearbeitet wird – schätzen die Planer*innen sehr unterschiedlich ein. Sie stellen heraus, dass zu unterscheiden ist, ob es schon eine vorherige Einzeldorferneuerung in den Orten gab oder nicht und wie erfolgreich diese waren. Bei positiven Erfahrungen ergeben sich daraus oftmals geschulte Bürger*innen, die selbstständig Projekte anstoßen sowie in der Zusammenarbeit erfahrene kommunalpolitische Vertreter*innen, die den Bürger*innen dies ermöglichen.

Anknüpfend zeigt sich zudem eine Betrachtung der Planer*innen und ihrer Teilverantwortung in Bezug auf den Dorfentwicklungsprozess als relevant. Ihre eigene Verantwortung sehen die Planer*innen in der empirischen Forschung in der Gestaltung des Rahmens, der Beratung sowie in der Unterstützung und dem Schaffen von niederschweligen Zugängen für Bürger*innen. Ihre Aufgabe umfasst entsprechend u.a. die Kompetenzen der Bürger*innen zu erkennen und sie in geeigneter Weise einzubeziehen. Weiterhin stellen ihre Fähigkeiten im Vermitteln zwischen den Parteien und die Moderation wichtige Aspekte der Zusammenarbeit dar. Sie haben damit einhergehend ebenfalls eine Mitverantwortung vor Ort.

Kompetenzen und Rahmenbedingungen für eine Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen

In dem Beweggrund selbstverantwortliches Handeln zu unterstützen, stellt sich zunächst die Frage, was Bürger*innen brauchen, um Verantwortung zu erkennen und sie zu übernehmen und welche Rahmenbedingungen hierbei bestehen und notwendig sind.

Nach dem Verständnis von HEIDBRINK (2017) bestehen für die Übernahme von Verantwortung konditionale und generische Bedingungen. Die konditionalen Bedingungen umfassen laut HEIDBRINK (2017, S. 23ff) die Freiheit des Handelns, die Kausalität, die Absichtlichkeit und das Wissen um Konsequenzen. In den Ergebnissen der Forschung zeigen sich hieran anlehnend Kommunikation, selbstständiges Handeln, Fachwissen und die Vorstellungskraft, wie

es einmal werden soll, als wichtige Kompetenzen. Die Rolle von einzelnen Personen wird betont (Zugpferde). Sie ist in Bezug auf Führungsqualitäten und Koordination wichtig. Die Ergebnisse übertragen HEIDBRINKS Ansätze auf die lokale Ebene am Beispiel der Dorfentwicklung. Für die Übernahme von Verantwortung ist die Rolle, die eine Person innehat, zentral, um frei handeln und somit auch effektiv Einfluss auf die Folgen haben zu können. In den Forschungsergebnissen verdeutlichte sich dies u.a. darin, dass Personen ernst genommen werden mit ihren Anliegen und diese auch vor anderen vertreten können. Ebenso wird auch das Fachwissen herausgestellt, das benötigt wird, um Konsequenzen abschätzen zu können. Die Wichtigkeit von Kompetenzen verdeutlicht sich in den Ergebnissen weiterhin in der Darstellung von Fortbildungsmöglichkeiten. Diese leiten zu den generischen Bedingungen über. Für HEIDBRINK (2017) umfassen die generischen Bedingungen die Fähigkeit Verantwortung auszubilden, Verantwortungskompetenzen und die Verantwortungsübernahme. Für HEIDBRINK (2017) sind die Fähigkeiten Verantwortung auszubilden abhängig von ethischen Werten, sozialen Einstellungen und politischer Orientierung, dem eigenen Antrieb und der Identifikation mit den Zielen. In der Dorfentwicklung verdeutlichte sich die Wichtigkeit der Motivation der Bürger*innen. Hervorzuheben ist hier die Gemeinwohlorientierung, die sich in der Bedeutung des gemeinschaftlichen Miteinanders zeigt. Ebenso sind auch das Eigeninteresse und der gesehene Nutzen (materiell/immateriell) von Relevanz, da diese das Engagement prägen. Als konkrete Verantwortungskompetenzen bezeichnet HEIDBRINK (2017) Klugheit, situative Reflexivität, das Können soziale Pflichten der Fürsorge und Solidarität zu übernehmen und an politischen Prozessen zu partizipieren, Flexibilität, Mobilität, Selbststeuerung, Belastbarkeit, Zuverlässigkeit, Vertrauenswürdigkeit sowie das Bildungsniveau. In den Forschungsergebnissen zur niedersächsischen Dorfentwicklung werden Erfahrungen in Partizipationsprozessen und der Vielfalt des Engagements benannt. Sie werden als Vorteil angesehen, um eine erfolgreiche Kooperation zu gestalten und Projekte im Rahmen des Förderprogramms als Bürger*innen selbstgestalten zu können.

Kritisch wird hingegen die Überlastung einzelner ehrenamtlicher Personen gesehen. Das rückläufige Engagement wird im Zuge von wenig vorhandener Zeit und Flexibilität und damit einhergehender, mangelnder Konstanz angesprochen. Hier verdeutlicht sich die Schwierigkeit, dass die Personen, die über die entsprechenden Kompetenzen verfügen, oftmals schon sehr eingebunden sind und nur wenig freie Kapazitäten für neue Aufgaben bestehen. Einige der Kompetenzen können durch Fortbildungen gestärkt oder erworben werden. Die Planer*innen akzentuieren in den Ergebnissen hierzu Fachwissen, Vorstellungskraft über die Gestaltung, Einschätzungen von rechtlichen Aspekten (Vergabe) und die Gesprächsführung. Selbstständiges Handeln und Führungsqualitäten werden ebenfalls herausgestellt, insbesondere für einzelne Personen, die dann anschließend in der Lage sind, zu koordinieren und Zuständigkeiten auf verschiedene Personen zu verteilen. Es wird ein Bedarf an Qualifizierungen gesehen, um die Dorfentwicklungsprozesse und die Projekte stärker durch die Bürger*innen gestalten lassen zu können. Die Fortbildung „Dorfmoderation“ wird hier für Niedersachsen unterstrichen. Die zeitliche und räumliche Komponente, die zu einem Rückgang an Engagement führt, bräuchte hingegen eine andere Form der Aufgabenverteilung oder Projektorganisation, um passende Personen in das Engagement einbinden zu können. Hier verdeutlicht sich HEIDBRINKS Statement, dass eine Verantwortungsübernahme nicht nur mit den Kompetenzen und Fähigkeiten zusammenhängt, sondern es ebenso passende Rahmenbedingungen brauche (vgl. HEIDBRINK 2017a, S. 25).

In den Ergebnissen der empirischen Forschung haben sich ergänzend zu den Bedingungen in Anlehnung an HEIDBRINK (2017) Anerkennung, Freiwilligkeit und Selbstbestimmung als wichtige Rahmenbedingungen in der Dorfentwicklung gezeigt. Ebenso werden auch die Thematisierung von Grenzen und rechtliche Rahmungen hervorgehoben. In Bezug auf die Anerkennung wird von den IP und den FG herausgestellt, dass es ein gegenseitiges Vertrauen und eine Wertschätzung des Geleisteten von Seiten der Gemeinde braucht. Hierzu zählt auch

Entscheidungen im Rahmen der Dorfentwicklung nicht entgegen der Wünsche der Bürger*innen zu treffen. Ein kleines Budget wird von verschiedenen Planer*innen als Möglichkeit der Anerkennung diskutiert. Zudem sollten Erfolge gefeiert werden, da hierdurch die Motivation, sich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen, steigt. Die Planer*innen sehen ihre Aufgabe darin, die richtige methodische und thematische Ansprache zu finden, um die Motivation der Bürger*innen zu erreichen. Von einigen IP werden zudem Freiräume und Möglichkeiten für Kreativität besonders hervorgehoben. Die IP stellen heraus, dass so innovativere Ideen entstehen, u.a. indem vermehrt kreative Personen für die Dorfentwicklung gewonnen werden. Hier erweitert sich der Ansatz von HEIDBRINK (2017), um einen künstlerischen, kreativen Aspekt, ebenso wie die Themen Anerkennung und Selbstbestimmung.

Des Weiteren werden als wichtige Rahmenbedingungen eine freiwillige Beteiligung, eine transparente Darlegung des rechtlichen Rahmens und die Beachtung der Grenzen benannt. Die Planer*innen stellen heraus, dass es keine verpflichtende Verantwortung für die Bürger*innen geben dürfe. Zudem sollten bei der freiwilligen Übernahme keine Sanktionen gegen Personen erfolgen. Die Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen wird als ein Lernprozess betrachtet, in dem Belastungs- und Leistungsgrenzen des Engagements vorsichtig ausgelotet werden müssen. Für die Bürger*innen sind diese Grenzen ein zentrales Thema. Aufbauend auf grundlegenden Feststellungen zu Grenzen des Engagements durch viele Projekte vor Ort, kommt die Dorfentwicklung für sie zusätzlich hinzu. Sie stellen heraus, dass es nicht nur Personen braucht, die Projektideen haben und die Projekte in die Hand nehmen, sondern auch viele Freiwillige, die sie anschließend umsetzen und langfristig weitertragen. Hier sehen sie teilweise eine Sättigung des Ehrenamtes sowie weniger Engagement einzelner Personen aufgrund persönlicher Unstimmigkeiten.

Als weitere Rahmenbedingung hat sich die Selbstbestimmung der Bürger*innen, neben zu beachtenden Grenzen verdeutlicht. Die IP stellen ableitend

für den Dorfentwicklungsprozess heraus, dass die Bürger*innen mit ihren Ideen ernst genommen werden sollten und ein Klima zu schaffen ist, in dem der Mut besteht, Verantwortung zu übernehmen. Die Bürger*innen selbst formulieren in den Fokusgruppen, dass sie die Möglichkeit brauchen, Dinge auszuprobieren und Erfahrungen zu sammeln. In Bezug auf die Motivation wird von ihnen eine zeitliche Absehbarkeit ebenso wie eine thematische Betroffenheit benannt. Es werden der Spaß und die Freude herausgestellt, die sich für die einzelnen Personen oder auch den ganzen Ort ergeben sollten. Die Planer*innen ergänzen diese Aspekte. Sie betonen neben den Erfahrungen, die ermöglicht werden sollen, dass es Unterstützung braucht, damit es nicht zu viel Verantwortung auf einmal gibt für die Bürger*innen und diese sich überfordert fühlen. Auch sie geben als Rahmen eine temporäre Begrenzung vor und ergänzen diese um eine thematische, indem sie eine projektorientierte Verantwortungsübernahme betonen. Die Selbstbestimmung und Eigenermächtigung der Bürger*innen ist für sie im Rahmen der Dorfentwicklung ein Lernprozess, der methodisch unterstützt werden kann. Hierbei kann unter anderem erlernt werden erfolgreich miteinander zu kommunizieren und selbstständig zu handeln. Ein wichtiger Aspekt stellt die Eigeninitiative oder Selbsthilfe der Bürger*innen dar, auf der aufgebaut und die unterstützt wird. Hier verdeutlicht sich eine thematische Verbindung der Selbstgestaltung der Bürger*innen mit den Ansätzen des Empowerments und den Möglichkeiten und Grenzen der Verantwortungsübernahme nach YOUNG (2013), HEIDBRINK (2017) und SCHWARZENBERG ET AL. (2017). Eine Übernahme von Verantwortung im Rahmen der niedersächsischen Dorfentwicklung basiert auf der Motivation und den Potenzialen der Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen. Die vorhandenen Fähigkeiten prägen dabei ebenso den Handlungsrahmen einzelner Personen, wie die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. die ZILE Richtlinie) und die Möglichkeiten der Teilhabe und Kooperation vor Ort. Es verdeutlicht sich eine individuelle Teilverantwortung basierend auf bestehenden Ressourcen, Fähigkeiten und Motivationen. Diese Verantwortungsübernahme einzelner

Akteur*innen kann durch die Planer*innen begleitet und unterstützt werden. Die Planer*innen sehen es als ein Ziel der Dorfentwicklung an, im Laufe des Prozesses Menschen in ihrer Selbständigkeit zu fördern und aufzubauen. Dies ist vor allem wichtig, da es ihrer Ansicht nach oftmals noch jemanden vor Ort brauche, der eine gemeinsame projektbezogene Verantwortungsübernahme vor Ort koordinierend in die Hand nimmt.

Zusammenfassend verdeutlicht sich der Handlungsbedarf einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme in der Dorfentwicklung, aufbauend auf den Verantwortungsverständnissen und den gesehenen Potenzialen, bei der gleichzeitigen Beachtung der bestehenden Grenzen. Weiterhin zeigen sich die dargestellten Rahmenbedingungen für eine Verantwortungsübernahme der Bürger*innen als essenziell, ebenso wie die entsprechenden Möglichkeiten für die Planer*innen diese in der Dorfentwicklung zukünftig einzubeziehen.

Akteur*innen der Dorfentwicklung und ihr Handeln im Kontext von Kooperation und gemeinsamer Verantwortungsübernahme

In der Kontextualisierung dieser Ergebnisse mit dem theoretischen Rahmen der Arbeit und der Frage, was die Verantwortungsverständnisse und -formen ableitend für die Übernahme von Verantwortung bedeuten, zeigen sich verschiedene Ansatzpunkte.

Zunächst lassen sich die Ergebnisse in die planungstheoretische Perspektive von FÜRST (2010) bezogen auf den akteurzentrierten Institutionalismus nach SCHARPF (2006) einbetten. FÜRST (2010) präzisiert in Bezug auf SCHARPF (2006) die zentralen Akteur*innen der Planung, ihre Handlungsressourcen, Handlungsorientierungen und ableiten die bestehende Strategiefähigkeit, als Form wie sie ihre Interessen durchsetzen können. Die vorliegende Forschung ist diesbezüglich anschlussfähig, da im Zuge der Dorfentwicklung – unter dem Fokus der Ausgestaltung der Partizipation, der Kooperation und der Frage nach einer zukünftigen Zusammenarbeit als Verantwortungsgemeinschaft – ein Pla-

nungsprozess mit den beteiligten Akteur*innen und ihrem Handeln betrachtet wird. Als Basis sind zunächst die zentralen Akteur*innen des Planungsprozesses mit ihren Handlungsressourcen zu identifizieren. Ableitend können die Handlungen im Rahmen des Planungsprozesses mit der Übernahme von Verantwortung verknüpft werden.

In den Ergebnissen der empirischen Forschung haben sich als zentrale Akteur*innen im Planungsprozess der Dorfentwicklung die Bürger*innen, die kommunalpolitischen Vertreter*innen, die Verwaltung, die Planer*innen und die Ämter für regionale Landesentwicklung herauskristallisiert. Im erweiterten Betrachtungsradius werden diese durch zusätzliche Akteur*innen wie Wirtschaftsvertreter*innen und Vereine ergänzt. Für die Darstellung der Handlungsressourcen wird sich im Folgenden auf die zentralen Akteur*innen der Dorfgemeinden beschränkt. In Anlehnung an FÜRST (2010, S. 18) lassen sich die Handlungsressourcen der Akteur*innen in Möglichkeiten, die der offiziellen Seite (Kommune) und der inoffiziellen Seite (bürgerschaftliches Engagement) zur Verfügung stehen, differenzieren. Unterschiede zeigen sich u.a. im zeitlichen Rahmen, in finanzieller Hinsicht und in Entscheidungsbefugnissen zwischen amtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten. In der Dorfentwicklung spielen vor allem bei den gesellschaftlichen Akteur*innen ihre Beteiligungen und Kompetenzen eine wichtige Rolle für die bestehenden Handlungsressourcen. Dies zeigt sich in der empirischen Forschung in der Bedeutung von Bürger*innen, die als Koordinator*innen und Vermittler*innen tätig werden. Bürger*innen können verschiedene Rollen und Funktionen gleichzeitig innehaben und damit einhergehend unterschiedlichste Kompetenzen besitzen. Häufig sind Bürger*innen in Vereinstätigkeiten eingebunden, haben eine politische Funktion inne (Parteimitglied, Ratsmitglied) oder sind anderweitig ehrenamtlich aktiv. Ihr Einsatz diesbezüglich kann beispielsweise mit Fachwissen, Führungsqualitäten oder Verhandlungsfähigkeiten einhergehen. Neben den gesellschaftlichen Akteur*innen bedürfen auch die politischen Akteur*innen aus ihrer offiziellen Funktion heraus bestimmtes Fachwissen, wie Kenntnisse

zum Vergaberecht, Baurecht oder zur Finanzierung. Gleichzeitig bedarf es für die Dorfentwicklung von Seiten der Planer*innen bestimmte Fähigkeiten wie u.a. Moderation und Fachberatung. Die materiellen Ressourcen (der finanzielle Spielraum, Räumlichkeiten) spielen ebenfalls eine Rolle und schließen sich an diese Ausführungen an. Diese aus der Empirie erschlossenen Handlungsressourcen der verschiedenen Akteur*innen sind wichtige Ansatzpunkte für ihr Handeln im Rahmen der Dorfentwicklung und den bestehenden Möglichkeiten der Übernahme von Verantwortung.

In Anlehnung an die planungstheoretischen Annahmen von FÜRST (2010) sind weiterhin die Präferenzen der Akteur*innen für die Dorfentwicklung zentral. Übertragen auf die lokale Ebene des Dorfes beeinflussen sie die Motivation der Akteur*innen, sich einzubringen und das Dorfleben aktiv mitzugestalten. Ausschlaggebend sind, laut FÜRST, ein Interesse, die Betroffenheit durch ein bestimmtes Thema und die individuelle Einschätzung der Wertehierarchie. Handlungsorientierungen nach FÜRST (2010) zeigen sich anlehnend darin, ob egozentrische Ziele verfolgt werden oder eher gemeinwohlbezogen agiert wird. In der niedersächsischen Dorfentwicklung lassen sich beide Orientierungen bei den Akteur*innen wiederfinden. Anschaulich verdeutlicht sich dies in den Motivationen der Bürger*innen, sich zu beteiligen. Einige möchten private Sanierungsmaßnahmen durchführen und für diese finanzielle Zuschüsse erhalten, andere stellen das Miteinander oder eine fehlende Infrastruktur für die Gemeinschaft in den Fokus ihres Engagements.

Anknüpfend an die Handlungsressourcen und die Handlungsorientierungen, verdeutlichen sich die Interaktionsorientierungen der Akteur*innen im Verhältnis zueinander. In der empirischen Forschung zeigt sich, dass in der Dorfentwicklung das Ziel eines kooperativen Verhältnisses angestrebt wird. Die Kooperation ist dadurch geprägt, dass sich die Zusammensetzung der Akteur*innen, ebenso wie die Form der Interaktion im Laufe des Förderprogramms verändern können. Erfahrungen, die

während des Planungsprozesses gemacht wurden, können die Ausgestaltung in der anschließenden Umsetzungsphase stark beeinflussen. Dies kann einen Vertrauensaufbau und erlebte Erfolge oder auch nicht funktionierende Verhältnisse umfassen. Die Zusammenarbeit wird hier zudem durch die Strategiefähigkeit der Akteur*innen geprägt. Neben bestehenden Regelsystemen – hier u.a. dem informellen Planungsinstrument, den Vorgaben der ZILE-Richtlinie und dem institutionellen Regelsystem der Kommunen (Finanzrahmen) – spielt der Einsatz von Machtmitteln eine Rolle. In der Dorfentwicklung zeigt sich die Machtausübung besonders in der Bereitstellung von Informationen, der Transparenz und der Form, wie Entscheidungen über Maßnahmen und Ziele getroffen werden. Konkret verdeutlicht sich dies in der Entscheidungsmacht der Räte und in der Form der Berücksichtigung der Wünsche und Vorstellungen der Bürger*innen. Die Ausgestaltung der Partizipation ist maßgebend für die Art wie etwas besprochen, abgestimmt und beschlossen wird. Die Planer*innen können hierbei die Umsetzung der Partizipation methodisch und strategisch beeinflussen. Die umgesetzte und angestrebte Partizipation in der Dorfentwicklung wird folgend betrachtet und partizipationstheoretisch eingeordnet.

Die Umsetzung von Partizipation in der niedersächsischen Dorfentwicklung

In Anlehnung an die theoretischen Ansätze von SELLE (2010) zum Partizipationsverständnis (vgl. Kapitel 4.1), hat sich in der Umsetzung des Förderprogramms der niedersächsischen Dorfentwicklung der weitgefaste Partizipationsbegriff etabliert. Das Zusammenwirken der Akteur*innen wird in der Planerstellungsphase umfassend umgesetzt, während dies in der anschließenden Umsetzungsphase allerdings nur von wenigen Dorfregionen fortgeführt wird. Entsprechend beschränkt sich das Partizipationsverständnis von kommunaler Seite aus in einigen Dorfregionen nur auf einen bestimmten Prozessabschnitt, konkret die Planerstellungsphase. Ein umfassendes Partizipationsverständnis über diesen Abschnitt hinaus fehlt im Bewusstsein der kommunalpolitischen Vertreter*innen oder wird in

Bezug auf die notwendige Finanzierung als zweit-rangig erachtet.

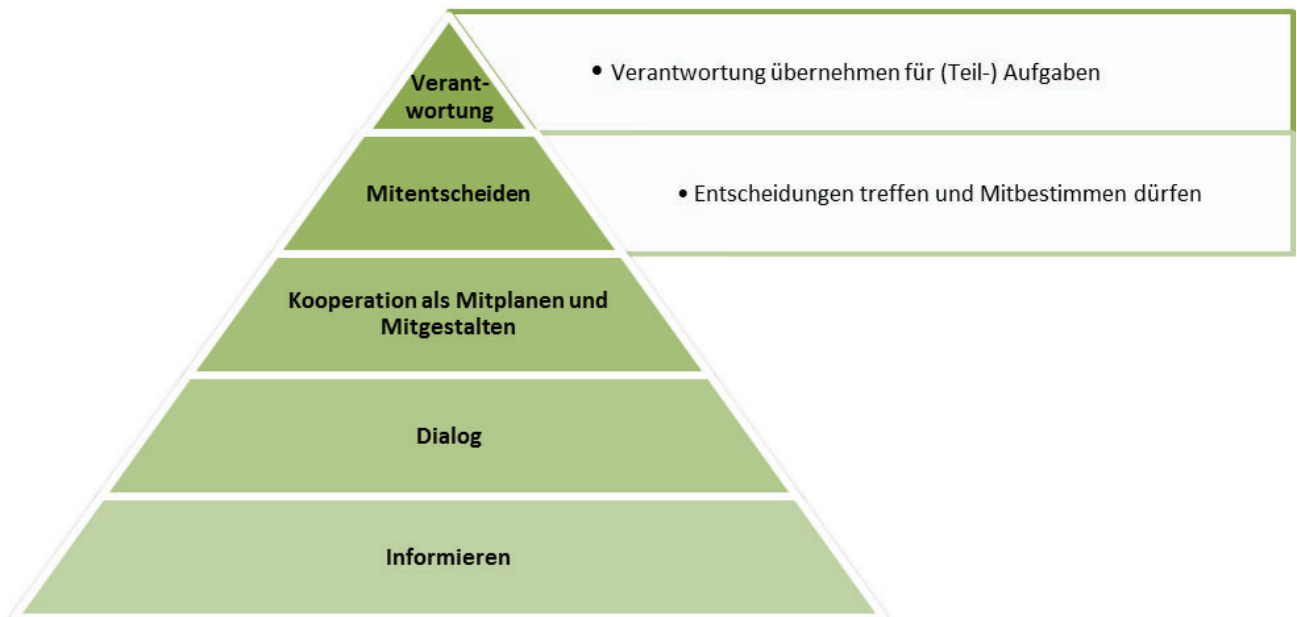
In der Betrachtung der Partizipation in der Dorfentwicklung zeigt sich diese grundsätzlich anschluss-fähig an die bestehenden Modelle der Partizipation von u.a. KIEHLBREI und MAGEL (2012) sowie von der EXPERT*INNENGRUPPE DEZENTRALE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN UND LA 21 (2006) (vgl. Kapitle 4.1). Unter der Berücksichtigung der Ergebnisse der empirischen Forschung haben sich jedoch spezifische Akzente gezeigt, so dass im Folgenden die bestehenden Modelle für die niedersächsische Dorfentwicklung angepasst und erweitert werden.

In Anlehnung an bestehende Modelle der Partizipation (u.a. vgl. KIEHLBREI und MAGEL 2012; EXPERT*INNENGRUPPE DEZENTRALE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN UND LA 21 2006) werden auch im Zuge der Dorfentwicklung verschiedene Phasen der Partizipation durchlaufen. Die Ergebnisse der empirischen Forschung verdeutlichen, dass aufbauend auf einer allgemeinen Information zu Beginn einen Dialog zwischen den Akteur*innen über die Themen und Ziele braucht. Anschließend wird eine Kooperation angestrebt, in der alle Akteur*innen mitplanen und mitgestalten können. Die Entscheidungsmacht

verbleibt jedoch bei den Räten. Den Darstellungen der IP folgend, haben viele der Dorfgemeinden in Niedersachsen diese drei Phasen in der Ausgestaltung der Partizipation erreicht. Tendenziell wären jedoch weitere Phasen denkbar, die folgend aufgegriffen werden (s. Abb. 28).

Das aus den empirischen Ergebnissen entwickelte Partizipationsmodell für die niedersächsische Dorfentwicklung (vgl. Abb. 28) verdeutlicht in den drei untersten Stufen Ansätze, die ausgehend von den Forschungsergebnissen in vielen Dorfgemeinden bereits umgesetzt werden. Aufbauend auf einer Information der Bürger*innen über den Prozess der Dorfentwicklung wird ein gemeinsamer Dialog gesucht. Der zu erstellende Dorfentwicklungsplan wird gemeinschaftlich in enger Kooperation zwischen den gesellschaftlichen und politischen Akteur*innen erarbeitet. Eine weiterführende Partizipation würde aufbauend auf dieser Basis ein Mitentscheiden oder eine Verantwortungsübernahme für (Teil-) Aufgaben durch die Bürger*innen ermöglichen. Umsetzbar wäre dies, wenn die Entscheidungsträger*innen im Vorfeld zusichern, die erarbeiteten Ergebnisse zu akzeptieren oder eine zeitlich und inhaltlich abgegrenzte Mitentscheidung der beteiligten Bürger*innen zugesagt

Abb. 28: Partizipationsmodell für die Dorfentwicklung in Niedersachsen



Quelle: eigene Darstellung 2019 in Anlehnung an EXPERT*INNENGRUPPE DEZENTRALE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN UND LA 21 (2006) und KIEHLBREI und MAGEL (2012)

wird. Hierfür braucht es eine Prüfung der rechtlichen Vorgaben in den jeweiligen Kommunen. Die von den IP genannten eigenen Budgets würden hingegen eine konkrete Verantwortungsübernahme der Bürger*innen für eine Projektidee umfassen. Diese könnte eigenständig erarbeitet und umgesetzt werden, einhergehend mit der eigenen organisatorischen und finanziellen Verantwortung. Es zeigt sich, dass die Ebenen Mitentscheiden und Verantwortung für (Teil-) Aufgaben übernehmen in einzelnen Dorfregionen projektbezogen in ersten kleinen Ansätzen ermöglicht werden. In der FG2 hat sich in Bezug auf das geplante Veranstaltungszentrum z.B. nicht nur eine Mitplanung und Mitgestaltung verschiedener Akteur*innen verdeutlicht, sondern auch eine Verantwortungsübernahme für den anschließenden Betrieb.

Planungsansätze und Kooperation in der Dorfentwicklung

In der Betrachtung des Partizipationsverständnisses der Dorfentwicklung (Abb. 28) veranschaulicht sich die heutige Bedeutung von Kooperation. Statt hierarchischer spielen heute informelle und kooperative Ansätze in ländlichen Räumen eine große Rolle. Grundlegend wird in der Dorfentwicklung ein kommunikativer Planungsansatz verfolgt. In Anlehnung an die Ausführungen von SINNING (2018), dass in einem solchen Planungsverständnis Kommunikation in allen Planungsphasen unerlässlich sei (vgl. SINNING 2018, S. 210) verdeutlicht sich in der Dorfentwicklung der enge Einbezug der Bürger*innen in den informellen Planungsprozess. Die IP und die FG stellen heraus, dass durch die Umsetzung der Dorfentwicklung auf lokaler Ebene eine große Bürger*innennähe bestehe und der Prozess sehr greifbar sei. Das Förderprogramm findet sich zudem eingebettet in das Bestreben Ziele und Maßnahmen über die verschiedenen politischen Handlungsebenen hinweg zusammenzuführen. Die Planer*innen stellen in den Forschungsergebnissen heraus, dass neben der gemeindlichen Planungsebene, auch die regionale über den Landkreis vertretene und die überregionale Planungsebene (Land) zusammenkommen und dem „Dorf zur Verfügung

stehen“ würden. Hier verdeutlicht sich die durch Governance geprägte Planungskultur in der Steuerung der Zusammenführung der Aktivitäten der verschiedenen Beteiligten auf eine gemeinsame Aufgabe hin. Neben den genannten Planungsebenen zeigt sich in der Dorfentwicklung die Besonderheit der dörflichen Ebene. Akteur*innen agieren oftmals als Multi-Interest-Persons (vgl. BORN 2017) und vertreten verschiedene Interessen gleichzeitig, durch die unterschiedlichen Rollen, die sie innehaben können. Diese Besonderheit spielt vor allem auch für die Planer*innen bezüglich der Einbindung der Bürger*innen als Multi-Akteur-Konstellationen in die partizipativen Prozesse eine wichtige Rolle. Die Dorfentwicklung wird als ein Instrument verstanden, das zu einer eigenverantwortlichen Lösung von Problemen befähigen soll. Die Dorfentwicklung zeigt sich diesbezüglich anschlussfähig an die Einordnung von BENZ und KILPER (2018, S. 863), dass Kooperation keine Selbstverständlichkeit sei, sondern es hierfür möglichst eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, entsprechend kein Machtungleichgewicht und eine Entscheidungsfindung über Konsens oder Mehrheiten brauche.

Für die Entfaltung einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme im Rahmen der niedersächsischen Dorfentwicklung lassen sich in Konsequenz an die Ergebnisse der empirischen Forschung die Ausgestaltung der Kooperation und die eingenommene Perspektive auf die zukünftige Entwicklung hervorheben. In der niedersächsischen Dorfentwicklung verdeutlicht sich, dass die Förderung laut des Programmwerfs idealtypisch deshalb angestoßen wird, weil die Akteur*innen vor Ort gemeinsam ihre Zukunft entwickeln und Handeln wollen. In den Forschungsergebnissen stellen die IP hieran anlehnend heraus, dass sie das Ziel verfolgen gemeinsam mit den Bewohner*innen den Handlungsbedarf zu identifizieren und Aufgaben abzuleiten, um anschließend eine gemeinsame Verantwortungsübernahme der Beteiligten für diese Aufgaben anzustoßen. Dies bedeutet, dass die Bürger*innen sich selbstständig Verantwortung zuschreiben für bestimmte Aufgaben und ebenso die Verantwortung der Kommune und Verwaltung klar benannt wird. In der Zusammen-

arbeit ist hierbei wichtig, dass sich zudem laufend eng abgestimmt wird, um die Aufgabe erfolgreich bearbeiten zu können. In der Betrachtung der Praxis verdeutlichen die Forschungsergebnisse, dass in einigen Dorfregionen dies in ersten Ansätzen umgesetzt und eine Kooperation mit Fokus auf die Gemeinwohlorientierung angestrebt wird. In manchen Dorfregionen stehen jedoch auch die finanzielle Unterstützung und weniger eine enge langfristige Kooperation im Mittelpunkt des Interesses. Insgesamt verdeutlichen die IP in der Dorfentwicklung das Ziel eine Koordination und Kooperation anzustreben, die verschiedenen Beteiligten und ihre Anliegen einbezieht und in der geeignete Maßnahmen gemeinsam gestaltet werden. In der Ausgestaltung der Kooperation werden von den IP als langfristige Ziele eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, weniger Machtungleichgewicht und Entscheidungen als Mehrheit oder Konsens zu treffen angestrebt. Die IP verdeutlichen, dass es in einigen Dorfregionen erste Ansätze in diese Richtungen gibt, dort jedoch noch ein zu hebendes Potenzial und viele Hindernisse bestehen. Bei der Verwaltung und den Kommunen ein Umdenken – hinsichtlich der Relevanz der Bürger*innen und der Bedeutung Freiräume zu schaffen – anzustoßen, wird als schwierig dargestellt. Zudem sehen sich die Planer*innen nur bedingt in der Rolle, dies aktiv zu gestalten, aufgrund ihrer Abhängigkeit von ihren Auftraggeber*innen. Ebenso wird die Dauer der Kooperation von den IP in den Forschungsergebnissen als relevant herausgestellt. In Anlehnung an die Ausführungen von Selle (2006, S.18), dass Pläne nicht ausreichen, sondern räumliche Entwicklungen das Ergebnis des Handelns vieler sind, zeigt sich in der Dorfentwicklung aus Sicht der IP ein Bedeutungszuwachs der Umsetzungsphase. Der Prozess der Planerstellung wird als zentral angesehen, der Fokus liegt jedoch eher auf der gemeinsamen Erarbeitung, als in der Verschriftlichung. Die IP haben in den Ergebnissen gefordert, auf der in der Planstellungsphase geschaffenen Kooperation auch in der Umsetzungsphase aufzubauen und sie weiterzuführen. Hier verdeutlicht sich, dass eine langfristige Kooperation von den Planer*innen als erfolgreicher angesehen wird.

In der Betrachtung von Kooperation und lokalen Verantwortungsstrukturen ist herauszustellen, dass die Dorfentwicklung eine Basis schafft indem interessierte Akteur*innen zu einem Austausch zusammenfinden. Die Begleitung durch ein Planungsbüro gibt eine gewisse Struktur vor und ermöglicht einen moderierten Dialog. Die Planer*innen der Dorfentwicklung weisen ein kommunikatives Planungsverständnis auf und sehen sich in der Rolle die Partizipation und Kooperation zu formen. Bei ihnen zeigt sich in den Ergebnissen der Versuch, alle wichtigen Akteur*innen in den Gestaltungsprozess einzubeziehen und gemeinsam aufbauend auf der IST-Situation eine Vision zu entwerfen und zu verschriftlichen. Bei dem Erreichen von verschiedenen Akteur*innengruppen stoßen die Planer*innen teilweise an zeitliche und finanzielle Grenzen. Somit sind zumeist nicht alle Akteur*innengruppen einer Dorfregion vertreten. Mit den sich Beteiligten wird jedoch ein Problembewusstsein für die Situation vor Ort geschaffen und eine bewusste Kooperation – in Form von Strategierunden, Themengruppen etc. – angestoßen. In der Betrachtung von Planungsprozessen sind neben den bisher genannten Aspekten zudem die lokalen Besonderheiten vor Ort in die Überlegungen miteinzubeziehen. Dies verdeutlicht sich auch in den empirischen Forschungsergebnissen, in denen herausgestellt wird wie unterschiedlich die Dorfregionen sind und dass die Umsetzung der Partizipation und Kooperation abhängig von den gelebten Steuerungsverhältnissen vor Ort sei. Die Planer*innen gestalten die Partizipation und den Prozess durch die Wahl der Methoden. Sie sind somit nicht nur für den Einbezug der Zielgruppen verantwortlich, sondern auch für die Motivation der Beteiligten und die Ausgestaltung der Kooperation. Grenzen zeigen sich hier vor allem von personeller und finanzieller Seite sowie den Vorgaben durch die Auftraggeber*innen. In den Erhebungen der Forschung verdeutlichte sich die unterschiedliche Fachkompetenz der Planer*innen je nach spezifischem beruflichem Hintergrund. Planer*innen brauchen heutzutage für die Dorfentwicklung umfassendes methodisches Wissen, Moderations- und Mediationskenntnisse. Neben den klassischen Themen der Architektur und Geografie stellen heute

soziale Kompetenzen, interdisziplinäres Denken und Kreativität in der Prozessgestaltung wichtige Fähigkeiten dar. Da sich IP über die Komplexität ihrer Aufgaben bewusst sind, haben fast alle interviewten Planer*innen in den Interviews erläutert, dass sie mit anderen Planungsbüros kooperieren und die Dorfregionen gemeinsam betreuen. Hierdurch ist es möglich, die Fähigkeiten gegenseitig zu ergänzen und allen Dörfern einer Dorfregion auch personell und zeitlich gerecht zu werden.

9.3 Die Ausgestaltung neuer lokaler Verantwortungsstrukturen im Kontext von Ergänzung und Anpassung des Förderprogramms Dorfentwicklung

Das Ansinnen nach Verantwortung geht einher mit der Frage, wie aufbauend auf den dargestellten Rahmenbedingungen eine gemeinsame Verantwortungsübernahme in der Dorfentwicklung ausgestaltet sein könnte. In der Auswertung der Ergebnisse verdeutlicht sich, dass Verantwortungsgemeinschaften als eine zentrale Möglichkeit der gemeinsamen Verantwortungsübernahme gesehen werden. Bezüglich der Darstellungen der Planer*innen lassen sich Verantwortungsgemeinschaften als Zusammenschluss von verschiedenen Akteur*innen – Bürger*innen in ihren unterschiedlichen Rollen als multifunktionale Persönlichkeiten, kommunalpolitische Vertreter*innen, die Verwaltung und die Planer*innen – verstehen, die projektbezogen aus ihrer jeweiligen Rolle oder Funktion heraus gemeinsam daran arbeiten, dass u.a. konkret Projekte umgesetzt oder Prozesse verstetigt werden.

Aus diesem Begriffsverständnis ergibt sich die Wichtigkeit des eigenen Rollenverständnisses und eines Bewusstseins für die Rollen der anderen Akteur*innen. Dies bedeutet, dass zum einen Klarheit über die Position von Personen bestehen muss, die verschiedene Funktionen innehaben. Zum anderen braucht es ein Wissen über die eigene Rolle im Prozess der Dorfentwicklung, um sich über Erwartungen, Möglichkeiten und Grenzen bewusst zu werden. Erfolgreich zusammen Verantwortung zu teilen und zu übernehmen, wird in einem direkten

Zusammenhang mit einem Wissen über die verschiedenen Rollen und die bestehenden Aufgaben im Rahmen des Dorfentwicklungsprozesses gesehen. Die Zusammenarbeit braucht weiterhin einen Vertrauensaufbau und einen Abbau von Barrieren. Alle müssen die Kooperation wirklich wollen und eine gemeinsame Basis für ein Verantwortungsverständnis erarbeiten. Die Besonderheit der gemeinsamen Verantwortungsübernahme zeigt sich in der Ergänzung der verschiedenen Ebenen von Ehrenamt und Politik. Dies geht gleichzeitig mit unterschiedlichen Ressourcen der Akteur*innen wie der Honorierung einher.

In der Betrachtung der Entstehung von Verantwortungsgemeinschaften zeigen sich in der empirischen Forschung verschiedene Möglichkeiten. Verantwortungsgemeinschaften können entstehen, indem sie sich zum Beispiel als Aktionsgemeinschaften aus einem intensiven Dorfentwicklungsprozess herausbilden. Eine andere benannte Möglichkeit besteht darin, dass im Rahmen einer Beteiligung und Kooperation für eine Infrastrukturmaßnahme eine langfristige Erhaltung und Betreuung durch die Bürger*innen erfolgen soll und deshalb von Beginn an gemeinsam agiert wird. Weiterhin können die Größe einer Verantwortungsgemeinschaft und die eingenommene Perspektive variieren, zwischen einer übergeordneten Verantwortungsgemeinschaft für eine Dorfregion und einer spezifischeren Verantwortungsgemeinschaft für ein kleines konkretes Projekt in einem der Orte. Zusammenfassend können im Rahmen der Dorfentwicklung Verantwortungsgemeinschaften entstehen. Unterstützend und förderlich ist es, wenn die Inhalte, Strategien und Methoden von den Planer*innen entsprechend angelegt werden.

Ansätze zur Anpassung und Weiterentwicklung des Förderprogramms

Den dargestellten Ansätzen liegt die Auffassung zugrunde, dass es einer inhaltlichen, strategischen und methodischen Anpassung und Weiterentwicklung des Förderinstruments bedarf. Diese Veränderungen des Förderprogramms werden unter anderem

im Zusammenhang mit der bisherigen methodischen Gestaltung und weiterführenden Ideen von den Planer*innen thematisiert. Methodisch verdeutlicht sich in der Auswertung der Interviews eine Vielfalt an Moderations- und Veranstaltungsformaten. Hierbei findet eine Mischung aus Informationsaustausch, Diskussion und selbstständigem Arbeiten statt. Die breite Methodenauswahl wird von den Planer*innen geschätzt und kreative Ansätze werden hervorgehoben, während gleichzeitig die ausgewählten Methoden immer im Zusammenhang mit dem intellektuellen und sozialen Kapital der verschiedenen Dörfer gesehen werden. Nicht jede Methode passt in jede Dorfregion. Um das Thema gemeinsame Verantwortungsübernahme in der Dorfentwicklung aufgreifen zu können, sind ableitend nicht neuartige Methoden oder Formate notwendig, sondern vor allem ein Bewusstseinswandel bezüglich der Begleitung des Programms und der zeitlichen Strukturierung. Die Planer*innen sehen ein großes Potenzial in der Stärkung der Umsetzungsphase. Einerseits könnten dort die inhaltlichen Themen von nichtinvestiven Maßnahmen und sozialem Miteinander (der Generationen und der Dorfgemeinschaft) aufgegriffen werden, für die in der Planerstellungsphase zu wenig Zeit bleibt. Andererseits würde eine fortgesetzte Partizipation in die Umsetzungsphase hinein eine kontinuierliche Beteiligung der Bürger*innen ermöglichen und die geschaffene Intensität und Motivation erhalten. Eine solche strategische Prozessänderung könnte die Zusammenarbeit in den Arbeitskreisen, in der übergeordneten Strategierunde und auch in möglichen projektorientierten Verantwortungsgemeinschaften stärken. Wenn von kommunaler Seite aus die vertraglichen Inhalte und die Finanzierung ermöglicht werden, wären die Planer*innen als Ansprechpartner*inne und Unterstützer*innen weiterhin für alle Akteur*innen vor Ort da. Momentan beschränkt sich die Begleitung der Planer*innen in der Umsetzungsphase zu meist auf die Beratung privater Antragsteller*innen. Wie eine solche weiterführende Beauftragung der Planer*innen genau ausgestaltet sein könnte und welche Erfolge sich daraus versprochen werden, müsste ein individueller Aushandlungsprozess in den jeweiligen Dorfregionen zwischen dem Pla-

nungsbüro und der Kommune sein. Laut der IP zeigt sich jedoch, dass von kommunalpolitischer Seite aus teilweise die Sorge vor Parallelstrukturen und unrealistischen Erwartungen aus der Bevölkerung heraus bestehe. Hier sehen sie die Begleitung der Umsetzungsphase als zielführend, um dem vorzubeugen. Den Ansätzen liegt die Auffassung der IP zugrunde, dass in der fortgesetzten begleiteten Partizipation große Vorteile für die gemeinsame Gestaltung des Lebensraumes von Bürger*innen, kommunalpolitischen Vertreter*innen und der Verwaltung gesehen werden. Bildhaft wird dies in der Zusammenarbeit für ein Veranstaltungszentrum oder einen Dorfladen. Neben den zunächst notwendigen Baumaßnahmen und Planungen braucht es anschließend Bürger*innen, die es betreiben und auch nutzen. Bei einer guten Kooperation von Beginn an, kann dies besser gewährleistet werden und die Maßnahme entspricht eher den tatsächlichen Bedarfen vor Ort. Auch eine engere Einbeziehung der Wirtschaft wäre in der Umsetzungsphase denkbar. Ein weiterer Vorteil kann eine Verstetigung der Zusammenarbeit sein, da in der Umsetzungsphase die zeitlichen Möglichkeiten bestehen eine tragende Struktur zu etablieren. Die Planer*innen nehmen sich allerdings nur bedingt in der Rolle wahr, bezüglich dieser Forderung auf die kommunalpolitischen Vertreter*innen einzuwirken, da eine Abhängigkeit von den Auftraggeber*innen besteht. Sie sehen bei sich ein vorgegebenes Anforderungsprofil, welches variabel ergänzt werden kann, aber abhängig vom Willen der Kommunen ist. Die Planer*innen benennen hier, dass die Aufgabe bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung liege, bestimmte Dinge wie das Stärken von Gemeinschaftsprojekten, die Fortsetzung der Beteiligung über die Planungsphase hinaus oder auch die Verstetigung der Prozesse, anzustoßen und verstärkt einzufordern. Hindernisse können hierbei u.a. die schwierige finanzielle Lage einiger Kommunen sein, wodurch weniger Projekte umgesetzt und Planungsbüros nicht länger finanziert werden können.

Mit Blick auf die Grenzen des Förderprogrammes zeigt sich für die Planer*innen die gerade erwähnte teilweise schwierige finanzielle Lage der Kommu-

nen, wodurch die Finanzierung von Maßnahmen erschwert wird. In Bezug auf die Ausgestaltung werden hingegen ein großer bürokratischer Aufwand, das komplexe Vergaberecht und die Stichtageregelung als einschränkend wahrgenommen. Der finanzielle Aspekt kann sich negativ auf die angestrebte längere Beschäftigung der Planer*innen auswirken, während andererseits eine fachliche und in den Abläufen eine weiterführende Unterstützung bestehen würde.

Weitere Ansätze, die eine Verantwortungsgemeinschaft entstehen lassen können, sehen die Planer*innen in einem Anstoßen und Beachten der wertschätzenden Kommunikation und dem Schaffen von Räumen, in denen sich stärker ausprobiert werden darf. Dies braucht ihrer Ansicht nach eine Bewusstseinsarbeit zu gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung, ebenso die Kommunikation mit den Bürger*innen, dass Fehler erlaubt sind und eine Unterstützung angeboten wird. Dies schließt sich an die Rahmenbedingungen für die Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen an. Das Schaffen von Freiräumen und eine gewährleistete Unterstützung sind entsprechend anzustreben. Weiterhin sollten Bürger*innen aus Sicht der Planer*innen in ihrer Multifunktionalität, die sie durch die Ausübung von Funktionen, Engagement und Ämtern innehaben, wahrgenommen und mit ihren entsprechenden Kompetenzen abgeholt und eingebunden werden. Zudem umfasst dies auch die Übernahme von Koordinierungsrollen, die langfristig als sehr wichtig angesehen werden. Ebenso folgt daraus, dass eine langfristige Koordinierungsfigur gefunden oder qualifiziert werden sollte. Insgesamt verdeutlicht sich in den Ansätzen zur Stärkung einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme die Bedeutung des zeitlichen Aspektes.

Anknüpfend lässt sich die Notwendigkeit herausstellen, das Thema Verstetigung verstärkt zu beachten. Hierbei stellt sich für die Dorfregionen zunächst die Frage, ob Wissen, Strukturen oder Engagement verstetigt werden sollen und in welcher Form. Mögliche Formen könnten die Verstetigung von Projektgruppen, eine Vereinsgründung,

der Erhalt der Arbeitskreise, das Ergänzen etablierter Netzwerke oder auch ein Online-Austausch sein. Es bedarf laut der Planer*innen eine frühzeitige Auseinandersetzung mit Fragen der Verstetigung. Nur dann besteht ausreichend Zeit, Strukturen zu etablieren, in denen eigenständig weitergearbeitet werden kann und gleichzeitig können den Bürger*innen im Prozess selbstständiges Arbeiten und entsprechende Qualifikationen vermittelt werden. Für die Thematisierung von Verstetigung soll den Bürger*innen die Zugänglichkeit methodisch erleichtert werden. Beispielhaft werden von den Planer*innen Impulse aus anderen Dorfregionen, Zusammenarbeit mit Dorfmoderator*innen oder der Einbezug bestehender Netzwerke genannt. Weiterhin soll Kommunikation und kreatives, visionäres Denken gestärkt werden. Insgesamt sollte das vorhandene Methodenspektrum erkannt und umfassend genutzt werden. Bisher ist weder eine fortgesetzte Partizipation in der Umsetzungsphase noch eine Verstetigung offiziell von Seiten der Fördermittelvergabe gefordert. Hier bestehen somit zwei Stellschrauben, an denen die Ämter für regionale Landesentwicklung reglementierend ansetzen könnten. Für die Planer*innen besteht hingegen die Möglichkeit ihren Auftraggeber*innen die Vorteile beider Aspekte aufzuzeigen und sie zur freiwilligen Ausübung zu gewinnen. Weiterhin wird von den Planer*innen eine Erweiterung der Perspektiven beim Ranking der Projekte und der sich daran orientierenden Fördermittelvergabe gefordert. Kreative und innovative Projekte, ebenso wie solche die ein soziales Miteinander oder eine gemeinsame Gestaltung des Lebensumfeldes umfassen, sollten leichter als bisher eine Förderung erhalten. Auch bei der weiteren Begleitung der Umsetzungsphase durch die Planer*innen könnten die Ämter für regionale Landesentwicklung den Spielraum in den Verträgen der Planer*innen beeinflussen, indem sie den Kommunen beispielweise eine solche Fortsetzung nahe legen oder diese auch finanziell durch Fördergelder unterstützen. Als Barriere wird hier von den Planer*innen vor allem ein fehlendes Verständnis von kommunaler Seite und ein Informationsdefizit benannt. Hieran könnte angesetzt werden.

Zusammenfassend verdeutlicht sich, dass es für die Etablierung von Verantwortungsgemeinschaften rahmende Aspekte braucht wie spezifische Kompetenzen der Akteur*innen, die Möglichkeiten der Selbstbestimmung und eine Kooperation, die aus Anerkennung, Vertrauen, Möglichkeiten und erfolgreicher Kommunikation besteht. Neben diesen werden der rechtliche Rahmen und die Unterscheidung in formelle und informelle Verantwortung als substantiell angesehen. Verantwortungsgemeinschaften können durch methodische Fokussierungen und strategische Anpassungen des Dorfentwicklungsprozesses unterstützt und befähigt werden. Darüber hinaus spielen auch die Verstärkung und die Einbindung bestehender Netzwerke eine ebenso wichtige Rolle wie die richtige Ansprache und Motivation. Im Kontrast zu den Kommunen, die Verantwortung abgeben bzw. Entscheidungsfindungen transparent gestalten, müssen Bürger*innen Verantwortungsübernahme teilweise (wieder) erlernen. Das Förderprogramm der Dorfentwicklung in Niedersachsen wird von den Planer*innen als ein dynamisches Planungsinstrument wahrgenommen, welches seit vielen Jahren besteht und dessen Handlungsfelder sich im Laufe der Zeit immer wieder angepasst haben. Mit Bezug auf diese Eigenschaften zeigt sich eine Anpassung als umsetzbar und zielführend. Die benannten Stellschrauben stellen erste Ansatzpunkte für die Planer*innen, die Ämter für regionale Landesentwicklung und die Politik dar, Veränderungen anzustoßen. Weitere wichtige Aspekte verdeutlichen sich in der Zusammenführung der Ergebnisse mit dem Stand der Forschung sowie dem theoretischen Rahmen der Arbeit. Ableitend werden anschließend Implikationen und Empfehlungen zur zukünftigen Ausgestaltung der Dorfentwicklung aufgezeigt.

9.4 Implikationen und Empfehlungen zur zukünftigen Ausgestaltung der Dorfentwicklung

Aus der zusammenführenden Betrachtung der empirischen Befunde und der theoretischen Vorüberlegungen wird sich nachfolgend an Tendenzen der Weiterentwicklung des Förderprogramms ange-

nähert. Unter Einbezug der Resultate aus den forschungsleitenden Fragen werden Implikationen und Empfehlungen zur zukünftigen Ausgestaltung der Dorfentwicklung für die Planer*innen formuliert.

In der empirischen Betrachtung der inhaltlichen Anpassung des Förderinstruments hat sich ein Trend hin zu gestalterischen Projekten, die das gemeinschaftliche Miteinander prägen, gezeigt. Aufbauend auf den Überzeugungen der Planer*innen, dass es eine selbstbestimmte Gestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen braucht, sollte die Bedeutung des sozialen Miteinanders im Dorfentwicklungsprozess vermehrt betont werden. Durch das explizite Thematisieren würde das Miteinander als Thema verstärkt ins Bewusstsein der Akteur*innen rücken und kann hierdurch die Themensetzung ebenso wie die Partizipation beeinflussen.

Zudem haben die empirischen Ergebnisse verdeutlicht, dass es vorteilhaft sei auf der Basis der bestehenden Situation mit allen Akteur*innen offen über die Zusammenarbeit zu sprechen und bestehende Erfahrungen der Dorfregion zu berücksichtigen. Es verdeutlicht sich, der Vorteil die verschiedenen Rollen der Akteur*innen zu beachten und die Erwartungen zu benennen. Dies ist besonders wichtig, wenn einzelne Personen mehrere Funktionen innehaben, um ihre Rolle in der Dorfentwicklung offen zu legen. Hier haben die Planer*innen in der empirischen Forschung herausgehoben, dass es notwendig sei die Beteiligten in der wertschätzenden Kommunikation zu schulen, um von Beginn an einen zielführenden Austausch zu haben. Dies sind zudem wichtige Voraussetzungen, um die gemeinsame Verantwortung für die Gestaltung des Lebensraumes zu erkennen und entsprechend kooperativ zu agieren. Der von den IP aufgezeigte Handlungsbedarf diesbezüglich verdeutlicht zudem die Notwendigkeit, das Thema der Verantwortungsübernahme als Wirkungsebene im Rahmen der Dorfentwicklung zu explizieren.

Die empirische Forschung hat veranschaulicht, dass sich für die Etablierung von Verantwortungsgemeinschaften in der Dorfentwicklung verschiedene mögliche Ansätze und gleichzeitig zu beachtende Rah-

menbedingungen zeigen. Es scheint hilfreich, wenn von den Planer*innen die Entwicklung eines gemeinsamen Verantwortungsverständnisses angestoßen wird. Hierfür braucht es ein gemeinsames Ziel, das erreicht werden soll. Dies kann z.B. eine konkrete Vision der zukünftigen Gestaltung des Dorfes sein. Zudem sollte gemeinsam herausgearbeitet werden, wo Verantwortung übernommen werden müsste und wer hierfür geeignet scheint. Die Rolle der Planer*innen besteht laut der Forschungsergebnisse darin, den Rahmen für den Prozess zu gestalten und zu übernehmende Funktionen und Aufgaben zu benennen. Zudem sollten sie darauf achten eine klare Trennung zwischen formeller und informeller Verantwortung zu verdeutlichen, um eine Überforderung der Bürger*innen zu vermeiden. Dies bedeutet, die kommunalpolitischen Vertreter*innen dazu anzuregen, zu formulieren, wie sie sich den gesamten Austausch vorstellen und wo sie eine Aufgabenverantwortung der Bürger*innen sehen, bzw. inwieweit sie bereit sind, die Bürger*innen mitbestimmen zu lassen. Für die Bürger*innen bedeutet dies einer Auseinandersetzung mit der Frage, wo ihre Grenzen bezogen auf ihre Handlungsressourcen und die ihnen bereitgestellten Möglichkeiten liegen. Die Rolle der Planer*innen besteht darin, das Thema Verantwortung in den Fokus des Prozesses zu setzen – sie geben entsprechend den Rahmen vor.

Die Rahmenbedingungen für die Übernahme von Verantwortung haben verdeutlicht, dass bestimmte Kompetenzen zielführend sind. Für die Planer*innen bedeutet dies, zu erfassen, wer vor Ort entsprechende Kompetenzen besitzt oder bereit wäre sie zu entwickeln und auszubauen und diese Personen dann im Prozessverlauf zu ermuntern und zu schulen. Externe Qualifizierungsangebote können hier unterstützend wirken. Gewünschte und notwendige Kompetenzen sind unter anderem selbstständiges Handeln und Organisieren, Führungsqualitäten, Moderationsfähigkeit, Koordinierung und Fachwissen zu speziellen Themen (Vergabe, Fördermittel, Antragsstellung).

Die Ergebnisse der Forschung haben verdeutlicht, dass Verantwortungsgemeinschaften ein lang-

fristiger Lern- und Erfahrungsprozess sind. Um diesen erfolgreich zu begleiten und zu unterstützen, braucht es eine langfristige Beschäftigung der Planer*innen. Dies bedeutet, dass Planer*innen auch während der Umsetzungsphase die Dorfentwicklung weiter begleiten und die Partizipation aufrechterhalten. Die bestehenden Vorteile bedürfen hierbei einer Thematisierung den Auftraggeber*innen gegenüber, um eine Weiterbeschäftigung zu erreichen. Zu benennende Vorteile wären beispielsweise die Versteigerung von Maßnahmen, der Zusammenarbeit oder einer lokalen eigenständigen Organisation der Bürger*innen. Hierfür können die Planer*innen einen Austausch anstoßen, in dem alle Akteur*innen gemeinsam überlegen was verstetigt werden soll und welche Strukturen denkbar wären.

Insgesamt verdeutlicht sich in den Tendenzen der möglichen Weiterentwicklung des Förderprogramms, dass für die Planer*innen Moderations- und Mediationskompetenzen immer wichtiger werden. Durch die Zusammenarbeit als Dorfregion hat sich die Anzahl der Beteiligten ebenso wie die Zusammensetzung der Akteur*innen verändert. Insbesondere bei Dorfregionen, die in verschiedenen Landkreisen liegen, besteht eine besondere Situation bezüglich der Kooperation und der Entscheidungsfindung durch die Räte. Die empirische Forschung hat verdeutlicht, dass schon jetzt häufig eine gemeinsame Betreuung durch mehrere Planungsbüros erfolgt, um eine erfolgreiche Prozessgestaltung in den Dorfregionen zu ermöglichen. Hierdurch können soziale und fachliche Kompetenzen ebenso wie zeitliche und personelle Ressourcen ergänzt werden. Zwei IP zeigen in der Forschung auf, dass bei einer Weiterentwicklung des Förderprogramms hinsichtlich der Etablierung von Selbstorganisation durch die Bürger*innen und Verantwortungsgemeinschaften über die Weiterentwicklung der Kompetenzen der Planer*innen durch Schulungen nachgedacht werden sollte. Interdisziplinär zusammengesetzte Planungsbüros würden ihrer Ansicht nach hier eine interessante Perspektive für die Zukunft darstellen.

10 Fazit

Die Verknüpfung der Ergebnisse der theoretischen Vorarbeit und der empirischen Forschungen zeigen, dass das niedersächsische Förderinstrument Dorfentwicklung auch zukünftig weitergeführt und dabei kontinuierlich weiterentwickelt werden sollte. Neben seiner großen Bedeutung für die Dörfer hat sich im Zuge der Forschung in den Darstellungen der Planer*innen die dynamische Anpassungsfähigkeit an gesellschaftliche Veränderungen gezeigt. Aus den im Folgenden aufgegriffenen Zielen und Erkenntnissen der angewandten Forschung lässt sich zudem eine Relevanz für (regional-)politische Entwicklungen ableiten. Die vorliegende Dissertation bietet eine empirische und multiperspektivische Grundlage, auf die sich das Ansinnen nach der Etablierung neuer Verantwortungsgemeinschaften in ländlichen Räumen stützen kann. Es wird der Erkenntnisgewinn über die Wahrnehmung von Verantwortung und ihre Umsetzung aus der Fachperspektive der Planer*innen wie auch der Alltagsperspektive der Bürger*innen dargelegt. Ebenso werden die identifizierten Voraussetzungen für eine Verantwortungsübernahme durch die Bürger*innen zusammenfassend aufgezeigt.

Überblicksartig werden die wichtigen Zusammenhänge der Dissertation verknüpft und zu den forschungsleitenden Fragen sowie den zentralen Planungsempfehlungen in Bezug gesetzt. Zudem werden durch das Aufzeigen von Trends und Lücken konkrete Forschungsansätze zur weiteren Bearbeitung aufgezeigt.

10.1 Die niedersächsische Dorfentwicklung im Lichte neuer Verantwortungsstrukturen und Planungsmethoden

Das Ziel der Dorfentwicklung in Niedersachsen umfasst die Unterstützung der Dörfer in ihrer Entwicklung als vitale Wohn-, Wirtschafts- und Lebensräume. Im Hinblick auf die bisherigen Veränderungen des Förderprogramms verdeutlicht sich in der theoretischen Vorarbeit ebenso wie in den empirischen Ergebnissen ein Perspektivwechsel

von einem Erhalt dörflicher Strukturen und der Umsetzung von Baumaßnahmen hin zu einem Bedeutungsgewinn des sozialen Zusammenlebens und der gemeinsamen Gestaltung durch die Akteur*innen vor Ort. Generell veranschaulichen die betrachtete Ausgestaltung und die Veränderung des Förderprogramms vom Jahr 1945 bis in die Gegenwart, die stetige Anpassungsfähigkeit an gesellschaftliche Entwicklungen. Ebenso stellt sich im Zeitverlauf dar, dass Bürger*innen in der Dorfentwicklung schon lange partizipieren und mitwirken können. Die theoretische Vorarbeit hat weiterhin gezeigt, dass in der Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen ein großes endogenes Potenzial besteht. Ebenso hat sich der Wert von Gemeinschaft verdeutlicht, unter der Berücksichtigung der Wandlung des Gemeinschaftsverständnisses – hin zu einem Verständnis, dass mehrere Gemeinschaften parallel existieren können und diese sich heute oftmals aufgrund ähnlicher Interessen als Gemeinschaft verstehen. Die Bedeutung der Bürger*innen als zentrale Akteur*innen in der niedersächsischen Dorfentwicklung wurde erkannt und wird heute in ersten Ansätzen hinsichtlich einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme diskutiert. Die Komplexität von Verantwortung wurde in der theoretischen Auseinandersetzung insbesondere in Anlehnung an HEIDBRINK (2017), YOUNG (2013) und SCHWARZENGER ET AL. (2017) dargestellt. Neben spezifischen Kompetenzen und bestehenden Grenzen, zeigen sich dort vor allem Motivation und Ressourcen als zentral für eine Übernahme von Verantwortung durch Bürger*innen.

In der Forschungsfrage – Inwieweit bedarf die Dorfentwicklung in Niedersachsen einer neuen Ausrichtung in Bezug auf die Selbstgestaltung des Lebensraumes durch die Bürger*innen, ebenso wie neuer lokaler Verantwortungsstrukturen und damit einhergehend neuer Methoden? – wurde ein Blickwinkel, der die Bürger*innen und ihre Partizipationsmöglichkeiten fokussiert, eingenommen. Anspruch der vorliegenden Forschung war es hierauf aufbauend eine gemeinsame Verantwortungsübernahme

der Akteur*innen vor Ort sowie die Zusammenarbeit als Verantwortungsgemeinschaft vertiefend zu betrachten und ihr Potenzial für die Entwicklung ländlicher Räume zu erfassen. Die vorliegende Dissertation hat ein Verständnis von Verantwortung entwickelt, mit welchem sich Kompetenzen und Rahmenbedingungen im Kontext der Dorfentwicklung zuordnen lassen und Verantwortungsgemeinschaft als Begrifflichkeit geschärft werden konnte.

Die Bürger*innen und die Planer*innen verdeutlichen in den Forschungsergebnissen (aus den Expert*inneninterviews und den Fokusgruppendifkussionen) die Bedeutung des gemeinsamen Gestaltens und der Gemeinwohlorientierung als wichtige Potenziale. Als Konsequenz daraus führen die auch heute noch bestehende Wichtigkeit des Miteinanders und der Gemeinschaft zusammen mit der unmittelbaren Betroffenheit zu einem Verantwortungsgefühl und zu der Motivation, sich aktiv einzubringen. Verantwortung wahrzunehmen für bestimmte Aufgaben und diese auch zu übernehmen geht mit einer Fokussierung auf die von den Bürger*innen als wichtig gesehenen Themen einher: die Gestaltung des Alltags mit den dort gesehenen Herausforderungen.

In der theoretischen Einbettung verdeutlichte sich Verantwortung als abstrakte Begrifflichkeit und in unterschiedlichen Verständnissen von Verantwortungswahrnehmung. Dies aufgreifend wurden in der empirischen Forschung die Verantwortungsverständnisse der Bürger*innen und der Planer*innen erfasst, wobei sich unterschiedliche Fokussierungen zeigen. Verantwortung wird von den Bürger*innen zumeist im Zusammenhang mit ihrem eigenen aktiven Handeln gesehen. Sie stellen heraus, dass sie sich um Nachbar*innen ebenso wie die Organisation und Gestaltung von Veranstaltungen und einem Miteinander (Senior*innentreffen, Jugendpflege, Dorfverein) kümmern. Die Planer*innen differenzieren hingegen, dass die formelle Verantwortung der Kommunen durch eine freiwillige Zuständigkeitsverantwortung der Bürger*innen ergänzt werden kann und sehen darin ein großes Potenzial. In der empirischen Forschung hat sich zudem gezeigt, dass

hieran angesetzt werden kann, indem die Selbstgestaltung und Selbstorganisation der Bürger*innen aufgegriffen und unterstützt wird. Für die niedersächsische Dorfentwicklung bedeutet dies einen neuen Fokus auf die sozialen Tätigkeiten einzunehmen bspw. durch eine Förderung des gemeinschaftlichen Miteinanders, die Unterstützung des Austausches, der Kommunikation untereinander sowie der gemeinschaftlichen Aktivitäten. Hier lässt sich die Bedeutung der Planer*innen hervorheben, sie beeinflussen die Zusammenarbeit und die Prozessgestaltung im Rahmen der Dorfentwicklung.

Den unterschiedlichen Herausforderungen in ländlichen Räumen (u.a. demografischer Wandel, finanzielle Belastungsfähigkeit der Kommunen, Gewährleistung der Daseinsvorsorge) zu begegnen, zeigt sich hierbei für alle Akteur*innen als komplexe Aufgabe. Für einen nachhaltigen Erhalt des Lebensraumes und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse braucht es passgenaue Handlungsstrategien, die gemeinsam mit den Menschen vor Ort erarbeitet und umgesetzt werden. Es eröffnet sich eine Diskussion über neue Verantwortungsstrukturen und die Ausgestaltung einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme der Akteur*innen vor Ort. Die Ergebnisse der empirischen Forschung verdeutlichen, dass in den Dorfgregionen des Förderprogramms der Dorfentwicklung oftmals ein Interesse vor Ort besteht Verantwortung für die Gestaltung des Lebensraumes zu übernehmen. Auf diesen Ansätzen können die Planer*innen bezüglich der gemeinsamen Übernahme von Verantwortung durch die Akteur*innen vor Ort aufbauen, ohne dass jedoch eine pauschale Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen gefordert oder diese aus politischer Perspektive als Lösung der Herausforderungen ländlicher Räume herausgestellt wird. Unter der Berücksichtigung, dass schnell Grenzen bestehen bei einer Verantwortungsübernahme durch Bürger*innen, sollten diese beachtet und auf bestehenden Ansätzen, wie dem Engagement und den endogenen Potenzialen vor Ort, aufgebaut werden. Daran anknüpfend zeigen die Ergebnisse der Forschung auf, dass die gelebten Steuerungsverhältnisse vor Ort die Ausgestaltung der im Rahmen der Dorfentwicklung angestrebten

Kooperation sowie die Verteilung von Verantwortung und Entscheidungsmacht beeinflussen. Eine gemeinsame Verantwortungsübernahme für die Gestaltung des Lebensraumes in den Dörfern kann sich in der Form der Partizipation in Bezug auf Entscheidungsfindungen und in der Abgabe von (Teil-) Verantwortung an Bürger*innen durch die kommunale Ebene zeigen.

Neue Verantwortungsstrukturen, wie die Zusammenarbeit als Verantwortungsgemeinschaft von Bürger*innen, kommunalpolitischen Akteur*innen, der Verwaltung und weiterer Akteur*innen (wie der Wirtschaft oder zivilgesellschaftlichen Institutionen) können dazu beitragen, Dörfer als attraktive Räume für das Wohnen, Leben und Arbeiten zu gestalten und innovative Lösungsmöglichkeiten zu finden. Sie stellen diesbezüglich ein großes Potenzial dar. Planer*innen können dieses aufgreifen, indem sie passende Rahmenbedingungen schaffen. Hierzu gehören die methodische Ausgestaltung der Partizipation und eine Kommunikation über die Entscheidungsfindungen. Unter der Berücksichtigung der vorliegenden Forschungsergebnisse braucht eine entsprechende Zusammenarbeit zunächst ein Verständnis über die verschiedenen Rollen und bestehenden Kompetenzen der Beteiligten. Des Weiteren sollten möglichst viele Bewohner*innen(gruppen) motiviert werden sich einzubringen, um die Bedarfe vor Ort erfassen und bearbeiten zu können. Im Zusammenhang mit den Personen, die sich einbringen, lässt sich aufzeigen, dass diese oftmals bereit sind, eine Mitverantwortung zu übernehmen. Hieran ansetzend können die Planer*innen den Bürger*innen Kompetenzen und Wissen zur Übernahme von Verantwortung vermitteln. Hierzu gehören ein selbstständiges Arbeiten zu unterstützen, eine wertschätzende Kommunikation zu etablieren und eine Sensibilisierung für die Thematik anzustoßen. Eine weitere, externe Qualifizierung einzelner Bewohner*innen (z.B. die Dorfmoderatorenausbildung) ist zielführend, um dies zu ergänzen. Im Hinblick auf diese Ausrichtung zeigen sich für die Planer*innen neue Denkanstöße bezüglich der informellen Planung, hier konkret der Dorfentwicklung, um Verantwortungsgemeinschaften durch

neue Beteiligungsstrukturen zu etablieren. Hierzu gehört weiterhin, die bestehenden Förderstrukturen zu bedenken, ohne sich gleichzeitig davon einengen zu lassen. Daraus ergibt sich, langfristige Strukturen zu etablieren und Kooperationen zu verstetigen, so dass diese über die Förderperiode hinausgedacht und entsprechend gehandhabt werden. Unter Berücksichtigung der Forschungsergebnisse verdeutlicht sich, dass eine Verstetigung von Kooperationen ermöglicht werden kann, wenn die im Rahmen der Dorfentwicklung entstehenden Strukturen langfristig in die politischen Strukturen vor Ort und in Entscheidungsfindungen bezüglich der Ortsentwicklung einbezogen werden. In Bezug auf die Bürger*innen verdeutlicht sich ein Vorteil, wenn diese als zentrale Figuren des Dorflebens mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und bestehenden Netzwerken erkannt und eingebunden werden. Daran anknüpfend lässt sich feststellen, dass eine gemeinsame Verantwortungsübernahme der Akteur*innen vor Ort als Basis ein gemeinsames Verantwortungsverständnis benötigt. Hierfür müssen die Belange vor Ort erkannt und die notwendigen (sozialen) Aufgaben identifiziert werden, um anschließend gemeinsam die Verantwortung zu verteilen, die dann individuell als Mitverantwortung übernommen werden kann. So können idealerweise die definierten Aufgaben in Zusammenarbeit, Absprache und gegenseitiger Ergänzung erfüllt und langfristig Veränderungen gestaltet werden. Planer*innen können diesen Prozess im Rahmen der Dorfentwicklung methodisch und strategisch unterstützen.

Weiterhin zeigt sich in den Forschungsergebnissen die Bedeutung der selbstbestimmten Verantwortungsübernahme für die Gestaltung des Lebensumfeldes durch die Bürger*innen. Insbesondere in Bezug auf die Handlungsorientierungen der Bürger*innen sind das Gemeinwohlinteresse und das Miteinander im Ort hervorzuheben. Dorfgemeinschaften kommt heute noch eine große Bedeutung zu, auch wenn in den Dörfern zu differenzieren ist, wer Teil einer Gemeinschaft ist und worüber sich als solche definiert wird. Zudem lassen die Ergebnisse der vorliegenden Forschung unter Einbezug der theoretischen Ansätze von HEIDBRINK (2017), YOUNG (2013) und

der empirischen Forschung von SCHWARZENBERGER ET AL. (2017) vermuten, dass Bürger*innen selbstbestimmt Verantwortung für definierte Aufgaben übernehmen können, basierend auf ihrer intrinsischen Motivation und den bestehenden Kompetenzen. Die gemeinsame Verantwortungsübernahme für die Gestaltung des Lebensraumes in Dörfern basiert unter Einbezug der erhobenen Forschungserkenntnisse auf den bestehenden Handlungsmotivationen. Die hervorgehobene Gemeinwohlorientierung und die Bedeutung eines guten Miteinanders vor Ort verdeutlichen zusammen mit einer angestrebten kooperativen Strategie ein weites Verantwortungsverständnis der befragten Akteur*innen. Mit einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme für die künftige Gestaltung der Dörfer wird eine zukunftsorientierte Perspektive fokussiert. Daran anknüpfend verdeutlichen die dargestellten Ergebnisse eine Mitverantwortung aller Bürger*innen, die basierend auf den individuellen Präferenzen und den Ressourcen wahrgenommen und übernommen wird. Informelle Planungsinstrumente wie die Dorfentwicklung können diesbezüglich Möglichkeits- und Handlungsspielräume der Individuen gestalten und eine Mitverantwortungsübernahme unterstützen. Es verdeutlicht sich dahingehend die Notwendigkeit und das Potenzial einer inhaltlichen, strategischen, methodischen und instrumentellen Weiterentwicklung und fortwährenden Anpassung des Förderprogramms der niedersächsischen Dorfentwicklung.

Als Konsequenz daraus zeigt sich die Wichtigkeit auch weiterhin ein Förderinstrument bereitzustellen, welches auf der lokalen Ebene des Dorfes – gemeinsam mit den Bürger*innen vor Ort – agiert. Die Thematisierung von einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme bietet sich im Rahmen der Dorfentwicklung an, bedarf gleichzeitig jedoch einer Beachtung der individuellen Situationen vor Ort und kann idealerweise auf bestehenden Handlungsmotivationen aufbauen. Diese können unterstützt und gefördert werden, wobei es einer flexiblen Handhabung des Förderinstruments bedarf. Eine Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme besteht oftmals durch das eigene Rollenverständnis und die Aufgaben, die Bürger*innen bisher schon über-

nehmen. Entscheidend sind hier eine Offenheit der kommunalen Ebene für das Thema, Kommunikation über ein gemeinsames Verantwortungsverständnis sowie die mögliche Verteilung von Aufgaben unter Beachtung bestehender Grenzen des Leistbaren.

10.2 Ausblick

In der Reflexion des Forschungsdesigns und der verwendeten Methoden der vorliegenden Dissertation verdeutlicht sich die Relevanz aller Akteur*innen vor Ort, wenn es um die gemeinsame Verantwortungsübernahme als Verantwortungsgemeinschaft geht. Der Fokus der empirischen Forschung lag auf der Fachperspektive der Planer*innen, da diese den Dorfentwicklungsprozess und die Struktur gestalten und stark beeinflussen. Die Alltagsperspektive der Bürger*innen wurde ergänzend erfasst und hinzugezogen. Die eigenständige Betrachtung der Ebenen der Gemeinde und der Bewilligungsbehörde stand nicht im Fokus der Forschung, sondern wurde nur indirekt über die Perspektive der Planer*innen erfasst. Eine spezifische Betrachtung der Perspektiven der kommunalpolitischen Vertreter*innen, der Verwaltung und der Ämter für regionale Landesentwicklung wäre ein weiterer relevanter Fokus für die zukünftige Ausrichtung der Instrumente und Projekte der Dorfentwicklung. Es verdeutlicht sich ein Forschungsbedarf, der auch an die bestehenden relevanten Ergebnisse anknüpfen kann.

Weiterhin haben die empirischen Ergebnisse die Bedeutung der Motivation der Bürger*innen bezüglich der Übernahme von Verantwortung verdeutlicht. Eine Forschung, die diese spezifisch erfasst, könnte die bestehenden Ergebnisse bezüglich der Aktivierung und Einbindung der Bürger*innen im Rahmen von Verantwortungsübernahme erweitern. Ebenfalls wäre eine wichtige Ergänzung, die Bürger*innen, die sich nichteinbringen, einzubeziehen und die Gründe sowie aufbauend möglicherweise notwendige Anpassungen der Dorfentwicklung dahingehend zu diskutieren. Hier verdeutlichen sich die Möglichkeiten mit einer ganz anderen als der vorliegenden Perspektive auf den Forschungsgegenstand der Dorfentwicklung zu schauen.

In der Betrachtung des verwendeten Forschungsdesigns verdeutlicht sich in der Auswahl der Dorfregionen eine Fokussierung auf Regionen, in denen viel Engagement stattfindet. Dies hat im Zuge der Forschung ermöglicht eine umfassende Perspektive zu der Übernahme von Verantwortung und den Möglichkeiten von Verantwortungsgemeinschaften zu bekommen. Gleichzeitig wurden jedoch Dorfregionen mit weniger engagierten Bewohner*innen nicht in das Sampling eingebunden. Offene Aspekte der Forschung zeigen sich darin, inwieweit eine gemeinsame Verantwortungsübernahme an schon engagierte Bürger*innen, ein bestehendes Interesse und bestehende Zusammenarbeit gekoppelt ist oder inwieweit es auch eine Möglichkeit für bisher weniger engagierte Dorfregionen darstellt. Da die vorliegende Forschung entsprechend nicht repräsentativ bezüglich der Dorfregionen ist, zeigt sich eine Forschungslücke in der umfassenderen Betrachtung von unterschiedlichen Dorfregionen bzw. eine Typisierung dieser. Generell ist die Heterogenität der Dorfregionen zu betonen, die in der vorliegenden Forschung bisher nur durch die umfassenden Kenntnisse der Planer*innen über sehr viele niedersächsische Dorfregionen ansatzweise erfasst wurden.

Methodisch lässt sich neben der schon reflektierten Akteursfokussierung und der Auswahl der Untersuchungsregionen selbstkritisch die Durchführung der Fokusgruppen betrachten. Die rekrutierten Teilnehmer*innen für die Fokusgruppen umfassen vorwiegend besonders engagierte Personen, die aufgrund der freiwilligen Teilnahme ein großes Interesse an der Thematik hatten. Dies führt dazu, dass das davon ausgegangen werden kann, dass eine eher positive Sicht auf das Förderprogramm und ein Interesse an einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme vorlag. Diese Aspekte sollten bei der Betrachtung der Ergebnisse berücksichtigt werden. Eine diversere Gruppe an Teilnehmer*innen hätte hier eine umfassendere Perspektive auf die Situation vor Ort ermöglicht. Trotzdem hat sich das qualitative Vorgehen sehr bewährt, da durch das Interesse an der Thematik umfassend diskutiert wurde und Zusammenhänge und Begründungen verdeutlicht werden konnten.

Die vorliegende Dissertation hat einen wichtigen Einblick in theoretische und praktische Auseinandersetzung mit Verantwortungsgemeinschaften und einer diesbezüglichen Weiterentwicklung und Anpassung der Dorfentwicklung ermöglicht. Sie schließt damit an Forschungsarbeiten der Dorf- und Regionalentwicklung und das Thema gemeinsame Verantwortungsübernahme/Verantwortungsgemeinschaft an, mit einer Fokussierung auf die Entwicklung ländlicher Räume durch das informelle Planungsinstrument der Dorfentwicklung. Es verdeutlicht sich ableitend ein Forschungsbedarf bezüglich der Übertragung des ausgearbeitet Verantwortungsbegriffs und der Möglichkeiten und Bedingungen der Umsetzung von Verantwortungsgemeinschaften auf ähnliche Förderprogramme außerhalb Niedersachsens sowie auch der generellen Entwicklung ländlicher Räume. Hier veranschaulicht sich zudem die Forschungslücke die Übernahme von Verantwortung in Planungs- und Gestaltungsprozesse auch außerhalb der Dorfentwicklung hinsichtlich der endogenen Potenziale zu betrachten.

Letztendlich ist eine Anschlussfähigkeit an aktuelle politische Entwicklungen zu reflektieren. Der aktuelle Stand der Forschung verdeutlicht ein Interesse der stärkeren Fokussierung sozialer Belange im Rahmen der Dorfentwicklung, welches auch durch die empirische Forschung gestützt wird, während dort gleichzeitig notwendige Veränderungen verdeutlicht werden. Als Implikationen und Empfehlungen für die Planer*innen zur zukünftigen Ausgestaltung der Dorfentwicklung lassen sich neu ausgestaltete Beteiligungsstrukturen hervorheben, um die Akteur*innen vor Ort als Verantwortungsgemeinschaft in die Dorfentwicklung einzubinden. Diese umfassen das Zusammenführen geeigneter Personen, die Klärung von Rollenverständnissen und Befugnissen sowie die Rahmung und Strukturierung einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme. In den Forschungsergebnissen wird deutlich, dass eine Verstetigung von entstehenden Strukturen angestrebt wird, welche durch die Planer*innen während des Dorfentwicklungsprozesses unterstützt werden können. Neben diesen Handlungsansätzen für die Planer*innen der Dorfentwicklung, deutet sich ein

Entwicklungsbedarf bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung und den jeweiligen Gemeinden an. Beide Akteur*innen haben einen großen Einfluss auf die äußeren Rahmenbedingungen - einmal durch die Gestaltung der rechtlichen Grundlage sowie der Entscheidung über Projektförderungen und einmal

über die Einbindung der Bürger*innen in Entscheidungsprozesse und die Bereitschaft Planer*innen auch über die Planerstellungphase hinaus in der Umsetzungsphase weiter zu beschäftigen und die geschaffenen Partizipationsstrukturen fortzuführen.

11 Literaturverzeichnis

A Schriftliche Quellen

- AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT (1986): Das Modellvorhaben Dorferneuerung des Landes Niedersachsen in seinen Auswirkungen auf dörfliche Entscheidungsstrukturen und soziale Gefüge. Göttingen: ASG-Materialsammlung (176). Göttingen.
- ALSCHER, MAREIKE; DATHE, DIETMAR; PRILLER, ECKHARD; SPETH, RUDOLF (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.
- ARGE NACHHALTIGE LANDENTWICKLUNG (2018): Strategiepapier „Soziale Dorfentwicklung“.
- ARNSTEIN, SHERRY R. (1969): A Ladder Of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners 35 (4), S. 216-224.
- BANZHAF, GÜNTER (2017): Der Begriff der Verantwortung in der Gegenwart: 29.-21. Jahrhundert. In: LUDGER HEIDBRINK (Hg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 149-168.
- BARANEK, ELKE; FISCHER, CORINNA; WALK, HEIKE (2005): Partizipation und Nachhaltigkeit. Reflektionen über Zusammenhänge und Vereinbarkeit. Hg. v. Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG). Berlin.
- BAUM, DETLEF (2014): Dorf und Stadt als idealtypischen Konturen und Lebensräume in Ost und West. In: WERNER NELL UND MARC WEILAND (Hg.): Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt. s.l.: transcript Verlag, S. 111-135.
- BAUMANN, CHRISTOPH (2014): Facetten des Ländlichen aus einer kulturgeographischen Perspektive. Die Beispiele Raumplanung und Landmagazine. In: WERNER NELL UND MARC WEILAND (Hg.): Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt. s.l.: transcript Verlag, S. 89-110.
- BAYERTZ, KURT; BECK, BIRGIT (2017): Der Begriff der Verantwortung in der Neuzeit und in der Aufklärung. In: LUDGER HEIDBRINK (Hg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 133-148.
- BBSR - BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Unter Mitarbeit von GABRIELE STURM. Hg. v. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn.
- BBSR - BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hg.) (2012): Raumordnungsbericht 2011. Unter Mitarbeit von Klaus Einig. Bundesamt für Bauwesen und Raumforschung (BBR). Bonn.
- BECKER, HEINRICH (1997): Dörfer heute. Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel; 1952, 1972 und 1993/95. Bonn: Forschungsges. für Agrarpolitik und Agrarsoziologie (Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., 307).
- BENZ, ARTHUR; KILPER, HEIDEROSE (2018): Governance. In: HANS HEINRICH BLOTEVOGEL, THOMAS DÖRING UND SUSAN GROTEFELS (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 857-866.
- BERGOLD, RALPH; MÖRCHEN, ANNETTE (2010): Bürgerschaftliches Engagement - ein Zukunftsprojekt. In: RALPH BERGOLD (Hg.): Zukunftsfaktor bürgerschaftliches Engagement. Chancen für kommunale Entwicklung; Beispiele und Perspektiven; Dokumentation; Workshop - 9. und 10. Dezember 2009 im Katholisch-Sozialen Institut in Bad Honnef. Bad Honnef: KSI, S. 6-10.
- BIEKER, SUSANNE; KNIELING, JÖRG; OTHENGRAFEN, FRANK; SINNING, HEIDI (2004): Kooperative Stadt-Region 2030. Forschungsergebnisse, Beiträge zu STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig. 1. Aufl. Bd. 13. Braunschweig.
- BISCHOFF, ARIANE; SELLE, KLAUS; SINNING, HEIDI (2005): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen; eine Übersicht zu Formen, Verfahren und

- Methoden. Völlig überarb. u. erw. Neuaufl. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur (Kommunikation im Planungsprozess, 1).
- BLOTEVOGEL, HANS HEINRICH (2005): Raum. In: Ernst-Hasso Ritter (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung, 4., neu bearb. Aufl. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 831-841.
- BLOTEVOGEL, HANS HEINRICH; DÖRING, THOMAS; GROTEFELS, SUSAN (Hg.) (2018): Handwörterbuch der Stadt- und Regionalentwicklung: Band 1-4. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- BLUME, LORENZ (2018): Sozialkapital. In: HANS HEINRICH BLOTEVOGEL, THOMAS DÖRING UND SUSAN GROTEFELS (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 2213-2218.
- BMEL - BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT (2014): Ländliche Entwicklung aktiv gestalten. Leitfaden.
- BMELV - BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2011): „Unser Dorf hat Zukunft“. 50 Jahre Dorfwettbewerb 1961-2011. Unter Mitarbeit von Lutz Wetzlar. Rostock.
- BML - BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hg.) (1967): Flurbereinigung und Dorferneuerung. Schriftenreihe für Flurbereinigung (42): Landwirtschaftsverlag GmbH. Hiltrup.
- BOGNER, ALEXANDER; LITTIG, BEATE; MENZ, WOLFGANG (2014): Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- BÖHM, FRANZ; POLLOCK, FRIEDRICH (1955): Gruppenexperiment. In: Frankfurter Beiträge zur Soziologie.
- BOOS-KRÜGER, ANNEGRET; GRASS, CHRISTOPH; SCHÜTTLER, KLAUS (2007): Evaluation der Hessischen Dorfentwicklung - neue Anforderungsprofile an ein Programm für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums im Zeichen des demographischen Wandels. In: RN (4), S. 28-40.
- BORGES, H.-D. (1979): Massnahmen und Förderung der Dorferneuerung in Niedersachsen. In: Landwirtschaftskammer Hannover (Hg.): Dorferneuerung. Problemschwerpunkte bei der städtebaulichen Entwicklung ländlicher Gemeinden in Niedersachsen (Bericht 21), S. 57-60.
- BORN, KARL MARTIN (2017): Komplexe Steuerung in ländlichen Räumen: Herausforderungen und Perspektiven von Governance in einer spezifischen Raumkategorie. In: WILFRIED KÜRSCHNER (Hg.): Der ländliche Raum. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Berlin, Münster: LIT (Vechtaer Universitätschriften, Band 38), S. 9-34.
- BORN, KARL MARTIN (2019): Raumplanung. In: WERNER NELL UND MARC WEILAND (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. J.B. Metzler: Springer-Verlag GmbH Deutschland, S. 20-26.
- BRAKE, ULRIKE; KLEIN, RALF (1997): Dorferneuerung im Emsland. In: Zeitschrift für Angewandte Geographie (4).
- BRATU, CHRISTINE (2017): Korporative und kooperative Verantwortung. In: LUDGER HEIDBRINK (Hg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 477-500.
- BRÖCKLING, FRANK (2004): Integrierte Ländliche Regionalentwicklung und Kulturlandschaftspflege. Westfälische Wilhelms-Universität Münster.
- BUNDESREGIERUNG (1984): Rahmenplanung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 1984 bis 1987. Hg. v. Bundesregierung. Bonn.
- BÜRKI, ROLF (2000): Klimaänderung und Anpassungsprozesse im Wintertourismus. Zugl.: Zürich, Univ., Diss, 2000 u.d.T.: BÜRKI, ROLF: Klimaänderung und Anpassungsprozesse im Tourismus. St. Gallen: Ostschweizerische Geographische Ges (Publikation der Ostschweizerischen Geographischen Gesellschaft, N.F., 6).
- CLEMENS, CORINNA (2004): Ethische Aspekte in der Ausbildung von Raumplanerinnen und Raum-

- planern. In: MARTIN LENDI UND KARL-HERMANN HÜBLER (Hg.): Ethik in der Raumplanung. Zugänge und Reflexionen. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung, S. 203-219.
- DAMM, THERESA; DÄHNER, SUSANNE; SLUPINA, MANUEL; KLINGHOLZ, REINER (2017): Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- DANIELZYK, RAINER; KNIELING, JÖRG (2011): Informelle Planung. In: KLAUS BORCHARD (Hg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verl. der ARL, S. 473-498.
- DANNENBERG, PETER; LANG, THILO; LEHMANN, KARSTEN (2012): Einführung „Ländliche Räume“ in Deutschland: neuere Zugänge zu einer alten Kategorie. In: Europa Regional 18.2010, S. 55-59. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/>, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- DEHNE, PETER (2010): Dorferneuerung. In: DIETRICH HENCKEL, KESTER KUCZKOWSKI, PETRA LAU, ELKE PAHL-WEBER UND FLORIAN STELLMACHER (Hg.): Planen - Bauen -Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 116-120.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Hg. v. Deutscher Bundestag.
- DRILLING, MATTHIAS; SCHNUR, OLAF (2012): Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- DÜNCKMANN, FLORIAN (2019): Das Dorf als politischer Ort. In: Werner Nell und Marc Weiland (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch, S. 144-151.
- EIGNER-THIEL, SWANTJE; MAUTZ, RÜDIGER (2017): Pilotstudie „Potenziale und Herausforderungen dörflicher Entwicklungsprozesse“. Abschlussbericht. Hg. v. Landkreis Göttingen. Göttingen.
- EINIG, KLAUS (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: Informationen zur Raumentwicklung ((1/2)), S. 17-40.
- EINIG, KLAUS (Hg.) (2015): Anpassungsstrategien zur regionalen Daseinsvorsorge. Empfehlungen der Facharbeitskreise Mobilität, Hausärzte, Altern und Bildung. Deutschland. Bonn: Selbstverl. des Bundesinst. für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumforschung (BBR) (MORO Praxis, 2).
- EVERS, ADALBERT; KLIE, THOMAS; ROSS, PAUL-STEFAN (2015): Die Vielfalt des Engagement. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: APuZ (14-15), S. 3-9.
- EXPERT*INNENGRUPPE DEZENTRALE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN UND LA 21 (2006): Nachhaltigkeit durch Beteiligung. im Sinne der „Gemeinsamen Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich“. Positionspapier.
- FLICK, UWE (2011): Triangulation. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- FLICK, UWE; KARDORFF, ERNST VON; STEINKE, INES (Hg.) (2010): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 8. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag (Rororo Rowohlt's Enzyklopädie).
- FRITSCH, CAROLINE; SCHÖNE, MANDY (2013): „Verantwortungsgemeinschaften“ - Zur Konjunktur einer politisch-programmatischen Leitidee. In: FABIAN KESSL UND CHRISTIAN REUTLINGER (Hg.): Urbane Spielräume. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 135-146.
- FÜRST, DIETRICH (2008): Begriff der Planung und Entwicklung der Planung in Deutschland. In: DIETRICH FÜRST UND FRANK SCHOLLES (Hg.): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. 3., vollst. überarb. Aufl. Dortmund: Rohn, S. 21-47.
- FÜRST, DIETRICH (2010): Akteure der Planung. In: DIETRICH HENCKEL, KESTER KUCZKOWSKI, PETRA LAU, ELKE PAHL-WEBER UND FLORIAN

- STELLMACHER (Hg.): Planen - Bauen -Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 18-21.
- FÜRST, DIETRICH; MÄDING, HEINRICH (2011): Raumplanung unter veränderten Verhältnissen. In: KLAUS BORCHARD (Hg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verl. der ARL, S. 11-75.
- FÜRST, DIETRICH; SCHOLLES, FRANK (2008a): Einführung. In: DIETRICH FÜRST UND FRANK SCHOLLES (Hg.): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. 3., vollst. überarb. Aufl. Dortmund: Rohn, S. 15-20.
- FÜRST, DIETRICH; SCHOLLES, FRANK (Hg.) (2008b): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. 3., vollst. überarb. Aufl. Dortmund: Rohn.
- FÜRST, DIETRICH; SCHOLLES, FRANK (2008c): Partizipative Planung. In: DIETRICH FÜRST UND FRANK SCHOLLES (Hg.): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. 3., vollst. überarb. Aufl. Dortmund: Rohn, S. 161-178.
- GANS, PAUL (2018): Demografischer Wandel. In: HANS HEINRICH BLOTEVOGEL, THOMAS DÖRING UND SUSAN GROTEFELS (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 375-396.
- GERHARDT, VOLKER (2017): Individuelle Verantwortung. In: LUDGER HEIDBRINK (Hg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 431-452.
- GLASER, BARNEY G.; STRAUSS, ANSELM L. (1998): Grounded theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern: Huber.
- GLÄSER, JOCHEN; LAUDEL, GRIT (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- GLÜCK, ALOIS (2008): Teilhabe und Verantwortung in der Aktiven Bürgergesellschaft. In: DANIEL DETTLING (Hg.): Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft; 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 80-96.
- GRABSKI-KIERON, ULRIKE (2016): Politik im und für den ländlichen Raum. In: APuZ 66.Jahrgang (46-47), S. 23-28.
- GRAJEWSKI, REGINA (2008): Ex-post-Bewertung von PROLAND NIEDERSACHSEN. Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Braunschweig, Hamburg, Hannover.
- GREIVING, STEFAN (2014): Reform der Zentrale-Orte-Konzepte in den Ländern und Folgen für Siedlungsstruktur und Daseinsvorsorge. Endbericht. Bonn
- HAHN, HENNING (2017): Globale Verantwortung. In: LUDGER HEIDBRINK (Hg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 525-542.
- HAHNE, ULF (1985): Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale. Zu den Chancen „endogener“ Entwicklungsstrategien. München: Florentz (Schriften des Instituts für Regionalforschung der Universität Kiel, 8).
- HARTEISEN, ULRICH (2016): Dörfer gemeinsam zukunftsfähig gestalten: Das Konzept der Dorfmoderation. In: Land-Berichte. Sozialwissenschaftliches Journal Jg. XIX (3), S. 31-41.
- HARTEISEN, ULRICH; EIGNER-THIEL, SWANTJE (2016): Lebensqualität und Dorfentwicklung. Eine Fallstudie aus Niedersachsen. In: Raumforsch Raumordn.
- HAUG, SONJA (1997): Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand. Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung. Mannheim.
- HEIDBRINK, LUDGER (2017a): Definitionen und Voraussetzungen der Verantwortung. In: LUDGER HEIDBRINK (Hg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 3-34.
- HEIDBRINK, LUDGER (Hg.) (2017b): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

- HEINCKE, MAREN (2016): Soziale Dorfentwicklung. In: *Perspektive* (40).
- HELFFERICH, CORNELIA (2011): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- HENCKEL, DIETRICH; KUCZKOWSKI, KESTER; LAU, PETRA; PAHL-WEBER, ELKE; STELLMACHER, FLORIAN (Hg.) (2010): Planen - Bauen -Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- HENKEL, GERHARD (2012): Das Dorf. Landleben in Deutschland; gestern und heute. Stuttgart: Theiss.
- HERCZEG, MICHAEL (2014): Design for Responsibility. Die Rolle des Operateurs zwischen Automation und Verantwortung. Bonn.
- HERRIGER, NORBERT (2014): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 5., erweiterte und aktualisierte Auflage. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- HILL, BURKHARD (2008): Selbsthilfe und soziales Engagement – Motor für die Zivilgesellschaft? In: *NAKOS Extra* (37).
- ISAACS, TRACY (2017): Kollektive Verantwortung. In: LUDGER HEIDBRINK (Hg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 453-476.
- JAKOB, GIESELA (2009): Kommunen und bürgerschaftliches Engagement - gegenwärtiger Stand, Probleme und Lösungsansätze. Expertise für den Bericht „Potenziale und Grenzen von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland“.
- JONAS, HANS (1979): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- KANT, IMMANUEL; WEISCHEDEL, WILHELM (2014): Kritik der praktischen Vernunft. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. 21. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- KARWEIK, KLAUS (2009): VIP für VIPs in der Dorferneuerung - vom Modellprojekt zum Erfolgsmodell. In: *Ländlicher Raum* 60, S. 29-33.
- KARWEIK, KLAUS (2016): Dorferneuerung wird ökologisch-soziale Dorfentwicklung. In: *ASG Ländlicher Raum*, S. 18-22.
- KERSTEN, JENS; NEU, CLAUDIA; VOGEL, BERTHOLD (2012): Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates. Hamburg: Hamburger Ed. HIS Verl.-Ges.
- KERSTEN, JENS; NEU, CLAUDIA; VOGEL, BERTHOLD (2015): Für eine Gemeinschaftsaufgabe zur Stärkung der regionalen Daseinsvorsorge. In: *WISO direkt*.
- KIEHLBREI, NINA; MAGEL, HOLGER (2012): Bürgerbeteiligung in der Ländlichen Entwicklung dauerhaft und wirksam gestalten. Existenzstrategien der Verwaltung für Ländliche Entwicklung für die Zeit danach. In: *Mitteilungen des DVW-Bayern*, S. 319-333.
- KIRSCH, JEANETT; FRAHM, TANJA; BUKIES, KARIN (2018): Dorfentwicklungsplan von Bierde bis Wittlohe. Gemeinsam für eine lebenswerte Dorfregion.
- KLAEDEN, SANDRA VON (2017): Praxishilfe. Pflichtaufgabe oder freiwillige Leistung? Abgrenzung und Handlungsoptionen. Hildesheim.
- KLEIN, ANSGAR (2018): Zivilgesellschaft. In: HANS HEINRICH BLOTEVOGEL, THOMAS DÖRING UND SUSAN GROTEFELS (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 3001-3006.
- KLIE, THOMAS; KLIE, ANNA WIEBKE; MARZLUFF, SILKE (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. 1. Aufl. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Niestetal (1BR51).
- KOCH, STEFANIE (2012): Nachhaltige Dorfentwicklung. Zukunft - Identität - Tradition in nordhessischen Dörfern. Kassel: Kassel Univ. Press (Entwicklungsperspektiven, 101).
- KÖDELPETER, THOMAS; NITSCHKE, ULRICH (2008): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. 1. Aufl. Wiesbaden: VS

- Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- KÖHLER, HORST (1995): Stadt- und Dorferneuerung in der kommunalen Praxis. Sanierung - Stadtumbau - Entwicklung - Denkmalschutz - Baugestaltung. Berlin: Schmidt.
- KRAMBACH, KURT (2007): Möglichkeiten der Selbstorganisation von Dörfern in den ostdeutschen Bundesländern. 1. Teilbericht. Hg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- KRAMBACH, KURT (2013): Dorfbewegung - warum und wie? Hg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- KRÄMER, STEFAN (2011): Bürgerschaftliches Engagement und demografischer Wandel in kleinen Gemeinden. In: DORIS SCHMIED, KARL MARTIN BORN UND HENNING BOMBECK (Hg.): Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft. 1st ed. Göttingen: Cuvillier Verlag (RURAL, v.5), S. 1-20.
- KRÄMER, STEFAN (2016): Kleine Gemeinden: Neue Formen bürgerschaftlichen Engagements und kommunaler Unterstützung. In: DORIS SCHMIED und Wüstenrot Stiftung (Hg.): Kooperation in ländlichen Räumen. 1st ed. Göttingen: Cuvillier Verlag (RURAL, v.8), S. 149-172.
- KRICHELDORFF, CORNELIA; MERTENS, ANGELINA; TORNELLO, LUCIA (2015): Auf dem Weg zu einer sorgenden Kommune. Handbuch für politisch Verantwortliche, Gestalter und Akteure in Baden-Württembergs Kommunen. Freiburg.
- KUCKARTZ, UDO (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- KÜHN, THOMAS; KOSCHEL, KAY-VOLKER (2018): Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch. 2. Auflage 2018. Wiesbaden, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- KÜPPER, PATRICK (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Johann Heinrich von Thünen-Institut. Braunschweig (Thünen Working Paper, 68), zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- LAMNEK, SIEGFRIED (2005): Gruppendiskussion. Theorie und Praxis. 2., überarb. und erw. Aufl. Weinheim: Beltz (UTB Psychologie, Pädagogik, Soziologie, 8303).
- LENDI, MARTIN (2010): Ethik in der Planung. In: DIETRICH HENCKEL, KESTER KUCZKOWSKI, PETRA LAU, ELKE PAHL-WEBER UND FLORIAN STELLMACHER (Hg.): Planen - Bauen -Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 143-146.
- LENZ, ALBERT (2009): Empowerment - eine Perspektive für die psychosoziale Praxis. In: PiD (4).
- LENZ, ALBERT; STARK, WOLFGANG (Hg.) (2002): Empowerment. Neue Perspektiven für psychosoziale Praxis und Organisation. Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie. Tübingen: Dgvt-Verl. (Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung, 10).
- MAGEL, HOLGER; RITZINGER, ANNE; GROSS, CHRISTIANE (2009): Dorferneuerung 2020 - Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern. Teil 2A Dorffunktionen der Zukunft.
- MAGEL, HOLGER; RITZINGER, ANNE; GROSS, CHRISTIANE (2010): Dorferneuerung 2020 - Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern. Teil 3 Strategien für die Dorferneuerung 2020.
- MAGEL, HOLGER; RITZINGER, ANNE; GROSS, CHRISTIANE; BOCK, HUBERTA (2007): Dorferneuerung 2020 - Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern. Teil 1 - Das Dorf im Wandel der Zeit.
- MANGOLD, WERNER (1960): Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens. In: Frankfurter Beiträge zur Soziologie.
- MARG, STINE (2013): Vorstoß in die Mitte. Fokusgruppen als Instrument zur Erkundung der funktionsbedürftigen sozialen Mitte. Dissertation. Göttingen.
- MAYER, HORST O. (2013): Interview und schriftliche Befragung. Grundlagen und Methoden empirischer Sozialforschung. 6., überarb. Aufl. München: Oldenburg (Sozialwissenschaften 10-2012).
- MAYNTZ, RENATE; SCHARPF, FRITZ W. (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutio-

- nalismus. In: RENATE MAYNTZ UND FRITZ W. SCHARPF (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, 23), S. 39-72.
- MAYRING, PHILIPP (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarb. Aufl. Weinheim: Beltz (Beltz Pädagogik).
- MENSCH, KIRSTEN (2012): Neue Verantwortungen - Die Koproduktion von Gemeinwohl. Hg. v. Schader Stiftung.
- MERTON, ROBERT K.; KENDALL, PATRICIA L. (1946): The Focused Interview. In: American Journal of Sociology 51 (6), S. 541-557.
- MEYER, CHRISTIAN (2017): In die Zukunft lebendiger Dörfer investieren. Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- MEYER, FRANK; MIGGELBRINK, JUDITH (2017): Ehrenamtliches Engagement in schrumpfenden Regionen. Ein Editorial. In: Raumforsch Raumordn 75 (6), S. 497-498.
- MIEG, HARALD A.; NÄF, MATTHIAS (2006): Experteninterviews in den Umwelt- und Planungswissenschaften. Eine Einführung und Anleitung. Lengerich: Pabst Science Publ.
- MILSTEIN, ALEXANDER (2018): Daseinsvorsorge. In: Hans Heinrich Blotvogel, Thomas Döring und Susan Grotefels (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 361-373.
- MITTERER, BRIGITTE (2013): Raumbezogene Lebensstile und Konsummuster -eine Annäherung an die Dorfbewohner des 21. Jahrhunderts. Würzburg.
- MOSE, INGO (2018): Ländliche Räume. In: HANS HEINRICH BLOTEVOGEL, THOMAS DÖRING UND SUSAN GROTEFELS (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 1323-1333.
- MOSER, ANDREA; FENGLER, BIRGIT; PETER, HEIKE (2016): Ansätze für die Zusammenarbeit in der Politik zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Ergebnisse aus der 7-Länder-Evaluation 2007-2015. In: DORIS SCHMIED und Wüstenrot Stiftung (Hg.): Kooperation in ländlichen Räumen. 1st ed. Göttingen: Cuvillier Verlag (RURAL, v.8), S. 75-87.
- NANZ, PATRIZIA; FRITSCHKE, MIRIAM (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- NEU, CLAUDIA (2011): Mitbestimmen - Mitentscheiden - Mitgestalten: Partizipation und Bürgergesellschaft vor neuen Herausforderungen. In: DORIS SCHMIED, KARL MARTIN BORN UND HENNING BOMBECK (Hg.): Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft. 1st ed. Göttingen: Cuvillier Verlag (RURAL, v.5), S. 95-108.
- NOWOTNY, NADJA (1992): „Innere Dorferneuerung“: Theorie- und praxisorientierte Überlegungen zu einem vernachlässigten Bereich. In: HERBERT DACHS (Hg.): Das gefährdete Dorf. Grundsätzliches zur Dorferneuerung; Erfahrungen am Beispiel Salzburg. Salzburg: Residenz-Verl., S. 169-174.
- PAHL-WEBER, ELKE (2010): Informelle Planung in der Stadt- und Regionalplanung. In: DIETRICH HENCKEL, KESTER KUCZKOWSKI, PETRA LAU, ELKE PAHL-WEBER UND FLORIAN STELLMACHER (Hg.): Planen - Bauen -Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 225-232.
- PETER, HEIKE; FENGLER, BIRGIT; MOSER, ANDREA (2013): Welches Potenzial bietet die Dorferneuerungsförderung in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zur Innenentwicklung von Dörfern? In: Raumforsch Raumordn 71 (1), S. 49-64.
- PÖTZSCH, HORST (2009): Deutsche Demokratie. Hg. v. bpb. Bonn.
- RAU, IRINA; SCHWEIZER-RIES, PETRA; HILDEBRAND, JAN (2012): Participation: The silver bullet for the acceptance of renewable energy? In: SIGRUN KABISH, ANNA KUNATH, PETRA SCHWEIZER-RIES UND ANNETT STEINFÜHRER (Hg.): Vulnerability, risks and complexity. Impact of global change on human habitats. Leipzig: Hogrefe, S. 177-192.

- REHBERG, MICHAEL; HOFFMANN, ANNA (2014): Methoden räumlicher Planung und partizipative Technologievorausschau - Chancen einer interdisziplinären Anknüpfung? In: PATRICK KÜPPER, MEIKE LEVIN-KEITEL, FRIEDERIKE MAUS, PETER MÜLLER, SARA REIMANN, MARTIN SONDERMANN ET AL. (Hg.): Raumentwicklung 3.0 - Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten. 15. Junges Forum der ARL. Hannover. ARL, S. 222-234.
- REICHERTZ, JO (2016): Qualitative und interpretative Sozialforschung. Eine Einladung. Wiesbaden: Springer VS (Studientexte zur Soziologie).
- RENKER, CLEMENS (2018): Das neue Dorf. Gestalten, um zu überleben - vier Handlungsfelder zum Erhalt dörflicher Gemeinden. Wiesbaden: Springer Gabler.
- RICHTER, RALPH (2019): Sozialer Wandel ländlicher Gesellschaften. In: WERNER NELL UND MARC WEILAND (Hg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch, S. 129-136.
- RITZINGER, ANNE (2011): Forschungsprojekt „Dorferneuerung 2020“: Neue Schwerpunkte in strukturschwachen, schrumpfenden Dörfern. In: HOLGER MAGEL (Hg.): Schrumpfung als Herausforderung für ländliche Räume, Bd. 43. München. München (Materialiensammlung des Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung der TU München, 43), S. 81-89.
- ROHLAND, PETER (2005): Partizipation - ein Schlüsselbegriff für eine Verantwortungsteilung im aktivierenden Staat. In: vhw FW 6, S. 285-286.
- ROSENFELD, MARTIN T. W. (2018): Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: HANS HEINRICH BLOTEVOGEL, THOMAS DÖRING UND SUSAN GROTEFELS (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 837-849.
- ROSENTHAL, GABRIELE (2015): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. 5., aktualisierte und ergänzte Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- ROTHFUSS, EBERHARD; DÖRFLER, THOMAS (2013): Prolog - Raumbezogene Qualitative Sozialforschung. Konzeptionelle Überlegungen zwischen Geographie und Soziologie. In: EBERHARD ROTHFUSS (Hg.): Raumbezogene qualitative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-32.
- RÜCKERT-JOHN, JANA (2005): Bürgerschaftliches Engagement. In: STEPHAN BEETZ, KAI BRAUER UND CLAUDIA NEU (Hg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25-32.
- SAUVE MEYER, SUSAN; HAUSE, JEFFREY P. (2017): Der Begriff der Verantwortung in der Antike und im Mittelalter. In: LUDGER HEIDBRINK (Hg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 87-110.
- SCHARPF, FRITZ W. (2006): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Unveränd. Nachdr. der 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- SCHLOSSER, FRANZ (1999): Ländliche Entwicklung im Wandel der Zeit: Zielsetzungen und Wirkungen: Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Abt. Ländliche Entwicklung.
- SCHMIED, DORIS; BORN, KARL MARTIN; BOMBECK, HENNING (Hg.) (2011): Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft. 1st ed. Göttingen: Cuvillier Verlag (RURAL, v.5).
- SCHOLLES, FRANK (2008): Entwicklungsplanungen versus Folgeprüfungen - Verfahren und Planungsmethoden. In: DIETRICH FÜRST UND FRANK SCHOLLES (Hg.): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltpolitik. 3., vollst. überarb. Aufl. Dortmund: Rohn, S. 245-264.
- SCHRÖDER, MARIT (2017): Gleichwertigkeit jenseits von Angleichung - Rahmenbedingungen infrastruktureller Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Räumen. Dissertation (unveröffentlicht).
- SCHRÖTELER VON BRANDT, HILDEGARD (2018): Dorf. In: Hans Heinrich Blotevogel, Thomas Döring und Susan Grotefels (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 439-445.
- SCHRÖTELER VON BRANDT, HILDEGARD; SCHMITT, GI-

- SELA (2016): Dorferneuerung. In: HILDEGARD SCHRÖTELER VON BRANDT UND GISELA SCHMITT (Hg.): Stadterneuerung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 300-337.
- SCHWARZENBERG, TOM; MIGGELBRINK, JUDITH; MEYER, FRANK (2017): „Nicht für Erich Honecker früher oder heute für Angela Merkel, sondern für sich selber“ - Eine Fallstudie zu ehrenamtlichen Engagementformen im ländlichen Raum zwischen gesellschaftspolitischen Ansprüchen und individuellen Wahrnehmungen. In: Raumforsch Raumordn 75 (6), S. 563-576.
- SELLE, KLAUS (2005): Planen, Steuern, Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur (Edition Stadt-Entwicklung).
- SELLE, KLAUS (2010): Partizipation - Ein Leitbegriff im Wandel. In: DIETRICH HENCKEL, KESTER KUCZKOWSKI, PETRA LAU, ELKE PAHL-WEBER UND FLORIAN STELLMACHER (Hg.): Planen - Bauen -Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 357-360.
- SELLE, KLAUS (2011): Große Projekte - nach Stuttgart. Herausforderungen der politischen Kultur. In: RaumPlanung (H. 156/157), S. 126-132.
- SELLE, KLAUS (2014): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Lemgo: Rohn (Edition Stadtentwicklung).
- SENATSV ERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN (2012): Handbuch zur Partizipation. Unter Mitarbeit von SUSANNE WALZ, ALEXANDRA KAST, GESINE SCHULZE, LUKAS BORN, KATJA KRÜGER, KATJA NIGGEMEIER, MARIA JAHN, BENJAMIN LEVEN, DR. PETRA SCHILLING. Berlin.
- SIEGLER, MARKUS (2016): Horizontale und vertikale Kooperation in der Entwicklungssteuerung ländlicher Schrumpfungskommunen. Beispiele aus Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. In: DORIS SCHMIED und Wüstenrot Stiftung (Hg.): Kooperation in ländlichen Räumen. Göttingen: Cuvillier Verlag (RURAL, v.8), S. 45-73.
- SIMONSON, JULIA; VOGEL, CLAUDIA; TECH-RÖMER, CLEMENS (2014): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DZA. Berlin.
- SINNING, HEIDI (2018): Beteiligung. In: HANS HEINRICH BLOTEVOGEL, THOMAS DÖRING UND SUSAN GROTEFELS (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 207-219.
- SINZ, MANFRED (2018): Region. In: HANS HEINRICH BLOTEVOGEL, THOMAS DÖRING UND SUSAN GROTEFELS (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 1975-1984.
- SOBOTH, ANDREA (2016): Gestaltete lokale Veränderungsprozesse (LVP) - Change Management als neues Instrument der Landentwicklung. Dissertation. Universität der Bundeswehr München, München.
- SPÖRING, HELMA (2008): Ländliche Entwicklung - Niedersachsen und Bremen geben sich ein neues PROFIL. In: zfv 04/2008 (133), S. 237-244.
- STEINFÜHRER, ANNETT (2015): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. In: Raumforsch Raumordn 73 (1), S. 5-16.
- STEINKE, INES (2010): Gütekriterien qualitativer Forschung. In: UWE FLICK, ERNST VON KARDORFF UND INES STEINKE (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 8. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag (Rororo Rowohlts Enzyklopädie), S. 319-331.
- STRAUSS, ANSELM L.; CORBIN, JULIET M. (2010): Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Unveränd. Nachdr. der letzten Aufl. Weinheim: Beltz.
- THIEM, ANJA (2009): Leben in Dörfern. Die Bedeutungen öffentlicher Räume für Frauen im ländlichen Raum. Zugl.: Lüneburg, Univ., Diss., 2008. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- THIEMANN, KARL-HEINZ (2016): Von der Dorferneu-

- erung zum sozialen Dorfbau. Hg. v. DVW-Bayern.
- THÜNEN-INSTITUT FÜR LÄNDLICHE RÄUME (2015): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012. Hg. v. BMEL. Berlin.
- TIETZ, ANDREAS; GRAJEWSKI, REGINA; ANTER, JANO; BATHKE, MANFRED; BERGSCHMIDT, ANGELA; DICKEL, REGINA ET AL. (2016): Ex-post-Bewertung PROFIL - Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013. Hg. v. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Braunschweig.
- TISSEN, GÜNTER; SCHRADER, HELMUT (1998): Förderung ländlicher Entwicklung durch die europäischen Strukturfonds in Deutschland. Zwischenbewertung der Ziel 5b Politik in Deutschland 1994 bis 1996. Hg. v. Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL). Institut für Strukturforchung. Braunschweig.
- TRÄNKNER, SEBASTIAN; ORTLAND, ARNE (2018): Dorfentwicklungsplan Dorfgemeinschaft Rehburg-Loccum.
- TROEGER-WEISS, GABI; WOHLAND, JULIA (2016): Kooperation, Netzwerke und Wertschöpfungsketten in der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen - Abschätzung ihrer Bedeutung für die Regionalentwicklung. In: DORIS SCHMIED und Wüstenrot Stiftung (Hg.): Kooperation in ländlichen Räumen. Göttingen: Cuvillier Verlag (RURAL, v.8), S. 25-43.
- TROSSBACH, WERNER; ZIMMERMANN, CLEMENS (2006): Die Geschichte des Dorfes. Von den Anfängen im Frankenreich zur bundesdeutschen Gegenwart. Stuttgart: Ulmer (UTB Geschichte, 8324).
- VAN DEENEN, BERND (1975): Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern 1952 und 1972. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V, 230).
- VOGELGESANG, WALDEMAR; KOPP, JOHANNES; JACOB, RÜDIGER; HAHN, ALOIS (2018): Stadt - Land - Fluss. Sozialer Wandel im regionalen Kontext. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- WEBER, MAX (2006): Wissenschaft als Beruf. [Nachdr.]. Stuttgart: Reclam (Universal-Bibliothek, 9388).
- WEGNER, MARTINA; KLIE, THOMAS (2018): Verantwortung und Identität vor Ort. In: THOMAS KLIE UND ANNA WIEBKE KLIE (Hg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH (Bürgergesellschaft und Demokratie), S. 547-567.
- WEICHHART, PETER (1997): Editorial - Dorf- und Stadterneuerung - was ist das eigentlich? Kritische und aufmunternde Anmerkungen zu Praxis und Theorie einer Institution. In: PETER HAIDER (Hg.): 10 Jahre Dorf- und Stadterneuerung im Bundesland Salzburg. Salzburg: SIR (SIR-Schriftenreihe, 17), S. 7-18.
- WEISS, ERICH (2009): Zur Entwicklung des Flurbereinigungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen 6 Jahrzehnten. Im Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz, Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier. Butjadingen-Stollham: Acricola-Verl. (Sammlung, 18).
- WIESINGER, GEORG; MACHOLD, INGRID (2001): Dörfliche Gemeinschaft und soziale Integration. Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- WOLTER, HARTMUT; KAISER, MARIA (2018): Zusammen leben in resilienten Ortschaften. Pilotstudie „WohnLokal“. In: ASG Ländlicher Raum 69 (3), S. 52-55.
- YOUNG, IRIS MARION (2013): Verantwortung und globale Gerechtigkeit. Ein Modell sozialer Verbundenheit. In: CHRISTOPH BROSZIES UND HENNING HAHN (Hg.): Globale Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1969), S. 329-369.
- ZILE (2017): Richtlinie über die Gewährung von Zuwendung zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE).
- ZILE (2007): Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE).

B Online Quellen

- AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) (2003): Leitvorstellung der Raumordnung. Online verfügbar unter <https://www.arl-net.de/de/lexica/de/leitvorstellung-der-raumordnung>, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- BMEL - BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT (2016): Dorfentwicklung. Online verfügbar unter https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Foerderwegweiser/_texte/Dorfentwicklung-Steckbrief.html, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- DVS NETZWERK LÄNDLICHE RÄUME (2019): Was ist der ELER? Online verfügbar unter <https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eler/>, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- EVERS-WÖLK, MICHAELA; OERTEL, BRITTA; THIO, SIE LIONG; KAHLISCH, CAROLIN; SONK, MATTHIAS (2015): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012. Vol. 5, Neue Medien und dörflicher Wandel. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Report, 32, Vol. 5). Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/124157>, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- FRANZEN, NATHALIE; HAHNE, ULF; HARTZ, ANDREA; KÜHNE, OLAF; SCHAFRANSKI, FRANZ; SPILLERBERG, ANNETTE; ZECK, HOLGER (2008): Herausforderung Vielfalt - ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel. 1. Aufl. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung. Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/59893>, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- FRITSCH, MARTINA (2019) Wenn die Dörfer sterben. Online verfügbar unter https://www.planetwissen.de/gesellschaft/landwirtschaft/landleben_die_neue_lust_aufs_leben/pwielandlebenheutewenndiedoerfersterben100.html, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- HELMLE, SIMONE; KUCZERA, CARMEN (2015): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012. Vol. 2, Typisch ist das vermeintlich Untypische: Alltag von Dorfbewohnern. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Report, 32, Vol. 2). Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/124160>, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- JONUSCHAT, HELGA (Hg.) (2007): Partizipation und Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung; Workshop Partizipation und Nachhaltigkeit - der Teufel steckt im Detail. München: Oekom (Ergebnisse sozial-ökologischer Forschung, 7). Online verfügbar unter http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3001396&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- KLÖTI, TANJA; DRILLING, MATTHIAS (2014): „Warum eigentlich Partizipation?“. Sozialwissenschaftliche Analyse aktueller Partizipationsverständnisse in der Planung, Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume. Online verfügbar unter http://zora-cep.ch/cmsfiles/ZORA_Forschungsbericht_FHNW-ISS_Nov2014_def_1.pdf, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- NIEDERSÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2017): Landkreise und Gemeinden in Niedersachsen. Online verfügbar unter https://www.niedersachsen.de/startseite/land_leute/das_land/kreise_und_gemeinden/landkreise-und-gemeinden-in-niedersachsen-20036.html, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND Verbraucherschutz (2019a): Dorfentwicklung. Online verfügbar unter https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/entwicklung_des_landlichen_raums/zile_zuwendungen_zur_integrierten_landlichen_entwicklung/dorferneuerung-145203.html, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
- NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2019b): Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung. Online verfügbar unter http://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/entwicklung_des_landlichen_raums/zile_zuwendungen_zur_integrierten_landlichen_entwicklung/dorferneuerung-145203.html

ps://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/entwicklung_des_landlichen_raums/zile_zuwendungen_zur_integrierten_landlichen_entwicklung/richtlinie-ueber-die-gewahrung-vonzuwendungen-zur-integrierten-laendlichen-entwicklung-5104.html, zuletzt geprüft am 19.12.2019.

ORTSCHAFT OTERSEN (2018): Dorfregion von Bierde bis Wittlohe. Online verfügbar unter <https://www.otersen.de/wp-content/uploads/2018/05/DorfregionvonBierdebisWittlohe.jpg>, zuletzt aktualisiert am 19.12.2019.

OSIGUS, TORSTEN; NEUMEIER, STEFAN; KÜPPER, PATRICK (2016): Abgrenzung ländlicher Räume. Sozioökonomische Lage. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Online verfügbar unter <https://www.landatlas.de/laendlich/soziooek.html>, zuletzt geprüft am 19.12.2019.

THÜNEN-INSTITUT FÜR LÄNDLICHE RÄUME (2016): Landatlas. Hg. v. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Online verfügbar unter <https://www.landatlas.de/index.html>, zuletzt aktualisiert am 19.12.2019.

VOGT, LUISA; BIERNATZKI, RALF; KRISZAN, MICHAEL; LORLEBERG, WOLF (2015): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993,

2012. Vol. 1, Dörfer als Wohnstandorte. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Report, 32, Vol. 1). Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/124158>, zuletzt geprüft am 19.12.2019.

Gesetze

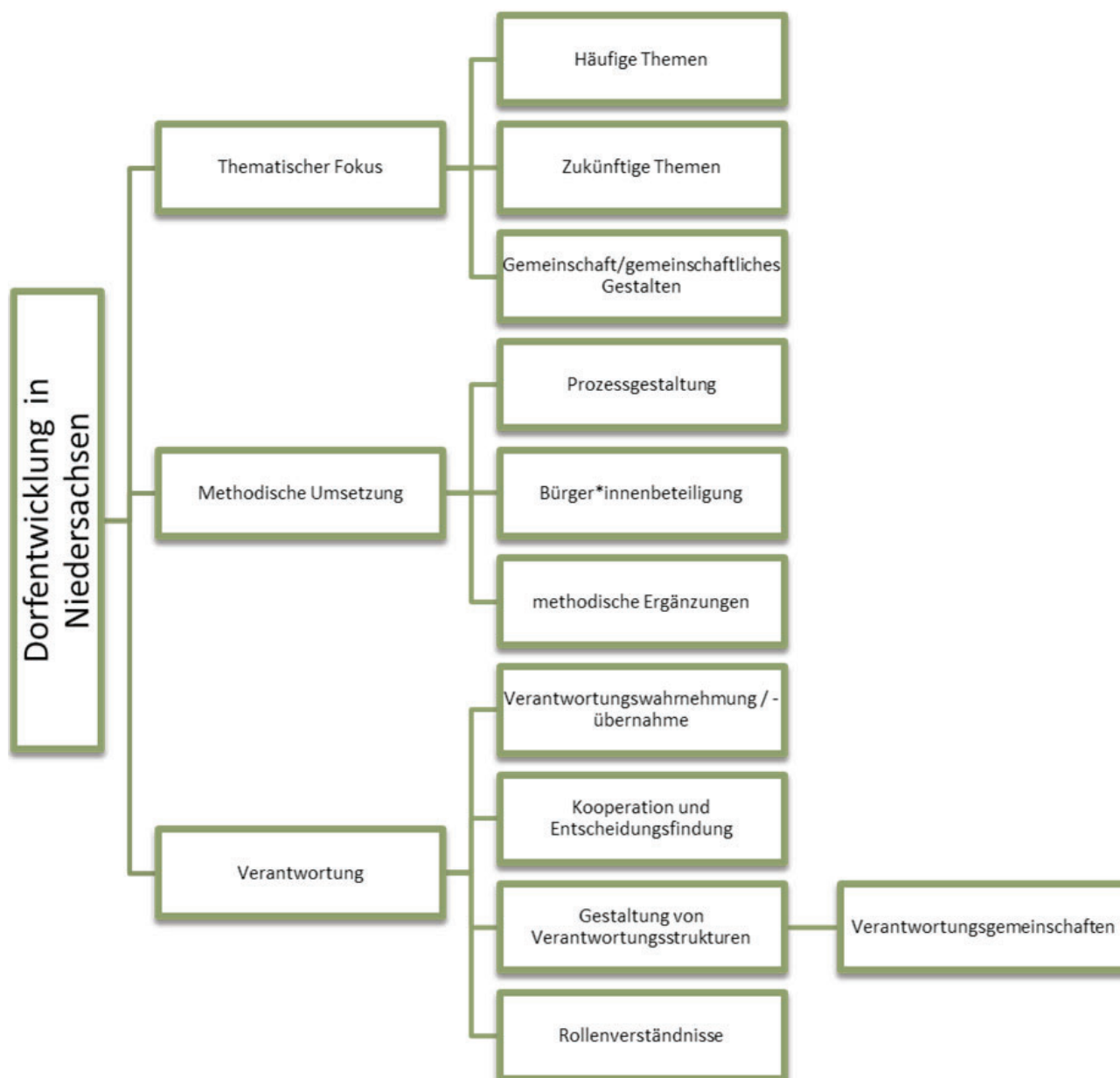
BauGB - Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017. (BGBl. I S. 3634).

FlurbG - Flurbereinigungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008. (BGBl. I S. 2794).

GG - Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2019, (BGBl. I S. 1546).

ROG - Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017. (BGBl. I S. 2808).

Anhang 1: Konzept der Dimensionen



Quelle: eigene Darstellung (2018)

Anhang 2: Leitfaden Expert*inneninterviews

Block 1:

Beginn: Begrüßung, Anonymisierung, Verwendungserklärung, thematische Einleitung in mein Promotionsthema

Block 2:

1. Wenn Sie aus ihrer Sicht die Dorfentwicklung betrachten, auf Erfahrungen zurückblickst, was zeichnet die DE als Förderinstrument aus? (Stärken und Schwächen)

- und was sind für Sie notwendige Veränderung für die Zukunft?
2. Welche Themen interessiert die Leute meist besonders?
 3. Welche Themen sollten Ihrer Meinung nach zukünftig im Mittelpunkt der DE stehen?
 4. Inwieweit spielen folgende Themen eine Rolle: die Gemeinschaft stärken bzw. das Zusammenleben vor Ort, die auf ein soziales Miteinander abzielen o.ä.?
 - Warum/ warum nicht? (wer initiiert die Themen?)

- Wie werden Themen wie die Gemeinschaft stärken etc. konkret unterstützt und was sagt die Förderrichtlinie dazu?
5. Welche Methoden verwenden Sie als Planer*in in der DE, wie gestalten Sie als Planer*in den Prozess?
 - Methoden für die Aktivierung der Bevölkerung, für die Entscheidungsfindung, für die Umsetzung?
 6. Gibt es Methoden, die besonders darauf abzielen die das Gemeinschaftsgefühl zu stärken?
 - Könnte mit anderen Rahmenbedingungen dort noch mehr erreicht werden?

Block 3:

7. Was kommt Ihnen als erstes in den Sinn zum Thema „Verantwortung in der Dorferneuerung“? (ihre Einschätzung dazu)
 8. Können Sie mir Beispiele aus der Praxis erzählen, wie Verantwortungsstrukturen im Prozess der DE bisher ausgestaltet sind oder inwieweit Verantwortung thematisiert und umgesetzt wird? (als Organisations- und Gestaltungsprinzip, Verantwortlichkeit verschiedener Akteure)
 - Wie unterscheidet sich die Verantwortung die die Bürger*innen haben, die die Kommune hat oder die Planer*in? (in Bezug auf Aufgaben / Funktion)
 9. Rolle der Bürger*innen: Inwiefern wird Verantwortung in Bezug auf Aufgaben und Funktionen (im Prozess der DE) übernommen?
 - Beispiele nennen
 - Wären andere Aufgaben- oder Funktionsverteilungen zwischen den Akteuren denkbar? (mehr Aufgaben bei den Bürger*innen?)
 10. Können Sie noch mal etwas zu den Strukturen und der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteursgruppen und ihrer Rolle in der DE erzählen:
 - Wer beteiligt sich am DE Prozess? Wird das beeinflusst? Wenn ja, wie?
 - Wie sieht die stattfindende Partizipation konkret aus?
 - Wie werden Entscheidungen getroffen?
- (Koordinierung von Abstimmungsprozessen)
11. Betrachtung der Prozessgestaltung: Wie sieht das Zusammenspiel zwischen (rechtlichen) Vorgaben, die es gibt, und den Ideen der Bürger*innen aus? Wer beeinflusst wen?
 12. Inwieweit ist Verantwortung ein Thema bei den Bürger*innen? - als Mitverantwortung für die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung (eigenes Dorf / Dorfregion)
 13. Ausgehend von dem Aspekt Mitverantwortung für die gemeinsame zukünftige Entwicklung des Dorfes: Inwiefern kann man von einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen der Kommune und den Bürger*innen sprechen?
 - Sind aus Ihrer Sicht andere Handlungs- und Möglichkeitsräume/Verantwortungsstrukturen in der DE für die Zukunft notwendig?
 14. Wie sehen Sie Ihre eigene Rolle als Planer*in in Bezug auf den Dorferneuerungsprozess und auch Verantwortung dort? Oder auch generell die Rolle der Planer*innen in der DE?
 15. Wir haben ja vorhin schon mal über verwendete Methoden gesprochen: Inwieweit müssten sich Planungsformate, Beteiligungsmethoden oder auch Prozessmanagement verändern, weiterentwickeln, wenn es um die verstärkte Thematisierung von Verantwortung geht?
 - Was bräuchte es für Rahmenbedingungen oder Veränderungen dafür?
 - Kennen Sie den Begriff Governance? (Bei Bedarf den Begriff erklären) Was verstehen sie darunter?
 - Wie schätzen Sie die Bedeutung von Governance Ansätzen im Zusammenhang mit dem Thema Verantwortung im Dorferneuerungsprozess ein?

Block 4: Zum Abschluss:

16. Verantwortung: Was wäre Ihre Vision oder deine Idee, wie zukünftige lokale Verantwortungsstrukturen aussehen könnten im Rahmen der DE?
 - Was sind dabei wichtige Aspekte? Was sind für dich Stellschrauben der Veränderung in Bezug auf die DE?

Anhang 3: Kategorien und Codes: ihre Anwendung und ihre Abgrenzung

Hauptkategorie	Subkategorie	Anwendung	Abgrenzung zu anderen Kategorien
Thematische Fokusse		Als relevant herausgestellte Themenfelder	Themenfelder die bereits bearbeitet werden
	Neue Themen und Ideen	Nennung neuer Themen und Vorschläge, Weiterentwicklung der DE	Themen die bisher nicht bearbeitet werden / oder zu wenig
Gemeinschaft / Dorfgemeinschaft		Gemeinschaftliches Agieren/ Gestalten, Identität, soziales im Fokus, soziale Aspekte der Lebensqualität, weiche Standortfaktoren	Gemeinsames Handeln was <u>nicht</u> direkt mit Verantwortung assoziiert wird
	Zivilgesellschaftliches Potenzial der Bürger*innen	Endogene Potenziale des gemeinsamen Gestaltens	Potenziale die benannt werden
DE-Planung: Prozessgestaltung		Einschätzung des Prozesses und Ausgestaltung, allgemeine Aussagen zur Planerstellung und Umsetzungsphase	Allgemeine Aussagen über den DE-Prozess
	Prozesswahrnehmung	Stärken und Schwächen	Die Meinung und Einschätzung des Planers
	Methodische Gestaltung der DE	Verwendete Methoden als Planer*in, Aufgabe als Planer*in	Benannte Methoden
	Unterkategorie Methoden: Einbindung der Bürger*innen	Partizipationsstrategien	Ausgestaltung der Partizipation, wichtige Faktoren für die aktive Einbindung der Bürger*innen
	Kooperation/ Entscheidungsfindung	Nennung von betroffenen Akteuren und der stattfindenden Kommunikation / Aufgabenverteilung / Meinungen dazu Zusammenarbeit mit der Verwaltung/ der Kommune/Gemeinde Ängste und Vorteile der Zusammenarbeit, Beispiele der Kooperation	Zusammenarbeit ohne die konkrete Nennung von Verantwortung in der Fragestellung oder der Antwort
	Vision/ Verbesserungs-ideen	Änderungen am Planungsprozess	Alle Ideen zu Veränderungen
	Grenzen der DE / Vorgaben	Nennung von Grenzen, Rahmenbedingungen hierfür und Thematisierung von Problemen	Ressourcen und Vorgaben die eingrenzend wahrgenommen werden
Verantwortungswahrnehmung		Definition und Einschätzung zu Verantwortung, Beispiele	Eigene Perspektive, Einschätzung der Planer*innen, allgemeine Aussagen zu Verantwortung
Verantwortungsübernahme		Beschreibung wo und wie und von wem Verantwortung übernommen wird und welche Rahmenbedingungen gesehen werden	Aussagen über Akteure, Aufgaben/Bereiche und Ausgestaltung /und Nennung von Rahmenbedingungen
	Kooperation	Zusammenarbeit verschiedener Akteure, Kommunikation, Macht / Verantwortungsabgabe durch öffentliche Akteure / Aufnahme durch Private, Möglichkeiten Formen und Aspekte der Zusammenarbeit	Zusammenarbeit in der es konkret um Verantwortungsübernahme oder -abgabe geht

	Unterkategorie von Kooperation: Verantwortungsgemeinschaft	Zusammenarbeit der Akteure (welcher) Kooperation und Rahmenbedingungen	Benennen von VG oder gemeinsamer Zusammenarbeit und Verantwortungsteilung
	Anerkennung / Wertschätzung	Wichtigkeit von Anerkennung und Wertschätzung	Wo und wie erfolgt dies
	Bestehende Strukturen der Verantwortungsübernahme	Wer (Einzelperson/ Amt/ Gruppe) übernimmt Wo (Dorf/ Region) für was (Beispiele) oder wie Verantwortung,	auch Form (Vereinsgründung) oder Wirkung (Multiplikatoren), negative und positive Seiten benennen
	Grenzen der Verantwortungsübernahme	Wo werden Grenzen gesehen des leistbaren und wo werden Grenzen durch bestehende Rahmenbedingungen gesehen (könnte geändert werden)	Zukunftsperspektive, was ändern, was beachten
	Rechtliche Grundlage / Freiwilligkeit	Freiwilligkeit der Tätigkeit, Sanktionen und Konsequenzen, Unterscheidung in formelle und informelle Verantwortung	Alle Aussagen zu rechtlichen Aspekten und Freiwilligkeit
	Fähigkeiten / Fortbildungen	Benötigte Fähigkeiten, Fortbildungsmöglichkeiten, Unterstützung (durch wen/wie), Ressourcen	Was gibt es, was wird benötigt, Möglichkeiten, die entstehen
	Motivation und Selbstbestimmung	Was trägt zur Motivation bei, Eigeninitiative, Selbstbestimmung, Selbstwirksamkeit	Motivierende Faktoren (Spaß, Erfolg) und Planer unabhängige Eigenleistungen
Rollenverständnisse		Allgemeine Aussagen zu Rollenverständnissen	Aussagen zum Rollenverständnis, die nicht in die Unterkategorien passen, da sie zu allgemein sind
	als Planer*in in der DE	Einschätzung der eigenen Position und der eigenen Verantwortung	Aufgaben, Einschränkungen und Verantwortung der Planer*innen
	Rolle der Bürger*innen/Zivilgesellschaft (privat)	Aus Sicht der Planung	Aufgaben und Rolle der Bürger*innen in Bezug auf Verantwortungsübernahme
	Rolle der Politik / Verwaltung (öffentlich)	Aus Sicht der Planung	Aufgaben und Rolle der Kommune / Verwaltung in Bezug auf Verantwortungsübernahme
Ansprache und Motivation zu Verantwortungsübernahme		Aspekte/ Ideen die Verantwortungsübernahme unterstützen können	Methoden / Situationen die aktivierend wirken

Verstetigung		Aspekte/Ideen die zur Etablierung beitragen können Fokussierung auf Verantwortung	Generell Aspekte, die zur Verstetigung von Prozessen der DE beitragen können und Aspekte die zu langfristiger Verantwortungsübernahme beitragen können (was bräuchte es? / was verhindert es momentan?)
--------------	--	--	---

Anhang 4: Leitfaden Fokusgruppen

Einführung:

- Begrüßung, eigene Vorstellung + Protokollantin
- Dissertationsthema, Promotionsprogramm
- Thematische kurze Einbettung: Förderprogramm der Dorfentwicklung und thematischer Schwerpunkt + Verweis auf die Interviews mit den Planer*innen
- Einverständniserklärung austeilen, erläutern und unterschrieben lassen (Datenschutz + Aufzeichnung und Verwendung der Diskussion)

Regeln der Diskussion:

- das gemeinsame Diskutieren untereinander sollte im Fokus stehen
- es wäre schön, wenn Sie selbst darauf achten das jeder zu Wort kommt
- wertschätzend miteinander umgehen
- Sie können sich gerne etwas zu trinken nehmen
- ich denke die Diskussion wird circa 2 Stunden dauern, aber ganz genau kann ich das nicht sagen, es hängt von Ihrem Input ab

Eigener Input: zu Dorfentwicklung und der Zusammenarbeit (Schlagworte)

- Perspektive und Ihre Erfahrungen als Bürger*innen
- Wahrnehmung des Förderprogramms der Dorfentwicklung
- Dorfentwicklung und Partizipation
- selbstständige Arbeiten und die Übernahme von Verantwortung, um die Lebensqualität im Ort zu verbessern und die Dörfer als attraktiven Wohnraum, als Lebensraum und auch als Wirtschaftsraum zu erhalten
- Einschätzung von bürgerschaftlichem Engagement vor Ort

- selbst etwas aus der Diskussionsrunde für die zukünftige Zusammenarbeit mitnehmen können
- Ergebnisse teilen

Vorstellungsrunde:

- Kurze Vorstellungsrunde zu beruflichen, ehrenamtlichen Tätigkeiten + in welcher Rolle die Teilnehmenden sich in der DE sehen oder bisher gesehen haben
- Namensschilder
- Jeder erzählt 1 Min. etwas

Aufwärmfrage:

- Können Sie mir erzählen oder beschreiben, wie Sie sich in Bezug auf das Dorfleben engagieren oder auch wo man sich theoretisch überall engagieren kann in welchen Bereichen? Aus Ihren Erfahrungen berichten? (Wenn Sie gemeinsam als Gruppe überlegen, was sind so die Motivationen der Menschen dabei? Sehen Sie das alle so?)

Diskussionsfragen:

Block 1. Partizipation

1. Sie sind ja alle in den Dorfentwicklungsprozess integriert, berichten Sie doch mal aus Ihren Erfahrungen, wie sie den Prozess hier vor Ort wahrnehmen? Erzählen wie der abgelaufen ist? (Um mir ein Bild des Prozesses zu ermöglichen)
 - Können sie einmal erzählen was sie erlebt haben (sich gerne gegenseitig ergänzen)
2. Wenn man sich den Ablauf näher anguckt: Wer ist alles involviert, wer übernimmt welche Aufgaben?

- Welche verschiedenen Rollen oder auch Aufgabenverteilungen gab es? Was für eine Rolle hatte der Planer, was hatten sie selbst für eine oder auch die anderen Personen, die interessiert waren?
 - Bedeutung von Vereinen?
 - Wie war ihre Wahrnehmung von der Partizipation im DE-Prozess?
 - Bedeutung der Gemeinschaft? (Einschätzung vom Individuum zum Kollektiv und zu gemeinsamen Intentionen und den Strukturen bis hin zur Praxis)
3. Wenn man sich jetzt das Thema Partizipation/ Einbindung der Bürger*innen, Gründung von Arbeitsgruppen näher anguckt: Gab es eine Aktivierung? Wie sah diese aus? Welche Rolle hat der Planer dabei gespielt? (wer wurde eingebunden? Fehlen bestimmte Gruppen?)
 4. Was würden Sie anders machen und warum? (Reflektieren warum funktioniert es so gut?)
 - Methodennutzung der Planer? – im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten
 - Wie war der Planungsdialog? – nach Methoden fragen
 5. Wie schätzen Sie das Thema Verstetigung ein? Langfristige Zusammenarbeit, Effekte / Projekte über den Zeitraum der Dorfentwicklung hinaus? – Sehen Sie da Potenziale und was bräuchte es für eine Verstetigung?
 - (Wie können Arbeitsgruppen angeleitet werden, um anschließend selbstständig zu arbeiten, von was ist es abhängig?)
 6. Wie sah das Zusammenspiel mit der Verwaltung bzw. dem Rat / der Stadt aus? Austausch beschreiben?
 - Wie wurden Entscheidungen für oder gegen Projekte getroffen?
 - Besonderheiten durch die Dorfregion?
- zug auf das Leben hier im Dorf und die Gemeinschaft?
(jeder bekommt einen Stift und eine Karte und notiert Stichpunkte für sich selbst, dann Diskussion)
2. Wenn wir jetzt die Dörfer hier betrachten der Dorfregion, wo übernehmen Bürger*innen (in Form von Vereinen) Verantwortung und für was?
 - Was würde ihnen dazu einfallen, aus eigener Erfahrung, von Bekannten oder wie auch immer?
 - Was sind Aufgaben und Bereiche in denen Bürger*innen tätig sind und Verantwortung übernehmen?
 - (Welche Bedeutung hat die Dorfgemeinschaft für Verantwortungsübernahme?)
 3. Was gibt es für Gründe damit Sie selbst oder auch andere aus den Dörfern Verantwortung übernehmen? (Macht, Interesse, Möglichkeiten, Ressourcen, Handlungsspielräume, Ermöglichungsräume) - Motivation
 4. Was braucht es ihrer Meinung nach damit jemand bereit ist Verantwortung im Dorf zu übernehmen?
 - Oder wo sehen sie die Verantwortung bei anderen / bei wem?
 - was muss der Staat leisten? Aufgabenteilung?
 - Wie wird Verantwortungsübernahme organisiert?
 - Wie kann Aktivierung und Verstetigung geschaffen werden?
 - Verantwortungsgemeinschaft
 5. Wo sehen sie Grenzen bei der Übernahme von Verantwortung? Grenzen von dem Engagement das Sie hier leisten? (für Verstetigung und Aktivierung wichtig)

Block 2. Verantwortung

1. Was heißt denn für Sie Verantwortung, in Be-

6. Extra: Zusammenspiel mit der Verwaltung der Kommune, gibt es ein gemeinsames Verantwortungsverständnis und wie sieht dieses aus?

-
- Führt das zu einer bestimmten Art der Handhabung von Dingen?
 - Hat sich das Verständnis verändert im Laufe des DE Prozesses?
 - Verantwortungsgemeinschaft
- Abschluss: Der Gruppe zurückspiegeln was gelernt wurde und dadurch Ungereimtheiten aufdecken.
Diskussion ebbt ab, diese dann beenden, sich bedanken, nach weiteren fehlenden Aspekten fragen und Feedback einholen.